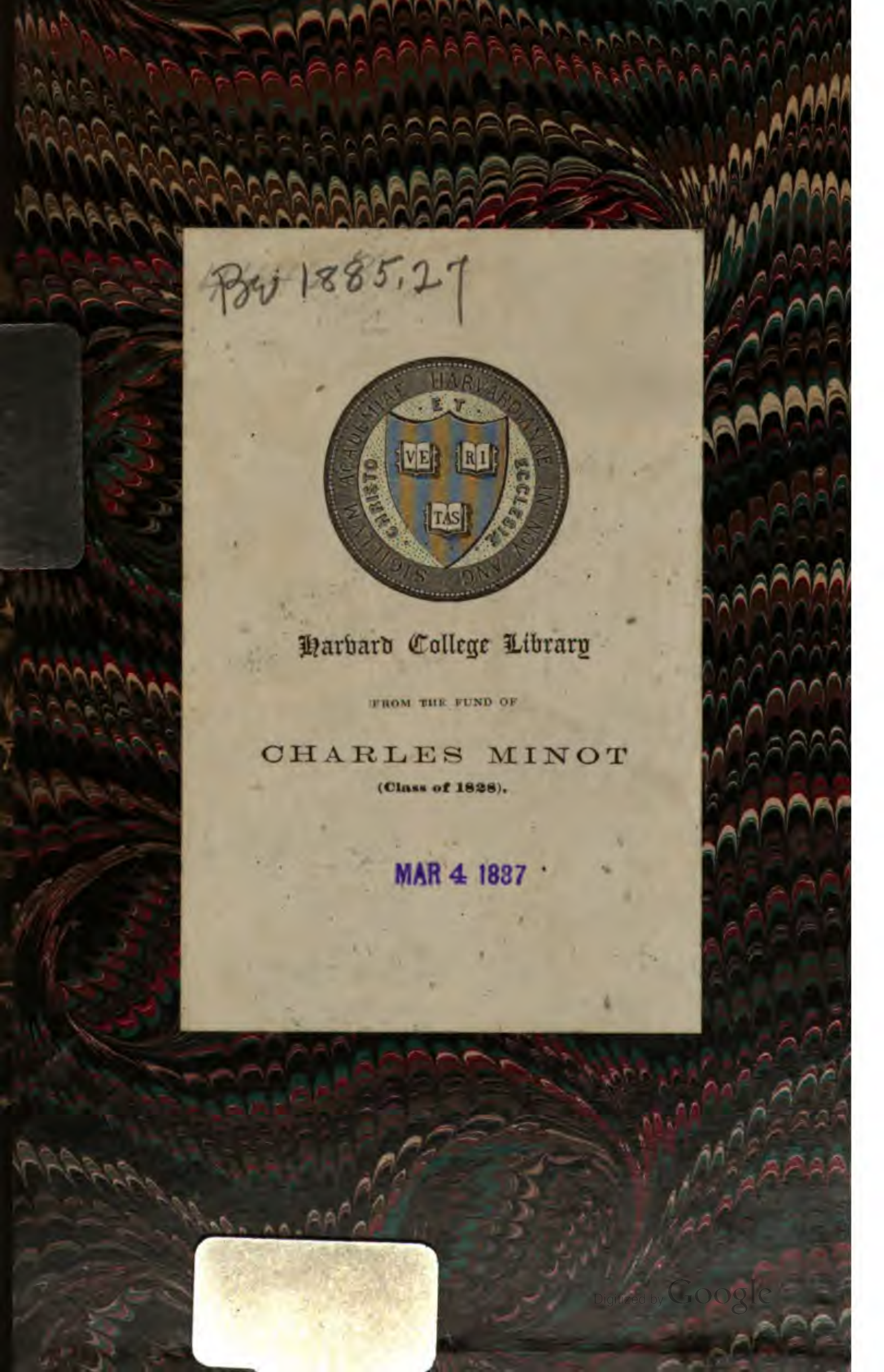



Bw 1885.27
SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
CHRISTO ET ECCLESIAE
VE RI TAS



Der Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Dreizehnter Band.

Die Kriegsjahre 1708, 1709 und 1710.

Wien, 1887.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Inhalt.

Vierunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1708.

Die Session des Parlamentes von Groß-Britannien, im Winter 1707/8.

Der Feldzug des Herzogs Victor Amadeus.

Der Feldzug am Oberrhein.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Friedensfrage und die Stellung der Königin Anna zu Marlborough, Godolphin und der Whig-Partei.

Fünfunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1709.

Session des großbritannischen Parlamentes, im Winter 1708/9.

Die Friedenshandlung.

Der savoyische Feldzug.

Der Feldzug in Spanien.

Reichssachen.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Schlacht bei Pultawa und ihre nächsten Folgen.

Franz Rakoczy.

Sechsunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1710.

Session des großbritannischen Parlamentes im Winter 1709/10.

Die Friedens-Beredungen in Geertruidenberg.

Wandel der Dinge in England bis zur Entlassung Godolphins.

Die schwedische Verwickelung.

Franz Rakoczy.

Der Feldzug am Oberrheine.

Der Feldzug in Savoyen.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Der Feldzug in Spanien.

—x—

Vierunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1708.

Die Session des Parlamentes von Groß-Britannien, im Winter 1707/8.

Die Verhandlungen des Parlamentes.

Am 6./17. November 1707 trat das erste Parlament für Groß-Britannien zusammen. In Betreff der englischen Mitglieder war es dasselbe geblieben; aber wegen des Eintrittes der Mitglieder für Schottland hielt die Mehrheit im Unterhause es für geboten, eine neue Sprecherwahl vorzunehmen. Die Wahl fiel wieder auf Smith, und zwar ohne Widerspruch, weil die Tory-Partei, in Betracht, daß diese Session die letzte, es nicht der Mühe werth hielt, die Wahl streitig zu machen. Vielfach gab sich die Meinung kund, daß der Eintritt der Mitglieder für Schottland, die sämmtlich mit der Regierung gehen würden, für dieselbe gelegen käme, weil nach dem nicht glücklichen Kriegsjahre 1707 Angriffe in sicherer Aussicht stünden [1]).

Die Thronrede der Königin ging aus von der Union von England und Schottland, und baute darauf viele Hoffnungen für die Zukunft. Sie berührte das Mislingen der Unternehmung gegen Toulon, die in Spanien und am Rheine erlittenen Nachtheile für die Allianz, stellte die in Italien errungenen Vortheile dagegen, und hob besonders die günstige Wirkung der Uebernahme des Commandos am Rheine von Seiten des Kurfürsten von Hannover hervor. Sie sprach die Hoffnung aus, daß mit Hülfe der vereinten Kräfte der Allianz es dem Könige Carl

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. November.



von Spanien im nächsten Jahre gelingen werde, die gesammte Monarchie wieder zu gewinnen.

Dies war ja seit nunmehr drei Jahren der in Worten vorherrschende Gedanke, gleich als sei darum die große Allianz vom 7. September 1701 geschlossen worden. Der Gedanke fand seinen verstärkten Widerhall in der Adresse des Unterhauses. „Wir bitten, sagt sie, Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß kein Misgeschick uns entmuthigen soll, die äußersten Anstrengungen aufzubieten, um Ew. Majestät in den Stand zu setzen, daß Sie, in Gemeinschaft mit Ihren Verbündeten, die gesammte spanische Monarchie dem Könige unterthänig machen."

Das Oberhaus, in welchem die Jahre vorher die Whig-Mehrheit mit dieser politischen Demonstration nach außen voranzugehen pflegte, entwickelte dies Mal nicht denselben Eifer. Die Whigs hatten verlangt, daß die Thronrede die schweren Verluste der Schifffahrt und des Handels in dem abgelaufenen Jahre berühren und die Abwendung derselben für die Zukunft versprechen solle. Godolphin hatte dies verweigert, weil es dem Eingeständnisse eines bisherigen Mangels an Vorsicht gleich kommen würde. Die Weigerung mochte den Whigs erwünscht sein, weil sie den Angriff wollten, weniger gegen den Lord Groß-Admiral, den Prinzen-Gemahl, als gegen den Lord Churchill, Bruder Marlboroughs, der hauptsächlich das Collegium der Admiralität leitete, und zugleich eines der eifrigsten Mitglieder der Tory-Partei war. Lord Wharton, eines der Mitglieder der Whig-Junta, regte im Oberhause den Gedanken an, zuerst den Zustand der Nation in Betreff des Handels und der Schifffahrt in Erwägung zu ziehen. Ihm folgte sein Parteigenosse, Lord Somers. Dann aber stimmte im selben Sinne auch die ganze Partei Rochester mit ein. Der Antrag eines gemäßigten Whig, Lord Stamford, zuerst die Thronrede zu beantworten, ward abgelehnt: man wollte zuerst den Zustand der Nation ins Auge fassen. Es war vorauszusehen, daß bei den vielfach erhobenen Beschwerden gegen die Admiralität das Unterhaus dann nicht zurückbleiben, sondern in einer so nationalen Angelegenheit auch seinen Antheil von der Popularität haben wolle[1]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 25. November.



Die Angriffe im Oberhause waren scharf, so sehr daß die Königin, schon vorher verstimmt durch das Ausbleiben einer Antwort auf ihre Thronrede, sich äußerte: man erweise ihr nicht einmal die gewöhnliche Höflichkeit. Nach wenigen Tagen nahm auch das Unterhaus die Angelegenheit vor, jedoch, wie Hoffmann berichtet, mit mehr Bescheidenheit. Die Berechnungen ergaben, daß im Laufe des Krieges die Engländer den Franzosen genommen hatten 35 Kriegsschiffe, darunter 13 von der Linie, daß sie ihnen vernichtet hatten 80, darunter 25 von der Linie. Ungleich größer dagegen war der Verlust der Engländer an Kauffahrern: er betrug für die Stadt London allein von 1703 an bis gegen Ende 1707 die Zahl von 1139. — Für die Kriegesflotte waren die Verluste namentlich der letzten Zeit sehr groß; denn in weniger als vierzehn Tagen waren sieben Kriegesschiffe, jedes zu 70 bis 80 Kanonen, mit 3000 Seeleuten verloren, theils durch nachtheiligen Kampf mit französischen Kreuzern, theils durch ein besonderes Unglück. In Betreff des letzteren wurde namentlich der Admiral Shovel beklagt. Es hieß, daß er auf der Rückkehr mit der großen Flotte vor der Einfahrt in den Canal auf den sämmtlichen Schiffen habe Beobachtungen anstellen lassen. Die Ergebnisse derselben haben übereinstimmend dahin gelautet, daß man sich in der Entfernung von 20 französischen Meilen von den Scilly-Inseln befinde. Dies habe Shovel bewogen, vier Stunden still zu liegen, um am folgenden Morgen bei hellem Tage in den Canal einzufahren. Diese vier Stunden aber gereichten zum Unglücke. Denn wäre man noch bei Tage weiter gefahren, so würde man erkannt haben, daß man sich nicht weit weg von den Scilly-Inseln, sondern nahe davor befand. So aber gerieth um acht Uhr Abends, bei tiefer Finsternis, das Admiral-Schiff selber auf die Scilly-Klippen. — Es blieb daher zur Erklärung nur übrig, den allgemeinen Irrthum in der Berechnung den mangelhaften Instrumenten beizumessen [1]).

So laut auch zu Anfang manche Vorwürfe gegen die Admiralität erklangen, so sahen die Kundigen voraus, daß das Ergebnis auf die Bitte um mehr Vorsicht für die Zukunft hinaus laufen werde [2]). Und dies in der That war, nach den Verhandlungen vieler Wochen, das praktische Ergebnis.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 2. December.

[2]) Desgleichen.

Unterdessen arbeitete das Unterhaus, seiner Adresse entsprechend, mit Eifer und Nachdruck an seinen Bewilligungen für den nächsten Feldzug. Es erfolgten dort nicht, wie man vorher besorgt hatte, irgend welche nennenswerthe Angriffe wegen der verschiedenen Unfälle von 1707. Namentlich stand das Ansehen Marlboroughs, obwohl dies Mal seiner Heimkehr keine Siegeskunde vorangegangen war, in vollster Geltung. Und nicht bloß beim Unterhause. Wie die Gesandten der fremden Mächte, so strömten auch hervorragende englische Persönlichkeiten bei ihm ein, in solcher Zahl, wie Hoffmann meldet, „daß auch ein König allhier bei seinem Lever nicht mehr Personen um sich sehen würde, als er continuirlich hat"[1]). Die Besorgnis, die Marlborough im Haag gehegt, daß das Unterhaus gegen eine Erhöhung des Truppenstandes Bedenken haben werde, bewährte sich nicht. Die Vermehrung um volle 10,000 Mann, von 50,000 auf 60,000, ward von der Mehrheit gutgeheißen. Die ersten Bewilligungen betrugen 1.158,000 Pfund Sterling für die Armee in den Niederlanden, und 2.200,000 Pfund Sterling für die Flotte. Diese zwei Bewilligungen allein schon trugen nach dem damaligen deutschen Gelde fünfzehn Millionen Reichsthaler aus, eine Summe, wie sie zu diesen Zwecken früher niemals bewilligt war[2]).

Bereits am 18./29. December erschien die Königin im Oberhause, ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und sanctionirte, mit dem Ausdrucke ihrer höchsten Befriedigung über diese rasche Erledigung der Geschäfte, unter anderen Bills auch die Bewilligung jener ausgiebigen Mittel.

Am nächsten Tage jedoch fielen im Oberhause heftige Reden über die Kriegführung in Spanien. Marlborough hatte bereits einige Tage zuvor dem Residenten Hoffmann den bevorstehenden Sturm angekündigt: „Machen Sie Sich darauf gefaßt, daß die Angelegenheiten in Spanien zerrissen, aber auch, daß sie hergestellt werden"[3]). Dies letztere geschah freilich in einer besonderen Weise.

Peterborough, der nach einer längeren Reise über Wien, Leipzig, Hannover, im Herbste in London eingetroffen war, sah mit einiger Besorgnis der Entwicklung der Dinge dort entgegen. Er ward weder

[1]) Bericht vom 23. December.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. December.
[3]) Desgleichen vom 23. December.

bei der Königin, noch bei Godolphin vorgelassen. Dagegen forderte der Staats-Secretär Sunderland von ihm die schriftliche Beantwortung einer Reihe von Fragen, namentlich warum er im Juni 1706 dem Könige Carl III. zuerst abgerathen, seinen Weg über Valencia nach Madrid zu nehmen, warum er sich nicht schleunigst mit Galway vereinigt, und warum er sich diesem nicht unterordnen wollen, und Anderes mehr. Gegen diese dornigen Fragen suchte Peterborough seine Zuflucht bei dem kaiserlichen Residenten Hoffmann. Er stellte eine Rechtfertigungsschrift für den König Carl III. in Aussicht, wenn man ihm die Zusicherung mache, daß Carl III. sie genehm halten werde [1]).

Mit diesem Ansinnen zurückgewiesen, versuchte Lord Peterborough es auf andere Weise. Er gewann eine gewandte Feder für sich, Dr. Friend, der seine Thaten in Spanien beschrieb. Nach dieser Darstellung erschien Peterborough als der größte Feldherr, der je gewesen, dem im Ersinnen und Durchführen von Kriegslisten kein Grieche noch Römer zu vergleichen. Die Dinge wandelten sich völlig um. Wo in der Wirklichkeit Peterborough durch das Abschlagen aller Geldmittel, im Juni 1706, dem Könige Carl den Marsch über Valencia nach Madrid unmöglich gemacht, und ihn in die Nothwendigkeit gedrängt hatte sich nach Saragossa zu wenden, da war es nun Peterborough, der den Zug über Valencia empfohlen, und der König Carl, der nicht gewollt hatte [2]).

Aber Peterborough durfte für die günstige Aufnahme dieser Schrift hoffen auf die Parteilichkeit der Engländer für ihren Landsmann. Er durfte ferner darauf rechnen, daß die Tory-Partei, in deren Schutz er sich begeben, den Whigs gegenüber sich seiner annehmen werde. In der That geschah es, daß Lord Rochester, am 19./30. December, die Erörterung der spanischen Angelegenheiten begann mit einer Rede zum Preise des Muthes und der Führung des Lords Peterborough [3]). Das Herkommen verlange, schloß er, daß einer Persönlichkeit, die eine so eminente Stellung eingenommen, Dank dargebracht oder Rechenschaft auferlegt würde. — Der nächste Redner der Whig-Partei, Lord Halifax, erkannte auch seinerseits die erfolgreichen Dienste Peterboroughs an; nur hielt er es für besser, den Dank hinauszuschieben, bis der

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. October.

[2]) Desgleichen vom 23. December.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 183.

Sachverhalt völlig klar vorläge. — Und wiederum überboten sich dann die Redner der Tory-Partei im Lobe Peterboroughs, auf Kosten Galways, der ja ein Fremder sei. Peterborough nützte die günstige Strömung aus. Er betheuerte die Nothwendigkeit den Krieg fortzuführen, bis der Thron Carls III. in Spanien fest begründet sei, und erklärte sich bereit, wenn es erforderlich werde, nach Spanien zurückzukehren und sogar unter Galway zu dienen [1]).

Die Urtheile Carls III. über Peterborough und Galway haben uns gezeigt, daß in seinen Augen der Eine so viel werth war wie der Andere.

Es war jedoch der Tory-Partei im Oberhause weniger darum zu thun Peterborough zu rechtfertigen, als die Kriegführung überhaupt, namentlich also Marlborough anzugreifen. Dies unternahm der Lord Rochester. Er lenkte von dem Kriege in Spanien über auf denjenigen in den Niederlanden. „Es scheint mir", sagt er, „daß wir die Hauptsache vernachlässigen und auf Nebensachen unseren Fleiß verwenden. Ich erinnere an den Ausspruch eines alten Generals, des Marschalls Schomberg, welcher zu sagen pflegte: Frankreich in den Niederlanden anzugreifen, heiße den Stier bei den Hörnern fassen. Darum meine ich: wir sollten den Krieg in Flandern nur defensiv führen, dagegen 15,000 oder 20,000 Mann von dort nach Spanien senden." — Ihm stimmte der Graf Nottingham bei und klagte, daß Spanien völlig preisgegeben werde [2]).

Dagegen erhob sich Marlborough nicht ohne sichtliche Heftigkeit, um, wie er sagte, die Gefahr eines so unüberlegten Vorschlages darzulegen. Viel eher sei es nöthig die Armee in den Niederlanden zu vermehren als sie zu verringern. Er machte zwei hauptsächliche Gründe geltend. Die Mehrzahl der feindlichen Plätze in Flandern, sagte er, lasse sich behaupten mit je einem Bataillon, wogegen die von den Verbündeten eingenommenen großen Städte in Brabant je die zwanzigfache Zahl zur Vertheidigung erforderten. Den anderen Grund nahm Marlborough her von der Stimmung in der Republik. Wenn die Armee in den Niederlanden geschwächt würde und demgemäß die

[1]) Lords Debates vol. II, p. 184: he was ready to return to Spain and serve even under the earl of Galloway.

[2]) A. a. O.



Franzosen, bei ihrer großen Ueberlegenheit, wahrscheinlich einen erheblichen Vortheil davon trügen: so würde in der Republik die nicht geringe misvergnügte Partei, die nur mit Widerwillen sich unter die unvermeidliche Last des Krieges füge, laut nach Frieden rufen.

Der Vortheil bei dieser Entgegnung war augenscheinlich nicht auf Seiten Marlboroughs, zumal da er Spanien gar nicht berührt hatte. Rochester benutzte dies. Er müsse zuerst seine Verwunderung aussprechen, entgegnete er, daß ein Pair, dessen Ruhe und Mäßigung bisher immer anerkannt worden sei, nun sich zu solcher Heftigkeit versteige. Die absolute Nothwendigkeit etwas für Spanien zu thun, liege jedoch vor Augen. Daher werde Marlborough das Haus zu Danke verpflichten, wenn er angeben wolle, von wo aus Truppen nach Spanien verfügbar gemacht werden könnten. Dies umsomehr, da Lord Peterborough kurz zuvor versichert, aus dem Munde des Prinzen Eugen vernommen zu haben, daß die deutschen Soldaten sich lieber deciminiren ließen als nach Spanien zu gehen.

Marlborough sah sich in die Enge getrieben. Er entschuldigte die kundgegebene Heftigkeit mit der Wichtigkeit der Sache, und antwortete dann auf die Frage des Grafen Rochester: „Obwohl es ungeeignet ist, noch geheime Entwürfe zu eröffnen vor einer so großen Versammlung, von welcher aus leicht eine Kunde zu dem Feinde hinüber gelangen kann: so darf ich doch, um den Herren zu willfahren, hier versichern, daß die Verabredungen mit dem Kaiser für eine Armee von 40,000 Mann unter dem Commando des Herzogs von Savoyen getroffen sind, desgleichen für die Sendung eines mächtigen Succurses für den König Carl. Dabei ist zu hoffen, daß der Prinz Eugen bewogen werden könne nach Spanien zu gehen und dort das Commando zu übernehmen, in welchem Falle die deutschen Soldaten ihm gern folgen würden. Die einzige Schwierigkeit bei diesen Entwürfen ist die gewöhnliche Langsamkeit des Wiener Hofes. Beispielsweise erinnere ich daran, daß, wenn die 7000 Mann Recruten, die der Kaiser im vorigen Sommer für die Armee in Piemont versprochen, rechtzeitig eingetroffen wären, die Unternehmung gegen Toulon Erfolg gehabt haben dürfte. Aber es steht zu hoffen, und ich glaube mein Wort dafür einsetzen zu dürfen, daß in Zukunft der Kaiser sein Versprechen pünktlich halten wird."

Die Rede ist ein kleines Meisterstück, nicht in Betreff der Wahrhaftigkeit, sondern der Absicht an einer directen Antwort auf die dornige Frage Rochesters vorbeizukommen. Wir haben uns zu erinnern an die Charakteristik Marlboroughs durch den ihn Jahre lang beobachtenden Goslinga (Band XII, S. 520): „Seine tiefe Verstellung wird um so gefährlicher, weil er sie versteckt unter Manieren und Ausdrücken, welche die Offenheit selber zu sein scheinen." Das ist hier der Fall. Während Marlborough scheinbar so offen redete, daß er sogar Cabinets-Geheimnisse enthüllte, befliß er sich eben dadurch, sein eigentliches Geheimnis zu verdecken, und, mit wohlberechneter Speculation auf die Sympathien und Antipathien der Engländer, seine Hörer um die eigentliche Frage herum zu führen. Dies erfordert ein näheres Eingehen.

Ungeachtet aller Worte der Thronreden der Königin Anna und der antwortenden Adressen des Parlamentes über den Wiedergewinn von Spanien für den König Carl III., hatten die Häupter der englischen Kriegführung, Marlborough und Godolphin, in den Jahren zuvor nicht Spanien selber als das erste und wichtigste Object für die Ausrüstung der großen Flotte in Aussicht genommen, sondern den französischen Kriegeshafen Toulon. So 1704, 1705, 1707. In diesem letzten Jahre war es zu einer Unternehmung gekommen; aber sie war mislungen. Auf welche Persönlichkeit zuerst und hauptsächlich der Verdacht einer Mitschuld an dem Mislingen fiel, blieb für Marlborough nicht wie für den großen Haufen der Engländer ein Geheimnis. Auch wußten dies die savoyischen Gesandten Briançon und Maffei. Als Marlborough damals die Absicht aussprach, anstatt des jugendlichen Diplomaten Chetwynd den Brigadier Palmes als Gesandten bei Victor Amadeus zu haben, zogen jene Savoyarden daraus die Folgerung, daß dieser neue Gesandte als kundiger Militär, nach den im vorigen Feldzuge erhobenen Zweifeln, für Marlborough bei Victor Amadeus als Späher zur Ueberwachung dienen solle [1]).

[1]) A questo conto però Briançon e Maffei hanno detto fra di loro, che Marlborough vuole haver uno spia con il duca, per farlo osservare doppo i dubii della campagna passata. Aus einem Schreiben des Secretärs Primoli an den Grafen Gallas, vom 16. December 1707. Die Briefe Primolis thun dar, daß er sich Einsicht in die Correspondenz jener zwei Savoyarden verschafft hatte. Die Briefe dienen auch für das Folgende.



Aber die Sache mit Toulon war geschehen. Eine Erörterung des Verdachtes gegen Victor Amadeus machte die Sache nicht wieder gut, zog vielleicht gar den Bruch mit einem Fürsten herbei, der, bei aller seiner Falschheit, dennoch wieder nützlich werden konnte. Dazu war in Betreff des Mislingens gegen Toulon die Meinung in England nicht wider den Herzog Victor Amadeus, sondern wider den Kaiser. Eine Anklage gegen den letzteren fand, wie wir oft bemerkt haben, bei den Engländern damaliger Zeit immer eben so willige Ohren, wie ein Lob für den Ersteren. Auf diese Sympathie und Antipathie war die Erwähnung Toulons in der Rede Marlboroughs berechnet. Von einer kaiserlichen Zusage der Nachsendung von 7000 Recruten, wie Marlborough dem Oberhause von England erzählte, von einem Ausbleiben derselben vor Toulon, von einer Consequenz dieses Ausbleibens zum Nachtheile des Unternehmens — findet sich in den Berichten des Prinzen Eugen vor Toulon keine Spur. Daß Marlborough selber nicht glaubte, was er hier sagte, ergibt sich daraus, daß er drei Jahre später vor demselben Oberhause sachgemäß erklärte: „Die Unternehmung gegen Toulon ist nicht aus Mangel an Mannschaft mislungen; denn es waren nahe an 17,000 Mann in Italien. belassen, sondern aus Mangel an Zeit und aus anderen Umständen" [1]). Demnach war jene Anklage Marlboroughs gegen den Kaiser eine Fiction. Indem sie aber in dieser Versammlung unwidersprochen blieb, wirkte sie mittelbar zu Gunsten des Herzogs Victor Amadeus.

Die Unkunde der Engländer über den wirklichen Verlauf der Unternehmung gegen Toulon war so groß, daß in den nächsten Tagen Godolphin dem Unterhause noch eine Nachbewilligung für die speciellen Dienste des Herzogs Victor Amadeus im Kriegesjahre 1707 zumuthen durfte. Die Bewilligung erfolgte mit 100,000 Pfund Sterling [2]).

Und dies führt uns auf den eigentlichen Kriegesplan Marlboroughs in Betreff Spaniens, welchen er auf die Anfrage Rochesters im Oberhause nicht aussprach, sondern in denselben Tagen dem Savoyarden Maffei für Victor Amadeus eröffnete.

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 314.

[2]) Commons Debates vol. III, p. 79: Duke of Savoy's special service in 1707.

Marlborough sagte ihm im Vertrauen, daß er nicht beabsichtige, für den kommenden Feldzug Truppen nach Catalonien zu senden, sondern nur die dahin bestimmten Kaiserlichen und Pfälzer zu recrutiren, und die Subsidien für den König Carl um 150,000 Pfund Sterling zu vermehren [1]). Werde die Armee desselben, die auf 13,000 Mann zu schätzen, in dieser Weise verstärkt, so sei sie fähig auf der Defensive zu stehen, und den Ausgang des Feldzuges abzuwarten, nach welchem man die geeigneten Maßregeln für das folgende Jahr treffen könne. Denn wie glücklich auch immer der nächste Feldzug sein möge, so reiche das nicht aus: vielmehr seien für einen vortheilhaften Frieden noch zwei Kriegsjahre erforderlich. Auch wenn man in Spanien noch so großen Erfolg erringe, so werde doch dadurch Frankreich nicht zum Frieden gezwungen, sondern nur dadurch, daß man es zwischen zwei Feuer bringe, einerseits indem er, Marlborough, sich einen Weg in Frankreich hinein eröffne, andererseits indem der Herzog von Savoyen sich im Dauphiné festsetze, dort überwintere und dann von da aus in das Innere Frankreichs eindringe. Finde Victor Amadeus es zweckmäßig, die Freigrafschaft zu besetzen, so werde Marlborough Sorge dafür tragen, daß der Kurfürst von Hannover ihm dahin 3000 Mann Cavallerie entgegensende.

Dieser Plan Marlboroughs behält also die hauptsächliche Aufgabe des Druckes auf Frankreich derjenigen Armee vor, die er selber führte, will dagegen Carl III., dem die Seemächte den Wiedergewinn des Erbes seiner Vorfahren mit den Waffen in der Hand in Aussicht gestellt, auf der Defensive eines Theils desselben belassen.

Die Anfrage Rochesters im Oberhause traf daher den wunden Fleck des Planes von Marlborough, und doch sehen wir dann, mit welchem Geschicke Marlborough sich der Sache entwindet, einestheils durch Ablenken von der Hauptsache, zugleich aber auch und in Verbindung damit durch die Eröffnung einer positiven Aussicht, derjenigen der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Mit welchem Rechte er diese Aussicht eröffnete, wird nachher zu betrachten sein. Es kommt

---

[1]) Primolis Schreiben vom 20. December: E doppo di ciò Marlborough gli ha fatto una grande confidenza: egli gli ha detto che non si vuol mandare truppe in Catalogna per la nuova campagna, ma solo reclutare li Palatini e Cesarei, che vanno colà, etc.



zunächst die Wirkung in Frage, welche diese Aussicht auf das Parlament machte, nicht bloß mehr auf das Oberhaus, an welches die Aeußerung gerichtet war, sondern auch auf das Unterhaus. Beide Häuser einigten sich nämlich, am 19./30. December, zu einer gemeinsamen Adresse, welche stärker noch als eine der früheren die Ueberzeugung ausspricht, daß nichts Anderes ein gerechtes Gleichgewicht der Macht in Europa herstellen könne, als die Zurückführung der gesammten spanischen Monarchie unter das Haus Oesterreich. Die Adresse wiederholt dann und verschärft den Ausdruck dieses Gedankens, mit den Worten: „Es ist unsere einstimmige Meinung, daß für Ew. Majestät oder Ihre Verbündeten kein Friede ehrenhaft oder sicher sein kann, welcher Spanien, Westindien oder irgend einen Theil der spanischen Monarchie unter der Herrschaft des Hauses Bourbon belassen würde" [1]).

Dann kam die Adresse auf die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Marlborough hatte die Aussicht darauf in die Form der Hoffnung gekleidet: die Adresse schritt zuerst über einen Zweifel hinweg. „Wir fühlen uns verpflichtet, sagt sie, Ew. Majestät unseren unterthänigen Dank auszusprechen für die Sorgfalt, die Sie auf sich genommen, und die Mühen, die Sie aufgewendet, um den Kaiser zu vermögen eine beträchtliche Hülfe unter dem Commando des Prinzen Eugen nach Spanien zu senden; denn das ist sicherlich das geeignete Mittel die Angelegenheiten der Allianz in jenem Lande herzustellen." „Allein, fährt dann die Adresse fort, die häufigen Täuschungen, die wir von Seiten des Kaisers und des Reiches zum Nachtheile der allgemeinen Sache erfahren haben, legt uns die Pflicht auf, damit der Krieg zu einem glücklichen Ende geführt werde, noch ferner Ew. Majestät zur dringendsten Verwendung bei dem Kaiser zu ersuchen, daß er seinem Bruder dem Könige von Spanien mit aller Beschleunigung eine mächtige Hülfe sende, unter der Führung jenes großen und an Erfolgen reichen Feldherrn." Auch für die anderen Kriegsschauplätze möge die Königin sich bei dem Kaiser bemühen, der ja, nach den großen Thaten der Königin für sein Haus, ihr nichts verweigern werde.

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 77. — Hoffmanns Bericht vom 3. Januar.



Die Antwort der Königin wiederholte in den Grundzügen die Gedanken der Adresse, bestätigend und zusagend.

Eine solche Einstimmigkeit scheint einen Zweifel nicht aufkommen lassen zu dürfen, daß es damals der Königin wie dem Parlamente ernstlich um Spanien zu thun war. Und dennoch vernehmen wir einen solchen Zweifel. Einige Tage nach jener Adresse und der Antwort, am 26. December/6. Januar, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann: „Ich weiß nicht, was ich von den hiesigen Intentionen über die spanische Sache halten soll. Denn, obwohl alle diese Parlaments-Adressen behaupten, daß kein Friede sicher und ehrenhaft sei, der nicht die gesammte spanische Monarchie unter das Erzhaus bringe: so sind doch Viele hier und zwar unter der Whig-Partei selbst, welche die Sache in Spanien für verloren geben, und nur noch von einer starken Expedition nach Amerika etwas hoffen" [1]).

Aber es fragte sich zunächst, ob man dieser Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien, welche Marlborough im Interesse seiner Vertheidigung dem Parlamente in Aussicht gestellt hatte, denn bereits so sicher war.

Die Frage der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien.

Kurz zuvor hatte eine abermalige diplomatische Differenz zwischen London und Wien stattgefunden. Bevor die Unterredung im Haag über den Feldzug des nächsten Jahres stattfand, hatte der Kaiser durch den Residenten Hoffmann in London vorschlagen lassen, die Hessen und Gothaer, die im englischen Solde in Italien standen, nach dem Rheine marschiren zu lassen. Die Antwort der Königin lautete scharf. Sie sei erstaunt, ließ sie erwiedern, über ein solches Ansinnen; denn niemals werde sie einwilligen, die Armee des Herzogs Victor Amadeus zu schwächen. Zugleich habe sie vernommen, daß dem Prinzen Eugen der Befehl zugegangen sei, fünf Regimenter der Armee in Italien bereit zu halten zum Abmarsche nach dem Rheine oder nach Ungarn. Die Königin protestire dagegen. Sie werde ein solches Verfahren ansehen

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Januar.



wie eine Erklärung, daß der Kaiser die Neigung oder die Absicht habe, dem Kriege ein Ende zu machen [1]).

Die kaiserliche Antwort, vom 10. December, verwies auf die Beredungen im Haag, die inzwischen stattgefunden. Es sei zu wünschen gewesen, daß der englische Hof den Ausgang dieser Conferenz abgewartet, bevor er sich zu jenen Aeußerungen entschlossen hätte. „Denn derartige Ausdrücke an einen hervorragenden treuen Verbündeten, welcher dem Wohl der gemeinsamen Sache alles zum Opfer bringt, sogar die Sicherheit seiner eigenen Länder, machen auf die anderen Mächte der Allianz nicht einen günstigen Eindruck, und erregen bei den Gegnern die Hoffnung auf die Spaltung der Einigkeit" [2]).

Noch bevor diese Denkschrift in London übergeben ward, erließ die Königin, am 29. November, ein Handschreiben an den Kaiser zum Zwecke der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien.

Der Gedanke war, wie wir seiner Zeit vernommen haben, nicht zuerst von London aus angeregt, sondern von Carl III. in Spanien selber, in Folge der Bedrängnis, welche der Mangel an gutem Willen oder an Befähigung der englischen Generale über ihn gebracht. Wir haben vernommen, wie der Graf Wratislaw von Wien aus das Verlangen Carls III. bestritt, nicht ohne den Vorwurf, daß Carl III. dasselbe nicht lediglich an den Kaiser, sondern auch an die Königin von England gebracht habe. (Band XII, S. 512.) Der durchschlagende Grund der Ablehnung in Wien war, daß für einen möglichen Unglücksfall des Kaisers Joseph I. das Interesse des Erzhauses, also das eigene des Königs Carl, die Anwesenheit des Prinzen Eugen in den österreichischen Erblanden erfordere.

Demgemäß that auch das Handschreiben der Königin, vom 29. November, in Wien keine Wirkung. Bevor aber noch der Abschlag in London eintraf, ergab sich dort eine neue Differenz.

Der kaiserliche Resident Hoffmann hatte eine Denkschrift über die Unterstützung für Carl III. in Spanien eingegeben. Seinem Auftrage gemäß, hatte er darin verlangt, daß die Errichtungsgelder für

---

[1]) Denkschrift des Gesandten Meadows vom 16. November: La reine regardera (un) tel procédé comme une déclaration que la cour impériale a envie et en veue de mettre fin à cette guerre.

[2]) Denkschrift vom 10. December.



die Regimenter, welche der Kaiser abermals nach Spanien schicken wolle — nämlich 6000 Mann — von England bezahlt würden. In Folge dessen wurde er in den Cabinets-Rath geladen, bestehend aus dem Erzbischof von Canterbury, dem Lord-Kanzler, dem Lord-Treasurer, den Herzogen von Marlborough, Newcastle und Devonshire, den Grafen Pembroke und Sunderland, so wie dem anderen Staats-Secretär, Sir Robert Harley. Die vielen Namen indessen dienten nur zur Staffage der einen Persönlichkeit, die allein redete und allein entschied, nämlich Marlborough. Er erging sich in scharfen Worten über die Forderung von kaiserlicher Seite, und erklärte, daß die englische Regierung lediglich den Transport und zwei Drittel des Unterhaltes in Spanien auf sich nehme. Die Königin erwarte von dem Kaiser, daß er, in Rücksicht auf seinen Bruder und auf das Interesse des Erzhauses, die erforderlichen Mittel finde [1]).

Wir sehen, wie von Jahr zu Jahr der ursprüngliche Standpunkt sich verdunkelt. Nicht nach eigenem Wunsche und Willen hatte ja der Kaiser Leopold I. im Jahre 1703 seinen Sohn Carl nach Spanien entsendet, sondern er hatte darin dem Andringen der Seemächte nachgegeben, die in ihrem eigenen Interesse verlangten, daß nicht das Haus Bourbon im Besitze von Spanien verbleibe. Allmählich verschoben sich nun die Dinge in den Augen der Engländer dahin, als habe die englische Politik dem Hause Habsburg damit eine Wohlthat erwiesen und erweisen wollen.

Marlborough berechnete in jener Conferenz, am 1./12. Januar, die vorhandenen Streitkräfte Carls III. in Spanien auf 13,000 Mann. Unterwegs dahin seien 4000 Kaiserliche und 7000 Pfälzer. Dazu wolle nun der Kaiser noch 6000 Mann senden. Nach der Ankunft aller dieser Truppen würde also die Gesammtzahl 30,000 Mann austragen. Ueber diese Armee, die nur etwa zur Defensive ausreichte, sollte gemäß dem Vorschlage, für welchen Marlborough das englische Parlament in Bewegung gesetzt hatte, der Prinz Eugen das Commando übernehmen.

Zwei Tage später traf ein Schreiben des Grafen Wratislaw bei Marlborough ein, enthaltend die Meldung, daß der Kaiser den

---

[1]) Mehrere ausführliche Berichte darüber von Hoffmann, vom 13. Januar.



Prinzen Eugen nach Spanien nicht entsenden könne. Dieselbe Nachricht lief ein von dem englischen Gesandten Meadows in Wien.

Wie einige Tage zuvor, so ward darauf, am 5./16. Januar, der kaiserliche Resident Hoffmann abermals in den Cabinetsrath geladen. Als er auf die von allen Seiten erhobenen Vorwürfe begann die Gründe des Kaisers für das Nicht-Eingehen darzulegen, „fiel man mir — so meldet er — alsogleich in die Rede, mit dem Vermelden, daß Meadows das alles schon berichtet habe, und daß es gesuchte Vorwände seien, um die Verweigerung damit zu beschönigen. Denn es drohe weder von Seiten der Türken, noch der Schweden eine Gefahr, noch sei sonst ein Anlaß vorhanden, der die Anwesenheit des Prinzen Eugen in Wien nothwendig mache". Den durchschlagenden Grund, welchen Wratislaw dem Könige Carl gemeldet (Band XII, S. 512), hatte allerdings der Wiener Hof nach England hin nicht ausgesprochen. — Mit dieser Motivirung zurückgewiesen, brachte Hoffmann einen anderen Grund vor. „Auch selbst, wenn der Kaiser einwilligte, sagte er, könnte es doch geschehen, daß der Prinz Eugen oder auch Graf Starhemberg Bedenken trüge, ein Commando auf sich zu nehmen, bei welchem aus Mangel einer genügenden Macht keine Ehre zu erwerben sei, wohl aber die erlangte Reputation in Gefahr kommen könne. Denn, wo doch von hier aus die Armee in Spanien formirt werden muß, sehe ich an Ort und Stelle nicht ab, aus welchen Truppen sie bestehen soll, erblicke vielmehr alles noch in weitem Felde." Darauf betheuerte Godolphin mit starkem Nachdrucke, daß der Prinz Eugen in Spanien eine Feld-Armee von 30,000 Mann haben würde.

„Ich muß hinzufügen — so schließt Hoffmann seinen Bericht — daß ich die englischen Minister niemals in einer solchen Erregung gesehen habe wie über diese Verweigerung" [1]).

Man forderte von ihm, daß er selber den Inhalt der vernommenen Reden in eine Schrift zusammendränge, diese bei Marlborough einreiche, damit man die Gewißheit habe, daß sie den Inhalt der gefallenen Aeußerungen wiedergebe, und dann nach Wien einsende [2]).

[1]) Bericht Hoffmanns vom 6./17. Januar.

[2]) Récit de ce que les Seigneurs du cabinet de la Reine m'ont dit aujourd'hui etc.

Darin heißt es, daß die Königin von der Freundschaft des Kaisers nicht den Abschlag eines Verlangens habe erwarten dürfen, welches sie betrachte als das gerechteste, als das nothwendigste und als das wichtigste für die gemeinsame Sache. Die Gründe, die man dem Gesandten Meadows für den Abschlag angegeben, seien in keiner Weise gleichwiegend gegen die offenbare Nothwendigkeit, die Sache in Spanien herzustellen, und ohne die Anwesenheit des Prinzen Eugen dort liege die Gefahr des völligen Zusammensturzes vor Augen. In diesem Sinne gehen die Aeußerungen weiter.

Marlborough persönlich blieb nicht zurück. Er antwortete dem Grafen Wratislaw im selben Sinne, wie er und die anderen Minister in der Conferenz zu dem Residenten Hoffmann geredet. Nur ging er darin noch einen Schritt weiter. Wir haben gesehen, daß gerade er, um sich der Anklage Rochesters in Betreff der geringen Leistungen für Spanien zu erwehren, den Namen des Prinzen Eugen in die Debatte warf, und daran für sich persönlich eine Deckung fand. Dem Grafen Wratislaw, also dem kaiserlichen Hofe gegenüber, wendete er die Sache anders. „Die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien, sagt er, war das einzige Mittel, das man hier in Anwendung bringen konnte, um einen Jeden zu bestimmen, zur Hülfe des Königs Carl die äußersten Anstrengungen zu machen“ [1]).

Die Thatsachen haben uns gezeigt, daß in Wirklichkeit die Dinge ganz anders lagen. Die Nennung des Prinzen Eugen durch Marlborough im Oberhause hatte allerdings die gemeinsame Adresse beider Häuser hervorgerufen, die in den bis dahin stärksten Ausdrücken den Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für Carl III. fordert, dieses Ziel hinstellt als das hauptsächliche des Krieges. Demnach sollte man erwarten, daß nun auch die hauptsächlichste Bewilligung des Unterhauses für den Krieg in Spanien bestimmt sein, oder daß, wie Marlborough sich ausdrückt, dafür die äußersten Anstrengungen gemacht würden. Einer solchen Erwartung entsprechen jedoch nicht die Listen der bewilligten Summen. Von den sechs Millionen Pfund Sterling, welche das Unterhaus in dieser Session für den Krieg gewährte, ward

---

[1]) Wratislaw hat das Original zu den Anglicis im k. k. Archive gegeben. Es findet sich abgedruckt bei Murray vol. III, p. 660.



etwa ein Zwölftel für den Krieg in Spanien zusammen mit demjenigen in Portugal bestimmt, ein Fünftel dagegen für die Armee in den Niederlanden, also für diejenige Marlboroughs. Der Betrag für Victor Amadeus, der sich nicht ganz klar erkennen läßt, dürfte demjenigen für Marlborough nahe kommen [1]). Wir haben ja gesehen, daß nach dem Plane Marlboroughs nur diese zwei Armeen die offensiv agirenden sein, diejenige in Spanien auf der Defensive bleiben sollte. Die Thatsache des Planes von Marlborough ward durch jene Worte der Parlaments-Adressen nicht aufgehoben.

Aber Marlborough stellt weiter in jenem Schreiben an Wratislaw die Sache so hin, als wenn ohne die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien jegliche Bewilligung des Parlamentes für den Krieg fraglich bleiben werde. „Ich gestehe Ihnen, ruft er aus, daß bei dem Gedanken an die möglichen Consequenzen mich ein Zittern überkommt. — Ich beschwöre Sie bei Ihrem Eifer für die gemeinsame Sache der Allianz, und selbst für das Erzhaus, alles aufzuwenden, damit der Kaiser diese Angelegenheit nochmals ernstlich erwäge."

In demselben Sinne redete der Rathspensionär Heinsius zu dem Grafen Gallas, der sich im Haag befand. „Die Seemächte, sagte er, sehen die Absendung des Prinzen Eugen nach Catalonien als das einzige Mittel an, welches für den Wiedergewinn der spanischen Monarchie noch einige Hoffnung bietet." Er führte dies weiter aus, so sehr im Sinne Marlboroughs, daß Heinsius wie ein Organ desselben erscheint, ja ihn noch überbietet. Nur die Hinsendung des Prinzen Eugen nach Spanien, sagte er, werde die Königin und ihr Ministerium in den Stand setzen, die zu dem spanischen Kriege erforderlichen Subsidien bei dem Parlamente, welches dieselben nur unter dieser Bedingung zugesagt, zur Verwirklichung zu bringen [2]). — So mochte man von England aus dem Rathspensionär die Sache dargestellt haben: die betreffenden Adressen des Parlamentes lassen eine solche Bedingung nicht erkennen.

Heinsius gestand zu, daß in der ungarischen und der schwedischen Verwickelung das Verhalten der Seemächte den Kaiser unangenehm

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 79.

[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 14. Februar.

berührt hatte, verwies dagegen auf die Erfahrung des Jahres 1704, daß man den Kaiser nicht stecken lassen werde. Er drängte seine Meinung endlich zusammen in die Worte: „Die Entscheidung ob das Haus Bourbon Spanien behalten soll oder nicht, beruht lediglich auf der Frage, ob der Kaiser den Prinzen Eugen nach Catalonien senden wird oder nicht. Denn er ist der Einzige, in welchen Alle ihr Vertrauen setzen, und, in Ermangelung seiner Person, wird alles was man sonst thun könnte, für verloren geachtet."

Der Kaiser ließ dem Rathspensionär erwiedern: die für die Rebellion in Ungarn bewiesene Begünstigung und das Verhalten der Seemächte gegenüber dem Zwange zu dem Vertrage von Alt-Ranstadt liege, aus gerechten Ursachen, dem Kaiser noch so sehr am Herzen, daß er völlig entschlossen sei, eher alles in der Welt zu opfern, als sich jemals wieder einer solchen Zwangslage zu unterwerfen [1]).

Unterdessen hatte jedoch der Kaiser bereits einen anderen Schritt gethan. Er ließ im Haag den Vorschlag machen, daß die drei Ober-Anführer, Marlborough, der Prinz Eugen, der Kurfürst Georg Ludwig, sich persönlich und mündlich über den Feldzug verständigen möchten. Hoffmann beklagte es, daß der Vorschlag nicht zuerst in London gemacht sei, namentlich wegen der Person Marlboroughs, der ihm versichere, daß er zwischen den Interessen des Kaisers und der Königin keinen Unterschied kenne. Die Königin Anna ihrerseits ließ auf den Vorschlag erwiedern, 16./27. Januar: sie gebe ihre Zustimmung zu einer Conferenz zwischen Marlborough und dem Kurfürsten. In Betreff des Prinzen Eugen könne sie nicht anders als annehmen, ihre eindringlichen Bitten würden bei dem Kaiser eine solche Wirkung geübt haben, daß der Prinz Eugen sich bereits auf dem Wege nach Spanien befinde [2]).

Es war die letzte Kundgebung des unberechtigten Verdrusses in dieser Sache. Marlborough schwieg von da an über die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Dagegen ist aus dem späteren Verlaufe der Dinge wahrscheinlich, daß die Aussichten, die für ihn sich aus dem Vorschlage des Kaisers entwickelten, ihm besser gefielen als jene aus

---

1) Kaiserliches Rescript an den Grafen Gallas, vom 14. Februar.

2) Hoffmanns Bericht vom 31. Januar.



der Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Als Hoffmann einige Zeit später ihm mittheilte, daß der Wiener Hof abermals auf die Conferenz dringe, nicht mehr in Hannover, sondern im Haag, sprach Marlborough den Wunsch aus, daß Hoffmann die Angelegenheit durch eine Denkschrift an die Königin bringe. Dem ihm vorgelegten Entwurfe fügte er die Bitte hinzu, das Schriftstück ohne Zeitverlust einzureichen [1]). Es geschah durch den neuen Staats-Secretär Boyle, und die Königin genehmigte, ohne auch nur einem anderen Minister eine Mittheilung zu machen. Es war der Beginn des Zusammenwirkens des Prinzen Eugen und Marlboroughs im Jahre 1708, mit den Consequenzen von Oudenarde und Lille.

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Unterdessen gingen die Besorgnisse, welchen über die Nicht-Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien Marlborough von London, Heinsius vom Haag aus nach Wien hin so starken Ausdruck gegeben, nicht in Erfüllung. Im Parlamente kam, wie es scheint, die Sache gar nicht wieder zur Sprache, wenigstens nicht in der Form eines Beschlusses. Aber beide Häuser beschäftigten sich wiederholt mit den Angelegenheiten in Spanien. Im Oberhause hatte die erste Erörterung den Lord Peterborough nur erst gestreift: am 13./24. Januar und dem folgenden Tage wurden die Angriffe schärfer. Das Oberhaus verlangte die anklagende Denkschrift des Grafen Gallas mit den Beilagen (Band XII, S. 129 und 543). Darunter befand sich der Brief Peterboroughs an Carl III. vom 10. Juni, enthaltend die Meldung, daß er zu einem Marsche des Königs über Valencia nach Madrid weder Geld, noch ein Maulthier geben könne. Dies scharfe Zeugnis wider ihn strebte Peterborough hinweg zu reden, nicht dadurch, daß er sich gegen Carl III. wandte, sondern gegen Galway, der mit dieser Frage direct nicht in Beziehung stand. Von dem jungen Könige sprach er mit großem Ruhme, und beklagte nur nicht dasselbe auch von dessen Ministern sagen zu können. Immer aber kehrte er auf Galway zurück, und gestaltete seine Vertheidigung um zu einer Anklage wider

---

1) Pray lose no time in letting M. Secretary Boyle have this memorial. Zu Hoffmanns Berichte vom 28. Februar.

diesen. Nur in zwei Punkten, sagte er, erkläre er sich für schuldig: dem einen, daß er gegen das Votum des Kriegsrathes, dem er sonst in allem gefolgt, Barcelona angegriffen und genommen; dem anderen, daß er von Genua aus dem Lord Galway so viel Geld zugebracht, daß dieser dadurch in den Stand gesetzt worden sei zu marschiren und sich bei Almanza schlagen zu lassen [1]).

Die endlosen Reden Peterboroughs, die zahlreichen Zeugen, die er vorführte, die Papiere, die er vorlegte, ermüdeten die Hörer. Man ließ, ohne zu einem Beschlusse zu kommen, die Angelegenheit fallen [2]).

Schwieriger gestaltete sich für die Regierung eine andere Frage in Betreff des Krieges in Spanien vor dem Unterhause. Es ergab sich, daß im Jahre zuvor die Mittel bewilligt waren für mehr als 29.000 Mann in der spanischen Halbinsel, daß dagegen bei Almanza mitgekämpft hatten 8660 Mann, daß sich in Portugal damals kein Engländer befand, und in Catalonien und Valencia nur hin und wieder einige wenige Regimenter lagen, so daß der Abgang auf 16.000 bis 17.000 Mann geschätzt werden mußte. Es ward der Antrag eingebracht, daß das gesammte Haus durch eine Adresse die Königin um Auskunft über dies Misverhältnis ersuchen möge. Keine Stimme des Widerspruches gegen den Antrag ward laut [3]). Auf die Ueberreichung der Adresse antwortete die Königin: „Meine Herren, Ihrem Wunsche soll mit aller Sorgfalt willfahrt werden, und in kurzer Zeit werde ich Ihnen die Antwort zugehen lassen."

Einem solchen Thatbestande gegenüber befand sich das Ministerium Godolphin in einer schwierigen Lage. Und zwar dies um so mehr, da unter denen, die auf Untersuchung drangen, sich eine amtliche Persönlichkeit befand, von welcher man, nach dem üblichen Brauche in solchen Fällen, ein Eintreten zu Gunsten der Regierung hätte erwarten sollen, der Staats-Secretär Harley [4]).

Dies Vorgehen Harleys brachte daher Marlborough und Godolphin zu dem Entschlusse, ihre Sache mit ihm zur Entscheidung zu

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar.
[2]) Burnet p. 820 (London Edition 1857).
[3]) Hoffmanns Bericht vom 17. Februar.
[4]) Desgleichen vom 24. Februar.



bringen. Diese erfolgte in der That, bevor das Unterhaus jene spanische Angelegenheit erledigte, und darum haben wir zunächst auf diese Sache Harleys unsere Aufmerksamkeit zu richten.

Entlassung des Staats-Secretärs Harley.

Auf die dringende Bitte Marlboroughs, vom Feldzuge aus, am 15. September, daß die Königin vor dem Beginne des Parlamentes sich entscheiden möge zwischen Godolphin und Harley, war eine Antwort nicht erfolgt. Demnach wollte die Königin nicht willfahren. Nach der Rückkehr Marlboroughs aus dem Feldzuge ersuchte Harley bei Godolphin um eine persönliche Conferenz mit ihm und Marlborough. Die, wenn auch zusagende, Antwort Godolphins athmet nicht eine freundliche Stimmung [1]). Die Zusammenkunft heilte nicht die Differenz, sondern erweiterte sie. Einige Wochen später ließ der Treasurer in officieller Form dem Staats-Secretär sein Misfallen über dessen Verhalten ankündigen. Auch darauf noch antwortete Harley mit der Versicherung des Vertrauens auf seine Unschuld und dem Wunsche, durch seine Handlungen die Aufrichtigkeit seiner Absichten und seines Pflichteifers für Godolphin zu beweisen [2]). Mit dieser unterwürfigen, wenn auch heuchlerischen Redeweise Harleys zu Godolphin ist nicht vereinbar, was man später über sein Auftreten gegen Marlborough erzählte, daß er diesem schon damals offen den Vorwurf gemacht, er suche in seinem Privat-Interesse den Krieg in die Länge zu ziehen [3]). Vielmehr war es für Harley klüger, Marlborough nicht zu reizen, weil immerhin für ihn die Möglichkeit da war, über Godolphin den Sieg davon zu tragen, weniger jedoch über Marlborough und Godolphin. Des Letzteren kurze, scharfe Antwort auf jenes heuchlerische Schreiben enthielt die Ankündigung des Bruches [4]).

Zugleich schien für Harley eine andere Gefahr emporzuwachsen. Es ergab sich, daß aus seinem Bureau verschiedene Nachrichten zur Kunde der Franzosen gekommen waren, namentlich das Handschreiben der Königin, vom 29. November 1707, an den Kaiser, betreffend die

---

1) Beide Schreiben vom 5. December, bei Somerville, Queen Anne p. 627.
2) A. a. O. p. 628. Vom 30. Januar/10. Februar.
3) Rapin Thoyras t. IV, p. 223 a.
4) Somerville p. 628.

Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien. Der Verdacht haftete an einem Beamten, Namens Gregg, welcher den Auftrag hatte, die Correspondenz der gefangenen Franzosen in England, also namentlich des Marschalls Tallard, mit Frankreich, welche durch das Amt des Auswärtigen vermittelt werden mußte, zu überwachen, und welcher demgemäß die Gelegenheit hatte, derartigen Briefen auch andere Papiere beizufügen. Die Verhöre des Gregg führten weitere Verhaftungen nach sich, namentlich eines Savoyarden Baud, Secretärs des Gesandten Briançon. Man hatte nämlich aus Paris die sichere Nachricht erhalten, daß der Hof dort bis zum 10. Juni des Jahres zuvor von einem Plane gegen Toulon keine Kunde gehabt hatte, und der Beginn dieser Kunde ward dem Savoyarden Baud beigemessen [1]). Man ging noch weiter. Der Staats-Secretär Sunderland forderte von dem kaiserlichen Residenten Hoffmann auch die Einwilligung in die Verhaftung von Primoli, einem Secretär des Grafen Gallas, welcher letztere noch nicht wieder eingetroffen war. Hoffmann meinte, sich nicht weigern zu dürfen. Unzweifelhaft stand Primoli in Verbindung mit Baud, und hatte von diesem her die Nachricht über jenen auffallenden Plan Marlboroughs, daß nur er und Victor Amadeus offensiv verfahren, Carl III. in Spanien auf die Defensive beschränkt bleiben sollte. Nicht jedoch eine Untersuchung nach dieser Richtung hin war das Ziel Sunderlands, sondern Anhaltspunkte zu finden, welche Harley als den Chef in die Anklage gegen seinen Canzlisten Gregg verwickeln könnten. Eben dies wünschte die gesammte Whig-Partei, die seit langem bei Marlborough und Godolphin darauf drangen, von der Königin die Entlassung des gefährlichen Harley zu fordern, und diese Entlassung zur Bedingung ihrer ferneren Unterstützung machten. Das Oberhaus, das ist die Whig-Mehrheit darin, wählte einen Ausschuß von sieben Mitgliedern zu dem Zwecke der weiteren Nachforschung über jenen Verdacht.

Dieser Gefahr freilich durfte Harley ruhig die Stirn bieten. Die Aussagen des Angeklagten Gregg ergaben in Betreff Harleys Nachlässigkeit und Mangel an Vorsicht in der Geschäftsführung, nichts weiter. Während der Angeklagte Gregg für sich persönlich alles eingestand,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Januar. Vgl. Bd. XII, S. 329.



wehrte er von Harley jede Anklage ab. Er bestätigte dies in besonders nachdrücklicher Weise in der letzten Schrift, die er vor seiner Hinrichtung dem Sheriff übergab. Von dieser Seite her war Harley nicht beizukommen.

Bevor indessen dieser Verdacht gegen Harley sich aufklärte, waren Marlborough und Godolphin, auf das Andringen der Whig-Partei und im eigenen Interesse, gegen Harley vorgegangen. Wie im Sommer zuvor die Königin den brieflichen Mahnungen Marlboroughs gegen Harley ausgewichen war, so nach seiner Rückkehr auch den mündlichen. Die Stimmung wurde daher noch gespannter. Sie ward nicht gemildert durch das Mit-Eintreten der Lady Marlborough, welche für den Fall, daß Marlborough aus seiner Stellung gedrängt würde, wo sie selber dann auch nicht bei Hofe bleiben könnte, in zudringlicher Weise der Königin das Versprechen entriß, die von ihr, der Lady Marlborough, bekleideten Hofämter ihren zwei ältesten Töchtern zu geben [1]). Der Gedanke, daß Godolphin die Alternative der Wahl zwischen ihm und Harley stellen könnte oder würde, war der Königin seit langem bekannt; der andere, daß Marlborough sich darin mit Godolphin vereinigen könne, scheint der Königin bis dahin nicht gekommen zu sein. Sie erwiederte der andringenden Lady Marlborough: „Wir dürfen uns niemals trennen."

Nachdem aber die Königin der wiederholt angeregten Alternative der Wahl zwischen Godolphin und Harley immer ausgewichen war, vereinbarten Marlborough und Godolphin den Plan, nach welchem nicht bloß mehr der letztere, sondern der erstere zusammen mit ihm der Königin die Alternative stellen wollte.

Am 7./18. Februar, einem Samstage, trat Marlborough in dieser Absicht vor die Königin [2]). Er erging sich in starken Ausdrücken

---

[1]) Coxe vol. II, p. 204.

[2]) Ich folge wesentlich dem ausführlichen Berichte von Hoffmann, 24. Februar, der unter dem unmittelbaren Eindrucke des Vorganges niedergeschrieben wurde. Das nicht-datirte Schriftstück bei Coxe vol. II, p. 191 erscheint mir nicht als ein Brief, der an die Königin abgeschickt wurde, sondern als die Vereinbarung der Rede Marlboroughs für die Audienz. Das Schriftstück schließt mit den Worten: And I beseech Y. M. to look upon me, from this moment, as forced out of your service etc. Wenn aber eine solche Aeußerung schriftlich in den Händen der Königin war, so konnte doch wohl Marlborough nicht nachher noch zur Audienz erscheinen.



gegen Harley. Er nannte das Verhalten desselben falsch und verrätherisch. Wolle die Königin einen solchen Mann im Dienste behalten, so werde sie dadurch ihre Angelegenheiten daheim zerrütten, in ganz Europa Kummer und Erstaunen erregen. „Indem ich aber, fuhr er fort, für meine eigene Ehre und Reputation einzustehen habe, darf ich mich nicht täglich zum Opfer der Falschheit und des Verrathes hingeben, sondern muß Eurer Majestät unterthänigst eröffnen, daß keine Rücksicht mich bewegen kann, länger mit jenem Manne zu dienen. Ich ersuche daher Ew. Majestät von diesem Augenblicke an, mich aus Ihrem Dienste als hinaus gezwungen zu betrachten, so lange Sie es für geeignet finden, jenen Mann darin zu behalten." Dasselbe erklärte er im Namen Godolphins. Sie beide würden sich sofort auf das Land zurückziehen, dort Gott bitten die Regierung der Königin zu segnen, und sie aus den Händen jenes Mannes zu erlösen, bevor es zu spät sein würde. Marlborough bat ferner um baldige Entscheidung, weil Gefahr im Verzuge, und namentlich die Generalstaaten Nachricht wünschen würden, um, im Falle seiner Nicht-Wiederkehr, sich nach einem anderen Feldherrn umzusehen. — Die Königin, heftig weinend, erwiderte, er könne eben so wohl seinen Degen ziehen und sie durchstoßen, als das Commando niederlegen wollen. Eine weitere Antwort gab sie nicht. Marlborough mußte sich ohne eine Entscheidung zurückziehen.

Die Kunde dieses Standes der Dinge verbreitete sich rasch. Noch am selben Tage einigte man sich unter der Hand in beiden Häusern des Parlamentes, im Falle der Entlassung von Marlborough und Godolphin alle Geschäfte zu suspendiren und die Königin um die Ursache einer so wichtigen Aenderung zu befragen. Die Whig-Partei insgesammt haßte Harley; die Zahl seiner Freunde unter den Tories war nicht groß. Beiden Parteien galt er als ein Mann ohne Grundsätze [1].

Auf den folgenden Tag, Sonntag den 8./19. Februar, war eine Sitzung des Cabinetsrathes angesagt. Marlborough und Godolphin stellten sich nicht ein [2]. Nachdem die Königin ihren Sitz ein-

[1]) Beide Parteien, sagt Hoffmann, halten ihn für einen gefährlichen Cabalisten und einen Mann von gar keinen principiis.

[2]) Ueber den Verlauf dieser Sitzung ist der Bericht bei Burnet p. 821 (der London Edition 1857) die Grundlage aller späteren.



genommen, begann Harley über einige auswärtige Angelegenheiten zu berichten; aber in der Haltung der Mitglieder der Versammlung prägte sich Verstimmung aus. Der Herzog von Somerset brach hervor mit den Worten: er sehe nicht ab, wie über solche Angelegenheiten in Abwesenheit des Generals berathen werden könne. Er wiederholte dies mit einiger Heftigkeit, und die verdrossene Haltung der Anderen that das Uebrige, so daß sich die Königin genöthigt sah, die Versammlung aufzuheben. Sie konnte sich nicht verhehlen, daß das Beispiel von Marlborough und Godolphin auch bei anderen Ministern Nachfolge finden würde.

Dennoch zögerte die Königin mit ihrer Entschließung bis zum nächsten Tage, dem 9./20. Februar. Es herrschte allgemein die Ansicht, daß, wenn es sich nur um Godolphin gehandelt hätte, die Königin lieber diesen als Harley entlassen würde [1]). Dadurch, daß Marlborough gemeinsame Sache mit Godolphin machte, war Harleys Plan durchkreuzt. Das Verbleiben Marlboroughs als Feldherrn stand der Königin höher als ihre Furcht vor der Herrschaft der Whig-Partei. Dies beweist, daß sie damals sich ihrer Krone sicher fühlte nur durch die nachdrückliche Fortführung des Krieges. Erwähnenswerth jedoch ist das Gerücht, daß Harley, im Falle seines völligen Sieges, wo er für sich die Stelle des Treasurers in Aussicht genommen, auch für das Commando der Armee in den Niederlanden an einen Ersatz gedacht habe, nämlich an den Kurfürsten Georg Ludwig [2]).

Es gereichte zur besonderen Verwunderung, daß die Königin über den Plan sich in solcher Weise von der Herrschaft der Whig-Partei loszuwinden, wie es nun ans volle Licht trat, sich zu keinem Anderen vorher eröffnet hatte [3]). Aber es fragte sich, ob sie gegen die starke Strömung wider Harley Stand halten könne.

---

[1]) Hoffmann: Es will durchgehends dafür gehalten werden, daß wenn Marlborough nicht causam communem mit Godolphin gemacht und es sich allein zwischen diesem und Harley gehandelt hätte, die Königin lieber jenen als diesen entlassen haben würde.

[2]) Schreiben des Secretärs Primoli, vom 17. März, im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive in Prag.

[3]) Primoli sagt: Di tutte queste cabale mai la Regina si è aperta con chi vi sia, il che è ben ammirabile e virtuoso: anzi Lei era per sostenere

Harley selber scheint eher gewichen zu sein als die Königin. Er mochte die Stimmung gegen ihn ungünstiger finden, als er selbst vorher sie sich gedacht, und in der Furcht vor der wider ihn aufsteigenden Gefahr bat er selber die Königin nachzugeben.

Am Montag Morgen, dem 9./20. Februar, sprach die Königin ihren Entschluß aus, den Staats-Secretär Harley zu entlassen. An seine Stelle trat noch am selben Tage Boyle, dem gräflichen Hause Burlington angehörig, bisher Kanzler des Schatzamtes, eine Persönlichkeit, die nicht der einen oder der anderen Partei beigezählt wurde, dagegen bei beiden Parteien in Ansehen und Achtung stand. Nach der Ansicht des kaiserlichen Gesandten Gallas hatte bei Marlborough zur besonderen Empfehlung für Boyle gereicht dessen günstige Gesinnung für Victor Amadeus. — Die hauptsächlichen Anhänger Harleys dagegen kamen der Entlassung durch freiwillige Resignation zuvor. Es waren die drei Tories: der Controlor des königlichen Haushalts, Ritter Mansell, der General-Advocat Harcourt, der Kriegs-Secretär St. John [1]).

Marlborough und Godolphin hatten in erster Linie gehandelt; aber der Sieg kam weniger ihnen zu gute als der Whig-Partei, unter deren moralischem Drucke sie gehandelt hatten. Fortan war von Seiten der zwei Häupter jedes Sträuben gegen die Forderungen der Whig-Partei auf die Dauer unhaltbar [2]). Mit der Entlassung Harleys beginnt die Herrschaft der Whig-Partei.

Sie hatte gesiegt; aber in dem Siege selbst saß der Wurm, der ihn anfraß. Sie hatte gesiegt über die widerstrebende Neigung der Königin. Diese hatte sich fügen müssen, aber darum hatte sich ihr Widerstreben noch nicht in Willigkeit gewandelt. Je weniger sie in der nächsten Zeit eine Aussicht sah, dieses Widerstreben gegen die Forderungen der Whig-Partei zu bethätigen, desto intensiver spannten

---

l'Harley di tutta forza e l'haverebbe sostenuto (per quello dicono), se li due Signori menzionati ed una parte dei consiglieri di stato non si fossero dichiarati di voler rinonziare, quando l'altro non fosse stato rimosso.

[1]) Bericht Hoffmanns vom 24. Februar, und derjenige des Grafen Gallas vom 5. März.

[2]) Gallas in einem Briefe vom 5. März sagt sogar: Godolphin tout bon joueur d'échec qu'il est, a eu à la fin échec et mat par le parti des Whigs.



sich in ihr die Wünsche es zu können. Dies zumal unter der Einwirkung ihrer Freunde. Wenn auch äußerlich der Schein eines guten Verhältnisses mit dem Ehepaare Marlborough und Godolphin noch erhalten blieb, so hatte doch der Druck, den alle drei auf sie geübt, die früheren Bande der Zuneigung durchschnitten. Um so mehr suchte die Königin Zuflucht bei ihrer Freundin Masham. Es hatte sich anfangs das Gerücht verbreitet, daß, nach Harley, auch diese Hofdame entlassen sei. Man meinte, daß die Königin dem Andringen nicht blos des Ehepaares Marlborough und Godolphins, sondern auch vieler Parlaments-Mitglieder nicht werde widerstehen können [1]). Das Gerücht bewährte sich nicht. Frau Masham blieb. Und mit ihr blieb auch für Harley der Zutritt zu der Königin. Die Minister und die Whig-Partei hatten diesem gefährlichen Gegner den Zutritt nehmen können, den er vermöge seines Staatsamtes besaß: sie hatten nicht die Macht, ihm den Verkehr mit seiner Verwandten zu untersagen, die im unmittelbaren persönlichen Dienste der Königin stand. Die Bedeutung und der Einfluß jener Frau konnte eben damals noch um so mehr steigen, weil die Persönlichkeit, die ihr hätte entgegen wirken können, sich zurückzog. Lady Marlborough kündigte der Königin an, daß nach der sehr harten und ungewöhnlichen Behandlung, welche sie erfahren, sie annehmen müsse, der Königin werde nichts so lästig sein als ihre Anwesenheit. Darum wolle sie aufs Land gehen [2]). Eine gütige Antwort [3]) der Königin und die Mahnungen der Freunde der Lady änderten nicht diesen Entschluß. Auch Marlborough, von Holland aus, war der Ansicht, daß Lady Marlborough die Frau Masham durch nichts mehr verpflichten könne als durch das eigene Entfernt-Sein von der Königin; aber er wolle ihr keinen Zwang auferlegen [4]). Fortan kamen die Königin und Lady Marlborough fast nur noch geschäftlich

---

[1]) Primoli meldet, 23. April: S. M., non ostante l'addirizzo del Parlamento e le rimostranze del duca, di Marlborough e di M. Tresoriere non se n'è volnta disfare nel tempo che ogn'uno lo credette, e vuol in ogni forma haverla presso di lei.

[2]) Coxe vol. II, p. 204.

[3]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough t. I, p. 111.

[4]) A. a. O. p. 115.

zusammen; dagegen zog sich das freundschaftliche Verhältnis der Königin und der Frau Masham fester, zu Gunsten zugleich von Harley.

Formell war er entlassen: in der Wirklichkeit entzog sich fortan seine Thätigkeit jeglicher Ueberwachung. Sein erster Versuch war mislungen, aber nicht die Aussicht ihm abgeschnitten, den Versuch zu erneuern, wenn etwa die Dinge sich günstiger wendeten, und einstweilen die Gewisheit ihm geblieben, für diese günstige Wendung der Dinge arbeiten zu können.

Zunächst jedoch schien sein Sturz das Ministerium Godolphin befestigen zu müssen, namentlich in Betreff der Angelegenheiten in Spanien.

Fortgang der spanischen Angelegenheiten im Unterhause.

Gemäß jener Antwort der Königin auf die Anfrage des Unterhauses um Auskunft über die Truppen in Spanien wurde eine ausführliche Schrift ausgearbeitet, welche das Räthsel des Misverhältnisses jener Zahlen lösen sollte, und am 18./29. Februar von dem Sprecher vor dem Unterhause verlesen [1]). Aber die Schrift wich der eigentlichen Frage aus. Sie beschäftigte sich viel mit den Truppen, die man nach Almanza habe aufbringen wollen. Sie zog den König von Portugal herein, und fand es nicht rathsam, eine allzu scharfe Nachforschung des Truppenstandes eines Verbündeten vorzunehmen, der unablässig vom Feinde umworben werde. Die Schrift befriedigte nicht. Die Tory-Partei im Unterhause meinte bereits eine feste Angriffs-Basis gegen das Ministerium zu haben. Von ihr aus erfolgte der Antrag: der geringe Stand der englischen Truppen zur Zeit der Schlacht von Almanza sei dem Mangel an rechtzeitigem und wirksamem Nachschube beizumessen. Die erwartete Bejahung sollte zur Begründung einer Anklage gegen das Ministerium Godolphin dienen.

Wie aber die Dinge lagen, mußte eine solche Anklage zum Vortheile für die Plane Harleys ausschlagen. Indem die Whig-Partei nicht Godolphin zu Gunsten Harleys fallen lassen wollte, entschied sie sich, auf Kosten der offenkundigen Wahrheit, gegen jenen Antrag.

---

[1]) Commons Debates vol. III, p. 88.



Derselbe ward mit 250 gegen 175 Stimmen verneint [1]). Damit war das Ministerium freigesprochen. Die Verneinung zog die Bejahung nach sich. Eine Adresse, überreicht durch das gesammte Haus, sprach der Königin Dank aus für ihre Maßregeln den Stand der Dinge in Spanien herzustellen, und die Königin antwortete in entsprechender Weise.

Die Aeußerungen des in erster Linie Betheiligten, des Königs Carl III., die wir zum Jahre 1707 vernommen haben (Band XII, S. 286), lassen vermuthen, daß eine Verhandlung über die näheren Umstände des Treffens von Almanza vor seinem Forum einen anderen Ausgang genommen haben würde als vor demjenigen der Whig-Partei des Parlamentes von England. Hatte Peterborough sich durch die Ermüdung seiner Hörer im Oberhause von jeder Anklage frei gekämpft, so ward im Unterhause gegen den Whig Galway eine Anklage nicht einmal erhoben. Für das geschichtliche Urtheil über ihn jedoch dürften die Worte seines Gegners, des Marschalls Berwick (Band XII, S. 288), eine feste Grundlage bilden.

Wenige Tage später trugen Ereignisse von außen bei, die Stellung der Whig-Partei zu verstärken, nämlich die erste Kunde, der Verlauf und der Ausgang eines Versuches, den damals Ludwig XIV. auf Schottland vorbereitete. Nachdem schon zu Ende des Monats Februar sich Gerüchte verbreitet hatten, daß in Dünkirchen bedrohliche Rüstungen statt fanden, ließ die Königin am 4./15. März durch den Staats-Secretär Boyle dem Unterhause ansagen, daß der prätendirte Prinz von Wales in Dünkirchen eingetroffen sei, augenscheinlich zum Zwecke einer Invasion in England. Wir haben also auf den Ursprung und das Werden dieses Planes unsere Aufmerksamkeit zu richten.

Der Versuch des Prätendenten auf Schottland, im März.

Die Mehrheit des letzten schottischen Parlamentes hatte die Unions-Acte beschlossen, das englische Parlament sie in derselben Form angenommen, die Königin sie sanctionirt. Die Ausdrücke der Königin bei diesem Anlasse lassen keinem Zweifel Raum, daß weitaus die Mehrheit der Engländer die Union als eine Segnung betrachtete. Nicht so war es bei den Schotten. Die Mehrheit derselben war auch

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 6. und 13. März.



vorher nicht für die Union gewesen: mit der Durchführung derselben vom 1. Mai 1707 an stieg die Abneigung. Die englischen Zollbedienten erregten so sehr den Unwillen der Schotten, daß diese behaupteten, England sende seinen Abschaum nach Schottland [1]). Vor allen Dingen aber schmerzte der Verlust der Selbständigkeit von Schottland. Dafür schien es nur ein Heilmittel zu geben, nämlich die Herstellung des königlichen Hauses Stuart. Auch die Presbyterianer und Cameronianer kamen nun über den Einwand der katholischen Religion hinweg. Denn, sagten sie, Gott könne den König bekehren, oder er könne protestantische Kinder haben; aber die Union könne niemals gut werden.

Die Wünsche vieler Menschen in Schottland nahmen sogar die Form der Erwartung an. Zur selben Zeit, wo in London die Königin Anna die Acte der Union sanctionirte, bereiteten in Schottland Viele sich vor mit Waffen und Pferden zu dem Könige Jacob VIII. zu stoßen, wenn er nun bald landen werde. An den Wünschen und Erwartungen dieser Art betheiligten sich Mitglieder aller bisher verschiedenen Parteien, so daß ein Schotte, der mitten in der Bewegung stand, in dieser Beziehung auf seine Landsleute das schottische Sprichwort anwandte: „Sie Alle waren Eines Vaters Kinder" [2]).

Wenden wir also unsere Blicke nach St. Germain.

Dort war im Laufe der Jahre der Sohn, dessen Geburt im Juni 1688 dem Hause Stuart die Krone zu sichern schien, und um dessen vermeintlicher Rettung und Erhaltung willen der Vater Jacob II. sich zu der Thorheit verleiten ließ, durch seine Flucht, im December, dieselbe Krone zu verlassen und preis zu geben — dieser Sohn war nun zum jugendlichen Manne empor gewachsen, erfüllt von dem sehnlichen Wunsche, das Recht seiner Väter wieder zu erwerben. Aber er wie seine Mutter Marie waren noch immer berathen von denselben Männern, wie einst der Vater Jacob II., von Middleton und Caryll, die eben so wenig wie die königlichen Personen selbst erkannten, daß gerade derjenige Mann, auf welchen sie für die Herstellung besonders hofften, der König von Frankreich, das stärkste Hinderniß gegen dieselbe

---

[1]) Lockharts Memoirs t. I, p. 223. Auch für das nächst Folgende.

[2]) A. a. O. p. 227. They were all one man's bairns.



war. Indem das Königshaus Stuart sein Geschick an dasjenige Ludwigs XIV. band und gebunden erhielt, galten die Siege Marlboroughs nicht blos der Macht Ludwigs XIV., sondern auch dem Rechte Jacobs III., welcher in jenem Könige den Schützer seines Rechtes zu erblicken vermeinte. Ludwig XIV. hatte beim Tode Jacobs II., im September 1701, den Sohn als Jacob III. anerkannt. Damit schien ja er sich für die Herstellung desselben verpflichtet zu haben. Allein es blieb vielleicht der Königin Marie wie ihrem Sohne unbekannt, daß unter den Friedenserbietungen Ludwigs XIV. vom Jahre 1706 voran stand die Anerkennung der Königin Anna.

Nur einmal findet sich eine Andeutung, daß der Vorschlag gemacht worden sei, für die königliche Familie einen anderen Aufenthaltsort zu erwählen. Der Vorschlag scheint ohne weitere Erörterung zurück gewiesen zu sein [1]).

In der Erweisung der äußeren Ehren hielt Ludwig XIV. fest daran, seinen Schützling als den gleichberechtigten König anzuerkennen. Der Hofmann Dangeau berichtet: „Wenn der König von England auf einem Balle sein erstes Menuet tanzt, erweist ihm der König die Ehre sich beständig aufrecht zu halten" [2]). Bei solcher Höflichkeit mochte Marie Beatrice sich sicher fühlen, daß um so mehr auch in ernsten Dingen ihr Sohn an Ludwig XIV. eine feste Stütze haben werde.

Aber für Jahre lang tauchte, bei den Miserfolgen der französischen Waffen, ein Hoffnungsstern für St. Germain nicht auf. In Ermangelung eines solchen erörterte man dort oft aufs neue wieder die Frage, ob endlich einmal Marlborough und Godolphin das oft gegebene Wort einlösen würden. Es scheint, daß es Marlborough gelungen sei, nach St. Germain hin auch die Union mit Schottland als ein Werk guter Absicht darzustellen, weil dadurch Godolphin im Amte erhalten werde. Denn in St. Germain galt die Meinung, daß, ohne Godolphin, Marlborough nicht vermögen würde, seine alte Schuld zu zahlen. Aber die Erwägungen solcher Art schlossen dann doch immer mit dem Zweifel und der Besorgnis, daß Marlborough nur sein eigenes Interesse verfolge [3]).

---

1) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 75. 85.

2) Dangeau t. XII, p. 80.

3) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 75.

Im Beginne des Jahres 1707 gelangten nach St. Germain die Nachrichten über die mismuthige Stimmung der Schotten wider die Union. Hier endlich schien sich eine reelle Aussicht zu eröffnen, und sofort erblicken wir den Hof von St. Germain in reger Thätigkeit, um bei Ludwig XIV. eine Hülfe zu erwirken. In Versailles war man minder eifrig. Auf das Andringen Middletons erwiederte Chamillart, daß der König abermals, wie schon früher, den Obersten Hooke nach Schottland senden wolle, um an Ort und Stelle die Lage der Dinge zu erkunden. Die Bitten von St. Germain aus um ein Mehr blieben vergeblich. Noch im Februar 1707 begab sich Hooke nach Schottland [1]).

Er trug bei sich zwei Instructionen, die eine von St. Germain, die andere von Versailles. Sie waren sehr verschieden. Diejenige von französischer Seite ermächtigte ihn nicht zu einem positiven Versprechen an die Schotten. Sie untersagte ihm ausdrücklich den König in Ausgaben zu verwickeln, welche er, bei der Last der anderen ihm obliegenden, nicht tragen könne. Aber Hooke soll sich genau erkundigen nach der Anzahl der Truppen, aus welchen die schottische Armee bestehen werde, nach den Namen der Generale und der anderen Officiere, welche sie commandiren sollen, nach den festen Plätzen, der Artillerie, dem Fuhrwesen, der Kleidung, der Bewaffnung, den Werkzeugen, Pulver und Blei u. s. w. Es wird in der Instruction nichts vergessen bis hinab zu Schuhen und Strümpfen. — Dies Alles sollte Hooke erkunden zu einer Zeit, wo die einzige Realität, auf welche man in Betreff Schottlands rechnen konnte, in der Erregung der Mehrheit wider die Union bestand. — Der englische Historiker, der siebzig Jahre später jene Instruction ans Licht zog, nennt sie ein Probestück der Unwissenheit des französischen Ministeriums, sowie der Unaufrichtigkeit gegen den Prätendenten [2]).

Dieser selber stattete den Hooke mit einer Proclamation aus, welche das schottische Volk zum Wiedergewinne seiner Freiheit in die Waffen rief. Die Instruction stellte weiter in Aussicht: „Sobald die Schotten in Waffen auftreten und sich für uns erklärt haben, beab-

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 76.

[2]) A. a. O. p. 79.



sichtigen wir in Person ihnen zu Hülfe zu kommen mit dem Succurse, den der König von Frankreich uns versprochen hat, und den er nicht gewähren kann, bis die Schotten den augenscheinlichen Beweis ihrer Gesinnung gebracht haben."

Im Februar 1707 landete Hooke in Schottland und begann seine Thätigkeit. „Ich habe guten Grund zu glauben, sagt über ihn der schottische Jacobit Lockhart, daß er dem Hofe von St. Germain aufgenöthigt und der eigentliche Diener des französischen Königs war; denn der Oberst Hooke zeigte sich mehr beflissen um jeden Preis einen inneren Krieg zu erregen — denn das wollte ja der französische König — als diejenigen Maßregeln zu treffen, welche zum Dienste des Königs Jacob gereichten, und seine Unterthanen zu ermuthigen für ihn zu handeln" [1]).

Was hier der schottische Patriot aus seiner Wahrnehmung und Erfahrung über die Thätigkeit des Obersten Hooke im Jahre 1707 ausspricht, das schließt in sich, wie die Thatsachen von Anfang an uns ergeben haben, den Grundzug der gesammten Politik Ludwigs XIV. in Betreff des unglücklichen Hauses Stuart. Es war vom Beginne Jacobs II. das Trachten Ludwigs XIV. gewesen, jenen König mit der Republik der Niederlande, vor allem mit dem Prinzen von Oranien zu verfeinden, um sie gegenseitig lahm zu legen, damit sie nicht im Stande seien, seinen europäischen Planen entgegen zu treten. Ludwig XIV. hatte die Expedition des Oraniers im Jahre 1688 nicht gehindert, sondern negativ befördert, damit die Mächte Holland und England sich in einander verbeißen sollten. Als die Wage in England sich zum Vortheile des Oraniers senkte, hatte er, damit nicht ein Ausgleich erfolge, der zu seinen Ungunsten ausschlagen würde, das thörichte königliche Paar von England zur Flucht nach Frankreich verleiten lassen. Im Besitze der königlichen Familie von England und Herr ihres Willens hoffte Ludwig XIV. in England einen inneren Krieg zu erregen, nicht indem er selber zuerst Truppen und Geld daran wagte, sondern indem er zuerst die Engländer unter einander zu entzweien hoffte. Wie haben wiederholt die Differenz der Meinungen Ludwigs XIV. und Jacobs II. beobachtet: dieser verlangt zuerst die

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 227.

Sendung französischer Truppen nach England, jener zuerst eine jacobitische Erhebung in England. So namentlich bei dem Plane des Attentates auf Wilhelm III., im Februar 1696. Ungeachtet alles Mislingens bleibt der Grundzug bei Ludwig XIV. immer derselbe. Nach dem Tode Jacobs II. proclamirte Ludwig XIV. den König Jacob III., weder aus Großmuth für die königliche Familie, noch aus thörichtem Hochmuthe gegen England, sondern aus dem politischen Wunsche und der Hoffnung, dadurch England in sich zu spalten.

Alle diese Wünsche und Hoffnungen waren fehl geschlagen. Nun bot sich im Jahre 1707 eine reelle Aussicht, wie sie bis dahin nicht gewesen war, das Haus Stuart, wenn nicht nach England, so doch nach Schottland wieder einzubringen. Und wiederum sehen wir denselben Grundzug der Politik Ludwig XIV.: er verlangt, bevor er eine Hülfe sendet, zuerst die Erhebung der Schotten in Waffen, also zuerst den Bürgerkrieg.

Es ist von Interesse, damit zu vergleichen, daß später auch Napoleon I. über eine Landung in England ähnlich gedacht hat wie einst Ludwig XIV. Im Jahre 1805 errichtete Napoleon I. an der Nordküste Frankreichs das große Lager von Boulogne, das wie eine ungeheuere Vorbereitung zur Landung in England angesehen werden sollte, und in Wirklichkeit eine Rüstung gegen Oesterreich war. Als einige Jahre später Metternich in einer Unterredung mit Napoleon I. bemerkte, daß er diese Offensiv-Anstalten nicht als gegen England gerichtet angesehen habe, erwiederte Napoleon lächelnd: „Vous avez eu bien raison: jamais je n'eusse été assez sot pour entreprendre une descente en Angleterre, le seul cas excepté d'une révolution intérieure dans ce pays“ [1]).

Zwei Männer ragten damals in Schottland besonders hervor, die Herzoge von Hamilton und Athol. Beide waren jacobitisch gesinnt; aber der erstere hatte durch sein Verhalten im letzten schottischen Parlamente bei einigen seiner Landsleute Mistrauen gegen sich erweckt. Der Jacobit Lockhart bezeichnet ihn als loyal, aber vielleicht ein wenig zu vorsichtig, oder eher furchtsam [2]). Nicht den Herzog von Hamilton

---

[1]) Metternichs nachgelassene Papiere Bd. I, S. 44.

[2]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 228.



zunächst suchte daher Hooke auf, sondern den Herzog von Athol und diejenigen, welche zu ihm hielten. Diesen Herzog selber mochte der Ehrgeiz leiten, als das Haupt einer Bewegung aufzutreten, die den König zurückbringen werde; aber auch von den Anderen, die mit ihm gingen, schätzte, wie Lockhart sagt, ein Jeder sich selber als einen zweiten Monk. So nahmen mit Athol fünfzehn oder sechszehn Edelleute es auf sich, ohne Vollmacht von Anderen, jene eingehenden Fragen des französischen Agenten Hooke zu beantworten. Dennoch sehen wir dann auch von ihnen her dieselbe Differenz der Ansichten sich kund geben, die einst zwischen Ludwig XIV. und Jacob II. bestanden: sie verlangten als Vorbedingung, daß der König Jacob VIII. sechs bis sieben tausend Mann regulärer Truppen mit bringe [1]).

Gegen Hamilton und dessen Freunde benahm sich Hooke so hochfahrend, daß eine Vereinbarung zwischen ihnen unmöglich schien. Hamilton und seine Freunde wendeten sich daher an Middleton in St. Germain. In der Hauptfrage jedoch stimmten sie mit jenen Anderen überein, und spannten ihre Forderung nur noch höher. Da ein Versuch mit schwachen Kräften, sagten sie, für die Person des Königs Jacob verhängnisvoll werden könne, und jegliche Aussicht für die Zukunft vernichten werde; da es ferner klar sei, daß, wenn in einer solchen Sache das Schwert gezogen, die Scheide weggeworfen werden müsse: so ersuchen sie, daß der König Jacob VIII. zum wenigsten 10,000 Mann regulärer Truppen mitbringe [2]).

Im Mai 1707 schied Hooke mit der Versicherung, daß im August der König kommen werde. Er erstattete seine Berichte in Versailles und St. Germain. Middleton richtete ein dringendes Schreiben an Chamillart: „Die Schotten erwarten ihren König, und er glüht vor Verlangen, zu ihnen zu eilen. Wenn ein geringer Theil der Mannschaft und des Geldes, das hier verwendet wird, ausreicht die Sache dort durchzuführen: so wäre es doch Unrecht zu zaudern“ [3]). Er verwies auf das Beispiel von Ungarn, so wie auf andere, um zu zeigen, wie vortheilhaft es sei, eine große Macht in ihrem Daheim anzugreifen.

---

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 233.

[2]) A. a. O.

[3]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 87, vom 27. Juli.

In denselben Tagen gab Hooke nach Schottland die Nachricht, daß zur Zeit die Sache nicht unternommen werden könne.

Der Schotte Lockhart hebt mit Recht bei diesem Anlasse die Discretion des schottischen Volkes hervor. Obwohl der Wunsch und die Absicht so Vielen gemeinsam war, und in so zahlreichen Kreisen der Bevölkerung erörtert wurde, daß der englischen Regierung eine allgemeine Kunde des Wunsches und der Absicht nicht verborgen bleiben konnte: so fehlte es ihr doch an jedem bestimmten Anhaltspunkte des Eingreifens.

Bei den Häuptern der Jacobiten in Schottland aber befestigte sich durch dies Hinausschieben der Verdacht, der schon durch das Verhalten des Agenten Hooke bei seiner Anwesenheit rege geworden war, daß der König von Frankreich für das Haus Stuart nur in so weit bedacht war, als es seinem eigenen Interesse entsprach, und daß er den jungen König als sein Werkzeug gebrauchte für seine eigenen Zwecke. — Dies war namentlich die Ueberzeugung des Herzogs von Hamilton [1]).

Ein auffallender Unterschied tritt uns besonders entgegen in dem Verhalten Ludwigs XIV. gegenüber dem Haupte des ungarischen Aufstandes, Franz Rakoczy, und dem Sohne Jacobs II., den er als den rechtmäßigen König proclamirt hatte. Dem Rakoczy war, wie er selber dankend bei Ludwig XIV. anerkennt, auch der Beginn seiner Rebellion nur durch französisches Geld möglich gemacht worden. Und dann erst recht die Fortdauer. Ludwig XIV. zahlte pünktlich, Monat auf Monat und Jahr auf Jahr, und sein Gold wandelte sich in den Händen Rakoczys zum Schwerte und zur Brandfackel für Ungarn zunächst, und dann für die Nachbarländer, damit durch alles dies die Macht des Kaisers gelähmt würde. Ludwig XIV. hatte es ähnlich in seiner Hand auch die ihm gefährlichere Macht England daheim zu lähmen, wenigstens vom Jahre 1707 an, wenn er nur den Bitten der Schotten willfahrte, ihnen einen verhältnismäßig geringen Theil seiner Macht zu Hülfe zu senden. Er zauderte. Er konnte sich nicht entschließen.

---

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 234.



Der Grund liegt in der Verschiedenheit sowohl der Sache als der Forderung. Ludwig XIV. besoldete den Franz Rakoczy als Rebellen gegen den Kaiser. Der Ungar war und blieb in den Augen Ludwigs XIV. ein Rebell, mit welchem er als König ein Bündnis zu schließen sich weigerte, so daß er ihn fallen lassen konnte je nach seinem Belieben. Auch schickte er ihm nicht Mannschaft, sondern Geld. Anders stand es mit dem Prätendenten Jacob Stuart. Er verlangte nicht zuerst Geld, sondern reguläre Mannschaft. Er war als rechtmäßiger König von Ludwig XIV. anerkannt. Wenn dieser den jungen König mit französischer Mannschaft nach Schottland gehen ließ, so war dort in doppelter Weise seine Ehre engagirt. Er hätte sich nicht lossagen können, weder von dem Könige Jacob, noch von seiner eigenen Mannschaft. Aber nicht er war Herr des Meeres, sondern England. Auch wenn es Ludwig XIV. gelang, den König Jacob und für Einmal mit ihm 10,000 Mann hinüber zu bringen: so war, im Falle des Fehlschlagens, der Ausgang für ihn von sehr bedenklicher Art.

So stand die Sache im Jahre 1707. Und dennoch entschloß sich dann Ludwig XIV., im Beginne des Jahres 1708, dem Andringen des Hofes von St. Germain nachzugeben und eine Flotte auszurüsten, die den jungen König mit 6000 Mann Landungstruppen nach Schottland hinüber tragen sollte.

Am 24. Februar entsendete der Prätendent von St. Germain aus zwei der drei schottischen Deputirten, die im Jahre zuvor zu ihm gekommen waren, an seine Getreuen in Schottland. Die Instruction beginnt mit den Worten: „Sie sollen den Freunden, die wir Ihnen genannt haben und hier nicht nennen dürfen, in unserem Namen versichern, daß wir im Begriffe sind zu kommen, mit aller möglichen Eile, um unser Recht zu behaupten und unsere Unterthanen, gemäß ihren Gesetzen, bei ihrer Religion, ihren Freiheiten, ihrem Gewerbe und Handel zu beschützen, ferner daß wir mit uns bringen eine ausreichende Macht, eine gute Summe Geldes, Waffen, Munition und andere Vorräthe, ganz wie das in Ihrer Denkschrift verlangt wird“ [1]).

Beachtenswerth für den Verlauf der Dinge ist dann der weitere Satz: „Sie sollen denen, welche damit beauftragt sind, in unserem

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 99. — Dangeau t. XII, p. 99.

Namen befehlen, daß sie bei dem ersten Erscheinen der Flotte, die uns trägt, oder bei der ersten Nachricht, die sie von unserer Landung erhalten, uns als König proclamiren überall da, wo sie eine Autorität haben. Sie sollen ferner alle wehrbare Mannschaft mit ihren besten Pferden und Waffen aufrufen, und sollen alle Zusammenkünfte derer, die fortan noch in der Rebellion verharren, hindern, und die Personen derselben innerhalb ihres Bereiches ergreifen."

Es ist von besonderem Interesse, die Meinungen wahrzunehmen, die bei dem Kundwerden des Planes auf Schottland an den hauptsächlichen Orten zum Ausdrucke gelangten.

Im großbritannischen Parlamente ward wenige Tage zuvor die Frage erwogen, ob ein geheimer Rath für Schottland fortbestehen, oder nur Ein geheimer Rath für die vereinigten Königreiche sein solle. Als die gewichtigste Rede für den letzteren Antrag, den dann das Parlament zum Beschlusse erhob, galt diejenige des Lords Somers im Oberhause. „Die Königin und der Rath von Groß-Britannien, sagte er, tragen die Sorge für den öffentlichen Frieden in allen Theilen des vereinigten Königreiches. Dies sowohl in Betreff innerer Unruhen, als einer fremden Invasion. In letzterer Beziehung hoffe ich, daß der Feind dazu keine Gelegenheit findet. Wir sind zur Zeit besser versorgt als im Frieden; denn dann haben wir kein stehendes Heer, jetzt aber besitzen wir die genügenden Kräfte. Wenn so etwas wirklich sich ereignen sollte, so würden wir uns nicht zu verlassen haben auf Befehle oder Rathschläge des geheimen Rathes von Schottland, sondern auf die Truppen" [1]).

Man sieht, diese Rede am 7./18. Februar streift die Möglichkeit einer Invasion in Schottland, und verneint die Wahrscheinlichkeit.

Am 17./28. Februar hatte man in London sichere Nachrichten über Rüstungen in Dünkirchen. „Sollte der Feind wirklich eine Landung vorhaben, meldet Hoffmann, so kann sie nur auf Schottland abgesehen sein. Man alarmirt sich hier aber nicht sehr darüber" [2]). Am selben Tage erging jedoch Marlboroughs Aufforderung an Ouwerkerke und Cadogan in den Niederlanden, Truppen zur Ein-

[1]) Hardwicke's State Papers vol. II, p. 473.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar.



schiffung bereit zu halten, so wie die Generalstaaten um die Fertigstellung von Kriegsschiffen zu ersuchen [1]). Zugleich ward mit rastlosem Eifer gearbeitet, englische Schiffe seefertig zu machen.

Cadogan, der sich nach Ostende begeben, meldete bestimmtere Nachrichten. Am 20. Februar/2. März gab Marlborough an, daß die Landungstruppen auf der französischen Flotte aus 20 Bataillonen bestehen würden. „Wenn aber, sagt er, dieser Westwind, bei welchem die feindliche Flotte nicht auslaufen kann, noch einige Tage anhält, so werden wir vor den Dünen ein Geschwader bereit haben, das dem Feinde hinreichend gewachsen ist." — „Marlborough, fügt Hoffmann hinzu, scheint keine sonderliche Besorgnis zu haben" [2]).

Die Aussichten für und wider wurden in London lebhaft erwogen. „Ist der Landungsplan auf Schottland gerichtet, meldet Hoffmann am 25. Februar/6. März, so kann er kaum völlig fehl schlagen. Denn nur ein Drittel der Bevölkerung dort ist für die Regierung, zwei Drittel sind gegen sie, entweder als Jacobiten, oder wegen der Union. Ob es aber dem Interesse von Frankreich entspricht, 6000 Mann in ein feindliches Königreich zu setzen und dadurch aufzuopfern, weil man ja doch, bei der Ueberlegenheit der englischen Flotte, sie nicht stützen kann — das wird billig in sehr großen Zweifel gezogen" [3]).

In London ward ein Brief des neuen französischen Ministers Desmarets an einen Freund viel besprochen. Es hieß darin, die Vorbereitungen für Schottland seien so getroffen, daß das Unternehmen nicht fehl schlagen könne, und dann werde man binnen sechs Monaten auch in England Aenderungen erleben [4]).

Erst am 4./15. März ließ die Königin dem Unterhause die Gefahr kund thun. Wenden wir daher unsere Blicke zuvor nach Frankreich.

Der Plan einer Landung in Schottland erfüllte dort so sehr die Gemüther der leitenden Persönlichkeiten, daß der Magyar Vetes bereits am 1. Februar, wo nach außen hin über die Sache noch das tiefste Geheimnis bewahrt wurde, an Rakoczy meldet, daß vor dieser

[1]) Murray vol. III, p. 679.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. März.

[3]) Desgleichen vom 6. März.

[4]) Aus einem Schreiben des Secretärs Primoli, vom 3. April.

Angelegenheit alles Andere zurückstehe [1]). Die Erwartungen dieses besonnenen ungarischen Politikers von der Unternehmung gingen eben so hoch wie diejenigen vieler Franzosen. Er meinte, daß das Gelingen derselben einen völligen Umschwung der Dinge herbeiführen werde [2]). Von den ersten Tagen des Monates März an war bei den kundbaren Vorbereitungen das Geheimnis nicht mehr zu bewahren; aber man gab sich in Versailles der Hoffnung hin, so viele Zeit gewonnen zu haben, daß englische Gegenmaßregeln zu spät kommen würden. Dem Gerüchte nach nahm die französische Flotte in Dünkirchen an Bord 7000 Mann Landungstruppen, dazu 1500 irische Officiere, ferner 30,000 Flinten, 20,000 Pistolen und 4 Millionen baaren Geldes [3]).

Nachdem alles fertig war, verfuhr Ludwig XIV. ähnlich wie im Jahre 1696, wo er den Mordplan Barclays gegen Wilhelm III. auszunutzen hoffte. (Band VIII, S. 172.) Seine Gesandten an neutralen Höfen, wie z. B. in Stockholm, erhielten den Auftrag zu verkünden, daß Ludwig XIV. sich entschlossen habe, Schiffe auszurüsten und Truppen auszusenden, um den jungen Prinzen Stuart auf den Thron seiner Väter wieder einzusetzen und das in dessen Vater, Jacob II., verletzte Recht des Königthumes herzustellen [4]).

Am 26. Februar/7. März begab sich der König von England, wie er in Frankreich genannt wurde, zu Ludwig XIV., um Abschied zu nehmen. Die Persönlichkeit des damals fast zwanzigjährigen Prinzen war kurz zuvor von der Herzogin von Orleans in einem Briefe an die Kurfürstin Sophie gezeichnet mit folgenden Worten: „Unser junger König von England hat wohl gesunden Verstand und Vernunft, aber gar keine Lebhaftigkeit. Er ist wohl erzogen, über die Maßen höflich, aber allezeit nachdenklich und traurig und ungesund. Immer fehlt etwas. Er lacht aber selber über seine Träumerei und Zerstreuung, und nimmt es gar nicht übel, wenn andere darüber lachen. Er ist von gar gutem Naturell, hat großen Respect und Liebe zu der Königin

[1]) Fiedler, Actenstücke u. s. w. Bd. I, S. 84.

[2]) A. a. O. p. 87: Cette entreprise est la chose la plus de conséquence pour la cause commune; car, si elle réussit, nous reviendrons sur l'eau. J'ai tout lieu de croire qu'elle réussira.

[3]) A. a. O.

[4]) Lamberty t. V, p. 17.

seiner Frau Mutter, so wie eine rechte Zärtlichkeit für seine Schwester, die doch ganz anderer Art ist" [1]).

Der Prätendent nahm von Ludwig XIV. Abschied mit den Worten: er hoffe nicht so bald die Ehre zu haben, den König wieder zu sehen. Er werde in Schottland bleiben, wenn er dort auch nur eine einzige Burg habe. Wenn er aber einmal in seine Königreiche hergestellt werde, wie er hoffe, so werde er von London hierher kommen, um dem Könige seine Dankbarkeit und Anhänglichkeit auszusprechen, ihm für seine Person, wie für das ganze königliche Haus [2]). — Die Worte zeigen, daß der Prinz glaubte fortan Herr seines Thuns und Lassens zu sein. Ob dies den Intentionen seines Gönners entsprach, stand noch dahin. Beim Scheiden von St. Germain nahm der Prätendent den Titel an: Ritter von St. Georg.

Viele Wünsche geleiteten ihn, auch derjenigen Blutsverwandten, von denen Andere vielleicht es nicht erwarteten.

Außer der Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, Tochter des Kurfürsten Carl Ludwig von der Pfalz, Enkelin also der einstigen Prinzessin Elisabeth aus dem Hause Stuart, befand sich in Paris noch eine Tochter von Elisabeth, Louise Hollandine, Aebtissin von Maubuisson. Die englische Successions-Acte von 1701 hatte diese ältere Descendenz der Prinzessin Elisabeth, weil katholisch geworden, ausgeschlossen zu Gunsten ihrer jüngsten Tochter, der Kurfürstin Sophie in Hannover, die dadurch nach der Königin Anna zur Krone berufen war. Dies Thronfolgegesetz hatte indessen weder die geschwisterliche Zuneigung getrübt, noch die Gesinnungen geändert.

Am Tage nach der Abreise des Ritters von St. Georg schrieb die Prinzessin Louise Hollandine, Aebtissin von Maubuisson, damals sechsundachtzig Jahre alt, aber geistig wie körperlich gesund und rege, an ihre Schwester, die Kurfürstin Sophie in Hannover, damals achtundsiebzig Jahre alt, wie folgt. [3])

---

[1]) Ranke, Französische Geschichte Bd. VI, S. 249. — Ueber die ungesunde Anlage der Kinder Jacobs II. vgl. Bd. IV, S. 495, Anlage II.

[2]) Dangeau t. XII, p. 93.

[3]) Der Brief unter den Leibniz-Papieren in der k. Bibliothek in Hannover, im französischen Original abgedruckt in meiner Ausgabe der Werke von Leibniz Bd. IX, S. XLVIII.



„Wir haben hier ein großes Ereignis. Der König von England ist gestern nach Dünkirchen abgereist, um von dort aus in Schottland zu landen, wenn es Gott so gefällt, wie der h. Apostel Jacobus sagt; denn hier ist das: wenn es Gott so gefällt, gar sehr am Orte. Jedenfalls aber hat dieser junge Prinz vor sich die Freude der Hoffnung und einer angenehmen Reise. In seinem blühenden Lebensalter, wohl gebildet, liebenswürdig, bei einem Verhalten nach Wunsch, fehlt ihm nur noch eine bessere Lebensstellung, und das hangt ab von der Vorsehung. Wenn sie den Marschall Berwick auserseheh hat dieselben Erfolge zu erringen, wie einst der General Monk, so wird das ruhmvoll für ihn sein. Von solchen alten Geschichten zu reden, liebe Schwester, sind doch nur wir zwei noch im Stande; denn wir haben sie durchlebt, und diejenigen, welche sie nur aus Büchern kennen, betrachten auch ja uns wie Chroniken. Ich beklage jedoch die Unruhe, welche die arme Königin (Marie Beatrice) davon haben wird. Sie schließt sich ein zum Gebete. Ich habe ihr heute meine Wünsche vermelden lassen."

Es ist auffallend, daß die Prinzessin hier den Marschall Berwick als Commandanten nennt, den natürlichen Bruder des Prätendenten. Die Schotten hatten ihn für das Unternehmen erbeten, aber Ludwig XIV. die Bitte nicht bewilligt, mit dem Bemerken, daß er des Marschalls Berwick anderswo bedürfe. Dieser selbst erfuhr von dem Unternehmen nicht eher etwas, als bis es bereits im Gange war [1]). Das Commando erhielt ein geborener Franzose, General Gacé, mit der Ernennung zum Marschall Matignon.

Beachten wir aber den gesammten Inhalt jenes Schreibens.

Man sieht, die Schwester der Kurfürstin schreibt an diese präsumtive Thronerbin von England über den Prätendenten und den Plan desselben wie an eine Genossin der eigenen Gesinnung. Ebenso wie die Aebtissin von Maubuisson den Prätendenten hier als König von England bezeichnet, geschieht dasselbe durchweg von der Nichte, der Herzogin von Orleans, in ihren zahlreichen Briefen an die Kurfürstin. Es bedarf dabei kaum der Erwähnung, daß ähnlich oder noch mehr als zwischen den Schwestern ein inniges Verhältnis obwaltete

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 40.



zwischen der Tante und der unter ihrer mütterlichen Obhut auf den Höhen von Iburg aufgewachsenen Nichte.

Demnach muß angenommen werden, daß die Kurfürstin niemals ein Zeichen der Unzufriedenheit über den königlichen Titel für den Sohn ihres Vetters Jacob II. kund gegeben hat. Eine directe Rückäußerung von ihr auf jene Briefe liegt nicht vor, weil, aller Wahrscheinlichkeit nach, ihre Briefe an jene Verwandten in Frankreich vernichtet sind [1]). Den Gesammt-Eindruck derselben faßt später, nach der Thronbesteigung Georgs I., die Herzogin von Orleans zusammen in die Worte: „Ma tante hat mir als geschrieben: sie dächte nicht an dieses Königreich (England). Sie glaubte, die Königin (Anna) wäre heimlich für ihren Bruder, und würde ihm endlich das Königreich zuspielen" [2]).

Und dennoch, obwohl eine Antwort der Kurfürstin an ihre Schwester von Maubuisson über die Unternehmung des Prätendenten nicht beizubringen sein dürfte, haben wir, in diesem besonderen Falle, dafür einen Ersatz, und zwar einen Ersatz, der vielleicht noch schwerer ins Gewicht fällt, als es mit einer Antwort an die Aebtissin von Maubuisson sein würde. Ist schon jener Brief der letzteren an die Kurfürstin überraschend, so ist es noch mehr der nun folgende der Kurfürstin Sophie.

Zu ihren zahlreichen Correspondenten gehörten die Töchter morganatischer Ehe ihres Bruders Carl Ludwig von der Pfalz, Raugräfinnen zu Pfalz genannt. An eine derselben, Amalie, schrieb die Kurfürstin Sophie, am 22. März, also kurz nach dem Eintreffen jener Meldung der Aebtissin von Maubuisson, von Hannover aus die folgenden Zeilen: „Man weiß nicht, wann der Kurfürst zur Armee gehen wird, oder, wo die jungen Herrschaften sein werden, hier oder zu Herrenhausen. Der kleine Prinz (Friedrich Ludwig) hat schon zwei Zähne. Zu Berlin sind sie Gottlob Alle gesund. Die Kronprinzessin ist nicht guter Hoffnung. Der König will nach Carlsbad. Der Kronprinz, wie man meint, nach Pyrmont. Der Prinz von Wales ist

---

[1]) Man vergleiche meine Ausgabe der Werke von Leibniz Bd. IX, S. L.

[2]) Briefe der Herzogin von Orleans an die Raugräfin Louise, in den Publicationen des Literarischen Vereines zu Stuttgart, Bd. VI, S. 184. Das Wort: als, in dieser Weise gebraucht, ist mittelrheinische Mundart.



in Dünkirchen. Wer weiß, ob Gott den nicht erheben wird, der so unschuldig leidet? Seine Schwester hat die Masern, und man sagt, daß auch er daran krank sei. Madame ist auf den Tod gelegen" u. s. w.[1])

Man sieht, daß hier in einem vertraulichen Familienbriefe mitten unter einer Reihe kurz gefaßter Nachrichten die Kurfürstin Sophie ganz beiläufig, ganz von ungefähr, in den hier im Drucke, nicht in der Original-Handschrift hervorgehobenen Worten, eine jacobitische Gesinnung bekundet, welche derjenigen ihrer Schwester von Maubuisson nahe kommt. Der einzige Unterschied ist, daß die letztere den Prätendenten als König von England bezeichnet, die Kurfürstin ihn als Prinzen von Wales. Ungeachtet der Annahme der Parlaments-Acten von 1701 und 1706 war also die Gesinnung der Kurfürstin im Jahre 1708 gleich derjenigen in ihrem jacobitischen Briefe vom September 1700 (in Band VIII, S. 567 u. f.).

Der Archivar, dem neunzig Jahre später dieser Brief wieder zu Gesichte kam, gab seinem Gefühle Ausdruck mit den Worten: „Dieses ganz unverdächtige Zeugnis eines über alle niedere Leidenschaften erhabenen Herzens verdient noch mehr als eine irdische Krone" [2]).

Unterdessen verliefen die Dinge in Dünkirchen nicht so günstig, wie man in Frankreich hoffte. Bei der Ankunft des Prätendenten dort wurden englische Kriegsschiffe vor der Rhede erblickt, die man für die zurückgekehrte Flotte des Admirals Leake hielt. Demnach sah man die Ausfahrt als unmöglich an, und die Truppen wurden wieder ausgeschifft, am 28. Februar/10. März. Eine Recognoscirung am

---

[1]) Gräflich Degenfeld-Schonburgisches Archiv zu Eybach in Württemberg.

[2]) (Kazner) Louise Raugräfin zu Pfalz. Leipzig 1798. Bd. II, S. 162. — Es findet sich in englischen Geschichtsbüchern vielfach eine Tradition, die Lord Mahon (später Earl of Stanhope) in seiner History of England from 1713 to 1783, vol. I, chapter III in die Worte kleidet: She (the Electress Sophia) used to say that she should die happy, if she could only live to have: „Here lies Sophia, Queen of England" engraved upon her coffin. — Aehnlich Coxe, Marlborough vol. II, p. 122. Es ist darauf zu bemerken, daß keiner der Schriftsteller, welche diese Worte berichten, dabei angibt, wann? — wo? — zu wem? — die Kurfürstin auch nur ein einziges Mal diese Aeußerung gethan habe. — Ob dieselbe vereinbar ist mit den vielen anderen actenmäßig vorliegenden Aussprüchen, wird der Leser selber entscheiden.

nächsten Tage jedoch ergab, daß jene Schiffe nicht die Flotte unter Leake sein könnten, daß sogar sehr wenige schwere Kriegsschiffe sich dabei befänden. Deshalb einigten sich der Admiral Forbin und der General Gacé, nachheriger Marschall Matignon, die Truppen wieder einzuschiffen, am 1./12. März. Aber es trat ein neues Unglück ein. Als Forbin bereit war die Anker lichten zu lassen, kam ihm die Meldung, der Ritter von St. Georg sei erkrankt. Dieser selber drängte dennoch an Bord zu gehen; aber man gestattete es nicht. Die Krankheit entwickelte sich als Masern mit gutartigem Verlaufe, so daß nach einigen Tagen der Ritter von St. Georg sich auf die Flotte begeben konnte. Von dort aus schrieb er an seine Mutter in St. Germain: „Endlich bin ich an Bord. Mein Körper ist recht schwach; aber mein guter Muth hält mich aufrecht. Ich hoffe Dir nicht eher wieder zu schreiben als aus dem Schlosse von Edinburg, wo ich am Samstage, den 24., einzutreffen hoffe" [1]). — Die englischen Schiffe vor Dünkirchen, nicht stark genug es mit der französischen Flotte aufzunehmen, hatten sich weiter zurückgezogen. Am 6./17. März lief die französische Flotte, ohne irgend welchen Kampf, mit günstigem Winde in See [2]).

Wir haben bereits vernommen, daß am 4./15. März die Königin durch den Staats-Secretär Boyle dem Unterhause die Nachrichten über die französischen Rüstungen in Dünkirchen vorlegen ließ. Nach der Verlesung derselben beschloß das Unterhaus einstimmig, eine Adresse an die Königin zu richten, und das Oberhaus zur Betheiligung einzuladen. So geschah es. Am nächsten Morgen traten die Mitglieder beider Häuser vor die Königin, um sie ihrer Treue und ihres Dankes für die getroffenen Maßregeln zu versichern. Derselbe Dank galt den Generalstaaten für ihre Bereitwilligkeit zur Hülfe. Die Adresse des Parlamentes ersuchte weiter die Königin, die Gesetze gegen die Katholiken und Eidesverweigerer in Vollzug zu bringen. „Wir ergreifen, schlossen sie, bereitwillig diese Gelegenheit, um Ew. Majestät und der ganzen Welt zu zeigen, daß keine Versuche solcher Art uns abhalten

---

1) Dangeau t. XII, p. 101.

2) A. a. O. p. 94 et suiv. — Die Berichte von Vetes bei Fiedler Bd. I, S. 86 u. f.

werden, Ew. Majestät in der nachdrücklichen Fortführung des gegenwärtigen Krieges gegen Frankreich zu stützen, bis die spanische Monarchie dem Hause Oesterreich zurückgegeben sein, und Ew. Majestät den Ruhm haben wird, die Freiheit Europas hergestellt zu haben." — Die Königin antwortete in gleichem Sinne. Sie hoffe, sagte sie, daß dies Unternehmen nur den Urhebern desselben Schaden bringen werde.

Dann erließ die Königin eine Proclamation der Acht über den Prätendenten und seine Anhänger. Dieselbe beginnt: „Wir haben sichere Nachricht erhalten, daß die Persönlichkeit, welche bei Lebzeiten des verstorbenen Königs Jacob II. prätendirte Prinz von Wales zu sein, und welche nach dessen Tode den königlichen Titel angenommen hat, für England als Jacob III., für Schottland als Jacob VIII. — daß diese Persönlichkeit, welche, auferzogen im papistischen Aberglauben, angeleitet worden ist, die französische Regierungsweise in unsere Königreiche und Länder einzuführen — offen und treulos sich anschickt, mit einer Armee, bestehend aus Truppen des Königs der Franzosen, unseres erklärten Feindes, sowie einiger unserer rebellischen Unterthanen, in unser Königreich Groß-Britannien einzubrechen." Es folgt dann der Hinweis auf die Gesetze von England zur Feststellung der Thronfolge in der protestantischen Linie, auf die Parlaments-Acte gegen den Prätendenten als Hochverräther, sowie gegen seine Anhänger in gleicher Weise. Die Proclamation erneuert gegen sie Alle die Androhung der Strafe des Hochverrathes, und eben so, nach dem Wunsche des Parlamentes, die Ausweisung der nicht hausgesessenen Papisten auf zehn englische Meilen von London und Westminster [1]).

Damals zweifelte man in London noch, ob, bei den kundbaren Anstalten, die in England und Holland mit überraschender Schnelligkeit getroffen waren, die französische Flotte von Dünkirchen auslaufen werde. Bereits am 3./14. März nämlich war eine englische Flotte unter dem Admiral Byng von Portsmouth aus in See gegangen; aber sie hatte den Wind entgegen [2]). Erst am 10./21. März erblickte man von Dünkirchen aus die holländisch-englische Flotte in der Stärke von 27 Segeln. Auch die französische hatte nach der Ausfahrt aus Dünkirchen nicht einen

---

[1]) Die Proclamation bei Lamberty t. V, p. 12.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. März.

günstigen Wind gehabt; vielmehr hatte ein Sturm sie an den Bänken zwischen Nieuport und Ostende zurückgehalten. Dennoch hatte sie vor jener Ankunft der Engländer das Weite gewonnen. Von Ostende aus, wo man von den Kirchthürmen die französische Flotte hatte erspähen können, erhielt der Admiral Byng Kundschaft. Er machte sich sofort auf den Weg, ihr nach der vermutheten Landungsstelle im Firth of Forth, dem Strome von Edinburg, zu folgen. Nach der Rechnung in Versailles hatte Forbin zweimal vierundzwanzig Stunden voraus [1]).

Unterdessen befand sich Schottland, und zu einem bedeutenden Theile auch England, in heftiger Erregung der Erwartung. Der Jacobit Lockhart malt die Aussichten als sehr günstig. Zwar waren Mannschaften von den Niederlanden her unterwegs; aber in England so wie in Schottland befanden sich zur Zeit so wenige Truppen, und die englischen, 15,000 Mann, in solcher Entfernung, daß sie, im Falle der Landung des Prätendenten, nicht vermochten, die Bildung einer Armee zu hindern. Dazu war es, nach der Ansicht der Jacobiten, sehr fraglich, ob sich die englische Regierung auf ihre schottischen Truppen überhaupt verlassen durfte. War aber erst eine jacobitische Armee gebildet, so mußten immer mehr Truppen aus den Niederlanden herangezogen werden. Dann war es für Frankreich nicht mehr schwer, mit überlegenen Kräften die Republik niederzuwerfen, und somit die Allianz zu sprengen. In England rechneten die Jacobiten auf das gegenseitige Mistrauen und die Furcht. Die letztere gab sich namentlich kund durch das Rennen an die Bank von England mit Forderungen der Baarzahlung. Die Jacobiten hofften, daß die Bank dahin gedrängt werden könne, ihre Zahlungen einzustellen [2]).

Eben darum aber bot die Regierung ihrerseits alles auf, die Bank zu halten. Die Königin befahl Godolphin, den Directoren 300,000 Pfund Sterling anzubieten. In ähnlicher Weise bethätigten sich reiche Kaufleute und andere Persönlichkeiten [3]).

Bei der Lage der Dinge aber kam es zunächst und hauptsächlich darauf an, ob die englische Flotte rechtzeitig eintreffen würde, um eine Landung im Firth of Forth verhindern zu können.

---

[1]) Dangeau t. XII, p. 103. — Lockhart's Memoirs vol. I, p. 242.
[2]) Lockhart's Memoirs vol. I, p. 238.
[3]) Lamberty t. V, p. 15.

Es ist merkwürdig, daß die französische Flotte den Vorsprung, den sie hatte, sehr wenig ausnutzte. Sie hielt sich auf der Fahrt weit östlich, aus Vorsicht, wie es nachher hieß, um nicht von der englischen Küste aus gesehen zu werden. Sie kam in Sicht der schottischen Küste erst nordwärts von Aberdeen, hatte also einen weiten Bogen gemacht, so daß sie, um den Firth of Forth zu erreichen, wieder südwärts segeln mußte. Unfern des Meeres lag auf der schottischen Küste das Schloß des Grafen Marishall, welcher auf die Signale der Flotte die verabredete Antwort zu geben hatte. Diese Antwort erfolgte nicht [1]). Am Nachmittage des 12./23. März traf die Flotte an der Mündung jenes Meerbusens ein, und ging dort vor Anker, mit der Absicht, am nächsten Morgen den Firth of Forth hinauf zu segeln, und an der Südseite desselben, unfern Edinburg, zu landen [2]).

In den nächsten Stunden schon ward dieser Plan vereitelt. In derselben Nacht noch traf die englische Flotte vor der Mündung des Firth of Forth ein. Als beim Sonnenaufgang die französische Flotte den Feind gewahrte, ward nicht bloß der Plan der Landung sofort aufgegeben, sondern nur noch auf die Flucht gedacht. Es war nicht mehr Zeit die Anker zu lichten. Die Taue wurden gekappt. Der Wind blies günstig vom Lande ab die hohe See zu gewinnen. Da die französischen Schiffe noch dazu weniger schwer und kurz zuvor carennirt waren, gelang es ihnen einen solchen Vorsprung zu gewinnen, daß gegen Abend die Engländer von der Verfolgung abließen und sich mit der Erbeutung eines einzigen, ursprünglich englischen Schiffes begnügten [3]).

Der Admiral Byng segelte zurück an die Mündung des Firth of Forth, und warf dort Anker.

Nachdem die zerstreuten französischen Schiffe sich wieder gesammelt, 20 an der Zahl, hielten der Marschall Matignon und der Admiral Forbin Kriegsrath. Der Erstere fragte, ob, nach dem Mislingen der Landung bei Edinburg, ein anderer Hafen geeignet sei. Forbin schlug Inverneß vor, weiter nördlich. Sie brachten den Vorschlag an den Ritter von St. Georg, der mit Freuden zustimmte. Allein es ergab

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 246. — Ker of Kersland's Memoirs p. 62.

[2]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 245.

[3]) A. a. O. p. 241.



sich, daß Niemand auf der Flotte der Fahrt nach dem Hafen Inverneß kundig war. So lautet der officielle Bericht des Marschalls Matignon [1]). Demnach war die Unternehmung nur auf eine Landung bei Edinburg berechnet, und man hatte für den Fall, daß diese ein Hindernis fand, einen anderen Ort der Landung vorher nicht ins Auge gefaßt, noch zu einem solchen Zwecke einen schottischen Lootsen an Bord genommen. Man schickte ein Fahrzeug aus, um vom Lande einen Lootsen zu gewinnen. Aber das stürmische Wetter gestattete nicht ans Land zu gelangen. Der Kriegsrath einigte sich daher für die Rückkehr. Der Ritter von St. Georg bat den Admiral Forbin flehentlich, doch wenigstens ihn allein mit seiner Begleitung ans Land zu setzen. Forbin schlug ab [2]).

Der Beschluß der Rückkehr ward ausgeführt. Bald Windstillen, bald Sturm verzögerten die Fahrt, so daß die französische Flotte erst am 27. März/7. April in Dünkirchen wieder einlief. Sie hatte schwere Verluste an der Landungs-Mannschaft erlitten, die den Beschwerden einer solchen Seefahrt nicht gewachsen war, und brachte weder Ruhm, noch Vortheil zurück. „Als wir zu Schiffe gingen, sagt ein Theilnehmer der Fahrt, hörten wir von allen Seiten nichts als Freudenrufe und Glückwünsche: bei unserer Zurückkunft machte man uns kein anderes Willkommen, als daß man die Schultern zog und den Kopf schüttelte" [3]). Wie zu erwarten, zogen die Engländer ihre Vergleiche zwischen der pomphaften Ankündigung des Unternehmens von Seiten Ludwigs XIV. und der Thronrede der Königin, die am Schlusse gesagt hatte, daß von dieser Unternehmung Niemand einen Schaden haben werde als der Unternehmer selbst [4]).

Die schottischen Jacobiten dagegen erhoben noch dazu gegen Ludwig XIV. eine Anklage. Der geschichtliche Wortführer derselben, Lockhart, sagt: „Ich kann kaum diejenigen tadeln, welche der Meinung huldigen, daß Ludwig XIV. eine Landung des Königs Jacob niemals ernstlich beabsichtigt hat. Von der Ueberzeugung und Befriedigung

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VI, p. 25.
[2]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 244.
[3]) Curieuse Nachrichten vom Ritter St. Georg S. 82.
[4]) So der englische Gesandte Stanyan an die Schweizer, bei Lamberty t. V, p. 20.

aus, daß die Schotten willenseifrig waren, sich in Waffen zu erheben, mochte er meinen, daß das Erscheinen seiner Flotte an der Küste genügen würde, diesen Willen zur That zu machen. Wenn dann einmal die Waffen erhoben und der Bürgerkrieg entzündet war, so konnte er seine Mannschaft und sein Geld sparen und den König in seinen Händen behalten, um sich bei einer anderen Gelegenheit seiner zu bedienen. Denn, sagten weiter die Schotten, wenn Ludwig XIV. wirklich die Absicht der Landung hatte, warum schickte er nicht die vereinbarte Zahl der Mannschaft? Die Unterhändler hatten bis 7000 Mann verlangt, die Partei Hamilton 10,000. Jener Betrag war bewilligt; aber in Wirklichkeit befanden sich auf der Flotte nur zwischen 4000 und 5000, nicht gerade guter Mannschaft. Auch war die Geldsumme, der Vorrath an Waffen und anderen Kriegswerkzeugen auf der Flotte weitaus nicht so groß, wie verlangt und bewilligt war. Da der König von Frankreich aber doch so viele Auslagen für die Unternehmung gemacht und sie der Welt mit solchem Geräusch verkündet hatte, warum ließ er nicht im Norden oder im Westen landen, wo kein Widerstand zu erwarten war? Allerdings war das südliche Ufer des Firth of Forth die vereinbarte Stelle, und zwar sehr geeignet, weil dann sofort Edinburg mit allen den Vortheilen, die der Besitz dieser Stadt gewährte, gewonnen werden konnte. Aber die Differenz zwischen West, Süd und Nord war doch nicht so groß, daß, wenn der eine Anschlag fehl ging, darum das ganze Unternehmen vereitelt wurde" [1]).

Mit diesem Urtheile der Jacobiten stimmten auch Andere aus dem entgegengesetzten Lager überein. „Ludwig XIV., sagten sie, achtete den Prätendenten nur als ein Werkzeug, um in England Verwirrung anzurichten" [2]).

Das weitere Verhalten Ludwigs XIV. war nicht geeignet, den Verdacht der Schotten niederzuschlagen. Die Meinung, daß Fehler und Versäumnisse vorgekommen, regte sich auch in Frankreich. Auf die Nachricht, daß die französische Flotte von der Mündung des Firth of Forth nordwärts geflohen sei, trug der Hofmann Dangeau in sein

---

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 244.

[2]) Ker of Kersland's Memoirs p. 64.



Tagebuch die Worte ein: „Man sieht in der ganzen Angelegenheit noch nicht klar [1]). Die Sache müßte sich also klären nach der Rückkehr der Flotte. Am 7. April traf dieselbe in Dünkirchen ein, bereits am 8. April befand sich der Admiral Forbin in Versailles. Der König belobte sehr sein Verhalten [2]). Damit schwand für die Franzosen jeglicher Zweifel, ob der Admiral Forbin correct gehandelt; für die ferner Stehenden war jedenfalls dadurch dargethan, daß der Admiral in dem Nicht-Willfahren auf die flehentliche Bitte des Ritters von St. Georg, ihn ans Land zu setzen, nicht eigenmächtig sich benommen habe, sondern nach Befehl. Daß der Ritter von St. Georg eindringlich und nachdrücklich verlangt hatte, in Schottland zu landen, wußte man in Versailles allgemein [3]).

In dem Prinzen scheint zuerst der Unmuth über die Rolle, die er nicht nach eigenem Willen, sondern, wie einst sein Vater, im Dienste eines anderen Königs hatte spielen müssen, die Oberhand gehabt zu haben. Er kehrte nicht zurück nach St. Germain, sondern blieb in Dünkirchen und St. Omer. Es war die Frage, ob dieser Unmuth, dieser moralische Druck, den die eigenen Erlebnisse der letzten Tage auf ihn üben mußten, ihn zur Erkenntnis bringen würden, daß der Cardinal-Fehler seiner Eltern, wie nunmehr auch sein eigener, bestand in dem Vertrauen auf einen fremden König, daß diesem thörichten Vertrauen hauptsächlich das Unglück seines Hauses entstammte, sowohl der Verlust des Thrones als das Schwinden der Aussicht auf den Wiedergewinn, und daß daher die erste Bedingung für diesen Wiedergewinn sein müsse die Lossagung von diesem vermeintlichen Gönner und Beschützer. Daß nicht seine Religion die Scheidewand war, die ihn von dem Throne seiner Väter trennte, lag in Betreff der Schotten aus den Betheuerungen derselben zur Genüge vor. Eben dasselbe durfte in Betreff Englands angenommen werden; denn das erste Jahr der Regierung des Vaters Jacob II. hatte gezeigt, daß, ungeachtet aller Härte und Grausamkeit der englischen Gesetze gegen die Katholiken, ungeachtet aller Vorurtheile der Engländer gegen die allgemeine Kirche, die katholische Religion dennoch Jacob II. nicht gehindert

---

1) Dangeau t. XII, p. 109.
2) A. a. O. p. 114.
3) A. a. O. p. 117.

hatte ein populärer König zu sein. Nicht die katholische Religion hatte Jacob II. um den Thron gebracht, sondern seine Verbindung mit Ludwig XIV., seine Bereitwilligkeit auf die eigennützigen Rathschläge eines fremden Königs zu eigenem Schaden zu hören. Und der Fortgang der Dinge hatte zur Genüge dargethan, daß England niemals gutwillig seinen König aus der Hand Frankreichs empfangen werde. Wenn daher der Ritter von St. Georg fortfuhr seine Sache an diejenige des Königs von Frankreich zu binden, sein Recht an das Unrecht zu knüpfen, in welchem Ludwig XIV. gegenüber den anderen Nationen West-Europas stand: so schädigte jeder Sieg, den England über die Herrschsucht Ludwigs XIV., über sein Unrecht davon trug, zugleich auch das Erbrecht des Hauses Stuart und steigerte das Parlaments-Recht hinaus über das Erbrecht.

Es handelt sich hier nicht um das ungeschichtliche Verfahren, um hundertundachtzig Jahre später einen guten Rath zu geben, was Jemand hätte thun sollen, sondern um die Erkenntnis einer historischen Sachlage. Das verfehlte Unternehmen auf Schottland hatte dem Ritter von St. Georg gezeigt, was er von seinem vermeinten Gönner zu erwarten habe. Diesem hatte er selber beim Abschiede in Versailles gesagt, daß er in Schottland landen und dort aushalten wolle, auch wenn er nur Eine Burg dort sein eigen nenne. Aber der Admiral Ludwigs XIV. hatte ihm die Landung nicht gestattet, und der König hieß nachträglich diese Nicht-Gestattung gut. Ueber den Ausgang dieses Unternehmens übten nicht bloß die schottischen Jacobiten ihre Kritik, wie wir sie kennen gelernt haben, sondern auch Andere. „Ich halte dafür, schreibt die Kurfürstin Sophie, am 19. April, an eine ihrer Nichten, daß der König von Frankreich den Ritter von St. Georg in den April geschickt hat, um dadurch eine Diversion hervorzurufen“ [1]).

Da ähnliche Urtheile vielfach laut werden mußten, da das Verbleiben des Prinzen in Dünkirchen, die Nicht-Rückkehr nach St. Germain wenigstens so viel beweist, daß er sich unbehaglich oder unzufrieden fühlte: so darf man sagen, daß sein Verhältnis zu Ludwig XIV. an eine Krisis gekommen war. Bei dieser Lage der Dinge konnte er

[1]) An die Raugräfin Louise, im Gräflich Degenfeld-Schönburg'schen Archive in Eybach.



einen kühnen Entschluß fassen. Wie der Vater Jacob II. gewußt hatte, daß die Kurfürstin Sophie ihm geneigt war, daß sie seinem Sohne die Herstellung gönnte (vgl. Band VIII, S. 568 und 569): so konnte auch dem Sohne, bei dem brieflichen Verkehre, der zwischen der Herzogin von Orleans, so wie der Aebtissin von Maubuisson mit der Kurfürstin Sophie in Hannover statt fand, und vor St. Germain nicht geheim gehalten wurde, es nicht unbekannt sein, daß die Kurfürstin aus sich die englische Krone nicht begehrte, daß sie auch, ungeachtet der Annahme der Parlaments-Acten, die ohne ihr Zuthun und sogar ohne ihr Vorwissen entstanden waren, dennoch mit Wohlwollen seiner gedachte und damals, 1708, ihm sogar die Herstellung wünschte. Daß der Kurfürst Georg Ludwig von der Gesinnung seiner Mutter nicht sehr weit abwich, liegt uns Späteren offen vor Augen, war aber auch damals, vermittelst der Herzogin von Orleans, der Spielgefährtin seiner Jugend, nicht schwer zu erfahren. Wenn also bei der Lage der Dinge nach der verunglückten Expedition auf Schottland, durch welche Ludwig XIV. den Ritter von St. Georg dem Spotte preis gegeben, dieser den Entschluß faßte, überhaupt nicht nach St. Germain zurückzukehren, sondern die Gastfreundschaft der ihm persönlich wohlwollenden Verwandten in Hannover nachzusuchen: so konnte er dadurch den Engländern beweisen, daß er die stärkste Scheidewand zwischen ihm und ihnen, die Verbindung mit Ludwig XIV., niedergerissen hatte, und dann war von diesem Puncte aus ein Ausgleich möglich, der aller Wahrscheinlichkeit nach, gemäß jenem Briefe vom 22. März, eine Fürsprecherin gefunden hätte an der bis dahin präsumtiven Thronerbin von England, der Kurfürstin Sophie.

Ob und in wie weit derartige Gedanken sich in dem Kopfe des Ritters von St. Georg geregt haben, liegt nicht vor. Der Gang der Dinge beweist, daß er den Gedanken der Trennung seiner Sache von derjenigen Ludwigs XIV. nicht zu fassen vermochte. Er wollte zuerst nur nicht zurück nach St. Germain. Von Dünkirchen aus bat er den König ihm zu gestatten, daß er bis zum Beginne des Feldzuges in den Städten von Flandern verweile, und dann als Freiwilliger den Feldzug mitmache [1]). Mit dieser Bitte war die principielle Frage zum

---

[1]) Dangeau t. XII, p. 114.



Vortheile Ludwigs XIV. entschieden. Dann begab sich dieser, am 11. April, zu der Königin Marie Beatrice, deren geistiges Auge, wie es scheint, jedem Lichtstrahle über die wahre Natur ihres vermeintlichen Beschützers nach wie vor, für immer unzugänglich blieb. Ludwig XIV. und die Königin beschlossen, daß der Ritter von St. Georg sofort nach St. Germain zurückzukehren habe[1]). Und er kehrte zurück.

Diese Rückkehr nach St. Germain hatte naturgemäß die Folge, daß die Bande der Abhängigkeit des Ritters von St. Georg von Ludwig XIV. noch straffer angezogen wurden. Dies ergibt sich aus der Instruction, mit welcher noch im Laufe des Monates April der Schotte Farquarson nach Schottland hin entsendet wurde, nämlich aus der Verschiedenheit derselben von derjenigen vom 24. Februar, durch welche damals der Ritter von St. Georg seinen bevorstehenden Aufbruch angekündigt hatte.

In jener ersten Instruction vom 24. Februar hatte der Ritter von St. Georg seine Getreuen in Schottland aufgefordert, ihn als König zu proclamiren beim ersten Erscheinen der Flotte, die ihn hinüber bringe, an der schottischen Küste, oder auf die Nachricht seiner Landung. Die Getreuen in Schottland, so bereitwillig sie waren, warteten diese Nachricht ab, und daran zerging das Unternehmen, oder genauer der Plan Ludwigs XIV.

Denn es ist hier die Divergenz der Interessen hervorzuheben. Die Schotten hatten das Interesse ihren König bei sich zu haben, um unter seiner Führung sich zu erheben. Der Ritter von St. Georg hatte das Interesse, sich zu den Schotten zu begeben, um mit ihnen die Freiheit Schottlands von England wieder zu erringen. Ludwig XIV. hatte das Interesse, den inneren Krieg auf der großbritannischen Insel zu entzünden, zugleich aber den Prätendenten aus seinem Machtbereiche, wo möglich, nicht zu entlassen. Indem der Stärkste seinem Interesse diejenigen der schwächeren Freunde opferte, wurden alle Wünsche zugleich vereitelt.

Die neue Instruction nun, mit welcher am 25. April ein Schotte entsendet wurde, entsprach besser, als die frühere, den Intentionen Ludwigs XIV. Der Ritter von St. Georg verkündet darin seinen

---

[1]) Dangeau t. XII, p. 116.



Getreuen in Schottland wie folgt: „Weit entfernt durch das Vorgefallene entmuthigt zu sein, sind wir entschlossen, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, und keinen Stein ruhen zu lassen, um uns und sie zu befreien. Und zu diesem Zwecke beabsichtigen wir selber in die schottischen Hochlande zu kommen, mit Geld, Waffen und Munition, und uns an die Spitze unserer guten Unterthanen zu stellen, wenn sie für uns in Waffen stehen. Und wenn nicht, so ermahnen wir sie sich zu erheben, mit aller dienlichen Eile, in der Erwartung unserer Ankunft, welche sobald wie möglich erfolgen soll, nachdem wir hierauf Antwort erhalten haben" [1]).

Eine dieser Instruction beiliegende Denkschrift von französischer Seite sagt: „Es ist augenscheinlich das Interesse Sr. Majestät sowohl wie des Königs von England, alles aufzuwenden, damit in Schottland ein Bürgerkrieg entzündet werde" [2]). Die Worte mochten richtig sein von dem Standpuncte der französischen Politik aus: sie waren es nicht in derselben Weise von demjenigen des Ritters von St. Georg. Was für jenen der Zweck, durfte für diesen nur das Mittel sein. Indem er aber jenem Worte sich fügte, indem auch er die französische Forderung sich zu eigen machte, daß die Erhebung der Schotten in Waffen seiner Ueberkunft vorhergehen müsse, schadete er seiner Sache nur noch mehr. Die Schotten hatten sich nicht in Waffen erhoben, wo sie die französische Flotte mit ihrem Könige an ihrer Küste wußten, sondern hatten zuvor seine Landung erwartet: wie viel weniger durfte er ihnen zumuthen, daß sie, nachdem ihr Vertrauen auf den aufrichtigen Willen des Königs von Frankreich tief erschüttert war, sich erheben sollten, wo sie ihn fernab in St. Germain wußten, in völliger Abhängigkeit von dem Willen des Königs von Frankreich?

Ja es scheint sogar diese erneute Absicht eines Unternehmens auf Schottland den Getreuen dort nicht einmal zur Kunde gekommen zu sein. Wenigstens gedenkt der schottische Jacobit Lockhart derselben nicht. Er führt vielmehr schwere Klage, daß auf die Anfragen nach St. Germain hin über die Ursachen der Nicht-Landung jegliche Antwort

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 101.

[2]) A. a. O.: It is evident that it is of the interest of His Majesty as well as of the king of England to do every thing that is possible for fomenting a civil war in Scotland.



ausgeblieben sei. „Dies macht die Sache um so dunkler," meint er [1]). In der That aber gibt die Instruction vom 25. April für das Zuvorkommen der englischen Flotte an der Mündung des Firth of Forth als Gründe an: die Krankheit des Ritters von St. Georg in Dünkirchen, Irrthümer der Lootsen und andere nicht vorgesehene Zufälle, so wie für das Nicht-Landen in einem anderen Hafen heftige Gegenwinde, Zerstreuung der Flotte, Unkenntnis der Küste und Mangel an Provision. Es ist kaum anzunehmen, daß derartige Reden den Schotten Lockhart befriedigt haben würden.

Da die Schotten nicht die Thorheit begangen hatten, welche die französische Politik von ihnen hoffte, sich in Waffen zu erheben, bevor sie ihren König auf dem eigenen Boden erblickten, war es auch nicht zu irgend welchem Kampfe gekommen. Aber die Haltung, das Benehmen, die Worte gaben doch Anlaß für die Regierung, eine Reihe von Verdächtigen zu verhaften. Der englische Commandant in Edinburg, Graf Leven, hatte auf die Kunde des Planes den Herzog von Athol, die Lords Drummond, Errol, Marishal, Breadalbaine, Stormond nach Edinburg gefordert. Indem sie der Ladung nicht Folge leisteten, erschienen sie verdächtig. Des Herzogs von Hamilton, der auf einer Reise begriffen war, hatte die Regierung sich sogleich beim Beginne versichert. Die Verhafteten wurden insgesammt nach London gebracht. Hier jedoch gelang es dem Herzog von Hamilton in geschickter Weise sich die Differenz zu nutze zu machen, welche, ungeachtet des Zusammengehens, doch immer zwischen Godolphin und der Whig-Partei bestand. Mit derselben traf Hamilton die Uebereinkunft, daß er und seine Freunde bei der demnächstigen Wahl der schottischen Pairs für das großbritannische Oberhaus mit der Whig-Partei gehen würden. Nach dem Berichte des schottischen Jacobiten Lockhart gelang es dadurch dem Herzoge von Hamilton, den Hochverraths-Prozeß von den Verhafteten abzuwehren [2]).

Ueber den Lord Griffins, der sich auf dem genommenen Schiffe Salisbury befunden, wurde zwar die Todesstrafe ausgesprochen, aber

---

[1]) Lockhart's Memoirs t. I, p. 247.

[2]) A. a. O. p. 249. Vor den Aussagen des als Jacobiten zuverlässigen Lockhart fallen die gegen Hamilton später erhobenen Anklagen zusammen.



immer hinausgeschoben. Er starb zwei Jahre später im Gefängnisse im Tower.

Nachdem einerseits die Gefahr der Unternehmung gegen Schottland völlig beseitigt und alle erforderlichen Mittel für den Krieg bewilligt waren, trat, am 1./12. April, die Königin vor das Parlament. Sie anerkannte den bewiesenen Eifer für das öffentliche Wohl, namentlich in Betreff der reichen Bewilligungen, welche abermals alle früheren übertrafen, und fuhr dann fort: „Ich sehe dieselben an, namentlich bei der jetzigen Lage der Dinge, als unanfechtbare Beweise Eures Eifers und Eurer Anhänglichkeit für meinen Dienst, so daß sie Jedermann überzeugen müssen von der gerechten, von Euch mir dargebrachten Anerkennung, daß Ihr Alles, was Euch lieb und theuer ist, unter meiner Regierung für gesichert haltet, und es als unrettbar verloren ansehen würdet, wenn jemals die Absichten eines papistischen Prätendenten, der erzogen ist nach den Grundsätzen der willkürlichsten Regierung, sich verwirklichen ließen."

Die Thronrede schloß mit einer scharfen Drohung gegen die Katholiken. Der kaiserliche Resident Hoffmann bemerkt dazu: „Man darf aber hoffen, daß sie davon nicht mehr zu leiden haben werden, als sie bisher von dergleichen Bedrohungen, die man niemals nach der Strenge ausführt, gelitten haben" [1]).

Nach dieser Thronrede ward das Parlament vertagt, um nach kurzer Zeit aufgelöst zu werden.

Es ward bemerkt, daß noch niemals die Königin sich gegen den Prätendenten so scharf ausgesprochen, wie in dieser Thronrede. Außer der Königin, der Schwester dieses Prätendenten, die einst den Vater Jacob II. gebeten, die Krone annehmen zu dürfen, um sie für den Bruder in Verwahrung zu nehmen — war an dieser Thronrede als Verfasser betheiligt der erste Minister Godolphin, auf den wie auf Marlborough man in St. Germain nach wie vor die Hoffnung setzte, daß sie endlich einmal ihre alte Schuld gut machen würden. Eben damals schrieb der Staats-Secretär Caryll in St. Germain nieder, daß, wenn nicht die Unternehmung so erfolglos abgelaufen wäre, sie für Marlborough die Gelegenheit geboten haben würde, sein so oft ver-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. April.



pfändetes Wort der Bezahlung einzulösen. — Mehr vielleicht als irgendwo sonst, ringt sich in dieser Angelegenheit immer wieder der Zweifel empor, in wie weit den Worten der Menschen zu trauen ist.

Die Frage der Einladung der Kurfürstin Sophie nach England.

Diese Ungewißheit der Zukunft suchte damals der Lord Peterborough in einer besonderen Weise für sich auszunutzen, nämlich in Betreff einer Einladung der Kurfürstin Sophie nach England.

Diese Frage, welche im Jahre 1706 die Partei Rochester nicht in aufrichtiger Weise erhoben, die Whig-Partei dagegen von der Königin abgewehrt hatte, war darum nicht beseitigt. Sie wurde wieder angeregt im Laufe des Jahres 1707 durch einen gewissen Scott, der, im Dienste des Kurfürsten stehend, von diesem die Erlaubnis erhalten hatte in eigenen Angelegenheiten nach London zu reisen. Dort jedoch betrieb Scott auch Anderes. Er trat mit Hoch-Tories in Verbindung. Er sandte dem Kurfürsten Berichte ein über die Stellung der Parteien, schilderte jene Hoch-Tories als die Freunde des Hauses Hannover, die Whigs als dem Hofe ergeben. Darum werde von jenen, gleich wie von der großen Mehrheit der Nation die Einladung der Kurfürstin gewünscht, von diesen bekämpft. Er ersuchte den Kurfürsten um die Einwilligung zu einer solchen Einladung. Dann werde in der nächsten Session des Parlamentes die Sache geordnet werden [1]).

Die Antwort des Kurfürsten an Scott war ein scharfer Verweis, daß er sich ohne Auftrag in derartige delicate Angelegenheiten mische, wo er diejenigen Personen, die davon zu reden wünschten, an den Gesandten Schütz hätte weisen müssen. Dem Verweise folgte ein entsprechendes Verbot für die Zukunft [2]). — Der Kurfürst ließ durch den Gesandten Schütz an Godolphin, Sunderland, Halifax Abschriften dieses Briefes geben.

Robethon setzte Marlborough davon in Kenntnis, und dieser seinerseits theilte nach Hannover die Berichte der Missis Howe, der Frau des englischen Gesandten dort, mit, welche jeglichen Unterlassungsfehler in

---

[1]) Coxe vol. II, p. 124.

[2]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 93.



Hannover darstellten als eine absichtliche Kränkung und als einen Beweis der Gleichgültigkeit gegen die Aussicht auf die Succession in England [1]).

In Betreff des kurfürstlichen Hauses in Hannover urtheilte Marlborough in einem Briefe an Godolphin: „Obwohl der Kurfürst sich in dieser Angelegenheit benommen, wie ich immer von ihm erwartet habe: so dürfen Sie sich doch darauf verlassen, daß Scott nichts thut als gemäß der Direction der Kurfürstin" [2]). — Dies ist eine Anklage, für welche Marlborough kein Zeugnis vorbringt, und welche mit dem thatsächlichen Verhalten der Kurfürstin unvereinbar ist. Von jener seiner Anklage aus sagt weiter Marlborough zu Godolphin im August 1707: „Sie werden sehen, daß man im nächsten Winter den Versuch machen wird." Wir werden allerdings wahrnehmen, daß fortan dieser Gedanke der Einladung nicht wieder zur Ruhe kommt.

Zunächst nahm der Lord Peterborough den Gedanken wieder auf, jedoch, wie es scheint, nur für seine Person. Er hatte auf seiner Rückkehr nach England, im Juli 1707, mehrere Tage in Hannover zugebracht. Vom Hofe war ihm ein Sechsspänner zur Verfügung gestellt, und er speiste zu Mittag und zu Abend in Herrenhausen.

Nach der Entlassung des Parlamentes, im April, richtete Peterborough je ein Schreiben an die Kurfürstin Sophie und an den Kurfürsten Georg Ludwig. Das letztere lautet wie folgt [3]).

„Wenn die Franzosen durch ihre ganz unerwartete Unternehmung uns Unruhe bereitet haben, so haben sie uns zugleich auch die Befriedigung verschafft, daß alle ehrenhaften Persönlichkeiten hier in Betreff des einzigen Heilmittels gegen solche Plane derselben Ansicht sind."

„Ich sehe mich um nach der ersten Gelegenheit, Ihnen persönlich meine unveränderliche Anhänglichkeit für Ihren Dienst zu betheuern. Es ist von Wichtigkeit, daß Ew. königliche Hoheit Sorge tragen für Ihr eigenes Interesse wie für das unserige. Die Dinge stehen bei uns auf einem sehr wandelbaren Fuße. Es ist hier im eigentlichen Sinne das Land der Unbeständigkeit. Hoffentlich wird der Feldzug Ew. königlichen Hoheit wirksame Folgen für Europa haben, so wie für

---

[1]) Coxe vol. II, p. 123.
[2]) A. a. O. p. 125.
[3]) Macpherson's Original Papers t. II, p. 110.

diejenigen, welche sich mit der Hoffnung schmeicheln, eines Tages Ihre Unterthanen zu werden."

Bestimmter noch lautete das Schreiben an die Kurfürstin Sophie. Es enthielt, daß, nachdem die Furcht vor 5000 Mann Franzosen England in die äußerste Verwirrung gestürzt, und die Landung derselben lediglich durch einen Zufall verhindert worden sei, es sich als durchaus nothwendig ergebe, daß ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses seine Residenz in England nehme [1]).

Die Kurfürstin Sophie übergab das Schreiben Peterboroughs ihrem Sohne, dem Kurfürsten. Diese Thatsache allein schon widerlegt jene Vermuthung Marlboroughs, daß Mutter und Sohn in dieser Angelegenheit verschiedene Wege gingen. Die Antwort entsprach nicht den Wünschen des Lords Peterborough. Sie lautet wie folgt.

„Ich habe das Schreiben, welches Sie an mich zu richten sich bemüht haben, empfangen, und dasjenige an die Kurfürstin gelesen. Ich bin Ihnen sehr verbunden für die neuen Beweise, welche Sie mir von Ihrem Eifer für das Interesse meines Hauses geben, so wie von der Besorgnis, die Sie gehegt haben, daß die französische Unternehmung auf Schottland demselben nachtheilig sein würde. Im Uebrigen dürften Sie, Mylord, während Ihres Aufenthaltes hier bemerkt haben, daß ich als festen Grundsatz aufgestellt habe, in Bezug auf großbritannische Angelegenheiten keinen Schritt zu thun als in Uebereinstimmung mit der Königin und ihren Ministern. Denn ich gehe von der Ueberzeugung aus, daß den Absichten der Uebelwollenden nichts so sehr zuwider sein kann, als ein völliges Einverständnis zwischen Ihrer Majestät und meinem Hause. Demgemäß stelle ich, Mylord, es Ihrem Urtheile anheim, ob nicht Grund zu der Besorgnis sein würde, daß bei dem Verdienste, welches Sie besitzen, eine Reise Ihrerseits nach Hannover, oder zu der Armee, welche ich commandire, irgend welchen Verdacht erregen und zu unwillkommenen Auslegungen Anlaß geben könnte. Im anderen Falle würde es mir ein großes Vergnügen machen Sie zu sehen, und Ihnen Beweise der Hochschätzung zu geben, welche ich für Sie hege" [2]).

---

[1]) Dieser Inhalt des Schreibens an die Kurfürstin ergibt sich aus der Mittheilung Marlboroughs an Godolphin, bei Coxe vol. II, p. 226.

[2]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 110, vom 26. Mai.



Die abweisende Antwort zeigt abermals klar und scharf den Standpunct, welchen von Anfang an das kurfürstliche Haus eingenommen hatte, sich in keiner Weise in die englischen Angelegenheiten einzumischen. Es ist von Wichtigkeit dies wiederholt hervorzuheben, weil wir bei den einzelnen Engländern jener Zeit durchweg die Voraussetzung antreffen, daß das eigene Interesse des kurfürstlichen Hauses demselben eine Einmischuug solcher Art vorschreibe oder nützlich erscheinen lasse.

Der Concipient jenes kurfürstlichen Schreibens, der Rath Robethon in Hannover, den Marlborough seit langer Zeit sich für Mittheilungen solcher Art gewonnen, berichtete darüber an Marlborough, und dieser sandte den Bericht an Godolphin ein, welcher ihn der Königin vorlegte. Sie war, wie Godolphin meldet, nicht sehr überrascht, schien vielmehr vorbereitet zu sein, im nächsten Winter viel mit dieser Frage behelligt zu werden. „Dennoch, fügt Godolphin hinzu, kann man sie nicht dahin bringen, in dieser oder irgend einer anderen Beziehung, dasjenige zu thun, was, nach meiner Ansicht, allein abwehren könnte" [1]).

Godolphin sagt nicht, was er damit meint. Wenn er seine oft gegebenen Versicherungen nach St. Germain hin ehrlich meinte, so dürfte man annehmen, daß er die Aussöhnung mit dem Bruder als das wahre Mittel der Sicherstellung für die Königin habe andeuten wollen. Dies jedoch würde mit der letzten von ihm verfaßten, von der Königin gehaltenen Thronrede sehr wenig vereinbar sein.

Ueberblick des europäischen Kriegszustandes im Beginne 1708.

Die französische Unternehmung auf Schottland, obwohl mislungen, hatte augenfällig wieder in Erinnerung gerufen, daß es sich in dem großen Kriege, der von der spanischen Succession den Namen hat, nicht blos handele um diese, sondern eben so sehr um die englische, oder um die Sicherung der dort bestehenden Thronfolge. Auch war dies ja vor der Kriegserklärung von Seiten der großen Allianz ausdrücklich festgestellt. Der Vertrag derselben, vom 7. September 1701, faßte nur die Differenz über das spanische Erbe ins Auge;

[1]) Coxe vol. II, p. 227.



aber er war dann ergänzt worden durch den wichtigen Zusatz-Artikel vom Jahre 1702, welcher dem Könige von Groß-Britannien und der gesammten britischen Nation Genugthuung zusicherte für die überaus schwere und unwürdige Beleidigung, welche der König von Frankreich ihnen gegenüber dadurch begangen, daß er den angeblichen Prinzen von Wales als König von England, Schottland und Irland proclamirt habe. (Vgl. Band IX, S. 458.) Der Allianz-Vertrag vom 7. September 1701 hätte England nur verpflichtet, als Auxiliär-Macht in den Krieg mit einzutreten: auf Grund dieses Zusatz-Artikels trat es als Principal-Macht ein (vgl. Band X, S. 43), und zwar als der in aller Beziehung gewichtigste Feind Frankreichs, mit der Absicht diese Macht zu schädigen und hinabzudrücken, wo immer es geschehen konnte. Darum ist, auch nach Maßgabe des englischen Kriegsmanifestes (vgl. Band X, S. 67), der übliche Name des spanischen Successions-Krieges von da an nicht mehr recht zutreffend.

Die Worte der Thronreden der Königin Anna und der antwortenden Adressen des Parlamentes stellen allerdings, Jahr auf Jahr, als das Ziel des Krieges hin den Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für das Haus Habsburg. Diesem Wortlaute gemäß sollte man also erwarten, die stärkste Offensive gegen den Besitz Philipps V. in Spanien entwickelt zu sehen. Aber in dem ganzen langen Kriege ist das auch nicht ein einziges Mal der Fall. Vielmehr verfolgt die englische Kriegführung gegen Frankreich in erster Linie immer Zwecke des englischen Interesses. Die großen Flotten nach dem Mittelmeere in den Jahren 1704, 1705 und 1707 waren nicht zuerst darauf berechnet, der Sache Carls III. zu dienen, sondern, wenn möglich, sich des Kriegshafens von Toulon zu bemächtigen, und nur in zweiter Linie kam in den Jahren 1704 und 1705 die Sache Carls III. in Spanien in Betracht. Die Erwerbungen von Gibraltar und Barcelona, welche dann gelangen, waren, dem Wesen nach, die Frucht der Mühen des Landgrafen Georg. Ferner waren die Mittel, welche die englische Regierung für den Herzog Victor Amadeus aufwandte, weil er für die Zwecke der englischen Offensive wider Frankreich diente, immer bedeutender als diejenigen für den König Carl III. Der Wiedergewinn von Spanien stand voran in Worten, nicht in der That.

Daß die Engländer, oder auch nur die Mitglieder des Parlamentes, sich über das eigentliche Verhältnis klar gewesen wären, ist kaum anzunehmen. Wir erinnern uns, wie es Marlborough gelang, die Angriffe Rochesters in dieser Richtung abzuwehren. Und ferner kamen dabei ja auch die Parteirücksichten in Frage. Wir haben gesehen, daß, als im Unterhause bei der Erörterung über Almanza die Differenz zwischen dem Soll- und dem Effectiv-Bestande der Truppen in Spanien in so greller Beleuchtung der Zahlen hervortrat, dennoch die Whig-Mehrheit es über sich gewann, durch die Abstimmung zu Gunsten des Ministeriums den Tories die Basis für eine Anklage vorweg zu nehmen.

Das Unterhaus bewilligte die Mittel allerdings für bestimmte Zwecke. Allein, ob sie gerade dazu verwandt wurden, ist eine andere Frage. Ein kundiger Beobachter der Vorgänge in England, der kaiserliche Gesandte Graf Gallas, berichtet darüber: „Lord Sunderland und die gesammte Whig-Partei meinen nicht nur einen großen Theil des Ministerii an sich gebracht, sondern die Oberhand darinnen gewonnen zu haben. Auch ist dies in mancher Beziehung nicht in Abrede zu stellen. Allein was die Truppen und das Geld betrifft, so machen, wenn dieselben einmal bewilligt sind, Marlborough und Godolphin damit was sie wollen" [1]).

Die Grundlinien des Planes von Marlborough für den Feldzug 1708 haben wir aus den Mittheilungen darüber an den Herzog Victor Amadeus bereits vernommen: offensiv in den Niederlanden und von Savoyen aus, defensiv in Spanien (S. 10). Wie wenig dieser Plan in Betreff Spaniens stimmt zu den Thronreden und den Parlaments-Adressen, bedarf nicht der Ausführung.

Der Plan Ludwigs XIV. dagegen war, offensiv zu verfahren in den Niederlanden und in Spanien, nach anderen Seiten defensiv [2]).

Eine andere Offensive, die nur Geld und keine Mannschaft kostete, blieb dabei Ludwig XIV. immer sicher: diejenige durch Rakoczy gegen den Kaiser. Durch das Vorwärts-Treiben zu dem blutigen Landtage von Onod hatte der König von Frankreich, nach seiner

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 25. December.

[2]) Pelet t. VIII, p. 6.



Ansicht, es dahin gebracht, daß Rakoczy, auch wenn er wollte, nicht mehr zurück konnte, so sehr, daß Ludwig XIV. an den Zahlungen für ihn etwas sparen konnte. Die kaiserlichen Truppen, welche durch Rakoczy in Ungarn beschäftigt wurden, hätten sicherlich ausgereicht, in Spanien binnen kurzer Zeit die Dinge zu wenden.

Die Gefahr für den Kaiser von dem Schweden her, und damit des Zusammen-Schlagens beider großen Kriegsflammen von Osten und von Westen, war durch den Abzug Carls XII. verringert. In Wien betrachtete man sie nicht als aufgehoben, vielmehr diente dort der Hinweis auf diese Gefahr als einer der Gründe für die Weigerung, den Prinzen Eugen nach Spanien zu senden. Im Beginne des Jahres 1708 tauchte sogar diese Gefahr von der anderen Seite wieder auf. Der Czar Peter I. ließ nämlich durch seinen Gesandten Urbich dem Kaiser das Erbieten einreichen der großen Allianz beizutreten und zu diesem Zwecke 12,000 Mann zu stellen. Die betreffende Denkschrift wies hin auf das freundliche Verhalten des Czaren und seiner Vorgänger zu den römischen Kaisern. Niemals hätten sie die Waffen gekreuzt, vielmehr gegen den Feind des christlichen Namens einmüthig gestanden. Dem Kaiser Leopold zu Gefallen habe der Czar in seinem Reiche den römisch-katholischen Cultus verstattet, den Missionären der Kirche freien Durchzug zu den Völkern des Ostens vergönnt. Auch habe der Czar schon früher, beim Beginne des Krieges seinen Beitritt zur Allianz erboten, und für seine Truppen lediglich die Bedingung des Unterhaltes gestellt. Damals seien die Seemächte nicht geneigt gewesen, und daran die Sache gescheitert. Seitdem aber habe die Königin von Groß-Britannien so vielfach ihre geneigte Gesinnung für den Czaren dargethan, daß er nun seinen Antrag erneuere, in der Hoffnung, die Willfährigkeit des Kaisers werde auch für die anderen Verbündeten entscheidend sein [1]).

Das Erbieten entstammte derselben Furcht des Czaren Peter vor dem Schwedenkönige, die im Jahre zuvor ihn angetrieben, die Vermittelung Ludwigs XIV. nachzusuchen. Aber den Kaiser brachte es in nicht geringe Verlegenheit. Ablehnen oder Annehmen hatte beides, je in Rücksicht auf den Czaren oder den Schwedenkönig, seine besonderen

---

[1]) Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv.



Gefahren. Größer erschien vielleicht noch diejenige der Annahme, weil der Eintritt des Czaren in die große Allianz einen Bund der Könige von Frankreich und Schweden nach sich ziehen konnte. Der Kaiser ertheilte daher seinem Gesandten Gallas in London den Auftrag, das Erbieten zur Kunde der Königin zu bringen und die Sache ihrer Entscheidung anheim zu stellen, so jedoch, daß diese Entscheidung, wohin immer sie ausfalle, von den Seemächten vertreten werde, weil sie einer etwaigen Rache eines jener Gewaltigen nicht ausgesetzt seien [1]).

Es gelang den Mächten, durch Hinausschieben über das verfängliche Erbieten hinweg zu kommen.

In Betreff des Planes der Offensive in den Niederlanden sehen wir also Ludwig XIV. und Marlborough — denn dieser ist auf Seiten der Verbündeten die entscheidende Persönlichkeit — für den Feldzug 1708 einander begegnen. Das Motiv bei Ludwig XIV. ist die Absicht des Druckes auf die Republik der Niederlande, um die dort aufkeimende Friedenswilligkeit höher zu treiben; das Motiv bei Marlborough ist seine Führung dieser Armee.

Ludwig XIV. bereitete zu diesem Zwecke der Offensive in den Niederlanden eine Armee vor, wie er sie bis dahin noch nicht beisammen gehabt hatte. Es ergab sich nachher, daß sie bestand aus 131 Bataillonen und 216 Schwadronen [2]). Eine solche Macht war voraussichtlich der verbündeten Armee auch mit allen den Verstärkungen, welche Marlborough im Laufe des Winters in London und im Haag für dieselbe erwirkt hatte, weitaus überlegen.

Aber es fügte sich, daß an einer anderen Stelle noch ein anderer Offensiv-Plan gegen Frankreich aufwuchs, welcher demjenigen Marlboroughs nicht fern stand, ja sich damit in Verbindung bringen ließ. Dies geschah in Wien.

In dem Feldzuge zuvor hatte, nach der Vereitelung der Unternehmung gegen Toulon, der Prinz Eugen in einem Schreiben von St. Laurent aus an Marlborough eine Reihe von Entwürfen für den nächsten Feldzug zur Sprache gebracht [3]). Die hauptsächliche Stelle dieses Schreibens lautet: „Wird es beschlossen, daß wir hier auf der

[1]) Kaiserliches Rescript vom 1. Februar.

[2]) Pelet t. VIII, p. 6.

[3]) Coxe vol. II, p. 207. Vom 31. August 1707.



Defensive bleiben: so müßte aus verschiedenen Truppen eine zweite Armee an der Mosel gebildet werden, welche, je nach den Umständen, an den Grenzen Deutschland oder Flanderns offensiv agiren könnte." Das war damals ein hingeworfener Gedanke, der von Seiten Marlboroughs, welcher im Winter 1707/8 mit dem stärksten Nachdrucke für die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien eintrat, nicht weiter erörtert wurde. Dagegen ist anzunehmen, daß der Prinz Eugen nach seiner Rückkehr nach Wien, vor dem Kaiser ihn mit Nachdruck geltend gemacht habe. Der Kaiser, um dem Andringen der Seemächte auf die Entsendung des Prinzen Eugen nach Spanien einen positiven Vorschlag entgegen zu stellen, ließ dann, noch im Januar, nach dem Haag und nach London hin, die Aufforderung ergehen, die wir kennen gelernt haben (S. 18), daß die drei Oberanführer, der Prinz Eugen, Marlborough, der Kurfürst Georg Ludwig, sich über den Plan des kommenden Feldzuges persönlich verständigen möchten. Wir haben gesehen, daß darauf Marlboroughs bis dahin laute Rede für die Sendung des Prinzen Eugen nach Spanien sofort verstummt, daß er dagegen den kaiserlichen Gesandten in London mahnt, ohne Zeitverlust den Vorschlag bei der Königin zu betreiben. Denn, wie immer sonst diese Verständigung ausfallen mochte: in jedem Falle bot sich ihm dadurch die Aussicht, seine Offensive gegen Frankreich zu verstärken. Sowohl in London als im Haag ging man auf den kaiserlichen Vorschlag ein.

Die Instruction, welche der Prinz Eugen von Wien mitnahm, erörtert zunächst eine Operation am Oberrheine, und nimmt dabei Straßburg oder Pfalzburg in Aussicht. Bei der voraussichtlichen Abneigung aber der Seemächte gegen einen solchen Plan folgt der Ausdruck des Wunsches von Seiten des Kaisers, daß eine Armee an der Mosel gebildet werde. Dann aber wird auch die Vereinigung dieser Armee mit derjenigen unter Marlborough in Aussicht genommen, mit der Bestimmung, daß in diesem Falle in Betreff des Commandos es gehalten werden möge, wie im Jahre 1704 zwischen dem Markgrafen von Baden und Marlborough [1]).

Am 24. März brach der Prinz Eugen von Wien auf, richtete jedoch seine Reise nicht, wie es ursprünglich die Absicht war, zuerst

[1]) In den Hollandicis des k. k. Archivs.



nach Hannover, sondern direct nach dem Haag. Da unvermeidlich zu Gunsten der neuen Armee Truppen verwendet werden mußten, auf die der Kurfürst Georg Ludwig für die Reichsarmee gerechnet hatte: so konnte dies Vorbeigehen ihn nicht angenehm berühren. Am 8. April traf der Prinz Eugen im Haag ein. Marlborough wartete in England ab, bis die Nachricht der Rückkehr der französischen Flotte mit dem Ritter von St. Georg nach Dünkirchen eingetroffen und damit jede Gefahr beseitigt war. Dann eilte auch er hinüber. Er und der Prinz Eugen begaben sich zusammen zum Rathspensionär Heinsius, am 11. April. Von diesem Tage also an datirt das Zusammen-Wirken der drei Männer, welches über zwei Jahre lang für das gesammte Europa von so folgenschwerer Bedeutung wurde. Nicht jedoch diese drei allein entschieden. Mochten auch die Vollmachten des Prinzen Eugen und Marlboroughs noch so umfassend sein: so hatte doch der Rathspensionär Heinsius die Deputirten der Republik für die geheimen Angelegenheiten zu befragen. Es waren der General-Schatzmeister Hop, der Secretär des Staatsrathes und der Greffier Fagel[1]).

Am 12. April traten die genannten Personen zu einer Conferenz zusammen. Der Prinz Eugen legte in einem längeren Vortrage den Stand der Angelegenheiten des Kaisers auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen dar. Seine Rede, einfach und schmucklos, aber klar und nachdrücklich, erregte Bewunderung. Sie betraf die Bildung einer dritten Armee an der Mosel, die je nach Bedarf der Reichsarmee oder der Armee der Verbündeten in Flandern hülfreiche Hand bieten werde. — Dann legte Marlborough seine Vollmacht dar, die Armee zu verstärken.

In wiederholten Conferenzen suchte der Prinz Eugen die kaiserliche Politik gegen die Anklagen zu rechtfertigen, zu welchen man von Seiten der Seemächte oft allzu sehr geneigt gewesen war. Die Rechtfertigung in Betreff des Nicht-Friedens mit Franz Rakoczy war sachlich nicht schwer, namentlich für den Prinzen Eugen, der von Anfang an nachdrücklich die Ansicht vertreten hatte, daß nur die Macht der Waffen dem Aufstande ein Ende machen könne. Schwerer mochte sie den Hörern eingehen, welche, wie die Folgezeit ergeben wird, auch durch

[1]) Lamberty t. V, p. 37.

den blutigen Landtag von Onod sich nicht von der wahren Natur Franz Rakoczys und seines Aufstandes überzeugen ließen. Ungleich schwerer aber noch war es die Holländer zu überzeugen, daß die Einkünfte der Länder Bayern, Mailand und Neapel den Finanzen des Kaisers nicht eine nennenswerthe Erleichterung gewährten. Die Thatsache mochte immerhin begründet sein; aber, wenn sie es war, so fiel dies den Organen der kaiserlichen Verwaltung zur Last. „Der geringere Theil dessen, was die Bayern zahlen — meldet eben damals der Venetianer Dolfin — gelangt in das kaiserliche Aerar. Alles wird wie in einen Schlund geworfen, der kein Ende hat; denn, wenn gleich die Scharfsicht im Einsammeln noch so groß ist, so ist größer noch die Verschwendung im Zerstreuen" [1]). Nach seiner Ansicht brachte Bayern statt der früheren fünf Millionen nur noch zwei auf. „Ueberhaupt, meint Dolfin, kann man sich die financiellen Bedrängnisse der Hofkammer und des Hofes selbst nicht schwer genug vorstellen. Es mangelt den Angestellten der Gehalt, den Werkleuten der Lohn, den Soldaten das Brot. Und dennoch leben sie Alle, weil es ihnen nicht zum Vorwurfe gereicht auf welche Art immer sich das Brot zu erjagen" [2]).

Eben so wenig wie die Reden des Prinzen Eugen diese Holländer, die zu eigenem Schaden die geringe Zuverlässigkeit der kaiserlichen Finanzverwaltung erfahren hatten [3]), überzeugen mochten, daß es damit nunmehr anders bestellt sei: eben so wenig mochte er ausrichten durch den Hinweis auf den Nachtheil, den die Allianz dadurch erleide, daß die Seemächte bei allen Differenzen zwischen dem Kaiser und dem Herzoge Victor Amadeus geneigt seien, auf die Seite des Letzteren zu treten. Das günstige Vorurtheil für den Herzog Victor Amadeus war einmal da, ungleich mehr noch in England als in Holland, und auch sogar durch den Verdacht, der in Betreff des Verlaufes der Unternehmung auf Toulon gegen ihn doch hier und da aufsteigen mußte, kaum verringert. Dazu hatte ja auch Victor Amadeus bei der wichtigsten Persönlichkeit dort, bei Marlborough, seine besonderen Mittel angewendet. (Vgl. Band XII, S. 529.) Und Marlborough, obwohl

---

[1]) Dolfins Final-Relation von 1708, in Fontes rerum A. Bd. XXII, S. 13.

[2]) A. a. O.

[3]) Lamberty t. V, p. 38.



gerade bei ihm aus den Briefen des Prinzen Eugen vor Toulon der Eindruck haften mußte, daß der Verdacht des letzteren doch eine Begründung haben müsse, vertraute für den Feldzug 1708 wieder auf Victor Amadeus, weil das Vertrauen auf denselben dem Plane seiner Offensive wider Frankreich entsprach.

Ist daher nicht anzunehmen, daß die eindringlichen Reden des Prinzen Eugen im Haag auf die Meinungen seiner Hörer zu Gunsten der kaiserlichen Politik und Verwaltung nachhaltig eingewirkt haben, so gewann seine eigene Persönlichkeit, welche Nachdruck mit Milde paarte, zugleich ihre Hochschätzung und ihre Zuneigung. In der Instruction des Prinzen Eugen findet sich auch der Auftrag, daß er, für den Fall seines gemeinsamen Handelns mit Marlborough, bei dem Rathspensionär auf die Abschaffung des Systems der Feld-Deputirten dringen solle. Dies System war aber mit der Verfassung der Republik so verwachsen, daß auch Wilhelm III. sich unweigerlich in dasselbe gefügt hatte, und es scheint nicht, daß der Prinz Eugen auch nur einen Versuch in der Richtung seines Auftrages gemacht habe. Dagegen trat ein anderes Verhältnis ein. Wir werden wiederholt zu ersehen Gelegenheit haben, daß die Feld-Deputirten dem Prinzen Eugen ein ganz anderes Vertrauen entgegen trugen als dem Herzog von Marlborough.

Im Haag einigte man sich also dahin, daß eine Armee an der Mosel gebildet werden solle, in der Stärke von 20,000 Mann, unter dem Commando des Prinzen Eugen, fast nur aus kaiserlichen und pfälzischen Regimentern bestehend. Man berechnete, daß die Reichsarmee am Oberrheine unter dem Kurfürsten Georg Ludwig dann noch 43,000 Mann stark verbleiben würde[1]). Zwischen Marlborough und dem Prinzen Eugen bestand von Anfang an das Einverständnis, ihre Armee zu vereinigen.

Aber es blieb ihnen noch die besondere Aufgabe, die Einwilligung von zwei wichtigen Persönlichkeiten zu erlangen. Der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz verlangte für die Ueberlassung seiner 9000 Mann von dem Kaiser die Einweisung in den Besitz der Oberpfalz und die Herstellung in die ursprünglich pfälzische Kurwürde. Um ihn von

[1]) Die genaueren Angaben bei Murray t. III, p. 709.



dieser Forderung abzubringen, wollte sich der Prinz Eugen vom Haag zunächst nach Düsseldorf begeben. Dann aber kam die zweite Schwierigkeit: die Frage der Einwilligung des Kurfürsten Georg Ludwig. Um diese zu erlangen, verabredeten der Prinz Eugen und Marlborough in Hannover zusammen zu treffen. Marlborough kehrte daher, ungeachtet der Wünsche Godolphins, vor dem Feldzuge nicht erst noch nach England zurück [1]).

Der Versuch des Prinzen Eugen in Düsseldorf gelang nicht. Johann Wilhelm hielt fest an seiner Forderung. Unterdessen machte sich auch Marlborough vom Haag aus auf den Weg nach Hannover. Die Reise wurde so eingerichtet, daß Marlborough unterwegs den Grafen Rechteren als Deputirten der Republik mit aufnahm, und auf der letzten Station vor Hannover sich mit dem Prinzen Eugen vereinigte. Sie trafen zusammen in Hannover ein.

Das Verhältnis der Feldherren von 1708 ist nicht unähnlich demjenigen von 1704. Wie damals der Prinz Eugen und Marlborough einander näher und einigermaßen im Gegensatze zu dem Markgrafen Ludwig von Baden standen, so nunmehr zu dem Kurfürsten. Dieser erhob den Einwand, daß die Schwächung der Reichsarmee zu Gunsten einer dritten Armee an der Mosel ihn außer Stand setzen werde, offensiv zu verfahren. Auf den Vorschlag jedoch ihm noch die zwei kaiserlichen Regimenter Mercy und Lobkowitz zu belassen, gab er nach [2]). Der eigentliche Plan ward ihm verhehlt. „Unseren Plan, berichtet Marlborough an Godolphin, die zwei Armeen zu vereinigen, hielten wir für besser dem Kurfürsten nicht mitzutheilen. Es ist daher zu erwarten, daß die Ausführung desselben ihn sehr ärgerlich machen wird. Allein da das Gelingen des ganzen Feldzuges davon abhangt, so weiß ich dagegen kein anderes Heilmittel als Geduld" [3]).

Es ward beschlossen, daß die Mosel-Armee sich zwischen dem 20. und 25. Mai zwischen Coblenz und Rheinfels versammeln solle, und diejenige am Oberrheine zur selben Zeit. Den ersten Beschluß zur Ausführung zu bringen, war jedoch nicht möglich, so lange Johann

---

[1]) **Lamberty t. V, p. 41. — Murray t. III, p. 698, 705. — Coxe vol. II, p. 211.**
[2]) Die Uebereinkunft bei **Murray t. III, p. 715.**
[3]) **Coxe vol. II, p. 215.** Aus dem Haag, 3. Mai.

Wilhelm in Düsseldorf fest hielt an seinen Forderungen, und darum verzögerte sich der Beginn des Feldzuges in den Niederlanden.

Unterdessen hatte auch Ludwig XIV. seine Anordnungen für den Feldzug getroffen. Er stellte fünf Armeen auf. Auf den Wunsch seines Enkels, des Herzogs von Bourgogne, übergab er ihm die Führung der stärksten Armee, die er bis dahin besessen, und auf welche er, der Sachlage nach, die Hoffnung einer günstigen Wendung der Dinge setzte. Dem Herzog zur Seite stand der Marschall Vendome. Die Zusammenstellung dieser zwei Persönlichkeiten konnte vom Beginne an von jedem kundigen Franzosen nur mit Besorgnis betrachtet werden; denn zwischen dem noch jugendlichen Prinzen, dem frommen, sittenstrengen Zöglinge Fenelons, und dem alten prahlenden Cyniker bestand eine moralische Kluft. Da vor der Ernennung des königlichen Enkels der Kurfürst Max Emanuel aus den Niederlanden weichen mußte, so erhielt er das Commando am Oberrheine mit dem Marschall Berwick zur Seite. Der Marschall Villars ward gegen den Herzog Victor Amadeus entsendet, mit dem Auftrag der Defensive. Nach Spanien schickte der König abermals seinen Neffen, den Herzog von Orleans, mit dem Marschall Bezons als Berather. Eine zweite Armee führte der Marschall Noailles von Roussillon aus nach Spanien hinein.

Im Norden und im Süden also wollte Ludwig XIV. offensiv vorgehen, nach Osten und Südosten sich defensiv verhalten. Aber zugleich blieb ihm die dritte Offensive, durch die er nicht durch seine Mannschaft, sondern nur durch sein Geld einen großen Theil der Macht des Kaisers lahm legte, diejenige des Franz Rakoczy und seines Aufstandes in Ungarn. Richten wir dahin zuerst unseren Blick.

Franz Rakoczy im Jahre 1708.

Unterhandlungen.

Auf den Wunsch und die Bitte der friedensbedürftigen Ungarn, die sich außerhalb des Machtbereiches von Franz Rakoczy befanden, schrieb der Kaiser Joseph I. am 23. December 1707 einen Landtag nach Preßburg aus, auf den 20. Februar. Das Ausschreiben verkündet,

daß der Kaiser unter den verschiedenen Mitteln, den Frieden wieder zu bringen, wiederholt als das wirksamste die Berufung eines allgemeinen Landtages ins Auge gefaßt, bisher jedoch, bei der Ungunst der Umstände, es nicht in Vollzug gebracht habe. Da nun die Gelegenheit günstiger erscheine, so wolle er, kraft seines königlichen Amtes und der Statuten des Königreiches, es daran nicht ermangeln lassen. Das Einberufungsschreiben, gegengezeichnet von den Grafen Illeshazy und Ladislaus Huniady, wurde in allen Grenzstädten angeschlagen [1]).

Voran in dem Landtage zu Preßburg erschienen der Cardinal von Sachsen als Primas von Ungarn und der Palatin Paul Esterhazy. In den Vorberathungen schlug der letztere vor, daß, da der Landtag den Frieden des gesammten Vaterlandes bezwecke, man nicht vorgehen könne ohne die Unzufriedenen. Es sei daher eine neue Aufforderung an sie nothwendig. Er erhielt die Zustimmung der Stände, und der Kaiser erhob keinen Einwand, daß eine solche Aufforderung von dem Palatin aus erging. Rakoczy hatte unterdessen die Stände seines Machtbereiches zu einem Gegen-Landtage nach Kaschau berufen. Dahin erging an ihn die Einladung des Palatins. Die Antwort Rakoczys lautete nicht bloß ablehnend, sondern zugleich herausfordernd. Er habe nicht erwartet, sagte er, daß der Palatin so verwegen und unbesonnen sein würde, ihm eine solche Aufforderung zugehen zu lassen. Denn es sei doch bekannt genug, daß er, Rakoczy, seit den Beschlüssen des Landtages zu Onod, von keinem Könige in Ungarn mehr wisse, und daher auch den nach Preßburg von dem Kaiser, unter dem Namen eines Königs von Ungarn, ausgeschriebenen Landtag als solchen nicht respectiren könne. Anstatt dafür zu reden, möge der Palatin besser bedenken, was er Gott, dem Vaterlande und sich selber als ehrlichem Manne schuldig sei [2]). — Wie sehr daher auch der Cardinal von Sachsen-Zeiz als Primas von Ungarn sich bemühen mochte, unter denen, die erschienen waren, Katholiken und Protestanten, den Frieden zu vermitteln: die Stände des Machtbereiches von Rakoczy, unter dem Drucke der Furcht vor dem Schwerte und dem Feuer, blieben fern.

---

[1]) Lamberty t. V, p. 77.
[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 45.



Rakoczy hatte, wie wir gesehen haben, die Blutthat von Onod vollbracht auf die Anforderung der französischen Politik. Er hatte vermeint, durch die Absage an Kaiser Joseph I. sich für Frankreich bündnisfähig zu machen. In der Wirklichkeit hatte, vermöge dieser Vorspiegelung, die französische Politik ihn dahin getrieben, um, auch ohne ein Bündniß mit ihm zu schließen, dennoch sicher zu sein, daß Rakoczy, weil er nicht mehr zurück könne, in der Rebellion gegen den Kaiser beharren müsse. Obwohl, nach den mündlichen Darlegungen des Vetes in Munkacs, dem Rakoczy kein Zweifel darüber bleiben konnte, daß er, ob mit, ob ohne Willen, in Versailles nur als Werkzeug behandelt wurde, so sehr, daß nach Onod auch die früher regelmäßigen Zahlungen der 50,000 Livres monatlich nicht mehr pünctlich eingingen: so richteten sich doch seine hoffenden Blicke noch wieder nach Versailles. Er sandte Vetes wieder dahin, mit dem Auftrage die Zustimmung des Königs und des Kurfürsten Max Emanuel zur Wahl des letzteren zum Könige von Ungarn zu erwirken. Vetes, obwohl er aus seinen früheren Wahrnehmungen und Beobachtungen wußte, wie geringe Aussicht auf Erfolg ein solcher Auftrag hatte, ging hin. Aber es gebührt ihm die Anerkennung, daß er nach wie vor zu seinem Auftraggeber in offener Sprache redete.

In Versailles ward im Beginne des Jahres 1708 der Plan erwogen, Süddeutschland zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel zu insurgiren und ihn wieder nach München zu führen. Der Urheber des Planes war der Minister Chamillart. Auf die Kunde eines solchen Planes begab sich der Marschall Berwick zu Ludwig XIV., und wies den Plan als in aller Beziehung undurchführbar nach. Der König erwiederte mit lachendem Angesichte: „Chamillart meint die Dinge besser zu verstehen als irgend ein General; aber er versteht gar nichts davon" [1]). Es war ein Zeichen, daß der Stern der Gunst für Chamillart im Erbleichen begriffen war.

Wenn aber Max Emanuel nicht einmal nach München kommen konnte: wie sollte er nach Ungarn gelangen? Torcy erörterte mit Vetes diese Fragen; aber der einzige Zweck aller Erörterungen war, nach der Ansicht von Vetes: pour nous amuser. Aber

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 3.



Torcy versprach die Zahlung der Rückstände, 120,000 Thaler, auf einmal [1]).

Rakoczy dagegen suchte zu drängen. Am 6. März schrieb er an Vetes, daß er mit Ungeduld einer Antwort harre. „Denn, sagt er, wenn ich nicht des Entschlusses des Kurfürsten sicher bin, so würde ich vorziehen, auf die Friedenshandlung einzugehen, die uns angeboten ist" [2]). Da die gleichzeitigen Drohungen und Handlungen von Rakoczy gegen diejenigen Ungarn, welche sich nach Preßburg begaben, mit einer Friedenswilligkeit nicht vereinbar sind: so sind jene Worte an Vetes nur wie ein Drücken auf die Politik von Versailles zu betrachten.

Aber auch von dort aus verfuhr man in ähnlicher Weise. Ob die Berichte von Desalleurs und Bonac wirklichen Zweifel an der Beständigkeit Rakoczys erregt hatten, oder ob Torcy sie nur fingirte, Vetes sah sich genöthigt über das ihm kund gegebene Mistrauen Torcys zu berichten [3]). Als abermals für Rakoczy Wochen ohne eine bestimmte Antwort vergingen, dagegen nur jener Zweifel an ihn gelangte, drängte er, am 31. März, aufs neue, daß Ludwig XIV. über die Wahl des Kurfürsten zum Könige von Ungarn einen Entschluß fasse, und betheuerte seine Standhaftigkeit. Der Inhalt dieses Schreibens ist für die Kenntnis des Rakoczy und seiner Sache ganz besonders lehrreich. Er begründet darin sein Dringen auf jene Entscheidung in folgender Weise.

„Denn, nachdem wir verweigert haben, uns mit dem Wiener Hofe in Unterhandlung einzulassen, scheint mir für denselben kein anderer Entschluß übrig zu bleiben, als die äußersten Anstrengungen aufzubieten diese Nation zu unterjochen. Sie aber ist entschlossen, in der Hoffnung auf den Schutz und die Hülfe des Königs von Frankreich, lieber die äußersten Leiden über sich kommen zu lassen, als sich der Herrschaft des Hauses Oesterreich zu unterwerfen. Auch reicht ja die Art und Weise, mit welcher sie ihren Willen kund gibt, zu dem von dem Kaiser berufenen Landtage ihre Deputirten nicht zu entsenden, völlig aus, das von unseren Feinden ausgebreitete, unbegründete Gerücht zu zerstören. Es wäre denn freilich, daß man dort (in Versailles)

---

[1]) Bericht des Vetes vom 1. Februar, bei Fiedler Bd. I, S. 84.

[2]) A. a. O. S. 314.

[3]) A. a. O. S. 82. Vom 19. Januar.



nach Vorwänden sucht, um den Maßregeln auszuweichen, die man fassen muß, wenn man uns helfen will. Dazu auch berührt es mich sehr unangenehm, daß, nachdem ich alles erfüllt, was ich vom Beginne dieses Krieges an in Aussicht gestellt habe, ich nun erleben muß, daß man lieber fremden Berichten Glauben beimißt als demjenigen, was ich melden lasse. Mein Entschluß wie derjenige der Nation hat die Probe bestanden, sowohl in dem Verluste von Schlachten wie in Friedensunterhandlungen, so daß man kein Recht hat an unserer Festigkeit zu zweifeln. Das alles hat nur gedient, um uns zu der Absage (von Onod) zu führen. Und darum thut man uns Unrecht zu meinen, daß wir dennoch fähig sein würden nun wieder umzuschlagen, während wir noch Hoffnung auf das Gelingen des Planes haben, den Sie auf meinen Befehl dort betreiben. Daher erwarte ich so bald wie möglich den endlichen Beschluß des Königs und des Kurfürsten, und verlasse mich darauf, daß, wenn man nicht vermag mir bei meinen Planen zu helfen, man doch nicht auch die Schuld tragen will, daß wir durch die Gewalt der Waffen unterjocht werden" [1]).

Dies wichtige Schreiben zeigt abermals, wenn es dessen noch bedürfte, daß Franz Rakoczy keinen Frieden anders wollte als auf seine Bedingungen, daß auch, nach Rakoczys eigener Ansicht, dem Kaiser nichts Anderes übrig blieb, als was der Prinz Eugen von Anfang an mit starkem Nachdrucke ausgesprochen hatte, die Bezwingung des Aufstandes durch die Waffen. Aber Rakoczy redet in diesem Schreiben von sich und der ungarischen Nation. Es ist schwer einen freien Willensausdruck der letzteren zu gewahren. Schon zu Ende des Jahres 1705 haben wir von den seemächtlichen Gesandten die Klage vernommen, daß einige wenige Häupter nach ihrem Interesse über die Schicksale der ungarischen Nation entschieden. Dies hatte sich noch gesteigert durch die Anerkennung der absoluten Gewalt bei Franz Rakoczy in dem Landtage auf dem Felde von Szecsin. Und abermals hatte es sich gesteigert durch den blutigen Landtag von Onod und dessen Consequenzen. Wie der Schrecken von Onod daheim innerhalb des Machtbereiches von Franz Rakoczy jeden Widerspruch lähmte: so handelte dieser nach außen hin, namentlich nach Versailles, von wo dem verzehren-

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 317.

den Feuer in dem französischen Golde die hauptsächliche Nahrung zugeführt wurde, ganz allein. Eben damals befiehlt Rakoczy an Vetes: „Schreiben Sie keine Nachrichten von dort an Personen meines Hofes und noch weniger melden Sie irgend etwas von Ihren Unterhandlungen dort nach hier, an wen immer es sei; denn die Leute, die keine Kenntnis von Geschäften, noch von dem fremden Lande haben, könnten dann Vermuthungen und Vorurtheile fassen, die nachher schwer auszutilgen wären. Darum habe ich vom Beginne dieses Krieges an vor ihnen die Nachrichten und meine auswärtigen Beziehungen immer geheim gehalten." Es folgt für Vetes der Hinweis, daß an der Beobachtung dieser Vorschrift seine Stellung hange[1]).

In der Wirklichkeit hegte man in Versailles nicht die Besorgnis, daß es in Ungarn zum Frieden kommen könne. Das Tagebuch des Hofmarschalls Dangeau, das getreue Echo dessen, was Ludwig XIV. vor seinem Hofe aussprach, meldet bereits zum 21. April, lange bevor jenes Schreiben des Rakoczy dort eintraf: „Der Kaiser hat jegliche Hoffnung auf eine Verständigung mit den Ungarn verloren. Sie verüben mehr Unordnungen als je zuvor. Sie haben sogar bis auf zwei Meilen von Wien Flecken und Dörfer verbrannt" [2]).

Die Staatsmänner der Republik der Niederlande dagegen beharrten in einer, man dürfte sagen, wunderbaren Unkenntnis des eigentlichen Sachverhaltes. Sie schickten eben damals an ihren Gesandten in Wien, Hamel Bruininx, eine neue Vollmacht zum Angebote ihrer Friedensvermittelung bei dem Kaiser[3]). — Der Kaiser wollte den Frieden; aber er konnte nicht die Vermittelung der Seemächte wollen, nachdem Rakoczy dieselbe früher mit so schlauer Ueberlegenheit in seinem Interesse ausgebeutet hatte. Es dürfte sogar fraglich sein, ob Hamel Bruininx, der die Lage der Dinge in Wien besser kennen mußte, das Angebot auch nur vorgebracht hat.

Jene Nachrichten über die Erneuerung der Brandritte der Kuruczen mochte man in Versailles gar gern vernehmen; aber ob darum die Meinung des Franz Rakoczy richtig war, daß, weil er überhaupt

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 322. Vom 16. April.
[2]) Dangeau t. VIII, p. 121.
[3]) Die Vollmacht bei Lamberty t. V, p. 81.

keinen Frieden mit dem Kaiser wollte, der König von Frankreich nun auch seinen Wünschen willfahren werde, war eine andere Frage. „Dringen Sie, gebot Rakoczy dem Vetes, unablässig in den dortigen Hof, die möglichsten Anstrengungen am Rheine zu machen; denn das ist die einzige Diversion, die den Kaiser hindern kann uns zu unterdrücken" [1]). Der Befehl entsprach weder dem Wollen noch dem Können des Kurfürsten wie des Königs. Noch bevor Vetes den Befehl erhielt, meldete er zurück, daß für die Wünsche Rakoczys geringe Aussicht sei. Nicht Ungarns wegen gehe der Kurfürst von Bayern an den Oberrhein, sondern weil er des Ranges wegen nicht mit dem Herzog von Bourgogne zusammen in Flandern sein könne. Die Furcht des Kurfürsten, den Kaiser noch weiter zu beleidigen als er bereits gethan, sei im Wachsen. Der König vermöge nicht an zwei Stellen offensiv zu verfahren [2]).

Dagegen erkannte Vetes, daß die Bereitwilligkeit in Versailles für Rakoczy abnahm. Auf seine erneute Beschwerde über die Rückstände der Subsidien antwortete Torcy trocken: „Der König zahlt wie er kann." — Obwohl Vetes wußte, daß nach Onod, auf den Abschluß eines Bündnisses nicht mehr zu hoffen, so hatte er doch, formell, darauf zu dringen. In die Denkschrift, die er zu dem Zwecke eingab, hatte er die Worte eingesetzt, daß, wenn nicht die Allianz erfolge, Rakoczy und die conförderirten Stände gezwungen würden, durch einen Vergleich für ihre Sicherheit zu sorgen. Beim Lesen dieser Worte fuhr Torcy scharf heraus: „Der Fürst Rakoczy hat es nicht in seiner Hand ein Abkommen zu treffen; denn die Protestanten von der kaiserlichen Partei in Preßburg machen mehr von sich reden als er, und verlangen mit starken Worten die Herstellung der Gesetze und der freien Religionsübung." — Vetes entgegnete: „Wünscht der König durchaus sich davon zu überzeugen, daß es in der Hand des Fürsten Rakoczy steht, den Krieg in Ungarn durch einen Vertrag zu beenden, so bitte ich nur mich dieses Willens zu versichern. Ich werde dann die Nachricht hinbringen, und binnen zwei Monaten werden Sie den Erfolg sehen." Torcy lenkte ein [3]).

1) Fiedler Bd. I, S. 320.
2) A. a. O. S. 90. Vom 19. April.
3) A. a. O. S. 97 und 105.

Vetes fügt seinem Berichte darüber an Rakoczy die Worte hinzu: „In Gottes Namen, gnädigster Herr, wenn man Ihnen hier nicht willfahrt, so zeigen Sie doch diesen Leuten, daß es von Ihnen abhangt, Ungarn den Frieden zu geben."

Es würde zu weit führen in die Einzelnheiten der Ausflüchte einzugehen, mit welchen die französische Politik sich von dem Versprechen eines Bündnisses mit Rakoczy loswand. Dagegen ist es von Interesse zu sehen, in welcher Weise der Ungar Vetes durch die Charakteristik der Politik des Hofes von Versailles auf Rakoczy einzuwirken sucht.

„Dieser Hof, sagt Vetes, ist unbeständig wie der Wind, und Niemand darf sich jemals auf ihn verlassen. Im Glücke ist er unerträglich hochmüthig und höhnt seine Bundesgenossen; im Unglücke opfert er sie seinem Eigennutze, und meint seinen Verpflichtungen gegen sie zu genügen mit der Ausrede, daß er thue was möglich. Ich darf nicht ermüden zu sagen, daß auch wir für alle ihm geleisteten Dienste nichts erlangen werden, als diese unfruchtbare Antwort. Mein Rath daher ist, daß Ew. Durchlaucht die Einzelnheiten meiner Unterhandlung prüfen, und demgemäß den festen Entschluß fassen, sich nicht dem Eigennutze dieses Hofes zu opfern, sondern lieber die noch vorhandenen Vortheile zu benutzen, um sich einen guten und ehrenhaften Ausgleich zu erwirken. Behandeln Sie den König hier, wie er Sie behandelt, das heißt: auch wenn der König sich geneigt zeigt, einen Vertrag mit uns zu schließen, suchen wir auch unsererseits Vorwände um auszuweichen. Denn einen Vertrag mit Frankreich schließen oder nicht schließen, ist für uns ganz dasselbe. Frankreich wird niemals einen Vertrag halten auf Kosten seiner Vortheile. Richten Sie, gnädigster Herr, alle Ihre Mühe und Sorgfalt dahin, einen Ausgleich zu erreichen, damit nicht der Fluch einer Nation über Sie kommt, den Sie in anderem Falle, wenn Sie sie dem Interesse Frankreichs opfern, auf sich und Ihr Haus herabziehen. Und wenn Sie nichts Anderes erreichen können, weder für sich selber, noch für das Vaterland, so erhalten Sie wenigstens sich selber und dieses für eine günstigere Zukunft" [1]).

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 103. Vom 29. Juli.



Wir sehen, Vetes war als Diener des Franz Rakoczy dennoch ein ungarischer Patriot.

Vetes schrieb diesen Appell an den Patriotismus des Franz Rakoczy nieder in Paris am 29. Juli, wenige Tage vor der Niederlage des letzteren bei Trentschin.

Der Feldzug.

Unterdessen nahm der Landtag in Preßburg nicht einen günstigen Verlauf. Es standen dort ähnlich wie hundert Jahre zuvor die katholischen und protestantischen Stände einander gegenüber. Die ersteren wollten die Erneuerung der Beschlüsse des Landtages von Oedenburg 1681, die letzteren verlangten mehr. Von der Partei des Rakoczy jedoch waren beide Richtungen geschieden dadurch, daß sie beide den König Joseph anerkannten [1]). Die Bischöfe wurden als mit dem Hofe völlig einig betrachtet [2]).

Zur selben Zeit befand sich Rakoczy bis in den Monat Juli in Erlau, wo er, wie er meldet [3]), seine Armee versammelt hatte, neu bekleidet, stattlich anzusehen. „Ihr Renommée, sagt er, schwellte um so mehr das Herz der Nation, da die Feinde sich gar nicht rührten. Nach Starhembergs Entsendung nach Spanien hatte der Kaiser Joseph den alten Feldmarschall Heister wieder berufen. Aber es fehlte an genügenden Truppen und an Geld. Die geringe Mannschaft lag in der Schütt, unfähig zu einer nachdrücklichen Offensive". Bei dieser Lage der Dinge machte, wie Franz Rakoczy erzählt, Bercseny im Namen der Officiere, die an der Waag standen, dem Rakoczy den Vorwurf: es scheine, daß er Verräther um sich habe; denn er liefere Schlachten, wenn der Feind stark sei, liege dagegen der Jagd ob, wo der Feind nicht wage aus der Schütt hervor zu kommen [4]). Rakoczy ließ sich dadurch bewegen zu marschiren, zuerst nach Neuhäusel. Dort warf man ihm abermals vor, daß er den Einflüsterungen der Franzosen folge, deren Interesse es sei, daß der Krieg niemals ein Ende

[1]) Die Berichte des englischen Gesandten Meadows im Archivum Rakoczyanum, II O., III K., p. 380 sqq.

[2]) A. a. O. p. 384, 386.

[3]) Mémoires du prince François Rakoczy p. 128.

[4]) A. a. O.



nehme. Er rückte weiter vor auf die Waag. Sein Plan war auf die Festung Leopoldstadt gerichtet; jedoch abermals ward er wider seine eigene Neigung, wie er erzählt, bewogen gegen Trentschin zu marschiren, Ende Juli. Der Engländer Meadows in Wien meldet, daß dann das Feuer der Verwüstung schwer über die armen Schlesier gekommen sei [1]).

Am 27. Juli brach jedoch auch Heister aus der Schütt nordwärts auf. Er hatte 7000 Mann, die Armee des Rakoczy ward auf 22,000 angegeben [2]). Er ereilte sie bei Trentschin, am 3. August.

Franz Rakoczy, der in seinen Denkwürdigkeiten die wichtigen Verhandlungen seines Agenten Vetes in Frankreich nicht erwähnt, erzählt wie den Feldzug, so auch das Treffen von Trentschin in ausführlicher Weise. „Niemals, sagt er endlich selber, war eine Niederlage schmählicher und erbärmlicher, sowohl an sich wie durch ihre Folgen." Nach den Berichten von kaiserlicher Seite verloren die Schaaren des Franz Rakoczy 6000 an Todten, 400 an Gefangenen, und das gesammte Geschütz, während ihr eigener Verlust 200 Mann an Todten und Verwundeten betragen habe [3]). — Rakoczy gibt keine Zahlen an.

Eine englische Zeitung jener Tage schildert die Kriegführung der Schaaren des Franz Rakoczy mit den Worten: „Diese angeblichen Patrioten sind kühn wie die Löwen und ebenso unerbittlich, so lange es sich darum handelt zu verwüsten, zu brennen, ihre Landsleute zu überfallen und nieder zu schlachten; aber sie laufen davon wie die Kinder, sobald eine schwächere Anzahl kaiserlicher Truppen ihnen entgegen tritt. Das sind keine genügenden Beweise für die Güte einer Sache, welche sie selber diejenige der Freiheit nennen" [4]).

Der Kriegführung von der einen Seite mochte freilich auch diejenige von der anderen entsprechen. Der Feldmarschall Heister glaubte bemerkt zu haben, daß die größte Gefahr für das Land unter seiner Obhut von den kleinen Streifschaaren drohe, welche leichter durch die Linien brachen als eine größere Anzahl. Er befahl daher, daß, wo die

---

1) Bericht vom 4. August, p. 393.

2) Nach dem Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 45 die Kaiserlichen 6000 Mann Infanterie und 1400 Mann Cavallerie, die Rebellen 22,000 Mann.

3) Der Bericht des Meadows vom 8. August, p. 394. — Dieselben Zahlen auch im Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 46.

4) Daily Courant, 7th January 1709.



kaiserlichen Truppen eine Streifschaar unter hundert Mann gefangen nehme, jedem der Gefangenen die rechte Hand abgehauen werden solle, zur Abschreckung von solchen Excursionen [1]).

Die ganze Kriegführung charakterisirt sich in zwei beiderseitigen Erlässen. Der erste vom Feldmarschall Heister, vom 27. October, lautet: „Es wird den Rebellen kund gethan, daß, wenn sie in den Comitaten — es folgen sieben Namen — ferner noch ein einziges Haus anzuzünden wagen, nicht bloß die dreißig gestern gefangenen Rebellen, sondern alle, welche noch gefangen werden, weil sie nur als Räuber und Mordbrenner zu betrachten sind, ohne Gnade zum Feuer verwiesen und lebendig verbrannt werden sollen" [2]).

Von Seite Rakoczys ward darauf erwiedert: „Es wird den deutschen Verwüstern Ungarns kund gethan, daß, wenn sie ferner noch wagen, in den conföderirten Comitaten des Königreiches Ungarn — es folgen dieselben Namen — Raub, Brand, Kirchenplünderung, Gewalt gegen Frauen, Tortur der Männer vorzunehmen, dann nicht bloß die zwei- und dreimal dreißig letzthin beim Raube gefangenen Deutschen und Raizen, sondern Alle, welche noch gefangen werden, weil sie nur als Mordbrenner, Landverwüster, Frauen- und Heiligthumsschänder zu betrachten sind, ohne Gnade zum Feuer verwiesen, und mit der solchen Verbrechern gebührenden Strafe belegt werden sollen" [3]).

Die Folgen dieses nunmehr fünfjährigen Krieges lagen in schrecklicher Weise vor Augen. „Dieser Krieg, sagte damals der Venetianer Dolfin, der zum größeren Theile auf Kosten ungarischen Blutes und mit vieler Wuth geführt worden ist, hat das Königreich so verwüstet, daß ein halbes Jahrhundert erforderlich sein wird, es wieder zur früheren Blüthe zu bringen." — „Das Volk freilich, meint er, des Jammers müde, würde den Frieden vorziehen; aber die Häupter wollen in ihrem Privat-Interesse den Krieg und täuschen den großen Haufen mit dem süßen Namen der Freiheit, obwohl er eine ganz barbarische Sclaverei erleidet" [4]).

---

[1]) Bericht des Meadows vom 5. Mai, S. 375.

[2]) Archivum Rakoczianum I. O., VI. K., p. 151.

[3]) A. a. O.

[4]) Fontes rerum Austr. t. XXII, p. 17.



Für Viele jedoch löste sich in Folge der Schlacht von Trentschin dieser Druck. In seinem späteren Ueberblick über die Lage der Dinge in den nächsten Monaten sagt Rakoczy: „Heisters Angriff auf Neuhäusel schlug fehl. Die Jahreszeit war vorgerückt. Die dänischen Truppen, die aus Bayern zur Hülfe heran gezogen waren, litten durch Krankheiten. Meine Truppen in Nieder-Ungarn, unter dem Commando von Anton Esterhazy, setzten noch immer ihre Ausritte nach Oesterreich und Steiermark hinein fort. Unsere Angelegenheiten standen daher nicht hülflos, wenn nicht eine Art Schwindel sich der ganzen Nation bemächtigt hätte. Magnaten, Edelleute, Officiere, Soldaten dachten nicht mehr an den Krieg, sondern nur noch ihre Habe, ihre Frauen, ihre Kinder zu retten" [1]).

Der Uebertritt war freilich nur denen möglich, die sich innerhalb der Machtsphäre kaiserlicher Truppen befanden. Rakoczy dagegen versammelte seinen Senat und die Deputirten der Comitate seines Machtbereiches in Szecsin [2]). Dort wurden die Beschlüsse erneuert, daß die Freiheit nur durch die Gewalt der Waffen wieder zu erringen und die Abtrünnigen mit dem Tode zu bestrafen seien. Diese Beschlüsse ließ Rakoczy durch Circulare allenthalben kund machen. Das Schicksal des Todesurtheils traf binnen kurzer Zeit mehrere höhere Officiere, die ihren Frieden mit den Kaiserlichen gemacht hatten, und dann gefangen waren: Ozkay, Bezeredy, Segedy; dieser letztere wurde jedoch begnadigt [3]).

Einem anderen hervorragenden Ungarn gelang es sich zu retten. Es war Paul Okolicsany, der in den ersten Jahren für die Vermittelung gedient, Vater des Unglücklichen, den Bercseny im Landtage von Onod erschlagen hatte. Auch dieser Paul Okolicsany befand sich unter den Edelleuten des Comitates Turosz, welche Rakoczy nach dem Landtage von Onod einkerkern ließ, und wiederholt hatte das Gerücht auch seine Hinrichtung gemeldet. Aber im Beginne des Jahres 1709 ward er, nach geleistetem Eide nicht zum Kaiser zurückzukehren und gegen Caution, der Haft entlassen. Er betrachtete diesen Eid als

---

1) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 135.
2) Bericht des Meadows vom 8. September, S. 398.
3) A. a. O. vom 20. Februar, S. 429.

erzwungen, ließ die Caution fahren und entfloh nach Wien, um dort um Gnade zu bitten. Sie ward ihm zu Theil[1]).

Neue Versuche Franz Rakoczys.

Jene Beschlüsse des Ausharrens in den Waffen wurden von Rakoczy gefaßt vor dem Einlaufe der Meldungen von Vetes aus Paris, daß weder auf ein Bündnis, noch auf fernere regelmäßige Zahlung von dort her zu rechnen sei, mit seiner entsprechenden Bitte, einen Ausgleich mit dem Kaiser zu suchen. Diese Briefe gelangten erst am 20. October nach Szathmar in die Hände von Franz Rakoczy. Seine Antwort erwähnte der Bitte nicht. „Das Unglück dieses Feldzuges, sagte er, rechne ich für nichts; aber, weil ich aus Ihren Briefen ersehe, daß die Minister des französischen Hofes die Dienste, welche ich dem Könige zu leisten strebe, in solcher Weise gering schätzen, so werde ich meine Maßregeln treffen gegen alles, was mir begegnen könnte"[2]).

Diese Maßregeln, wie Franz Rakoczy sie benannte, waren theils schon getroffen, theils in Vorbereitung. Er war in Betreff der Mächte, an die er sich bereits gewendet, oder noch wenden wollte, nicht wählerisch, wenn sie nur sich verwenden ließen gegen den Kaiser. Es waren der Czar Peter I., der Papst Clemens XI., die Türken, der König von Preußen, und vermittelst desselben die Seemächte.

Die Gunst des Czaren Peter verdankte Franz Rakoczy, wie wir nachher bestimmter ersehen werden, der Hoffnung des Czaren dadurch die Geneigtheit Ludwigs XIV. und die Vermittelung desselben zum Frieden mit Carl XII. zu erlangen. Auch als diese letztere Hoffnung im Jahre 1708 nicht in Erfüllung ging, ließ dennoch der Czar Peter, gemäß dem Berichte Rakoczys, ihn noch einen Monat nach Trentschin seiner Gunst versichern, so wie seiner Absicht an dem Vertrage von Warschau von 1707 festzuhalten, also Franz Rakoczy zum Könige von Polen zu machen[3]). Diese Hoffnung war freilich für Franz Rakoczy sehr in die Ferne gerückt durch die bestimmte Erklärung Ludwigs XIV. an den Agenten Vetes, daß er niemals dazu seine

[1]) Bericht des Meadows vom 20. Februar, S. 429.
[2]) Fiedler Bd. I, S. 326.
[3]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 135.

Einwilligung geben und sich nicht den Zorn Carls XII. zuziehen wolle[1]). — Aber Rakoczy gab darum dies Trachten nicht auf, sondern that neue Schritte in dieser Richtung. So meldet nämlich der Engländer Meadows aus Wien, am 1. December, mit den Worten: „Ich erfahre so eben, daß der Fürst Rakoczy sich in Polen befindet, und dort sich bemüht den Adel für seine Wahl zum Könige von Polen zu gewinnen. Er bedient sich zu diesem Zwecke der Intriguen seiner Freundin, der Frau des Kron-Generals, deren Einfluß sich weit erstreckt; aber er rechnet hauptsächlich auf die großen Reichthümer, welche er in Ungarn gesammelt hat, und deren die Polen sehr bedürftig sind" [2]).

Der Bericht ist nicht ohne Bedenken, weil diese Elisabeth Siniawska im Jahre zuvor dem Rakoczy von dem Trachten nach der polnischen Krone abgerathen hatte. Indessen waren die Umstände verändert. Auch in einem späteren Berichte kommt Meadows auf die Verbindung des Rakoczy mit der Familie Siniawski und deren Einfluß in Polen zurück[3]). Auch Rakoczy selber habe dort großen Einfluß, sagt er, durch die ausgedehnten Besitzungen, die er von der Witwe Sobieska gekauft habe. Mit welchem Gelde diese Güter bezahlt waren, mochte allerdings dieser Engländer, der, wie durchweg seine Landsleute, für die Beziehungen des Franz Rakoczy zu Ludwig XIV. keine Augen hatte, nicht ahnen.

Ferner wandte Rakoczy, bei der Andauer der Differenzen zwischen Papst und Kaiser, seine Augen auf Rom, und schickte dahin als seinen Agenten den Weltpriester Brenner, der ihm zuvor in Polen gedient, einen Mann, dessen Seele erfüllt war von glühendem Hasse gegen das Haus Habsburg. Wenn der französische Plan einer italienischen Liga gegen Oesterreich zu Stande kam, so war Rakoczy bereit in dieselbe einzutreten, und hoffte dann mit päpstlichem und italienischem Gelde die Kroaten insurgiren zu können. Er versprach zugleich dem Papste, wie der Bericht Clements meldet, Wunderdinge zu verrichten für die Austilgung der Protestanten in Ungarn und Siebenbürgen. — So Clement. Er fügt jedoch seinem Berichte hinzu,

[1]) Fiedler Bd. I, S. 29.
[2]) Bericht des Meadows p. 412.
[3]) A. a. O. p. 417.

daß diese Unterhandlungen in Rom und Venedig niemals zu seiner vollen Kunde gekommen seien[1]). Gewis sei ihm die Thatsache der Anwesenheit Brenners in Rom und der guten Aufnahme desselben bei dem Papste Clemens XI.

Jedenfalls sagt der Bericht nur, was Rakoczy oder in seinem Namen der Weltpriester Brenner geplant, nicht was der Papst Clemens XI. darauf geantwortet habe. Der Papst hatte in zahlreichen Breven die ungarischen Unruhen beklagt, die Auflehnung gegen den rechtmäßigen König misbilligt. Er hatte, wie wir gesehen (Band XII, S. 482), namentlich in scharfer und nachdrücklicher Weise die Beschlüsse des blutigen Landtages von Onod gerügt, und allen geistlichen Personen Ungarns, die in irgend einer Weise an der Aufrichtung eines neuen Königs sich betheiligen würden, die kanonischen Strafen gegen ungehorsame Priester in Aussicht gestellt. In diesem Verhalten blieb Clemens XI. sich völlig gleich. Er sprach sich, wie nach Onod, so auch im August 1709 in einem Breve an den Cardinal von Sachsen-Zeiz scharf tadelnd über diejenigen Geistlichen in Ungarn aus, die an dem Aufstande sich betheiligt[2]). Es ist daher schwer zu glauben, daß er den Anträgen Brenners im Auftrage Rakoczys irgend welches Gehör geschenkt habe.

Welche Plane indessen auch immer Franz Rakoczy in Rom verfolgt haben mag, sie zergingen mit dem Friedensschlusse zwischen Papst und Kaiser, im Januar 1709.

Ferner entsendete Rakoczy, im Winter 1708/9, neue Boten nach Constantinopel. Aber die Regierung dort war in den Händen desselben Großwesirs, der früher dem Pascha Ibrahim von Belgrad geschrieben: er gestatte dem Franz Rakoczy Hülfe zu leisten, so jedoch daß diese Hülfe nicht als ein Einbruch in den Frieden von Carlowitz angesehen werden könne[3]). Demnach hatte Franz Rakoczy von dort her keine Aussicht auf nachhaltige Hülfe.

Endlich hoffte Rakoczy auf den König von Preußen und, vermittelst desselben, auf die Seemächte.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 4: Ces négotiations ne sont jamais venues clairement à ma connaissance.

[2]) Clementis XI. epistolae t. I., p. 560.

[3]) Correspondance du marquis de Ferriol p. 353, 364.



Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt zu beobachten, daß man in Berlin von Anfang an auf die Thätigkeit Franz Rakoczys mit Wohlwollen blickte (Band XI, S. 58). Im Beginne des Jahres 1706 führte dies Wohlwollen, in welchem Ludwig XIV. und Friedrich I. sich begegneten, zu französischen Angeboten in Berlin, bis die Schlacht von Ramillies die bereits angeknüpften Fäden zerschnitt (Band XII, S. 49).

Das Wohlwollen jedoch in Berlin für Franz Rakoczy blieb, und scheint, wie die Folgezeit beweist, auch durch die Nachricht des blutigen Landtages von Onod nicht geschwächt worden zu sein.

Im Jahre 1708 ließ Franz Rakoczy dem Könige Friedrich I. in Berlin melden, daß er in Mähren, Schlesien und selbst in Böhmen Einverständnisse habe, daß er seinen Marsch auf die Grenzen jener zwei ersten Länder richte, und die geeigneten Proclamationen bei sich führe, dort einen Aufstand hervorzurufen. Der Berliner Hof behielt sich seine Entschlüsse bevor [1]).

Statt der Insurgirung jener Länder erfolgte jedoch die Zertrümmerung der Rakoczy'schen Armee der Freiheit bei Trentschin. Die Nachricht ward am Berliner Hofe mit Bestürzung vernommen. Friedrich I. ließ durch den Agenten des Rakoczy in Berlin, Clement, jenem den Rath ertheilen: er möge sich für bessere Zeiten sparen und zu diesem Zwecke die Vermittelung der Seemächte anrufen, die noch fortbestehe.

Dieser Gedanke des Fortbestehens der Vermittelung mochte allerdings einem Manne wie Franz Rakoczy, der wiederholt vor Ludwig XIV. und dessen Ministern als sein Verdienst um Frankreich geltend gemacht, daß er jene Unterhandlungen von 1706 abgebrochen habe, aus sich etwas fern liegen. Aber dann fand der Rath bei ihm willige Ohren. Er ließ durch Marlborough an die Königin ein Schreiben gelangen, in welchem er die Anklage erhob, daß die Unterhandlungen bisher durch nichts so sehr verzögert worden seien, als durch das Trachten des Kaisers, der so feierlich angenommenen Vermittelung der Königin zu entkommen. Er bat daher die Königin, ihre wohlwollende Gesinnung aufs neue zu bethätigen [2]).

---

[1]) Bericht Clements, bei Fiedler Bd. II, S. 3.
[2]) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 406.



Daß dieses Schreiben, vom 17. October, sofort einen Erfolg haben würde, mögen weder die Förderer Rakoczys in Berlin, noch er selber sich gedacht haben. Aber zunächst war dadurch die Sache wieder angeregt, und die Einleitung zu Schritten getroffen, die wir im nächsten Jahre kennen lernen werden.

Zur selben Zeit, im Herbste 1708, wo Rakoczy nach den verschiedenen Seiten hin in dieser Weise sich bemühte, ließ er in Wien einen Antrag auf Waffenstillstand stellen. Zu diesem Zwecke entließ er einen Gefangenen, den Protonotar Tolvay, nach Wien. Vor seinem Aufbruche trugen Rakoczy und Bercseny ihm auf, dem Kaiser ihren Wunsch nach Frieden und zunächst nach einem Waffenstillstande auszusprechen, während dessen man den Frieden verhandeln könne. Im Beginne des Monats November traf dieser Tolvay in Wien ein, und fortan wurde dort vielfach erwogen, ob der Antrag ernstlich und aufrichtig gemeint, und ob Rakoczy zu einem Frieden zu bringen sei ohne Vermittelung und die Garantie der Seemächte. Dies verneinten auch diejenigen Ungarn, welche in den letzten Monaten die Gnade des Kaisers gesucht hatten. Der Waffenstillstand war thatsächlich da wegen des Winters; aber die Unterhandlung zog sich Monate hindurch. Der Feldmarschall Heister stimmte gegen jeden Vertrag, weil die Waffen schneller zum Ziele führen würden als eine Unterhandlung[1]). Es kam nicht zu einem Abschlusse, weil im März des nächsten Jahres der Kaiser alle Verhandlung abbrach.

Carl XII. und Peter I.

Die Besorgnis, die man in Westeuropa im Jahre 1707 hatte hegen müssen, daß durch einen unberechenbaren Entschluß des jungen Schwedenkönigs die Flammen der zwei großen Kriege in einander schlagen würden, legte sich in dem Maße, wie Carl XII. sich ostwärts entfernte. Um so mehr stieg die Furcht des Czaren Peter vor dem grimmigen Gegner. Demgemäß suchte er durch Mittel sehr verschiedener Art die drohende Gefahr abzuwenden.

---

[1]) Eine lange Reihe von Berichten des englischen Gesandten Meadows, im Archivum Rakoczianum, II. O., III. K., p. 408 sqq.



Im Beginne des Jahres suchte der Czar Peter I. seinerseits Anlehnung an die große Allianz. Wir haben vernommen, daß er, im Januar, dem Kaiser durch seinen Gesandten Urbich den Beitritt zur großen Allianz antragen ließ, und daß man in Wien auswich. Zur Zeit der Conferenzen im Haag, im April, erschien auch Urbich dort, und brachte im Vereine mit dem russischen Gesandten in England, Matueof, jenen Antrag vor. Auch dort fiel der Beschluß dahin aus, auszuweichen, bis man sehe, welchen Verlauf der Krieg zwischen Carl XII. und Peter I. nehmen werde [1]).

Zugleich ließ Peter I., wie im Jahre zuvor, in Versailles Schritte thun, um die Friedensvermittelung Ludwigs XIV. bei Carl XII. zu erlangen. Diese Hoffnung auf Frankreich war der hauptsächliche Beweggrund für die Gunst, welche der Czar dem Franz Rakoczy bewies; denn er meinte, bei dem Interesse, welches Ludwig XIV. daran nahm, den ungarischen Aufstand brennend zu erhalten, diesen König sich dadurch zu verpflichten [2]). Darum war sein Vertrag mit Rakoczy für den letzteren überaus günstig. Er nahm darin nur auf sich, in der nachdrücklichsten Weise bei Ludwig XIV. sich dafür zu verwenden, daß dieser die Friedensvermittelung zwischen dem Czaren und Carl XII. auf sich nehme. Wenn dies gelang und dadurch für den Czaren der Friede mit Carl XII. erlangt wurde, so verpflichtete sich der Czar, sofort mit dem Kaiser Joseph zu brechen und nicht eher Frieden zu schließen, als bis der Kurfürst Max Emanuel die Krone von Ungarn und Franz Rakoczy das Fürstenthum Siebenbürgen ruhig besitze.

Der Magyar Vetes, der im Namen Rakoczys diese Angelegenheit der Vermittelung in Versailles betrieb, erhielt zur Antwort, daß der König sich auf eine Vermittelung nicht einlassen könne, bis er der Einwilligung Carls XII. sicher sei [3]). Da Carl XII. sich im Jahre zuvor gegen jede Andeutung solcher Art ablehnend verhalten hatte, so war im Jahre 1708, bei seinem nunmehrigen Kriegszuge gegen den Czaren, noch geringere Aussicht auf eine geneigte Antwort.

---

1) Murray t. IV, p. 8.
2) Fiedler Bd. I, S. 27.
3) A. a. O., S. 88. Vom 26. März.

Diese gleichzeitigen und wenig zu vereinbarenden Schritte des Czaren Peter, einerseits bei der Allianz, andererseits bei Ludwig XIV., entstammen augenscheinlich demselben Motive, nämlich der Furcht, die auf irgend eine Weise den drohenden Angriff des mächtigen Schwedenkönigs ablenken möchte. Es war bekannt, daß Carl XII. mit dem Czaren Peter eben so zu verfahren gedachte wie mit August II. von Polen [1]). Auch mochte eine gewisse Aehnlichkeit der Verhältnisse darin zu liegen scheinen, daß, wie August II. sich nicht auf die Polen hatte verlassen können, der Czar Peter durch seine Neuerungen und durch die schonungslose Härte, mit welcher er dieselben durchführte, sich viele seiner Unterthanen entfremdet hatte, die nur einer günstigen Gelegenheit harren würden. Aber dagegen stand dann die Verschiedenheit des Charakters. August II. war geschmeidig wie ein Handschuh: der Czar Peter dagegen hatte, wie bei seinen Neuerungen, so bei jedem anderen Anlasse, sich an Willenskraft seinem Gegner Carl XII. ebenbürtig gezeigt, ohne an ähnlichen Auswüchsen dieser Willenskraft zu kranken.

Es kam nun darauf an, ob, im Jahre 1708 und ferner, Carl XII. vermögen würde, die Versäumnisse der letzten Jahre wieder einzubringen, Polen und Schweden zugleich, die in dieser Beziehung das gemeinsame Interesse hatten, wider die russische Expansivkraft zu schützen. Der Ausgang hat gezeigt, daß er dies nicht vermochte, und die nachfolgenden Zeiten haben von Jahrzehent zu Jahrzehent mehr zur Klarheit gebracht, daß jener Kampf zwischen dem Czaren Peter und Carl XII. ein welthistorischer war, von unabsehbarer Tragweite. Aber auch gleich damals wurden Erörterungen gepflogen, welche die möglichen Consequenzen jener Vorgänge für Europa ins Auge faßten, namentlich in Holland, in Anlaß des Antrages von Peter I. auf Eintritt in die große Allianz. Seit Narwa galten die Russen nicht bloß für undisciplinirt, sondern auch für feige. War es da zu rathen, fragte man, solche Schaaren unter disciplinirte Truppen aufzunehmen, unter denen sie Unordnung anrichten würden, wo sie aber andererseits die Gelegenheit erhielten sich zu discipliniren und an den Krieg zu gewöhnen? Die Gelegenheit sei gefährlich für Europa, meinte man,

[1]) Lamberty t. V, p. 180.



weil die Milde des westeuropäischen Klimas sie locken würde, mit ihrer überlegenen Menge den Westen zu überschwemmen und zu verzehren, wie einst zur Zeit des Moses die Heuschrecken in Aegypten gethan. Man warf die Frage auf, ob das Interesse der Seemächte England und Holland es gestatte, daß eine neue Seemacht an der Ostsee aufwachse, die eine Kriegsflotte schaffen und mit der Zeit die Herrschaft des Meeres dort anstreben werde. Man erörterte sogar die Frage, ob es correct gewesen sei, auf den holländischen Werften Russen zum Erlernen des Schiffsbaues zuzulassen [1]).

Es ist demgemäß anzunehmen, daß die Sympathien in Europa überwiegend auf Seiten Carls XII. waren. Wie geringen Anspruch auf Dank er bis dahin sich erworben, dem Czaren gegenüber mußte er den weiter Blickenden erscheinen als der Vertreter des Westens gegenüber dem Osten. Sein eigenes Verhalten in Sachsen hat uns gezeigt, daß bei ihm an der Aussicht auf seinen demnächstigen Sieg kein Zweifel sich regte, daß seine Sache gegen den Czaren ihm nur als eine Frage der Zeit erschien. Er führte eine Armee, an Qualität gleich und an Quantität nicht viel geringer als diejenige Marlboroughs in den Niederlanden. Wenn Carl XII. auch nicht hoffen durfte, nachdem er dem Czaren Peter eine Reihe von Jahren zur Disciplinirung und militärischen Schulung seiner Mannschaft Zeit gelassen, die Russen in dem Zustande zu finden, wie acht Jahre zuvor bei Narwa: so stand doch mit Gewißheit zu erwarten, daß bei gleichen Zahlen der Streitmächte die Russen den Schweden nicht Stand halten würden.

Aber es kamen doch auch noch andere Factoren in Betracht. Marlborough, bei seinem kurzen Aufenthalte in Alt-Ranstadt, hatte einer Heerschau der Schweden nicht beigewohnt. Sein Aufenthalt überhaupt war zu kurz gewesen, um ihm einen tieferen Einblick in die Organisation der schwedischen Armee zu gestatten. Dennoch hatte er eine besondere Wahrnehmung gemacht und aus derselben den Schluß gezogen, den er, wie wir gesehen (Band XII, S. 387), seinem Begleiter Robethon gegenüber in eine für Carl XII. Unheil verkündende Voraussagung kleidete. Er blieb bei dieser Ansicht auch gegenüber dem

[1]) Lamberty t. V, p. 167.



Prinzen Eugen, der sich wegen der Vorgänge des Jahres zuvor in heftiger Erregung wider den Schweden äußerte. „Wir können nichts Besseres thun, antwortete Marlborough, als ihn nach seinem Belieben wider Moskau agiren zu lassen. Er wird damit nie zum Ziele kommen und sich so zu Grunde richten, daß er dann nicht mehr im Stande sein wird etwas zu unternehmen und wir seiner los sein werden" [1]).

Die Worte klangen etwas anders als die Anrede Marlboroughs an Carl XII. im Lager von Alt-Ranstadt im Jahre zuvor. Aber Carl XII. vernahm sie nicht, oder wenn er ähnliche vernahm von der Art etwa, wie Marlborough sie nach seinem Ueberblicke des schwedischen Lagers damals an Robethon gerichtet: so bewies ihm ja seine bisherige Erfahrung, daß für ihn der Sieg nicht sich band an einen solchen Apparat. Die Kriegsweise des Czaren Peter gegenüber Carl XII. dagegen thut dar, daß sie den Mangel dieses Apparates, namentlich der Magazine, zur Voraussetzung nahm, daß sie darauf berechnet war, diesen Mangel zum Verderben der Schweden zu wenden.

Es würde zu weit führen, in die Einzelnheiten dieses Krieges einzugehen. Es kommt nur darauf an, die hauptsächlichen Momente festzustellen.

Die Russen in Polen, vor den Schweden überall zurückweichend, ließen hinter sich, wo möglich, eine Wüste. Die schwedische Armee überwand die Beschwerden und Entbehrungen ihres Vordringens, und traf, zu Ende März, in der Umgegend von Minsk ein. Dort verweilte sie dreizehn Wochen. Der lange Aufenthalt an sich selber thut dar, daß Carl XII. über seine weiteren Schritte unschlüssig war. Er sandte Befehl an den General Lewenhaupt, der mit einer beträchtlichen Armee in Kurland stand, mit dieser Mannschaft und mit Vorräthen zu ihm zu stoßen.

Wenn dies geschah und dann Carl XII. direct auf sein Ziel losging, so war, nach der Ansicht eines Augenzeugen in der Umgebung des Czaren, für diesen alles zu fürchten [2]). Allein eben damals über-

---

1) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 340.

2) Vgl. Herrmann, Geschichte des russischen Staates Bd. IV, S. 238.



wog in der Seele Carls XII. der Rath des alten Kosaken-Hetmanns Mazeppa, der ihm vorspiegelte, daß die Kosaken sich zu seinen Gunsten wider den Czaren erheben würden, und zu diesem Zwecke ihn aufforderte, sich rechts ab nach der Ukraine zu wenden. Der Graf Piper machte dagegen dringende Vorstellungen geltend. Er bat, daß der König den General Lewenhaupt erwarte oder ihm entgegen gehe. Durch diesen verstärkt, werde der König Herr seiner Entschlüsse sein. Durch den Abmarsch nach der Ukraine setze Carl XII. das Corps des Generals Lewenhaupt der Gefahr aus, von der Uebermacht erdrückt zu werden, so wie seine eigene Armee derjenigen des Mangels und der Entbehrung. Zugleich wies Piper hin auf die nicht willige Stimmung der Armee [1]).

Bei Carl XII. verhallten diese Gründe. Er entsandte an Lewenhaupt den Befehl seinen Marsch zu ihm zu beschleunigen, brach aber selbst an der russischen Grenze, unweit Smolensk, südwärts nach der Ukraine auf, im September. Mazeppa war Rebell gegen Peter I., handelte aber dennoch, indem er Carl XII. zu diesem Zuge verleitete, durchaus im Interesse des Czaren. Denn von allen den Vorspiegelungen, die er Carl XII. zu diesem Zwecke gemacht, bewährte sich nachher keine einzige. Dagegen erfüllte sich bald die Besorgnis, die man für Lewenhaupt hegen mußte. Der Czar warf sich mit mehr als doppelt überlegener Macht bei Liesna auf ihn, am 28. September/9. October. Lewenhaupt büßte alle seine Vorräthe und die Hälfte seiner Mannschaft ein; mit dem Ueberreste, 6000 Mann, erreichte er Carl XII. in der Ukraine.

Im Tagebuche des Czaren Peter heißt es: „Die Schlacht von Liesna ist der wahre Grund aller nachfolgenden glücklichen Ereignisse für Rußland und unsere erste Probe in der Kriegeskunst: sie ist die Mutter des um neun Monate später errungenen Sieges von Pultawa."

Die Bemühungen Mazeppas dagegen, die Kosaken gegen den Czaren und zu Gunsten Carls XII. in Aufstand zu bringen, mislangen völlig. Er hatte dem Schweden 30,000 Mann in Aussicht gestellt. In der Wirklichkeit folgten ihm nur diejenigen, über die er

[1]) Nordberg Bd. II, S. 88.



unmittelbar verfügte, 40 bis 50 Personen. Mit diesen traf er am 4. November im Lager Carls XII. ein, nicht mehr als Hetmann der Kosaken, sondern als Flüchtling, und brachte eben darum für Carl XII. nicht eine Willigkeit, eine Freundschaft der Kosaken mit, sondern ihre Abneigung, ihre Feindschaft.

Verwickelung des Kaisers mit dem Papste Clemens XI.

Der Papst Clemens XI. hatte sich im Jahre 1707 in den Durchmarsch der kaiserlichen Truppen nach Neapel gefügt, jedoch widerstrebend. Mehr noch erregte ihn dann eine andere Angelegenheit. Es war der Wille des Kaisers, nach der Vertreibung der Franzosen aus Italien die alten Rechte des Reiches dort geltend zu machen, demnach von den Ländern, die als Reichslehen betrachtet wurden, Beiträge zum Reichskriege wider Frankreich einzufordern. Bereits am 14. December 1706 schloß der Marquis Prié als kaiserlicher Bevollmächtigter darüber einen Vertrag mit dem Herzoge von Parma und Piacenza, so wie den Deputirten der Städte dieses Landes. Aber Clemens XI. verneinte, daß Parma und Piacenza Reichslehen seien, beanspruchte sie vielmehr als Lehen des päpstlichen Stuhles. Ganz besonders erregte seinen Unmuth ein Artikel des Vertrages, durch welchen die Geistlichkeit zu Beiträgen herangezogen wurde, fast einem Viertel der ganzen Summe.

Nachdem Clemens XI. verschiedentlich im Stillen versucht hatte, diesen Vertrag rückgängig zu machen, trat er direct und öffentlich dagegen auf, am 27. Juli 1707. Er erklärte den Vertrag vom 14. December des Jahres zuvor für nichtig. Er ging weiter. Er sprach über diejenigen, die sich an dem Vertrage und der Ausführung desselben betheiligt, die Excommunication aus.

Wenige Wochen später erfolgte der Vertrag von Alt-Ranstadt mit Carl XII. über die Einräumung von Kirchen in Schlesien an die Lutheraner, die Abmahnung des Papstes an Joseph I. gegen diesen Vertrag und die Vertheidigung des Kaisers (Band XII, S. 442). Die Stimmung beiderseits konnte durch diesen Schriftenwechsel nicht freundlicher werden.

Namentlich aber wegen jener Androhung der Excommunication gerieth man auf kaiserlicher Seite in heftige Erregung. Joseph I. forderte von dem Statthalter Carls III. in Neapel, dem Cardinal Grimani, so wie von Moles in Barcelona, und von Anderen ihr Gutachten über diese Excommunication. Nachdrücklich sprach sich namentlich aus der Prinz Eugen. „Unter solchen Umständen, meinte er, werde es alleweg nöthig sein, eine scharfe Resolution zu fassen, und Sr. Heiligkeit keineswegs zu gestatten, daß Sie sich in die weltlichen Angelegenheiten so weit einmische" [1]). Er hob hervor, daß sich der Papst gegen den Herzog von Anjou (Philipp V.) ganz anders benehme.

Der Schriftenwechsel wurde heftiger. Auf die Nachricht, daß von kaiserlicher Seite beabsichtigt werde, die Armee in den Kirchenstaat einzulegen, richtete Clemens XI. an den Kaiser eine nachdrückliche Beschwerde. Er würde, sagte er, ein solches Vorgehen betrachten als einen offenen Angriff auf seine Jurisdiction, so wie auf die Immunität, deren vor Anderen sich die Unterthanen des heil. Stuhles erfreuen müßten [2]).

Es traten noch andere Factoren hinzu. Der Herzog Rainald von Modena, dessen Frau eine Schwester der Kaiserin Amalie war, erhob Klage vor dem Kaiser, daß der päpstliche Stuhl dem Hause Este das Herzogthum Ferrara im Jahre 1597 weggenommen habe und widerrechtlich besitze. Der erste Minister in Wien, Fürst Salm, nahm sich dieser Sache an. Andere waren sehr dagegen. Dies berührt die inneren Differenzen des kaiserlichen Hofes, dessen verworrenen Zustand damals der Prinz Eugen dem Könige Carl III. in starken Ausdrücken schildert [3]). Wie der Prinz Eugen, so war auch der Graf Wratislaw dem Treiben des Fürsten Salm entschieden abgeneigt. Er hatte, wie jener, dafür gestimmt, daß dem Papste Clemens XI. ein Schrecken eingejagt werde. „Aber in dieser Sache, schreibt er dem Könige Carl III., kann ich nicht mitthun; denn wir attaquiren ein

---

[1]) Bericht des Prinzen Eugen vom 20. October 1707. Abgedruckt in Feldzüge des Prinzen Eugen Bd. IX, Supplementheft, S. 198.

[2]) Vom 5. November. Romana des k. k. Archivs. — Clementis XI. epistolae t. I, p. 409.

[3]) Das Schreiben vom 7. März bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 462.

Land, welches die Kirche seit mehr als hundert Jahren für ihr Patrimonium hält" [1]).

Bereits am 31. März ermächtigte der Kaiser zum Einrücken in Ferrara und zur Besetzung von Comacchio. In dem Handschreiben heißt es: „Man hat also auf den Widerspruch des Papstes nicht zu attendiren: viel weniger soll Jemand die Absolution von der vermeinten Excommunication begehren, weil dadurch dieselbe gleichsam anerkannt würde" [2]). — Im Mai rückten kaiserliche Truppen in das Herzogthum Ferrara ein. Andererseits suchte der Cardinal-Legat Casoni sich in Vertheidigungsstand zu stellen.

Von französischer Seite schürte man mit großem Eifer. Es schien sich die Aussicht auf die Verwirklichung des Planes zu bieten, den der Marschall Tessé schon im Jahre 1701 durchzuführen gestrebt hatte, der Bildung einer italienischen Liga mit dem Papste als Oberhaupte, die, wie im Jahre 1708 die Dinge lagen, folgerecht gegen das Ueberwachsen der kaiserlichen Macht in Italien stehen würde. Tessé verfaßte zu diesem Zwecke eine Denkschrift. Ludwig XIV. gab ihr seine Zustimmung [3]). Aber bei aller geringen Neigung, welche außer dem Papste auch die Republik Venedig, die Republik Genua, der Herzog von Parma, der Großherzog von Toscana der kaiserlichen Macht entgegen trugen, war es doch von Anfang an sehr zweifelhaft, ob sie sich derselben auf eigene Gefahr, ohne nachhaltige Unterstützung Frankreichs, bloß stellen würden. An Worten allerdings war von Versailles und Madrid her in Rom kein Mangel [4]).

Der Papst Clemens XI. für sich schien entschlossen zur Gegenwehr. Auf den Einmarsch in Ferrara erließ er, am 2. Juni, ein in starken Ausdrücken abgefaßtes Breve an den Kaiser. Ein solches Verfahren, sagt er darin, sei wider alles Recht und alle Billigkeit, wider die Ehrfurcht, die dem heiligen Stuhle gebühre, wider göttliche und menschliche Gesetze, wider den Titel des Schirmvogtes der Kirche, dessen sich die Vorfahren des Kaisers mit Recht gerühmt. Der Papst

---

1) Wratislaw an Carl III., 2. August.

2) K. k. Archiv, Romana 1708.

3) Mémoires de Tessé t. II, p. 276.

4) Noorden Bd. III, S. 329 u. f. hat eine Reihe von Auszügen aus der betreffenden Correspondenz.

versichert, daß er, eingedenk seiner Pflicht, alle kirchlichen und weltlichen Waffen zur Vertheidigung aufbieten werde. — Wie an den Kaiser, so wandte sich der Papst mit denselben Klagen und Bitten auch an die jenem nahestehenden Persönlichkeiten: an die Kaiserin-Witwe Eleonora, an die Kaiserin Amalie, an den Beichtvater Bischoff, an den Fürsten Salm, ferner an die Kurfürsten von Mainz und Trier, an die Könige von Polen und Portugal [1]).

Die Mehrzahl dieser Schreiben bezweckte Abmahnungen an Joseph I.; aber zugleich auch ergingen, gemäß der Ankündigung am Schlusse des Breves an den Kaiser, die Hülferufe des Papstes an eine Reihe von Fürsten. Er wandte sich an Ludwig XIV., an Philipp V., an die anderen Mächte in Italien, an die katholischen Schweizer. Von den letzteren namentlich verlangte er einen Zuzug von 6000 Mann [2]).

Einstweilen jedoch war eine solche Hülfe nicht zur Stelle, und die Kaiserlichen drangen vor. Joseph I. ließ auf das Breve des Papstes vom 2. Juni antworten durch ein Manifest vom 23. Juni, welches den Hergang der Dinge in der Auffassung der kaiserlichen Politik berichtet, und die Anklage dem Papste zurückgibt: nicht eine Vertheidigung bezwecke der Papst durch seine Schriften, sondern eine Usurpation der Rechte des Reiches auf Parma und Piacenza. „Nicht ohne das tiefste Leidwesen, sagt ferner das Manifest, sind wir gezwungen zu sagen, daß die Räthe des römischen Stuhles, sei es auf fremden Antrieb, sei es in der Hoffnung auf eigenen Vortheil, sich zu dem Wagnisse haben fortreißen lassen, zum Staunen der Welt und zum Aergernisse des christlichen Gemeinwesens, in weltlichen Angelegenheiten kirchliche Waffen zu verwenden“ [3]).

---

[1]) Clementis XI. epistolae t. I, p. 470 sqq. Einige dieser Schreiben auch in Lünigs Literae procerum t. III, p. 971. — Lamberty t. V, p. 86.

[2]) Schreiben des Nuntius in Madrid, vom Februar 1709, bei Lamberty t. V, p. 253.

[3]) Verum memorare nunc haud absque justo doloris sensu cogimur, Ministros Curiae Romanae, seu alieni instinctu genii, seu proprii qualiscumque emolumenti fiducia, eo abreptos esse, ut ausi fuerint, ad stuporem universi et cum Reipublicae christianae scandalo, saecularibus in rebus spiritualia arma intentare.

Ungeachtet dieser scharfen Anklagen überwog dennoch in Wien die Ansicht, daß es besser sein werde, nicht zum Aeußersten zu schreiten. Der Marquis Prié erhielt den Auftrag, dem Cardinal-Legaten Casoni in Ferrara Vorschläge zu einem Ausgleiche zu machen. Sie traten zusammen am 2. Juli. „Die Annahme dieser Vorschläge, schrieb ein Jahr später der Nuntius in Madrid an einen Minister Philipps V., hätte damals den Kirchenstaat bewahrt vor allen den Trübsalen und den schweren Kosten, die seitdem über uns gekommen sind; aber der heilige Vater verwarf sie, in der Hoffnung, daß die Sendung des Marschalls Tessé, welche der König von Frankreich ihm in Aussicht gestellt, die Lage der Dinge zu seinen Gunsten verändern werde" [1]).

Mit dieser späteren Ansicht des Nuntius in Madrid ist zu vergleichen diejenige des Botschafters Prié aus der Zeit seiner nachherigen Verhandlungen in Rom. „Nach dem Nicht-Eingehen des römischen Hofes auf die Erklärungen und Vorschläge, die ich dem Cardinal Casoni bei unserem Congresse in Ferrara machte, verwarf man allgemein die Führung dieses Hofes, und hielt die Entschlüsse Ew. kaiserlichen Majestät für gerechtfertigt" [2]).

Indessen dürfte es doch die Frage sein, ob nicht auch noch andere Factoren einwirkten, die Stellung des Papstes ungünstiger zu gestalten. Der Graf Wratislaw in Wien hatte, wie wir aus seiner Mittheilung an Carl III. vernommen haben, für seine Person dem Unternehmen auf Ferrara nicht beigestimmt. „Wenn nicht, schreibt er am 2. August, die Victoria in den Niederlanden erfolgt wäre, nämlich der Sieg von Oudenarde am 11. Juli — so weiß ich nicht, wie es uns in Italien ergangen wäre."

Wie der Tag von Oudenarde, der 11. Juli, die Aussichten für Clemens XI. auf eine französische Hülfe noch mehr verringerte: so mochte er damals, als er die kaiserlichen Vorschläge verwarf, im

[1]) Lamberty t. V, p. 255.

[2]) Aus dem Berichte Priés vom 26. November: Doppo tutte le proteste che V. M. haveva fatta fare dai suoi generali e poi da me si chiaramente e si positivamente al Cardinale Casoni nel congresso havuto a Ferrara, sopra il che si condanna universalmente la condotta di questa corte, e si rendono giustificate le determinazioni di V. M.

Beginne des Monates Juli, noch nicht wissen, daß bereits ein neues Gewitter gegen ihn im Anzuge war.

Am 8. Mai erhob der englische Staats-Secretär Boyle vor dem kaiserlichen Gesandten Gallas die Anklage: es seien der Königin sichere Nachrichten zugegangen, daß der Papst und der Großherzog von Toscana für das französische Project der Invasion in Schottland nicht bloß öffentliche Demonstrationen veranstaltet, sondern auch Geld beigesteuert hätten. Dies der Neutralität zuwider laufende Verfahren gebe Grund zu der Besorgnis, daß der päpstliche Stuhl auch ferner der Krone Frankreich Vorschub leisten wolle. Da nun Frankreich darauf ausgehe, vor der Welt den Krieg als einen Religionskrieg auszumalen, so habe die Königin sich entschlossen, bei Zeiten zuvorzukommen, und die Sache sowohl in Florenz, als namentlich in Rom, nachdrücklich zu ahnden, und ersuche den Kaiser um seine Mitwirkung. Einstweilen jedoch solle die Absicht noch ein Geheimnis bleiben [1]).

Die Sache ward wiederholt erörtert. Gallas suchte zu beschwichtigen. Am 22. Juni eröffnete Boyle, daß die Königin von dem Papste eine Satisfaction und Schadloshaltung fordern wolle für die Dienste, welche der Papst der Krone Frankreich in der schottischen Angelegenheit geleistet. Der Admiral Leake, als der Commandant der englischen Flotte im Mittelmeere, habe den Auftrag, von dem Papste 400,000 Thaler zu fordern. — Gallas erhob Einwände, welche beweisen, daß die Absicht der Königin weder ihm persönlich, noch, nach seiner Annahme, dem Kaiser willkommen sein konnte [2]).

In Betreff der Thatsache muß gleich hier bemerkt werden, daß Clemens XI. in den späteren Unterredungen mit dem Botschafter Prié anerkannte, Bittgänge für das Gelingen der Unternehmung des Ritters von St. Georg veranstaltet zu haben, jegliche Geldunterstützung verneinte.

Aber wir sehen hier, wie abermals der Glaube an eine Ehrlichkeit der Politik Ludwigs XIV. dem unglücklichen Papste Clemens XI. zum Nachtheile ausschlägt. Im Jahre 1701 hatte er sich bewegen lassen, dem Beispiele Ludwigs XIV. in der Anerkennung Jacobs III.

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 8. Mai.

[2]) Desgleichen vom 22. Juni.



zu folgen. Er hatte dann sich verleiten lassen, an eine besondere Uebereinkunft Ludwigs XIV. und Wilhelms III. zu glauben, und in diesem Glauben den Plan gefaßt, für die Herstellung des Friedens außerordentliche Nuntien auszusenden (Band IX, S. 351 u. f.). Indem er so den hohen Beruf des Papstes als des gemeinsamen Vaters der Christenheit und darum des Friedensvermittlers der Völker zu erfüllen vermeinte, hatte er gerade dadurch, bei der unvermeidlichen und nothwendigen Weigerung des Kaisers Leopold, einen solchen Nuntius anzunehmen, ihn verfehlt, nicht bloß für das eine Mal, sondern auch für die Folgezeit. Und nun, im Jahre 1708, hatte Clemens XI. abermals geglaubt an die Aufrichtigkeit des Unternehmens von Ludwig XIV. zu Gunsten des Ritters von St. Georg, und hatte in diesem Glauben Demonstrationen gemacht, welche der englischen Regierung die Handhabe boten, von ihm Satisfaction zu fordern. Und abermals noch wieder vertraute Clemens XI., sich der bedrängten Lage, in die er gerathen war, entwinden zu können mit der Hülfe des Königs von Frankreich. Denn er verwarf die Vorschläge, welche zu Anfang Juli in Ferrara der Marquis Prié dem Cardinal Casoni gemacht, in der Hoffnung auf die Hülfe, welche Ludwig XIV. ihm durch das Versprechen der Sendung des Marschalls Tessé in Aussicht gestellt [1]).

Jedoch muß bemerkt werden, daß das Cardinals-Collegium mit dem Papste ging. Es erließ an den Kaiser eine Vorstellung, vom 12. August [2]), in welcher hervorgehoben wurde, daß ein Schreiben des Kaisers Leopold an den Papst Innocenz XII., vom 14. December 1691, Parma und Piacenza als Lehen des päpstlichen Stuhles anerkenne. Weiter führt das Collegium Klage über das scharfe Manifest des Kaisers vom 23. Juni. „Wir Alle, sagt das Schreiben, haben es nicht anders lesen können als mit tiefem Herzeleid, und Einige von

[1]) So ausdrücklich der Nuntius Zondodari in dem Schreiben an Medina Celi, vom Februar 1709, bei Lamberty t. V, p. 255.

[2]) Dies Schriftstück findet sich im k. k. Archive, Romana, der Zweifel bei Noorden Bd. III, S. 337, N. 1 ist also nicht begründet. Dagegen habe ich das von ihm dort angezweifelte Breve vom 16. Juli auch im k. k. Archive nicht gefunden.

uns nur mit Thränen" [1]. Dem Papste dagegen gab das Cardinals-Collegium seine Zustimmung, den von Sixtus V. für dringende Nothfälle des päpstlichen Stuhles und der Freiheit der Kirche in der Engelsburg hinterlegten Schatz anzugreifen.

Clemens XI. machte seine Drohung zur Wahrheit. Er warb Soldaten an. Er gab den Oberbefehl einem General Marsigli, der einst nicht mit Ehren aus dem kaiserlichen Dienste geschieden war (Band X, S. 371). Aber der General Daun marschirte von Piemont heran, im August.

Inzwischen machte sich der Rückschlag von Oudenarde auf die französische Macht fühlbar. Ludwig XIV. konnte keine Truppen schicken, auch wenn er gewollt hätte. Aber auch nicht einmal die Werbungen von päpstlicher Seite in Avignon erhielten von ihm Vorschub. Der Marschall Tessé traf endlich als Botschafter in Rom ein, reich an Worten, aber allein und mit leeren Händen. Sein Project einer Liga war von vorne herein aussichtslos. Auch die katholischen Cantone der Schweiz entsprachen nicht den Wünschen des Papstes. Dort arbeitete der Graf Trautmannsdorf mit Geschick und Erfolg, die Werbungen zu vereiteln [2]. Von keiner Seite kam dem Papste eine Hülfe.

Anderseits jedoch erwuchsen für Clemens XI. günstige Factoren, wo er sie nicht gesucht hätte. Victor Amadeus von Savoyen war mit dem Kaiser der Ansicht, daß die günstige Gelegenheit benützt werden müsse, die Differenzen mit dem Papste vortheilhaft zu beenden; aber er erschrak bei der Nachricht der englischen Befehle an den Admiral Leake. Er wollte nicht, daß dem Oberhaupte der Kirche in solcher Weise ein Affront zugefügt werde, und sah die Absicht an als eine Frucht des Hasses der Engländer gegen die katholische Religion. Deshalb erhielten Maffei im Haag, Briançon in London, die Befehle, in geeigneter Weise entgegen zu wirken, der erstere auch bei Marlborough [3].

Im Haag bedurfte es keiner solchen Mahnung. Heinsius war mit einem Vorgehen Englands gegen den Papst gar nicht einverstanden,

---

[1]) Eum quidem libellum, Aug^{me} Caesar, non sine intimo cordis dolore omnes, aliqui etiam nostrum non sine lacrymis legere valuimus.

[2]) Rescripte des Kaisers an den Grafen Trautmannsdorf, vom 10. und 24. October, im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.

[3]) Victor Amadeus an Maffei, 26. Juni, im selben Archive.



und mit demjenigen des Kaisers nur halb. Er sagte dem kaiserlichen Gesandten: der holländische Admiral im Mittelmeere habe keinen Befehl, feindlich gegen den päpstlichen Hof zu agiren, und werde daher, im Falle eines solchen Vorgehens, sich von Leake absondern. Er habe jenen Auftrag an Leake zu spät erfahren. Wenn er rechtzeitige Kunde gehabt hätte, so würden die Generalstaaten alles aufgeboten haben, ihn zu hintertreiben [1]).

Es kam sogar dahin, daß im Haag Vorwürfe laut wurden: der Kaiser sei bereits zu weit gegangen. Gallas sah sich genöthigt von London aus dahin zu schreiben: „Ich bitte, daß doch hierin nicht abermals verfahren werde wie in der ungarischen Sache. Indem man damals dem Kaiser sofort Unrecht gab und nicht gestatten wollte, daß er von Anfang an rechtzeitig die erforderlichen Mittel anwandte, hat man ihm mehr Schaden zugefügt als der Gegner selbst." In der That aber war auch in Wien der Befehl an den Admiral Leake nicht mit Beifall vernommen. Gallas erhielt den Auftrag in London vorzustellen, daß die Flotte oder ein zulängliches Geschwader sich immerhin dem Hafen Civita Vecchia nähern möge, um Furcht einzuflößen, nicht jedoch um Thätlichkeiten vorzunehmen. Boyle erwiederte zustimmend. Die Königin, im Hinblicke zugleich auf die im Haag gefallenen Aeußerungen, ließ sagen: sie begriffe sehr wohl, daß man den Kaiser bei dem Unternehmen nicht tadeln, vielmehr mit allem Erforderlichen unterstützen müsse. Von der Forderung der 400,000 Thaler werde weiter keine Rede sein. Dagegen sei an den Admiral Leake der Befehl ergangen, ganz im Einverständnisse mit dem kaiserlichen Botschafter Prié zu handeln [2]).

Damit war dem Wunsche sowohl des Kaisers als des Herzogs Victor Amadeus willfahrt. Sie wollten keinen Bruch, sondern eine Unterhandlung unter dem Drucke der Waffen. Dieser Druck lastete schwer auf den päpstlichen Unterthanen, namentlich nachdem auch noch die Preußen in Italien herangezogen waren.

Es lastete auf ihnen der doppelte Druck der päpstlichen Heeresmacht, welche auf 25,000 Mann angegeben wurde, und derjenigen der

[1]) Bericht des Gesandten Heems, vom 1. September.
[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 30. October.



Truppen im kaiserlichen Dienste. Die Reden der letzteren gingen hoch daher: sie nahmen bereits eine Plünderung Roms in Aussicht. Demnach stieg das Schreckbild der Erneuerung der Ereignisse von 1529 empor. Die Stimmung der Bevölkerung wandte sich gegen den Papst, der die Ursache ihrer Leiden sein würde. Man fragte, ob sich der Papst zum Märtyrer Philipps V. machen wolle. Aber auch viele Cardinäle und hervorragende Theologen redeten zu Clemens XI. in ähnlichem Sinne [1]).

Gedrängt von dieser allgemeinen Stimmung entschloß sich der Papst, die angebotene Unterhandlung nicht mehr auszuschlagen. Zu Ende October fuhr der kaiserliche Botschafter Prié in Rom ein, begrüßt, wie er meldet, von dem Jubel des Volkes, das ihn den Boten des Friedens nannte, wie vorher Tessé denjenigen des Krieges [2]).

Allein damit war noch keineswegs der Friede hergestellt. Im kaiserlichen Rathe ward sogar die Frage erwogen, ob es zweckmäßig sei, um den Druck zu verschärfen, die kaiserliche Armee auf Rom marschiren zu lassen. Der Prinz Eugen, um sein Gutachten befragt, rieth ab. Er stellte nachdrücklich vor, daß der Papst nicht bloß ein souveräner Fürst, sondern auch das Haupt der gesammten Christenheit sei, und daß daher ein Marsch auf Rom als der äußerste Druck erst dann angewendet werden dürfe, wenn alle anderen Mittel fehl geschlagen [3]).

Zugleich mit dieser Abmahnung lief ein Bericht des Botschafters Prié in Wien ein, der mehr Hoffnung gab als die ersten. In dreistündiger Audienz hatte ihm der Papst eine Vertheidigung seines Pontificates entwickelt und, wie zu erwarten, den Nachdruck darauf gelegt, daß er in die französische Forderung, Philipp V. mit Neapel zu belehnen, nie gewilligt. In Betreff der Anklage von englischer Seite her betheuerte er, daß er dem Prinzen von Wales niemals eine andere Unterstützung habe zukommen lassen als diejenige seiner Gebete [4]).

---

1) Bericht des Nuntius Zondodari in Madrid, bei Lamberty t. V, p. 256.

2) Bericht Priés vom 4. November, in den Romanis des k. k. Archivs.

3) Bericht des Prinzen Eugen, vom 2. December.

4) Bericht Priés vom 26. November: Asseverò pure di non haver mai dato la minima assistenza al Prencipe di Galles, toltone quella delle sue orazioni.

Prié erhob fünf Forderungen: Entwaffnung der päpstlichen Truppen, Satisfaction für den Kaiser wegen einiger specieller Klagen, Anerkennung Carls III. auf gleichem Fuße mit Philipp V., Prüfung der Ansprüche auf Parma und Comacchio, Anerkennung des Ranges des römischen Kaisers vor dem Könige von Frankreich.

Der schwierigste dieser Punkte war der dritte, die Anerkennung Carls III. auf gleicher Stufe mit Philipp V. Konnte man von kaiserlicher Seite mit Recht sagen, daß die Anerkennung Philipps V. durch den Papst Clemens XI. der Sache des Hauses Bourbon wie überhaupt, so namentlich in Spanien eine starke moralische Stütze verliehen habe: so wurde von päpstlicher Seite erwiedert, daß zur Zeit der Anerkennung, im Jahre 1701, weder der Kaiser Leopold I. selbst, noch sein Botschafter in Rom, Graf Lamberg, einen Einspruch gegen dieselbe erhoben, daß sie lediglich die Nichtbelehnung Philipps V. mit Neapel verlangt, und daß der Papst, ungeachtet aller Beschwerden und Forderungen von französisch-spanischer Seite, dies Versprechen treu gehalten hatte[1]).

In der That war ja nicht von dem Hause Habsburg die Forderung des Rückgewinnes der ganzen spanischen Monarchie ausgegangen, sondern von England aus, im Jahre 1703, nicht um für das Recht des Hauses Habsburg einzutreten, sondern im Interesse Englands, damit nicht das Haus Bourbon durch die Vereinigung der zwei Monarchien Frankreich und Spanien übermächtig werde. Damals, im Jahre 1703, war der Act, durch welchen der Kaiser Leopold I. und der römische König Joseph alle Rechte des Hauses auf Spanien an den Erzherzog Carl übertrugen (Band X, S. 393), in seinem Ursprunge nicht ein selbständiges Erheben des Anspruches, sondern eine Concession an die Politik der Seemächte. Nachdem aber einmal dieser Schritt gethan, änderte sich folgerecht die ganze Anschauung von dem Kriege, so sehr daß es allmählich in Vergessenheit gerieth, daß man in den ersten zwei Jahren des Krieges, 1701 und 1702, von einer ganz anderen

---

[1]) Bericht Priés vom 20. November: Che il defonto Imperatore, ne il suo Ambasciatore in Roma, non si era mai opposto a tal ricognizione, sendosi solo chiesto da S. S., che non concedesse l'investitura di Napoli, il che fu promesso ed osservato inviolabilmente, non ostante tutte le doglianze e le premure dei Gallispani.



Basis ausgegangen war, als nach dem September 1703. Auf Seiten der Verbündeten mochte es daher Vielen erscheinen, als sei die Forderung den König Carl III. auf gleicher Stufe wie Philipp V. anzuerkennen, nur diejenige der Gerechtigkeit.

Stärker noch erklang diese Forderung von Seite Carls III., der durch den Botschafter Prié in Rom mit Nachdruck geltend machen ließ, daß sein Gegner sich auf die päpstliche Anerkennung berufe, um den Krieg um die Erbfolge in Spanien zu einem Religionskriege zu stempeln. Carl III. erhob wider den Papst Clemens XI. den Vorwurf, daß er gegen dies Bemühen, namentlich gegen die Verwendung des Tribunals der Inquisition in diesem Sinne niemals einen Einspruch erhoben, daß er den Erzbischof von Saragossa, den Bischof von Murcia und Andere, die sich dieser Vermengung kirchlicher und politischer Angelegenheiten mit großer Härte schuldig gemacht, niemals mit kirchlichen Censuren belegt habe[1]). Carl III. forderte daher in der Anerkennung des Papstes die Gleichstellung mit seinem Gegner.

Clemens XI. dagegen hatte zu erwägen, daß seine Anerkennung Philipps V. auf kaiserlicher Seite keinen Widerspruch hervorgerufen hatte, wogegen die Forderung der Verbündeten nunmehr auch Carl III. anzuerkennen, den lauten und drohenden Einspruch von Seiten Frankreichs und Castiliens fand. Ludwig XIV. und Philipp V. ließen ihm den Verlust sämmtlicher Einkünfte aus Frankreich und Spanien in Aussicht stellen, so wie die Wegnahme von Avignon. Demgemäß würde das Nachgeben des Papstes auf die Forderung der Allianz ihm ein feindliches Verhältnis von Seiten Ludwigs XIV. und Philipps V. nach sich ziehen. Ein solcher Bruch, den der Papst vermeiden mußte und wollte, war allerdings auf kaiserlicher Seite ein Motiv des Andringens für die Anerkennung Carls III.[2])

Mit den Drohungen verband Ludwig XIV. Verheißungen. Der Papst sagte dem Botschafter Prié, daß der König von Frankreich ihm eine Hülfe von 24,000 Mann in Aussicht gestellt habe. „Es

---

[1]) Eine von Prié eingereichte Denkschrift: **Motiva quae rex Catholicus habet juste conquerendi de Curia Romana etc.**

[2]) Priés Bericht vom 30. November: **Si deve finalmente ponderare per terzo motivo essere probabilissimo, che venendosi a guadagnare questo punto, ne possi derivare la rottura del Papa colla Francia.**



wurde mir nicht schwer, meldet der Botschafter, den Nachweis zu führen, daß ein solches Erbieten völlig unausführbar sei"[1]).

Clemens XI. suchte eine Ermäßigung der schweren Bedingungen direct bei dem Kaiser zu erlangen durch die Sendung des Erzbischofs von Nazareth als besonderen Nuntius. Dieser trug zugleich Breven mit sich für die zwei Kaiserinnen, Amalia und Eleonora. Auch das brachte keinen Erfolg[2]).

Als damals, im December, mehr und mehr die Meinung überhand nahm, daß der Papst den Forderungen des Kaisers nachgeben werde, schrieb der Marschall Tessé, den eine Krankheit an das Haus band, dem Papste einen Brief, dessen Inhalt, wenn er auf den Papst Clemens XI. eine Wirkung ausübte, es nicht zu Gunsten der französischen Politik thun konnte. Tessé sagt darin, daß Religion, Ehre, Gerechtigkeit und Furcht die vier Grundpfeiler seien, auf welchen alle Angelegenheiten der Welt beruhen. Durch einen Friedensschluß mit dem Kaiser begebe sich der Papst auf den gefährlichen Weg, der dahin führe, anstatt der Religion, der Ehre und der Gerechtigkeit, nur die Furcht als Motiv des Handelns zu nehmen[3]).

Der Brief des Marschalls Tessé war vom 14. December. In einer Audienz vom 16. December sagte Clemens XI. dem Botschafter, daß er eine Hülfe von Frankreich weder erwarte, noch wolle.

Damit jedoch war die Sache noch nicht entschieden. Auf diese von allen Verbündeten gewünschte Entscheidung drängte namentlich die Republik der Niederlande. Von kaiserlicher Seite ward daher dem Papste die Frist gestellt bis zum 15. Januar 1709, binnen welcher Zeit er sich zu entscheiden habe. Im anderen Falle würden die Truppen auf Rom marschiren. Ungeachtet alles Zauderns, war doch bis dahin der endliche Entschluß des Papstes Clemens XI. vorauszusehen.

Wie war die politische Stellung des Papstes Clemens XI. zu Ende des Jahres 1708 so weit verschieden von derjenigen im Beginne seines Papates! Damals hatte im Cardinals-Collegium für die rasche

---

1) Bericht vom 16. December.

2) Clementis XI. epistolae t. I, p. 517. Sämmtlich vom 12. December.

3) Das Schreiben bei Lamberty t. V, p. 93, mit Angabe des Datums. — Mémoires de Tessé t. II, p. 295.



Wahl namentlich die Besorgnis gesprochen, daß nach dem Tode Carls II. von Spanien durch das Ueberwachsen einer politischen Macht die Freiheit der Papstwahl gefährdet werden könne. Clemens XI. war gewählt worden bei völliger Unabhängigkeit des Cardinal-Collegiums. Es stand bei ihm seine Unparteilichkeit zu wahren, und als der gemeinsame Vater der Christenheit den Frieden der Völker zu vermitteln. So wollte es Clemens XI. Aber die Nachahmung des Beispieles von Ludwig XIV. in der Anerkennung eines Königs Jacob III. von England brachte Clemens XI. um die Anerkennung der Unparteilichkeit, deren er bis dahin sich erfreute, und die Consequenzen benahmen ihm die Aussicht auf die Lösung der Aufgabe, die er sich gestellt, der Vermittelung des Friedens. Es kam dahin, daß Clemens XI. in weit höherem Maße französisch parteiisch erschien als er es war und sein wollte, und daraus erwuchs endlich, bei dem Hinzutreten noch anderer Motive auf kaiserlicher Seite, der Kriegszustand. Diesem Kriegszustande mit dem Stärkeren zu entkommen gab es für den Papst Clemens XI. kein anderes Mittel als dasjenige des Nachgebens in politischen Dingen. Eben dies Nachgeben nach der einen Seite mußte dem Papste Clemens XI. von der anderen Seite den Vorwurf der Parteilichkeit zuziehen. Wie immer also auch fortan die Dinge sich wandten, für Clemens XI. war die Hoffnung, mit der er sein Papat begonnen, seinem Berufe gemäß der Friedensvermittler der christlichen Völker zu sein, unerfüllbar. Die Einbuße war schwer nicht bloß für die eine Persönlichkeit, den Papst Clemens XI., sondern für das Papstthum. Und ferner war die Einbuße, rückwirkend, eben so schwer für die christlichen Völker Europas, bei denen fortan allmählich sich bis zum Erlöschen der Gedanke verdunkelte, daß zu ihrer Aller Heile dem Papstthume, gegenüber den weltlichen Mächten, der Beruf der Friedensmahnung und Stiftung gebührt.

Carl III. in Catalonien.

Der Feldzug bis zur Einnahme von Tortosa.

Bis tief in das Jahr 1708 hinein lebte Carl III. in Barcelona der Hoffnung, daß seiner Bitte und den Verwendungen der Seemächte gemäß ihm der Kaiser Joseph den Prinzen Eugen nach Spanien senden

werde. Er war der Ueberzeugung, daß nur ein nachdrücklicher Offensiv-Krieg in Spanien ihm zum Ziele führen werde. Er sprach im Beginne des Jahres sich darüber seinem Berather Wratislaw nachdrücklich aus mit den Worten: „Hoffentlich werdet Ihr endlich erkennen, daß es eine chimärische Einbildung ist, sich hier defensiv behaupten zu sollen. Entweder muß man mich in den Stand setzen weiter zu rücken und offensiv zu agiren, oder man muß sich klar entschließen, meine Person und das Ganze hier zum Opfer zu bringen" [1]).

In diesen seinen Hoffnungen und Wünschen adoptirte Carl III. völlig den, wie er es nennt, geheimen Plan des Engländers Stanhope und meldete es an Marlborough. Der Plan bestand darin, daß Marlborough mit 20,000 oder 25,000 Mann in Spanien landen solle, so daß er von Westen oder Nordwesten aus vorbrechend, Carl III. selber und der Prinz Eugen von Catalonien aus, mit Einem Zuge diesen langen und blutigen Krieg enden würden [2]).

Ueberhaupt setzte Carl III. volles Vertrauen in Marlborough. In denselben Tagen, am 8. Februar, schrieb er an Wratislaw: „Ich glaube nicht, daß Marlborough sich über mich wird beklagen können; denn ich habe allezeit gesucht, eine ganz vertraute Correspondenz mit ihm zu haben, und auch allen meinen Ministern anbefohlen, nie etwas zu verhandeln, ohne ihm es mitzutheilen und seinen Rath zu vernehmen. Ich habe ihm allezeit zuvor geschrieben, wenn ich etwas von England verlange, und werde ferner darin fortfahren" [3]).

Demgemäß stieg in dem jungen Könige keine Ahnung auf, daß zur selben Zeit, wo er für sich und seine Sache in Spanien die Rettung und das Gelingen nur von einer nachdrücklichen Offensive erwartete, wo er für den Plan der Offensive auf Marlborough persönlich hoffte — daß zur selben Zeit dieser selbe Marlborough dem Herzoge Victor Amadeus seinen Kriegsplan für den nächsten Feldzug dahin eröffnete: offensiv in den Niederlanden und von Piemont aus, an allen anderen Orten, und namentlich auch in Spanien, defensiv.

[1]) Correspondenz von Carl III. und Wratislaw, im Archive für Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. XVI, S. 60.

[2]) Das Schreiben vom 13. Januar, bei Arneth: Prinz Eugen Bd. II, S. 460.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 8. Februar, S. 60.



versichert, daß er, eingedenk seiner Pflicht, alle kirchlichen und weltlichen Waffen zur Vertheidigung aufbieten werde. — Wie an den Kaiser, so wandte sich der Papst mit denselben Klagen und Bitten auch an die jenem nahestehenden Persönlichkeiten: an die Kaiserin-Witwe Eleonora, an die Kaiserin Amalie, an den Beichtvater Bischoff, an den Fürsten Salm, ferner an die Kurfürsten von Mainz und Trier, an die Könige von Polen und Portugal [1]).

Die Mehrzahl dieser Schreiben bezweckte Abmahnungen an Joseph I.; aber zugleich auch ergingen, gemäß der Ankündigung am Schlusse des Breves an den Kaiser, die Hülferufe des Papstes an eine Reihe von Fürsten. Er wandte sich an Ludwig XIV., an Philipp V., an die anderen Mächte in Italien, an die katholischen Schweizer. Von den letzteren namentlich verlangte er einen Zuzug von 6000 Mann [2]).

Einstweilen jedoch war eine solche Hülfe nicht zur Stelle, und die Kaiserlichen drangen vor. Joseph I. ließ auf das Breve des Papstes vom 2. Juni antworten durch ein Manifest vom 23. Juni, welches den Hergang der Dinge in der Auffassung der kaiserlichen Politik berichtet, und die Anklage dem Papste zurückgibt: nicht eine Vertheidigung bezwecke der Papst durch seine Schriften, sondern eine Usurpation der Rechte des Reiches auf Parma und Piacenza. „Nicht ohne das tiefste Leidwesen, sagt ferner das Manifest, sind wir gezwungen zu sagen, daß die Räthe des römischen Stuhles, sei es auf fremden Antrieb, sei es in der Hoffnung auf eigenen Vortheil, sich zu dem Wagnisse haben fortreißen lassen, zum Staunen der Welt und zum Aergernisse des christlichen Gemeinwesens, in weltlichen Angelegenheiten kirchliche Waffen zu verwenden“ [3]).

---

[1]) Clementis XI. epistolae t. I, p. 470 sqq. Einige dieser Schreiben auch in Lünigs Literae procerum t. III, p. 971. — Lamberty t. V, p. 86.

[2]) Schreiben des Nuntius in Madrid, vom Februar 1709, bei Lamberty t. V, p. 253.

[3]) Verum memorare nunc haud absque justo doloris sensu cogimur, Ministros Curiae Romanae, seu alieni instinctu genii, seu proprii qualiscumque emolumenti fiducia, eo abreptos esse, ut ausi fuerint, ad stuporem universi et cum Reipublicae christianae scandalo, saecularibus in rebus spiritualia arma intentare.

Ungeachtet dieser scharfen Anklagen überwog dennoch in Wien die Ansicht, daß es besser sein werde, nicht zum Aeußersten zu schreiten. Der Marquis Prié erhielt den Auftrag, dem Cardinal-Legaten Casoni in Ferrara Vorschläge zu einem Ausgleiche zu machen. Sie traten zusammen am 2. Juli. „Die Annahme dieser Vorschläge, schrieb ein Jahr später der Nuntius in Madrid an einen Minister Philipps V., hätte damals den Kirchenstaat bewahrt vor allen den Trübsalen und den schweren Kosten, die seitdem über uns gekommen sind; aber der heilige Vater verwarf sie, in der Hoffnung, daß die Sendung des Marschalls Tessé, welche der König von Frankreich ihm in Aussicht gestellt, die Lage der Dinge zu seinen Gunsten verändern werde" [1]).

Mit dieser späteren Ansicht des Nuntius in Madrid ist zu vergleichen diejenige des Botschafters Prié aus der Zeit seiner nachherigen Verhandlungen in Rom. „Nach dem Nicht-Eingehen des römischen Hofes auf die Erklärungen und Vorschläge, die ich dem Cardinal Casoni bei unserem Congresse in Ferrara machte, verwarf man allgemein die Führung dieses Hofes, und hielt die Entschlüsse Ew. kaiserlichen Majestät für gerechtfertigt" [2]).

Indessen dürfte es doch die Frage sein, ob nicht auch noch andere Factoren einwirkten, die Stellung des Papstes ungünstiger zu gestalten. Der Graf Wratislaw in Wien hatte, wie wir aus seiner Mittheilung an Carl III. vernommen haben, für seine Person dem Unternehmen auf Ferrara nicht beigestimmt. „Wenn nicht, schreibt er am 2. August, die Victoria in den Niederlanden erfolgt wäre, nämlich der Sieg von Oudenarde am 11. Juli — so weiß ich nicht, wie es uns in Italien ergangen wäre."

Wie der Tag von Oudenarde, der 11. Juli, die Aussichten für Clemens XI. auf eine französische Hülfe noch mehr verringerte: so mochte er damals, als er die kaiserlichen Vorschläge verwarf, im

---

[1]) Lamberty t. V, p. 255.

[2]) Aus dem Berichte Priés vom 26. November: Doppo tutte le proteste che V. M. haveva fatta fare dai suoi generali e poi da me si chiaramente e si positivamente al Cardinale Casoni nel congresso havuto a Ferrara, sopra il che si condanna universalmente la condotta di questa corte, e si rendono giustificate le determinazioni di V. M.

Beginne des Monates Juli, noch nicht wissen, daß bereits ein neues Gewitter gegen ihn im Anzuge war.

Am 8. Mai erhob der englische Staats-Secretär Boyle vor dem kaiserlichen Gesandten Gallas die Anklage: es seien der Königin sichere Nachrichten zugegangen, daß der Papst und der Großherzog von Toscana für das französische Project der Invasion in Schottland nicht bloß öffentliche Demonstrationen veranstaltet, sondern auch Geld beigesteuert hätten. Dies der Neutralität zuwider laufende Verfahren gebe Grund zu der Besorgnis, daß der päpstliche Stuhl auch ferner der Krone Frankreich Vorschub leisten wolle. Da nun Frankreich darauf ausgehe, vor der Welt den Krieg als einen Religionskrieg auszumalen, so habe die Königin sich entschlossen, bei Zeiten zuvorzukommen, und die Sache sowohl in Florenz, als namentlich in Rom, nachdrücklich zu ahnden, und ersuche den Kaiser um seine Mitwirkung. Einstweilen jedoch solle die Absicht noch ein Geheimnis bleiben [1]).

Die Sache ward wiederholt erörtert. Gallas suchte zu beschwichtigen. Am 22. Juni eröffnete Boyle, daß die Königin von dem Papste eine Satisfaction und Schadloshaltung fordern wolle für die Dienste, welche der Papst der Krone Frankreich in der schottischen Angelegenheit geleistet. Der Admiral Leake, als der Commandant der englischen Flotte im Mittelmeere, habe den Auftrag, von dem Papste 400,000 Thaler zu fordern. — Gallas erhob Einwände, welche beweisen, daß die Absicht der Königin weder ihm persönlich, noch, nach seiner Annahme, dem Kaiser willkommen sein konnte [2]).

In Betreff der Thatsache muß gleich hier bemerkt werden, daß Clemens XI. in den späteren Unterredungen mit dem Botschafter Prié anerkannte, Bittgänge für das Gelingen der Unternehmung des Ritters von St. Georg veranstaltet zu haben, jegliche Geldunterstützung verneinte.

Aber wir sehen hier, wie abermals der Glaube an eine Ehrlichkeit der Politik Ludwigs XIV. dem unglücklichen Papste Clemens XI. zum Nachtheile ausschlägt. Im Jahre 1701 hatte er sich bewegen lassen, dem Beispiele Ludwigs XIV. in der Anerkennung Jacobs III.

---

1) Bericht des Grafen Gallas, vom 8. Mai.

2) Desgleichen vom 22. Juni.



zu folgen. Er hatte dann sich verleiten lassen, an eine besondere Uebereinkunft Ludwigs XIV. und Wilhelms III. zu glauben, und in diesem Glauben den Plan gefaßt, für die Herstellung des Friedens außerordentliche Nuntien auszusenden (Band IX, S. 351 u. f.). Indem er so den hohen Beruf des Papstes als des gemeinsamen Vaters der Christenheit und darum des Friedensvermittlers der Völker zu erfüllen vermeinte, hatte er gerade dadurch, bei der unvermeidlichen und nothwendigen Weigerung des Kaisers Leopold, einen solchen Nuntius anzunehmen, ihn verfehlt, nicht bloß für das eine Mal, sondern auch für die Folgezeit. Und nun, im Jahre 1708, hatte Clemens XI. abermals geglaubt an die Aufrichtigkeit des Unternehmens von Ludwig XIV. zu Gunsten des Ritters von St. Georg, und hatte in diesem Glauben Demonstrationen gemacht, welche der englischen Regierung die Handhabe boten, von ihm Satisfaction zu fordern. Und abermals noch wieder vertraute Clemens XI., sich der bedrängten Lage, in die er gerathen war, entwinden zu können mit der Hülfe des Königs von Frankreich. Denn er verwarf die Vorschläge, welche zu Anfang Juli in Ferrara der Marquis Prié dem Cardinal Casoni gemacht, in der Hoffnung auf die Hülfe, welche Ludwig XIV. ihm durch das Versprechen der Sendung des Marschalls Tessé in Aussicht gestellt [1]).

Jedoch muß bemerkt werden, daß das Cardinals-Collegium mit dem Papste ging. Es erließ an den Kaiser eine Vorstellung, vom 12. August [2]), in welcher hervorgehoben wurde, daß ein Schreiben des Kaisers Leopold an den Papst Innocenz XII., vom 14. December 1691, Parma und Piacenza als Lehen des päpstlichen Stuhles anerkenne. Weiter führt das Collegium Klage über das scharfe Manifest des Kaisers vom 23. Juni. „Wir Alle, sagt das Schreiben, haben es nicht anders lesen können als mit tiefem Herzeleid, und Einige von

[1]) So ausdrücklich der Nuntius Zondodari in dem Schreiben an Medina Celi, vom Februar 1709, bei Lamberty t. V, p. 255.

[2]) Dies Schriftstück findet sich im k. k. Archive, Romana, der Zweifel bei Noorden Bd. III, S. 337, N. 1 ist also nicht begründet. Dagegen habe ich das von ihm dort angezweifelte Breve vom 16. Juli auch im k. k. Archive nicht gefunden.

uns nur mit Thränen" [1]. Dem Papste dagegen gab das Cardinals-Collegium seine Zustimmung, den von Sixtus V. für dringende Nothfälle des päpstlichen Stuhles und der Freiheit der Kirche in der Engelsburg hinterlegten Schatz anzugreifen.

Clemens XI. machte seine Drohung zur Wahrheit. Er warb Soldaten an. Er gab den Oberbefehl einem General Marsigli, der einst nicht mit Ehren aus dem kaiserlichen Dienste geschieden war (Band X, S. 371). Aber der General Daun marschirte von Piemont heran, im August.

Inzwischen machte sich der Rückschlag von Oudenarde auf die französische Macht fühlbar. Ludwig XIV. konnte keine Truppen schicken, auch wenn er gewollt hätte. Aber auch nicht einmal die Werbungen von päpstlicher Seite in Avignon erhielten von ihm Vorschub. Der Marschall Tessé traf endlich als Botschafter in Rom ein, reich an Worten, aber allein und mit leeren Händen. Sein Project einer Liga war von vorne herein aussichtslos. Auch die katholischen Cantone der Schweiz entsprachen nicht den Wünschen des Papstes. Dort arbeitete der Graf Trautmannsdorf mit Geschick und Erfolg, die Werbungen zu vereiteln [2]. Von keiner Seite kam dem Papste eine Hülfe.

Anderseits jedoch erwuchsen für Clemens XI. günstige Factoren, wo er sie nicht gesucht hätte. Victor Amadeus von Savoyen war mit dem Kaiser der Ansicht, daß die günstige Gelegenheit benützt werden müsse, die Differenzen mit dem Papste vortheilhaft zu beenden; aber er erschrak bei der Nachricht der englischen Befehle an den Admiral Leake. Er wollte nicht, daß dem Oberhaupte der Kirche in solcher Weise ein Affront zugefügt werde, und sah die Absicht an als eine Frucht des Hasses der Engländer gegen die katholische Religion. Deshalb erhielten Maffei im Haag, Briançon in London, die Befehle, in geeigneter Weise entgegen zu wirken, der erstere auch bei Marlborough [3].

Im Haag bedurfte es keiner solchen Mahnung. Heinsius war mit einem Vorgehen Englands gegen den Papst gar nicht einverstanden,

---

[1] Eum quidem libellum, Aug^{me} Caesar, non sine intimo cordis dolore omnes, aliqui etiam nostrum non sine lacrymis legere valuimus.

[2] Rescripte des Kaisers an den Grafen Trautmannsdorf, vom 10. und 24. October, im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.

[3] Victor Amadeus an Maffei, 26. Juni, im selben Archive.



und mit demjenigen des Kaisers nur halb. Er sagte dem kaiserlichen Gesandten: der holländische Admiral im Mittelmeere habe keinen Befehl, feindlich gegen den päpstlichen Hof zu agiren, und werde daher, im Falle eines solchen Vorgehens, sich von Leake absondern. Er habe jenen Auftrag an Leake zu spät erfahren. Wenn er rechtzeitige Kunde gehabt hätte, so würden die Generalstaaten alles aufgeboten haben, ihn zu hintertreiben [1]).

Es kam sogar dahin, daß im Haag Vorwürfe laut wurden: der Kaiser sei bereits zu weit gegangen. Gallas sah sich genöthigt von London aus dahin zu schreiben: „Ich bitte, daß doch hierin nicht abermals verfahren werde wie in der ungarischen Sache. Indem man damals dem Kaiser sofort Unrecht gab und nicht gestatten wollte, daß er von Anfang an rechtzeitig die erforderlichen Mittel anwandte, hat man ihm mehr Schaden zugefügt als der Gegner selbst." In der That aber war auch in Wien der Befehl an den Admiral Leake nicht mit Beifall vernommen. Gallas erhielt den Auftrag in London vorzustellen, daß die Flotte oder ein zulängliches Geschwader sich immerhin dem Hafen Civita Vecchia nähern möge, um Furcht einzuflößen, nicht jedoch um Thätlichkeiten vorzunehmen. Boyle erwiederte zustimmend. Die Königin, im Hinblicke zugleich auf die im Haag gefallenen Aeußerungen, ließ sagen: sie begriffe sehr wohl, daß man den Kaiser bei dem Unternehmen nicht tadeln, vielmehr mit allem Erforderlichen unterstützen müsse. Von der Forderung der 400,000 Thaler werde weiter keine Rede sein. Dagegen sei an den Admiral Leake der Befehl ergangen, ganz im Einverständnisse mit dem kaiserlichen Botschafter Prié zu handeln [2]).

Damit war dem Wunsche sowohl des Kaisers als des Herzogs Victor Amadeus willfahrt. Sie wollten keinen Bruch, sondern eine Unterhandlung unter dem Drucke der Waffen. Dieser Druck lastete schwer auf den päpstlichen Unterthanen, namentlich nachdem auch noch die Preußen in Italien herangezogen waren.

Es lastete auf ihnen der doppelte Druck der päpstlichen Heeresmacht, welche auf 25,000 Mann angegeben wurde, und derjenigen der

---

[1]) Bericht des Gesandten Heems, vom 1. September.
[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 30. October.



Truppen im kaiserlichen Dienste. Die Reden der letzteren gingen hoch daher: sie nahmen bereits eine Plünderung Roms in Aussicht. Demnach stieg das Schreckbild der Erneuerung der Ereignisse von 1529 empor. Die Stimmung der Bevölkerung wandte sich gegen den Papst, der die Ursache ihrer Leiden sein würde. Man fragte, ob sich der Papst zum Märtyrer Philipps V. machen wolle. Aber auch viele Cardinäle und hervorragende Theologen redeten zu Clemens XI. in ähnlichem Sinne [1]).

Gedrängt von dieser allgemeinen Stimmung entschloß sich der Papst, die angebotene Unterhandlung nicht mehr auszuschlagen. Zu Ende October fuhr der kaiserliche Botschafter Prié in Rom ein, begrüßt, wie er meldet, von dem Jubel des Volkes, das ihn den Boten des Friedens nannte, wie vorher Tessé denjenigen des Krieges [2]).

Allein damit war noch keineswegs der Friede hergestellt. Im kaiserlichen Rathe ward sogar die Frage erwogen, ob es zweckmäßig sei, um den Druck zu verschärfen, die kaiserliche Armee auf Rom marschiren zu lassen. Der Prinz Eugen, um sein Gutachten befragt, rieth ab. Er stellte nachdrücklich vor, daß der Papst nicht bloß ein souveräner Fürst, sondern auch das Haupt der gesammten Christenheit sei, und daß daher ein Marsch auf Rom als der äußerste Druck erst dann angewendet werden dürfe, wenn alle anderen Mittel fehl geschlagen [3]).

Zugleich mit dieser Abmahnung lief ein Bericht des Botschafters Prié in Wien ein, der mehr Hoffnung gab als die ersten. In dreistündiger Audienz hatte ihm der Papst eine Vertheidigung seines Pontificates entwickelt und, wie zu erwarten, den Nachdruck darauf gelegt, daß er in die französische Forderung, Philipp V. mit Neapel zu belehnen, nie gewilligt. In Betreff der Anklage von englischer Seite her betheuerte er, daß er dem Prinzen von Wales niemals eine andere Unterstützung habe zukommen lassen als diejenige seiner Gebete [4]).

---

1) Bericht des Nuntius Zondodari in Madrid, bei Lamberty t. V, p. 256.

2) Bericht Priés vom 4. November, in den Romanis des k. k. Archivs.

3) Bericht des Prinzen Eugen, vom 2. December.

4) Bericht Priés vom 26. November: Asseverò pure di non haver mai dato la minima assistenza al Principe di Galles, toltone quella delle sue orazioni.



Prié erhob fünf Forderungen: Entwaffnung der päpstlichen Truppen, Satisfaction für den Kaiser wegen einiger specieller Klagen, Anerkennung Carls III. auf gleichem Fuße mit Philipp V., Prüfung der Ansprüche auf Parma und Comacchio, Anerkennung des Ranges des römischen Kaisers vor dem Könige von Frankreich.

Der schwierigste dieser Punkte war der dritte, die Anerkennung Carls III. auf gleicher Stufe mit Philipp V. Konnte man von kaiserlicher Seite mit Recht sagen, daß die Anerkennung Philipps V. durch den Papst Clemens XI. der Sache des Hauses Bourbon wie überhaupt, so namentlich in Spanien eine starke moralische Stütze verliehen habe: so wurde von päpstlicher Seite erwiedert, daß zur Zeit der Anerkennung, im Jahre 1701, weder der Kaiser Leopold I. selbst, noch sein Botschafter in Rom, Graf Lamberg, einen Einspruch gegen dieselbe erhoben, daß sie lediglich die Nichtbelehnung Philipps V. mit Neapel verlangt, und daß der Papst, ungeachtet aller Beschwerden und Forderungen von französisch-spanischer Seite, dies Versprechen treu gehalten hatte[1]).

In der That war ja nicht von dem Hause Habsburg die Forderung des Rückgewinnes der ganzen spanischen Monarchie ausgegangen, sondern von England aus, im Jahre 1703, nicht um für das Recht des Hauses Habsburg einzutreten, sondern im Interesse Englands, damit nicht das Haus Bourbon durch die Vereinigung der zwei Monarchien Frankreich und Spanien übermächtig werde. Damals, im Jahre 1703, war der Act, durch welchen der Kaiser Leopold I. und der römische König Joseph alle Rechte des Hauses auf Spanien an den Erzherzog Carl übertrugen (Band X, S. 393), in seinem Ursprunge nicht ein selbständiges Erheben des Anspruches, sondern eine Concession an die Politik der Seemächte. Nachdem aber einmal dieser Schritt gethan, änderte sich folgerecht die ganze Anschauung von dem Kriege, so sehr daß es allmählich in Vergessenheit gerieth, daß man in den ersten zwei Jahren des Krieges, 1701 und 1702, von einer ganz anderen

[1]) Bericht Priés vom 20. November: Che il defonto Imperatore, ne il suo Ambasciatore in Roma, non si era mai opposto a tal ricognizione, sendosi solo chiesto da S. S., che non concedesse l'investitura di Napoli, il che fu promesso ed osservato inviolabilmente, non ostante tutte le doglianze e le premure dei Gallispani.



Basis ausgegangen war, als nach dem September 1703. Auf Seiten der Verbündeten mochte es daher Vielen erscheinen, als sei die Forderung den König Carl III. auf gleicher Stufe wie Philipp V. anzuerkennen, nur diejenige der Gerechtigkeit.

Stärker noch erklang diese Forderung von Seite Carls III., der durch den Botschafter Prié in Rom mit Nachdruck geltend machen ließ, daß sein Gegner sich auf die päpstliche Anerkennung berufe, um den Krieg um die Erbfolge in Spanien zu einem Religionskriege zu stempeln. Carl III. erhob wider den Papst Clemens XI. den Vorwurf, daß er gegen dies Bemühen, namentlich gegen die Verwendung des Tribunals der Inquisition in diesem Sinne niemals einen Einspruch erhoben, daß er den Erzbischof von Saragossa, den Bischof von Murcia und Andere, die sich dieser Vermengung kirchlicher und politischer Angelegenheiten mit großer Härte schuldig gemacht, niemals mit kirchlichen Censuren belegt habe [1]). Carl III. forderte daher in der Anerkennung des Papstes die Gleichstellung mit seinem Gegner.

Clemens XI. dagegen hatte zu erwägen, daß seine Anerkennung Philipps V. auf kaiserlicher Seite keinen Widerspruch hervorgerufen hatte, wogegen die Forderung der Verbündeten nunmehr auch Carl III. anzuerkennen, den lauten und drohenden Einspruch von Seiten Frankreichs und Castiliens fand. Ludwig XIV. und Philipp V. ließen ihm den Verlust sämmtlicher Einkünfte aus Frankreich und Spanien in Aussicht stellen, so wie die Wegnahme von Avignon. Demgemäß würde das Nachgeben des Papstes auf die Forderung der Allianz ihm ein feindliches Verhältnis von Seiten Ludwigs XIV. und Philipps V. nach sich ziehen. Ein solcher Bruch, den der Papst vermeiden mußte und wollte, war allerdings auf kaiserlicher Seite ein Motiv des Andringens für die Anerkennung Carls III. [2])

Mit den Drohungen verband Ludwig XIV. Verheißungen. Der Papst sagte dem Botschafter Prié, daß der König von Frankreich ihm eine Hülfe von 24,000 Mann in Aussicht gestellt habe. „Es

---

[1]) Eine von Prié eingereichte Denkschrift: **Motiva quae rex Catholicus habet juste conquerendi de Curia Romana etc.**

[2]) Priés Bericht vom 30. November: **Si deve finalmente ponderare per terzo motivo essere probabilissimo, che venendosi a guadagnare questo punto, ne possi derivare la rottura del Papa colla Francia.**



wurde mir nicht schwer, meldet der Botschafter, den Nachweis zu führen, daß ein solches Erbieten völlig unausführbar sei" [1]).

Clemens XI. suchte eine Ermäßigung der schweren Bedingungen direct bei dem Kaiser zu erlangen durch die Sendung des Erzbischofs von Nazareth als besonderen Nuntius. Dieser trug zugleich Breven mit sich für die zwei Kaiserinnen, Amalia und Eleonora. Auch das brachte keinen Erfolg [2]).

Als damals, im December, mehr und mehr die Meinung überhand nahm, daß der Papst den Forderungen des Kaisers nachgeben werde, schrieb der Marschall Tessé, den eine Krankheit an das Haus band, dem Papste einen Brief, dessen Inhalt, wenn er auf den Papst Clemens XI. eine Wirkung ausübte, es nicht zu Gunsten der französischen Politik thun konnte. Tessé sagt darin, daß Religion, Ehre, Gerechtigkeit und Furcht die vier Grundpfeiler seien, auf welchen alle Angelegenheiten der Welt beruhen. Durch einen Friedensschluß mit dem Kaiser begebe sich der Papst auf den gefährlichen Weg, der dahin führe, anstatt der Religion, der Ehre und der Gerechtigkeit, nur die Furcht als Motiv des Handelns zu nehmen [3]).

Der Brief des Marschalls Tessé war vom 14. December. In einer Audienz vom 16. December sagte Clemens XI. dem Botschafter, daß er eine Hülfe von Frankreich weder erwarte, noch wolle.

Damit jedoch war die Sache noch nicht entschieden. Auf diese von allen Verbündeten gewünschte Entscheidung drängte namentlich die Republik der Niederlande. Von kaiserlicher Seite ward daher dem Papste die Frist gestellt bis zum 15. Januar 1709, binnen welcher Zeit er sich zu entscheiden habe. Im anderen Falle würden die Truppen auf Rom marschiren. Ungeachtet alles Zauderns, war doch bis dahin der endliche Entschluß des Papstes Clemens XI. vorauszusehen.

Wie war die politische Stellung des Papstes Clemens XI. zu Ende des Jahres 1708 so weit verschieden von derjenigen im Beginne seines Papates! Damals hatte im Cardinals-Collegium für die rasche

---

1) Bericht vom 16. December.

2) Clementis XI. epistolae t. I, p. 517. Sämmtlich vom 12. December.

3) Das Schreiben bei Lamberty t. V, p. 93, mit Angabe des Datums. — Mémoires de Tessé t. II, p. 295.

Wahl namentlich die Besorgnis gesprochen, daß nach dem Tode Carls II. von Spanien durch das Ueberwachsen einer politischen Macht die Freiheit der Papstwahl gefährdet werden könne. Clemens XI. war gewählt worden bei völliger Unabhängigkeit des Cardinal-Collegiums. Es stand bei ihm seine Unparteilichkeit zu wahren, und als der gemeinsame Vater der Christenheit den Frieden der Völker zu vermitteln. So wollte es Clemens XI. Aber die Nachahmung des Beispieles von Ludwig XIV. in der Anerkennung eines Königs Jacob III. von England brachte Clemens XI. um die Anerkennung der Unparteilichkeit, deren er bis dahin sich erfreute, und die Consequenzen benahmen ihm die Aussicht auf die Lösung der Aufgabe, die er sich gestellt, der Vermittelung des Friedens. Es kam dahin, daß Clemens XI. in weit höherem Maße französisch parteiisch erschien als er es war und sein wollte, und daraus erwuchs endlich, bei dem Hinzutreten noch anderer Motive auf kaiserlicher Seite, der Kriegszustand. Diesem Kriegszustande mit dem Stärkeren zu entkommen gab es für den Papst Clemens XI. kein anderes Mittel als dasjenige des Nachgebens in politischen Dingen. Eben dies Nachgeben nach der einen Seite mußte dem Papste Clemens XI. von der anderen Seite den Vorwurf der Parteilichkeit zuziehen. Wie immer also auch fortan die Dinge sich wandten, für Clemens XI. war die Hoffnung, mit der er sein Papat begonnen, seinem Berufe gemäß der Friedensvermittler der christlichen Völker zu sein, unerfüllbar. Die Einbuße war schwer nicht bloß für die eine Persönlichkeit, den Papst Clemens XI., sondern für das Papstthum. Und ferner war die Einbuße, rückwirkend, eben so schwer für die christlichen Völker Europas, bei denen fortan allmählich sich bis zum Erlöschen der Gedanke verdunkelte, daß zu ihrer Aller Heile dem Papstthume, gegenüber den weltlichen Mächten, der Beruf der Friedensmahnung und Stiftung gebührt.

Carl III. in Catalonien.

Der Feldzug bis zur Einnahme von Tortosa.

Bis tief in das Jahr 1708 hinein lebte Carl III. in Barcelona der Hoffnung, daß seiner Bitte und den Verwendungen der Seemächte gemäß ihm der Kaiser Joseph den Prinzen Eugen nach Spanien senden

werde. Er war der Ueberzeugung, daß nur ein nachdrücklicher Offensiv-Krieg in Spanien ihm zum Ziele führen werde. Er sprach im Beginne des Jahres sich darüber seinem Berather Wratislaw nachdrücklich aus mit den Worten: „Hoffentlich werdet Ihr endlich erkennen, daß es eine chimärische Einbildung ist, sich hier defensiv behaupten zu sollen. Entweder muß man mich in den Stand setzen weiter zu rücken und offensiv zu agiren, oder man muß sich klar entschließen, meine Person und das Ganze hier zum Opfer zu bringen" [1]).

In diesen seinen Hoffnungen und Wünschen adoptirte Carl III. völlig den, wie er es nennt, geheimen Plan des Engländers Stanhope und meldete es an Marlborough. Der Plan bestand darin, daß Marlborough mit 20,000 oder 25,000 Mann in Spanien landen solle, so daß er von Westen oder Nordwesten aus vorbrechend, Carl III. selber und der Prinz Eugen von Catalonien aus, mit Einem Zuge diesen langen und blutigen Krieg enden würden [2]).

Ueberhaupt setzte Carl III. volles Vertrauen in Marlborough. In denselben Tagen, am 8. Februar, schrieb er an Wratislaw: „Ich glaube nicht, daß Marlborough sich über mich wird beklagen können; denn ich habe allezeit gesucht, eine ganz vertraute Correspondenz mit ihm zu haben, und auch allen meinen Ministern anbefohlen, nie etwas zu verhandeln, ohne ihm es mitzutheilen und seinen Rath zu vernehmen. Ich habe ihm allezeit zuvor geschrieben, wenn ich etwas von England verlange, und werde ferner darin fortfahren" [3]).

Demgemäß stieg in dem jungen Könige keine Ahnung auf, daß zur selben Zeit, wo er für sich und seine Sache in Spanien die Rettung und das Gelingen nur von einer nachdrücklichen Offensive erwartete, wo er für den Plan der Offensive auf Marlborough persönlich hoffte — daß zur selben Zeit dieser selbe Marlborough dem Herzoge Victor Amadeus seinen Kriegsplan für den nächsten Feldzug dahin eröffnete: offensiv in den Niederlanden und von Piemont aus, an allen anderen Orten, und namentlich auch in Spanien, defensiv.

---

[1]) Correspondenz von Carl III. und Wratislaw, im Archive für Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. XVI, S. 60.

[2]) Das Schreiben vom 13. Januar, bei Arneth: Prinz Eugen Bd. II, S. 460.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 8. Februar, S. 60.

Nicht aber die Wünsche oder Bitten Carls III. entschieden über den Kriegesplan, sondern Marlborough und Godolphin verwendeten, wie wir vernommen haben, die vom Parlamente bewilligten Kriegesmittel nach ihrem Ermessen. Wie sie nach der Niederlage von Almanza im Jahre 1707 keine weiteren englischen Truppen nach Spanien entsendet hatten, so auch nicht im Jahre 1708.

Dagegen trafen dort im Januar die kaiserlichen und pfälzischen Truppen ein, an Zahl 7300 Mann, deren Sold auf spanischem Boden die englische Regierung auf sich genommen. Auf die Klagen der Vertreter Carls III. in London, Hoffmann und Zinzerling, daß man den König hülflos lasse, erhielten sie die Antwort, 13. März, daß bereits 163,000 Pfund Sterling für ihn expedirt seien. Es war richtig; aber diese Gelder lagerten in Lissabon, von wo aus sie nur durch die Flotte unter Leake weiter geschafft werden konnten. Diese Flotte aber segelte erst ab im April.

Carl III. meldete damals, im März: „Ich habe in Allem nur 21,000 bis 22,000 Mann. Davon gehen ab für Besatzungen 6000 Mann. Es bleiben also ins Feld zu stellen 16,000 Mann. Wenn die Feinde von allen Seiten anrücken, so müßte ich die Infanterie in die festen Plätze legen, und die Cavallerie unter die Kanonen von Barcelona ziehen, wo sie aus Mangel zu Grunde gehen würde." Auf die Klage des Residenten Hoffmann bei dem Staats-Secretär Sunderland über einen solchen Stand der Dinge erwiederte dieser: es sei nunmehr in allen Dingen Fürsorge getroffen [1]). Aehnlich lauteten andere Vertröstungen. Aus einem Briefe Carls III. an Wratislaw haben wir erfahren, daß er Hoffnung setzte auf das Project des Generals Stanhope. Dieser selbst fuhr fort, nach seiner Wiederkehr aus England, im Juni, bei Carl III. in gleicher Weise zu reden. In London habe man die Absicht, sagte er, auf der Flotte unter dem Admiral Byng ein gutes Corps nach Portugal zu transportiren, und Marlborough werde auch hingehen, ob aber bereits im laufenden oder erst im nächsten Jahre, müsse die Zeit geben [2]). Stanhope mochte immerhin darin aufrichtig reden; um so weniger stieg bei Carl III. ein Zweifel auf.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. März.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 4. Juni, S. 68.



Zunächst aber war die Realität, daß im März von zwei Seiten her der Angriff bevorstand. Der Marschall Noailles rückte von Roussillon her ein, um Girona zu bedrohen; der Herzog von Orleans begab sich von Madrid nach Saragossa, um von da aus seinen Marsch gegen Tortosa zu richten. Aber der Herzog von Orleans fand die Vorbereitungen auf spanischer Seite durchaus nicht nach seinem Wunsche. Dazu ereignete sich für die Verbündeten ein besonderer Glücksfall, im Mai. Von Toulon aus war ein stattliches Convoy ausgelaufen, reich beladen mit den Erfordernissen für die Belagerung von Tortosa, mit Lebensmitteln, Munition, Geld. Es gelang der unter dem Admiral Leake ansegelnden Flotte, dies Convoy abzufangen und die gesammte Ladung nach Barcelona zu bringen [1]). Dadurch ward die Belagerung von Tortosa noch hinausgeschoben.

Inzwischen traf der Feldmarschall Guido Starhemberg ein, den der Kaiser seinem Bruder ausdrücklich als den besten seiner Generale nach dem Prinzen Eugen bezeichnete. Dieser selber nennt in einem Schreiben an den König Carl III. den Feldmarschall „einen hochberühmten und erfahrenen General, welcher bei dem Feinde großen Respect hat, und ersprießliche und stattliche Dienste leisten wird, wenn er nur auch mit den gehörigen Erfordernissen und einer Armee versehen ist, ohne welche sonst ein Feldherr, wer es auch sei, wenig fruchten noch verrichten kann" [2]).

Eine solche genügende Armee war allerdings nicht vorhanden. Die Bemühungen des Prinzen Eugen in den Conferenzen im Haag hatten nur den Erfolg gehabt, daß man für den Feldzug des nächsten Jahres Hülfe in Aussicht stellte. Es kam aber für Carl III. darauf an, dem bedrängten Tortosa Entsatz zu bringen. Er erwartete einen neuen Succurs von kaiserlichen und pfälzischen Truppen, den die Flotte unter Leake von Italien her überbringen sollte. Aber auch mit diesem Succurse, meinte er, würde er seine Armee nur auf 17,000 Mann schätzen können, während die französische Macht 25,000 Mann betrug. Am 11. Juli capitulirte Tortosa. Von der abziehenden Besatzung nahmen 1500 Mann Dienste unter dem Herzog von Orleans, so daß

---

[1]) Theatrum Europaeum, Theil XVIII b, S. 243.

[2]) Das Schreiben vom 7. März, bei Arneth: Prinz Eugen Bd. II, S. 462.

er stärker dastand als zuvor [1]). — Noailles dagegen zog sich von Girona wieder zurück, ohne etwas auszurichten.

Inzwischen kehrte die Flotte unter Admiral Leake von der italienischen Küste zurück mit einigen Tausend Mann neuer Truppen für Carl III. Sie brachte ihm zugleich seine Braut Elisabeth Christine, geb. Prinzessin von Braunschweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel.

Die Heirath Carls III. mit Elisabeth Christine.

Nach dem Mislingen der Werbung um die Prinzessin Caroline von Anspach (Band XI, S. 297 u. f.) drängte der Graf Wratislaw in Carl III., mit dem Hinweise im Vertrauen, daß auf eine weitere Descendenz des Kaisers Joseph geringe Aussicht, sich bald für eine andere Wahl zu entscheiden [2]). Unter den Prinzessinen, die in Frage kommen konnten, befürwortete die Kaiserin Amalie Wilhelmine [3]) die Wahl einer Prinzessin ihres Hauses, Elisabeth Christine von Braunschweig-Lüneburg zu Wolfenbüttel, Tochter des Herzogs Ludwig Rudolf, Enkelin des Herzogs Anton Ulrich, der noch lebte und demnach Chef des Hauses war.

Die Frage dieser Heirath, angeregt durch die Kaiserin als Verwandte, ward in dem fürstlichen Hause zu Wolfenbüttel bereits 1705 erwogen. Aber für eine demnächstige Königin von Spanien war bei dieser Nation das katholische Glaubensbekenntnis erste Bedingung. Der Herzog Anton Ulrich verlangte das Gutachten seiner zwei Hofprediger in Betreff eines Uebertrittes. Sie verneinten in scharfen Worten die Zulässigkeit [4]). Andere Gutachten, namentlich dasjenige von Fabricius, Professor der Theologie in Helmstädt und Titular-Abt zu Königslutter, lauteten nicht abweisend. Ueber diese verschiedenen Gutachten, die in den nächsten Jahren in die Oeffentlichkeit traten, erhob sich dann unter den akatholischen Theologen einer Reihe von Ländern Europas ein heftiges Gezänk, besonders gegen Fabricius.

---

[1]) Theatrum Europaeum, Theil XVIII b, S. 245.

[2]) Wratislaw an Carl III., 9. August 1705, S. 20.

[3]) A. a. O., S. 22. Vom 26. Januar 1706.

[4]) Man vergleiche über den ganzen Vorgang den Aufsatz im patriotischen Archiv für Deutschland, Bd. XI, S. 1 u. f.



Die Kaiserin Amalie, die für ihren Plan unter der Hand den Leibarzt Garelli entsandt hatte, erhielt durch ihn Succurs an der Kurfürstin Sophie in Hannover und Leibniz. Von dem Letzteren liegt ein merkwürdiges Schreiben an den Herzog Anton Ulrich vor, zugleich im Namen der Kurfürstin und im eigenen. Die späteren theologischen Zänker gehen von der Basis aus, daß die Prinzessin wider die eigene Neigung durch die großväterliche Autorität zum Uebertritte bewogen sei. Die Kurfürstin und Leibniz, welche die Prinzessin persönlich kannten, weisen dagegen auf eine kundbare Neigung der Prinzessin zur katholischen Kirche hin [1]). Sie rathen daher dem Großvater Anton Ulrich, dieser vorgefaßten Neigung nicht mit Autorität und Zwang entgegen zu treten, sondern freien Raum zu lassen, und Anstalt zu treffen, daß die Prinzessin römisch-katholisch unterrichtet werde. Dieser Rath erfolgte am 2. November. Ein Verlöbnis oder auch nur eine officielle Werbung lag damals nicht vor. Doch sprach sich Carl III. einige Wochen später zu Wratislaw vertraulich mehr zu Gunsten der Prinzessin von Wolfenbüttel als anderer ihm vorgeschlagenen aus, nur daß die Verschiedenheit der Religion ihm Bedenken erregte [2]).

Die Prinzessin, damals kaum sechzehnjährig, begab sich in das Stift Gandersheim, das eine Schwester ihres Vaters unter dem Titel Aebtissin besaß, und empfing dort katholischen Religionsunterricht von dem Jesuiten Plöckner, den der Kurfürst Lothar Franz von Mainz gesendet hatte. Es ist zu bemerken, daß die in der Angelegenheit zunächst betheiligten Personen, der Großvater Anton Ulrich und die Aebtissin von Gandersheim, bald nachher auch katholisch wurden. Das Elternpaar blieb lutherisch.

Im April 1707 traf in Wolfenbüttel eine solenne kaiserliche Botschaft ein, die Prinzessin Elisabeth nach Wien abzuholen. Der feierliche Uebertritt der Prinzessin zur römisch-katholischen Kirche geschah unterwegs im Dome zu Bamberg, wohin sich der Mainzer Kurfürst Lothar Franz, zugleich Bischof von Bamberg, zu diesem Zwecke

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 239. Leibniz sagt dort: Zumahlen man dafür hält, daß bereits in der Jugend zartesten Jahren der Grund der römischen Religion ohne der hohen Groß- und Eltern Zuthun gelegt worden.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 15. December 1706, S. 27.

begeben hatte, am 1. Mai. Erst während des Aufenthaltes in Wien erfolgte die Werbung in officieller Form. Am 18. September 1707 ließ König Carl III. zu Barcelona die Prinzessin Elisabeth als seine Braut declariren. In Wien geschah dies erst am 18. October [1]).

Die Schilderungen der Persönlichkeit der Prinzessin Elisabeth lauten ungemein vortheilhaft. Acht Jahre später, nachdem sie als Kaiserin aus Spanien nach Wien zurückgekehrt war, beschrieb die Lady Worthley Montague in ihren Reisebriefen sie als ein Musterbild weiblicher Schönheit. „Was die Dichter, sagt sie, gesungen haben von der Majestät der Juno und dem Reize der Venus, reicht nicht hinan zu dieser Wirklichkeit" [2]).

Die Ueberschiffung der Prinzessin Elisabeth nach Barcelona war im Jahre 1707 nicht mehr ausführbar. Im Jahre 1708 fand vorher die Trauung durch Procuration statt, am Abende des 23. April, in der Capelle von Hietzing, die damals als Schloß-Capelle von Schönbrunn diente. Der Kaiser Joseph vertrat die Stelle seines Bruders, des Königs Carl III.; die Braut ward von den zwei Kaiserinnen Eleonora und Amalia an den Altar geleitet. Der Cardinal von Sachsen, Erzbischof von Gran, assistirt von zwei Bischöfen und mehreren Prälaten, vollzog den Act der Trauung. Nach demselben fuhr die nunmehrige Königin Elisabeth sofort ab nach dem kaiserlichen Schlosse Hadersdorf [3]). Von dort aus erfolgte am nächsten Tage, dem 24. April, die Weiterreise, mit einer Anzahl von Stationen, wie sie im Zeitalter der Eisenbahnen fast unglaublich erscheint. Am 13. Mai traf die Königin Elisabeth in Innsbruck ein.

Wenige Wochen später vollzog sich am selben Hofe eine ähnliche Handlung. Der König Johann V. von Portugal hatte um die Erzherzogin Maria Anna angehalten. Am 9. Juli vollzog der Cardinal von Sachsen die Trauung, bei welcher der Kaiser Joseph den Bräutigam vertrat, dies Mal in Kloster-Neuburg. Auch diese Heirath entsprach den Wünschen der Mächte der großen Allianz, und es ward daher auch für diese neue Königin eine Flotte bereit gestellt, sie hinüber zu tragen, und

---

1) Ausführlich im Theatrum Europaeum, Theil XVIII a, S. 128 u. f.
2) In dem Briefe aus Wien, vom 14. September 1716.
3) Officielle Relation des Cardinals von Sachsen.

zwar von den Niederlanden aus. Die Königin Maria Anna brach am 11. Juli von Kloster-Neuburg auf, mit einem Gefolge, wie es das Ceremoniell jener Tage erforderte, von 265 Personen. Am 19. August traf sie im Haag ein, und ging in Rotterdam zu Schiffe am 12. September. Erst am 25. September erreichte sie Portsmouth, so schwer an der Seekrankheit leidend, daß man für sie fürchtete. Am 18. October segelte die stattliche Flotte ab, zehn Schiffe von der Linie stark, mit anderen zahlreichen Fahrzeugen. Dies Mal war die Fahrt glücklich. Sie dauerte von Portsmouth nach Lissabon nur acht Tage, was bis dahin bei einer starken Flotte unerhört erschien[1]).

Ungleich wichtiger indessen war jene andere Heirath. Es handelte sich bei ihr, wie wir aus den Andeutungen des Grafen Wratislaw als damals bereits wahrscheinlich entnommen haben, und wie es wenige Jahre später zur Gewisheit wurde, um die Fort-Existenz des Hauses Habsburg.

Der Durchzug der Königin Elisabeth durch Ober-Italien, im Juni und Juli, rief für einige Mächte dort Verlegenheiten hervor. Der Papst Clemens XI. weigerte sich sie als Königin begrüßen zu lassen, und dies trug nicht wenig bei, die damaligen Differenzen zu verschärfen. Die Republik Venedig und Victor Amadeus hatten auch einiges Bedenken; jedoch fügten sie sich. In Mailand dagegen wurde Elisabeth als die rechtmäßige Landesfürstin wie im Triumphe empfangen[2]). In Vado stieg sie an Bord, am 13. Juli, und landete nach einer Fahrt von zehn Tagen in Barcelona.

Zugleich brachte, wie bemerkt, diese Flotte etwa 4000 Mann Truppen, kaiserliche und Neapolitaner.

Fortsetzung des Krieges in Spanien.

So willkommen diese Truppen sein mußten, sie gaben Carl III. nicht die Möglichkeit einer Offensive zurück. „Wir stehen hier, meldet er auf die Nachricht des Sieges von Oudenarde, an Wratislaw, durch einen Sieg in den Niederlanden um nichts besser; denn der Feind bleibt uns um 10,000 Mann überlegen" [3]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. November.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII a, S. 216.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 2. August, S. 76.

Unverkennbar geht durch die Aeußerungen des Königs Carl III. ein Zug der Verstimmung gegen den Kaiser, als wenn dieser es an der erforderlichen Unterstützung für ihn fehlen ließe. Wratislaw dagegen verneint jede Berechtigung zu einem solchen Vorwurfe [1]). In der That beweisen eben damals die Aufträge des Kaisers an den Prinzen Eugen zu Vorstellungen bei Marlborough, daß er sich der Sache lebhaft annahm. Der Prinz Eugen soll diesem die Noth Carls III. so dringend vorstellen, daß, wenn nicht zu der Mannschaft, welche die Flotte des Admirals hinüber geführt, bald noch 8000 Mann hinzukommen, er sich in Catalonien nicht mehr halten könne. Der Auftrag war bereits am 11. Juli gegeben, am selben Tage, an welchem Carl III. an Wratislaw meldete, daß er, im Falle der Einnahme von Tortosa, darauf gefaßt sein müsse, im nächsten Winter wieder in Barcelona belagert zu werden. Gerade am selben Tage capitulirte Tortosa.

Das Verhalten von englischer Seite gegenüber der Sache Carls III. in Spanien ist gerade in diesem Jahre 1708 kaum zu fassen. Die Königin ließ damals bei den Generalstaaten einen Anwurf thun zu einem Vertrage, welcher ausdrücklich besagen sollte, daß die Totalität der spanischen Monarchie dem Hause Oesterreich zurückgegeben werden müsse. Die Holländer wichen aus, weil ein solcher neuer Vertrag nicht vereinbar sein würde mit dem Vertrage von 1703, welcher für Portugal bestimmte Theile von Estremadura zusicherte [2]). Wir sehen also hier bei der Königin den Beweis eines großen Eifers. Marlborough dagegen wandte thatsächlich bei der Vertheilung der bewilligten Mittel nicht bloß weitaus den größten Theil nach den Niederlanden, einen anderen großen Theil nach Piemont, sondern verfolgte daneben auch noch Jahr auf Jahr den Offensiv-Plan einer Landung an der französischen Küste, der immer sehr viele Mittel erforderte, und bis dahin niemals ein Ergebnis gebracht hatte.

Eben damals, im September, wo Carl III. in Barcelona dringend um Verstärkung bat, erschien eine englische Flotte mit Landungstruppen an der Küste der Normandie. Die Abwehr ward den Franzosen nicht schwer. Die Reste der einstigen Landmiliz, in England die train-

---

[1]) Wratislaw an Carl III., 5. October, S. 78.

[2]) Lamberty t. V, p. 165.



bauds genannt, in Deutschland der Ausschuß, waren auch in Frankreich noch vorhanden. Sie wurden aufgeboten. Diese Landmiliz, uniformirt und bewaffnet, wurde von der englischen Flotte aus gesehen und für regelrechtes Militär gehalten. Man wagte nicht von der Flotte aus einen Mann ans Land zu setzen, sondern kehrte nach Portsmouth zurück [1]).

Wenn nicht bei solchen Landungsplanen, so dürfte man in Betreff des Feldzugs in den Niederlanden sagen, daß bei Marlborough egoistische Motive mitwirkten, die Hauptmacht dahin zu leiten. Aber in Betreff Spaniens finden wir auch andere Engländer kaum eifriger. Am 21. September meldet Hoffmann aus London: „Es ist sehr zu beklagen, daß die Fortsetzung des Krieges in Spanien hier mit einer solchen Gleichgültigkeit angesehen wird, so sehr, daß man weder in Catalonien noch in Portugal eine dem Feinde wenn nicht überlegene, so doch wenigstens gewachsene Macht zu haben trachtet. Und doch würde ja ein einziges glückliches Treffen dort über ganz Spanien entscheiden, während, wie die Erfahrung zeigt, die an anderen Orten errungenen Siege diesen Erfolg nicht haben können" [2]).

Dennoch gelang es dann für die Sache Carls III. einige Vortheile zu erringen. Durch den Grafen Cifuentes über die günstige Stimmung in Sardinien für ihn unterrichtet, hatte der König schon früher den englischen Admiral Hickes aufgefordert, dorthin eine Expedition zu unternehmen, aber keine Willigkeit gefunden. Der Admiral Leake dagegen gab der erneuten Aufforderung nach. In der That bedurfte es nur des Erscheinens der Flotte vor Cagliari und einiger Drohungen, um, bei der Stimmung des Volkes, unter welchem die Mönche zu Gunsten Carls III. voran traten, den Gouverneur, Marquis von Jamaique, zur Capitulation zu zwingen, am 14. August. Carl III. bestellte Cifuentes zum Gouverneur der Insel, deren Producte fortan für die Stellung Carls III. in Catalonien zu großem Nutzen gereichten.

Wenige Wochen später gelang ein anderer Anschlag. Von der Einnahme Barcelonas an hatte Carl III. unablässig die Bitte gestellt, daß eine verbündete Flotte im Mittelmeere überwintern möge, und jedes Mal die Antwort erhalten, daß man über keinen geeigneten See-

---

1) Hoffmanns Bericht vom 11. September.
2) Desgleichen vom 21. September.

hafen verfüge. Von Anfang an aber richteten sich die Blicke auf Minorka mit Port Mahon, wo, wie man wußte, die Bevölkerung Carl III. ersehnte. Am 14. September unternahm der General Stanhope das Wagestück, an der Insel zu landen. Die Gegenwehr war nicht nachdrücklich. Nach wenigen Tagen capitulirten die zwei Commandanten der Festung, ein Spanier und ein Franzose. Nach der Heimkehr wurde jener zu Madrid der Untreue angeklagt, verurtheilt und hingerichtet, dieser zu Toulon auf die Anklage und das Urtheil der Zaghaftigkeit. Der vortreffliche Port Mahon war fortan in den Händen der Engländer, damals dem Namen nach für Carl III. Aber noch am Tage der Einnahme selbst meldete Stanhope an Sunderland seine Meinung, daß England diese Insel mit ihrem Hafen niemals wieder fahren lassen dürfe[1]).

Diese Erfolge an den Inseln waren von bedeutender Tragweite; aber auf dem Festlande in Spanien zog der feindliche Ring um Carl III. sich enger. Im Anfange November umlagerte der französische General d'Asfeld die Stadt Denia. Sie fiel nach wenigen Tagen, und eben so dann das Schloß, am 17. November. Und weiter ging es dann auf Alicante. Auch diese Stadt fiel nach einigen Tagen, im Anfange December. Dagegen versuchte Starhemberg die Stadt Tortosa durch einen Handstreich wieder zu gewinnen. So wohl derselbe angelegt war: er mislang, am 4. December.

Auf der anderen Seite der Halbinsel verlief der Feldzug unter gegenseitiger Beobachtung, ohne jegliche Entscheidung.

Zum Schlusse des Jahres 1708 überblickte der junge König Carl III. seine Lage als wenig hoffnungsvoll. Die letzten Verluste von Denia und Alicante hatten ihm, außer den Plätzen selbst, 3000 Mann genommen. Um so mehr also fehlte an den 40,000 Mann, die nach dem Anschlage von Starhemberg zum Widerstande erforderlich waren. Eben damals war der Feldzug in den Niederlanden glücklich verlaufen. Carl III. hob abermals hervor, daß alle dortigen erfolgreichen Diversionen für ihn in Spanien nicht hülfen und daß demgemäß seine Sache dort, ohne baldigen und nachdrücklichen Beistand, zu Grunde gehen müsse. Und immer wieder tauchte ihm dann das Stanhope'sche

---

1) Stanhope, Reign of Queen Anne, p. 363.



Project empor. Er bat den Grafen Wratislaw zu diesem Zwecke in Marlborough zu dringen, daß er im nächsten Frühlinge es ausführe. Wenn Marlborough einmal selber engagirt, so werde er auch alles zu dem Kriege in Spanien beitragen [1]). — Freilich, nur stimmten die Wünsche Carls III. nicht zu den eigenen Planen Marlboroughs.

Plan des Herzogs von Orleans.

Eine Angelegenheit aus dem Feldzuge in Spanien verdient noch eine besondere Erwähnung. Der Herzog von Orleans baute den kühnen Plan auf, sich an die Stelle Philipps V. zu setzen, einerseits mit Hülfe einiger Spanier, die mit der unumschränkten Herrschaft der Prinzessin Orsini unzufrieden waren, andererseits der Verbündeten selbst. Er knüpfte mit dem ihm von früher her bekannten englischen General Stanhope an, in der Hoffnung die Verbündeten zu bewegen, daß auch sie ihrerseits den König Carl III. fahren ließen. Auf diesen Vorschlag ging der General Stanhope nicht ein, stellte dagegen in Aussicht, daß, wenn der Herzog eine neue Erhebung der Sevennolen begünstige, für ihn aus Languedoc und Navarra ein souveränes Fürstenthum gebildet werden könne [2]).

So die englischen Nachrichten. Andere lauten davon verschieden. Der Magyar Vetes berichtet sogar, daß Orleans sich erboten habe, Philipp V. den Verbündeten auszuliefern [3]). Indessen, wie weit immer die Plane des Herzogs sich erstrecken mochten, in jedem Falle schlossen sie einen Hochverrath gegen Philipp V. in sich. Es gelang der Prinzessin Orsini einige Kunde davon zu bekommen, und durch die Verhaftung von zwei Agenten des Herzogs, Flotte und Renault, Bestimmteres zu erfahren. Philipp V. setzte den Großvater in Kenntnis, und die nächste Consequenz war, daß dem Herzog von Orleans das Commando für 1709 in Spanien genommen wurde.

Die ausführliche Erzählung des Duc de St. Simon über diese Angelegenheit scheint darauf berechnet zu sein, zu zeigen, welche wichtige

---

[1]) Carl III. an Wratislaw, 27. December, S. 80.
[2]) Stanhope, Reign of Queen Anne, p. 365.
[3]) Fiedler Bd. I, S. 151.

Rolle er in dieser Angelegenheit gespielt habe [1]). Der kurze Bericht des Magyars Vetes, der unabhängig und unparteiisch über diese Angelegenheit berichten konnte, meldet: „Der geheime Rath, in außerordentlicher Weise berufen, votirte einstimmig für den Tod, außer dem Könige, der in seiner großen Milde und aus Rücksicht für die Mutter und die Tochter des Schuldigen, ihn völlig begnadigte" [2]).

Wichtiger noch als jene Motive dürfte für Ludwig XIV. ein anderes gewesen sein, welches er seinem Enkel in Madrid mit den Worten kund gibt: „Nach meiner Ansicht ist der beste jetzt zu fassende Entschluß, diese Angelegenheit, deren Bekannt-Werden schon allzu viel Unheil angerichtet hat, von Stund an in Schweigen zu begraben" [3]). Dies Schreiben des Großvaters an den Enkel ist zugleich darauf berechnet, die Schuld von Orleans ab auf jene zwei Agenten zu wälzen, als die ihre Instructionen überschritten hätten und dafür dem Zorn Philipps V. preis gegeben werden.

Von englischer Seite sprach Marlborough gleich damals, auf den ersten Bericht Stanhopes, die Vermuthung aus, daß der Herzog von Orleans sich nicht so weit vorgewagt haben würde ohne jegliches Vorwissen Ludwigs XIV. In dieser Vermuthung ward er bestärkt durch Nachrichten von anderen Seiten, daß Ludwig XIV. die Hoffnung aufgebe, seinen Enkel in Spanien behaupten zu können, und darum nach einem Auskunftsmittel suche [4]).

Die Angelegenheit, die in ihrem Beginne von großer Wichtigkeit erschien, verlor dieselbe von dem Augenblicke an, wo sie dem Hofe Philipps V. in Madrid zur Kunde kam.

Der Feldzug des Herzogs Victor Amadeus.

Nach dem Plane Marlboroughs und Godolphins sollte der Herzog Victor Amadeus eine nachdrückliche Offensive entwickeln. Bereits im April jedoch dämpften die Reden des Prinzen Eugen zu Marlborough ein wenig diese Hoffnungen. Es sei, meinte er, von Victor Amadeus

---

[1]) Mémoires de St. Simon t. V, p. I et suiv.
[2]) Fiedler Bd. I., S. 151.
[3]) Oeuvres de Louis XIV, t. VI, p. 203.
[4]) Murray vol. IV, p. 409.

für diesen Feldzug wenig Nachdrückliches zu erwarten [1]). — Im Laufe des Monates Mai kam Marlborough aus anderen Mittheilungen, die er erhielt, namentlich durch einen Brief des Grafen Maffei, zu derselben Ueberzeugung, daß es nicht die Absicht des Herzogs sei, große Dinge vorzunehmen [2]).

Nach dem piemontesischen Entwurfe sollte die zur Offensive zu verwendende Macht bestehen aus 46,000 Mann, nämlich 20,000 Kaiserlichen, 8000 Preußen und 3000 Sachsen-Gothaer, beide im Solde der Seemächte, und 15,000 Piemontesen. Von den letzteren aber müsse der Herzog 7000 Mann für Besatzungen zurück behalten. Von kaiserlicher Seite dagegen behauptete man, erst dann zu 20,000 Mann verpflichtet zu sein, wenn zuvor Sicilien genommen sei. Diese Differenzen, die schon im Februar begannen, zogen sich lange hin. Aber in Wien wußte man sehr wohl, daß sowohl in London wie im Haag immer die Neigung vorherrschte, bei allen Differenzen solcher Art das Recht auf Seiten des Herzogs Victor Amadeus, das Unrecht auf kaiserlicher Seite zu finden. Der Kaiser Joseph, in einem Handschreiben vom 3. März, nennt diese Neigung die bei dem englischen Hofe für den Herzog eingewurzelte Praeoccupation.

Daß diese Neigung stark war, haben wir daran gesehen, daß sie selbst durch die Erfahrungen vor Toulon nur in geringem Grade erschüttert wurde. Dagegen fand sich auf kaiserlicher Seite nicht immer die Bereitwilligkeit, die Victor Amadeus auf Grund der Allianz zu verlangen berechtigt war. Der piemontesische Gesandte Briançon in London zeigte damals dem Grafen Gallas Briefe des Herzogs, nach welchen der kaiserliche General Visconti sich für ein Nicht-Gehorchen auf bestimmte Befehle von Wien her berufen hatte, und machte dazu die Bemerkung: „Die Thorheit und Unbesonnenheit Ihrer eigenen Leute zieht Ihnen Verdrießlichkeiten zu. Wenn Ihr Hof wirklich solche Befehle gegeben hat, so boten sich viele Mittel sie auszuführen, ohne sich ausdrücklich darauf zu berufen und so den Hof selber bloß zu stellen“ [3]).

---

1) Coxe vol. II, p. 213. Godolphin an Marlborough, 11./22. April.

2) A. a. O. p. 236.

3) Bericht des Grafen Gallas, vom 15. Mai. — Die Weigerung Viscontis genauer in einem Schreiben Godolphins, bei Coxe vol. II, p. 235.

Der Beginn des Feldzuges verzog sich bis in den Monat Juli, und Victor Amadeus hatte dabei die volle Befriedigung, daß namentlich im Haag, auf die Reden des gewandten Maffei, die Schuld der Verzögerung nur den Kaiserlichen beigemessen wurde [1]). Die Feld-Armee bestand aus nahezu 35,000 Mann, von denen etwa 14,000 Kaiserliche unter Daun.

Von französischer Seite bezweckte man nach Südosten hin nur die Vertheidigung; aber diese ward erschwert durch den Verlust von Susa im vorigen Feldzuge. Es wurden daher in Versailles eine Reihe von Vorschlägen zum Wiedergewinne erwogen, die bei der Unzulänglichkeit der Mittel Entwürfe bleiben mußten [2]). Der Marschall Villars erhielt den Oberbefehl über eine Macht, die bedeutend schwächer war als diejenige der Verbündeten, und die dann Ludwig XIV. noch verringerte, aus Furcht vor der Wiederholung des Unternehmens auf Toulon, um dort ein verschanztes Lager zu errichten. Denn abermals wie im Jahre zuvor befand sich die Flotte der Verbündeten in derselben Stärke von 40 Linienschiffen und vielen anderen Fahrzeugen im Mittelmeere. Es war bekannt, daß sie von Vado aus die Königin Elisabeth und neue Truppen nach Catalonien hinüber tragen sollte; aber es konnte Weiteres im Plane sein, und in Versailles hatte man zu erwägen, daß die ganze Küste von der Mündung des Var bis nach Marseille sich nirgends im Zustande der Vertheidigung befand [3]). Da dies in London doch auch bekannt sein mußte, so liegt in der Nicht-Ausnutzung dieser schwachen Stelle des Gegners, in dem stillschweigenden Verzichte auf den abermaligen Plan einer Ueberraschung von Toulon, der Fingerzeig, daß die maßgebenden Persönlichkeiten in London sehr wohl wußten, in wie weit auf Victor Amadeus zu bauen war, und daß er nur einen solchen Offensiv-Plan mit Nachdruck und Eifer betreiben würde, dessen Erfolge ihm selber zu Gute kamen. Der Marschall Villars war nach kurzem Zweifel von Anfang an der Ansicht, daß für die Provence nichts zu fürchten, daß die Offensive

---

[1]) Lamberty t. V, p. 156.

[2]) Pelet, Mémoires militaires t. VIII, p. 169 et suiv.

[3]) A. a. O. p. 223.

des Herzogs Victor Amadeus gegen Savoyen und Dauphiné gerichtet sein werde [1]).

Um die Mitte Juli brach der Herzog Victor Amadeus mit dem größeren Theile seiner Armee von Susa auf, um über den Mont Cenis in Savoyen einzudringen, während der kleinere Theil den Weg über den kleinen St. Bernhard einschlug. Nach den Berichten des Marschalls Villars, welche, namentlich derjenige an die Frau von Maintenon [2]), wie lauter Siegesfanfaren erklingen, hätte dann er den Herzog zurück gedrängt und so eingekeilt, daß dieser sich nur mit dem Verluste seiner gesammten Artillerie und seines Nachtrabes hätte entwinden können, als dem Herzoge in unerwarteter Weise Luft gemacht worden sei durch die schmähliche Uebergabe des Forts Exilles. Nach der Darstellung von verbündeter Seite dagegen war es der Plan des Herzogs, durch seine Vorwärts-Bewegung den Marschall Villars über sein eigentliches Ziel zu täuschen, ihn von Exilles abzuschneiden und dann in rascher Rückwendung dasselbe zu nehmen [3]). Dies geschah am 12. August. Villars ließ den Commandanten vor ein Kriegsgericht stellen, welches ihn verurtheilte.

Es folgte die Einnahme von Perusa. Dann umringte Victor Amadeus das Schloß Fenestrelles, welches durch seine hohe Lage sicher schien. Aber es war dominirt durch einen anderen Felsen, so jäh und steil, daß die Franzosen, die Ersteigung als unmöglich ansehend, ihn nicht besetzt hatten. Victor Amadeus jedoch machte das scheinbar Unmögliche möglich, und darauf mußte Fenestrelles, ungeachtet der wiederholten Bemühungen des Marschalls Villars zum Entsatze, capituliren, am 31. August [4]).

Wenige Tage später begann es in den Alpen zu schneien, und damit war der Feldzug dort zu Ende. Victor Amadeus aber beeilte sich in London zu bitten, daß ihm bei dem Friedensschlusse, der sich zu nähern schien, der Besitz dieser zwei Festungen zugesichert würde.

---

[1]) Pelet, Mémoires militaires t. VIII, p. 228. — Mémoires de Villars t. II, p. 4.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 13.

[3]) Lamberty t. V, p. 159.

[4]) A. a. O. p. 160.

Der Feldzug am Oberrheine.

Vom Beginne des Jahres 1708 an sehen wir abermals den Kurfürsten Lothar Franz von Mainz in Thätigkeit, die Reichsstände durch ihre Gesandten in Regensburg zu mahnen an die Pflicht, sowohl die Beiträge für die Kriegscasse des Reichs einzuzahlen als die Contingente zu stellen. Die Mahnungen des Kurfürsten erhielten, wie auch früher, Nachdruck durch die Vorstellungen des holländischen Residenten Mortaigne im Namen der Seemächte. Darin ward, wie ein Zeitgenosse bemerkte, die Wahrheit inniglich und kräftiglich genug gesagt [1]). — Wenige Tage später folgte mit einer Ansprache der Cardinal Lamberg als Principal-Commissär im Namen des Kaisers, zu Ende Januar. Diesen Aufforderungen gemäß faßte zuerst die Mehrheit im Kurfürsten-Collegium, und entsprechend dann die Mehrheit des gesammten Reichstages, ihr Gutachten, welches der Kaiser als Reichsschluß bestätigte, namentlich dahin, daß ein jeder Reichsstand sein Contingent stellen und seinen Beitrag zu der Reichs-Kriegscasse einzahlen solle. Der Reichsschluß ging sogar soweit, dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg als commandirendem General der Reichsarmee das Recht der Execution zuzusprechen [2]).

Der Wortlaut der Beschlüsse war nachdrücklich, die Ausführung, wie hergebracht, lahm.

Auf die Mittheilung der Beschlüsse erwiderte der Kurfürst Georg Ludwig, im Februar, daß er, dem Ersuchen des Reichstages gemäß, seinen Gesandten in London und im Haag Auftrag gegeben, die Seemächte zur Verwendung in Berlin zu bewegen, damit auch das brandenburgische Reichs-Contingent gestellt werde. Zwei Monate später meldet er in einem abermaligen Schreiben an den Reichstag den Stand der Dinge als überaus mangelhaft [3]). Die Klagen betrafen

1) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 3 u. f.

2) A. a. O. S. 12: daß bei denen morosis der Rückstand durch Ihre kurfürstliche Durchlaucht zu Braunschweig kraft des hiermit specialiter auftragenden Gewalt als commandirenden Generalen wirklich exequirt werden sollte.

3) A. a. O. S. 16.

namentlich, wie seit den letzten vier Jahren, das völlige Ausbleiben des brandenburgischen Reichs-Contingentes von 4000 Mann. Wie diese ausblieben, so auch die 8000 Mann, welche Friedrich I. nach dem Vertrage vom November 1700 über die Krone dem Kaiser zu stellen schuldig war, und welche der letztere seit Jahren vergeblich für die Reichsarmee verlangte. Dagegen standen 12,000 Mann Preußen-Brandenburger für englischen und holländischen Sold in den Niederlanden.

Die Generalstaaten, die ihren Residenten in Regensburg so nachdrücklich reden ließen, hatten doch auch in Berlin an die Pflicht für das Reich mahnen lassen [1]). Friedrich I. mochte glauben, auf alle diese Mahnungen nicht völlig schweigen zu dürfen. Sein Reichstags-Gesandter für Magdeburg erklärte in Regensburg, daß es dem Könige ganz recht sein werde, wenn einige von seinen in den Niederlanden stehenden Truppen an den Oberrhein gezogen würden. Dagegen wandten die anderen Reichsstände ein, daß der König dies unentgeltlich thun müsse, und daß er demgemäß um so viel weniger Subsidien von England und Holland nehmen dürfe, als er, um sein Reichs-Contingent zu stellen, Truppen nach dem Rheine rufen würde. Denn im anderen Falle, wenn nicht den Seemächten diejenigen Truppen, die der König aus den Niederlanden etwa abberiefe, durch andere ersetzt würden, liege es klar vor Augen, daß jene guten Worte ohne Frucht bleiben würden. — Es fielen darüber im Reichstage nachdrückliche Reden. Da die klaren maßgebenden Reichsgesetze, hieß es, nicht mehr beobachtet würden, so sei das, wie Anderes solcher Art mehr, ein Beweis der Zerrüttung des Reichsverbandes. Entweder müsse das durch bessere Anstalten geändert werden, oder es werde endlich Alles einen schlechten Ausgang nehmen [2]).

Abermals also einigte sich, auf Betrieb des Kurfürsten Georg Ludwig, die Mehrheit im kurfürstlichen Collegium zu einem nachdrücklichen Beschlusse, Mitte Mai. „Die Worte desselben, sagt ein Zeitgenosse, waren, nach dem Urtheile patriotischer Gemüther, sachgemäß,

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIIIb, S. 16.

[2]) A. a. O. S. 18.

herzhaft und gut" [1]). Aber einige Ausdrücke wurden, als zu weit gehend, im fürstlichen Colleg angefochten. Der Kurfürst Lothar Franz vermittelte. Man einigte sich endlich dahin, daß jeder Reichsstand seinen Antheil an den bewilligten Summen für Philippsburg, ferner an den 300,000 Gulden und der Million Reichsthaler nach Frankfurt unausweichlich und unverzüglich einzahlen solle [2]). — Wir haben bereits gesehen (Band XII, S. 523), daß dies nur zum weitaus geringeren Theile geschah.

Die Republik der Niederlande hatte über diese traurigen Zustände ihre Mahnungen nicht bloß in Regensburg geltend gemacht, sondern auch, wie wir gesehen haben, in Berlin. Anders England. Hier hätte zunächst Marlborough als dem eigentlichen Kenner der Zustände des Reiches obgelegen, eine solche Mahnung ergehen zu lassen. Aber Marlborough war der Führer der Armee in den Niederlanden. Eine Schwächung derselben um das brandenburgische Reichs-Contingent schwächte also seine Armee. Dazu stand er persönlich gut mit Friedrich I., von welchem er im Jahre zuvor bei seinem Besuche in Berlin ein reiches Geschenk erhalten. Nach seiner Rückkehr von Hannover berichtete er vom Haag aus, am 5. Mai, in seiner Meldung an Friedrich I. über die Beredungen dort mit dem Prinzen Eugen und dem Kurfürsten Georg Ludwig. In diesem Schreiben findet sich kein Wort einer Mahnung, das Reichs-Contingent zu stellen [3]). In einem Briefe dagegen, vom selben Tage, an den englischen Botschafter in Berlin, Lord Raby, gibt Marlborough sich noch deutlicher zu erkennen. „Sie dürfen sicher sein, sagt er darin, daß, wenn in Hannover im geringsten der Gedanke angeregt wäre, einige Truppen des Königs aus den Niederlanden weg an den Rhein oder die Mosel zu senden, ich zuerst ihm davon Nachricht gegeben hätte" [4]).

Solche Persönlichkeiten mochten zu eigenem gegenseitigem Nutzen einander in die Hände arbeiten, Andere und namentlich Franzosen ergingen sich über das Nicht-Eintreten mehr als eines deutschen Reichs-

---

1) **Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 19.**
2) **A. a. O. S. 20.**
3) **Murray vol. III, p. 719.**
4) **A. a. O. vol. IV, p. 1.**

fürsten für das eigene Vaterland, über das Verhandeln dagegen ihrer Unterthanen zum Solddienste für fremde Mächte, in herbem Spotte. „Gar manche deutsche Fürsten, hieß es dort, würden oft kein Geld haben, wenn sie es sich nicht machten aus dem an andere Mächte verkauften Blute und Leben ihrer armen Unterthanen. Man beschuldigt orientalische Völker einer barbarischen Grausamkeit, weil sie ihre Kinder in die Sclaverei oder harte Leibeigenschaft verkaufen; aber ärger ist es doch noch, Christen an andere Mächte zum Tode zu verkaufen, daß sie hernach verbunden und gezwungen sein müssen, nach des Käufers Gutbefinden ihr Blut, ihre Gliedmaßen, ihr Leben hinzugeben, wo doch dort jene Sclaven das ihrige behalten. Es entspricht nicht dem Anstande und ist dennoch der Wahrheit gemäß, zu bedenken zu geben, ob nicht manche Reichsfürsten ihre im Ehestande lebenden Unterthanen wie eine Stuterei betrachten, die deswegen unterhalten wird, damit man durch das Verkaufen der darin fallenden Jungen seinen Gewinn macht" [1]).

Im Anfange Juni trafen die zwei Kurfürsten Lothar Franz und Georg Ludwig mit dem Prinzen Eugen in Frankfurt zusammen. Georg Ludwig mochte nicht große Erwartungen von seiner Reichsarmee hegen; aber damals, wo er von dem Plane der Vereinigung der Armeen des Prinzen Eugen und Marlboroughs in den Niederlanden noch keine Kunde hatte, blieb ihm noch die Hoffnung, daß die Operationen des Prinzen Eugen an der Mosel auch ihm zur Offensive am Oberrheine zu statten kommen würden. Dann folgte eine Enttäuschung der anderen. Beim Eintreffen seiner Armee fand er sie noch schwächer, noch mangelhafter als er erwarten durfte. Es blieb indessen noch jene andere Hoffnung. Wenige Tage später entschwand auf ein Schreiben des Prinzen Eugen auch sie. Darüber wandte sich der Kurfürst mit schmerzlicher Klage an den Kaiser [2]).

„Während ich schon, sagt er, mich großen Hoffnungen hingab, wandelte diese ein Schreiben des Prinzen Eugen in eben so tiefe Betrübnis. In sehr höfliche Worte hüllte es die unangenehme Nachricht, daß es nichts sei mit der Expedition an der Mosel, daß der

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 20.

[2]) Bei Wagner, Historia Josephi, p. 219.



Stand der Dinge sich verändert habe, und daß er darum nicht umhin könne, beim Beginne des Monates Juli sich in Eilmärschen nach Flandern zu begeben. Mögen Ew. kaiserliche Majestät urtheilen, mit welchen Gefühlen ich diese unverhoffte, mir so wenig anständige Nachricht empfangen habe; denn sie zeigte mir ja ganz klar, daß ich geprellt, daß alle unsere zu Hannover getroffenen Verabredungen eine Spiegelfechterei, daß an eine Unternehmung die Mosel hinauf niemals ernstlich gedacht sei. Freilich hatten auch schon vorher einige Umstände einen Verdacht bei mir erregt. Ich verwarf ihn jedoch, weil ich dem Gedanken an eine solche absichtliche Täuschung nicht Raum verstatten wollte. Ein Anderer, dem die eigene Ehre höher als das Vaterland, hätte unter solchen Umständen das Lager verlassen, und sich heimwärts begeben. Ich habe die Sache des Vaterlandes vorgezogen."

Da jedoch dem Kurfürsten, auch nach den Erfolgen in Flandern, keine Unterstützung von da zukam, so blieb ihm nur übrig, auf dem rechten Rheinufer in möglichster Defensive zu stehen. Da auf der anderen Seite Ludwig XIV. dem Kurfürsten Max Emanuel auch nicht die Mittel zur Offensive gewährte, so verlief der Feldzug am Oberrheine, unter geringen Versuchen von der einen und der anderen Seite, in der Hauptsache thatlos.

Dagegen hatten die Bemühungen des Kurfürsten Georg Ludwig um das Reich den Erfolg, daß nun endlich der Widerspruch gegen die vom Kaiser Leopold I. im Jahre 1692 errichtete neunte Kurwürde für das Haus Braunschweig-Lüneburg verstummte. Die Belehnung war damals geschehen ohne die Anerkennung und Zustimmung des gesammten Reiches: es handelte sich nun um diese und demgemäß um die Introduction des Kurfürsten in das Collegium. Wir haben vernommen, daß seit 1707 die Angelegenheit wieder in Anregung war (Band XII, S. 502). Sie hatte ihre Schwierigkeiten daran, daß der Kaiser mit der Braunschweigischen Kursache diejenige der Readmission der böhmischen Kur, das ist die völlige Wiedereinsetzung derselben in alle kurfürstlichen Rechte, verbunden hatte, und andererseits, daß im Falle des Aussterbens der beiden Linien des Hauses Pfalz, der Rudolphischen und Wilhelmischen, die Protestanten im kurfürstlichen Colleg allzu sehr das Uebergewicht haben würden. Das Reichsgutachten vom 30. Juni erledigte diese Fragen, und der Kaiser

gab demselben am 6. September die Genehmigung[1]). Am 7. September erfolgte zu Regensburg die Einführung des kurfürstlich Braunschweig-Lüneburgischen Gesandten in das kurfürstliche Colleg. Es war derselbe Herr von Limbach, der zusammen mit dem Minister Otto von Grote, sechzehn Jahre zuvor in der kaiserlichen Hofburg in Wien, die Belehnung empfangen hatte.

Somit hatte Georg Ludwig dasjenige Ziel erreicht, nach welchem einst sein Vater Ernst August mit der Anspannung aller Kraft getrachtet. Wir haben bei der ersten Erwähnung desselben (Band IV, S. 478) den politischen Grundgedanken dieses Herstellers seines Hauses kennen gelernt. Sein Streben bezweckte, die Führung des kernhaftesten aller deutschen Stämme, die einst seinem Ahn Heinrich dem Löwen durch Unrecht und Gewalt entrissen war, wieder an sein Haus zu bringen. Diesem Streben von Ernst August lag der Gedanke an die englische Krone fern. War es anders bei dem Sohne Georg Ludwig, dem nunmehr die Frucht der Mühen des Vaters zufiel, dem aber zugleich auch die Aussicht auf die Krone von Groß-Britannien immer näher trat? — Wir haben wiederholt schon Gelegenheit gehabt, sein Verhalten gegenüber dieser Aussicht zu beobachten: sie wird noch öfter und stärker sich uns darbieten.

Beim Abschlusse seines Feldzuges, am 31. October, warf der Kurfürst Georg Ludwig in einem Schreiben an den Reichstag einen Rückblick auf diesen Feldzug. „Es würde uns, sagt er, eine große Freude gewesen sein, wenn wir in den Stand gesetzt worden wären, dem Feinde an Macht überlegen zu sein, und somit etwas Hauptsächliches für den Nutzen und die Sicherheit des gemeinen Wesens und des Vaterlandes auszuführen. Wir haben auch an unserer Fürsorge und Mühe es in nichts erwinden lassen. Wie sehr es uns aber an den zur Operation gegen den Feind nöthigen Erfordernissen gefehlt, das hat der Augenschein gezeigt. Daher hat nichts Anderes erfolgen können, als daß der Krieg am Rheine dies Jahr defensiv hat geführt werden müssen, und daß, zu unserem sehr empfindlichen Verdrusse, dem Feinde kein sonderlicher Abbruch, und weiter nichts geschehen

[1]) Die Schriftstücke in Fabers Staatskanzlei Bd. XIII, S. 362 u. f. — Viele auch im Theatrum Europaeum Theil XVIII b, S. 29 u. f.



können, als daß man auch die Macht des Feindes hier beisammen gehalten und dadurch ihn gehindert hat, nach den Niederlanden oder nach Savoyen Entsendungen zu machen."

„Da nun aber, allem Vermuthen nach, von einer nachdrücklichen Führung des nächsten Feldzuges ein guter, sicherer und beständiger Friede abhangen wird: so wollen wir hoffen, und in alle Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches das Vertrauen setzen, daß sie insgesammt und ein jeder von ihnen für die allgemeine wie für die eigene Wohlfahrt die Liebe und Werthschätzung tragen werden, den Reichsschlüssen ein unweigerliches Genüge zu thun. Sie werden also die schuldigen Reichs-Contingente stellen, und den auf sie entfallenden Beitrag, gemäß der Bewilligung des Reichstages, völlig und pünktlich entrichten."

„Dies ist erforderlich, damit, bei der etwaigen Friedenshandlung, das Reich seine Rechte behaupten könne und nicht genöthigt werde zuzusehen, daß zwar andere verbündete Mächte ihre Satisfaction erhalten, das Reich aber, weil es unterlassen sich für seine eigene Wohlfahrt rechtschaffen anzugreifen, und die feindliche Macht brechen zu helfen, allein bloß stehen und sich verderbliche und schimpfliche Friedensbedingungen aufbürden lassen muß" [1]).

Die Worte des Kurfürsten an den Reichstag zeigen, daß auch in jenen trüben Tagen patriotische Mahnungen nicht bloß im Stillen geredet wurden, sondern laut genug für Alle erklangen. Nur fanden sie bei denen, auf die es ankam, keinen Widerhall.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Ereignisse bis zum Eintreffen des Prinzen Eugen.

Der Feldzug des Jahres 1708 in den Niederlanden ward später von denen, die daran Antheil genommen, als einer der denkwürdigsten betrachtet, die es seit langer Zeit gegeben [2]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIIIb, S. 25.

[2]) Mémoires de Goslinga p. 46. — Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 368. Danach habe der Prinz Eugen gesagt: que celui qui n'avoit pas vu cette campagne, n'avoit rien vu.



Bei der Kunde der Bemühungen Marlboroughs die englisch-holländische Armee auf die höchste bis dahin erreichte Stärke zu bringen, hatte Ludwig XIV. noch um so größere Anstrengungen aufgeboten. Seine Armee in den Niederlanden, die zahlreichste, die seit Jahrhunderten die Welt gesehen, sollte bestehen aus 131 Bataillonen und 216 Schwadronen. Die Führung übergab er seinem ältesten Enkel, dem Herzog von Bourgogne, mit dem Marschall Vendome zur Seite. Demgemäß mußte der Kurfürst von Bayern aus Brüssel weichen, und erhielt, wie wir vernommen haben, das Commando am Oberrheine. Nach der Ansicht Godolphins und Marlboroughs verband jedoch Ludwig XIV. mit dieser Entfernung des Kurfürsten noch den besonderen Plan, der Friedenspartei in der Republik der Niederlande die Aussicht auf den Erwerb von Flandern als Lockspeise vorzuhalten [1]).

Es ist charakteristisch für Ludwig XIV., daß der Höchst-Commandirende der stärksten Armee, die er jemals entsendet, sein Enkel, der einstige Zögling Fenelons, nicht die Erlaubnis erhielt, und zwar, wie es in Paris hieß, auf den Betrieb der Frau von Maintenon, bei seiner Durchfahrt durch Cambrai, den einstigen Führer seiner Jugend zu besuchen. Fenelon mochte es vorher wissen: er wußte den Herzog von Bourgogne zu finden [2]).

Die Ernennung dieses Oberanführers eben so sehr wie die große Macht, welche ihm untergeben und deren Zahl durch die Gerüchte noch gesteigert wurde, waren für Marlborough der Beweis, daß Ludwig XIV. den Krieg in den Niederlanden offensiv zu führen gedachte. Marlborough fügte seiner Meldung an die Königin hinzu: weit entfernt ein Treffen zu vermeiden, werde er es suchen, als dem Dienste der Königin entsprechend [3]). Von französischer Seite ward die Absicht so wenig verhehlt, daß der König bereits am 24. Mai sich vor seinem Hofe verlauten ließ: nach den Berichten, die er empfangen, könne es noch vor dem Ende des Monates zu einem Treffen kommen [4]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 235, 239.
[2]) Dangeau t. XII, p. 140.
[3]) Coxe vol. II, p. 221. Vom 9./20. Mai.
[4]) Dangeau t. XII, p. 144.

Marlborough jedoch änderte, auf Godolphins Rath, dann seine Ansicht in so weit, daß er es für besser hielt, zunächst Zeit zu gewinnen, damit, nach dem zwischen ihm und dem Prinzen Eugen verabredeten Plane, der letztere zu ihm stoßen könne[1]). Für dies Abwarten kam ihm zu statten, daß ein französischer Anschlag durchkreuzt war. Bei dem Misvergnügen, welches die Belgier über die Herrschaft der Holländer über sie empfanden, hatten französische Emissäre in mehr als einer belgischen Stadt Verbindungen angeknüpft. Eine solche fand namentlich statt in Antwerpen, und es handelte sich dort um nichts Geringeres als die Citadelle den Franzosen zu überliefern. Der Plan ward entdeckt in Brüssel durch das Auffangen von anonymen Briefen, die an den Grafen Bergheyck gerichtet waren, und dadurch vereitelt, 23. Mai. In Folge dessen mußten Bourgogne und Vendome ihre Entwürfe ändern[2]).

Am 26. Mai war die ganze Armee der Verbündeten unter Marlborough vereinigt im Lager bei Hal, stark 112 Bataillone und 180 Schwadronen. Die französische lagerte nur drei französische Meilen von da, bei Soignies. Von beiden Seiten war man der Absichten der Gegner unkundig und wartete ab[3]).

Am 30. Mai erließ von dort aus Marlborough, gemäß der Verabredung mit dem Prinzen Eugen, an diesen die Bitte, bei der Lage der Dinge, sich mit ihm zu vereinigen, und dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, der schon damals, nach seiner Residenz, in der Regel Kurfürst von Hannover genannt wurde, davon Kunde zu geben; wenn der Prinz Eugen nicht zustimme, so möge er den Brief den Flammen überliefern, damit eben so wie er, Marlborough, keiner lebenden Seele die Sache mitgetheilt, auch sonst Niemand eine Kunde davon erhalte[4]). — Diese letzte Bitte war, wie überhaupt das ganze Schreiben, nur eine Finte, um den Kurfürsten darüber irre zu führen, daß die zwei Feldherren sich lange zuvor bei ihm, in seiner eigenen Residenz, über diesen Plan verständigt hatten. Wir haben gesehen,

---

[1]) Coxe vol. II, p. 236. Vom 17. und 24. Mai.
[2]) A. a. O., 24. Mai. — Murray vol. IV, p. 39.
[3]) A. a. O. p. 238.
[4]) A. a. O. p. 238. — Murray vol. IV, p. 38.

welche Wirkung dann das betreffende Schreiben des Prinzen Eugen auf den Kurfürsten übte (S. 126).

Auch war das Geheimnis dieses Planes so wenig bewahrt worden, daß es bereits am Tage zuvor, am 29. Mai, in Versailles bekannt war, und dort zu neuen Instructionen für Vendome diente. Dieser hatte nämlich zwei Tage vorher vorgeschlagen, auf Huy zu marschiren, um dasselbe zu belagern. Ludwig XIV. versagte seine Zustimmung mit dem Hinweise auf jenen wahrscheinlichen Plan des Prinzen Eugen und Marlboroughs. Auch war, nach seiner Ansicht, dieser Plan bereits dem Kurfürsten Max Emanuel und dem Marschall Berwick am Rheine bekannt, die demgemäß hindern würden, daß aus einer solchen Vereinigung eine Ueberlegenheit der Feinde erwachse. Ludwig XIV. wußte aus den Berichten von Coblenz her bereits die Stärke der Armee, die sich unter dem Commando des Prinzen Eugen an der Mosel bilden sollte, zu 46 Bataillonen und 60 Schwadronen [1]).

So richtig diese Angaben, so war doch die ganze Nachricht noch verfrüht. Allerdings besagte die Verabredung zwischen dem Prinzen Eugen und Marlborough, daß noch vor dem Ende des Monates Mai die Armee an der Mosel fertig stehen solle; aber es traten eine Reihe von Verzögerungen ein. Das hauptsächliche Hindernis bereitete der Kurfürst von der Pfalz, dessen Truppen zu mehr als 9000 Mann einen Hauptbestandtheil dieser Armee ausmachen sollten. Er stellte als Bedingung des Marschbefehles voran seine Einweisung in den Besitz der Oberpfalz, welche durch die Acht über Max Emanuel diesem abgesprochen war, so wie die Herstellung der alten Kurwürde der Pfalz mit dem Erz-Truchseß-Amte, welche einst Ferdinand II. an Maximilian von Bayern übertragen hatte. Der Kaiser dagegen hatte Rechts-Bedenken diese Forderung zu gewähren. Marlborough hob, bei diesem Anlasse, nach England hin den großen Vortheil des Königs von Frankreich vor, dessen Wille allein entscheide, während die Verbündeten abhängig seien von den begehrlichen Wünschen verschiedener Fürsten [2]). Dies war richtig; aber an dieser Abhängigkeit trug Marlborough da, wo sein persönliches Interesse mit in Frage kam, seinen Antheil der

[1]) Pelet t. VIII, p. 16.

[2]) Coxe vol. II, p. 240. Vom 4. Juni, an Godolphin.



Mitschuld. Auch in diesem Falle richtete er nicht nach Wien hin eine Beschwerde über die Begehrlichkeit des Kurfürsten, sondern an diesen eine Condolenz über die Säumigkeit in Wien [1]). Die Seemächte hatten nämlich dort sich für das Verlangen von Kurpfalz verwendet. So gedrängt, gab der Kaiser endlich nach, mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß es geschehe auf die Verwendung der Seemächte, und besonders der Königin von England. Aber diese Einwilligung erfolgte erst am 23. Juni [2]). Am 11. Juni war Marlborough bereits darauf gefaßt, daß die Bildung der Armee an der Mosel, die bis zum 27. Mai hätte erfolgen sollen, erst zum Beginne des Monates Juli geschehen werde [3]). Seine Briefe und Boten an den Prinzen Eugen folgten im Monate Juni rasch auf einander [4]).

Auf französischer Seite gereichte unterdessen das Verhältnis zweier so verschiedener Persönlichkeiten wie des jungen Herzogs von Bourgogne und des Marschalls Vendome nicht zum Vortheile. Der Letztere, ungeduldig, die Ueberlegenheit der Streitkräfte über die Armee Marlboroughs auszunutzen, machte in diesem Sinne seine Vorschläge in Versailles. Er hielt es für demüthigend abwarten zu sollen, wohin die erst noch im Werden begriffene Armee des Prinzen Eugen sich wende. Dies aber war die Ansicht des Königs in Versailles. In dieser Erwartung gab er den Entwürfen Vendomes nicht seine Zustimmung. Darüber verging der ganze Monat Juni [5]). Erst gegen das Ende desselben reifte ein besonderer Plan, nämlich die Städte Gent und Brügge durch einen Handstreich zu nehmen. Der Plan hatte, wie der frühere auf die Citadelle von Antwerpen, seinen Ursprung bei dem Grafen Bergheyck, und war berechnet auf die kundbare Abneigung der Belgier gegen die Herrschaft der Holländer über sie. Marlborough hatte, wie wir seiner Zeit gesehen, im Jahre 1706 voraus gesagt, daß das Verfahren der Holländer in Belgien die Einwohner auf die

---

1) Murray vol. IV, p. 33. Vom 22. Juni. Vgl. p. 96. Vom 6. Juli.

2) Bericht des Grafen Gallas, vom 28. Juni. Im Gräflich Clam-Gallasschen Archive.

3) Coxe vol. II, p. 242. An Godolphin.

4) Murray vol. IV, p. 46. 51. 68. 76. 80.

5) Pelet t. VIII, p. 22.

Seite der Franzosen treiben werde. Damals, im Juli 1708, bezeichnet er dies Verfahren als Mishandlung [1]).

Ludwig XIV. gab dem Plane auf Gent und Brügge seine Zustimmung. Die Ausführung ward auf die ersten Tage des Monates Juli angesetzt, und in der Stille die Vorbereitungen getroffen.

Am 2. Juli meldete Marlborough, im Einverständnisse mit den holländischen Feld-Deputirten, den Generalstaaten in officieller Form seine mit dem Prinzen Eugen getroffene Vereinbarung. Die Armee desselben sei nunmehr auf dem Marsche nach Brabant begriffen, der Prinz Eugen für seine Person aber eile voraus, so daß sein Eintreffen bei der Armee auf den 5. oder 6. Juli erwartet werden dürfe [2]).

Vom Abend des 3. Juli an begannen die Bewegungen der Franzosen. Zwei Corps marschirten zunächst auf Enghien, um dann weiter auf Ninove zu ziehen. Am 4. Juli folgte die gesammte Armee. Es handelte sich darum, den Gegnern den Vorsprung eines Tagemarsches abzugewinnen, und darum war der Marsch ein sehr anstrengender [3]). Die verbündete Armee lagerte bei Anderlecht.

In der Nacht vom 4./5. Juli erhielt Marlborough die Nachricht des Aufbruches der französischen Armee. Er entsendete sofort, um 2 Uhr Morgens, den Befehl, die Besatzung von Oudenarde durch ein Regiment zu verstärken [4]). Der Befehl war für die Ereignisse um eine Woche später von großer Tragweite, weil durch diese Verstärkung die an sich schwache Stadt Oudenarde gegen einen Handstreich der Franzosen gesichert wurde.

Das Unternehmen der Franzosen, durch einen forcirten Marsch den Gegnern den Vorsprung abzugewinnen, war dennoch ein sehr gewagtes. Der Marschall Vendome sagt in einer Uebersicht des Verlaufes, vom 19. Juli: „Der Beschluß dieses Eilmarsches ist, ohne mein Vorwissen, zwischen dem Herzog von Bourgogne und Puysegur festgestellt worden“ [5]). Die Gefahr für die französische Armee bestand

---

[1]) Coxe vol. II, p. 252.
[2]) Murray vol. IV, p. 93.
[3]) Pelet t. VIII, p. 24.
[4]) Murray vol. IV, p. 95.
[5]) Pelet t. VIII, p. 389.

namentlich darin, daß sie unterwegs bei Ninove die Dender zu überschreiten hatten. Es konnte daher zu schwerem Nachtheile für sie ausschlagen, wenn Marlborough die ihm sonst eigene Entschlossenheit in diesem Falle auch weiter bewährt hätte. Ob dies geschah, ergibt sich am klarsten aus dem Berichte eines mitbetheiligten Augenzeugen, des holländischen Feld-Deputirten Goslinga. Er erzählt wie folgt [1].

„Ich traf mit meinem Collegen, Geldermalsen, am 5. Juli gegen 6½ Uhr Morgens im Lager von Anderlecht ein. Wir fanden Mylord Marlborough im Begriffe zu Pferde zu steigen. Er hatte nämlich etwa eine Stunde zuvor vom rechten Flügel her durch den General-Major Welderen die Meldung empfangen, daß man den Feind gewahre und Aussicht habe, dem Nachtrabe einen Streich zu versetzen. Nach einem angestrengten Marsche sei der Feind im Werke die Dender bei Ninove zu überschreiten, um die Unternehmung auf Gent zu decken. Auf diese Meldung der Generale des rechten Flügels hatte sich Marlborough von seinem Lager erhoben, bleich, verstört, traurig, um selber die Disposition des Feindes zu recognosciren. Wir waren kaum eine halbe Meile geritten, als er sagte, daß ein weiteres Vorgehen zu nichts führen würde und es zu spät sei, etwas zu unternehmen. Er kehrte um. Ich schlug meinem Collegen Geldermalsen vor, weiter zu reiten, um die Sache zu erkunden. Er lehnte ab, weil ohne den Herzog wir nichts thun könnten."

Goslinga erzählt dann weiter, daß er jenen Vorschlag auf die Bitte des General-Majors Welderen gemacht, und daß er, auf die Weigerung Geldermalsens, für sich allein nicht gewagt habe zu handeln. Er habe später tausendmal bereut, die beste Gelegenheit seinem Vaterlande zu dienen und sich selber Ehre zu erwerben, ungenützt gelassen zu haben. Denn ein nachdrücklicher Angriff auf den ermüdeten Nachtrab würde ein Drittel der französischen Armee vernichtet und ihr die gesammte Artillerie genommen haben, von welcher damals noch nicht Ein Stück über die Dender gebracht sei.

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 45. Neuerdings hat man in diesen Denkwürdigkeiten Goslingas Krittelei finden wollen. Aber welches Recht hat man anzuzweifeln, was ein ehrlicher Mann als Augenzeuge sagt? — Der Prinz Eugen berichtet über ihn an den Kaiser: „Ich kenne ihn besonders, und er ist auch sonsten ein gar ehrlicher und aufrichtiger Mann", bei Arneth Bd. II, S. 469.



In dem nachfolgenden Kriegsrathe schlug dann Marlborough vor, den Rückzug auf Asche anzutreten, um Brabant und Dendermonde zu decken und dort den Anzug des Prinzen Eugen mit seiner Armee abzuwarten. Dann könne man auf Ath marschiren, dort über die Dender gehen, um die schwache und bedrohte Stadt Oudenarde zu decken. Goslinga erhob Einwürfe, fand aber keine Unterstützung.

In der Nacht vom 5./6. Juli wurde wieder zu den Waffen gerufen, als beabsichtige der Feind einen Angriff. Die aufgehende Sonne beleuchtete den Irrthum. Erst dann, am Morgen des 6. Juli, entschloß man sich 12 Schwadronen und eben so viele Bataillone zur Verfolgung zu entsenden. Der Erfolg, den diese davon trugen, 300 Gefangene und eine reiche Beute von Gepäck, zeugte für die Ansicht Goslingas und der Gleichgesinnten, daß bei einem Andringen mit ganzer Macht der Erfolg entsprechend gewesen sein würde[1]). — Die spätere Uebersicht dieser Tage von dem Marschall Vendome läßt erkennen, in welcher Besorgnis und Unruhe er geschwebt hat[2]).

Das Urtheil des sächsischen Generals Schulenburg steht demjenigen Goslingas nicht fern, nur daß Schulenburg irriger Weise dem Marschall Vendome den Beschluß des Marsches mit der ganzen Armee auf Gent zuschreibt. „Er hat, sagt Schulenburg, uns vor der Nase her ungestraft diesen verwegenen Marsch von Hal nach Alost gemacht" [3]).

Auch aus dem Berichte Marlboroughs an den Staats-Secretär Boyle scheint mehr durch dasjenige was verschwiegen als was gesagt wird, zu folgen, daß jene Ansicht Goslingas begründet sein dürfte. Marlborough berichtet, von Asche aus, am 9. Juli, daß Gent und Brügge, durch ein Einverständnis der Bürger mit dem Feinde, verloren gegangen seien. Er hofft, daß bevor der Feldzug zu Ende, dies gut gemacht werde. Dann fährt er fort: „Am Samstag Morgen (6. Juli) trafen wir auf den Nachtrab des Feindes, wie er die Dender passirte, jedoch zu spät, um viele Wirkung zu thun. Wir machten etwa 300 Gefangene und einige Beute, und gestern hielten wir an

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 48.
[2]) Pelet t. VIII; p. 389.
[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 332.

in Assche, um unser schweres Gepäck wegzusenden und Dispositionen zu treffen" [1]).

Marlborough verschweigt hier, daß er am 5. Juli keine nachdrücklichen Schritte gethan, sondern erst am 6. ein kleines Corps entsendet. Er verschweigt ferner, daß das Anhalten in Assche die Folge seines Rückzuges war, und daß er dort nicht erst am 8. Juli, sondern bereits am Abende des 6. eintraf.

Auf dem Marsche nach Assche kam der General Cadogan entgegen, der, zu anderen Zeiten die rechte Hand Marlboroughs, damals dem Prinzen Eugen zur Begrüßung zugesendet gewesen war. Cadogan, in seiner lebhaften Weise, rief dem Feld-Deputirten Goslinga die Worte entgegen: „Welcher Teufel hat denn Mylord diesen thörichten Marsch nach Assche eingerathen?" — „Fragen Sie ihn selber", antwortete Goslinga [2]).

Das Treffen bei Oudenarde, 11. Juli.

In Assche fand man den Prinzen Eugen, der, unter einem Geleite weniger Reiter, seiner Armee voran geeilt war. Die trübe Lage der Dinge ward vielfach erörtert. Der Prinz drückte dem Deputirten Goslinga, den er bereits früher im Haag kennen gelernt, im Besonderen sein Erstaunen über diesen Rückzug aus. Goslinga antwortete lächelnd mit dem Bibelworte: „Herr, wärest Du hier gewesen, mein Sohn wäre nicht gestorben" [3]).

Der Prinz Eugen berichtete dem Kaiser: er habe Marlborough ziemlich consternirt gefunden [4]).

Es ist merkwürdig zu beobachten, welche Wirkung dann die Ankunft des Einen Mannes ohne Armee ausübte. Der Kriegsrath beschloß einstimmig, der Armee einen oder zwei Ruhetage zu belassen, dann mit einem starken Marsche die Dender bei Lessines zu erreichen und zu überschreiten, um Oudenarde und dadurch auch Menin zu

[1]) Murray vol. IV, p. 101.
[2]) Goslinga p. 50.
[3]) A. a. O. p. 51.
[4]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 19.

decken [1]). Denn, da Oudenarde der einzige Paß war, den man über die obere Schelde besaß, so war, nach einem Verluste von Oudenarde, derjenige von Menin nur eine Frage der Zeit. — Das Wesen dieses Beschlusses läßt sich kennzeichnen mit den Worten: vom Rückzuge aus ergriff man wieder die Offensive.

Zur selben Zeit schlug Vendome im französischen Kriegsrathe vor, das schwach besetzte Oudenarde zu belagern. Der General Schulenburg in seiner Kritik dieser französischen Kriegführung bezeichnet es als einen schweren Fehler, daß Vendome bei dem Marsche auf Gent nicht versucht hatte, wie es durch einen Handstreich damals möglich war, sich sofort um jeden Preis der Stadt Oudenarde zu bemächtigen [2]). Bourgogne war jedoch auch nicht einmal für eine Belagerung. Er meinte, es genüge zur Zeit Oudenarde zu blokiren, und abzuwarten, was die Gegner nach ihrer Vereinigung unternehmen würden. Der hauptsächliche Unterschied dieser Vorschläge war, daß derjenige Vendomes die Umlagerung der Stadt Oudenarde auch auf dem rechten Scheldeufer erforderlich machte, derjenige Bourgognes nur auf dem linken. Nach dem Vorschlage Vendomes sollte also die französische Armee dem Gegner schon den Uebergang über die Dender streitig machen. Bourgogne hielt an seinem Plane fest, welcher dann die nachträgliche Zustimmung in Versailles erhielt [3]).

Denn unterdessen hatte auch Ludwig XIV. sichere Nachricht über den Anmarsch des Prinzen Eugen erhalten, der, wie er sagte, mit unglaublicher Schnelligkeit erfolge. Auch er war der Ansicht, daß, da man Oudenarde nicht gleich durch einen Handstreich genommen, man sich nun nicht in eine Belagerung verwickeln dürfe, bei welcher man durch die vereinigte Macht der Gegner angegriffen werden könne. Er meldete, daß auch der Marschall Berwick vom Rheine her mit seiner Armee auf Namur heranziehe. Daher werde man den vereinigten Gegnern doch gewachsen bleiben [4]). — So Ludwig XIV. am 11. Juli in Versailles. Am selben Tage nahmen bei Oudenarde die Dinge eine andere Wendung.

---

1) Goslinga p. 52.
2) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 332.
3) Pelet t. VIII, p. 29.
4) A. a. O. p. 30.

Vor Tagesanbruch des 9. Juli trat die verbündete Armee ihren Marsch von Assche aus südwärts an, und erreichte um 2 Uhr Nachmittags Herfelingen. Die Zelte wurden gespannt. Jedoch um 7 Uhr Abends erklang auf das Signal eines Kanonenschusses abermals das englische Tap to [1]). Der Marsch ging weiter, die Nacht und den Tag. Dadurch ward erreicht, daß die Franzosen, getäuscht durch die ersten Berichte über das bei Herfelingen geschlagene Lager, nicht zur Stelle waren, den Uebergang über die Dender bei Lessines zu wehren. Am Nachmittage des 10. trat dort der Kriegesrath zusammen. In der Befriedigung über das bisher Geschehene, beschloß er einstimmig eine Schlacht zu wagen, wenn sich bei dem Weitermarsch auf die Schelde und dem Ueberschreiten derselben die Gelegenheit dazu biete. Noch in der Nacht wurde der General Cadogan mit 16 Bataillonen und 30 Schwadronen voraus geschickt, um unterhalb Oudenarde zwei Brücken über die Schelde zu schlagen. Um 7 Uhr Morgens am 11. Juli setzte sich die ganze Armee in Marsch auf Oudenarde [2]).

Die französische Armee lagerte, am 10. Juli, bei Gavre am rechten Ufer der Schelde. Es war ihre Absicht am anderen Tage die Schelde zu überschreiten, sich am linken Ufer des Stromes so nahe wie möglich vor Oudenarde zu befestigen, und zugleich auch alle Punkte zu besetzen, wo vielleicht die Gegner einen Brückenschlag versuchen könnten [3]).

Aber die Kundschaft der Franzosen war mangelhaft. Erst um 10 Uhr Morgens am 11. setzten sie sich in Bewegung, wo schon Cadogan in voller Thätigkeit des Brückenschlagens bei Oudenarde war. Er meldete an Marlborough, daß er am linken Ufer der Schelde festen Fuß gefaßt, daß er zwei Brücken nahezu vollendet, die eine in der Stadt, die andere unterhalb, daß er aber dringend um raschen Anmarsch bitte, weil weiter abwärts die Vorhut der Feinde auch bereits den Strom überschreite. Die Nachricht wirkte auf die Armee der Verbündeten wie ein Zauber. „Es war nicht mehr ein Marschiren, sondern ein Laufen“ [4]).

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 327.

[2]) Goslinga p. 52.

[3]) Pelet t. VIII, p. 33. Schreiben Vendomes vom 10. Juli.

[4]) Goslinga p. 54.



Gegen Mittag gewahrten die Verbündeten von den Höhen vor Oudenarde aus die Brücke über die Schelde. Von 1 Uhr an überschritt der rechte Flügel der Armee die Brücke unterhalb der Stadt, der linke marschirte durch dieselbe [1]).

Der sächsische General Schulenburg, der als Augenzeuge die Schlacht von Oudenarde beschrieben, hebt das merkwürdige Verhältnis hervor, daß zwei einander feindliche Armeen nur zwei Stunden weit von einander denselben Strom überschreiten, ohne Genaueres von einander zu wissen. Er legt dies dar an dem beiderseitigen Verhalten in Betreff des Dorfes Eyne, das am linken Scheldeufer eine Strecke abwärts von der Brücke Cadogans lag. Er meint, die erste Sorge derjenigen, die den Fluß überschritten, hätte sein müssen, dies Dorf Eyne zu besetzen. Es geschah nicht. Das Dorf ward dagegen von einem französischen Corps besetzt, welches voraus geschickt war zu dem Zwecke, vor Oudenarde ein Lager für die Armee abzustecken. Dieses Corps, 7 Bataillone und 12 Schwadronen stark, hatte jedoch noch keine Stütze von der Hauptarmee. Cadogan entschloß sich sie anzugreifen. Der Angriff gelang mit solchem Erfolge, daß 4 Bataillone sich kriegsgefangen gaben. Es war das Vorspiel des Treffens [2]).

Bis 4 Uhr Nachmittags war ein großer Theil der Armee hinüber. Aber mit Besorgnis gewahrten die Feld-Deputirten Goslinga und Rechteren, daß Marlborough nicht ein Schlachtfeld wählte, keine positiven Befehle für den Aufmarsch der Truppen gab, daß er über den zu fassenden Entschluß sichtlich verlegen war. Nach kurzem Austausche der Gedanken über das was zu thun sei, kamen sie überein. Sie wandten sich an den Prinzen Eugen mit der Bitte, daß, bei der gefährlichen Lage der Dinge, er das Commando auf sich nehmen wolle. Er antwortete: er theile mit ihnen die Ueberzeugung, daß unverzüglich ein Entschluß zu fassen sei. Aber es stehe ihm, der sich als Volontär, ohne Truppen, bei dieser Armee befinde, nicht zu, sich mit dem Commando zu befassen. Die Feld-Deputirten drängten abermals, hielten ihm die Gefahr der Republik und der ganzen Allianz vor Augen, deren Wohl abhange von demjenigen dieser schönen und starken Armee.

---

1) Goslinga p. 54.

2) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 326. Vielleicht die beste kritische Beschreibung.



Sie beschworen ihn bei Allem, was ihm lieb und theuer, bei dem Vaterlande, dem Kaiser, seinem Ruhme, und dies so eindringlich, daß er endlich mit sicherem und frohem Ausdrucke sprach: „Nun denn, meine Herren, ich gebe nach und werde thun was Sie wünschen.“ Im selben Augenblicke zog er seinen Hut, gab dem Pferde die Sporen und ritt vor die Front [1]).

Der erste Befehl, den der Prinz Eugen gab, war, einen kleinen Bach, der dort die Felder durchschnitt, auszufüllen und zu überschreiten, und dann sich auf einer schönen Ebene rechtshin auszubreiten. Dies wurde sofort ausgeführt, und zwang die Feinde, die schon im Begriffe waren sich der Ebene zu bemächtigen, von dort zurück zu weichen. Unterdessen marschirte noch immer die Infanterie über die Brücke und schwenkte dann, wie sie herüber kam, rechts ein. Um fünf Uhr war die erste Linie formirt. Der Prinz Eugen untersagte jedoch den Angriff, bis auch die zweite Linie fertig sein würde. Er ersuchte dann die Feld-Deputirten, Goslinga und Geldermalsen, sich nach dem linken Flügel zu begeben und die Generale dort zum raschen Vorrücken und zum Angriffe auf die Flanke des rechten Flügels der Feinde aufzufordern. Das Verlangen, ihnen einen Adjutanten beizugeben, lehnte er ab, und bat sie vielmehr, ihre Autorität als Repräsentanten der Republik geltend zu machen [2]).

So berichtet Goslinga, und diese Sendung dürfte als ein Meisterzug des Prinzen Eugen bezeichnet werden. Auf dem rechten Flügel, wo Marlborough sich schweigend oder gutheißend in seine Initiative gefügt hatte, war seine Autorität thatsächlich bereits anerkannt, während man auf dem linken Flügel von seinem Eingreifen noch nichts wußte. Dort aber commandirte der Feldmarschall Ouwerkerke, ferner die holländischen Generale Tilly, Hompesch, Württemberg u. s. w. Indem diesen der Prinz Eugen seine Befehle gerade durch die Feld-Deputirten überbringen ließ, mußte jeder Zweifel oder Widerspruch verstummen, und der Prinz Eugen erlangte mit der Ausführung seiner Befehle thatsächlich zugleich seine Anerkennung als Commandirender.

---

1) Goslinga p. 55. Wörtlich.
2) A. a. O. p. 56.



Die Uebertragung des Commandos an den Prinzen Eugen neben Marlborough durch die holländischen Feld-Deputirten und die schweigende Einwilligung Marlboroughs dazu darf als der Schlüssel des Sieges von Oudenarde angesehen werden.

Aus den Aeußerungen verschiedener Zeitgenossen blickt einige Kunde dieser Dinge hervor. Der Graf Wratislaw schreibt an den König Carl: „Wenn der Prinz Eugen nicht in die Niederlande gekommen wäre, so würde dort alles über und über gegangen sein, zumal Marlborough und die Feld-Deputirten entzweit, die Armee verzagt gewesen, also die Schlacht nicht erfolgt wäre" [1]). — Carl III. antwortet: „Wir haben dem Prinzen Eugen allein die Fortschritte in den Niederlanden zu danken" [2]). In der Darstellung der fünf Tage vom 7. Juli an in dem Geschichtswerke Wagners heißt es zum Beginne, daß Marlborough bereitwillig dem Manne zugestimmt habe, den Alle wie ein Orakel verehrten, und von da erscheint dann nur noch der Prinz Eugen als der Handelnde [3]).

Spätere Historiker construirten sich das Verhältnis aus der besonderen freundschaftlichen Einigkeit der beiden Feldherren. Sie ist unzweifelhaft; aber in diesem Falle geht doch vorher die Frage, wie es dazu kommen konnte, daß der Prinz Eugen leitend und führend bei einer Armee auftrat, bei welcher er nur als Volontär anwesend war. Erst der Bericht Goslingas, der im Jahre 1857 an die Oeffentlichkeit trat, löst diese Frage, und zeigt als den wahren Grund der Einigkeit die Anerkennung der Ueberlegenheit des Prinzen Eugen von Seiten Marlboroughs.

Auf Seiten der französischen Heeresleitung war diese Einigkeit, dies Zusammen-Wirken nicht vorhanden. Dies ergibt sich augenfällig aus dem Berichte Vendomes an den König, namentlich in Betreff des Beginnes. Vendome, der sich auf dem rechten französischen Flügel befand, ließ dem Herzoge von Bourgogne auf dem linken Flügel die Bitte zugehen, die vor ihm stehende Cavallerie des rechten Flügels der Verbündeten anzugreifen. Die Umgebung Bourgognes erhob Ein-

---

[1]) Wratislaw an Carl III., 2. August. S. 74.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 27. December. S. 81.

[3]) Wagner, Historia Josephi p. 221.

wände: man habe eine gute Stellung inne: es sei besser sich darin zu verschanzen. „Der Herzog, meldet weiter Vendome, gab nach, aber mit großem Widerstreben; denn ich weiß, daß er sagte: ‚Was wird der Marschall Vendome sagen, wenn er erfährt, daß ich mich verschanze, anstatt anzugreifen?‘ — Ich kenne nicht die Persönlichkeiten, schreibt weiter Vendome, welche diesen unheilvollen Rath ertheilt haben; aber ich weiß wohl, daß die Feinde selbst zugeben, sie wären geschlagen worden, wenn unsere Linke sie angegriffen hätte“ [1]). Den Umständen nach kann sich dieser Bericht Vendomes nur auf die Zeit beziehen, wo bei der sichtlichen Unentschlossenheit Marlboroughs die Feld-Deputirten den Prinzen Eugen um die Uebernahme des Commandos ersuchten.

Ein anderer Nachtheil der Franzosen war, daß bei der Beschaffenheit des Bodens ihre Ueberlegenheit an Cavallerie nicht zur Geltung kommen konnte. Auch Artillerie kam, nach Verhältnis, wenig zur Verwendung. Die Schlacht war wesentlich ein Kampf der Infanterie, an welcher die Verbündeten überlegen waren. Nach der französischen Darstellung fanden lauter Einzelngefechte statt, die nicht in einander eingriffen [2]). Erst nach 5 Uhr Abends wurde das Treffen allgemein und dauerte, bis die Dunkelheit zum Aufhören zwang. Man wußte dann auf Seiten der Verbündeten, daß man im großen Vortheile war, ohne doch die volle Bedeutung zu erkennen, verbrachte daher die Nacht auf dem Schlachtfelde mit den Waffen in der Hand. Der Prinz Eugen und Marlborough ließen sogar dem linken Flügel melden, daß man mit Tagesanbruch den Kampf erneuern werde [3]). Aber die aufgehende Sonne des 12. Juli beleuchtete auf Seiten der Gegner ein leeres Feld. Flüchtige Franzosen hatten sich nach allen Richtungen zerstreut. Einige hatten den Weg nach Tournay eingeschlagen, Andere nach Lille, nach Ypern, nach Gent. Eben dahin waren die geordnet gebliebenen Truppen abgezogen.

Die beiderseitigen Berichte sind völlig unvereinbar. Der erste, den Ludwig XIV. erhielt, meldet: „Wir haben weder Artillerie, noch

---

1) Pelet t. VI, p. 391.
2) A. a. O. p. 386.
3) Goslinga p. 60.



Fahnen, noch Standarten, noch Gepäck eingebüßt. Es war einer der schwersten Infanterie-Kämpfe, die ich je gesehen, jedoch nicht so blutig wie man danach erwarten sollte. Der Verlust der Feinde mag ziemlich dem unsrigen gleich kommen, der, nach meiner Ansicht, nicht 3000 Mann beträgt" [1]).

Vendome, um acht Tage später, meldet dem Könige, daß täglich sich Versprengte einfinden. Er meint, es würden den Feinden nur etwa 500 Gefangene verblieben sein, an Officieren jedoch 300 [2]).

Marlborough dagegen meldet dem Könige von Schweden, am 16. Juli: „Wir haben mehr als 7000 Gefangene gemacht, mehrere darunter von hohem Range, und haben hundert Standarten, Fahnen und Pauken erbeutet" [3]).

Den höchsten Ansatz des Verlustes der Franzosen macht Goslinga. Er rechnet denselben an Todten, Gefangenen, Deserteurs auf 20,000 Mann [4]). Dieselbe Zahl gibt jedoch vierzehn Tage später auch Marlborough in einem Briefe an Godolphin an. Wiederholt spricht er die Meinung aus, daß eine oder zwei Stunden Tageslicht mehr der gesammten französischen Armee den Untergang bereitet haben würden. Als den größten Vortheil jedoch betrachtet er den Schrecken, der nach Oudenarde in der französischen Armee herrsche, so sehr, daß er jede Gelegenheit suchen werde sie anzugreifen [5]).

Belagerung von Lille.

Am Nachmittage des 12. Juli traten die Häupter zum Kriegesrathe zusammen: der Prinz Eugen, Marlborough, Ouwerkerke, die Feld-Deputirten, Cadogan und Dopf. Die Prinzen [6]) schlugen den Weitermarsch in der Richtung von Tournay und Lille vor. Dies würde die Feinde nöthigen zum Schutze des bedrohten eigenen Landes herbei zu eilen, und dafür Gent aufzugeben. Ouwerkerke und mehrere

---

[1]) Pelet t. VIII, p. 387.

[2]) A. a. O. p. 391.

[3]) Murray vol. IV, p. 115.

[4]) Goslinga p. 61.

[5]) Coxe vol. II, p. 273.

[6]) Goslinga p. 62. Da Marlborough damals Reichsfürst war, so wurden sie beide bei der Armee kurz bezeichnet als die Prinzen.

von den sechs Feld-Deputirten stimmten zu, nicht Goslinga. Die günstige Gelegenheit sei da, sagte er, mit Einem mächtigen Streiche den Krieg zu enden. Zu diesem Zwecke sei es erforderlich, die Schelde hinab auf Gent zu marschiren und zugleich die bei Brüssel eingetroffene Armee des Prinzen Eugen heranzuziehen, um mit vereinten Kräften den Feind auf ein enges Gebiet zu beschränken. Die Armee des Prinzen Eugen würde das Land zwischen Ober- und Nieder-Schelde besetzen, die andere Armee den Canal von Gent nach Brügge. Dadurch schließe man die französische Armee, die sich in und um Gent befinde, auf einen verhältnismäßig engen Raum ein, mit der Hoffnung sie dadurch zur Uebergabe zu zwingen. Auf dieser französischen Armee aber beruhe die Rettung Frankreichs und der Verlust derselben werde es zum Frieden nöthigen auf jede Bedingung.

Von den anderen fünf Feld-Deputirten stimmte nur Geldermalsen, ihrer Verabredung gemäß, seinem Collegen Goslinga bei; die anderen und die Generale Cadogan und Doph waren für den ersten Vorschlag. Der Prinz Eugen jedoch nahm noch einmal das Wort. Die Darlegung Goslingas, sagte er, scheine ihm nicht übel begründet. Er selber aber als Fremder in diesem Lande, der die Beschaffenheit desselben und die Stromläufe nicht genügend kenne, müsse sich verlassen auf die Ansicht der Landeskundigen. — Darauf wiederholten die Generale ihr Votum, daß man den Feind in einem Gebiete von solcher Ausdehnung nicht absperren könne.

Goslinga ist der Ansicht, daß der Vorschlag Marlboroughs entsprang aus seinem Interesse, nicht den Krieg zu beenden, sondern ihn zu verlängern, weil diese Verlängerung seinen zwei hauptsächlichen Leidenschaften diente, dem Ehrgeize und der Habgier. Auch den Prinzen Eugen spricht Goslinga nicht frei von diesem Wunsche den Krieg hinaus zu ziehen, und noch viel weniger Cadogan, den er darin gleichstellt mit Marlborough. Die eigenen Landsleute im Kriegsrathe dagegen sieht Goslinga an als sich beugend unter dem Uebergewichte der zwei Prinzen [1]).

In einem anderen Falle jedoch findet Goslinga den Grund der Willfährigkeit des Prinzen Eugen, den Vorschlägen Marlboroughs

---

[1]) Goslinga p. 64.



beizustimmen, in der Deferenz des Wiener Hofes gegenüber dem englischen [1]).

Bei dem Gegensatze zwischen Marlborough und Goslinga dürften jedoch auch Motive des nationalen Standpunctes ins Gewicht fallen. Goslinga als Holländer wünschte einen baldigen Frieden mit sicheren Vortheilen für sein Vaterland. Marlborough als Repräsentant der damals in England vorherrschenden Strömung erstrebte zunächst die möglichste Reduction der französischen Macht.

Goslinga erzählt weiter, daß er einige Monate später, nachdem der Prinz Eugen die Beschaffenheit des Landes, den Lauf der Ströme zum vollen kennen gelernt, ihn an den Kriegsrath von Oudenarde erinnert und gefragt habe, ob er über den Vorschlag von damals noch derselben Ansicht sei. Dann fügt Goslinga hinzu: Le prince me répondit, dès aussitôt et sans balancer, ces mêmes paroles énergiques: ‚Nous les aurions tous pris la corde au col‘ [2]).

In dem Kriegsrathe zu Oudenarde, vom 12. Juli, erfolgte jedoch nach langen Erörterungen der Beschluß, am nächsten Tage südwärts zu marschiren, nach Afflegham, und dort die Haltung des Feindes abzuwarten. Zöge die feindliche Armee sich von Gent zurück, so werde man dies belagern; bleibe sie dort, dann Lille [3]).

Nach England hin gab Marlborough seine Ansicht kund mit den Worten: „Das Lager, in welchem die Franzosen sich hinter dem Canale von Gent nach Brügge befinden, macht sie völlig zu Herren dieser Städte; aber zur selben Zeit liegt Frankreich vor uns offen. Dies wird, wie ich hoffe, der König von Frankreich nicht zugeben, sondern Vendome den Befehl zusenden von dort abzuziehen, wo wir kein anderes Mittel haben würden ihn zu bezwingen als den Hunger“ [4]).

Diese Hoffnung bewährte sich nicht. Vielmehr ließ Ludwig XIV., am 18. Juli, an Bourgogne den Befehl ergehen, sich in der Stellung von Gent zu behaupten. Denn, indem er im Besitze der zwei Städte Gent und Brügge den Scheldestrom und das gesammte Canal-Netz

---

1) Goslinga p. 70.
2) A. a. O. p. 83.
3) A. a. O. p. 64.
4) Coxe vol. II, p. 267. Vom 16. Juli.

des Landes beherrsche, mache er es den Feinden unmöglich, die Lebensmittel, die Artillerie, die Munition, deren sie zu einem erheblichen Unternehmen bedürfen würden, auf dem Wasserwege zu beziehen. Der Herzog von Bourgogne solle dafür den Bewohnern von Gent und Brügge die Verpflichtungen vorhalten, die ihnen daraus erwüchsen, daß der König mehr für ihre Erhaltung bedacht sei als für diejenige seiner eigenen festen Plätze [1]).

Der wirkliche Grund für Ludwig XIV. indessen war, daß er, bei dem Mangel an Belagerungsgeschütz bei der feindlichen Armee, bei der Schwierigkeit dasselbe auf dem Landwege an Ort und Stelle zu schaffen, an die Absicht einer Belagerung nicht glaubte. Selbst als schon eine Reihe von Anzeichen dahin deuteten, daß es der Stadt Lille gelten würde, am 27. Juli, hielt er dies Unternehmen nicht bloß für schwer, sondern für undurchführbar [2]).

Von französischer Seite benutzte man allerdings die bis dahin und noch ferner belassene Frist für die Wehrhaftmachung von Lille in der ausgiebigsten Weise. Es ist auffallend zu sehen, welche Zeit dazu die Verbündeten ihnen beließen. Das Hauptquartier der Verbündeten in Affleghem erhielt bereits am 13. Juli sichere Nachricht, daß Bourgogne und Vendome die Stellung von Gent und Brügge nicht verlassen würden. Demnach trat für die Verbündeten der Beschluß vom Tage zuvor in Kraft, sich gegen Lille zu wenden und zunächst es so zu umschließen, daß keine Verstärkung mehr hinein gelange. Die wichtige Festung war damals auf eine Vertheidigung nicht vorbereitet. Es lagen darin nur zwei Bataillone, keine Kanonen auf den Wällen, keine Vorräthe an Munition noch Lebensmitteln. Der General-Lieutenant Sparre erhielt das Commando über das Corps zur Umschließung [3]).

Dann jedoch, als alles wohl vorbereitet erschien, trat noch am selben Tage, dem 13. Juli, plötzlich eine Aenderung ein. Sparre erhielt den Befehl nicht südwärts auf Lille zu marschiren, sondern westwärts, um zuerst die Linien von Comines zu nehmen. Die Aenderung erschien dem Feld-Deputirten Goslinga so auffallend, daß es ihm

[1]) Pelet t. VIII, p. 403. Vom 18. Juli.
[2]) A. a. O. p. 53.
[3]) Goslinga p. 66.

schwer wurde an den Ernst derselben zu glauben. Er meinte, daß man in diesen nunmehr nutzlos gewordenen Linien auch nicht Einen Vertheidiger antreffen würde. Nach Berwicks Aussage betrug die Zahl dieser Vertheidiger Einhundert Mann. Aber es geschah noch mehr. Am 14. Juli folgte dahin die ganze Armee, überschritt die Lys, und lagerte am linken Ufer derselben von Menin bis Warneton, mit dem Hauptquartiere Berwick in der Mitte. „In Erwartung unseres Belagerungsgeschützes, sagt Goslinga, blieben wir dort vierzehn Tage lang und aßen und tranken. Unterdessen ward die Festung Lille, die bei raschem Anrücken nicht acht Tage lang hätte halten können, so verstärkt, daß sie nachher Monate lang mit schwerem Menschenverluste belagert werden mußte." Am selben Tage nämlich, an welchem die Verbündeten sich westwärts weiter entfernten, dem 14. Juli, traf Berwick in Lille ein und ordnete die Anstalten der Vertheidigung an [1]).

Als in späteren Jahren Goslinga mit dem Marschall Berwick in Paris die Lage der Dinge um die Mitte Juli 1708 persönlich besprach, erkannte der Letztere an, daß damals die Stadt Lille, nicht die Citadelle, durch einen raschen Handstreich hätte genommen werden können.

Als das Motiv Marlboroughs, dem der Prinz Eugen wie früher sich fügte, für die Unterlassung meint Goslinga, außer dem Bestreben den Krieg in die Länge zu ziehen, noch ein anderes namhaft machen zu müssen: den Groll Marlboroughs gegen die Republik wegen ihrer Weigerung die von Carl III. im Jahre 1706 ihm verliehene Statthalterschaft von Brabant anzuerkennen. Die Kosten der Belagerung von Lille hatte nämlich die Republik zu tragen. — Ob oder in wie weit diese Anklage begründet, dürfte schwer zu entscheiden sein. Die Thatsache der Versäumnis dagegen liegt vor Augen.

Um die Misstimmung der holländischen Feld-Deputirten über dies Verhalten zu beschwichtigen, entsendete Marlborough starke Truppen-Corps, welche Artois und das französische Flandern unter Contribution zu setzen hatten. Sie drangen vor bis an die Thore von Arras und von Abbeville. Aber Vendome hatte dasselbe Mittel zur Hand gegen die ihm erreichbaren Theile von Seeland. Auf beiden Seiten

1) Goslinga p. 66. — Berwick t. II, p. 9.



ward geraubt, geplündert, gebrannt, für die Kriegführung ohne Vortheil.

Für diese war die wichtigste Frage die Herbeischaffung des schweren Geschützes und des übrigen Belagerungsgeräthes von Brüssel her, wozu man, in der Ermangelung eines jeglichen Wasserweges, 16,000 Pferde bedurfte. Die schwere Artillerie war am 25. Juli in Brüssel beisammen. Die Armee des Prinzen Eugen sollte zur Bedeckung dienen.

Dieser Plan ward auf französischer Seite von Anfang an völlig durchschaut von dem Marschall Berwick, dessen Truppen, 34 Bataillone und 65 Schwadronen stark, vom Rheine her nach Mons marschirt waren. Bereits am 17. Juli schlug Berwick, von Tournay aus, dem Marschall Vendome in Gent vor, sich zu vereinigen, um der Armee Marlboroughs die Verbindung mit Brüssel abzuschneiden und das etwa anziehende Convoi zu schlagen. Aber wie den Franzosen die thatlose Ruhe Marlboroughs im Lager an der Lys für die Ausrüstung der Festung Lille zu statten kam: so den Verbündeten der Widerspruch Vendomes gegen die Vorschläge Berwicks. Vendome war zuerst der Ansicht, der Feind gehe nur darauf aus, Gent und Brügge wieder zu nehmen: deshalb müsse man dort bleiben. Bourgogne stimmte ihm bei. Auf die immer erneuten dringenden Vorstellungen Berwicks gab Vendome zu, daß in Brüssel ein Convoi ausgerüstet werde; aber er meinte, noch am 24. Juli, es sei gering, führe kein Geschütz mit, sondern nur Lebensmittel: er wisse das von sicherer Hand [1]). — Dabei ist hervorzuheben, daß man auf französischer Seite nicht wußte, welcher Stadt eine Belagerung gelten würde. Berwick vermuthete von Anfang an, daß Lille gemeint sei; aber auch er wußte darüber nichts Sicheres, und Vendome meinte noch am 4. August: die Absicht könne eben so wohl auch auf Mons gerichtet sein.

Die Vorschläge Berwicks, das ungeheuere Convoi, das sich in einer Länge von fünf bis sechs Wegstunden hin ausdehnte, unterwegs mit überlegener Macht anzugreifen, fanden kein Gehör. Am 9. August

---

[1]) Die Correspondenz ausführlicher als in Pelet t. VIII, im Appendix zu den Mémoires de Berwick t. II, p. 261 et suiv.



wußte Marlborough, daß das Convoi bei Ath die Dender passirt hatte und somit außer aller Gefahr war [1]).

Für die Franzosen war auch damit die Frage noch nicht gelöst. Eben so wohl wie Lille, konnte auch Tournay oder Ypern das Ziel sein. Erst vom 12. August an umlagerte der Prinz Eugen, dessen Armee den langen Wagenzug geleitet hatte, die Stadt Lille, Marlborough mit der Bedeckungs-Armee nahm seine Stellung in Helchin an der Schelde. Die Vertheidigung der Stadt leitete der Marschall Boufflers, der bereits am 28. Juli dort eingetroffen war. Von französischer Seite blickte man mit Vertrauen auf die Festigkeit der Stadt, deren Citadelle für das Meisterwerk Vaubans galt [2]).

Auf die Nachricht der Umlagerung von Lille verlangte Ludwig XIV. die Vereinigung seiner Armeen, und zwar so, daß Bourgogne und Vendome nach Mons marschirten, Berwick stehen bliebe. Aber bei jenen beiden haftete noch immer der Zweifel, ob die Feinde es ernstlich auf Lille absähen, oder nicht vielmehr nur trachteten, die französische Armee von Gent und Brügge weg zu locken, und dann sich dieser Städte zu bemächtigen. Sie erwiederten, daß sie bereit seien zur Vereinigung, aber auf halbem Wege, zu Grammont an der Dender. Diese erfolgte am 30. August. Die gesammte französische Armee bestand nunmehr aus 140 Bataillonen und 250 Schwadronen.

Am 3. September traf diese starke Armee in Orchies ein. Marlborough und der Prinz Eugen hatten ihre Truppen vereinigt und lagerten in der Ebene zwischen Seclin und Lille. In den nächsten Tagen schien es zu einer Schlacht um den Entsatz von Lille sich handeln zu müssen.

Aber die französische Heeresführung krankte an Uneinigkeit. Berwick hatte sich nur widerstrebend unter Vendome gestellt. Am 6. September führte dieser heftige Klage, daß Bourgogne, unter der Einwirkung Berwicks und verschiedener Generale, Bedenken gegen ein Treffen erhebe, wo die gesammte Armee so bereitwillig sei. In einem anderen Schreiben an Chamillart ersuchte Vendome um seine Entlassung. Berwick dagegen legte in einem Schreiben vom selben Tage

---

1) **Murray vol. IV, p. 160.**

2) **Pelet t. VIII, p. 68.**



dar, daß, so traurig es sei Lille verloren gehen zu lassen, es noch viel trauriger sein würde, die einzige Armee Frankreichs einem wahrscheinlichen Untergange zu weihen. Bourgogne endlich, selber sich sichtlich Berwick zuneigend, bat um die Entscheidung des Königs [1]).

Dieser hatte wiederholt schon kund gegeben, daß er ein Treffen wolle. Er erneuerte den Befehl, nicht bloß schriftlich, sondern schickte auch den Minister Chamillart. Beim Anblicke des verschanzten Lagers der Feinde erwuchsen auch in ihm die Bedenken. Aber dem stricten Befehle des Königs sollte gehorcht werden. Es vergingen darüber einige Tage, bis, am 12. September, auch der Marschall Vendome sich der Ansicht zuneigte: es sei besser, die Gegner in ihrer starken Stellung nicht anzugreifen. Mit den Voten der Feldherrn ausgerüstet, kehrte Chamillart nach Versailles zurück, um die Entscheidung des Königs einzuholen, die nicht anders ausfallen konnte als jenen Voten gemäß.

Es herrschte damals vielfach die Ansicht, die auch Berwick theilte, daß der Prinz Eugen und Marlborough, in den letzten Tagen des nahen Zusammenseins der Armeen, die Absicht erwogen, in einer Nacht ihre Verschanzungen niederzulegen und auf die französische Armee einzubrechen. Der Erfolg würde eine vollständige Niederlage der Franzosen gewesen sein. Aber der Einspruch der Feld-Deputirten hätte sie gehindert [2]). — Nach dem Berichte des Feld-Deputirten Goslinga wurde der Vorschlag gemacht und berathen, fand jedoch nicht die Zustimmung der zwei Prinzen [3]).

Bis dahin hatte die Belagerung von Lille nur sehr mäßige Fortschritte gemacht, namentlich bei der verhältnismäßigen Schwäche der Belagerungs-Armee. Die Folge des mislungenen Entsatz-Versuches war, daß das verschanzte Lager um Lille weiter ausgedehnt wurde, so daß auch die Armee Marlboroughs in nächster Nähe lagerte. Die französische Armee dagegen besetzte, vom 14. September an, den ganzen Scheldestrom, mit Ausnahme von Oudenarde, um dem Feinde vor Lille jegliche Verbindung mit Brüssel abzuschneiden. Dies gelang

[1]) Alle vier Schreiben bei Pelet t. VIII, p. 89 et suiv.

[2]) Berwick t. II, p. 21.

[3]) Goslinga p. 80.



ihnen so vollständig, daß auch nicht ein Bote noch Brief mehr durchkam.

Dies war empfindlich für die Belagerungs-Armee vor Lille, mehr noch als die Franzosen selbst wußten. Man hatte dort im Anfange das Pulver nicht gespart, und es war dann dahin gekommen, daß eine Aufnahme des Bestandes im letzten Drittel des Monates September nur noch 10,000 Pfund ergab. Bereits waren die Magazine von Oudenarde und Menin fast entleert. Die einzige Hoffnung war nur noch auf ein Convoi von Ostende her, wo der englische General Erle mit Truppen, Lebensmitteln und Munition täglich erwartet wurde. Aber der Ernst der Lage vor Lille drängte zu einer Berathung über die Frage, ob bleiben oder die Belagerung aufheben, am 23. September[1]). Der Prinz Eugen stimmte entschieden zu bleiben, eben so zwei der Feld-Deputirten. Marlborough, Ouwerkerke, Cadogan, Doph und die zwei anderen Feld-Deputirten schienen mehr geneigt für die Aufhebung. Bei der Verschiedenheit der Ansichten kam es zu keinem Beschlusse. Am Nachmittage trat man abermals zusammen. Inzwischen war die Kunde eingelaufen, daß eine englische Flotte einen großen Vorrath von Kriegsbedürfnissen nach Ostende gebracht, und daß man demnach Hoffnung habe auf ein Convoi von dort her. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt vor Lille zu beharren.

Auf französischer Seite hatte man den Plan die Communication der feindlichen Armee vor Lille mit Brüssel abzuschneiden, so weit ausgedehnt, daß sogar ein Angriff auf Brüssel mit einbezogen wurde. Auf die Nachrichten der Verstärkung der Besatzung dieser Stadt einerseits, und andererseits der Erwartung einer englischen Landung in Ostende ließ man davon ab, um die Aufmerksamkeit der Küstengegend zuzuwenden. Denn wenn man im französischen Hauptquartier auch keine genaue Kunde von dem bevorstehenden Pulvermangel der Verbündeten vor Lille haben mochte: so stand doch so viel fest, daß von dem Eintreffen des Convoi von Ostende her das Schicksal von Lille abhing. Der General La Mothe erhielt daher den Befehl, von

---

[1]) Goslinga p. 74. Er allein gibt Nachricht über diese Einzelnheiten. Er gibt kein Datum an als quelques jours avant l'affaire de Wynnendael, also vor 29. September.



Brügge aus mit einer starken Macht die Bedeckung des Convoi anzugreifen. Dieses brach von Ostende auf am 27. September, La Mothe von Brügge in der Nacht vom 27./28. mit 34 Bataillonen und 63 Schwadronen. Am 29. gelangte er bei Wynnendael in Sicht des Convoi; aber vor demselben standen in Schlachtordnung die Bedeckungs-Truppen unter dem General Webb, welchem von der Armee Marlboroughs her der General Cadogan ein Corps zugeführt hatte. Obwohl ungleich schwächer an Zahl, schlugen sie die französischen Angriffe mit schwerem Verluste zurück.

„Niemals, urtheilt Berwick, hat ein Mann des Krieges seine Sache so ungeschickt gemacht wie La Mothe. Er hätte, anstatt die Feinde nur in der Front anzugreifen, zugleich einen Theil seiner überlegenen Macht verwenden müssen, um das eine der Gehölze, zwischen denen sie sich hielten, zu umgehen: dann war es um sie und um das Convoi geschehen" [1]). Aehnliche Vorwürfe müssen gleich damals erhoben sein; denn La Mothe sagt in seinem ausführlichen Schlachtberichte, daß derartige Anklagen nur von Unkundigen ausgehen können. Denn die Gehölze rechts und links, an welche sich die Flanken der Gegner lehnten, seien durchaus ungangbar [2]). — Der Bericht La Mothes dagegen läßt ersehen, daß seine Infanterie nach dem ersten Schusse dem Feinde den Rücken wandte, und von links nach rechts die Verwirrung allgemein machte. Darum dürfte man vielleicht eher sagen, daß die Nachwirkung des Schreckens von Oudenarde in der französischen Infanterie auch bei Wynnendael entschied. Eben dies geht hervor aus dem Verhältnisse der Zahlen des Verlustes. Der Bericht der Verbündeten gibt den ihrigen an auf 900, denjenigen der Franzosen auf 3000 bis 4000 Mann [3]).

Das Eintreffen dieses Convoi im Lager vor Lille sicherte die Fortsetzung der Belagerung.

Von der Vertheidigung der Stadt Lille aus war man mit dem Pulver nicht sparsamer umgegangen, und auch dort drohete Mangel. Die schwere Aufgabe in eine belagerte Stadt Pulver einzubringen,

---

[1]) Berwick t. II, p. 26.

[2]) Pelet t. VIII, p. 449.

[3]) A. a. O. p. 453. — Lamberty t. V, p. 126.

ward, mit erstaunlicher Geschicklichkeit und Kühnheit, wenigstens zum Theile gelöst. Nachdem die erforderlichen Verabredungen von draußen her mit Boufflers getroffen waren, machten sich 2000 Reiter, von denen jeder einen Sack mit 50 Pfund Pulver trug, am 28. September um drei Uhr Nachmittags von Douai auf. Um Mitternacht gelangten sie an die Umwallung der Belagerungs-Armee. Die Vordersten trugen holländische Abzeichen und redeten holländisch. Sie gaben an auf das Einbringen von Munition ausgesendet zu sein und nun von den Franzosen verfolgt zu werden. Darauf öffnete man ihnen die Barriere. Bereits waren viele hindurch, als einer der Officiere die Thorheit beging, das französische Commando-Wort: serrez, zu rufen. Von da an entbrannte der Kampf. Der Eingang ward geschlossen. Diejenigen Reiter, die noch zurück waren, mußten umkehren. Nach den französischen Berichten jedoch waren 1500 Reiter schon voraus, und es gelang ihnen 40,000 Pfund Pulver in die Stadt einzubringen [1]).

Mehrere Berichte von Seiten der Verbündeten sind damit wenig vereinbar. Der Erbprinz von Hessen, der in der betreffenden Gegend des Lagers das Commando hatte, meldet den Generalstaaten, daß nur etwa 300 Reiter mit ihrem Pulver an die Stadt gelangt seien, und daß dieser Vortheil für die Feinde nicht in Vergleich komme mit ihrem erlittenen schweren Verluste [2]). — In dem Berichte Marlboroughs nach England erscheint die Unternehmung als mislungen, mit dem Schlusse: „so daß sehr wenige in die Stadt gelangten" [3]).

Allein die Erzählung des Feld-Deputirten Goslinga stimmt im Wesentlichen zu den französischen Berichten, und fügt die Klage hinzu, daß die Einbringung dieses Pulvers die Einnahme von Lille verzögert habe, mit Gefahr für die ganze Armee [4]). Wir haben dabei die Stellung der verschiedenen Persönlichkeiten ins Auge zu fassen. In der Republik, welche die Kosten der Belagerung zu tragen hatte, gab sich vielfach eine Unzufriedenheit mit der langen Dauer derselben kund,

---

[1]) Pelet t. VIII, p. 107 und 456.

[2]) Lamberty t. V, p. 123.

[3]) Murray vol. IV, p. 244.

[4]) Goslinga p. 77.

so sehr daß diese Unzufriedenheit in Versailles wohl bemerkt und beobachtet wurde [1]).

Die Belagerung schritt langsam, aber stätig fort, auch ungeachtet der Gefahren, denen der Commandant derselben, der Prinz Eugen, persönlich ausgesetzt war. Eines Tages wurde ihm durch die holländische Post ein Brief mit doppelter Enveloppe zugestellt. Beim Eröffnen der ersten erfaßte den Prinzen ein Schwindel. Dasselbe widerfuhr dem Kammerdiener, dem Adjutanten, dem General Doph, die nach einander den Brief in die Hand nahmen. Man steckte den Brief einem Hunde ins Maul. Nach sofortigem Erbrechen starb das Thier. — Nachforschungen über die Sache blieben fruchtlos [2]).

Am 23. September besichtigte der Prinz Eugen mit vielen Anderen eine Angriffsstelle. Ein Projectil traf ihn am Kopfe, so daß er niederstürzte. Er erhob sich jedoch sofort wieder, mit den Worten, daß es nichts auf sich habe. Es erfand sich, daß die Kugel oder der Bombensplitter, der ihn getroffen, beim Durchschlagen durch den dicken Hutrand an Kraft eingebüßt hatte, und an der Hirnschale abgeglitten war. Das Merkwürdige war, daß, wo der Prinz von mehr als zweihundert Personen umgeben war, er allein verletzt wurde [3]). — Die Verwundung hemmte den Fortgang der Belagerung nicht, weil für die nächsten Tage Marlborough statt seiner eintrat.

In Versailles hielt man die Verletzung des Prinzen Eugen für stärker als sie war. Ludwig XIV. äußerte sich vor der Frau von Maintenon und ihrer Umgebung: „Ich wünsche durchaus nicht den Tod des Prinzen Eugen; aber es würde mir nicht leid sein, wenn seine Wunde ihn verhinderte, den Feldzug weiter mitzumachen" [4]). Die Nachrichten in Versailles steigerten sich. Am 5. October hieß es dort: der Prinz sei trepanirt, aber zu spät. In der Wirklichkeit hatte er damals das Commando bereits wieder übernommen.

Nach dem Unglücke des Generals La Mothe bei Wynnendael begab sich der Marschall Vendome selber nach Brügge. Denn, wenn

---

[1]) Dangeau t. XII, p. 241.

[2]) Lamberty t. V, p. 119. — Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 33 und 463.

[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 345.

[4]) Dangeau t. XII, p. 236.



auch das erste Convoi glücklich bis vor Lille gelangt war, so bedurften die Belagerer doch der weiteren, und es war daher die Aufgabe der Franzosen, ihnen wie die Verbindung mit Brüssel, so auch diejenige mit Ostende abzuschneiden. Marlborough dagegen, um sie zu sichern, marschirte, am 7. October, mit 60 Bataillonen und 130 Schwadronen nach Rousselaer. Aber es war Vendome nicht um ein Treffen zu thun, sondern das Land, so viel möglich, unter Wasser zu setzen und zu diesem Zwecke alle erreichbaren Deiche zu durchstechen, damit das Seewasser einströmen könne. Das Wasser jedoch, welches so sich über das Land ergoß, war auch tief genug, leichte Bote zu tragen, so daß bald zu Lande, bald zu Wasser, für eine Reihe von Tagen noch die Communication offen blieb. Am 16. October noch meldete Marlborough den Empfang von 250 Fässern Pulver. Dann aber trat mit dem Vollmonde die Springfluth ein. Sie ward von den Franzosen durch das Durchstechen der Deiche so geschickt benutzt, daß die Truppen Marlboroughs viele Posten verlassen mußten. Am 19. October meldete Marlborough, daß die Verbindung mit Ostende abgeschnitten sei[1]).

Für die Verbündeten jedoch bedurfte es dessen nicht mehr. Nach langer ruhmvoller Vertheidigung, nach schwerem Menschenverluste auf beiden Seiten, war die Festung Lille nicht mehr haltbar, zumal da das Pulver nicht mehr reichte. Denn der Marschall Boufflers hatte schon früher von Ludwig XIV. den Befehl erhalten, auf alle Fälle 50,000 Pfund Pulver für die Vertheidigung der Citadelle zu bewahren. Nach erhaltener Einwilligung Ludwigs XIV. ließ der Marschall Boufflers, am 22. October, Chamade schlagen. Zur Anerkennung der Vertheidigung überließ der Prinz Eugen dem Marschall Boufflers selber die Bedingungen der Capitulation aufzusetzen. Am 25. October zog sich Boufflers mit den ihm von 10,000 noch übrig gebliebenen 4500 Mann in die Citadelle zurück. Eine neue Belagerung hatte zu beginnen, unter der Bedingung, daß sie nicht von der Stadt aus geschehen dürfe.

[1]) Murray vol. IV, p. 269. Ueberhaupt dort die Berichte von Tag zu Tag.



Fortsetzung des Feldzuges.

Die Berichte der französischen Heerführer Bourgogne, Vendome, Berwick unter einander und an Ludwig XIV. zeigen, daß sie, nach verschiedenen Differenzen, mit Zustimmung des Königs sich geeinigt hatten, Marlborough in seinem Lager zu Roufselaer anzugreifen. Die Capitulation von Lille zerschnitt diesen Plan. Die Besorgnis nun auch Gent und Brügge wieder zu verlieren, stieg empor. Der betreffende Bericht Bourgognes, der Zeugnis ablegt von einer großen Rathlosigkeit, entwickelt eine Reihe von Vorschlägen, über welche der König in Versailles entscheiden sollte [1]). Der König schickte zum zweiten Male den Kriegsminister Chamillart in das französische Hauptquartier zu Saulsoi. In dem dort gehaltenen Kriegsrathe, am 2. November, brach die Differenz zwischen Vendome und Berwick heftig hervor. Der Erstere war der Ansicht, daß man noch immer stark genug sei, Marlborough anzugreifen und zu schlagen, oder, wenn das nicht, ihm alle Communication abzusperren, so daß die feindliche Armee vor Hunger vergehen, oder um Frieden bitten müsse. — Bourgogne und Berwick waren der Ansicht, daß ihre Macht nicht ausreiche, zugleich den Lauf der Schelde und den Canal von Gent nach Brügge zu verwahren, und zogen daher den letzteren vor. Aber Chamillart hatte den bestimmten Befehl, daß, um den Gegnern die Verbindung mit Brüssel abzuschneiden, auch die Schelde besetzt gehalten werden müsse. Die Aufzeichnungen Berwicks lassen erkennen, mit welchem Widerstreben der Kriegskundige sich in die Befehle des Kriegsunkundigen fügte [2]).

Die Frage, ob die Besetzung der Schelde genügen würde, hatte bald die Probe zu bestehen.

Unterdessen hatte der Kurfürst Max Emanuel, der vom Rheine nach Mons zurückgekehrt war, einen anderen Plan entworfen, dessen Gelingen die Armee der Verbündeten an der französischen Grenze in die Gefahr bringen mußte, die Vendome in Aussicht gestellt hatte. Er verabredete mit dem Grafen Bergheyck den Plan die Stadt Brüssel zu überraschen. Die Besatzung derselben war nicht stark, und Max

---

[1]) Pelet t. VIII, p. 124.
[2]) Berwick t. II, p. 33.



Emanuel glaubte auf die Zuneigung der Bevölkerung zu ihm vertrauen zu dürfen. Ludwig XIV. gab seine Zustimmung.

Am 21. November brachen Max Emanuel und Bergheyck mit 14 Bataillonen und 18 Schwadronen von Mons auf, und standen am 23. vor Brüssel. Aber die von Max Emanuel gehegte Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Stadt Brüssel öffnete ihm nicht die Thore. Um zum Ziele zu kommen, mußte er sie belagern.

Die Nachricht des Unternehmens jedoch erregte bei der Armee der Verbündeten große Unruhe; denn der Verlust von Brüssel würde denjenigen von ganz Brabant nach sich ziehen, und dann war in der That die Armee von Holland abgeschnitten. Der Kriegesrath beschloß daher einstimmig, in Lille nur ein zur Blokade der Citadelle ausreichendes Corps zu belassen, dagegen sich mit gesammter Macht nach Brüssel zu wenden. Am 25. November setzte sich die Armee in Marsch, der so eingerichtet wurde, daß sie in drei verschiedenen Abtheilungen, unter dem Prinzen Eugen, unter Marlborough, unter dem preußischen General Lottum, bei Escanaffe, bei Kerkhoven, bei Gavre, in der Morgenfrühe des 27. die Schelde überschritt. Der Uebergang gelang ohne Hinderniß, und das vor Oudenarde stehende französische Corps entkam nur mit Mühe [1]). Am selben Tage noch setzte Max Emanuel der Besatzung von Brüssel mit wiederholten Stürmen heftig zu. Am Abend erhielt er die Nachricht des Ueberganges über die Schelde bei Gavre, und noch in der Nacht brach er auf, mit Zurücklassung des Geschützes und der Verwundeten.

Am Tage vorher hatte der Marschall Vendome nach Versailles gemeldet, daß der Uebergang über die Schelde dem Feinde unausführbar sei, und daß er dafür bürge. Um so mehr ward der König durch die Nachricht des Geschehenen erregt. In dieser Erregung gebot er, am 4. December, die Armee in die Winterquartiere zu legen, und beschied Bourgogne und Vendome nach Versailles. Der Letztere hielt entgegen, daß die Feinde nunmehr Gent bedrohen würden, daß dagegen,

---

[1]) Nach Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 374 ist Marlborough bei diesem Anlasse scharf gegen die holländischen Feld-Deputirten aufgetreten. Nach Goslingas ausführlichem Berichte dagegen, p. 83 et suiv., betraf die Sache nur ihn, und seine Darstellung des Vorfalls zeichnet Marlborough in einem sehr wenig vortheilhaften Lichte.



wenn er mit der Armee hinter dem Canale von Gent seine Stellung nähme, sie sich in großer Verlegenheit befänden, die Magazine in Lille mit dem nöthigen Bedarf zu versehen. Denn da die erforderlichen Convois nur zu Lande, von Brüssel aus, dahin gehen könnten, so würden sie wegen der Nähe des ihnen feindlichen Gent, ihrer gesammten Armee zur Bedeckung der Convois bedürfen. Sie würden darüber den ganzen Winter verbringen, zum großen Schaden, ja zum Verderben ihrer Armee. — Ungeachtet aller dieser Einwendungen hielt der König fest an dem einmal gegebenen Befehle, und die Armee wurde in die Winterquartiere entlassen, bevor noch die Citadelle von Lille capitulirt hatte[1]).

Der Marschall Berwick, der dies berichtet, fügt dann die Bemerkung hinzu: „Es ist zum Erstaunen, daß der König, während des Feldzuges, auf alle minder wohl ausgedachten Vorschläge des Marschalls Vendome einging, und daß er dann am Ende den einzigen vernünftigen Vorschlag desselben hartnäckig verwarf."

In denselben Tagen, wo Ludwig XIV. in Versailles den Befehl der Winterquartiere ausgab, regte der holländische Feld-Deputirte Goslinga bei Marlborough den Gedanken an, das Werk dieses Feldzuges zu vollenden durch die Wiedereinnahme von Gent und Brügge. Für dies Unternehmen war die Einwilligung vom Haag aus erforderlich, welche Goslinga durchzusetzen auf sich nahm. Auch der Prinz Eugen stimmte zu. Am 9. December konnte der Marschall Boufflers die Citadelle von Lille nicht mehr halten, und der Prinz Eugen bewilligte ihm wie früher, in voller Anerkennung dieses Gegners, eine ehrenvolle Capitulation. Vom 10. December an erfolgte die allgemeine Bewegung der Verbündeten gegen Gent, das sich bereits am 12. blokirt sah.

Auf die unerwartete Kunde dieser Absicht legte Ludwig XIV. selber, am 7. December, die Nachtheile dar, die das Gelingen für ihn haben würde; aber er hielt sie für unausführbar. Er sah die Truppen, die dort unter La Mothe standen, als völlig genügend zur Abwehr an, und gebot demselben, am 17. December, die Feinde für diesen

---

[1]) Berwick t. II, p. 37.



Versuch schwer büßen zu lassen[1]). Aber bis auf jene Truppen in Gent und Brügge waren alle anderen Franzosen bereits in den Winterquartieren. Dagegen lag fast die gesammte Armee der Verbündeten, mit Ausnahme derjenigen, die an der Dender standen, um die Wagenzüge von Brüssel nach Lille zu decken, vor Gent. In der Nacht vom 23./24. December eröffneten sie die Laufgräben.

Erst dann erkannte man in Versailles den Fehler, den man darin begangen die Truppen eher zu entlassen als der Feind. Der Marschall Boufflers erhielt den Oberbefehl mit dem Auftrage die Truppen wieder zu sammeln. Er eilte nach Douai. Von da aus entwickelte er, am 29. December, dem Könige seinen Plan, die Feinde von Gent abzuziehen durch einen raschen Angriff auf Lille. Der König genehmigte den Plan.

Es war zu spät. Am selben Tage, dem 29. December, versammelte La Mothe in Gent seinen Kriegsrath. Die Gegner, sagte er, seien bereits dem bedeckten Wege nahe, und dieser nicht haltbar. Es fehle an vielem Nothwendigen. Der gesammten Armee drohe daher das Geschick der Kriegsgefangenschaft: um diese abzuwenden und die Armee zu erhalten, müsse man capituliren. Der gesammte Kriegsrath stimmte bei[2]).

So der französische Bericht. La Mothe selber erzählte später dem Holländer Goslinga, daß er vom Könige den Befehl gehabt, die Besatzung nicht zu wagen und nicht zu warten, bis die Contrescarpe genommen würde. Aber die Gegner waren noch nicht an der Contrescarpe, und wurden gehindert durch den Regen und das Austreten der Schelde[3]).

Dagegen war die Haltung der Bürgerschaft von Gent nicht derartig, daß die Franzosen bauen konnten auf ihre Willigkeit die Schrecken einer Belagerung auszuhalten. Sie hatten offen erklärt, ein Bombardement nicht leiden zu wollen, und hatten von dieser Erklärung Kunde an Marlborough gegeben[4]).

---

1) Pelet t. VIII, p. 158.
2) A. a. O. p. 165.
3) Goslinga p. 96.
4) Murray vol. IV, p. 358.

Am 30. December zog die französische Besatzung aus Gent. Der Abzug dauerte von 10 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends[1]). Die Besatzung des noch weniger haltbaren Brügge verließ, um nicht Bedingungen ausgesetzt zu werden, die Stadt freiwillig. Wenige Tage später begann der unerhörte Frost, der aller Kriegführung ein Ende machte.

Der Feldzug, der für die Franzosen glücklich begonnen hatte, endete mit ihrem schweren Verluste und namentlich großer Entmuthigung.

Beim Beginne der Belagerung von Gent hatten die Generalstaaten, auf die Kunde, daß Marlborough nach London, der Prinz Eugen nach Wien zu verreisen gedenke, an Marlborough die Bitte ausgesprochen, daß sie oder wenigstens Einer von ihnen dort verbleiben möchten. Da der Prinz Eugen erklärt, daß seine Reise nach Wien unerläßlich, daß er aber im Februar wiederkehren könne, so möge Marlborough einstweilen verbleiben, bis zur Wiederkehr des Prinzen[2]). Dem Wunsche der Generalstaaten gemäß ward die Uebereinkunft getroffen. Im Beginne des Jahres 1709 machte der Prinz Eugen sich auf den Weg nach Wien, Marlborough blieb im Haag. Jener trug mit sich ein Schreiben, in welchem die Generalstaaten dem Kaiser melden, daß Niemand geeigneter ihm die Wechselfälle dieses erfolgreichen Feldzuges zu berichten, als derjenige, der den wichtigsten Antheil daran getragen, und dessen Einsicht, Kraft und Tapferkeit — nach der Hülfe des allmächtigen Gottes — das höchste Lob der vollbrachten Thaten gebühre[3]).

Die Friedensfrage und die Stellung der Königin Anna zu Marlborough, Godolphin und der Whig-Partei.

Die Friedensfrage und die Persönlichkeit der Königin Anna.

Der Verlauf des Feldzuges von 1707 schien in Versailles die Aussicht eines Friedens auf der Basis des Besitzes von Spanien für Philipp V. zu eröffnen. Nach dem Mislingen der Versuche von 1706 waren jedoch Viele dort der Ansicht, daß es unmöglich sei, auf einem

---

1) Murray vol. IV, p. 389.
2) A. a. O. p. 375.
3) Arneth Bd. II, S. 466.



anderen Wege zum Frieden zu gelangen als durch Marlborough. Als einmal jemand dem Könige diese Meinung aussprach, lächelte er, ohne eine Antwort zu geben; aber diejenigen, welche ihn beobachteten, deuteten seine Mienen als den Ausdruck des Zornes und der Verachtung[1]). Spätere Aeußerungen des Königs bestätigten dies: er wollte mit Marlborough nicht unterhandeln.

Er hielt dagegen fest an dem früher wiederholt mit Erfolg betretenen Wege des Versuches, die Republik der Niederlande aus der Allianz zu lösen. Im Januar 1708 berief er Mesnager zu sich, eine Persönlichkeit ursprünglich dem Handelsstande angehörig, aber schon wiederholt in wichtigen diplomatischen Angelegenheiten verwendet. Der Plan, den er mit dem Könige vereinbarte, bestand darin, die Holländer zu locken mit dem Angebote der freien Schifffahrt für alle Nationen nach dem spanischen Amerika. Der König entließ ihn mit den Worten: „Begeben Sie sich unter einem anderen Namen nach dem Haag. Knüpfen Sie dort Bekanntschaft an nach Gelegenheit. Erstatten Sie Niemandem Bericht als mir. Sie wissen, was Sie zu thun haben." Fünf Tage hernach befand sich Mesnager im Haag[2]). Er wußte in Beziehung zu treten mit dem Rathspensionär Heinsius und anderen wichtigen Persönlichkeiten[3]). Dennoch konnte seine Mission einen Erfolg nicht haben, weil die Basis, von welcher er und Ludwig XIV. ausgingen, nämlich Spanien für Philipp V., bei der Lage der Dinge im Jahre 1708, gerade bei dem mächtigsten Mitgliede der Allianz, bei England, für unannehmbar galt, und weil, wie Mesnager es benennt, die Eifersucht unter den Bundesmächten nicht gestattete, daß die eine oder die andere sich auf besondere Vorschläge einließ. Mit anderen Worten: die Aussicht die Republik der Niederlande aus der Allianz zu lösen, diese dadurch zu sprengen, war gering.

Unter den Bekanntschaften, die Mesnager im Haag anknüpfte, nennt er den Herrn von Petkum, der als Gesandter für Holstein

---

1) Minutes of the Negotiations of M. Mesnager. London 1717, p. 14. — Die Aechtheit dieses wichtigen Werkes wird später in Betreff der englischen Angelegenheiten zu erörtern sein, zum Jahre 1711.

2) Mesnager selber gibt die Zeit nicht näher an; aber diese findet sich bei Pelet t. VIII, p. 3.

3) Mémoires de Porcy t. I, p. 116.

nicht eine hohe Stellung einnahm, dagegen Scharfsinn und Gewandtheit in ungewöhnlichem Grade verband. Petkum stellte sich bald darauf in Versailles und diente im Laufe der nächsten Monate als Uebermittler nach beiden Seiten.

Denn, wenn auch von Seiten der Republik auf die französischen Anträge nicht in officieller Form eingegangen wurde, so gab es doch nicht Wenige, welche, in dem Wunsche nach dem Frieden, für sich persönlich sich auf die Besprechung der Modalitäten einließen.

Zu den bisherigen Motiven dafür trat vom Frühlinge dieses Jahres an noch der Zweifel, ob man sich dauernd auf England verlassen könne. Und dies führt uns zurück zu dem Parteigetriebe in England, insbesondere zu der Persönlichkeit der Königin Anna.

Marlborough und die Königin.

Die Whig-Partei war nicht gesonnen, sich mit dem Errungenen zu begnügen, sondern wollte den Sieg weiter ausnutzen. Sie verlangte von Godolphin für den Lord Somers ein hohes Staatsamt, im April. Godolphin schlug der Königin vor, ihn zum Präsidenten des Cabinets-Rathes zu ernennen. Er traf auf harten Widerstand. Aber zugleich drängten ihn die Whigs vorwärts. Er bat Marlborough, vom Haag aus nach England zurückzukehren und die Sache zu schlichten[1]). Aber Marlborough ward durch die Vorbereitungen zum Feldzuge damals nach Hannover gerufen, zum großen Verdrusse Godolphins. Nach dem Haag zurückgekehrt, fand Marlborough die Beschwerden von beiden Seiten vor, der Königin und Godolphins. Die Whig-Partei hatte ihre Forderung für Somers dahin ermäßigt, daß sie nicht mehr den Vorsitz im Cabinets-Rathe für ihn verlangte, sondern eine Stelle darin. An diesem Verlangen aber hatten sich betheiligt nicht bloß die Whig-Junta, sondern auch als Repräsentanten der mehr gemäßigten Fraction der Whigs, die Herzoge von Newcastle und Devonshire, und zwar durch persönliches Erscheinen vor der Königin. Dennoch hatte sie geweigert.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 209. Vom 5./16. April.



Die Königin berichtete nun Marlborough den Hergang. Sie habe erwiedert, sagte sie, daß sie nur solche Persönlichkeiten im Cabinets-Rathe wolle, die ihr im Parlamente wohl dienten und keine Anlehnung an Andere hätten. Eben dasselbe habe sie dem Treasurer geantwortet, der, obwohl von größerer Autorität bei ihr als jene zwei, dennoch nicht vermocht habe sie umzustimmen. „Denn den Lord Somers in meinen Dienst zu nehmen, schreibt sie, sehe ich als mein Verderben an. Und ich hoffe daher, daß, obwohl der Lord Treasurer sagt, Sie würden ihm beitreten, Sie dies nicht thun werden. Denn niemals kann ich darein willigen" [1]).

Marlborough gab sein Urtheil über den Inhalt dieses Briefes dem Treasurer kund mit den Worten: „Ich werde in Betreff der Königin Ihrer Weisung folgen; denn, wenn sie beharrt, so ist das wie eine offene Erklärung an alle Welt, daß Sie und ich keinen Credit bei ihr haben, und daß alles unter der Hand geleitet wird von Herrn Harley und Frau Masham" [2]). In diesem Sinne fiel seine Antwort an die Königin aus, vom 9. Mai.

„Ich muß damit beginnen, schreibt er, daß die Stadt Amsterdam, welche immer den größten Eifer für die nachdrückliche Führung des Krieges bewiesen, mich, in zwei Conferenzen mit ihrem Bürgermeister und ihrem Rathspensionär, hat drängen lassen, Schritte zu einem Frieden zu thun, was ich der Ehre und dem Interesse Ew. Majestät nicht für entsprechend halten würde. Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Aenderung nicht aus Furcht vor Frankreich hervorgeht, sondern aus dem was im letzten Winter in England geschehen ist, aus den wiederholt dahin gelangten Nachrichten, daß Ew. Majestät mit dem Entschlusse umgehen die Parteien zu wechseln. Die Voraussicht der verderblichen Folgen, die das im nächsten Parlamente haben dürfte, ist für Amsterdam der wahre Grund des ernstlichen Wunsches, daß im Laufe dieses Feldzuges Friedensvorschläge gemacht werden mögen."

„In Betreff Englands hege ich keinen Zweifel, daß man darauf ausgeht, Ew. Majestät zu überreden, daß im nächsten Unterhause die

---

1) Coxe vol. II, p. 220. Vom 22. April/3. Mai.

2) A. a. O.

Tories die Mehrheit haben werden. Allein ich bitte Ew. Majestät zu erwägen, bevor es zu spät ist, wie das möglich sein kann nach dem Versuche auf Schottland, welchen Frankreich durch den Prätendenten hat machen lassen, und wo die Mehrheit jener Partei in dem Verdachte steht, vorher um jenen Versuch gewußt, oder wenigstens demselben einen Erfolg gewünscht zu haben. Außerdem sind ja ihre Bemühungen beständig dahin gerichtet das Volk zu einem Frieden geneigt zu machen, welcher bei den Umständen, in denen wir uns befinden, lediglich dazu dienen kann, dem Interesse Ew. Majestät zu schaden, und folglich demjenigen des Prätendenten zu nützen."

„Da nun dies der Wahrheit gemäß, wie ist es da möglich, daß die ehrlichen Leute in England, die Ew. Majestät wohl wollen und die Fortsetzung des Krieges wünschen, sich verleiten lassen sollten, solche Persönlichkeiten zu wählen, die nach ihrer Ansicht alles was ihnen lieb und theuer ist, zu Grunde richten würden? Wenn also das was ich die Ehre habe Ew. Majestät hier zu schreiben, der Wahrheit entspricht, so wollen Sie doch um Gottes willen erwägen, welche Consequenzen sich ergeben werden, wenn Sie die Bitte der Herzoge von Newcastle und Davonshire abschlagen. Denn das würde ja eine Demonstration sein nicht bloß für diese zwei, sondern für Jedermann, daß der Lord Treasurer und ich bei Ew. Majestät keine Geltung haben, sondern daß Sie sich leiten lassen nach dem Rathe des Herrn Harley" [1]).

Zum Schlusse weist Marlborough darauf hin, daß in der Verleihung des Commandos an den Herzog von Bourgogne die Andeutung liege, daß der König eine Schlacht wolle. Er selber werde sie nicht vermeiden, sondern suchen, weil nothwendig für den Dienst der Königin. Gott allein wisse daher, ob nicht dieser Brief sein letzter, und darum bitte er mit derselben Inständigkeit, als wäre dieser Brief sicherlich sein letzter, daß die Königin nicht bloß in dieser Angelegenheit, sondern in allen, dem guten Rathe des Treasurers Godolphin folgen wolle.

Der Kern dieses Schreibens läßt sich zurückführen auf die Gedanken: die Krone bleibt der Königin sicher nur durch die nachdrückliche

---

[1]) Coxe vol. II, p. 221. Vom 9. Mai.



Fortführung des Krieges: darum muß sie der Whig-Partei nachgeben, weil diese die nachdrückliche Fortführung des Krieges verbürgt.

Godolphin überreichte der Königin das Schreiben. Sie las es nicht in seiner Gegenwart. Er kam am nächsten Tage wieder und abermals am dritten. Sie redeten je zwei Stunden über den Inhalt; aber die Königin gab nicht nach. Sie verneinte jeglichen Verkehr mit Harley, auch in zweiter Hand, und versicherte, daß sie nur mit dem Prinzen-Gemahl über diese Angelegenheiten rede.

Dennoch entschloß sie sich einige Tage später an Marlborough über die Friedensfrage zu antworten. „In Betreff dessen, schreibt sie, was der Treasurer mir schon gemeldet hatte, und was Sie wieder hervorheben, nämlich daß man in zwei Conferenzen in Sie gedrängt hat, Schritte zu einem Frieden zu thun, bin ich durchaus Ihrer Ansicht, daß dies weder meiner Ehre noch meinem Interesse entspricht, und versichere Ihnen, daß, was immer meine Feinde Gegentheiliges ausstreuen mögen, ich niemals und zu keiner Zeit in einen Frieden willigen werde als auf sichere und ehrenhafte Bedingungen. Entschuldigen Sie, daß ich zur Zeit nicht weiter auf Ihr Schreiben antworte, und erweisen Sie mir die Gerechtigkeit, etwaigen falschen Darstellungen, die Ihnen über mich gemacht werden könnten, kein Gewicht bei Ihnen zu verstatten; denn das würde mir ein größerer Kummer sein als ich aussprechen kann. Ich kann nicht schließen ohne die Bitte, daß Sie für sich selber Sorge tragen wollen; denn es gibt sicherlich Niemanden, der herzlicher für Ihre Erhaltung betet, als mich, die ich leben und sterben will in aufrichtigster Weise ihre ergebenste Dienerin" [1]).

Demnach wollen beide, die Königin und Marlborough, die Fortdauer des Krieges. Marlborough sagt, daß nur die Fortdauer des Krieges der Königin die Krone sichere: sie beruft sich für ihren Kriegeseifer auf ihre Ehre und ihr Interesse. Daß diese Ehre oder dies Interesse die Zurückstellung von Spanien an das Haus Habsburg erfordere, wie es damals die Thronreden der Königin und die Adressen des Parlamentes verkündeten, kommt in diesen vertraulichen Aeußerungen nicht zur Sprache. Vielmehr erscheint die Fortdauer des Krieges hier als die persönliche Angelegenheit der Königin. Um die Krone zu

[1]) Coxe vol. II, p. 225. Vom 17./28. Mai.



behalten, will sie den Krieg, und um den Krieg fortzuführen, bedarf sie des Feldherrn Marlborough.

Aber die Whig-Partei ist ihr verhaßt. Und darum schrickt sie zurück vor der Consequenz, daß sie, um Marlborough zu halten, Concessionen an die Whig-Partei machen soll. Sie beharrt bei ihrer Weigerung, Lord Somers in den Cabinets-Rath zu nehmen.

Inzwischen vollzogen sich, im Laufe des Monates Mai, die Wahlen für das neue Unterhaus. Die Whig-Strömung hatte die Oberhand. Demnach durfte man schon im Mai nicht zweifeln, daß im nächsten Winter das Unterhaus wohlgeneigt sein werde, die Mittel zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges zu bewilligen [1]).

Auf die Königin übte dieser Ausfall der Wahlen jedoch nicht den Einfluß, darum den Whigs geneigter zu werden. Vielmehr empfing sie neuen Anlaß zur Unzufriedenheit durch das Verhalten des Schwiegersohnes von Marlborough, des Staats-Secretärs Sunderland, welcher den Vorwurf auf sich lud, bei den Wahlen der sechszehn Pairs für Schottland für die Whig-Partei einen regeren Eifer entwickelt zu haben als mit seiner dienstlichen Stellung vereinbar war. Die Königin beklagte sich bei Marlborough, daß Sunderland in seinen Briefen nach Schottland ihren Namen gebraucht habe. Sie erwog bereits den Gedanken seiner Entlassung [2]). Nach den Aeußerungen Marlboroughs an sie ist nicht zu zweifeln, daß sie um seinetwillen damals den Schritt unterlassen hat, mit welchem sie zwei Jahre später den offenen Bruch mit der Whig-Partei begann.

Die Königin bedurfte Marlboroughs als des Feldherrn für den Krieg, dessen nachdrückliche Fortführung, wie sie sich ausdrückte, ihrer Ehre und ihrem Interesse entsprach. Weniger jedoch meinte sie Godolphins zu bedürfen, welcher, unter dem Drucke der Whig-Partei, die Ansprüche derselben bei ihr vertrat. Die Unterredungen, die sich bei seinen Vorträgen entspannen, wurden heftiger. Es kam dahin, daß Godolphin sie bat, entweder seinem Rathe zu folgen, oder ihn zu entlassen. Er sei dieses Lebens müde, klagte er bei Marlborough, am 24. Juni. Mit dem Prinzen-Gemahl stehe er kaum besser als mit der Königin,

---

1) Coxe vol. II, p. 226. Godolphin an Marlborough, 22. Mai/2. Juni.
2) A. a. O. p. 283.



und jener werde gesteift durch den Admiral Churchill, den Bruder Marlboroughs. Godolphin bat Marlborough herüber zu kommen, um ein besseres Verhältnis herzustellen [1]).

Der Wunsch war unerfüllbar, weil eben damals der Prinz Eugen seinen Marsch von der Mosel aus antrat, um sich mit Marlborough zu vereinigen. Zugleich meldete Marlborough das Steigen der Friedenswünsche in Holland. Der Raths-Pensionär von Amsterdam, Buys, habe sich in einem Dispute mit einem Anderen verlauten lassen: wenn nicht dieser Feldzug einen guten Erfolg bringe, so müsse die Republik Frieden schließen [2]).

Dies war am 2. Juli. Marlborough meldete zugleich an Sunderland das Bevorstehen der Ankunft des Prinzen Eugen, so wie seine Absicht nach dem Eintreffen desselben dem Feinde die Schlacht anzubieten. Aber vorher schienen dann, wie wir gesehen haben, die Dinge sich zu wenden. Wir erinnern uns, daß Marlborough, überrascht durch die Verwegenheit des Marsches der feindlichen Armee auf Gent, am 5. und 6. Juli, die dadurch ihm gebotene Blöße derselben nicht ausnutzte, sondern nach Asche zurückwich. Mehrere Tage hindurch standen die Dinge für die Verbündeten nicht günstig, bis das Treffen von Oudenarde, am 11. Juli, den Anfang machte zu einer Reihe von Siegen.

In seiner ersten Meldung, vom 12. Juli, an die Herzogin über das Treffen thut Marlborough des Prinzen Eugen keine Erwähnung, sondern fordert sie auf zum Danke gegen Gott, der ihn zum Werkzeuge eines solchen Glückes für die Königin und die Nation gemacht habe, mit dem Zusatze: wenn es der Königin gefallen werde davon Gebrauch zu machen [3]). Der Zusatz erhielt nachher eine besondere Bedeutung.

Die Siegeskunde von Oudenarde dämpfte nicht die Friedenswünsche von Amsterdam, rief dagegen in England ein Triumphgeschrei hervor. Godolphin charakterisirt das Verhalten beider Nationen dahin, daß die Holländer in gleicher Weise den guten oder schlechten Erfolg

---

[1]) Coxe vol. II, p. 228.
[2]) A. a. O. p. 246.
[3]) A. a. O. p. 265.

benutzen, um zu ihrem eigentlichen Ziele zu gelangen, dem Frieden, daß dagegen in England Viele sich bemühen, die Erwartungen noch höher zu spannen als dieselben erfüllbar seien, daß namentlich bei den Tories dies der wahre Grund des Siegesjubels sei. „Erwägen Sie, schließt er seinen Brief an Marlborough, daß, nach täglicher Erfahrung, unsere Nation so angelegt ist, daß wir, im Glücke, uns hoch oben auf dem Giebel unseres Hauses träumen, und, im Unglücke, ja bei der leisesten Unruhe, bereit sind in die Erde zu sinken"[1]).

Marlborough antwortete auf die hochgehenden Erwartungen von den Folgen des Sieges von Oudenarde nach England hin mit der Ankündigung, daß, um einen Frieden nach dem Wunsche der Whig-Partei zu erzwingen, noch ein Feldzug erforderlich sein werde. Mit der Berufung für diese Ansicht auf den Prinzen Eugen, bat er die Herzogin, durch ihren Schwiegersohn Sunderland dies den Häuptern der Whig-Partei mitzutheilen[2]).

Es kommt vor Allem auf die Haltung der Königin an.

Ihr Glückwunsch und Dank, vom 6./17. Juli, an Marlborough für die Siegesnachricht ist im höchsten Grade verbindlich. Die Königin berührt die heimischen Differenzen nur leicht mit den Worten: „Wenn Sie hier anwesend wären, so würden Sie sicherlich mich in Betreff einiger Dinge nicht so sehr im Unrechte halten, wie ich jetzt besorgen muß, daß Sie es thun"[3]). Marlborough antwortete mit einer Darlegung, die den Sieg von Oudenarde als „ein sichtbares Zeichen der Gunst des Himmels für die Königin und ihre Waffen" erscheinen lassen soll[4]). Marlborough versichert weiter, daß er keinen Ehrgeiz habe, nichts für sich und seine Familie verlange, sondern der Königin nur im Felde zu dienen wünsche. „Aber, sagt er dann, nachdem ich für mich diesen Entschluß gefaßt, gestatten Ew. Majestät mir auch zu sagen, daß Sie als gute Christin im Gewissen verpflichtet sind zu verzeihen, und keinen Zorn mehr zu hegen gegen eine besondere Persönlichkeit oder eine Partei, sondern sich derjenigen zu bedienen, welche

---

1) Coxe vol. II, p. 269. Vom 23. Juli/3. August.

2) A. a. O. p. 273. Vom 26. Juli.

3) Der Brief in Conduct etc. p. 217.

4) Which was a visible mark of the favour of Heaven to you and your arms, bei Coxe vol. II, p. 280. Vom 23. Juli.



Willens sind diesen gerechten Krieg mit Nachdruck zu führen. Denn dies ist das einzige Mittel unsere Religion und unsere Freiheit, so wie die Krone auf Ihrem Haupte zu bewahren. Daß Sie sich derselben noch lange erfreuen und Ihrem Volke zum Segen-gereichen mögen, ist mein stäter Wunsch und mein beständiges Gebet."

Die Wirkung, die Marlborough von dieser Predigt erwarten mochte, wurde etwas durchkreuzt durch das minder fein ausgedachte Eintreten der Lady Marlborough. Sie übergab der Königin die erste Meldung Marlboroughs an sie über den Sieg von Oudenarde, die mit den Worten schloß: wenn es der Königin gefallen werde, davon Gebrauch zu machen. — Die Königin verlangte von Marlborough eine Erklärung dieser Worte. Er antwortete, daß der gute Gebrauch des Sieges für die Königin darin bestehen werde, dem Rathe des erprobten Lord Treasurers Godolphin zu folgen; denn jeder andere Berather führe sie in ein Labyrinth, um auf ihre Kosten sein Spiel zu machen[1]).

Der Hinweis auf Harley lag nahe genug, und die Königin antwortete darauf: „Es gibt Niemanden, mit dem ich mich berathe und auf den ich mich verlasse, als Sie und den Lord Treasurer. Dies werden Sie mir hoffentlich darauf hin glauben, daß ich es sage, da Sie ja mehr als einmal versichert haben, daß Sie meinen Worten Glauben schenken. Allerdings muß ich gestehen, daß, nach den täglichen Reden über den Einfluß, den Herr Harley durch eine Verwandte auf mich üben soll, und nach Ihrer Aeußerung, daß, wenn nicht etwas Außergewöhnliches vorläge, ich Ihrem und des Lord Treasurers Rathe folgen würde — daß nach dem Allem ich besorgen muß, Sie haben nicht eine völlig gute Meinung von mir, und wenn dem so ist, so ist es vergeblich für mich etwas zu sagen" [2]).

Daß Marlborough diesen Worten der Königin keinen Glauben beimaß, sagt er bei der Uebersendung des Briefes an die Herzogin ausdrücklich mit den Worten: der Inhalt des Briefes zeige, daß es vergeblich sei, einen Mohren weiß waschen zu wollen. Er denkt sich die Sache so aus, daß die Tories von der Königin völlig Besitz genommen

---

[1]) Coxe vol. II, p. 283. Vom 2. August.

[2]) A. a. O. p. 284. Nicht datirt.



haben, und sich in diesem Besitze behaupten werden, so lange Frau Masham Credit habe[1]). Ueberhaupt tritt bei Marlborough die Besorgnis vor dem Einflusse der Frau Masham noch stärker hervor als diejenige vor Harley. „Der Verkehr der Königin mit Frau Masham und ihre Gunst für diese, schreibt er am 6. August, wird endlich alles zu Grunde richten."

Wir sehen, wie ungeachtet des Sieges von Oudenarde die Kluft nicht bloß mehr zwischen der Königin und Lady Marlborough oder Godolphin, sondern Marlborough selber sich aufthut. Der Letztere überschätzt damals die Geltung der Tories bei der Königin. Aber er geht von diesem Standpuncte aus weiter. In der Ueberzeugung, daß die Tories auf sein Verderben sinnen, erklärt er fest zu den Whigs halten zu wollen. Er ermächtigt die Herzogin, dies zu Sunderland und den Anderen auszusprechen, mit der Beschränkung: „Wenn sie die Königin stützen wollen, so werden sie mich um so mehr fähig machen, ihnen und meinem Vaterlande zu dienen."

Forderungen und Aussichten der Whig-Partei.

Aber in der Whig-Partei, die sich gekränkt fühlte durch die ablehnende Haltung der Königin, ward damals ein besonderer Plan des Angriffes auf sie erwogen. Zwei Jahre zuvor waren sie eingetreten für die Königin gegen die Partei Rochester, welche hoffte durch den Antrag der Einladung der präsumtiven Thronerbin, der Kurfürstin Sophie, nach England, einen Zankapfel zwischen die Königin und die Whigs zu werfen. Die Whig-Partei hatte den Antrag bekämpft. Sie hatte auf die naturgemäß beste Sicherung der Succession, die Anwesenheit des Thronfolgers, verzichtet, weil die Königin sie nicht wollte. Aber sie hatten damals nur darum verzichtet, um dafür, mit gutem Willen der Königin, eine zweitbeste Sicherung, die Regentschafts-Bill, durchzubringen. Es war der Whig-Partei gelungen, sich dadurch für damals das Wohlgefallen der Königin zu erwerben. Aber der Gedanke der Einladung war nur für das eine Mal zurück gedrängt. Er kehrte wieder, wie er wiederkehren mußte, wenn die Thronfolge des

[1]) Coxe vol. II, p. 286. Vom 6. August.



Hauses Hannover in England ernstlich gemeint war. Wir haben vernommen, wie wenige Monate zuvor, im April, Lord Peterborough für seine Person ihn nach Hannover hin aussprach.

Im Juni ging in London das Gerücht, daß Marlborough den Kurprinzen Georg August, damals 26 Jahre alt, nach England eingeladen habe. Der englische Botschafter in Berlin, Lord Raby, der sich zeitweilig in London befand, meldete anfragend dies Gerücht an Robethon in Hannover, mit dem Zusatze, daß der Vater Georg Ludwig und die Großmutter Sophie diese Vernachlässigung ihrer Personen übel aufgenommen hätten [1]). — Die Antwort Robethons verneinte. Daß der Kurprinz den Feldzug unter Marlborough mitmache, geschehe auf besonderen Wunsch des Kurfürsten. Dies entsprach so sehr der Wahrheit, daß Marlborough zu Anderen seine Verwunderung aussprach, warum der Kurfürst seinen Sohn nicht lieber unter ihm selber am Rheine dienen lasse als in den Niederlanden. Er vermuthe, sagt er, der Kurfürst wünsche, daß sein Sohn mit englischen Officieren Bekanntschaft mache [2]).

Diese Vermuthung war begründet [3]). Zu Ende Juni traf der Kurprinz bei der Armee Marlboroughs ein, in welcher die Hannoveraner einen nicht geringen Bestandtheil ausmachten. Als Herzog von Cambridge ward Georg August dort behandelt als englischer Prinz, und die Garden der Königin standen ihm zu Dienste [4]). Das Verhalten des Prinzen in dem Treffen bei Oudenarde erwarb ihm hohe Anerkennung. „Der Kurprinz, meldet Marlborough dem Kurfürsten, hat sich besonders ausgezeichnet. Im Angriff an der Spitze der Truppen Ew. kurfürstlichen Durchlaucht, die ihren guten Theil zu dem glücklichen Erfolge beigetragen haben, hat er sie durch sein Beispiel angefeuert" [5]). Der Ruhm des Prinzen stieg noch durch die Kunde der einzelnen Umstände. Sein Pferd war unter ihm zusammen gebrochen und er selbst bereits an der Brust leicht verwundet, in naher Gefahr

---

1) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover. Schreiben Rabys vom 16./27. Juni, und Antwort Robethons vom 3. Juli.

2) Coxe vol. II, p. 237. Vom 24. Mai.

3) Vgl. Schwencke, Geschichte der hannöverischen Truppen S. 139.

4) Murray vol. IV, p. 71.

5) A. a. O. p. 104.

des Todes oder der Gefangenschaft, als der Führer der Schwadron, mit welcher er geritten, Oberst von Löseke, rasch von seinem Pferde sprang und es dem Kurprinzen darbot. Ihm hinauf helfend, empfing der getreue Mann selber den Todesstreich [1]).

Da, wie wir vernommen haben, in London schon im Juni ein unklares Gerücht von einer Einladung des Kurprinzen ergangen war, so mochte die Nachricht über seine Haltung bei Oudenarde noch mehr beitragen, die Frage zur Besprechung zu bringen. In der That finden wir im Laufe des Monates Juli bei der Whig-Partei den Gedanken der Einladung in lebhafter Erörterung, und zwar nicht mehr in Betreff der Kurfürstin Sophie, sondern des Kurprinzen Georg August. Der Gedanke blieb nicht geheim. In Folge dessen erhielt Lord Haversham, von der Tory-Partei, bei der Königin eine Audienz. Die Thatsache allein schon, daß die Königin eine Persönlichkeit wie Lord Haversham, der zwei Jahre zuvor den Antrag auf die Einladung der Kurfürstin eingebracht, wieder zuließ, erregte Aufsehen [2]). Auf die Meldung, die Lord Haversham vorbrachte, nahm die Königin ihre Zuflucht zu Marlborough. Das Schreiben, für die Haltung der Königin von besonderem Interesse, lautet wie folgt [3]).

„Ich habe Ihnen einen kurzen Bericht eines Besuches zu geben, den Lord Haversham mir gemacht hat. Er sagte mir, sein Auftrag sei mir kund zu thun, daß zwischen den Whigs und einigen Männern in hoher Stellung ein Plan im Werke sei, in der nächsten Parlaments-Session eine Adresse einzureichen, zum Zwecke einer Einladung an den Kurprinzen sich hier niederzulassen, so wie daß er nach dem Ende des Feldzuges hier sicherlich einen Besuch machen würde. Unter diesen Umständen sei für mich, um das Gezwungen-Werden zu vermeiden, wie es ohne Zweifel erfolgen würde, nichts Anderes zu thun als mich als Königin zu zeigen und die Einladung aus eigenem Entschlusse ergehen zu lassen. Ich antwortete ihm, daß, wenn man diese Sache im Parlamente vorbringe, ich denjenigen, der den Antrag mache, ob Whig ob Tory, nicht als meinen Freund betrachten würde. Auch

[1]) v. d. Decken im Vaterländischen Archiv (Hannover) Jahrgang 1835.
[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 294.
[3]) Coxe vol. II, p 287. Vom 22. Juli/2. August.



würde ich niemals eine Einladung ergehen lassen, weder an den jungen Mann, noch an seinen Vater, noch an seine Großmutter."

„Was ich Ihnen in Betreff dieser Sache zur Zeit zu sagen habe, ist die Bitte, daß Sie dort ausfindig machen wollen, ob ein solcher Plan des jungen Mannes zu einem Besuche hier im Winter vorliegt, und daß Sie sich bemühen, ihm jeden Gedanken solcher Art aus dem Sinne zu bringen. Denn ich möchte die Schwierigkeit vermeiden, ihm die Erlaubnis abzuschlagen, wenn er darum bittet, oder ihm das Kommen zu verbieten, wenn er es aus sich unternimmt. Eins von beiden muß ich thun, wenn etwa er oder sein Vater wünscht, daß er dies Land sehen soll. Denn ich kann den Gedanken nicht ertragen, irgend welchen Successor hier zu haben, und wäre es auch nur für eine Woche. Und darum verlasse ich mich auf Sie, daß Sie jenseit des Wassers alles aufbieten werden, um diese Kränkung von mir abzuwehren, die ich in aufrichtigster Weise bin und immer sein werde" u. s. w.

Die Worte: „Denn ich kann den Gedanken nicht ertragen, irgend welchen Successor hier zu haben" — sind für die letzten Jahre der Königin Anna von schwerem Gewichte, nicht bloß nach der einen Seite, sondern auch nach der anderen.

Der Brief zeigt abermals, daß die von Mistrauen gegen das Kurhaus in Hannover erfüllte Seele der Königin den Grundzug des Verhaltens desselben nicht kannte oder vielleicht auch nicht anerkennen wollte. Nicht bloß einmal, sondern in jeder Kundgebung nach England hin hatte wie die Kurfürstin Sophie, so auch der Kurfürst Georg Ludwig erklärt, und zwar der letztere noch kurz zuvor an Lord Peterborough, daß sie in Bezug auf England keinen Schritt thun würden als im Einverständnisse mit der Königin. In der Wirklichkeit entbehrte daher der Plan, den Lord Haversham zur Kunde der Königin gebracht, des Fundamentes, nämlich der Willigkeit und Zustimmung des Kurprinzen und des Kurfürsten. Der Plan hat daher seinen geschichtlichen Werth nur zur Kenntnis der Richtungen und Bestrebungen von englischer Seite. Fassen wir dies kurz zusammen. Die Whig-Partei läßt durch Sunderland die Herzogin versichern, daß Marlborough auf ihre Freundschaft bauen könne, wenn er es ihnen möglich mache, das heißt also, wenn er in der Frage der Einladung mit ihnen gehe. Die Königin

meldet ihm ihr Vertrauen, daß er die dornige Frage der Einladung von ihr abwehren werde. Marlborough antwortet an Sunderland durch die Herzogin, daß er immer bereit sei, sich mit den Whigs gegen die Tories zu einigen, nur nicht die Königin persönlich zu beleidigen. Und darauf laufe der Plan der Einladung hinaus [1]). — Da dem Plane die Basis fehlte, so mußte er in sich selber zerfallen.

Wir sehen also die Stellung Marlboroughs im Sommer 1708 wie folgt. Er will mit der Whig-Partei zusammen gehen; aber diese traut ihm nicht völlig. Die Königin will ihn halten, weil er ihr unentbehrlich ist für den Krieg, den sie fortsetzen will; aber sie fürchtet sein Zusammen-Gehen mit den Whigs, deren Herrschaft sie sich nicht fügen will.

Bei dieser Lage der Dinge suchte Marlborough den äußersten Druck auf die Königin auszuüben durch die Bitte um seine Entlassung. Das Schreiben, in welchem er der Herzogin und durch sie der Königin diese Absicht kund gibt, vom 20. August, lautet wie folgt.

„Ich thue mein Bestes, sagt er, England und der Königin zu dienen, und bete, von ganzem Herzen und von ganzer Seele, um Gottes Schutz und Segen. Aber ich bin von allem dem, was ich höre, und was, nach meinem Dafürhalten, in England geschieht, so ermüdet, daß täglich in mir die Ueberzeugung wächst, ich würde es an mir selber fehlen lassen und undankbar gegen den allmächtigen Gott sein, wenn ich nicht die erste beste Gelegenheit ergriffe, mich von allen Geschäften zurückzuziehen. Und nachdem ich nun für eine Reihe von Jahren der Königin und dem Vaterlande mit ganzer Seele gedient habe, würde ich froh sein noch einige Zeit übrig zu haben, mich zu sammeln und dankbar zu sein für die vielen Gnaden, die ich aus der Hand Gottes empfangen habe. Es ist nicht meine Absicht zu leben wie ein Mönch; aber ich kann nicht mich geduldig darein ergeben, länger im Geschäftsleben auszuharren, wo es nicht in meiner Macht steht, Andere von dem zu überzeugen was ich für recht halte. Ich sehe die Schwierigkeit voraus, mich während des Krieges zurückzuziehen, und diese Schwierigkeit ist zur Zeit meine größte Bekümmernis; aber, wenn ich irgendwie verantwortlich gemacht werden soll für die

---

1) Coxe vol. II, p. 288. Die verschiedenen Briefe im August.

Meinungen der Königin, die in keiner Weise durch dasjenige was ich sage oder thue, sich bestimmen läßt: so muß auch diese Schwierigkeit überwunden werden. Gott mag wissen, wer auf sie den Einfluß ausübt; aber in meiner Liebe für sie und für mein Vaterland, fürchte ich die Folgen" [1]).

Marlborough selber mochte auf die Wirkung dieses seines Druckmittels auf die Königin nicht ein sehr großes Vertrauen setzen. Denn einige Tage später schreibt er an die Herzogin: „Frau Masham ist bei der Königin so fest begründet, daß wir uns fruchtlos gegen sie bemühen, vielmehr durch unsere Anstrengungen wider sie ihr nur gute Dienste erweisen" [2]).

Die Königin antwortete, wie Marlborough erwartet hatte, daß sie zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste niemals ihre Einwilligung geben werde. Sie mahnte ihn, daß, wenn nach allen den Erfolgen, die ihm zu Theil geworden, es Gott ferner gefalle, ihn zum Werkzeuge eines dauernden Friedens zu machen, er im Gewissen verpflichtet sei, vor Gott und den Menschen, seine hülfreiche Hand zu leihen, und dies könne er nicht, wenn er sich zurückziehe. In öffentlicher Stellung könne er eben so wohl Gott dankbar sein wie im Privatleben. — Sie berührt dann, daß auch Godolphin um seine Entlassung anhalte. Aber auch diesem habe sie gesagt, daß er es vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten könne. Sie hofft, daß sie beide nicht darauf bestehen werden einen Schritt zu thun, der sie, die Königin, und das Land in Verwirrung stürzen würde.

Der Antwort der Königin dürfte zu Grunde liegen, daß, so lange sie fest hielt an der Ueberzeugung, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone sichere, Harley die Zeit zum offenen Hervortreten noch nicht für gekommen erachtete.

Aber darum machte die Königin in dieser Ablehnung noch nicht eine Concession zu Gunsten der Whig-Partei. Vielmehr klagt sie dieselbe an, daß sie schon in der letzten Session des Parlamentes und immer seitdem die königliche Autorität bestritten habe, und in der nächsten Session darauf ausgehen werde, die geringe Prärogative, die

---

1) Coxe vol. II, p. 290.
2) A. a. O. p. 291. Vom 23. August.



der Krone noch verblieben, zu zerreißen. „Sie wollen Niemanden in irgend einem Amte, als der völlig von ihnen abhangt. Nun, wie kann denn ich, die ich das alles sehe und weiß, so klar wie die Sonne am Mittage, solche Leute als meine Freunde ansehen? Um Gottes willen, machen Sie doch nicht die Sache jener Menschen zu der Ihrigen, und erwägen Sie, was Sie thun, und warum eine Hand voll von Personen ihre eigenen Landsleute einschüchtern soll. Ich werde jeden Whig, der sich verdient macht, ermuthigen; aber ich will nichts zu thun haben mit jenen, die sich so herrschsüchtiger Art bewiesen haben. Kurz, nach meiner Ansicht sind die Dinge bis zu der Frage gekommen, ob ich mich den fünf tyrannisirenden Lords unterwerfen soll, oder sie sich mir. Das ist meine Meinung: ich bitte mir die Ihrige zu sagen" [1]).

Die Antwort Marlboroughs zog in so fern zurück, daß sie von einer Entlassung vom Commando der Armee nicht mehr sprach. Im Rathe der Königin jedoch könne er nicht ferner beharren, nachdem die Königin, im Winter und im Frühlinge zuvor, offen kund gethan, daß sie ihm kein Vertrauen mehr schenke, dagegen dasselbe anderen Persönlichkeiten zuwende, die weder die Ehrenhaftigkeit, noch die Befähigung besäßen ihr zu dienen. Im selben Falle wie er sei Godolphin. Er wolle nicht der Königin abermals die Folgen entwickeln, da ja ihr letztes Schreiben an ihn offenbar zeige, daß er vergeblich rede.

Aber die Königin hatte ihr Schreiben geendet wie mit einer Kriegserklärung gegen die Whig-Junta. Demnach waren sie und ihr Berather Harley damals der Ansicht, den Kampf gegen die Junta mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Diese Hoffnung gründete sich auf eine Spaltung in der Whig-Partei. Nicht alle Mitglieder derselben waren willig der Führung der aus den Lords Somers, Orford, Wharton, Sunderland und Halifax bestehenden Junta zu folgen, welche verlangte, daß Marlborough und Godolphin sich ein für allemal völlig für sie erklären sollten — sondern ein großer Theil, namentlich die Herzoge Somerset, Devonshire, Newcastle, traten gelinder auf [2]). Es kam darauf an, ob diese Spaltung völlig und

---

[1]) Coxe vol. II, p. 291. An Marlborough gelangt am 27. August.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. November.



dauernd gemacht werden konnte. Dafür arbeitete unter Anderen auch der Prinz-Gemahl Georg von Dänemark, der sonst in allen inneren englischen Angelegenheiten eine maßvolle Zurückhaltung bewies.

Marlborough in seiner Antwort erörtert dies thatsächliche Verhältnis nicht, sondern entgegnet: die Tyrannei der fünf Lords, welche die Königin so sehr zu fürchten scheine, sei zu vermeiden, wenn sie sich wieder denen anvertrauen wolle, die nun seit sieben Jahren sie auf dem Throne gestützt hätten und noch mehr zuvor. Nicht von ihnen zwei, deren Interesse gemeinsam mit demjenigen der Königin, erwachse eine Gefahr für sie, sondern von Anderen her, deren Interesse es sei Zwietracht zu säen, um dadurch sie beide aus dem Dienste der Königin zu zwingen [1]).

Auch diesmal ward die Königin durch die Rede Marlboroughs nicht umgestimmt.

Die Differenz ward verbittert durch ein abermaliges Aufeinandertreffen der beiden Frauen, der Königin und Lady Marlborough. Am Tage der Dankesfeier für Oudenarde, dem 19./30. August, fielen in der St. Paulskirche selbst zwischen ihnen scharfe Worte, denen ein noch schärferer Briefwechsel folgte [2]). Einige Wochen später, am 9./20. September, fand eine heftige Unterredung statt, in welcher Lady Marlborough, nach ihren Aufzeichnungen darüber, sich nicht auf Angriffe gegen Frau Masham und Harley beschränkt, sondern das gesammte politische Verhalten der Königin gegenüber den Whigs ihrer Kritik unterzogen zu haben scheint. Die Frauen schieden von einander in leidenschaftlicher Erregung. Dann erst faßte Lady Marlborough den heilsamen Entschluß fortan weder zu reden, noch zu schreiben, und erhielt dazu die volle Zustimmung des Gemahls.

Unterdessen mochten jedoch auch der Königin und ihrem Berather Harley, je näher die Einberufung des Parlamentes heran rückte, Bedenken aufsteigen, ob dem voraussichtlichen Sturme der Whig-Mehrheit Halt geboten werden könnte, dies zumal da der Sturm auch den Prinzen-Gemahl mit bedrohen würde. Denn, wie erwähnt, hatte Georg von Dänemark sich in das Parteigetriebe mit eingelassen, und

---

1) Coxe vol. II, p. 293.

2) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 219.

sich betheiligt an den Versuchen die Whigs zu spalten. Die Hoffnung auf diese Versuche erwies sich nach und nach als nicht begründet. Die zwei Fractionen traten einander wieder näher. Demgemäß wandte sich die Partei gegen den Prinzen, und noch mehr gegen seinen Günstling, den Admiral Churchill, Bruder Marlboroughs. Gegen diesen zunächst sollte in Betreff der Verwaltung der Admiralität, der Ansturm gerichtet werden, und dann über ihn hinweg gegen den Groß-Admiral selber, den Prinzen-Gemahl. Auf den Rath Godolphins entschloß sich Marlborough hier entgegen zu kommen. Er richtete an seinen Bruder in eindringlichster Weise die Bitte, freiwillig vorher zurückzutreten, gegen das Versprechen ihn dafür doppelt schadlos zu halten [1]).

Churchill folgte dem Rathe; aber dies befriedigte noch nicht die nunmehr wieder geeinigte Whig-Partei. Sie erhob wieder ihre erste Forderung, daß Lord Somers den Vorsitz im Cabinetsrathe haben müsse. Die Königin hatte im Anfange entgegen gehalten, daß diese Stelle gar nicht erledigt sei, daß Lord Pembroke sie zu ihrer Zufriedenheit besitze. Auch dafür wußte man einen Ausweg. Lord Pembroke war zugleich Vicekönig von Irland. Er sollte beide Aemter zu Gunsten von zwei Mitgliedern der Whig-Junta, Lord Somers und Lord Wharton, niederlegen, um dafür das Amt des Groß-Admirals von England zu erhalten, das bisher der Prinz-Gemahl inne hatte. Im anderen Falle drohete diesem selber der Angriff der Whig-Partei.

Die Königin schwankte. Es waren erst zwei Monate verflossen, seitdem sie an Marlborough geschrieben, daß die Dinge dahin gekommen seien, ob sie sich den fünf tyrannisirenden Lords unterwerfen solle, oder diese sich ihr. Und nun trat in der Wirklichkeit die Frage scharf an sie heran. Der Prinz-Gemahl war nicht bloß leidend, sondern sterbenskrank. An seinem Brustleiden siechte er unrettbar dem Grabe zu. Am 22. October/2. November gab die Königin der Forderung der Whig-Partei nach. Dann wieder zauderte sie mit der Erfüllung. Eine Woche später nahm der Tod den Prinzen-Gemahl hinweg. Und damit verstummte jeglicher Einwand der Königin.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 357. Vom 19. October.



Königin Anna als Witwe.

Auf die Nachricht, daß der Zustand des Prinzen-Gemahls sich verschlimmere, war auch Lady Marlborough von Windsor Lodge, wo sie weilte, nach Kensington geeilt, wohin bei dieser Lage der Dinge ihr Amt als Oberst-Hofmeisterin sie rief. Ihr Bericht über die Begegnung zeigt, daß sie gehofft hat, bei diesem Anlasse durch ihre Tröstungen das frühere Band der Freundschaft wieder zu knüpfen. Es war vergeblich. An Lady Marlborough selber stellte die Königin das Verlangen Abigail Masham herbeizurufen [1]).

Der Bericht der Lady Marlborough könnte Zweifel erregen, ob der Tod des Gemahls die Königin innerlich tief getroffen habe. Die Meldungen der kaiserlichen Gesandten Gallas und Hoffmann lassen einen solchen Zweifel nicht zu. „Die Königin und ihr Gemahl, meldet Gallas, haben bisher schon fast einsam gelebt: nun nach dem Tode des Prinzen, ist sie gleichsam ganz allein und ohne Ansprache" [2]). Um so mehr also mußte von da an der Einfluß der einzigen Persönlichkeit steigen, der die Königin ein rückhaltloses Vertrauen entgegen trug, der Abigail Masham.

Die Königin ließ in Betreff der Kleidung die tiefste Trauer verordnen, so daß die Lords erscheinen mußten wie in Trauer um den eigenen Vater. Dasselbe ward den Gesandten der fremden Mächte zur Pflicht der Höflichkeit gemacht. „Einen Mangel darin, meldet Hoffmann, würde die Königin als Disrespect für sie selber ansehen" [3]).

Die sämmtlichen Mitglieder des kurfürstlichen Hauses in Hannover sandten je einzeln ihre Condolenz-Schreiben ein. Das wärmste und eindringlichste derselben ist dasjenige der Kurprinzessin Caroline [4]).

Der Prinz Georg von Dänemark hatte sich nicht ausgezeichnet durch eine hohe geistige Begabung. Das Urtheil seines Schwiegervaters Jacob II. über ihn lautete in dieser Beziehung wenig günstig (Band IV, S. 242), und die unverhüllte Geringschätzung Wilhelms III. gegen

1) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 410.

2) Bericht vom 9. November.

3) Hoffmanns Bericht vom 9. November.

4) Sämmtlich im State Paper Office. German Papers. Modern Royal letters. Elector of Hanover.

seinen Schwager trug nicht wenig bei, sein Verhältnis zu der damaligen Prinzessin Anna zu einem gespannten zu machen. (Band V, S. 279.) In Betreff seines Charakters jedoch ward kein Tadel gegen ihn erhoben, und nur in den letzten Monaten seines Lebens, wo er, der Königin zu Liebe, sich betheiligt hatte an den Versuchen, die Whig-Partei zu theilen, hatte er sich dem Angriffe derselben ausgesetzt.

Wir erinnern uns, daß einst, im Anblicke der wankenden Gesundheit Wilhelms III., die Prinzessin Anna dem Vater Jacob II. in St. Germain den Vorschlag gemacht: er möge ihr gestatten, nach dem Tode ihres Schwagers von Oranien die etwa ihr dargebotene Krone anzunehmen, gegen das Versprechen ihrerseits sie zurückzugeben, sobald eine geeignete Gelegenheit sich darbiete. (Vgl. Band X, S. 1 u. f.) Jacob II. hatte nicht eingewilligt. Nach dem Tode des eigenen Sohnes, des Herzogs von Glocester, im August 1700, hatte die Prinzessin Anna ihren Vorschlag erneuert. Im September 1701 war Jacob II. gestorben mit seiner Verzeihung und seinem Segen für seine Tochter Anna, in dem guten Glauben an ihren Entschluß, das ihm zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an seinem Sohne, ihrem Bruder. So hatte die Mutter desselben, die Königin-Witwe Marie, von St. Germain aus es ihr kund gethan. Dennoch hatte dann Anna, nach dem Tode Wilhelms III., die Krone für sich genommen. Daß sie, wie es damals um die Dinge stand, nicht anders konnte, wenn sie nicht England einer unsäglichen Zerrüttung preis geben wollte, liegt vor Augen; aber damit ward nicht die Thatsache ihres früheren Eingeständnisses nach St. Germain hin aufgehoben, daß sie die Krone nicht kraft eigenen Rechtes trug. Um dieses Eingeständnis wußte damals in England vielleicht nur die Königin Anna ganz allein. Sie suchte vor der Last, mit welcher dasselbe auf ihr inneres Leben drückte, ihre Zuflucht bei der geliebten Hochkirche von England. (Vgl. Band X, S. 4.)

Die Gebete der Hochkirche hatten eine Erhörung nicht gefunden, und mit dem Prinzen-Gemahl senkte die Königin Anna diese ihre Hoffnung in die Gruft. Fortan mußte sie, ob wollend ob nicht, sich völlig in den Gedanken hinein leben, daß sie die Krone, die, nach ihrem eigenen Bekenntnisse an den Vater, ihrem Bruder gebührte, einem fremden Fürstenhause hinterlassen würde, es wäre denn daß sich ihr ein Mittel böte, jenes dem Vater gegebene Versprechen gut zu machen.

Daß die Königin derartige Gedanken erwogen haben müsse, folgt mit Nothwendigkeit aus den angegebenen Thatsachen, namentlich ihrem Bekenntnisse an ihren Vater. Daß sie solchen Gedanken Ausdruck gegeben habe, dafür ist noch für längere Zeit keine Spur ersichtlich. Einstweilen sehen wir sie beharren bei dem anderen Gedanken, den sie und Marlborough im Laufe dieses Jahres 1708 wiederholt einander ausgesprochen, daß die Krone ihr sicher sei nur durch die Fortsetzung des Krieges.

Friedensversuch Marlboroughs.

Um so merkwürdiger ist die Thatsache, daß wir diesen Mann, der in so Vieler Augen als die Fackel und Posaune des Krieges galt, weil der Krieg seinen persönlichen Interessen der Macht und des Reichthumes diene — daß wir diesen selben Mann eben damals auf eigene Hand einen Friedensversuch machen sehen. Es geschah kurz nachdem ihm Carl III. das frühere Anerbieten erneuert hatte, glänzender noch als damals. Lassen wir also die Dinge der Zeit nach auf einander folgen.

Auf die Nachricht des Sieges von Oudenarde erließ Carl III. von Barcelona aus, am 8. August, an Marlborough ein sehr warmes Dankschreiben. „In dem Vertrauen, sagt er darin, daß derselben Hand, welche für Deutschland und für die Niederlande die Freiheit gesichert hat, auch Spanien die seinige verdanken wird, bin ich immer bereit, das Patent für die Statthalterschaft meiner Niederlande, welches ich vor zwei Jahren Ihnen gesandt, zu erneuern und es auf Ihre Lebenszeit auszudehnen. Sie dürfen sich auf die Erfüllung meines königlichen Wortes verlassen und versichert sein, daß ich, meinem Versprechen gemäß, Ihnen die Bestallung zugehen lassen werde, so bald ich mich im Besitze von Madrid befinde.“ Carl III. empfahl ihm das Geheimnis. Marlborough theilte es nach England an Godolphin mit, unter der Verpflichtung, daß es vor dem Friedensschlusse Niemand erfahre als die Königin, weil im anderen Falle Holland abermals Schwierigkeiten machen würde[1]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 315.



Das Schreiben Carls III. konnte im Laufe des Monates September in Marlboroughs Händen sein. Um einige Wochen später finden wir in den Denkwürdigkeiten des Marschalls Berwick die folgenden Worte verzeichnet [1]).

„Während ich mich im Lager von Saulsoy befand, erhielt ich heimlich einen Brief vom Herzoge von Marlborough, der mir anzeigte, daß die dermalige Lage der Dinge sehr geeignet sei, eine Friedenshandlung anzuknüpfen, daß der Vorschlag gemacht werden müsse bei den Feld-Deputirten, bei dem Prinzen Eugen und bei ihm, Marlborough. Die Ersteren würden nicht ermangeln ihm die Mittheilung zu machen, und dann würde er sein Bestes thun, um das Eingehen darauf durchzusetzen."

„Es konnte uns, meint Berwick, nichts Vortheilhafteres widerfahren als dieser Fingerzeig von Seiten Marlboroughs, der uns für die Beendigung dieses schweren Krieges ein ehrenhaftes Thor des Friedens eröffnete. Ich sprach darüber mit dem Herzog von Bourgogne und mit dem Minister Chamillart. Dieser entsendete sogleich einen Courier an den König um seine Befehle in Betreff der Antwort. Der König schickte sie an Chamillart ein. Der Letztere war, in einem Uebermaße des politischen Scharfsinnes, auf den Einfall gekommen, daß der Vorschlag Marlboroughs herrührte aus der gefährlichen Lage, in welcher sich die Armee der Verbündeten befände."

Die Erwähnung der Anwesenheit des Ministers Chamillart im Lager von Saulsoy bestimmt die Zeit genauer. Er traf dort ein am 31. October, und verweilte etwa acht Tage. Es war damals die Zeit, wo Chamillart und Andere meinten, durch das Abschneiden aller Communication die Armee der Verbündeten dem Hungertode aussetzen zu können. — Berwick fährt fort wie folgt.

„Ich gestehe, daß diese Anschauungen über mein Verständnis hinausgingen. Auch war ich nach der Art und Weise, in der Marlborough mir geschrieben, überzeugt, daß die Furcht daran keinen Antheil hatte, sondern lediglich der Wunsch einen Krieg zu beenden, dessen ganz Europa müde wurde. In allem was er mir meldete, war kein

---

[1]) Berwick t. II, p. 34. Berwick befand sich im Lager von Saulsoy von Ende September an, vgl. p. 24, bis zum 16. November, vgl. p. 34.



Anzeichen einer Unaufrichtigkeit, und er hatte sich nur darum an mich gewendet, um die Verhandlung durch meine Hände gehen zu lassen, in der Meinung, daß dies mir zum Nutzen gereichen könne. Der Minister Chamillart dictirte mir die Antwort, die ich zu geben hatte, und ich fand sie so wenig entsprechend, daß ich sie französisch beließ und überschickte, damit Marlborough daraus ersehen könne, daß sie nicht von mir ihren Ursprung hatte. In der That ward er dadurch verletzt, so daß diese seine Eröffnung für den Frieden keine Frucht brachte. Nach meiner Ueberzeugung war sogar dies die hauptsächliche Ursache der Abneigung, die der Herzog von Marlborough nachher dem Friedenswerke entgegen trug."

Dieser Bericht Berwicks, der die Thatsache einer Unterhandlung Marlboroughs mit Frankreich, im October 1708, feststellt, erhält noch etwas mehr Licht durch die Instructionen, welche Ludwig XIV., im Mai des nächsten Jahres, dem Staats-Secretär Torcy für eine Unterredung mit Marlborough gab. „Sie haben ihm mein Erstaunen auszudrücken, sagt darin Ludwig XIV., daß er nach seinen früher gegebenen Versprechungen dennoch dem Frieden entgegen arbeitet, und andererseits meine Bereitwilligkeit ihm die in Aussicht gestellte Belohnung zu gewähren, wenn er günstig wirkt." Es folgt dann ein Tarif, der je nach den Leistungen Marlboroughs für Ludwig XIV. und Philipp V. bis zu vier Millionen französischer Livres ansteigt[1]).

Demnach ist nicht blos erst im Mai 1709, sondern auch früher schon zwischen Marlborough und dem Könige oder Chamillart von einem Geldhandel die Rede gewesen. Und da diese Thatsache feststeht, wird auch die Angabe der Summe glaubwürdig, welche wir von anderer Seite her vernehmen. Nachdem nämlich in England der Umschwung eingetreten, drei Jahre später, machte Torcy dem damaligen Grafen Oxford, früheren Harley, die Mittheilung, daß im October 1708 die Summe, für welche Marlborough den Frieden habe bewirken sollen, zwei Millionen Kronthaler betragen habe, daß jedoch Chamillart den Handel durchkreuzt habe durch die Forderung, Marlborough solle, zum Beweise seiner Aufrichtigkeit, die Belagerung von Lille aufheben.

---

[1]) **Mémoires de Torcy t. II, p. 159.**



des Todes oder der Gefangenschaft, als der F… der Einladung
mit welcher er geritten, Oberst von Lösеke, … .t an Sunderland
sprang und es dem Kurprinzen darbot. S… .nit den Whigs gegen
der getreue Mann selber den Todesstr… persönlich zu beleidigen.

Da, wie wir vernommen hab… .g hinaus[1]). — Da dem
unklares Gerücht von einer Einl… ich selber zerfallen.
so mochte die Nachricht über … .arlboroughs im Sommer 1708
beitragen, die Frage zur B… -Partei zusammen gehen; aber diese
wir im Laufe des Mor… Königin will ihn halten, weil er ihr un-
der Einladung in le… Krieg, den sie fortsetzen will; aber sie fürchtet
treff der Kurfürst… mit den Whigs, deren Herrschaft sie sich nicht
Der Gedanke …
ham, von …
sache all… dieser Lage der Dinge suchte Marlborough den äußersten
ham, … die Königin auszuüben durch die Bitte um seine Entlassung.
K… Schreiben, in welchem er der Herzogin und durch sie der Königin
diese Absicht kund gibt, vom 20. August, lautet wie folgt.

„Ich thue mein Bestes, sagt er, England und der Königin zu dienen, und bete, von ganzem Herzen und von ganzer Seele, um Gottes Schutz und Segen. Aber ich bin von allem dem, was ich höre, und was, nach meinem Dafürhalten, in England geschieht, so ermüdet, daß täglich in mir die Ueberzeugung wächst, ich würde es an mir selber fehlen lassen und undankbar gegen den allmächtigen Gott sein, wenn ich nicht die erste beste Gelegenheit ergriffe, mich von allen Geschäften zurückzuziehen. Und nachdem ich nun für eine Reihe von Jahren der Königin und dem Vaterlande mit ganzer Seele gedient habe, würde ich froh sein noch einige Zeit übrig zu haben, mich zu sammeln und dankbar zu sein für die vielen Gnaden, die ich aus der Hand Gottes empfangen habe. Es ist nicht meine Absicht zu leben wie ein Mönch; aber ich kann nicht mich geduldig darein ergeben, länger im Geschäftsleben auszuharren, wo es nicht in meiner Macht steht, Andere von dem zu überzeugen was ich für recht halte. Ich sehe die Schwierigkeit voraus, mich während des Krieges zurückzuziehen, und diese Schwierigkeit ist zur Zeit meine größte Bekümmernis; aber, wenn ich irgendwie verantwortlich gemacht werden soll für die

---

[1]) Coxe vol. II, p. 288. Die verschiedenen Briefe im August.



·n der Königin, die in keiner Weise durch dasjenige was ich
hue, sich bestimmen läßt: so muß auch diese Schwierigkeit
verden. Gott mag wissen, wer auf sie den Einfluß aus-
einer Liebe für sie und für mein Vaterland, fürchte ich

selber mochte auf die Wirkung dieses seines Druck-
in nicht ein sehr großes Vertrauen setzen. Denn
..er schreibt er an die Herzogin: „Frau Masham ist
.önigin so fest begründet, daß wir uns fruchtlos gegen sie
..uhen, vielmehr durch unsere Anstrengungen wider sie ihr nur gute Dienste erweisen" ²).

Die Königin antwortete, wie Marlborough erwartet hatte, daß sie zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste niemals ihre Einwilligung geben werde. Sie mahnte ihn, daß, wenn nach allen den Erfolgen, die ihm zu Theil geworden, es Gott ferner gefalle, ihn zum Werkzeuge eines dauernden Friedens zu machen, er im Gewissen verpflichtet sei, vor Gott und den Menschen, seine hülfreiche Hand zu leihen, und dies könne er nicht, wenn er sich zurückziehe. In öffentlicher Stellung könne er eben so wohl Gott dankbar sein wie im Privatleben. — Sie berührt dann, daß auch Godolphin um seine Entlassung anhalte. Aber auch diesem habe sie gesagt, daß er es vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten könne. Sie hofft, daß sie beide nicht darauf bestehen werden einen Schritt zu thun, der sie, die Königin, und das Land in Verwirrung stürzen würde.

Der Antwort der Königin dürfte zu Grunde liegen, daß, so lange sie fest hielt an der Ueberzeugung, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone sichere, Harley die Zeit zum offenen Hervortreten noch nicht für gekommen erachtete.

Aber darum machte die Königin in dieser Ablehnung noch nicht eine Concession zu Gunsten der Whig-Partei. Vielmehr klagt sie dieselbe an, daß sie schon in der letzten Session des Parlamentes und immer seitdem die königliche Autorität bestritten habe, und in der nächsten Session darauf ausgehen werde, die geringe Prärogative, die

¹) Coxe vol. II, p. 290.
²) A. a. O. p. 291. Vom 28. August.



des Todes oder der Gefangenschaft, als der Führer der Schwadron, mit welcher er geritten, Oberst von Lösecke, rasch von seinem Pferde sprang und es dem Kurprinzen darbot. Ihm hinauf helfend, empfing der getreue Mann selber den Todesstreich[1]).

Da, wie wir vernommen haben, in London schon im Juni ein unklares Gerücht von einer Einladung des Kurprinzen ergangen war, so mochte die Nachricht über seine Haltung bei Oudenarde noch mehr beitragen, die Frage zur Besprechung zu bringen. In der That finden wir im Laufe des Monates Juli bei der Whig-Partei den Gedanken der Einladung in lebhafter Erörterung, und zwar nicht mehr in Betreff der Kurfürstin Sophie, sondern des Kurprinzen Georg August. Der Gedanke blieb nicht geheim. In Folge dessen erhielt Lord Haversham, von der Tory-Partei, bei der Königin eine Audienz. Die Thatsache allein schon, daß die Königin eine Persönlichkeit wie Lord Haversham, der zwei Jahre zuvor den Antrag auf die Einladung der Kurfürstin eingebracht, wieder zuließ, erregte Aufsehen[2]). Auf die Meldung, die Lord Haversham vorbrachte, nahm die Königin ihre Zuflucht zu Marlborough. Das Schreiben, für die Haltung der Königin von besonderem Interesse, lautet wie folgt[3]).

„Ich habe Ihnen einen kurzen Bericht eines Besuches zu geben, den Lord Haversham mir gemacht hat. Er sagte mir, sein Auftrag sei mir kund zu thun, daß zwischen den Whigs und einigen Männern in hoher Stellung ein Plan im Werke sei, in der nächsten Parlaments-Session eine Adresse einzureichen, zum Zwecke einer Einladung an den Kurprinzen sich hier niederzulassen, so wie daß er nach dem Ende des Feldzuges hier sicherlich einen Besuch machen würde. Unter diesen Umständen sei für mich, um das Gezwungen-Werden zu vermeiden, wie es ohne Zweifel erfolgen würde, nichts Anderes zu thun als mich als Königin zu zeigen und die Einladung aus eigenem Entschlusse ergehen zu lassen. Ich antwortete ihm, daß, wenn man diese Sache im Parlamente vorbringe, ich denjenigen, der den Antrag mache, ob Whig ob Tory, nicht als meinen Freund betrachten würde. Auch

---

1) v. d. Decken im Vaterländischen Archiv (Hannover) Jahrgang 1835.
2) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 294.
3) Coxe vol. II, p 287. Vom 22. Juli/2. August.



würde ich niemals eine Einladung ergehen lassen, weder an den jungen Mann, noch an seinen Vater, noch an seine Großmutter."

„Was ich Ihnen in Betreff dieser Sache zur Zeit zu sagen habe, ist die Bitte, daß Sie dort ausfindig machen wollen, ob ein solcher Plan des jungen Mannes zu einem Besuche hier im Winter vorliegt, und daß Sie sich bemühen, ihm jeden Gedanken solcher Art aus dem Sinne zu bringen. Denn ich möchte die Schwierigkeit vermeiden, ihm die Erlaubnis abzuschlagen, wenn er darum bittet, oder ihm das Kommen zu verbieten, wenn er es aus sich unternimmt. Eins von beiden muß ich thun, wenn etwa er oder sein Vater wünscht, daß er dies Land sehen soll. Denn ich kann den Gedanken nicht ertragen, irgend welchen Successor hier zu haben, und wäre es auch nur für eine Woche. Und darum verlasse ich mich auf Sie, daß Sie jenseit des Wassers alles aufbieten werden, um diese Kränkung von mir abzuwehren, die ich in aufrichtigster Weise bin und immer sein werde" u. s. w.

Die Worte: „Denn ich kann den Gedanken nicht ertragen, irgend welchen Successor hier zu haben" — sind für die letzten Jahre der Königin Anna von schwerem Gewichte, nicht bloß nach der einen Seite, sondern auch nach der anderen.

Der Brief zeigt abermals, daß die von Mistrauen gegen das Kurhaus in Hannover erfüllte Seele der Königin den Grundzug des Verhaltens desselben nicht kannte oder vielleicht auch nicht anerkennen wollte. Nicht bloß einmal, sondern in jeder Kundgebung nach England hin hatte wie die Kurfürstin Sophie, so auch der Kurfürst Georg Ludwig erklärt, und zwar der letztere noch kurz zuvor an Lord Peterborough, daß sie in Bezug auf England keinen Schritt thun würden als im Einverständnisse mit der Königin. In der Wirklichkeit entbehrte daher der Plan, den Lord Haversham zur Kunde der Königin gebracht, des Fundamentes, nämlich der Willigkeit und Zustimmung des Kurprinzen und des Kurfürsten. Der Plan hat daher seinen geschichtlichen Werth nur zur Kenntnis der Richtungen und Bestrebungen von englischer Seite. Fassen wir dies kurz zusammen. Die Whig-Partei läßt durch Sunderland die Herzogin versichern, daß Marlborough auf ihre Freundschaft bauen könne, wenn er es ihnen möglich mache, das heißt also, wenn er in der Frage der Einladung mit ihnen gehe. Die Königin

meldet ihm ihr Vertrauen, daß er die dornige Frage der Einladung von ihr abwehren werde. Marlborough antwortet an Sunderland durch die Herzogin, daß er immer bereit sei, sich mit den Whigs gegen die Tories zu einigen, nur nicht die Königin persönlich zu beleidigen. Und darauf laufe der Plan der Einladung hinaus [1]). — Da dem Plane die Basis fehlte, so mußte er in sich selber zerfallen.

Wir sehen also die Stellung Marlboroughs im Sommer 1708 wie folgt. Er will mit der Whig-Partei zusammen gehen; aber diese traut ihm nicht völlig. Die Königin will ihn halten, weil er ihr unentbehrlich ist für den Krieg, den sie fortsetzen will; aber sie fürchtet sein Zusammen-Gehen mit den Whigs, deren Herrschaft sie sich nicht fügen will.

Bei dieser Lage der Dinge suchte Marlborough den äußersten Druck auf die Königin auszuüben durch die Bitte um seine Entlassung. Das Schreiben, in welchem er der Herzogin und durch sie der Königin diese Absicht kund gibt, vom 20. August, lautet wie folgt.

„Ich thue mein Bestes, sagt er, England und der Königin zu dienen, und bete, von ganzem Herzen und von ganzer Seele, um Gottes Schutz und Segen. Aber ich bin von allem dem, was ich höre, und was, nach meinem Dafürhalten, in England geschieht, so ermüdet, daß täglich in mir die Ueberzeugung wächst, ich würde es an mir selber fehlen lassen und undankbar gegen den allmächtigen Gott sein, wenn ich nicht die erste beste Gelegenheit ergriffe, mich von allen Geschäften zurückzuziehen. Und nachdem ich nun für eine Reihe von Jahren der Königin und dem Vaterlande mit ganzer Seele gedient habe, würde ich froh sein noch einige Zeit übrig zu haben, mich zu sammeln und dankbar zu sein für die vielen Gnaden, die ich aus der Hand Gottes empfangen habe. Es ist nicht meine Absicht zu leben wie ein Mönch; aber ich kann nicht mich geduldig darein ergeben, länger im Geschäftsleben auszuharren, wo es nicht in meiner Macht steht, Andere von dem zu überzeugen was ich für recht halte. Ich sehe die Schwierigkeit voraus, mich während des Krieges zurückzuziehen, und diese Schwierigkeit ist zur Zeit meine größte Bekümmernis; aber, wenn ich irgendwie verantwortlich gemacht werden soll für die

[1]) Coxe vol. II, p. 288. Die verschiedenen Briefe im August.



Meinungen der Königin, die in keiner Weise durch dasjenige was ich sage oder thue, sich bestimmen läßt: so muß auch diese Schwierigkeit überwunden werden. Gott mag wissen, wer auf sie den Einfluß ausübt; aber in meiner Liebe für sie und für mein Vaterland, fürchte ich die Folgen" [1]).

Marlborough selber mochte auf die Wirkung dieses seines Druckmittels auf die Königin nicht ein sehr großes Vertrauen setzen. Denn einige Tage später schreibt er an die Herzogin: „Frau Masham ist bei der Königin so fest begründet, daß wir uns fruchtlos gegen sie bemühen, vielmehr durch unsere Anstrengungen wider sie ihr nur gute Dienste erweisen" [2]).

Die Königin antwortete, wie Marlborough erwartet hatte, daß sie zu seinem Ausscheiden aus dem Dienste niemals ihre Einwilligung geben werde. Sie mahnte ihn, daß, wenn nach allen den Erfolgen, die ihm zu Theil geworden, es Gott ferner gefalle, ihn zum Werkzeuge eines dauernden Friedens zu machen, er im Gewissen verpflichtet sei, vor Gott und den Menschen, seine hülfreiche Hand zu leihen, und dies könne er nicht, wenn er sich zurückziehe. In öffentlicher Stellung könne er eben so wohl Gott dankbar sein wie im Privatleben. — Sie berührt dann, daß auch Godolphin um seine Entlassung anhalte. Aber auch diesem habe sie gesagt, daß er es vor Gott und seinem Gewissen nicht verantworten könne. Sie hofft, daß sie beide nicht darauf bestehen werden einen Schritt zu thun, der sie, die Königin, und das Land in Verwirrung stürzen würde.

Der Antwort der Königin dürfte zu Grunde liegen, daß, so lange sie fest hielt an der Ueberzeugung, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone sichere, Harley die Zeit zum offenen Hervortreten noch nicht für gekommen erachtete.

Aber darum machte die Königin in dieser Ablehnung noch nicht eine Concession zu Gunsten der Whig-Partei. Vielmehr klagt sie dieselbe an, daß sie schon in der letzten Session des Parlamentes und immer seitdem die königliche Autorität bestritten habe, und in der nächsten Session darauf ausgehen werde, die geringe Prärogative, die

---

1) Coxe vol. II, p. 290.

2) A. a. O. p. 291. Vom 23. August.



der Krone noch verblieben, zu zerreißen. „Sie wollen Niemanden in irgend einem Amte, als der völlig von ihnen abhangt. Nun, wie kann denn ich, die ich das alles sehe und weiß, so klar wie die Sonne am Mittage, solche Leute als meine Freunde ansehen? Um Gottes willen, machen Sie doch nicht die Sache jener Menschen zu der Ihrigen, und erwägen Sie, was Sie thun, und warum eine Hand voll von Personen ihre eigenen Landsleute einschüchtern soll. Ich werde jeden Whig, der sich verdient macht, ermuthigen; aber ich will nichts zu thun haben mit jenen, die sich so herrschsüchtiger Art bewiesen haben. Kurz, nach meiner Ansicht sind die Dinge bis zu der Frage gekommen, ob ich mich den fünf tyrannisirenden Lords unterwerfen soll, oder sie sich mir. Das ist meine Meinung: ich bitte mir die Ihrige zu sagen"[1]).

Die Antwort Marlboroughs zog in so fern zurück, daß sie von einer Entlassung vom Commando der Armee nicht mehr sprach. Im Rathe der Königin jedoch könne er nicht ferner beharren, nachdem die Königin, im Winter und im Frühlinge zuvor, offen kund gethan, daß sie ihm kein Vertrauen mehr schenke, dagegen dasselbe anderen Persönlichkeiten zuwende, die weder die Ehrenhaftigkeit, noch die Befähigung besäßen ihr zu dienen. Im selben Falle wie er sei Godolphin. Er wolle nicht der Königin abermals die Folgen entwickeln, da ja ihr letztes Schreiben an ihn offenbar zeige, daß er vergeblich rede.

Aber die Königin hatte ihr Schreiben geendet wie mit einer Kriegserklärung gegen die Whig-Junta. Demnach waren sie und ihr Berather Harley damals der Ansicht, den Kampf gegen die Junta mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können. Diese Hoffnung gründete sich auf eine Spaltung in der Whig-Partei. Nicht alle Mitglieder derselben waren willig der Führung der aus den Lords Somers, Orford, Wharton, Sunderland und Halifax bestehenden Junta zu folgen, welche verlangte, daß Marlborough und Godolphin sich ein für allemal völlig für sie erklären sollten — sondern ein großer Theil, namentlich die Herzoge Somerset, Devonshire, Newcastle, traten gelinder auf[2]). Es kam darauf an, ob diese Spaltung völlig und

[1]) Coxe vol. II, p. 291. An Marlborough gelangt am 27. August.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. November.



dauernd gemacht werden konnte. Dafür arbeitete unter Anderen auch der Prinz-Gemahl Georg von Dänemark, der sonst in allen inneren englischen Angelegenheiten eine maßvolle Zurückhaltung bewies.

Marlborough in seiner Antwort erörtert dies thatsächliche Verhältnis nicht, sondern entgegnet: die Tyrannei der fünf Lords, welche die Königin so sehr zu fürchten scheine, sei zu vermeiden, wenn sie sich wieder denen anvertrauen wolle, die nun seit sieben Jahren sie auf dem Throne gestützt hätten und noch mehr zuvor. Nicht von ihnen zwei, deren Interesse gemeinsam mit demjenigen der Königin, erwachse eine Gefahr für sie, sondern von Anderen her, deren Interesse es sei Zwietracht zu säen, um dadurch sie beide aus dem Dienste der Königin zu zwingen [1]).

Auch diesmal ward die Königin durch die Rede Marlboroughs nicht umgestimmt.

Die Differenz ward verbittert durch ein abermaliges Aufeinandertreffen der beiden Frauen, der Königin und Lady Marlborough. Am Tage der Dankesfeier für Oudenarde, dem 19./30. August, fielen in der St. Paulskirche selbst zwischen ihnen scharfe Worte, denen ein noch schärferer Briefwechsel folgte [2]). Einige Wochen später, am 9./20. September, fand eine heftige Unterredung statt, in welcher Lady Marlborough, nach ihren Aufzeichnungen darüber, sich nicht auf Angriffe gegen Frau Masham und Harley beschränkt, sondern das gesammte politische Verhalten der Königin gegenüber den Whigs ihrer Kritik unterzogen zu haben scheint. Die Frauen schieden von einander in leidenschaftlicher Erregung. Dann erst faßte Lady Marlborough den heilsamen Entschluß fortan weder zu reden, noch zu schreiben, und erhielt dazu die volle Zustimmung des Gemahls.

Unterdessen mochten jedoch auch der Königin und ihrem Berather Harley, je näher die Einberufung des Parlamentes heran rückte, Bedenken aufsteigen, ob dem voraussichtlichen Sturme der Whig-Mehrheit Halt geboten werden könnte, dies zumal da der Sturm auch den Prinzen-Gemahl mit bedrohen würde. Denn, wie erwähnt, hatte Georg von Dänemark sich in das Parteigetriebe mit eingelassen, und

---

1) Coxe vol. II, p. 293.

2) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 219.

sich betheiligt an den Versuchen die Whigs zu spalten. Die Hoffnung auf diese Versuche erwies sich nach und nach als nicht begründet. Die zwei Fractionen traten einander wieder näher. Demgemäß wandte sich die Partei gegen den Prinzen, und noch mehr gegen seinen Günstling, den Admiral Churchill, Bruder Marlboroughs. Gegen diesen zunächst sollte in Betreff der Verwaltung der Admiralität, der Ansturm gerichtet werden, und dann über ihn hinweg gegen den Groß-Admiral selber, den Prinzen-Gemahl. Auf den Rath Godolphins entschloß sich Marlborough hier entgegen zu kommen. Er richtete an seinen Bruder in eindringlichster Weise die Bitte, freiwillig vorher zurückzutreten, gegen das Versprechen ihn dafür doppelt schadlos zu halten [1]).

Churchill folgte dem Rathe; aber dies befriedigte noch nicht die nunmehr wieder geeinigte Whig-Partei. Sie erhob wieder ihre erste Forderung, daß Lord Somers den Vorsitz im Cabinetsrathe haben müsse. Die Königin hatte im Anfange entgegen gehalten, daß diese Stelle gar nicht erledigt sei, daß Lord Pembroke sie zu ihrer Zufriedenheit besitze. Auch dafür wußte man einen Ausweg. Lord Pembroke war zugleich Vicekönig von Irland. Er sollte beide Aemter zu Gunsten von zwei Mitgliedern der Whig-Junta, Lord Somers und Lord Wharton, niederlegen, um dafür das Amt des Groß-Admirals von England zu erhalten, das bisher der Prinz-Gemahl inne hatte. Im anderen Falle drohete diesem selber der Angriff der Whig-Partei.

Die Königin schwankte. Es waren erst zwei Monate verflossen, seitdem sie an Marlborough geschrieben, daß die Dinge dahin gekommen seien, ob sie sich den fünf tyrannisirenden Lords unterwerfen solle, oder diese sich ihr. Und nun trat in der Wirklichkeit die Frage scharf an sie heran. Der Prinz-Gemahl war nicht bloß leidend, sondern sterbenskrank. An seinem Brustleiden siechte er unrettbar dem Grabe zu. Am 22. October/2. November gab die Königin der Forderung der Whig-Partei nach. Dann wieder zauderte sie mit der Erfüllung. Eine Woche später nahm der Tod den Prinzen-Gemahl hinweg. Und damit verstummte jeglicher Einwand der Königin.

---

1) Coxe vol. II, p. 357. Vom 19. October.



Königin Anna als Witwe.

Auf die Nachricht, daß der Zustand des Prinzen-Gemahls sich verschlimmere, war auch Lady Marlborough von Windsor Lodge, wo sie weilte, nach Kensington geeilt, wohin bei dieser Lage der Dinge ihr Amt als Oberst-Hofmeisterin sie rief. Ihr Bericht über die Begegnung zeigt, daß sie gehofft hat, bei diesem Anlasse durch ihre Tröstungen das frühere Band der Freundschaft wieder zu knüpfen. Es war vergeblich. An Lady Marlborough selber stellte die Königin das Verlangen Abigail Masham herbeizurufen[1]).

Der Bericht der Lady Marlborough könnte Zweifel erregen, ob der Tod des Gemahls die Königin innerlich tief getroffen habe. Die Meldungen der kaiserlichen Gesandten Gallas und Hoffmann lassen einen solchen Zweifel nicht zu. „Die Königin und ihr Gemahl, meldet Gallas, haben bisher schon fast einsam gelebt: nun nach dem Tode des Prinzen, ist sie gleichsam ganz allein und ohne Ansprache" [2]). Um so mehr also mußte von da an der Einfluß der einzigen Persönlichkeit steigen, der die Königin ein rückhaltloses Vertrauen entgegen trug, der Abigail Masham.

Die Königin ließ in Betreff der Kleidung die tiefste Trauer verordnen, so daß die Lords erscheinen mußten wie in Trauer um den eigenen Vater. Dasselbe ward den Gesandten der fremden Mächte zur Pflicht der Höflichkeit gemacht. „Einen Mangel darin, meldet Hoffmann, würde die Königin als Disrespect für sie selber ansehen" [3]).

Die sämmtlichen Mitglieder des kurfürstlichen Hauses in Hannover sandten je einzeln ihre Condolenz-Schreiben ein. Das wärmste und eindringlichste derselben ist dasjenige der Kurprinzessin Caroline [4]).

Der Prinz Georg von Dänemark hatte sich nicht ausgezeichnet durch eine hohe geistige Begabung. Das Urtheil seines Schwiegervaters Jacob II. über ihn lautete in dieser Beziehung wenig günstig (Band IV, S. 242), und die unverhüllte Geringschätzung Wilhelms III. gegen

---

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 410.

[2]) Bericht vom 9. November.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 9. November.

[4]) Sämmtlich im State Paper Office. German Papers. Modern Royal letters. Elector of Hanover.

seinen Schwager trug nicht wenig bei, sein Verhältnis zu der damaligen Prinzessin Anna zu einem gespannten zu machen. (Band V, S. 279.) In Betreff seines Charakters jedoch ward kein Tadel gegen ihn erhoben, und nur in den letzten Monaten seines Lebens, wo er, der Königin zu Liebe, sich betheiligt hatte an den Versuchen, die Whig-Partei zu theilen, hatte er sich dem Angriffe derselben ausgesetzt.

Wir erinnern uns, daß einst, im Anblicke der wankenden Gesundheit Wilhelms III., die Prinzessin Anna dem Vater Jacob II. in St. Germain den Vorschlag gemacht: er möge ihr gestatten, nach dem Tode ihres Schwagers von Oranien die etwa ihr dargebotene Krone anzunehmen, gegen das Versprechen ihrerseits sie zurückzugeben, sobald eine geeignete Gelegenheit sich darbiete. (Vgl. Band X, S. 1 u. f.) Jacob II. hatte nicht eingewilligt. Nach dem Tode des eigenen Sohnes, des Herzogs von Glocester, im August 1700, hatte die Prinzessin Anna ihren Vorschlag erneuert. Im September 1701 war Jacob II. gestorben mit seiner Verzeihung und seinem Segen für seine Tochter Anna, in dem guten Glauben an ihren Entschluß, das ihm zugefügte Unrecht wieder gut zu machen an seinem Sohne, ihrem Bruder. So hatte die Mutter desselben, die Königin-Witwe Marie, von St. Germain aus es ihr kund gethan. Dennoch hatte dann Anna, nach dem Tode Wilhelms III., die Krone für sich genommen. Daß sie, wie es damals um die Dinge stand, nicht anders konnte, wenn sie nicht England einer unsäglichen Zerrüttung preis geben wollte, liegt vor Augen; aber damit ward nicht die Thatsache ihres früheren Eingeständnisses nach St. Germain hin aufgehoben, daß sie die Krone nicht kraft eigenen Rechtes trug. Um dieses Eingeständnis wußte damals in England vielleicht nur die Königin Anna ganz allein. Sie suchte vor der Last, mit welcher dasselbe auf ihr inneres Leben drückte, ihre Zuflucht bei der geliebten Hochkirche von England. (Vgl. Band X, S. 4.)

Die Gebete der Hochkirche hatten eine Erhörung nicht gefunden, und mit dem Prinzen-Gemahl senkte die Königin Anna diese ihre Hoffnung in die Gruft. Fortan mußte sie, ob wollend ob nicht, sich völlig in den Gedanken hinein leben, daß sie die Krone, die, nach ihrem eigenen Bekenntnisse an den Vater, ihrem Bruder gebührte, einem fremden Fürstenhause hinterlassen würde, es wäre denn daß sich ihr ein Mittel böte, jenes dem Vater gegebene Versprechen gut zu machen.

Daß die Königin derartige Gedanken erwogen haben müsse, folgt mit Nothwendigkeit aus den angegebenen Thatsachen, namentlich ihrem Bekenntnisse an ihren Vater. Daß sie solchen Gedanken Ausdruck gegeben habe, dafür ist noch für längere Zeit keine Spur ersichtlich. Einstweilen sehen wir sie beharren bei dem anderen Gedanken, den sie und Marlborough im Laufe dieses Jahres 1708 wiederholt einander ausgesprochen, daß die Krone ihr sicher sei nur durch die Fortsetzung des Krieges.

Friedensversuch Marlboroughs.

Um so merkwürdiger ist die Thatsache, daß wir diesen Mann, der in so Vieler Augen als die Fackel und Posaune des Krieges galt, weil der Krieg seinen persönlichen Interessen der Macht und des Reichthumes diene — daß wir diesen selben Mann eben damals auf eigene Hand einen Friedensversuch machen sehen. Es geschah kurz nachdem ihm Carl III. das frühere Anerbieten erneuert hatte, glänzender noch als damals. Lassen wir also die Dinge der Zeit nach auf einander folgen.

Auf die Nachricht des Sieges von Oudenarde erließ Carl III. von Barcelona aus, am 8. August, an Marlborough ein sehr warmes Dankschreiben. „In dem Vertrauen, sagt er darin, daß derselben Hand, welche für Deutschland und für die Niederlande die Freiheit gesichert hat, auch Spanien die seinige verdanken wird, bin ich immer bereit, das Patent für die Statthalterschaft meiner Niederlande, welches ich vor zwei Jahren Ihnen gesandt, zu erneuern und es auf Ihre Lebenszeit auszudehnen. Sie dürfen sich auf die Erfüllung meines königlichen Wortes verlassen und versichert sein, daß ich, meinem Versprechen gemäß, Ihnen die Bestallung zugehen lassen werde, so bald ich mich im Besitze von Madrid befinde.“ Carl III. empfahl ihm das Geheimnis. Marlborough theilte es nach England an Godolphin mit, unter der Verpflichtung, daß es vor dem Friedensschlusse Niemand erfahre als die Königin, weil im anderen Falle Holland abermals Schwierigkeiten machen würde [1]).

---

[1]) Coxe vol. II, p. 315.



Das Schreiben Carls III. konnte im Laufe des Monates September in Marlboroughs Händen sein. Um einige Wochen später finden wir in den Denkwürdigkeiten des Marschalls Berwick die folgenden Worte verzeichnet [1]).

„Während ich mich im Lager von Saulsoy befand, erhielt ich heimlich einen Brief vom Herzoge von Marlborough, der mir anzeigte, daß die dermalige Lage der Dinge sehr geeignet sei, eine Friedenshandlung anzuknüpfen, daß der Vorschlag gemacht werden müsse bei den Feld-Deputirten, bei dem Prinzen Eugen und bei ihm, Marlborough. Die Ersteren würden nicht ermangeln ihm die Mittheilung zu machen, und dann würde er sein Bestes thun, um das Eingehen darauf durchzusetzen."

„Es konnte uns, meint Berwick, nichts Vortheilhafteres widerfahren als dieser Fingerzeig von Seiten Marlboroughs, der uns für die Beendigung dieses schweren Krieges ein ehrenhaftes Thor des Friedens eröffnete. Ich sprach darüber mit dem Herzog von Bourgogne und mit dem Minister Chamillart. Dieser entsendete sogleich einen Courier an den König um seine Befehle in Betreff der Antwort. Der König schickte sie an Chamillart ein. Der Letztere war, in einem Uebermaße des politischen Scharfsinnes, auf den Einfall gekommen, daß der Vorschlag Marlboroughs herrührte aus der gefährlichen Lage, in welcher sich die Armee der Verbündeten befände."

Die Erwähnung der Anwesenheit des Ministers Chamillart im Lager von Saulsoy bestimmt die Zeit genauer. Er traf dort ein am 31. October, und verweilte etwa acht Tage. Es war damals die Zeit, wo Chamillart und Andere meinten, durch das Abschneiden aller Communication die Armee der Verbündeten dem Hungertode aussetzen zu können. — Berwick fährt fort wie folgt.

„Ich gestehe, daß diese Anschauungen über mein Verständnis hinausgingen. Auch war ich nach der Art und Weise, in der Marlborough mir geschrieben, überzeugt, daß die Furcht daran keinen Antheil hatte, sondern lediglich der Wunsch einen Krieg zu beenden, dessen ganz Europa müde wurde. In allem was er mir meldete, war kein

---

[1]) Berwick t. II, p. 34. Berwick befand sich im Lager von Saulsoy von Ende September an, vgl. p. 24, bis zum 16. November, vgl. p. 34.



Anzeichen einer Unaufrichtigkeit, und er hatte sich nur darum an mich gewendet, um die Verhandlung durch meine Hände gehen zu lassen, in der Meinung, daß dies mir zum Nutzen gereichen könne. Der Minister Chamillart dictirte mir die Antwort, die ich zu geben hatte, und ich fand sie so wenig entsprechend, daß ich sie französisch beließ und überschickte, damit Marlborough daraus ersehen könne, daß sie nicht von mir ihren Ursprung hatte. In der That ward er dadurch verletzt, so daß diese seine Eröffnung für den Frieden keine Frucht brachte. Nach meiner Ueberzeugung war sogar dies die hauptsächliche Ursache der Abneigung, die der Herzog von Marlborough nachher dem Friedenswerke entgegen trug."

Dieser Bericht Berwicks, der die Thatsache einer Unterhandlung Marlboroughs mit Frankreich, im October 1708, feststellt, erhält noch etwas mehr Licht durch die Instructionen, welche Ludwig XIV., im Mai des nächsten Jahres, dem Staats-Secretär Torcy für eine Unterredung mit Marlborough gab. „Sie haben ihm mein Erstaunen auszudrücken, sagt darin Ludwig XIV., daß er nach seinen früher gegebenen Versprechungen dennoch dem Frieden entgegen arbeitet, und andererseits meine Bereitwilligkeit ihm die in Aussicht gestellte Belohnung zu gewähren, wenn er günstig wirkt." Es folgt dann ein Tarif, der je nach den Leistungen Marlboroughs für Ludwig XIV. und Philipp V. bis zu vier Millionen französischer Livres ansteigt[1]).

Demnach ist nicht blos erst im Mai 1709, sondern auch früher schon zwischen Marlborough und dem Könige oder Chamillart von einem Geldhandel die Rede gewesen. Und da diese Thatsache feststeht, wird auch die Angabe der Summe glaubwürdig, welche wir von anderer Seite her vernehmen. Nachdem nämlich in England der Umschwung eingetreten, drei Jahre später, machte Torcy dem damaligen Grafen Oxford, früheren Harley, die Mittheilung, daß im October 1708 die Summe, für welche Marlborough den Frieden habe bewirken sollen, zwei Millionen Kronthaler betragen habe, daß jedoch Chamillart den Handel durchkreuzt habe durch die Forderung, Marlborough solle, zum Beweise seiner Aufrichtigkeit, die Belagerung von Lille aufheben.

---

[1]) **Mémoires de Torcy t. II, p. 159.**



Darauf habe Marlborough in zornigen Worten an Berwick geantwortet, daß diese Forderung der Sache ein Ende mache [1]).

Jene Thatsachen, das abermalige Angebot der Statthalterschaft von Seiten Carls III. an Marlborough, und die Aufforderung des Letzteren an Berwick eine Friedenshandlung anzuknüpfen, folgten somit kurz auf einander. Ob sie in einem ursächlichen Zusammenhange stehen, ob die erstere die letztere hervorrief, läßt sich darum mit Sicherheit nicht sagen. Bei einem Frieden, den Marlborough dem Könige von Frankreich anbot, und für welchen daher dieser ihm Dank schuldig sein mußte, mochte Marlborough die Aussicht erblicken, jenes Angebot Carls III. zu einer Wahrheit zu machen. Indem die Angelegenheit der Friedenshandlung Marlboroughs sich zerschlug, sank, bei der Abneigung der Republik Holland gegen die Statthalterschaft Marlboroughs über die Niederlande, abermals die Aussicht für ihn unter. Zum dritten Male sah er sich genöthigt, das Erbieten Carls III. abzulehnen [2]).

Es ist nicht anzunehmen, daß bei der Armee Marlboroughs irgend Jemand von jenem seinem Verkehre mit Berwick und durch denselben mit der französischen Regierung eine Kunde gehabt habe. Aber einem scharfblickenden Beobachter wie dem sächsischen General Schulenburg genügte auch das was er sah und hörte, zu dem wiederholten Urtheile: „Mylord Duc est l'homme le plus fin et le plus rusé de son temps“ [3]).

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 283. — Vgl. Bolingbroke's works vol. II, p. 463.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 30. Juni 1709, S. 93.

[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 446.

Fünfunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1709.

Session des großbritannischen Parlamentes im Winter 1708/9.

Der Beginn.

Bei der langen Dauer des Feldzuges von 1708 in den Niederlanden wurde auch die Einberufung des Parlamentes hinaus geschoben. Es trat zusammen am 16./27. November. Die Wahlen des Sommers 1708 hatten für das Unterhaus ein erhebliches Uebergewicht der Whig-Partei ergeben. Wir haben gesehen, daß dennoch die Königin eine Zeitlang gehofft hatte, sich der Herrschaft dieser Partei entziehen zu können durch die Spaltung derselben in zwei Heerlager, von denen das eine der Führung der Junta folgen würde, das andere derjenigen der mehr gemäßigten Häupter Devonshire, Newcastle, Somerset. Diese Hoffnung war nicht in Erfüllung gegangen. Als äußeres Zeichen des Zusammenhaltens der zwei Fractionen galt namentlich das Ergebnis der Wahl des Sprechers im Unterhause. Die Fraction der Junta hatte zuerst dafür Sir Peter King ersehen, die Gemäßigten den Ritter Onslow. Die Ersteren ließen dann ihren Candidaten fallen, und einigten sich mit den Anderen auf Onslow [1]).

Die Königin, bei der tiefen Trauer um den Prinzen-Gemahl, ließ sich bei der Eröffnung des Parlamentes durch eine Commission von Groß-Würdenträgern vertreten, in deren Namen der Lord-Kanzler Cowper die Anrede hielt. Er wies hin auf die Erfolge dieses Feldzuges, welche das Ziel des Krieges für England, nämlich die Reduction der gefährlichen Macht Frankreichs, in nähere Aussicht stellten. Eben

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. November.

darum hoffe die Königin, das jetzige Parlament werde, um dieses Ziel zu erreichen, in Betreff der nachdrücklichen Fortführung des Krieges dem vorigen an Willfährigkeit nicht nachstehen. Nach einer eindringlichen Mahnung zur inneren Einigkeit an Alle wendete sich dann die Rede an das Unterhaus besonders mit der Forderung die Armee in Flandern zu verstärken. Denn, nachdem die Erfolge dieses Feldzuges ein Eingangsthor zum Eindringen in Frankreich eröffnet, ziehe der Feind von allen anderen Seiten her dahin seine Macht zusammen. In Betreff der Flotte hob die Rede namentlich die Wichtigkeit der Erwerbung von Port Mahon hervor, welche das Mittel gewähre, dort eine Anzahl Schiffe immer zum Eingreifen bereit zu halten. Die Rede feiert ferner die Union von England und Schottland als einen glücklichen Erfolg, der nur noch des weiteren Ausbaues bedürfe, damit die Gesetze beider Länder zu möglichster Uebereinstimmung gebracht werden. Endlich läßt die Königin durch die Rede versichern, daß sie, im Vertrauen auf Gottes Segen und die Zuneigung ihrer Unterthanen, beharren werde, die Entwürfe des Prätendenten und seiner Anhänger zu bekämpfen. Sie wolle sich bemühen ihr Volk in solchem Grade zu beglücken, daß Niemand, der etwas zu verlieren habe, sich einlassen könne auf einen Plan der Störung ihrer Regierung, noch der Union, noch der gesetzlich festgestellten Thronfolge, ohne zugleich in offenbarer Weise wie pflichtwidrig, so auch gegen das eigene Interesse zu handeln.

In Betreff der Fortführung des Krieges ist von besonderer Wichtigkeit, daß die Eröffnungsrede eine abermalige Verstärkung der Armee in den Niederlanden in Aussicht nimmt. Diese Forderung ist zu betrachten als die Frucht eines kurz zuvor eingelaufenen Schreibens der Generalstaaten, vom 20. November [1]). Der Gedanke ging aus von Marlborough, der nicht bloß geltend machte, daß die in den verschiedenen Treffen und vor Lille erlittenen Verluste zu ersetzen seien, sondern auch nach verschiedenen Seiten hin verkündete, daß Frankreich seine Armee in den Niederlanden um 51 Bataillone und 52 Schwadronen verstärken wolle [2]). In Betreff des verlangten Nachschubes

[1]) Lamberty t. V, p. 199.
[2]) Murray vol. IV, p. 399.



ward hervorgehoben, daß die Einstellung von Rekruten dem Zwecke weniger entspreche, daß es vielmehr besser sein werde, geschulte Truppen zu nehmen. Nach dem im Haag gemachten Anschlage sollte die Republik die Zahl der Truppen in den Niederlanden um 6000 Mann vermehren, England um 10,000 Mann.

Es fiel dagegen auf, daß die Eröffnungsrede nicht wie früher den völligen Wiedergewinn Spaniens betonte [1]).

In den nächsten Tagen erfolgten die Adressen beider Häuser, zunächst diejenigen der Condolenz über den Tod des Prinzen-Gemahls, dann der Beglückwünschung zu den Erfolgen des Feldzuges von 1708, die ja damals, im November und December, sich noch täglich steigerten. Hatte die Eröffnungsrede des Wiedergewinnes von Spanien nicht ausdrücklich gedacht, so nahm dafür die Adresse des Oberhauses wieder die Worte auf, daß kein Friede sicher oder ehrenhaft sein könne, bis die gesammte spanische Monarchie dem Hause Habsburg zurückgegeben sein werde.

Frage des Offensiv-Krieges in Spanien.

So sehr diese Worte dem Interesse Carls III. zu entsprechen schienen, so waren doch weder er in Barcelona, noch sein Bruder, der Kaiser Joseph I. in Wien, der Ansicht, daß zu diesem Zwecke die Mittel am rechten Orte verwendet würden. In denselben Tagen, wo das Oberhaus in London sich in jener Weise aussprach, schrieb Carl III., am 27. December, von Barcelona aus an Wratislaw in Wien: „So glücklich auch der Feldzug in den Niederlanden abgelaufen ist, so zeigt doch der Effect, daß alle dortigen Diversionen uns hier in Spanien nicht helfen. Vielmehr werden wir hier zu Grunde gehen, wenn man uns nicht bald in den Stand setzt, offensiv zu agiren. Ich hoffe, daß man auch von Wien aus bei den verbündeten Mächten darauf dringen und auch selber alles Mögliche beitragen wird." Das beste Mittel war, nach der Ansicht Carls III., die Ausführung des früheren Projectes von Stanhope, daß Marlborough mit einer erheblichen Macht nach Spanien komme. Demnach wußte auch damals

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. November.



noch Carl III. nicht, daß seinem Plane der Offensive in Spanien gerade Marlborough als der entscheidende Gegner gegenüber stand.

Von Wien aus ward dagegen der Wunsch des Königs Carl III., wie er erwartet hatte, lebhaft befürwortet. Am 28. November erließ der Kaiser Joseph I. ein Handschreiben an die Königin Anna, und zugleich ein ausführlicheres, ebenfalls eigenhändig, an den Grafen Gallas, mit dem Auftrage, den Inhalt des ersteren bei der Königin eindringlich zu vertreten[1]). „Der gegenwärtige Stand und Lauf dieses Krieges, sagt darin der Kaiser, hat mich bewogen, meine Gedanken vor allen Dingen auf die Führung des Offensiv-Krieges in Spanien zu richten. Denn es ist nicht abzusehen, wie er auf anderem Wege als in Spanien selbst zum Ziele könne geführt werden. Auf dem Boden Spaniens selbst muß Spanien gewonnen werden. Daß durch ein Eindringen von den Niederlanden her in Frankreich der König dort zur Abtretung von Spanien gezwungen werden könne, ist mehr zu wünschen als zu hoffen. Er hat allzu viel in Spanien daran gesetzt, als daß er anders als gezwungen den Herzog von Anjou von dort her abberufen wird. Dieser Zwang aber kann eintreten, wenn im nächsten Feldzuge mit der Offensive von den Niederlanden und von Savoyen aus, wo an beiden Stellen durch die Einnahme von Lille und von Exilles die Eingangsthore in das Innere von Frankreich eröffnet sind, zugleich auch mit Uebermacht in Spanien gehandelt wird, und zwar von Catalonien aus. Immerhin mag auch die Diversion von Portugal aus, nach der Ueberführung der dahin verlangten Mannschaft, etwas fruchten können; aber weder der Hof dort, noch das Volk zeigt sich als zum Kriege geartet. Weil dagegen Castilien sich gegen meinen Bruder so übel gesinnt erweist, so liegt vor Augen, daß, ohne hauptsächliche Befestigung des Kriegessitzes in Catalonien, keine sonderlichen Vortheile zu erlangen sein werden. Die beabsichtigte Rekrutirung der Armee dort kann zwar vielen Nutzen schaffen. Wenn sie jedoch nicht mit allem Nothwendigen versehen, so wie mit neuen Truppen verstärkt wird: so steht das zu erreichende Ziel noch in weiter Ferne."

---

[1]) Beide Schreiben im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive. Ich verändere in etwas die Fassung.



Demnach soll Graf Gallas sich eine besondere Audienz erbitten, und der Königin persönlich dieses Alles nachdrücklich vorstellen. Jedoch möge Gallas dabei behutsam verfahren. „Denn ich sehe voraus, sagt der Kaiser, daß auch im nächsten Feldzuge wieder die Gedanken bei Vielen dort dahin gerichtet sein werden, alle verfügbaren Truppen nach den Niederlanden zu ziehen, in Spanien dagegen den König abermals auf die Defensive zu beschränken. Auch ich erkläre mich nicht wider eine starke Diversion in den Niederlanden, wohl aber gegen das Bestreben dahin die Entscheidung zu legen, und erhebe dagegen besonders zwei Einwände. Erstlich hat der heurige Feldzug, der doch endlich noch glücklich abgelaufen ist, in seinen Wechselfällen die Schwierigkeit der Kriegführung dort besonders dargelegt, so daß, wenn im nächsten Feldzuge nichts von Erfolg geschähe und eben so wenig dann auch in Spanien, der Krieg sich noch lange hinaus ziehen und schwerer werden könnte. Mein anderer Grund ist, daß die Eroberungen in den Niederlanden den Generalstaaten noch immer mehr Anlaß geben werden, zum größten Schaden des Landes dort, meines Erzhauses und der allgemeinen Sache, sich in denselben fest zu setzen, und den Handel und Verkehr dort zu ihrem einseitigen Vortheil zu sperren und zu verderben. Wie dies schon jetzt geschieht, so ist ja vorauszusehen, daß bei der Friedenshandlung darüber noch große Unruhe und viele Schwierigkeiten sich ergeben werden. Bei allem dem habt Ihr besonders zu beobachten, daß die Persönlichkeiten, welche an dem niederländischen Kriege den meisten Antheil nehmen, mir nicht abwendig gemacht werden. Ich rechne in dieser Angelegenheit zunächst auf die eigene gute Meinung der Königin, so wie dann auf die Neigung der Nation, die mit allem Fleiße und aller Behutsamkeit dahin zu hegen und pflegen ist, daß sie im nächsten Parlamente die Angelegenheiten in Spanien in den gehörigen Gang bringen werde."

Zugleich gelangte von Barcelona her an die Vertreter der habsburgischen Brüder in London, Gallas, Hoffmann, Zinzerling die Aufforderung, in London nachdrücklich für die Offensive einzutreten. In einem Kriegsrathe, in welchem am 12. November Carl III. seine Minister und Generale um sich versammelt, hatte man sich zu dem folgenden Beschlusse geeinigt: die Erfahrung des Jahres 1708 habe gezeigt, daß man bei einem Defensiv-Kriege nur verliere: der König

habe die Plätze Tortosa, Denia, Alicante eingebüßt. Es bleiben ihm nur noch die drei: Barcelona, Tarragona, Girona. Demnach bröckele von dem Besitze Carls III. auf spanischem Boden ein Stück nach dem anderen ab. Daher sei es die einhellige Meinung dieses Rathes, daß man sich mit der Defensive nicht länger behaupten könne, sondern offensiv agiren müsse, wenn man sich nicht völlig aus Spanien vertreiben lassen wolle. Zur Offensive dort sei erforderlich eine Macht von 40,000 Mann. Um den Bestand der Truppen Carls III. auf diese Höhe zu bringen, werde es nöthig sein, außer denen, die man von dem Kaiser her erwarte, auch 5000 oder 6000 Mann von der Armee in den Niederlanden auf die Flotte zu setzen und nach Valencia zu bringen. — Mit diesem Beschlusse wurde der Brigadier Wade nach London entsendet, und traf dort ein am 15. December [1]).

Den Vertretern Carls III. in London stand die volle Schwierigkeit dieses Verlangens vor Augen, und sie legten sie dem Kaiser dar. „Seit der Niederlage von Almanza, sagen sie, haben Viele hier die Sache in Spanien als unwiederbringlich verloren angesehen. Darum dürfte auch der letzte Verlust von Denia und Alicante, anstatt sie zum nachdrücklichen Handeln in Spanien anzutreiben, sie in jener Meinung nur noch mehr befestigen. Sie wollen die Dinge in Spanien völlig gehen lassen und dafür sich an die Hoffnung halten, daß man von den Niederlanden aus den König von Frankreich zur Restitution von Spanien zwingen könne. Es ist wahr, daß nicht wenige Engländer diese Art der Politik für wenig solide und gefährlich halten, zumal nach den Wechselfällen des letzten Feldzuges in den Niederlanden, wo man offenkundig einen nicht geringen Antheil der Erfolge der Uneinigkeit unter den französischen Heerführern beizumessen hat. Allein jene Meinung, daß man von den Niederlanden aus Spanien erobern müsse, ist diejenige der maßgebenden Persönlichkeiten hier, und darum ist gegen dieselbe nicht anzukämpfen."

„Eben darum auch wird es schwer fallen, die Absendung eines ganzen Corps nach Catalonien durchzusetzen. Dies um so mehr, da die Republik den Krieg in Spanien fast völlig von sich ab und auf England schiebt. Auch selbst die Rekrutirung der in Spanien stehenden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. December.



Pfälzer erscheint uns noch sehr unsicher. Das Parlament hat vor einem Jahre für den Krieg in Spanien eine Million Pfund Sterling bewilligt, und wird dies Mal denselben Betrag, oder auch vielleicht noch einen höheren gewähren. Würde diese Summe allein für Spanien verwendet, so würde sie ein Großes austragen. Allein es finden davon so viele Abzüge statt, daß wenig mehr als die Hälfte dorthin zur Verwendung kommt. So sind z. B. dem Herzoge Victor Amadeus, außer den gewöhnlichen Subsidien, für den abgelaufenen Feldzug von jener Million 100,000 Pfund Sterling gezahlt worden. Ferner geht davon ab der Unterhalt für die in der Schlacht von Almanza gefangenen Regimenter, derjenige für die neuen, anstatt jener aufgerichteten Regimenter, die aber nicht dort, sondern in den Niederlanden stehen. Es gehen ferner davon ab die Ausgaben für die Truppen in Portugal, die Kosten für die verschiedenen Landungsversuche an der französischen Küste, diejenigen für die Transportschiffe und andere Ausgaben — alles unter dem Namen des Kriegesstaates für Spanien."

„Es wird uns daher obliegen, mit allem Glimpf es dahin zu bringen, daß von den künftigen Subsidien für Spanien diese Abstriche nicht mehr gemacht, sondern die Beträge, wie sie bewilligt sind, für die Armee und die Operationen in Spanien auch wirklich verwandt werden. Was die Vermehrung der dortigen Truppen auf 40,000 Mann betrifft, so werden wir, wenn man die Unmöglichkeit vorschützt, uns bemühen zu erlangen, daß wenigstens so viel Geld nach Catalonien geschickt wird, damit der König seine aus Cataloniern und anderen Spaniern bestehenden Truppen auf den gewünschten Stand bringen könne" [1]).

Es kam dazu, was die Vertreter der habsburgischen Brüder in dieser Darlegung nicht ausdrücklich aussprachen, daß in England die Meinung vorherrschte, der Kaiser Joseph leiste für seinen Bruder Carl nicht das Erforderliche. Das Oberhaus hatte sogar keinen Anstand genommen in die Adresse hinein den Wunsch zu setzen: da die Unterthanen der Königin für die Ziele des Krieges so außerordentliche

---

[1]) Zusammen gezogen aus den Berichten Hoffmanns vom 18., 28. December 1708, 1. Januar 1709.



Anstrengungen machten, so möge die Königin diejenigen Verbündeten, welche näher betheiligt seien, zu gleichen Leistungen auffordern [1]).

Wenige Tage später, am 11. December, ward der Graf Gallas in den Cabinetsrath geladen. Dort hielt man ihm vor, daß der Kaiser 3000 Mann, die nach Catalonien bestimmt, zurück behalten, daß er die im Solde der Seemächte stehenden 8000 Mann Preußen an die neapolitanische Grenze beordert habe. — Der Gesandte, ohne Nachricht darüber, konnte nur seinen Zweifel entgegen halten, ob dieser Bericht den Thatsachen entspreche [2]).

Bei den Erörterungen über die Frage der Offensive in Spanien trat das Mistrauen der leitenden Persönlichkeiten in London gegen Wien in bestimmterer Form hervor, nämlich in derjenigen des Verdachtes, daß es dem Kaiser für seinen Bruder Carl nur um die italienischen Länder zu thun sei, daß er dagegen um Spanien und Westindien sich wenig kümmere. Wie dieser Verdacht im Jahre 1707 genährt war durch die gegen den Einspruch der Seemächte unternommene Expedition nach Neapel, so rankte er sich im Winter 1708/9 empor an seiner Bitte, daß der Admiral Whitaker im Mittelmeere den Befehl erhalten möge, mitzuwirken für eine Unternehmung auf Sicilien, die nach der Ansicht des Vicekönigs in Neapel, Grimani, einen Erfolg in sichere Aussicht stellte. Der Verdacht der englischen Minister gegen Wien steigerte sich durch die Nachricht, daß bei der Unterhandlung mit dem Papste Clemens XI. der Marquis Prié von diesem als Lehnsherrn die Belehnung Carls III. mit Neapel und Sicilien verlange. Unter der Herrschaft dieses Verdachtes ertheilte die englische Regierung dem Admiral nicht den gewünschten Befehl, sondern das Verbot, ohne ausdrückliche Vollmacht von London aus einer etwaigen Aufforderung dieser Art Folge zu leisten. Die kaiserlichen Vertreter meinten für dies Verhalten der englischen Regierung ein anderes Motiv zu finden, und sprachen diese Meinung dem Staats-Secretär Sunderland offen aus. Zu Grunde, sagte ihm Hoffmann, läge in

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 246: As her own subjects made such extraordinary efforts, they desired she would press her Allies who were more nearly concerned, to show an equal vigour.

[2]) Bericht des Grafen Gallas, vom 11. December.



London noch immer der Theilungsplan: man wolle etwas übrig lassen, was dem Herzog von Anjou angeboten werden könne. Sunderland für sich erkannte an, daß das Dringen des Kaisers auf eine Unternehmung gegen Sicilien bezwecke, jedem Theilungsplane zuvorzukommen. Aber er bürge dafür, sagte er, daß das englische Cabinet keinen Plan einer Theilung der spanischen Monarchie habe[1]). — Dies war, am 1. Januar 1709, für die damalige Zeit durchaus richtig, und Sunderland in seinem Whig-Eifer war sicherlich weit entfernt zu meinen, daß auf die damalige Fluth dieser Partei sehr bald eine Ebbe folgen könne.

Bevor indessen noch dem Kaiser die Kunde dieses letzten Verdachtes zukam, antwortete er auf die Anklagen, die, am 11. December, im englischen Cabinetsrathe wider ihn erhoben waren. „Wir bedauern sehr, schreibt der Kaiser am 2. Januar, die Dinge dort schon seit geraumer Zeit dahin gediehen zu sehen, daß allen Anklagen wider uns nicht allein Gehör, sondern auch völliger Glaube beigemessen wird, so sehr daß wir in Deiner Person, auf Grund unförmlicher Brief-Extracte, gleichsam zu Rede gestellt werden. Und zwar dies über zwei Dinge, von denen das eine sich ganz anders verhält, das andere rein erdichtet ist." Das Erste betraf die Sendung von 3000 Mann aus Neapel nach Catalonien, die der Kaiser ernstlich betrieb; das andere die Forderung der 8000 Mann Preußen an die neapolitanische Grenze. Gallas solle verlangen, von denselben Personen wie am 11. December, mit seiner Widerlegung gehört zu werden. Wenn nicht, so solle er der Königin eine Denkschrift mit der Darlegung des Sachverhaltes einreichen. Er solle darin aussprechen, daß, obwohl alle Verbündete auf die Wiederbringung der gesammten spanischen Monarchie fast gleiches Gewicht legen, „dennoch wir aus der besonderen Zuneigung, die wir unserem geliebten Herrn Bruder schuldig sind, vor Anderen uns nach äußerstem Vermögen bemühen, auch durch die That es zu beweisen, da zur Zeit außer uns Niemand einige Truppen nach Catalonien überschickt"[2]).

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 18., 28. December 1708, 1. Januar 1709.
[2]) Kaiserliches Rescript vom 2. Januar.

Der Kaiser nennt keinen Ankläger. Aber es liegt die Vermuthung nahe, daß es abermals Victor Amadeus war, der in London immer wieder Glauben fand.

Dagegen geht aus den letzten Worten des Kaisers abermals hervor, daß er weder der Politik Marlboroughs und der Whig-Partei beistimmte, welche Spanien von den Niederlanden aus dem Könige Ludwig XIV. abzuzwingen vermeinten, noch weniger, daß er gefaßt sein konnte auf die neue Anklage; die sich gegen ihn auf dem Wege befand, daß er nur die italienischen Länder für seinen Bruder zu sichern suche, Spanien dagegen preis gebe.

Wenn auch die Königin Anna nicht ausdrücklich diesen Vorwurf erhob, so richtete sie doch, gemäß dem Wunsche in jener Adresse des Oberhauses, am 11. Januar an den Kaiser die Mahnung alles aufzubieten für den Krieg, in welchem es sich hauptsächlich und zuerst um das Interesse seines Hauses handele [1]).

Unterdessen häuften sich in Wien die Berichte Carls III. und des kaiserlichen Botschafters Duca di Moles, aus Barcelona, daß sie mit schwerer Besorgnis dem herannahenden Feldzuge entgegen sähen. Vom Haag aus dagegen meldete Heems, daß Marlborough und die Deputirten der Generalstaaten überein gekommen, die noch in Catalonien vorhandenen geschwächten Regimenter der Seemächte nicht zu rekrutiren, noch auch auf die von Carl III. verlangte Absendung von 5000—6000 Mann aus den Niederlanden nach Spanien einzugehen. Auf diese Meldung erließ der Kaiser, am 28. Januar, an Heems im Haag und Gallas in London nachdrückliche Schreiben [2]).

„Mit Bestürzung, sagt er darin, haben wir die Beschlüsse vom 15. d. M. vernommen. Die Folge davon wird sein, daß der König, mein Bruder, noch immer enger eingeschlossen wird. Er hat außer Barcelona noch Girona. Aber dieser weitschichtige Platz ist bei den zahlreichen und ausgedehnten Werken, die sich nicht im Stande der Vertheidigung befinden, auf die Dauer nicht zu halten. Dann steht eine abermalige Belagerung von Barcelona in Aussicht. Und damit

[1]) Suadent res rationesque Domus Austriacae, de quibus hoc in bello potissimum agitur.

[2]) Im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.



steigt die Besorgnis empor, daß die bisher sehr getreuen, nunmehr aber, wie uns für gewiß berichtet wird, schwierigen, kleinmüthigen und fast desperaten Catalonier den König zwingen, um seinen Abzug aus Spanien zu capituliren, wo nicht gar, um Versöhnung mit Madrid zu erlangen, ihn dem Feinde ausliefern werden."

„Es war schon vorher ein Grundirrthum zu meinen, daß es genüge, wenn der König in Spanien sich in der Defensive erhalte. Um so mehr jetzt. Die Rekrutirung und die verlangte frische Hülfe von 5000—6000 Mann würden für die große Armee in Flandern ein kaum merklicher Abgang sein. Dagegen würden sie den König in Spanien in den Stand gesetzt haben und noch setzen, den Krieg dort noch im laufenden Jahre entweder ganz oder nahe zu Ende zu bringen. Dies ist von Flandern her mit aller Macht, die man dort aufwenden mag, so bald und so leicht nicht zu hoffen."

Der Kaiser sagt zu, daß er, obwohl die Ruhe in Italien noch nicht völlig hergestellt, die bereits versprochenen 3000 Mann aus Neapel mit der Flotte Whitakers sofort absenden und weitere 3000 Mann aus der Lombardei folgen lassen werde, jedoch auf Kosten der Seemächte. Er verlangt ferner für den König Carl III. die 7½ Millionen Gulden, deren er, nach dem Gutachten des Kriegsrathes vom 12. November, für die Führung eines Offensiv-Krieges bedürfe.

„Du hast, schließt der Kaiser, diesen Vortrag mit Nachdruck und ernstlichen Worten zu halten, und die Billigkeit desselben auf die von den verbündeten Mächten so heilig gethanene Zusage zu gründen. Denn auf deren Wort und Zuspruch hat sich ja der König vor Jahren auf diese gefährliche und mühsame Wanderschaft begeben, auf welcher er seither mit der Noth und dem Abgange des Erforderlichen, worin man ihn jederzeit hat stecken lassen, genug gekämpft hat, ohne daß er etwas Anderes damit gewonnen, als um sich abermals der Gefahr ausgesetzt zu sehen, seinen Feinden aufgeopfert zu werden. Dieser Noth und Gefahr können wir ihn und nunmehr mit ihm auch die Königin, unmöglich länger preisgegeben sehen, sondern müssen auf die Sicherheit ihrer Personen Bedacht nehmen."

Ein Schreiben desselben Inhalts ward von Sinzendorf an Marlborough gerichtet, und der Kaiser fügte ein eigenes Handschreiben

hinzu, enthaltend die Erwartung, daß Marlborough sein Begehren unterstützen werde.

Bevor noch diese Schreiben des Kaisers an ihre Adressen gelangten, zog das Unterhaus in London die spanischen Angelegenheiten in Erwägung. Und zwar bauete darauf, wie im Jahre zuvor, Harley seinen Plan des Angriffes gegen Godolphin. Am 12./23. Januar sprach er in einer wohl ausgeführten Rede zunächst seine Anerkennung aus für den ruhmwürdigen Feldzug in Flandern. Dann jedoch kam die Kehrseite. Da man aber, fuhr er fort, den so schweren Krieg nicht führe, um die französischen Niederlande oder Frankreich selber zu überwältigen, sondern um die spanische Monarchie wieder zu gewinnen: so sei es vor allen Dingen nöthig zu untersuchen, in welchem Stande sich dort die Angelegenheiten befinden. So lange man noch einen Fuß in Spanien habe, meinte damals Harley, müsse man desselben eingedenk sein; sei die Position dort verloren, so werde man niemals wieder einen Spanier geneigt finden, sich für die Verbündeten zu erklären. — Die Rede fand Zustimmung. Es wurden daher drei Adressen an die Königin beschlossen: die eine ersuchte um die Rechnungsablage der bewilligten halben Million Pfund Sterling für Savoyen, Portugal und den Krieg in Spanien; die zweite um diejenige für die im Jahre zuvor bewilligte Million für den Unterhalt der englischen Truppen in Spanien; die dritte betraf die Contracte für den Unterhalt der Flotte. — Aus dem zweiten Puncte konnte und — nach Harleys Plane — sollte ein Angriff auf Godolphin erwachsen. Der Bericht Hoffmanns fügt hinzu: „Es ist möglich, daß in dieser Sache einige Whigs mit den Tories gehen; es ist aber auch möglich, daß, bei der Ueberlegenheit der Whigs, die nun, nachdem ihre Häupter in die besten Aemter eingewiesen, mit Godolphin ganz zufrieden sind, die Sache in eine Danksagung für Godolphin ausschlägt" [1]).

War es denn aber dem Harley und seiner Partei bei ihrem beabsichtigten Angriffe, um die Sache, um Spanien, zu thun? — Unser Berichterstatter zieht dies in Zweifel. „Es finden sich dabei Viele, sagt er, deren geringste Sorge ist, wer Meister von Spanien

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Januar. — Commons Debates vol. IV, p. 107.



bleibt, wenn sie nur das jetzige Ministerium stürzen und durch die Veränderung sich selber in die einträglichen Aemter bringen können"[1]).

Bevor die Sache zur Verhandlung kam, verlor die Partei Harley im Unterhause den Ritter Simon Harcourt, der ein Jahr zuvor zugleich mit Harley seines Amtes entlassen war. Er galt an Kenntnis und Beredtsamkeit für eines der befähigtsten Mitglieder der Tory-Partei, und war, am 12./23. Januar, für die Forderung der Rechnungsablage wegen Spanien, also für die Vorbereitung des Angriffes auf das Ministerium Godolphin, am nachdrücklichsten eingetreten. Am 20./31. Januar jedoch ward seine Wahl angefochten. Die Reden für und wider dauerten von 11 Uhr Morgens bis nach 2 Uhr in der Frühe des nächsten Tages, über fünfzehn Stunden. Zum Schlusse faßte Harcourt in kurzen markigen Worten nochmals seine Stellung zusammen. Dann erfolgte die Abstimmung. Eine Mehrheit von 48 Stimmen erklärte seine Wahl für ungültig[2]).

Dem Führer Harley persönlich ward ein anderes Hindernis in den Weg geworfen. Die Mehrheit im Unterhause beschloß, die Aussagen des im Jahre zuvor überwiesenen Hochverräthers Gregg zu prüfen. „Dadurch, meint Hoffmann, wird Harley, der die spanische Angelegenheit angeregt, für sich persönlich so viel zu thun bekommen, daß er für jene andere keine Zeit und Kraft mehr übrig hat"[3]).

Am 1./12. Februar erfolgte, gemäß jenem Verlangen des Unterhauses, die Vorlage der Rechnungen des abgelaufenen Jahres über Spanien. Die Besorgnis Godolphins vor dem Tadel der Gegenpartei war so gering, daß er zugleich auch den Kriegesstaat für 1709 vorlegen ließ[4]).

In der That ward dieser im Unterhause bewilligt wie er vorgelegt war, für Spanien zum Betrage von 1.180,000 Pfund Sterling, etwa gleich 5 Millionen Thaler damaligen Geldes. Der kaiserliche Resident Hoffmann fügt dem Berichte darüber die folgende Kritik hinzu: „Von diesem Betrage kommt etwas mehr als die Hälfte auf

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. Januar.

[2]) Desgleichen vom 1. Februar. — Commons Debates vol. IV, p. 111.

[3]) Desgleichen vom 8. Februar.

[4]) Desgleichen vom 12. Februar.

den Unterhalt von 39 englischen Regimentern. Da sich aber in Spanien 11 und in Portugal 6, also in allem nur 17 englische Regimenter auf der Halbinsel befinden, so sind 22 Regimenter zu viel angesetzt. Darunter stecken allerdings die 12, die bei Almanza gefangen sind, so daß nur 10 in Frage kommen. Der Angabe nach sind diese 10 Regimenter im vergangenen Jahre zum Dienste in Spanien und Portugal aufgerichtet, dann aber, weil die Noth es erforderte, nach Ostende geführt und stehen jetzt in den Niederlanden"[1]).

Nachdem der Resident weitere Einzelnheiten der Belastung erörtert, schließt er: „Obschon also das Unterhaus den ganzen Betrag ohne Abzug eines Hellers bewilligt, so ist damit doch Sr. katholischen Majestät noch nicht geholfen."

Von dem Parlamente war nunmehr, bei allem guten Willen desselben für Carl III., eine weitere Bethätigung nicht zu erwarten.

Demnach konnte es sich nur noch darum handeln, was die directe Einwirkung von Regierung zu Regierung ergeben würde.

Auf Grund des kaiserlichen Schreibens vom 28. Januar reichte der Graf Gallas, am 21. Februar, eine Denkschrift ein, die in nachdrücklicher Weise namentlich die Gefahr hervorhob, daß die Catalonier in Versuchung kommen könnten, auf Kosten Carls III. ihren Frieden mit Madrid zu machen. Godolphin gibt sein Urtheil über den Inhalt dieser Denkschrift in einem Briefe an Marlborough mit den Worten: „Graf Gallas stellt zur Hülfe für den König von Spanien Forderungen, von denen einige mir sehr extravagant erscheinen"[2]). — Er lud den Gesandten zu einer Conferenz. Sie redeten zwei Stunden, und Godolphin schloß mit den Worten, daß England auf alle Weise ein offensives Vorgehen in Spanien verlange. „Dies sind Worte, schließt Gallas seinen Bericht. Der einzige Erfolg ist, daß man sich hier darauf eingelassen hat, mit Einem von uns diese Sache ordentlich zu bereden, was wir bisher noch niemals haben erhalten können"[3]).

Am selben Tage jedoch noch erschien der Staats-Secretär Sunderland bei Gallas, und verlangte im Namen der Königin die Abreise

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. Februar.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 311.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 1. März.



des Rathes Zinzerling, der im Auftrage Carls III. sich in London befand. Denn Zinzerling sei ein Jacobit. „Mit diesem Namen, bemerkt Gallas, belegt man nunmehr hier Alle, die nicht zur Whig-Partei gehören. Der eigentliche Zweck der Aufforderung, der ich nicht ausweichen kann, ist die Absicht, die Reden Zinzerlings über das spanische Budget zum Schweigen zu bringen, und zugleich dadurch dem Residenten Hoffmann und mir eine Warnung zu ertheilen." [1]).

Die officielle Antwort auf die Denkschrift des Grafen Gallas entsprach der Unterredung, die zwischen ihm und Godolphin darüber statt gefunden. Namentlich aber ergab sie abermals, daß, ungeachtet aller Hinweise von kaiserlicher Seite auf die Lage der Dinge im Jahre 1703, sich die Erinnerung an den Beginn des Krieges auf spanischem Boden in England bereits völlig verdunkelt hatte. Die Antwort sagte, daß man von England aus für Carl III. viel mehr gethan als die Verträge zur Pflicht machten. Gallas und Hoffmann entgegneten: „Ueber die Abreise des Königs Carl III. von Wien nach Spanien ist damals kein Vertrag aufgerichtet; aber die eindringlichen Mahnungen, die man damals von hier aus nach Wien entsendet hat, um ihn zu der Reise zu bewegen, und die darüber ergangenen solennen Erklärungen und Versicherungen, daß man nichts Anderes verlange als seine Person, und für dieselbe in Allem und Jedem Sorge tragen wolle, legen die Verbindlichkeit auf, ihm nach äußerstem Vermögen beizustehen" [2]). — Diese Entgegnungen entsprachen der Wahrheit namentlich in Betreff der Königin Anna selbst, die dem Kaiser Leopold I. das Versprechen gegeben, sich seines Sohnes Carl annehmen zu wollen wie eine andere Mutter (Band X, S. 396).

Inzwischen wandten sich die Dinge in London für Carl III. etwas günstiger, nicht zunächst um seinetwillen, sondern wegen des Verhältnisses von England zu der Republik der Niederlande. In der letzteren war eine nicht geringe Partei geneigt zum Frieden mit der Belassung von Neapel und Sicilien für Philipp V., während England die gesammte Monarchie, wie Carl II. sie besessen, für Carl III. verlangte. Da nun aber die Thatsache des Besitzes von hoher Wichtigkeit

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 1. März.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 8. März.



war, so fand im März der Hinweis von Gallas auf die Berichte Grimanis, daß eine geringe Flotte ausreichen würde, Sicilien für Carl III. zu gewinnen, in London keinen Widerspruch mehr. Marlborough, der am 28. Februar/10. März von den Niederlanden her dort eingetroffen war, sprach sich entschieden dafür aus. Demgemäß erhielt der für die Flotte des Mittelmeeres ernannte Admiral Byng die Instruction: „Ihre Majestät ist der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Wiedergewinn Siciliens so wichtig ist wie irgend eine andere Unternehmung." So am 18./29. März[1]). Es blieb dann bei den Worten.

In Betreff Carls III. in Spanien entsprach dagegen Marlborough nicht den Wünschen der habsburgischen Brüder. England hatte für die 3000 Mann, welche der Kaiser aus Neapel nach Catalonien sandte, die Kosten übernommen. Gegen die weiteren 3000 Mann, die aus der Lombardei dahin gehen sollten, wurden Einwände erhoben. Auf den Vorhalt von Gallas vor Marlborough, daß von ihm die Schwierigkeiten kämen, berief sich Marlborough darauf, daß keine Mittel vorhanden. Hier lag die Antwort nahe, daß, wie Gallas in seinem Berichte an den Kaiser sich ausdrückt, Marlborough alles Wasser auf seine Mühle leite. Statt dessen beschränkte sich Gallas auf die Bitte, daß nicht, wie wiederholt geschehen, ein Vorwurf der Säumigkeit wider den Kaiser erhoben werden möge[2]).

„Die von dem Unterhause für Spanien gemachten Bewilligungen, meldet Hoffmann, würden mehr als ausreichend sein, wenn nicht ein so großer Theil derselben, nämlich 600,000 Pfund Sterling, anderswohin gewendet würde. Aber wir dürfen dagegen nicht reden, wenn wir uns nicht der Antwort aussetzen wollen, die im vorigen Jahre dem portugiesischen Gesandten zu Theile geworden, nämlich daß ein Fremder sich in englische Rechnungen nicht einzumischen habe"[3]).

Und dennoch erfolgte dann doch noch eine Hülfe von England aus für Carl III. in Spanien, abermals nicht zunächst um seinetwillen, sondern wegen der Stellung Englands zu der Republik. Als

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. April.
[2]) Desgleichen vom 22. März.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 26. Februar.



Marlborough bei den damaligen Friedensberedungen im Haag, die wir später im Zusammenhange zu überblicken haben, einmal den Vorwurf erhob, daß die Republik sich, ohne Vorwissen Englands, tief eingelassen habe, erfolgte von holländischer Seite die Antwort, daß England den Krieg in Spanien auf sich genommen, und dann ihn völlig vernachlässigt habe. Die Folge war, noch im April, die Absendung von sechs englischen Regimentern nach Spanien [1]).

Die Thatsachen haben ergeben, daß der Vorwurf von Seiten der Holländer begründet war, daß seit der Niederlage von Almanza, dem 25. April 1707, dasselbe England, dessen Parlaments-Adressen Jahr auf Jahr die Rückstellung der gesammten spanischen Monarchie an das Haus Habsburg forderten, in Spanien selbst nicht in entsprechender Weise für diese Forderung handelte. Aber die Frage ist, ob denn das gesammte England dieser Vorwurf traf. Das Unterhaus bewilligte alle Beträge, welche für die Sache in Spanien verlangt und welche von den Vertretern des Hauses Habsburg in London als ausreichend anerkannt wurden, wenn sie dem Zwecke gemäß verwandt wären. Dies Letztere geschah aber nicht, und daß dies nicht geschah, fiel den Leitern der englischen Politik zur Last, Marlborough und Godolphin, oder richtiger dem Ersteren als dem stärkeren, dem entscheidenden Factor. Ja es ist daran zu erinnern, daß eben so wie im Jahre 1707 selbst, Marlborough auch in den Jahren zuvor schon die Offensiv-Kraft Englands vermöge der Flotte im Mittelmeere nicht gegen die Herrschaft der Bourbons in Spanien zu wenden suchte, sondern gegen Toulon. In einer späteren Rede vor dem Oberhause, am 11./22. Januar, betonte Marlborough, daß von 1704 an er jene Unternehmung mit den Gesandten des Herzogs Victor Amadeus, erst Briançon, dann Maffei, verhandelt habe, und zwar im tiefsten Geheim [2]).

Bei dem geringen Eifer Marlboroughs für die Sache in Spanien warf der Gesandte der habsburgischen Brüder in London, Graf Gallas, im Laufe des Jahres 1709, ihm einmal die Frage hin, ob es nicht in England Einige gäbe, welche das Königreich Spanien als

---

1) Hoffmanns Bericht vom 23. April.
2) **Lords Debates vol. II, p. 314.**

eine Hinterthüre zum allgemeinen Frieden offen lassen wollten. Marlborough wies den Gedanken zurück [1]). Zwei Jahre später fanden sich Andere, welche, nachdem sie wiederholt das Verhalten Marlboroughs zu der Sache Carls III. in Spanien als Basis des Angriffes wider ihn benutzt hatten, jenen Gedanken in ihrer Weise und zu ihrem Nutzen verwirklichten.

Eine solche Gefahr schien damals, wo, ähnlich wie Marlborough im Felde, Godolphin im Parlamente, einen Sieg nach dem anderen davon trug, völlig fern zu liegen. Nach außen hin standen sie auf der Höhe ihrer Macht. Die Whig-Partei, mit ihnen zufrieden, in beiden Häusern des Parlamentes in der Mehrheit, beschloß was und wie sie es wünschten. Da Marlborough, gemäß der Uebereinkunft mit dem Prinzen Eugen, für die Monate Januar und Februar auf dem Festlande verweilte, beschloß das englische Unterhaus, und zwar darin einstimmig, ihm dahin seinen Dank zu senden, sowohl für den letzten erfolgreichen Feldzug, als auch für den unermüdlichen Eifer, mit welchem er im Dienste der allgemeinen Sache auswärts verharre, wo er daheim des ehrenvollen Dankes sicher sei. So am 22. Januar/2. Februar. Marlborough antwortete in entsprechender Weise, von Brüssel aus, am 13. Februar [2]).

Um so auffallender erklingen in solcher Zeit die vertraulichen Aeußerungen der beiden Männer zu einander. „Es ist nicht meine Gewohnheit, schreibt Godolphin, am 10./21. Januar, Sie mit Klagen über meine Lage zu behelligen; aber Ihre Abwesenheit von hier wird so sehr ausgebeutet und ich leide darunter so schwer, daß ich mich frei darüber auslassen muß mit den Worten: das Leben eines Galeeren-Sclaven ist ein Paradies im Vergleiche mit dem meinigen" [3]). — Marlborough antwortet in gleicher Tonart, daß er die Sehnsucht Godolphins nach Ruhe und Zurückgezogenheit bemesse nach seiner eigenen. Denn nur die Pflicht für die Königin und die Freundschaft für Godolphin halte ihn fest bei dem Entschlusse, durch die Mühsale dieses Krieges zu wandern.

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. December.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 109.

[3]) Coxe vol. II, p. 379.

In wie weit solche Worte aufrichtig gemeint sein konnten, ist zu vergleichen an den Thatsachen früher und später. Aber sie legen Zeugnis ab von der inneren Unruhe Beider über den wachsenden Einfluß der Frau Masham und Harleys. „Die Königin, schreibt Godolphin ein anderes Mal, verkehrt vertraulich nur noch mit denen, welche dem öffentlichen Dienste feindselig gegenüber stehen" [1]).

Adresse des Parlamentes über Wieder-Verheirathung der Königin.

In denselben Tagen richtete nicht bloß das Unterhaus, sondern das gesammte Parlament einstimmig an die Königin eine besondere Adresse, welche, so wenig das äußerlich hervortritt, dennoch in der Parteiung ihre Wurzel hatte.

Im Laufe des Monates Januar erfolgte aus dem geheimen Rathe der Königin der Befehl, daß in dem Kirchengebete, vorgeschrieben am 8. März, dem Tage des Regierungs-Antrittes der Königin, die folgenden Worte zu streichen seien: „Und damit die Segnungen, deren wir uns erfreuen, auch für unsere Nachkommen fortdauern, so mache die Königin, das erflehen wir, zu einer glücklichen Mutter von Kindern, die erzogen in Furcht und Treue zu Dir, ihr glücklich folgen mögen in der Regierung dieser Königreiche" [2]). Daß dieses Gebet für die Königin, subjectiv, eine tiefernste Bedeutung hatte, haben wir beim Beginne ihrer Regierung beobachtet. (Band X, S. 1 u. f.)

In der Ehe mit dem Prinzen Georg von Dänemark hatte sie achtzehnmal eine Hoffnung getragen; jedoch nur drei Kinder hatten sich als lebensfähig erwiesen, und von diesen hatte nur eins, der Herzog von Glocester, das elfte Lebensjahr erreicht, im Jahre 1700. Bei der Aufhebung jenes Gebetes hatte die Königin nur noch einige Tage zur Vollendung ihres vierundvierzigsten Lebensjahres.

Am 28. Januar/8. Februar beschloß das Parlament eine Adresse an die Königin mit der Bitte um Wieder-Verheirathung.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 379.

[2]) And that these blessings may continue to after-ages, make the Queen, we pray Thee, an happy mother of children, who, being educated in Thy true faith and fear, may happily succeed her in the government of these kingdoms.



Der Bericht des kaiserlichen Residenten Hoffmann darüber lautet wie folgt.

„Diese Adresse ist von einigen jungen Deputirten der Whig-Partei beantragt, und, ungeachtet Einige mehr bedachtsam eingewendet, daß es noch nicht de tempore et decore sei, Ihrer Majestät dergleichen Zumuthungen zu -machen, so sind gleichwohl nicht bloß die meisten Stimmen für eine solche Adresse gewesen, sondern es hat auch das Unterhaus dem Oberhause die Sache mitgetheilt und Concurrenz begehrt. Das Oberhaus hat sich dazu verstanden. Vom Oberhause der Lord-Kanzler und vom Unterhause der Sprecher sind heute Abend 8 Uhr zur Königin gefahren, um ihr die Adresse zu präsentiren. Die Antwort wird mit Spannung erwartet."

Auf diesen Bericht der Thatsache folgt dann eine weitere Erörterung.

„So viel ich vernehme, so rührt dieser Vorschlag nicht von unbesonnenen jungen Leuten allein her, sondern es liegt darunter ein politischer Streich verborgen. Die Tories nämlich, welche, nachdem der Hof den Whigs die vornehmsten Aemter überwiesen, gegen denselben über alle Maßen erbittert sind, haben vorgehabt, um die Königin zu kränken, die Herüberkunft der Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg im Parlamente vorzuschlagen. Um diesem Plane zuvorzukommen, haben die Whigs die Wieder-Verheirathung angeregt und damit allerdings jenen anderen Vorschlag durchkreuzt. Denn man kann nicht von der Königin heute verlangen, daß sie sich wieder verheirathe, um dem Königreiche einen Leibeserben zu geben, und ein anderes Mal, daß sie die präsumtive Thronerbin herüber kommen lasse."

Der Berichterstatter fügt weiter hinzu: „Als im Unterhause dann die Frage laut wurde, welche Mitglieder mit der Redaction zu beauftragen seien, erhob sich der Bruder des Lords Peterborough, der allezeit auch in die ernsthaftesten Sachen etwas Kurzweiliges einzubringen weiß, und sagte: er sei der Meinung, daß alle Mitglieder des Unterhauses, welche das dreißigste Jahr noch nicht erreicht, dazu verwendet werden sollten. Dies hat ein allgemeines Lachen erregt. — Man hört noch Niemanden nennen, den sie der Königin gern zum Gemahle geben wollten. Mit der Zeit dürfte man jedoch auf den Erbprinzen von Hessen-Cassel fallen, es wäre denn, daß die Königin eine solche Antwort gäbe, welche alle Gedanken abschneidet."

Die Adresse an die Königin schloß mit den Worten: „Alle Unterthanen Ew. Majestät kommen überein in der Meinung, daß für Ihr Königreich kein größeres Glück zu wünschen als daß sie und ihre Kinder bleiben mögen unter der gütigen und gnädigen Regierung Ew. Majestät und Ihrer Nachkommenschaft."

Obschon die Königin selber die Stunde der Ueberreichung der Adresse angesetzt, gab sie dennoch nicht sofort eine Antwort, sondern verschob dieselbe auf den nächsten Tag. Dann lautete sie: „Die häufigen Beweise der Pflicht und Anhänglichkeit an meine Person und Regierung, wie ich sie von beiden Häusern des Parlamentes empfange, sind sehr wohlthuend für mich. — Die Feststellung, die ich für die protestantische Erbfolge getroffen habe, wird immer zum Beweise dienen, wie sehr mir das künftige Glück meines Königreiches am Herzen liegt. — Der Gegenstand dieser Adresse ist von solcher Art, daß ich mich der Ueberzeugung hingeben darf, Sie werden von mir nicht eine bestimmtere Antwort erwarten."

Die Antwort ward als sehr tactvoll betrachtet. Denn sie sei verbindlich für das Parlament und das Haus Hannover, und lenke von der Frage einer zweiten Heirath in solcher Weise ab, daß sie keiner Partei einen Angriffspunct darbiete, also der Königin zunächst Ruhe sichere. — Es befestigte sich zugleich die Ansicht, daß die Königin an eine zweite Heirath nicht denke [1]).

Die Whig-Partei hatte abermals wie drei Jahre zuvor für die Königin das Schreckbild eines Antrages auf die Einladung eines Mitgliedes der kurfürstlichen Familie zu nichte gemacht. Damals hatte die Königin es der Partei Dank gewußt. Daß sie auch im Jahre 1709, nach den vielfachen Erfahrungen, daß sie gegenüber den fünf, wie sie sagte, tyrannischen Lords ihren Willen nicht behaupten könne — den Whigs eine wohlwollende Gesinnung bethätigt habe, ist kaum anzunehmen. Aber wie mit Marlborough und Godolphin, die nunmehr ganz auf die Whig-Partei sich stützten, so war indirect auch mit dieser die Königin verbunden durch ihre Meinung, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone auf ihrem Haupte sichere.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. Februar.



Die Mittel für den Krieg.

Der Stimmung der Whig-Partei gemäß stiegen abermals die Bewilligungen des Unterhauses für den Krieg. Am 15./26. Februar betrugen sie 6½ Millionen Pfund Sterling oder, nach dem damaligen Reichsgelde, 29¼ Million Reichsthaler. Von dieser Summe kam nur der fünfzehnte Theil auf die inländischen Besatzungen und Wachen; alles Andere war für den Krieg[1]).

Aber die hauptsächlichen Quellen der öffentlichen Einnahme, die Landtaxe und die Malzsteuer, deren Ertrag zusammen auf 2½ Millionen Pfund Sterling geschätzt wurde, waren schon auf Jahre hinaus verpfändet. Die Regierung setzte sich daher, um baares Geld zu erhalten, mit der Bank von England ins Einvernehmen. Diese verpflichtete sich 400,000 Pfund Sterling baar herzugeben und für 2½ Millionen Bankzettel auf ihren Credit in Umlauf zu setzen, gegen die Bedingung, daß die Regierung das Privileg ihres Bestandes, welches in zwei Jahren ablaufe, auf weitere einundzwanzig Jahre verlängere[2]).

Nachdem Regierung und Parlament die Bedingungen gut geheißen, ward am Morgen des 22. Februar/5. März die Subscription eröffnet, bei welcher die Unterzeichner den fünften Theil des Betrages zu erlegen hatten. Innerhalb vier Stunden, von 9 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachmittags, ward der ganze Betrag von 2½ Millionen Pfund Sterling gezeichnet, mit solchem Zulaufe und Gedränge, daß eine große Anzahl Personen nicht zum Unterzeichnen gelangen konnte. „Außerhalb Englands, fügt der Berichterstatter hinzu, wird es unglaublich erscheinen, daß diese Nation, nachdem sie während des fast zwanzigjährigen Krieges 400 Millionen Reichsthaler contribuirt hat, in wenigen Stunden gegen einen mäßigen Zins von 6 Percent abermals 10 Millionen aufbringt. Es ist aber dabei zu beachten, daß dies nicht in baarem Gelde, wovon wenig mehr vorhanden, sondern in Papier, nämlich in Bankscheinen, geschieht, wie denn von diesen 10 Millionen nicht eine einzige in Baarschaft, sondern alle in Banknoten eingebracht worden sind. Diese Banknoten sind hier so sehr im Um-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. Februar.

[2]) Desgleichen.



lauf, daß einem Jeden mehr damit gedient ist als mit baarem Gelde. Demnach gründet sich der hiesige ganze Reichthum nunmehr fast allein auf den Credit dieses Papieres und die richtige Bezahlung der Zinsen" [1]).

Nachdem Marlborough und Godolphin sich völlig für die Whigs erklärt, die ja in beiden Häusern die Mehrheit besaßen, konnte namentlich der Letztere mit größerer Zuversicht als je zuvor den etwaigen Angriffen der Tory-Partei entgegen sehen. Es war sicher, daß, eben so wie in der spanischen Angelegenheit, auch in anderen die Whigs die schützende Hand über ihn breiten würden. In dem Ertrage der Landtaxe waren erhebliche Ausfälle vorgekommen, weil mehrere Einnehmer derselben fallirt hatten. Die Tory-Partei im Unterhause erhob gegen Godolphin den Vorwurf, daß er nicht genügende Cautionen gefordert, und war Willens die Königin durch eine Adresse zu ersuchen, daß der Treasurer zur besseren Verwaltung angehalten werde. Die Whig-Partei, mit 231 Stimmen gegen 97, strich in der Adresse den Namen, und beschränkte sie auf die Bitte, daß die Rückstände der Landtaxe eingebracht werden möchten [2]).

Ferner ward Godolphin angegriffen wegen Mangels an Fürsorge für Schottland im März des Jahres zuvor, wo er doch von dem Plane der Invasion vorher Kunde gehabt habe. Zuerst im Oberhause, am 1./12. März. Dort bewies Lord Haversham in einer langen und wohl ausstudirten Rede, die bis auf die Anzahl und die Beschaffenheit der Musketen und ihrer Schlösser in Schottland hinab ging, daß der Bestand der Regierung in großer Gefahr geschwebt habe und noch schwebe [3]). Einige Tage später erneuerte sich der Ansturm im Unterhause. Man suchte nachzuweisen, daß die Burgen und Besatzungen in Schottland weder mit Gewehr, noch mit Pulver versehen gewesen seien. „Die Whigs, sagt unser Bericht, ließen die Tories reden, so lange sie wollten, und wendeten endlich mit einer Mehrheit von 76 Stimmen es dahin, daß die Sache zur Ehre und zum Lobe des Treasurers ausschlug" [4]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. März.

[2]) Desgleichen vom 12. März.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 252.

[4]) Hoffmann's Berichte vom 12. und 26. März.

Die Mehrheiten in beiden Häusern einigten sich zu einer gemeinsamen Adresse an die Königin, mit dem Ausdrucke des Dankes für ihre Regierung, daß sie zur Zeit der Gefahr der Invasion viele und wirksame Sorgfalt aufgewendet, die Anschläge der Feinde daheim und auswärts zu nichte zu machen.

Es gelang ferner dem Treasurer Godolphin, auch die etwaigen Consequenzen seiner früheren Beziehungen zu St. Germain abzuschneiden, und zwar durch eine allgemeine Amnestie. Der Hergang der Dinge ward erzählt wie folgt. Ein früheres Schreiben von Godolphin nach St. Germain war in andere Hände gerathen und zuletzt in diejenigen des Lords Wharton, des Mitgliedes der Whig-Junta. Das Schreiben hatte seiner Zeit mit gedient, um bei Godolphin die Ernennung Whartons zum Lord-Statthalter von Irland durchzudrücken. Im März drängte ihn Godolphin sich auf seinen Posten zu begeben, zumal da ja doch das Parlament nur noch formelle Angelegenheiten zu erledigen habe. Wharton fügte sich. Im April gelangte von der Regierung aus zunächst an das Oberhaus die Bill einer allgemeinen Amnestie, welche ausdrücklich frühere Correspondenzen mit St. Germain mit umfaßte. Die Lords stimmten zu, und sendeten die Bill an das Unterhaus, mit dem Wunsche, daß auch dieses beitreten möge. So geschah es, und bereits am nächsten Tage erfolgte die königliche Sanction [1]).

Gesetz zum Schutze der Vertreter fremder Mächte.

Unter den Angelegenheiten der Regierung und des Parlamentes, bei welchen eine Parteistellung nicht in Frage kam, war eine der wichtigsten die Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Vertreter fremder Mächte. Den Anlaß dazu hatte ein auffallendes Ereignis gegeben.

Als im Juli 1708 die Kunde umlief, daß der russische Botschafter Matueof seine Abschieds-Audienz gehabt, und seine Abreise vorbereitete, erwirkten einige Kaufleute, denen er Geld schuldig war, einen Ver-

---

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 132. — Macpherson's Original Papers vol. II, p. 104.



haftsbefehl gegen ihn. Dies war möglich nach englischem Rechte, welches eine Immunität der Vertreter fremder Mächte bis dahin nicht kannte. Die Ausführung erfolgte auf offener Straße, wobei die Gerichtsdiener den von seinem Wagen aus in verschiedenen Sprachen um Hülfe schreienden Mann durch Mishandlungen zum Schweigen brachten und ihn dann ins Gefängnis schleppten. Auf die Bürgschaft eines ihm bekannten Kaufmannes, den er herbitten ließ, ward er dort in Freiheit gesetzt.

Kaum hatte Matueof seine Wohnung erreicht, als im Namen der Admiralität ein Rath derselben, Hill, der frühere Gesandte in Turin, bei ihm erschien, um ihm zu melden, daß die von ihm gewünschte Yacht bereit liege. Matueof antwortete, daß er nicht mehr die Yacht verlange, sondern Genugthuung für die erlittene Beleidigung. Dann erzählte er den Vorfall. Hill, zuerst sprachlos vor Erstaunen, brachte dann nur die Worte hervor: „Ich schäme mich ein Engländer zu sein" [1]).

Der Staats-Secretär Boyle eilte zu dem Botschafter, und darauf richtete der letztere an jenen schriftlich seine Beschwerde und seine Forderung der Genugthuung [2]). Er verwies auf die ungleich geringere Beleidigung des Grafen Manchester kurz zuvor in Venedig, dem die Königin durch ihre Drohungen von der Republik eine eclatante Genugthuung verschafft, ferner auf die Sache des schwedischen Gesandten Stralenheim in Wien gegen den Grafen Zobor. Die Verlegenheit der englischen Regierung zeigt sich darin, daß vier Tage vergingen, ohne daß sie auch nur eine Aeußerung fand. Erst als dann Matueof unverzüglich seine Päſſe verlangte, erfolgte am andern Tage, dem 27. Juli/7. August, eine Antwort Boyles, welche für die verhafteten Schuldigen die strengsten Strafen in Aussicht stellte, die das englische Gesetz gestatte. Die Antwort Matueofs vom selben Tage bestand in der erneuten Forderung seines Passes. Am 29. Juli/9. August erfolgte der Paß, zugleich mit der Versicherung, daß bereits 17 Personen in Haft genommen seien. Es war der dringende Wunsch der englischen Regierung, den Botschafter von der Absicht der Abreise ab-

1) Bericht des Grafen Gallas vom 7. August 1708.

2) Die Correspondenz bei Lamberty t. IV, p. 169 et suiv.

zubringen. Deshalb erschien Boyle abermals am 30. Juli/10. August bei dem Botschafter, theilte ihm mit, daß die Königin den Kaufmann, der Bürgschaft geleistet, zum Ritter geschlagen, daß sie Willens sei den Admiral Caermarthen, dessen Persönlichkeit dem Czaren genehm, in besonderer Mission an ihn zu senden, und durch ihn sagen zu lassen, daß sie nichts unterlassen werde, was zur Reparation einer so großen Beleidigung dienen könne. Die Worte blieben fruchtlos. Matueof nahm weder ein Recreditiv-Schreiben an, noch das ihm dargebotene Geschenk von 1000 Pfund Sterling, noch die Yacht, sondern nur den Paß. Am nächsten Tage, dem 31. Juli/11. August, schiffte er sich auf einem holländischen Kauffahrer nach Holland ein [1]).

Dann ward es offenkundig, daß ungeachtet der scharfen Worte, deren sich der Staats-Secretär Boyle vor Matueof über das Attentat bedient, den Klägern und dem Richter nach englischem Gesetze nicht beizukommen war. Bereits am 6./17. August befanden sich fast alle jene 17 Verhafteten wieder auf freiem Fuße [2]).

Am 19. September a. St. erließ die Königin Anna ein Handschreiben an den Czaren Peter I., dem sie darin den Titel der kaiserlichen Majestät gab, also bevor Peter I. selber die Gleichstellung des Czaren-Titels mit dem Kaiser-Titel verlangte. Der Inhalt des Schreibens ist ähnlich wie derjenige des früheren des Staats-Secretärs Boyle an den Botschafter. Mit scharfen Ausdrücken wird das Attentat verurtheilt und die strengsten Strafen in Aussicht gestellt. Zugleich aber bittet die Königin, daß der Czar nicht Unschuldige und Schuldige verwechseln wolle [3]). — Demnach gibt sich die Besorgnis kund, daß der Czar zu Repressalien an Engländern innerhalb seines Bereiches schreiten könne.

Das Schreiben der Königin an den Czaren kreuzte sich mit einem von seiner Seite, welches zwei Tage früher, am 17. September, in Sowolewo geschrieben war. Darin legt der Czar allen Nachdruck auf das Völkerrecht, und fordert vom Standpuncte desselben aus volle Genugthuung. Principiell verlangte er für die sämmtlichen Betheiligten, die Creditoren, welche die Verhaftung beantragt, den Richter,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 12. August.

[2]) Desgleichen vom 17. August.

[3]) Lamberty t. IV, p. 173.

welcher die Vollmacht gegeben, die Gerichtsdiener, welche sie ausgeführt — die Todesstrafe. — Es mochte für die Königin von Groß-Britannien schwer sein, auf dieses Schreiben zu antworten: sie schwieg. Aber der Czar Peter forderte eine Antwort, und in dieser Forderung bestand fortan der Kern der Verwickelung.

Matueof, der sich nach dem Haag begeben hatte, mahnte von da aus nach London hin um eine solche Antwort. Es scheint, daß auch Boyle längere Zeit durch Schweigen abzukommen suchte[1]). Als ihm dies nicht mehr thunlich erschien, versicherte er, daß die Indignation der Königin über die dem Botschafter widerfahrene Behandlung dem Zorne desselben völlig die Wage halte. Aber dieser Anerkennung entsprach keine That. „Die Strafe, hieß es von englischer Seite, wird von allen Richtern unseres Königreiches feierlich erwogen werden, weil unsere Gesetze den Fall nicht vorhergesehen haben.“ Matueof seinerseits ermangelte nicht, solchen Reden gegenüber die Ueberlegenheit seiner Position zur vollen Geltung zu bringen.

Um ähnlichen Vorfällen für die Zukunft vorzubeugen, sah sich die englische Regierung genöthigt, einen Gesetzentwurf für die Privilegien der Gesandten ins Parlament einzubringen. Der Entwurf fand, weil er nicht von dem allgemeinen Völkerrechte ausging, nicht die Zustimmung der in London anwesenden Vertreter der fremden Mächte. Sie traten bei dem preußischen Botschafter Spanheim zusammen und verfaßten eine Denkschrift, welche Spanheim im Namen Aller den Staats-Secretären Sunderland und Boyle einreichte. Die Denkschrift verlangte namentlich, daß in dem Gesetzentwurfe nach den Worten: „Zur Verhütung derartiger Insolenzen“ — eingeschaltet würde: „welche in Widerspruch stehen mit dem Völkerrechte und den von allen Zeiten her auf dasselbe begründeten Privilegien der Botschafter, Gesandten und öffentlichen Vertreter, sobald sie als solche anerkannt sind, eben so wie derjenigen der Könige oder Königinnen von Groß-Britannien an anderen Höfen“ [2]). — In derselben Denkschrift der Gesandten folgen dann noch andere Puncte, immer auf das eine Ziel gerichtet,

---

[1]) Die Correspondenz bei Lamberty t. V, p. 204 et suiv.
[2]) A. a. O. p. 237.



daß in dem Gesetze für die Privilegien der Vertreter fremder Mächte die Postulate des Völkerrechtes zum Ausdrucke kommen sollten.

Es gelang ihnen nicht: jene Zusätze wurden in das Gesetz nicht aufgenommen. Dieses knüpft an den Fall Matueof an, nennt zwar das Völkerrecht, jedoch ohne weitere Consequenz, gründet sich dagegen lediglich auf die Autorität der Königin mit dem Parlamente.

Der Staats-Secretär Boyle suchte dem Botschafter Matueof den Erlaß dieses Gesetzes wie eine Satisfaction für ihn darzustellen. Er hatte damit keinen Erfolg. „Ich wäre gern dessen überhoben gewesen, antwortet Matueof, daß mein Name in der Geschichte der Verfassung Ihres Landes eine Bedeutung hat und so der Nachwelt überliefert wird. Ich bitte jedoch nochmals mir zu sagen, ob Ihre Majestät die Königin Willens ist eine Satisfaction zu geben, die der Maßlosigkeit des mir widerfahrenen Affronts entspricht, und wie Se. Majestät der Czar sie verlangt, so wie auf sein Handschreiben zu antworten" [1]). Die Mahnung war vom 24. Mai/4. Juni.

Es verging dann noch ein volles Jahr, bis endlich sich die Königin zu einer Antwort und überhaupt zu einer Satisfaction entschloß, mit welcher der Czar Peter I. sich befriedigt erklärte [2]).

Verhalten des Parlamentes zu der Friedenshandlung.

Nach einer anderen Seite bethätigte sich das Parlament in Betreff der Friedensforderungen, die man an Frankreich zu stellen habe. Wir werden die Beredungen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1709 statt fanden, nachher im Zusammenhange zu überblicken haben. Es kommt hier zunächst darauf an klar zu stellen, welchen Antheil das Parlament daran nahm.

Auf das Gerücht, daß Frankreich sich bei der Republik der Niederlande ernstlich um den Frieden bemühe, im Anfange März, regte Lord Somers im Oberhause eine Adresse an die Königin an, zum Ausdrucke der Forderungen, welche die Königin an Frankreich

---

1) Lamberty t. V, p. 236.
2) A. a. O. t. VI, p. 228.



stellen möge, nämlich der Anerkennung des eigenen Titels und derjenigen der protestantischen Thronfolge, und der Entfernung des Prätendenten aus dem französischen Gebiete. Das Oberhaus trat einstimmig bei, und sendete dann den Entwurf an das Unterhaus. Dort machte der Staats-Secretär Boyle geltend, daß, nachdem die britische Nation so viel Blut und Geld für diesen nothwendigen Krieg aufgewendet, es gerecht sei, daß sie durch den Frieden auch einen Vortheil erlange. Nun sei die Stadt Dünkirchen ein Piraten-Nest, von welchem aus dem Handel und der Schifffahrt unendlicher Nachtheil zugefügt werde: er beantrage daher, daß die Demolirung des Hafens und der Festungswerke von Dünkirchen als eine Friedensbedingung gefordert werden müsse. Das Unterhaus stimmte zu, und eben so dann auch das Oberhaus. Am 3./14. März überreichten im Namen des Oberhauses der Lord-Canzler, und im Namen des Unterhauses der Sprecher der Königin diese Adresse. Sie antwortete, daß sie in allen Puncten dieser Adresse die Ansicht des Parlamentes theile, und ihrerseits es nicht an Sorgfalt ermangeln lassen werde, das gewünschte Ziel zu erreichen [1]).

Da die Anträge in beiden Häusern von Persönlichkeiten der Regierung ausgegangen waren: so sah man darin die Absicht, gegen eine etwaige voreilige Friedensneigung in der Republik eine Schranke zu errichten. Andere waren indessen der Meinung, daß die Adresse in der Republik den entgegengesetzten Erfolg haben könne. Denn die Forderung der Demolition von Dünkirchen, so sehr sie der englischen Macht zu gute komme, entspreche eben darum nicht dem Interesse der Republik der Niederlande. Wolle man aber von dieser verlangen, daß sie für ein specifisch englisches Interesse den Krieg verlängere, so könne leicht das Gegentheil die Folge sein. Dies um so mehr, da auch so schon Marlborough und Godolphin im Verdachte stünden, auf die Verlängerung des Krieges auszugehen [2]).

Als die Friedensberedungen im Haag sich hinzogen, entschloß sich Marlborough, im Anfange April, wieder hinüber zu gehen. Bevor er abreiste, ward im Cabinetsrathe der Königin die Frage erwogen, ob es zweckmäßig sei, die französischen Vorschläge dem Parlamente

[1]) Lords Debates vol. II, p. 261.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 19. März.

mitzutheilen und dessen Gutachten darüber zu vernehmen. Einige Stimmen erhoben sich zu Gunsten dieses Vorschlages, der die Räthe der Krone gegen alle Verantwortlichkeit decken würde. Andere dagegen machten geltend, daß eine solche Befragung einen Eingriff in die königliche Prärogative bedeute, und daß, wenn einmal ein solcher Schritt geschehen, das Parlament sich denselben zu nutze machen, und fortan bei allen künftigen Tractaten fordern werde, zuvor gehört zu werden. Demnach ward die Frage verneint [1]).

Dennoch ward, bei der Ungewißheit, wie die Beredungen im Haag ausschlagen würden, das Parlament, auch nach der Erledigung der Geschäfte, noch beisammen gehalten. Erst am 21. April/2. Mai entschloß sich der Cabinets-Rath zur Vertagung. In der Schlußrede sprachen die königlichen Commissäre dem Unterhause den besonderen Dank der Königin dafür aus, daß es so zeitig und wirksam die Mittel für die Fortsetzung des Krieges bewilligt habe, mit einer Vermehrung der Streitkräfte. „Euere Bereitwilligkeit, heißt es weiter, bei dieser Lage der Dinge so bedeutende Mittel zu gewähren, und die dargebotenen Vorschüsse, welche sie mit so geringer Belastung des Publicums zur Verwirklichung gebracht haben, beweisen, wie völlig Ihr es versteht von unseren errungenen Erfolgen den rechten Gebrauch zu machen, und ferner, daß für pflichttreue und anhängliche Unterthanen, die in der Vertheidigung einer gerechten Sache handeln, nichts zu schwer fällt" [2]).

Das Parlament hatte also keinen directen Einfluß auf die damaligen Friedenshandlungen: der indirecte Einfluß liegt in jenen Dankesworten angedeutet.

Die Friedenshandlung.

Beginn und Verlauf derselben bis zum 28. April.

Die Antwort, welche der Minister Chamillart, im October 1708, durch Berwick auf den Antrag von Marlborough gegeben, läßt nicht auf eine damalige Friedenswilligkeit des Hofes von Versailles schließen. Auch die dann noch zu Ende des Feldzuges sich häufenden Nachtheile

---

1) Hoffmanns Bericht vom 12. April.

2) Commons Debates vol. IV, p. 134.



und Verluste riefen nicht eine Willigkeit dieser Art hervor. Marlborough machte für die Verstärkung der verbündeten Armee nach allen Seiten hin geltend, daß nach seinen Berichten Ludwig XIV. alle Kraft gegen den Norden aufbieten, seine Armee dort um 50 Bataillone und 50 Schwadronen verstärken werde. Aus aufgefangenen Briefen erfuhr man, daß das erste Unternehmen dem Wiedergewinne von Lille gelten, daß zu diesem Zwecke im Beginne des Monates April eine Armee von 150,000 Mann bereit stehen werde [1]).

Diese kriegerische Stimmung überwog bis mindestens in die zweite Hälfte des Monates Januar. Am 20. berichtet der Magyar Vetes aus Paris an Rakoczy: „Man hat hier den festen Entschluß eines nachdrücklichen Feldzuges. Aber bei Vielen regt sich Zweifel, ob Frankreich dazu im Stande, nachdem der harte Frost so viel verdorben hat. Es wird sogar eine allgemeine Noth befürchtet" [2]).

Die Schrecken dieses furchtbaren Winters waren damals noch nicht vorüber: vielmehr stand eine Erneuerung derselben noch bevor. Es ist von Interesse auf diese Sache näher einzugehen.

Am 3. December 1708 begann ein mäßiger Frost, der etwa drei Wochen anhielt. Dann trat Thauwetter ein und dauerte bis zum 6. Januar 1709. Von diesem Tage an erneuerte sich der Frost mit einer außerordentlichen Strenge, so sehr, daß man am 8. Januar die Rhone, einen der schnellsten Ströme Europas, an verschiedenen Stellen mit einer Eisdecke überzogen sah. Es gefroren die sämmtlichen Canäle von Venedig, die Mündung des Tajo bei Lissabon. Oelbäume und Weinstöcke zerbarsten. Der scharfe Frost dauerte bis zum 25. Januar. Dann fiel Schnee bis zum 6. Februar, und es trat sogar für mehrere Tage Thauwetter ein. Abermals jedoch erneuerte sich der Frost in gleich scharfer Weise wie im Januar und währte fort bis zum 6. März. Dann trat eine Milderung ein; aber vom 10. an wieder für etliche Tage Schnee und Frost. Der Eiswinter hatte demnach gedauert bis in den vierten Monat [3]).

[1]) Murray vol. IV, p. 429. Ein Schreiben aus Spanien an den Herzog von Orleans.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 120.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 384.

Die Calamität dieses unsäglichen Frostes scheint die südlichen Länder, nach Verhältnis, härter betroffen zu haben als die nördlichen. Bereits am 4. Februar wußte man in Versailles, daß der Frost nicht bloß viele Reben getödtet habe, sondern, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch das Saatkorn in der Erde [1]). Das bleiche Gespenst des Hungers stieg empor. Das französische Volk seufzte nach Brot und Frieden.

Es ist anzunehmen, daß die von allen Seiten einströmenden Berichte über den traurigen Zustand des Landes die Entschlüsse Ludwigs XIV., die im Januar noch kriegerisch waren, im Februar zum Wanken gebracht haben.

Dazu kamen eben damals die Berichte des französischen Botschafters aus Constantinopel ein, welche zeigten, daß auf die lang gehoffte Erhebung der Türken zu Gunsten Frankreichs wider den Kaiser durchaus nicht zu rechnen war. So empfindlich vielen Türken die Erinnerung an den Frieden von Carlowitz: der Großwesir, selber kriegsunkundig und darum im Falle eines Krieges sehr exponirt, wollte ihn nicht brechen. Er hatte für die Hülfeleistungen einzelner Paschas an Rakoczy die scharfe Grenze gezogen, daß nicht der Friede von Carlowitz offen verletzt werde. Nun nachdem die Rebellion an den Folgen des wuchtigen Streiches von Trentschin langsam abstarb, war bei jener Gesinnung des Großwesirs um so weniger auf eine Bethätigung für Frankreich zu rechnen. Der betreffende Bericht des Marquis Ferriol aus Constantinopel ist vom 5. Februar [2]).

In Versailles sann man nach über einen Weg zum Frieden zu gelangen. Eine Anknüpfung dazu war möglich.

Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV., nach dem für Frankreich unglücklichen Kriegsjahre 1706, verschiedene Friedensversuche gemacht: den einen durch den Prinzen Vaudemont in Mailand bei dem Prinzen Eugen, den anderen durch den Kurfürsten Max Emanuel bei den Generalstaaten und bei Marlborough. Beide Versuche waren zurück gewiesen. Dennoch waren seitdem die Fäden von Besprechungen zwischen Holland und Frankreich niemals wieder völlig abgerissen. In der Republik war es, in Folge der einstigen Vorbereitungen der Friedens-

[1]) Dangeau t. XII, p. 326.

[2]) Correspondance du Marquis de Ferriol p. 352.

schlüsse von Nymegen und Ryswyck, wie zu einem Rechte der Gewohnheit geworden, daß man von dort aus, auch ohne Vorwissen und Betheiligung der Bundesgenossen, die Friedenswilligkeit des Gegners zu erforschen suchte. Für Frankreich aber schien es, nach den Erfahrungen jener zwei Friedensschlüsse, eher möglich die Republik zu gewinnen als den Kaiser oder England, und durch die Lösung dieser einen der drei Hauptmächte aus der Allianz die furchtbare Kette derselben zu zersprengen.

Die hauptsächliche Persönlichkeit, welche zum Zwecke der Uebermittelung nach beiden Seiten diente, war, wie bereits früher erwähnt, ein Herr von Petkum, nicht jedoch in seiner amtlichen Eigenschaft als Gesandter für Holstein, sondern trotz derselben. Der Rathspensionär hatte ihm die Pflicht des Geheimnisses auferlegt sowohl gegenüber dem eigenen Herzog als dessen Gönner, dem Könige Carl XII. von Schweden, mit der Zusicherung des Schutzes und der Entschädigung für jeden Nachtheil [1]). Genau genommen war also Petkum ein Diener des Rathspensionärs Heinsius. Im Auftrage dessen reiste Petkum sogar nach Versailles.

Allein es fehlte bis in das Jahr 1709 hinein die Gemeinsamkeit eines Ausgangspunctes. Die Sendung des Mesnager nach dem Haag, im Januar 1708, war mislungen, weil, so viele Handelsvortheile er für die Republik bot, voran stand seine Forderung Spanien und Westindien für Philipp V. zu belassen. Im Januar 1709 versuchte dieser König selbst durch seinen Minister, den Grafen Bergheyk, mit der Republik auf ähnliche Bedingungen hin anzuknüpfen. Er erhielt die Antwort: wenn nicht Spanien und Westindien, Mailand und die Niederlande, so wie ein günstiger Handelsvertrag mit Frankreich angeboten werde: so werde man über die anderen Präliminar-Artikel nicht vertraulich sich bereden können [2]).

Auf diese Antwort, welche von Seiten der Republik die Möglichkeit der Ueberlassung von Neapel und Sicilien für Philipp V. offen ließ, entschloß sich Ludwig XIV. in Unterhandlung zu treten. Er verlangte dafür, daß neben seinem Bevollmächtigten auch der Graf

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 386.

[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 119.



Bergheyck als derjenige Philipps V. zugelassen würde. Die Holländer lehnten ab.

Nach den Denkwürdigkeiten des Staats-Secretärs Torcy über diese Verhandlungen war es dabei Ludwig XIV. vor Allem darum zu thun, einen abermaligen Feldzug zu vermeiden, wäre es auch nur durch einen Waffenstillstand.

Am 5. März entsendete Ludwig XIV. als seinen Bevollmächtigten den Präsidenten Rouillé, der früher als Gesandter in Portugal gedient hatte. Am 17. März traf er in einem Dorfe nahe bei Moerdyk zusammen mit zwei holländischen Bevollmächtigten, Buys, dem Pensionaris von Amsterdam, und Van der Dussen, Pensionaris von Gouda.

Daß Derartiges vorbereitet werde, blieb dem kaiserlichen Gesandten Heems im Haag nicht völlig verborgen. Er verlangte von dem Rathspensionär Heinsius Auskunft darüber. Dieser erwiederte, daß auch der Kaiser Vorschläge anhöre. Auf den Bericht des Heems ließ der Kaiser Joseph I. antworten, am 28. März, daß in dem einzigen Falle vor zwei Jahren, wo der Prinz Vaudemont dem Prinzen Eugen in Mailand Vorschläge habe machen wollen, er dies sofort zur Kunde seiner Verbündeten gebracht habe. — Dies Schreiben war von Wien aus noch nicht expedirt, als dort ein Courier aus Rom eintraf. Durch denselben meldete der Botschafter Prié, daß ein Duca di Monte Leone, nach mehreren vergeblichen Versuchen, es dahin gebracht, daß er, Prié, bei einem Besuche in einem Kloster ihm nicht habe ausweichen können. Monte Leone eröffnete, daß er von Frankreich her vortheilhafte Vorschläge für das Erzhaus habe, und daß, im Falle der Annahme, in Rom oder in Genua weiter verhandelt werden könne. Prié antwortete: er habe keinen Befehl, sich in Unterredungen solcher Art einzulassen. Auch würden derartige Vorschläge niemals vom Kaiser einseitig angehört, viel weniger noch auf Grund derselben zu einer Unterhandlung geschritten, sondern zunächst den Verbündeten alles mitgetheilt. — Heems erhielt den Auftrag, diesen Verlauf bei dem Rathspensionär nachdrücklich geltend zu machen [1]).

---

[1]) Kaiserliches Rescript an Heems, vom 28. März. Im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.



Bevor noch dieses geschah, machte seinerseits der Rathspensionär dem Gesandten Heems officiell die Mittheilung, daß jene Beredungen in Moerdyk statt fänden. Der Kaiser begnügte sich zunächst zu antworten: er erwarte, daß man von holländischer Seite sich auf eine Einräumung von Neapel und Sicilien für den Herzog von Anjou nicht einlasse. Die Sicherheit Europas bestehe darin, daß Frankreich nicht mehr schaden könne[1]).

Schärfer noch lauteten die Aeußerungen von London aus.

Es ergab sich, daß am selben Tage, wo Marlborough sich in Ostende nach London eingeschifft, Rouillé in Brüssel eingetroffen sein mußte. Hatte also Marlborough um das Kommen desselben vorher gewußt? Dies glaubten in Versailles wenigstens diejenigen, welche in das Geheimnis seines Antrages vom October zuvor eingeweiht waren. Torcy schreibt, daß Marlborough, über alles wohl unterrichtet und dabei überzeugt, daß nichts abgeschlossen werde ohne ihn, und daß er immer Meister sein werde, die Unterhandlung zu fördern oder zu brechen, seine Einwilligung zum Kommen des Rouillé gegeben habe[2]). Demnach waren die Schritte von Versailles her von dieser Voraussetzung aus bemessen.

Aber diese Voraussetzung stützt sich nicht auf eine Thatsache, noch ein bestimmtes Zeugnis. Ferner stehen die Aeußerungen Marlboroughs entgegen. Er schrieb von St. James aus, am 11./22. März, an Wratislaw in Wien: „Wir haben hier seit heute Morgen die Bestätigung der Ankunft des Präsidenten Rouillé in Holland, die unzweifelhaft überall große Unruhe erregen wird. Ich für mich weiß bisher nicht, was er vorzuschlagen haben wird; aber nach meiner Ueberzeugung wird er, wenn es nicht sein eigentlicher Zweck ist alles in Wirrwar zu bringen, wenigstens darauf ausgehen, die Saat der Eifersucht zwischen den Verbündeten auszustreuen. Geben wir also Acht, daß wir uns nicht irre machen lassen. Cadogan hat bereits vor acht Tagen Befehl erhalten sich nach dem Haag zu begeben, und alle seine Schritte zu überwachen, und ich beeile mich nach Möglichkeit, um über das Meer zurückzugehen" [3]).

---

1) Kaiserliches Rescript vom 4. April.
2) Mémoires de Torcy t. I, p. 168, 181.
3) Murray vol. IV, p. 471.

Daß Marlborough um das Kommen des Rouillé vorher nicht gewußt habe, wird ferner bestätigt durch die Meldungen der kaiserlichen Gesandten in London. Von holländischer Seite, meldeten sie, sei die Sache in aller Stille betrieben, aus Furcht daß England sie hindern werde. Marlborough äußerte sich in London geradezu, daß man in Holland, durch die Nicht-Mittheilung des Kommens von Rouillé, ihn hintergangen habe. Jedenfalls lag daraus vor Augen, daß sein Ansehen in der Republik, einst so hoch, nunmehr im Sinken begriffen sei. Er äußerte sich weiter: er glaube nicht, daß die Holländer die Sache wieder fallen lassen würden, hoffe jedoch sie bis zum Beginne des Feldzuges hinzuzögern, so daß, wenn einmal dieser im Gange, sich Mittel und Wege finden lassen würden, auch dann noch die Sache weiter hinzuziehen und Frankreich zu besseren Bedingungen zu zwingen[1]).

Es ist daher scharf zu unterscheiden zwischen dem Erbieten, das Marlborough, im October 1708, an Berwick hatte gelangen lassen, und seiner Haltung im Frühlinge 1709. Ob jenes Erbieten und auf welche Bedingungen durchführbar gewesen wäre, kann Niemand sagen; aber jedenfalls war es darauf angelegt, die Führung der Dinge in die Hände Marlboroughs zu bringen. Bei der Unterhandlung vom Frühlinge 1709 dagegen war die Initiative von Anderen ausgegangen. Eine selbständige Stellung, eine Führung für Marlborough war daher nicht anders möglich als im Einverständnisse mit der in England herrschenden Whig-Partei, so daß er als der Repräsentant der Ansichten und Bestrebungen derselben gegenüber Frankreich erschien. Indem Ludwig XIV. und Torcy diesen Unterschied sich nicht klar machten, geriethen sie über Marlborough in Irrthümer.

Das Mistrauen in die Sendung des Rouillé, welchem Marlborough in jenem Schreiben an Wratislaw in Wien, so wie sonst auf vielfache Weise schriftlich und mündlich Ausdruck gab, entsprach der Stimmung der Persönlichkeiten der englischen Regierung, so wie der Mehrheit des Parlamentes. Jene Adresse, durch welche dasselbe die englischen Forderungen für den Frieden aussprach und besonders die Demolirung von Dünkirchen verlangte, war beschlossen worden vor dem Eintreffen Marlboroughs in London, und zwar auf den

---

1) Hoffmanns Bericht vom 29. März.



Antrag des Staats-Secretärs Boyle. Die Zerstörung Dünkirchens war aber nicht ein allgemeines Interesse der großen Allianz wider Frankreich, sondern ein specifisch englisches und sicherlich der Republik der Niederlande nicht einmal erwünscht. Die Forderung war also nicht bloß direct gegen Frankreich gekehrt, sondern indirect auch eine Mahnung an die Republik [1]).

Bereits am 15./26. März gibt Marlborough nach Wien und Berlin hin kund, daß die französischen Umtriebe in Holland ihn nöthigen werden, seine Rückkehr dahin zu beschleunigen. Er glaube freilich, sagt er dann, daß diejenigen, welche zu den Beredungen dort die Hand geboten, schon beginnen es zu bereuen. „Denn es ist ja sicher, wie ich früher bereits angedeutet habe, daß Frankreich nur darauf ausgeht uns zu täuschen" [2]). Seine Ansicht gab im Rathe der Königin den Ausschlag. Am 19./30. März erhielt er den Befehl der Königin hinüber zu gehen und die Schritte dort zu überwachen. Der ungünstige Wind verzögerte für mehrere Tage die Abfahrt [3]).

Unterdessen hatten Rouillé und die zwei Holländer wiederholt verhandelt, nicht bloß über Bedingungen für die Republik, sondern über die sämmtlichen Interessen der Allianz und der einzelnen Mitglieder, zuerst in Moerdyk, nachher in Woerden. Für Ludwig XIV. war das hauptsächliche Interesse die Entschädigung, wie er es benannte, seines Enkels Philipp V. Er ließ von derselben eine Forderung nach der anderen fallen bis auf diejenige von Neapel und Sicilien. Auch darauf beließen die zwei Holländer nur geringe Hoffnung. Das hange von der Einwilligung Englands ab, sagten sie; aber es würde viel sein, wenn England nur das Königreich Neapel allein für Philipp V. zugestehe. „Demnach, sagt Torcy, stellten die Holländer in ihrer servilen Unterwürfigkeit vor England, der Entscheidung dieser Macht und derjenigen des Kaisers, eine wesentliche Bedingung des Friedens anheim, beließen also diesen selber ungewis, zu einer Zeit, wo der König ihrer Republik die Ehre erwies, sich an sie zu wenden für die Erleichterung der Herstellung des allgemeinen Friedens" [4]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 19. März.

2) Murray vol. IV, p. 473.

3) A. a. O. p. 474.

4) Mémoires de Torcy t. I, p. 174.

Der damals einundsiebenzigjährige König mochte allerdings sich gegenwärtig halten, daß nunmehr eine andere Zeit gekommen war als 1672, wo er vierunddreißigjährig, um seines Ruhmes willen, die flehende Bitte dieser Republik um den Frieden zurück wies.

Den Holländern war das hauptsächliche Interesse ihre Barriere gegen Frankreich, nämlich das Recht der Besatzungen in den Festungen Belgiens auf Kosten dieses Landes. Diese Barriere müsse so stark sein, sagte Buys zu Rouillé, daß fortan die Republik sich gegen jeden Uebergriff Frankreichs sicher fühlen könne. Diesem Principe gemäß fielen die Forderungen aus. Außer den bereits genommenen Städten verlangten die Holländer noch Tournay, Maubeuge und Condé. Man wurde darüber nicht einig.

Der eigentliche Zweck von französischer Seite bei diesen Conferenzen, die am 4. April bis auf näheren Bescheid aus Versailles sistirt wurden, ergibt sich aus den Worten des Torcy: „Die Bedingungen, welche der König den Holländern bewilligte, sowohl für ihren Handel als für die Sicherheit ihrer Barriere, waren für sie so vortheilhaft, so überwiegend gegen dasjenige was sie von ihrer Allianz mit den gegen Frankreich feindlichen Mächten hoffen durften, daß man Grund hatte zu erwarten, eine so kluge Republik werde nicht die günstige Gelegenheit verlieren, in vollem Maße zu erlangen, was sie nur wünschen konnte"[1]).

Demnach hofften Ludwig XIV. und Torcy durch die Zugeständnisse die Republik aus der Allianz zu lösen, diese zu zersprengen. Die Berechnung erwies sich nicht als richtig.

Rouillé verblieb in Bodegrave, um Antwort auf die letzten Forderungen von Buys und Van der Dussen abzuwarten. Diese zwei begaben sich nach dem Haag, um Bericht zu erstatten. Dort trafen am 7. und 9. April auch der Prinz Eugen und Marlborough ein. Die Verständigung zwischen ihnen war leicht, weil die Instruction des Prinzen Eugen ihn anwies in Allem mit England, also mit Marlborough, zusammen zu gehen[2]). Minder entschieden war, gemäß der Stimmung in der Republik, der Rathspensionär. Als Marlborough

---

[1]) A. a. O. p. 177.

[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 56.



ihm eröffnete, daß seine Instruction für Philipp V. von dem spanischen Erbe nichts beließ, erwiederte Heinsius mit sichtlichem Staunen: er besorge, daß man Frankreich dahin nicht werde bringen können. Marlborough entgegnete: er könne von keinem Puncte abgehen, und, in Betracht der Misere in Frankreich, die eine weitere Kriegführung fast unmöglich mache, dürfe man mit Recht erwarten, daß Frankreich sich in jegliche Bedingung eines dauernden Friedens fügen werde. Heinsius versetzte: „Ich weiß, daß Frankreich sehr erschöpft ist; aber ich muß Ihnen auch im Vertrauen meine Ueberzeugung aussprechen, daß es hier zu Lande noch schlimmer steht. Bisher hat die Hoffnung auf einen baldigen Frieden das Volk noch bei gutem Willen erhalten; aber ich fürchte die Folgen der Vereitelung; denn die großen Städte, überhaupt die Menge, würde sie England zur Last legen. Jedoch werde ich das Aeußerste aufbieten, daß kein Schritt anders geschieht als in Uebereinstimmung mit der Königin und den Verbündeten." Noch am selben Abende erfuhr Marlborough, daß auf den Bericht von Buys und Van der Dussen die Stände von Holland den entsprechenden Beschluß gefaßt hatten [1]).

Zugleich aber stiegen damit die Ansprüche auch an die Bewilligung Englands in Betreff der Barriere. Die Holländer verlangten noch einige Städte mehr. Die Summe für den Unterhalt der Besatzungen darin, meinten sie, dürfe nicht weniger als etwa 300,000 Pfund Sterling betragen. „Kurz, meldet Marlborough heim, sie verlangen so ziemlich ein Königreich." Er hielt ihnen die Frage entgegen, was denn dem Könige Carl III. von seinem Lande noch übrig bleiben solle. Dann jedoch suchte er auszuweichen mit dem Einwande: die Sache sei zur Erörterung noch nicht reif [2]).

Die Liste der von den Holländern noch ferner als Barriere verlangten Städte, der eroberten wie Lille, und der noch nicht eroberten wie Tournay und anderer, erregte auch Godolphins Staunen und Unwillen [3]). Die Forderung, welche Lüttich, Huy und Bonn mit umfaßte, war so stark, daß der Prinz Eugen und Marlborough den

---

[1]) Murray vol. IV, p. 475.
[2]) A. a. O. p. 482.
[3]) Coxe vol. II, p. 398.

Verdacht faßten: die Forderung solle, im Falle der Ablehnung, den Vorwand hergeben, die französischen Vorschläge anzunehmen. — „Ich bin daher, schreibt der Prinz Eugen dem Kaiser, mit Marlborough einig, daß wir trachten müssen, den Feldzug zu beginnen" [1]). Sie drängten daher nach allen Seiten auf die Bereitschaft der Truppen für den 1. Mai.

Unterdessen hatte Rouillé von Versailles her Antwort erhalten, und Buys und Van der Dussen begaben sich zu ihm nach Bodegrave. Ludwig XIV. gab noch einige Städte für die Barriere zu, verlangte aber Lille zurück und bestand auf Neapel und Sicilien für Philipp V. Auf die Mittheilung dessen trat Marlborough, am 23. April, bei Heinsius mit seiner vollen Instruction hervor. Sie lautete: „Im Namen der Königin soll Marlborough dem Rathspensionär erklären, daß keine Friedenshandlung mit Frankreich geschlossen werden darf, bevor die Präliminarien derselben zwischen England und der Republik festgestellt sind. Er soll die Hoffnung aussprechen, daß die Generalstaaten übereinstimmen mit den Forderungen der Königin und ihres Volkes, die in so vielen Adressen des Parlamentes ihren Ausdruck gefunden haben, nämlich daß kein Friede sicher noch ehrenhaft sein kann, der nicht die gesammte spanische Monarchie dem Hause Oesterreich zurück gibt; ferner daß der französische König sich verpflichte, den Titel der Königin und die gesetzlich festgestellte Thronfolge in Groß-Britannien anzuerkennen; ferner daß der Prätendent aus Frankreich entfernt, und endlich daß die Festungswerke und der Hafen von Dünkirchen zerstört werden. — Dazu wünscht die Königin, daß Präliminarien festgestellt werden für die Sicherheit und das Interesse der Generalstaaten, besonders in Betreff einer Barriere, über welche ein Vertrag so lange schon in der Schwebe ist. Die Königin ist willig die Bürgschaft für dieselbe zu übernehmen, in der Voraussetzung, daß die Generalstaaten in gleicher Weise die protestantische Thronfolge gewährleisten werden" [2]).

Wir erinnern uns, daß der Gedanke die protestantische Thronfolge in England durch einen Vertrag mit den Generalstaaten ver-

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 60.
[2]) Coxe vol. II, p. 395.



bürgen zu lassen, durch eine Parlaments-Adresse, vom 29. November/10. December 1705, zum Ausdrucke gelangt war. (Vgl. Band XII, S. 13.) Bei den Bemühungen um einen solchen Vertrag im Haag hatte Lord Halifax die Antwort erhalten, im August 1706, daß England zur Gegenleistung den Generalstaaten eine Barriere in den spanischen Niederlanden verbürgen möge. (Vgl. Band XII, S. 217.) Von da an hatte die Angelegenheit geruht. Indem sie nun in Anlaß der Präliminarien in dieser Form wieder zur Sprache kam, durfte man von englischer Seite im voraus sicher sein, daß die Republik principiell zustimmen würde. Für die Republik dagegen eröffnete sich die Aussicht, daß England, in den Zugeständnissen für die Barriere, bis an die Grenze des in Rücksicht auf das eigene Interesse Zulässigen gehen würde.

Der Eindruck der Mittheilung der Instruction von Marlborough auf Heinsius war ein solcher, daß Marlborough nach London meldete, man dürfe sich auf Heinsius völlig verlassen. Dieser erzählte weiter: in der letzten Conferenz sei Rouillé so hochfahrend aufgetreten, und habe wiederum auf holländischer Seite eine so feste und ablehnende Haltung gefunden, daß man seine Abberufung erwarten dürfe. In diesem Falle solle von holländischer Seite alles bereit sein für den Beginn des Feldzuges am 1. Mai[1]).

Um die Entfernung des Rouillé und damit um den Abbruch der Verhandlungen war es wie dem Prinzen Eugen, so auch Marlborough und der in England herrschenden Whig-Partei hauptsächlich zu thun. „Ich und der Mylord, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, am 23. April, bleiben darin einig, daß wir darauf dringen wollen, den Rouillé aus dem Lande zu bringen"[2]). Dies war aber eben die schwere Aufgabe. Marlborough schreibt, am 24. April, an Moles in Barcelona: „Die Erbietungen des Rouillé haben auf die Gemüther hier einen solchen Eindruck gemacht, und diese scheinen mir überhaupt so sehr zum Frieden geneigt, daß es schwer halten wird, diese Unterhandlungen abzubrechen und zu verhindern, daß sie zu einem Abschlusse gelangen"[3]). Bestimmter noch schreibt er an den General Stanhope

[1]) Murray vol. IV, p. 486. Vom 23. April.
[2]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 62. Vom 23. April.
[3]) Murray vol. IV, p. 488. Vom 24. April.

dort: „Aus meinem Schreiben an Moles werden Sie meine Besorgnis ersehen, daß ich mich nicht für fähig erachte, diese Unterhandlungen hier zu durchbrechen, wo ich doch die Dinge für einen allgemeinen Frieden noch nicht reif halte. Denn wir haben vor uns die Aussicht auf einen glücklichen Feldzug, in welchem nach aller Wahrscheinlichkeit auch der geringste Erfolg den Feind nöthigen wird, sich Allem zu fügen, was wir vernünftiger und gerechter Weise von ihm verlangen." — Indem Marlborough ähnlich nach England an den Staats-Secretär Boyle berichtet, entwickelt sich daraus für ihn ein neuer Gedanke, nämlich derjenige einer Ueberfahrt nach England zur Abstattung eines mündlichen Berichtes [1]). Der eigentliche Zweck war, wie sich dann bald ergab, die Erweiterung der Barriere für die Republik.

Der in England herrschenden Partei mochte eine solche Concession an die Republik um so mehr gerathen erscheinen, weil dort bei Einigen die Ansicht vorwaltete, daß die Holländer die Königreiche Neapel und Sicilien lieber in den Händen eines Bourbon als eines Habsburgers sehen würden. Dies war namentlich die Ansicht Godolphins. Indem er sie dem kaiserlichen Residenten Hoffmann aussprach, fügte er hinzu, in voller Uebereinstimmung mit Marlborough: „On n'a qu'à tenir ferme pour que la France vienne à demander l'aumône" [2]).

Marlborough führte die am 24. April vom Haag aus kund gegebene Absicht aus. Am 21. April/2. Mai traf er in London ein. In den nächsten Tagen schon war in den politischen Kreisen der Zweck seiner Reise kein Geheimnis mehr. Er verlangte, daß ein Mitglied der Whig-Junta ihm nach dem Haag hin beigeordnet werde, um die Angelegenheit der Barriere zu regeln [3]). Zunächst schien dafür in Betracht kommen zu müssen Lord Halifax, der drei Jahre zuvor die ähnliche Mission gehabt. Aber dieser war nicht willig, und machte aus seinen Gründen kein Hehl. Wenn Marlborough vorher sähe, sagte er, daß der mit der Republik festzustellende Vertrag zur Zufriedenheit der englischen Nation ausfallen würde, so würde er die Ehre des Abschlusses mit Niemandem theilen wollen. Das Werben um einen Beigeordneten

---

1) Murray vol. IV, p. 487.
2) Hoffmanns Bericht vom 9. April.
3) Desgleichen vom 3. Mai.

errege daher den Verdacht, daß er das etwaige Odium auf diesen Genossen abschieben wolle. — Es kam dann Lord Sunderland in Vorschlag; aber gegen ihn ward der Einwand der Vehemenz seines Auftretens erhoben. Dagegen fand sich, außerhalb der Junta, in der Whig-Partei ein jüngeres Mitglied, Lord Townshend, welcher sich bereit erklärte, mit Marlborough nach dem Haag zu gehen. „Er ist, fügt Hoffmann seinem Berichte hinzu, biegsam und gelehrig" [1]).

Diejenigen, welche von der Ansicht ausgingen, daß Ludwig XIV. es mit diesen Friedensberedungen nicht ehrlich meine, fanden eine Bestätigung derselben in der Nachricht, die damals durch Europa lief, daß Philipp V., am 7. April, seinen noch nicht zweijährigen Sohn zum Prinzen von Asturien erklärt und als solchem, nämlich als Thronerben von den Cortes habe huldigen lassen. Die Feierlichkeit ward erhöht durch die darauf folgende Firmung des Kindes durch den Patriarchen von Indien in der Hieronymus-Kirche zu Madrid [2]). In London, im Haag, in Wien durfte man sich fragen, wie das möglich war zu einer Zeit, wo Ludwig XIV. seine Forderung für seinen Enkel auf Neapel und Sicilien beschränkte. In der That aber beabsichtigte Philipp V. damit eine Demonstration nicht bloß den Spaniern gegenüber. Er schrieb zugleich an Ludwig XIV., daß er Spanien nur mit dem Leben aufgeben werde. Es ist daher anzunehmen, daß die Demonstration nicht bloß nicht mit Vorwissen Ludwigs XIV. erfolgt, sondern ihm ungelegen gekommen sei. Er antwortete, am 28. April, seinem Gesandten Amelot in Madrid: „Es gibt Verwickelungen, in denen der Muth der Klugheit nachstehen muß, und da die Völker, wenn auch zur Zeit noch so eifrig, vielleicht nicht immer eben so gesinnt sein werden, und nicht so fest wie mein Enkel, so ist es besser darauf zu gedenken, daß ihm an irgend einem Orte eine Herrschaft verbleibt, als alle seine Länder zugleich zu verlieren" [3]).

In ähnlicher Weise wirkte das Vorgehen Philipps V. gegen den päpstlichen Nuntius Zondodari. Clemens XI. hatte damals, wie wir

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. Mai.

[2]) Bericht der Königin an die Herzogin von Bourgogne, bei Lamberty t. V, p. 320.

[3]) Oeuvres de Louis XIV t. VI, p. 200.

später bestimmter ersehen werden, dem Andringen des Kaisers nachgegeben, und Carl III. als König anerkannt. Darauf gebot Philipp V. dem Nuntius Zondodari, Madrid zu verlassen. Man fragte sich, wie bei der notorischen Abhängigkeit Philipps V. von Ludwig XIV. dies möglich sei, wenn der Letztere es mit dem Verzichte seines Enkels auf das Königreich Spanien ehrlich meine[1]).

Der Staats-Secretär Torcy im Haag.

Unterdessen stieg in Frankreich mit jedem Tage die Noth und das Bedürfnis des Friedens. Die Gründe dafür wurden mit Nachdruck geltend gemacht in einem Conseil vom 28. April, dem muthlosesten, das vielleicht bis dahin Ludwig XIV. abgehalten. Aber die schwierige Frage war, wie zum Frieden zu gelangen. Ludwig XIV. klagte die Holländer der Unaufrichtigkeit an; denn auf den Brief Van der Dussens, der Neapel und Sicilien nicht erwähne, habe er sich in die Unterhandlung eingelassen, in der Hoffnung jene Länder für Philipp V. zu retten. In der Wirklichkeit war doch dieser Vorwurf nur eine Umhüllung des Verdrusses, daß es nicht gelungen war, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bewegen, noch einen Stillstand zu erlangen. Es blieb also kein anderes Mittel als neue Concessionen auf allen Gebieten. Nur an Neapel noch für seinen Enkel wollte Ludwig XIV. festhalten[2]).

Als der König die Räthe entließ, blieb der Staats-Secretär Torcy bei ihm zurück, um einen neuen Vorschlag zu machen. Von dem langsamen Wege der Conferenzen in Bodegrave, sagte er, sei nichts mehr zu hoffen, zumal da der Beginn des Feldzuges vor der Thüre stehe. Da der König die Verhandlungen nicht abbrechen wolle, so müsse er sie beschleunigen. Zu diesem Zwecke erbiete er, Torcy, sich nach Holland zu gehen. Der König nahm an. Ausgerüstet nur mit einem Courier-Passe brach Torcy am Abende des 1. Mai von Paris auf. Am 4. passirte er Brüssel, wo sich der Prinz Eugen befand. Dieser meldete am 6. dem Kaiser, daß ein Unbekannter durchgekommen,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. Mai.

[2]) Mémoires de Torcy t. I, p. 213 et suiv.



welchen das Gerücht als Torcy bezeichne[1]). Am selben Tage trat Torcy im Haag vor den staunenden Rathspensionär Heinsius. So lange es möglich war, blieb seine Anwesenheit dort geheim.

Torcy selber hat in ausführlicher Weise seine Mission für die Nachwelt dargelegt. Es kommt für uns auf die Grundzüge an.

Gleich der erste Bericht Torcys nach Versailles spricht die Ansicht aus, daß, obwohl Heinsius, Buys und Van der Dussen in den Unterredungen mit ihm die Interessen aller Verbündeten vertreten, doch nur der Artikel der Barriere ihnen nahe gehe. — „Ich habe mich jedoch entschlossen, fügt er dann hinzu, Marlborough abzuwarten, wenn seine Rückkehr sich nicht zu sehr verzögert. Denn es scheint mir, daß bei der Lage der Dinge er den Ausschlag geben, und daß sich ein Mittel bieten wird, ihn zum Frieden geneigt zu machen"[2]).

Dies ist also das System, nach welchem Torcy arbeitet: er sucht die Holländer zu gewinnen durch Nachgiebigkeit für ihre Forderungen der Barriere; er will dann die darin zufrieden gestellten Holländer verwenden zum Drucke auf Marlborough, und zugleich diesen persönlich geneigt machen. Wenn Holland und England zufrieden, so würde ein Widerspruch der anderen Verbündeten den Frieden nicht hindern[3]).

In seiner Antwort vom 14. Mai geht Ludwig XIV. völlig auf den Plan seines Ministers ein. Er glaubt Grund zu haben zu der Annahme, daß die Generalstaaten sich seinen Erbietungen gegenüber willig beweisen werden. Dagegen soll Torcy dem Marlborough das Erstaunen des Königs aussprechen, daß seine Bemühungen für den Abbruch der Verhandlungen mit seinen früheren Erbietungen für den Frieden nicht im Einklange stehen. Dennoch werde der König es gern sehen, wenn Marlborough durch sein Verhalten den Lohn erwerben wolle, den der König ihm versprochen habe. Damit Torcy sich vor Marlborough klar darüber aussprechen könne, folgt dann ein genauer Tarif: zwei Millionen französischer Livres, wenn Neapel und Sicilien für Philipp V. erhalten werden, oder, im äußersten Falle,

---

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 84.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 15.
[3]) A. a. O. p. 25.



auch nur Neapel allein; zwei Millionen für die Erhaltung von Dünkirchen mit Festungswerken und Hafen für Frankreich; dieselbe Summe für Straßburg; in Allem vier Millionen, wenn Neapel und Sicilien für Philipp V. erlangt werden, Dünkirchen und Straßburg für Ludwig XIV. erhalten bleiben[1]).

Die Anwesenheit von Torcy im Haag konnte, bei aller Geheimhaltung, nicht lange unbekannt bleiben. Bereits am 10. Mai war die Nachricht in London, und der beigefügte Irrthum, daß Torcy mit Vorwissen und Zustimmung der Leiter der Republik gekommen, erregte Mistrauen gegen dieselben[2]). Es kam weiter die Nachricht ein, daß Torcy in Betreff der Barriere für die Republik sehr freigebig sei. Einer der Gesandten bemerkte darauf dem Staats-Secretär Sunderland, daß diese Freigebigkeit wurzele in der Hoffnung auf Neapel und Sicilien für Philipp V. „Ich bin derselben Ansicht, erwiederte Sunderland. Aber glauben Sie mir auch, daß ein englischer Minister, der eine solche Cession unterzeichnet, damit seinen Kopf verwirkt haben würde“ [3]).

Auf Marlborough wirkte die Nachricht der Ankunft von Torcy im Haag beschleunigend für seine Rückkehr dahin. Ihn begleitete Lord Townshend mit Vollmacht zu Bewilligungen für die Barriere der Holländer. Marlborough schrieb darüber an Stanhope: „Ich hoffe, der König (Carl III.) wird der Königin einige Willfährigkeit darin nicht verargen; da sie ja dabei keine andere Absicht haben kann als die Generalstaaten bei der Forderung der gesammten spanischen Monarchie festzuhalten“ [4]). Die Bewilligungen von Lord Townshend im Namen Englands für die Barriere der Republik gingen dann allerdings sehr weit; doch kam der Vertrag darüber erst im October zum Abschlusse. — Einstweilen begnügten sich die Generalstaaten mit dem Versprechen, und ließen der Königin eine Denkschrift einreichen, des Inhalts, daß sie, weit entfernt sich zu übereilen, dem Kaiser und dem Herzoge von Savoyen die Zusicherung eingesendet, in nachdrücklicher

---

1) Mémoires de Torcy t. II, p. 159.
2) Hoffmanns Berichte vom 10. und 14. Mai.
3) Desgleichen vom 21. Mai.
4) Murray vol. IV, p. 496. Vom 1./12. Mai.

Weise ihre Interessen zu vertreten. — Die Denkschrift nahm in London jegliche Besorgnis über das unvermuthete Erscheinen von Torcy im Haag hinweg[1]).

Auch diesem selber und Rouillé, den von Bodegrave her er nach dem Haag berufen, ward es täglich klarer, daß jeglicher Versuch die Republik loszureißen, vergeblich blieb. Eines Tages, am 15. Mai, sagte der Rathspensionär: „Sie würden vielleicht lieber mit dem Prinzen Eugen und mit Marlborough unterhandeln?" — „Nicht doch, versetzte Torcy. Da der Zweck meiner Reise hauptsächlich die Republik betrifft, so würde ich viel lieber, ohne die Genannten, mit Ihnen und den Deputirten der Republik unterhandeln." Heinsius wiederholte nochmals das schon oft gesprochene Wort: „Wir sind unseren Bundesgenossen durch Verträge verpflichtet" [2]).

In der That vertraten die Holländer eine Reihe von Forderungen der Verbündeten. Diese Forderungen strömten ein von dem Kaiser, dem Reichstage in Regensburg, insbesondere von den vier oberen Kreisen, von Victor Amadeus, von vielen Anderen. „Jeder Souverän, meldet Torcy, vermeint im Rechte zu sein, Forderungen an die Krone Frankreich zu stellen. Er würde es mit seiner Ehre nicht vereinbar halten, wenn er zum Nachtheile der Krone nicht etwas zu fordern wüßte" [3]).

In der Wirklichkeit aber war dies doch der in menschlichen Verhältnissen sicher voraus zu sehende Rückschlag. Seit nunmehr siebenzig Jahren hatte die Krone Frankreich, im Trotze auf die Ueberlegenheit ihrer Macht, zahllose Uebergriffe in das Recht der Schwächeren verübt. Nun wo diese Macht völlig zu Boden zu liegen schien, forderte ein Jeder sein wahres oder vermeintes Recht zurück. Es wäre zu verwundern, wenn es anders gewesen wäre.

Der Prinz Eugen, der am 12. Mai von Brüssel aus im Haag eingetroffen war, schrieb von dort aus am 17. Mai dem Kaiser: „Alle Thatsachen bewahrheiten, daß Frankreich den Krieg auf keine Weise mehr auszuhalten vermag, und daß man daher, wenn man nur will, alles

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. Mai.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 57.
[3]) A. a. O. p. 63.

haben kann was man verlangt. Folglich ist alles nur daran gelegen, daß man zusammen hält und sich unter einander wohl versteht" [1]).

Die Meldungen, die aus Frankreich selbst über das Danieder-Liegen dieser Macht einliefen, lauteten so verzagt und verzweifelt, daß auch die Holländer bei aller der Friedensneigung, die in England einige Wochen zuvor noch Besorgnisse erregt hatte, dennoch im Mai sich ähnlichen Anschauungen hingaben wie der Prinz Eugen. Ein für Frankreich wohlmeinender Holländer, als welchen Torcy den Pensionarius Van der Dussen anerkannte, wies ihn wiederholt darauf hin. „Die Beschlüsse der Provinz Holland, sagte er, der hauptsächlichen von allen, hangen ab von mehr als 500 Stimmen. Die Mehrheit derselben ist erfüllt von der Meinung, daß es mit der Macht Frankreichs zu Ende geht, und andererseits so erregt durch die Erinnerung an vergangene Zeiten, daß sie, ohne weiter viel zu erwägen, bereit sind zu dem Beschlusse: jetzt endlich sei die Zeit gekommen, den mächtigen Feind völlig zu Boden zu schlagen." — Van der Dussen rieth nicht zu zaudern, nicht erst die Ankunft Marlboroughs abzuwarten, der neue Schwierigkeiten erregen werde, sondern alle Forderungen zu gewähren [2]). Van der Dussen mochte freilich nicht wissen, warum Torcy darauf warten wollte.

Marlborough und der Prinz Eugen hatten verabredet, einander im Haag zu treffen. Die Anwesenheit des Letzteren im Haag, seit dem 12. Mai, übte zunächst jedoch auf die Verhandlungen keinen Einfluß. Der Prinz Eugen mengte sich in dieselben nicht ein, weil ein eigentlicher Botschafter für den Frieden ernannt war, Graf Sinzendorf, der sich bereits auf dem Wege befand. Marlborough dagegen war zugleich Botschafter und Feldherr. Am 18. Mai traf er mit Townshend im Haag ein, und von da an wurden die Verhandlungen lebhaft.

Torcy, der im Hause Petkums wohnte, suchte durch diesen bei Marlborough sofort um eine Besprechung an. Sie erfolgte. Marlborough betheuerte seinen tiefen Respect vor dem Könige, und nannte bald den Namen Berwick. Torcy antwortete, daß ihm die Einzelnheiten der Correspondenz bekannt, und daß die Gesinnungen des Königs noch dieselben seien. (Vgl. S. 229.) „Il rougit, et passa aux propo-

1) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 104.
2) Mémoires de Torcy t. II, p. 46.



sitions faites pour la paix.“ Der erste Anwurf war also nicht günstig. Vielmehr ging in Erfüllung, was Van der Dussen vorausgesagt: Marlborough brachte eine neue englische Bedingung mit, die Forderung der Rückgabe von Terre-Neuve in Nord-Amerika [1]).

Dann wendete sich das Gespräch auf den König von England, wie Torcy, oder den Prinzen von Wales, wie Marlborough den Ritter von St. Georg benannte. Marlborough betheuerte seinen sehnlichen Wunsch ihm einen Dienst erweisen zu können als dem Sohne eines Königs, für den er gern Blut und Leben hingegeben hätte. Marlborough nannte seinen Gefährten Townshend. „Ich habe in seiner Person, sagte er, einen Aufseher, obwohl er ein rechtschaffener Mann ist, den ich aus der Whig-Partei habe wählen lassen. In seiner Gegenwart muß ich reden wie ein hartnäckiger Engländer; aber ich möchte von ganzem Herzen dem Prinzen von Wales einen Dienst erweisen, und wünsche, daß Sie durch Ihr Andringen zu seinen Gunsten, in Betreff seiner Residenz und seines Unterhaltes, mir die Gelegenheit dazu geben“[2]).

Marlborough betheuerte dann seinen Wunsch nach dem Frieden, seine Sehnsucht, wie bei ihm üblich, seine letzten Tage in Ruhe zu verbringen. Der Bericht Torcys an den König läßt nicht ersehen, daß auf ihn jene Reden den Eindruck der Wahrhaftigkeit machten. Aber Torcy erkannte auch, daß von Marlborough her auf einen Theil der spanischen Monarchie für Philipp V. nicht zu hoffen war. Erst diese Wahrnehmung brachte Torcy zu dem Entschlusse, Neapel und Sicilien fallen zu lassen. Marlborough erwiederte: das sei das einzige Mittel zum Frieden. Noch am selben Tage theilte Torcy auch dem Rathspensionär das, wie er sich ausdrückte, neue Opfer mit, welches sein König dem Wohle des Friedens bringe. „Ich wies ihn hin, fährt der Bericht Torcys fort, auf die Wichtigkeit die Sache nunmehr zu Ende zu bringen. Ich habe Grund zu glauben, daß er dies aufrichtig wünscht; denn er begann dann, was ihm bis dahin sehr fern gelegen, von der Nothwendigkeit eines Waffenstillstandes zu reden, damit den Ereignissen des Feldzuges vorgebeugt würde“ [3]).

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 69.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. p. 71.

Auf den 20. Mai ward eine Conferenz angesetzt, an der mit dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf auch der Prinz Eugen Antheil nahm. Die holländischen und englischen Forderungen kamen zuerst zur Sprache. Sie wurden beglichen. Dann begann der Prinz Eugen: die französischen Bevollmächtigten hätten durch die Befriedigung von England und Holland ihren Vortheil wahrgenommen, um diese in ihr Interesse zu ziehen; aber er verlange nun auch die Erfüllung der Forderung des Kaisers: Straßburg und das Elsaß.

Der Prinz Eugen berichtet darüber: „In Betreff Spaniens, Englands, Hollands wurden wir mit Torcy fast einig. Als aber dann die Rede auf das Reich kam, fing er an zu stutzen, sagte, daß er abreisen und seine Päſſe verlangen müſſe“ [1]).

Torcy war ermächtigt, Straßburg abzutreten, nicht das Elsaß. Er kämpfte für beide und man einigte sich nicht. Eben so wenig geschah dies in Betreff der Forderungen des Herzogs Victor Amadeus. Am nächsten Tage gab Torcy die Stadt Straßburg hin; aber der Prinz Eugen beharrte bei seiner Forderung auch des Elsasses, und eben so bestanden die Holländer und Engländer auf Exilles und Fenestrelles, so wie auf anderen Forderungen für den Herzog Victor Amadeus. Man kam einander darin nicht näher.

Torcy hatte dann eine abermalige Beredung mit Marlborough, dies Mal von dem Letzteren gewünscht. Er äußerte, wie das erste Mal, seinen Wunsch, nach dem Frieden die Protection des Königs zu verdienen. Torcy sprach ihm keine Hoffnung darauf aus, lenkte aber wieder die Rede auf das Privatinteresse Marlboroughs. „Il est vrai que, lorsque je parlais de ses intérêts particuliers, il rougissait, et paraissait vouloir détourner la conversation.“ Dagegen läßt der Bericht Torcys den ungünstigen Eindruck erkennen, den die Betheuerungen der Aufrichtigkeit Marlboroughs auf Ehre und Gewissen, so wie die häufige Anrufung des Namens Gottes auf ihn machten [2]).

Auch am 22. Mai kam man über die zwei Fragen des Elsasses und der Ansprüche des Herzogs Victor Amadeus zu keiner Einigung.

[1]) Feldzüge des Prinzen Eugen, Serie II, Bd. II, S.-H. S. 467.

[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 79, 89.



Als darauf Torcy und Rouillé sich bei Heinsius verabschieden wollten, antwortete dieser: man sei doch zu weit gekommen, als daß man sich trennen dürfe, ohne abzuschließen. Torcy und Rouillé blieben, mit dem Vorbehalte über jene zwei Puncte durch einen Courier in Versailles anzufragen, und über die vereinbarten eine Denkschrift vorzulegen.

Dies geschah am folgenden Tage und daraus entwickelte sich eine neue Differenz. Von verbündeter Seite beschwerte man sich über die geringe Sicherheit, die für die Cession Spaniens geboten würde. Man verlangte eine Bürgschaft dafür, daß nicht die Verbündeten den Krieg in Spanien gegen Philipp V. fortzusetzen hätten, während Frankreich sich des Friedens erfreue. Der Rathspensionär verlangte drei französische und drei spanische, von Franzosen besetzte Festungen als Pfänder. Die Reden darüber gingen hin und her den 23. Mai, und begannen wieder am Morgen des 24. Torcy selber drängt die Sätze seiner Gegner zusammen in die folgende Alternative: „Entweder unterwirft sich Philipp V. dem Rathe seines Großvaters, wie wir es glauben wollen; oder er sucht sich im Besitze des spanischen Thrones zu behaupten. Im ersteren Falle kostet es dem Könige von Frankreich nichts, uns Sicherheitsplätze einzuräumen, weil sie sofort nach der Erfüllung des Vertrages zurück gegeben werden. Im zweiten Falle muß es aller Welt klar vor Augen liegen, daß der König von Frankreich aufrichtig handelt, und daß er, indem er feste Plätze als Pfänder seines Wortes hergibt, in der That weder direct noch indirect seinen Enkel aufrecht halten will" [1]).

„Was man auch sagen mochte, fährt Torcy fort, um sie von der Ungerechtigkeit einer solchen Forderung zu überzeugen, die der König nie gewähren würde: sie hielten daran fest. Noch dazu war die Forderung beleidigend für den König von Frankreich, weil sie einen Zweifel an seinem Worte in sich schloß, und zwar zur selben Zeit, wo sie ihrerseits verlangten, daß wir in ihre Ehrlichkeit Vertrauen setzen sollten, noch über die gewöhnlichen Grenzen der Verträge hinaus" [2]).

Die Kritik Torcys berührt den Nerv der Sache: das Mistrauen der Verbündeten in den aufrichtigen Willen Ludwigs XIV. Aber dies

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 101.

[2]) Torcy im Berichte vom 28. Mai, p. 111.

Mistrauen war begründet auf eine Erfahrung von fünfzig Jahren. Die Verbündeten verwiesen Torcy namentlich auf das Verfahren Ludwigs XIV. zu Gunsten Portugals gegenüber Spanien nach dem pyrenäischen Frieden. (Vgl. Band I, S. 56.)

Nach langen Erörterungen, die eine Einigung nicht bewirkten, schlug Torcy vor, daß eben so wie er und Rouillé ihrerseits eine Denkschrift vorgelegt, die alles umfasse, auch die Verbündeten eine solche Schrift abfassen möchten. Sie stimmten zu, und Heinsius unterzog sich der Aufgabe.

Da er sich darüber mit dem Prinzen Eugen, Marlborough und Sinzendorf ins Einvernehmen setzen mußte, so vergingen mehrere Tage. Am Morgen des 27. Mai legte er die Schrift, in 44 Artikel abgetheilt, unter dem Namen der Präliminarien den Franzosen vor, und diese versprachen ihre Bemerkungen dazu zu machen. Dies geschah noch am selben Abende. Es ist dabei von besonderer Wichtigkeit zu beobachten, daß die Artikel 4 und 37, um deren willen nachher Ludwig XIV. die Präliminarien verwarf, von Torcy und Rouillé mit Bemerkungen oder Einwänden nicht versehen sind.

Auch ungeachtet der vielfachen Einwände war Rouillé geneigt zur Unterzeichnung, nicht Torcy. Jener mahnte. „Sie kennen, sagte er zu Torcy, den Stand der Dinge in Frankreich; denn darum sind Sie hierher gekommen. Wie drückend daher auch immer diese Friedensbedingungen sind, so bitte ich doch, daß Sie, bevor Sie abreisen, ohne zu schließen, erwägen wollen, wie entmuthigend diese Rückkehr für die französische Nation sein würde“ [1]).

Umschlag in Versailles für den Krieg.

Torcy beharrte dabei, die Sache der Entscheidung des Königs heimzustellen. Indem er, am 28. Mai, die Präliminarien mit seinen Bemerkungen so wie den Gegenbemerkungen von Heinsius nach Versailles einschickte, fügte er hinzu: „Die Gegner rechnen darauf, daß dies die Friedensartikel sind, daß Ew. Majestät sie sämmtlich annehmen werden. Zugleich sind bereits die Maßregeln getroffen, daß die Rati-

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 150.



fication von England und von der Republik her unverweilt zur Stelle sein kann. Wenn ich die Vollmacht hätte zu zeichnen oder nicht zu zeichnen, so würde ich lieber die Unterhandlung abgebrochen, als Ew. Majestät solchen Bedingungen ausgesetzt haben. Aber man hat die Entscheidung von mir nicht eher verlangt als bis ich, nach Versailles zurückgekehrt, Bericht erstattet haben würde. Der Prinz Eugen hat mir versprochen, bis zum 4. Juni nichts zu unternehmen, ohne die entsprechende Verpflichtung des Marschalls Villars zu verlangen"[1]).

„Ew. Majestät haben also völlige Freiheit diese Bedingungen zu verwerfen, wie es hoffentlich der Stand Ihrer Angelegenheiten gestattet, oder sie anzunehmen, wenn, wie die Feinde verkünden, der Stand der Dinge Ihnen den Frieden um jeden Preis zur Pflicht macht."

„Wenn Ew. Majestät, wie ich hoffe, verwerfen, so darf ich im voraus sagen, daß es zweckmäßiger sein würde, dies zu thun auf Grund der Forderungen, die man in Betreff des Elsasses und zu Gunsten des Herzogs von Savoyen gestellt hat — als auf Grund eines Artikels, der indirect Spanien beträfe. Denn man hat hier den Leuten in den Kopf gesetzt, daß Ew. Majestät die Krone Spanien und Westindien nicht aufgeben wollen, sondern lediglich darauf ausgehen, für Frankreich den Frieden zu erlangen, Ihren Feinden dagegen die Mühe und die Kosten des Krieges in Spanien zu belassen, den dann Ew. Majestät durch geheime Unterstützung leicht im Gange erhalten würden."

Anders als in diesem Berichte an Ludwig XIV. hatte Torcy mündlich vor seiner Abreise vom Haag geredet. Es könne geschehen, sagte er, daß der Herzog von Anjou eher in Versailles einträfe als er selber[2]). Dies Wort Torcys ist merkwürdig, weil er dadurch bewies, daß ihm beim Aussprechen desselben kein Zweifel aufstieg, ob der Herzog von Anjou einem solchen Gebote des Großvaters Folge leisten würde. Daher hielten die Generalstaaten es um ein Jahr später mit Nachdruck den französischen Declamationen entgegen, daß es barbarisch sei, den Großvater zur Gewalt gegen den Enkel aufzufordern.

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 115.

[2]) Diese Aeußerung von Torcy ist nicht anzuzweifeln, weil die Generalstaaten in ihrer Resolution vom 27. Juli 1710, bei Lamberty t. VI, p. 70, sie anführen.



Die Ansicht, daß Ludwig XIV. ratificiren werde, scheint bei den Politikern im Haag wie in London allgemein gewesen zu sein. Vom Haag aus sprach dies namentlich Marlborough brieflich nach vielen Seiten aus [1]). Doch findet sich eine Nachricht, nach welcher er vertraulich geäußert: er fürchte, der siebenunddreißigste Artikel werde alles verderben [2]).

Die Ratification von Seiten der Republik der Niederlande erfolgte in der Form der Resolutionen der Stände der sieben souveränen Provinzen. In London trafen die Präliminarien ein am 1. Juni, wurden am 2. ratificirt, und am 3. zurück gesendet. Ein Zweifel, ob das auch von Versailles aus geschehen werde, ward dort nicht laut [3]).

In Paris und Versailles deckte bis dahin die Friedenssache das tiefste Geheimnis. Die Hofleute beobachteten das Kommen und Gehen der Couriere und bauten danach ihre Muthmaßungen auf [4]). Im Allgemeinen herrschte die Meinung, daß der Friede zu Stande kommen werde [5]). Gegen Ende Mai jedoch verlautete unter den Gegnern des Friedens, daß die Schärfe der Bedingungen Hoffnung gebe auf ihre Verwerfung [6]).

Auf der Rückkehr traf Torcy in Douay den Marschall Villars, dem der König das Commando der Nord-Armee gegeben, und setzte ihn von der Sachlage in Kenntnis. Villars in dem Wunsche der Nicht-Annahme der Bedingungen bat Torcy den König zu versichern, daß er in den Werth und den guten Willen der Truppen volles Vertrauen setze. „Was die Subsistenz der Armee betrifft, sagte er, so habe ich Getreide für den Lauf des Monates Juni. Wenn dann nichts mehr da ist, so müssen wir hoffen, daß die Vorsehung Mittel finden lassen wird, uns weiter zu erhalten" [7]).

Am selben Tage noch, dem 1. Juni, um 7 Uhr Abends traf Torcy in Versailles ein, und erstattete sofort in den Zimmern der Frau von Maintenon dem Könige seinen Bericht. Am nächsten Morgen

1) Seine Schreiben vom 31. Mai bis 4. Juni bei Murray vol. IV, p. 499.
2) Lamberty t. V, p. 298.
3) Hoffmanns Berichte vom 1. bis 9. Juni.
4) Dangeau t. XII, p. 398, 403, 423.
5) Bericht des Vetes an Rakoczy, bei Fiedler Bd. I, S. 135. Vom 16. Mai.
6) A. a. O. S. 132.
7) Mémoires de Torcy t. II, p. 145. — Mémoires de Villars t. II, p. 52.



und wiederum am Nachmittage trat das Conseil zusammen. Am Abende des 2. Juni wußte der Hof von Versailles, daß der König die Präliminarien nicht genehm heiße [1]).

Ueber die Vorgänge in diesem wichtigen Conseil enthalten die Denkwürdigkeiten des Staats-Secretärs Torcy keine Nachricht. Eben so wenig redet darüber das Tagebuch des Hofmarschalls Dangeau, der dagegen wiederholt bemerkt, daß die Friedensangelegenheit streng geheim gehalten worden sei. St. Simon sagt, daß er über die Friedenshandlungen nichts berichte, weil in den Actenstücken alles enthalten sei [2]). Es dürfte anzunehmen sein, daß St. Simon von den Vorgängen im Conseil am 2. Juni nicht mehr gewußt habe als der Hofmarschall Dangeau. Dagegen bringt er bei der späteren Frage, ob Ludwig XIV. seine Truppen aus Spanien zurückziehen und seinem Enkel Philipp V. dort die Behauptung seiner Krone allein überlassen solle, über den Vater Philipps V., den damaligen Dauphin von Frankreich, charakteristische Bemerkungen, die Licht zurückwerfen auch auf das Conseil vom 2. Juni. St. Simon sagt: „Monseigneur, toujours ferme en faveur de son fils, et ferme à l'excès, mais uniquement sur ce chapitre", und weiter: „ce prince, bien embouché et qui ne fut jamais ardent de soi que pour le roi d'Espagne, parla au roi avec force contre le rappel de ses troupes et l'abandon" [3]).

Ueber die Vorgänge in diesem Conseil vom 2. Juni, die der Mitwelt verborgen blieben, ist nämlich erst in neuerer Zeit eine Nachricht ans Licht getreten, stammend von einer Persönlichkeit, die durch Lebensstellung und Gewandtheit befähigt war, Geheimnisse solcher Art zu erforschen, dem Magyar Vetes, Agenten von Franz Rakoczy am französischen Hofe.

„Den gewichtigsten Nachdruck für die Verwerfung der Präliminarien, meldet Vetes, hat der Dauphin gegeben durch die Festigkeit, mit welcher er für seinen Sohn Philipp V. eingetreten ist. Er hat sogar dem Könige wegen der geringen Liebe für den Enkel Vorwürfe gemacht. Mit einer bei dem sonst so gutmüthigen Prinzen ganz un-

[1]) Dangeau t. XII, p. 429.

[2]) Mémoires t. IV, p. 392.

[3]) A. a. O. — Man vergleiche über das Verhalten des Dauphin in der spanischen Sache auch die Worte im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 263 a.



gewöhnlichen Schärfe hat er die Mitglieder des Conseils getadelt, welche für die Preisgebung Spaniens gestimmt hatten. Ja als die Mehrheit sich für den Frieden und demgemäß für das Verlassen Philipps V. neigte, erhob er sich mit Unwillen und mit einem Mangel an Respect für den König. Er protestirte gegen alles was man wider seinen Sohn, den König von Spanien, beschließen würde. Mit zornigem Blicke auf diejenigen, welche für den Frieden waren, rief er ihnen zu, eingedenk zu sein, daß eines Tages er ihr Herr sein würde, daß er der Vater desjenigen sei, den nun auf ihren Rath der König preis geben wolle, und daß er dann von ihnen für ihr Verhalten Rechenschaft fordern werde. Er ging dann fort, und wollte auch am nächsten Morgen nicht wieder kommen, bis ihm Torcy im Namen des Königs die Meldung der Resolution überbrachte, den König von Spanien aufrecht zu halten" [1]).

Noch am Abende des 2. Juni ward von Versailles aus ein Courier an Rouillé abgefertigt. Das Schreiben, welches er trug, entsprach nicht dem früheren Rathe des Torcy. Zwar wurden die Forderungen des Elsasses und der Grenzen für Victor Amadeus darin als zu schwer bezeichnet: der hauptsächliche Nachdruck aber lag auf der Weigerung Ludwigs XIV. eine Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß Philipp V. auf die Krone Spanien verzichte. Das Einzige, was man von ihm fordern dürfe, sagte Ludwig XIV., und was er versprechen und ehrlich ausführen wolle, sei die Abberufung seiner Truppen aus Spanien, in Folge deren der Krieg dort ein Ende haben werde. Auf diese Bedingung hin sei er bereit abzuschließen [2]).

Bei der Einsendung der Präliminarien hatte Torcy für seinen Rath, das Motiv des etwaigen Abbruches nicht von Spanien her zu nehmen, als Begründung angeführt, daß die Gegner daran nicht glauben würden. Indem nun doch dies Motiv vorgewendet wurde,

[1]) Fiedler Bd. I, S. 133. Vom 29. Juni. Es ist zu bemerken, daß Vetes die Tage nicht richtig angibt. Das entscheidende Conseil fand statt am Sonntage dem 2. Juni, während Vetes als Zeit der Rede des Dauphins angibt: lundi à soir. Immerhin, da Vetes erst am 12. Juni berichtet, darf ein Irrthum als möglich angenommen werden.

[2]) Das Schreiben an Rouillé bei Torcy t. II, p. 145, sowie dasjenige an die Gouverneure der Provinzen bei Lamberty t. V, p. 299.



war auch die Consequenz unvermeidlich. — Da nun aber auch mit Grund anzunehmen ist, daß Torcy im Conseil jenen seinen ersten Rath vertheidigt haben werde: so folgt, daß dort ein völliger Umschwung statt gefunden habe, und daher wird jener Bericht des Vetes über das Auftreten des Dauphin um so mehr innerlich wahrscheinlich.

Gemäß dem Schreiben an Rouillé verlangte also Ludwig XIV., genau genommen, eine Aenderung des Artikels 37 der Präliminarien. Dieser lautete: „Und im Falle der Allerchristlichste König alles hiervor Gesagte ausführt, und die spanische Monarchie dem Könige Carl III. zurück gegeben und abgetreten sein wird, wie es durch diese Artikel festgestellt ist, innerhalb der bestimmten Frist (von 2 Monaten): so wird weiter vereinbart, daß der Waffenstillstand zwischen den Armeen der kriegführenden Parteien fortdauern soll bis zum Abschlusse und zur Ratification der Friedensverträge."

Es ist hier daran zu erinnern, daß, bei der Feststellung der Präliminarien im Haag, Torcy gegen diesen Artikel 37 einen Einwand nicht erhoben, ja daß er sogar die Willigkeit der Folgeleistung Philipps V. auf die Abberufung aus Spanien ausdrücklich betont hatte.

Es fragt sich also zunächst, ob Ludwig XIV. und Torcy dabei erwartet haben, daß die Verbündeten auf die Forderung einer Umgestaltung des Artikels 37 eingehen würden? — Es scheint nicht. Als am Morgen des 3. Juni der Magyar Vetes bei Torcy eintrat, um die Entscheidung zu erfragen, erwiederte dieser kurz: „La guerre, Monsieur, et pour ce que vous puissiez aussi la faire et la soutenir, mes premiers soins seront de vous faire payer vos arrérages" [1]).

Eben so wenig enthält das Schreiben Ludwigs XIV. vom selben Tage an den Marschall Villars auch nur die Erwähnung, daß Rouillé noch einen Versuch dieser Art zu machen habe, sondern redet nur von Krieg. Nach der andern Seite hin ist dies Schreiben sehr merkwürdig, weil es angibt, worauf denn Ludwig XIV., bei der dringenden Nothlage Frankreichs, noch seine Hoffnung setzte. Er konnte nicht ablassen von dem Gedanken, daß es endlich dennoch gelingen müsse, die Republik

---

[1]) Fiedler Bd. I., S. 133.

Holland aus der Allianz zu lösen. Er faßt dies in die Worte an Villars: „Si vous pouvez soutenir cette campagne sans fâcheux événements, les conditions de la paix seront différentes, et les Hollandais, opprimés par la volonté de leurs alliés et par les grandes forces qu'ils ont au milieu de leur pays, sentiront pour lors qu'il est de leur véritable intérêt de se réunir pour toujours avec la France, en se procurant une barrière raisonnable“ [1]).

Dabei mochte Ludwig XIV. allerdings noch nicht wissen, daß es sehr schwer sein würde, die Freigebigkeit des Lords Townshend im Namen der Whig-Partei zu überbieten, eine Freigebigkeit, die zugleich Bonn am Rheine und Ostende am Meere mit umfaßte.

Dem Beschlusse Ludwigs XIV. und seines Conseils vom 2. Juni gemäß eröffnete Rouillé im Haag seine Meldung, zunächst dem Rathspensionär, der sie dann weiter mittheilte. Marlborough machte geltend, daß nicht einmal ein formulirter Gegenvorschlag von französischer Seite vorgelegt sei [2]). Auf die Erklärung des Grafen Sinzendorf für den Kaiser und Marlboroughs für die Königin von England, daß sie in eine Aenderung nicht willigen könnten, beschlossen, am 7. Juni, auch die Generalstaaten einstimmig an den Präliminarien festzuhalten, namentlich weil eine Aenderung oder Wegnahme des Artikels 37 den ganzen Aufbau derselben zum Falle bringen würde [3]).

Am 9. Juni erhielt Rouillé seinen Paß und reiste ab. Die Generalstaaten luden darauf Marlborough und Sinzendorf, so wie die anderen Gesandten in ihre Versammlung. Auf die Darlegung des Thatbestandes sprach zuerst Sinzendorf im Namen des Kaisers und des Reiches den Generalstaaten seinen Dank aus für ihr besonnenes Verhalten in dieser Angelegenheit, dann Marlborough im Namen der Königin. Es folgten die Anderen. Nur derjenige von Preußen, Schmettau, dem, wie der Berichterstatter sagt, das Klagen Gewohnheit war, erhob eine Art Protestation, daß die Präliminarien dasjenige was er die Interessen seines Königs nannte, nicht genügend in

---

1) Pelet t. IX, p. 25. Vom 3. Juni.
2) Murray vol. IV, p. 530.
3) Lamberty t. V, p. 297.



Acht nähmen[1]). Zum Schlusse faßte Heinsius nochmals alles zusammen, und suchte darzulegen, daß die letzte französische Erklärung sogar zurückgehe hinter die früheren eigenen Erbietungen, mit denen Torcy gekommen sei.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß unter den Unterzeichnern der Präliminarien sich zwei Personen befanden, welche eine Milderung des Artikels 37 gewünscht hätten: der Holländer Goslinga und der Prinz Eugen. Der Erstere gab sich noch vor der Abreise des Rouillé im Haag darum viele Mühe; aber er selbst meldet, daß auch Van der Dussen die Achseln dazu zuckte[2]). Der Prinz Eugen sprach sich zu Marlborough aus, sobald dieser im Feldlager erschien, daß die Einräumung einiger festen Plätze ein genügender Vortheil gewesen wäre, für den man den Franzosen den Artikel 37 hätte erleichtern können[3]). Als einige Tage später der Feld-Deputirte Goslinga sich bei der Armee einfand, zog der Prinz Eugen ihn sofort bei Seite und erging sich in einer nicht gelinden Kritik über das Verfahren im Haag. „Mit Weglassung des Artikels 37, sagte er, hätten wir durch einen Federstrich, und ohne einen Tropfen Blutes zu vergießen, eine Reihe von Städten erlangt. Es wird noch viele Köpfe kosten, bis wir dahin kommen." — Der Prinz Eugen gestattete, daß Goslinga diese Worte nach dem Haag meldete. Es führte dahin, daß die Generalstaaten durch den Grafen Albemarle dem Prinzen Eugen vorstellen ließen, daß solche Reden auf das Volk eine nachtheilige Wirkung üben würden[4]).

Aus dem Zusammenhange der Thatsachen ergibt sich, daß die Kritik des Prinzen Eugen und Goslingas, insofern sie den letzten Auftrag Ludwigs XIV. an Rouillé betrifft, wohl kaum berechtigt sein dürfte.

Torcy hatte noch am Abende des 2. Juni an den Prinzen Eugen und an Marlborough je ein Schreiben gerichtet, aus welchen hervorgeht, daß er sich auf eine Aenderung des Artikels 37 keine Hoffnung gemacht hat. „Ich sehe voraus, schließt er dasjenige an den Prinzen

---

[1]) Lamberty t. V, p. 298.

[2]) Mémoires de Goslinga p. 100.

[3]) Murray vol. IV, p. 505.

[4]) Goslinga p. 102.

Eugen, daß wir für den gewünschten und für ganz Europa so nothwendigen Frieden eine andere Gelegenheit abwarten müssen"[1]). Beide antworteten in entsprechender Weise. Damit war die Correspondenz zu Ende. Die französischen Minister unter einander führten Klage über Marlborough, der ihren Erwartungen nicht entsprochen habe. „Er hat uns eben so wohl getäuscht wie Sie" — meldet Chamillart an Berwick[2]). Und dennoch scheint man dann in Versailles wieder Hoffnung auf ihn gesetzt zu haben. Er erhielt, am 18. Juni, ein neues Schreiben von Torcy. Wenn das eine abermalige Speculation auf seine Privatinteressen — wie Torcy es benannt hatte — sein sollte, so hatten Ludwig XIV. und Torcy ihre Zeit nicht richtig gewählt. Am wenigsten konnte Marlborough zurück, weil er am stärksten vorwärts getrieben hatte. Der Versuch diente ihm daher in anderer Richtung. Er gab Meldung davon nach London und dem Haag, an Heinsius mit der Anfrage, ob er darauf antworten solle, und im Falle der Bejahung, mit der Bitte um den Entwurf einer Antwort. In dieser Weise ward die Sache ausgeführt[3]).

Die Stimmung in Frankreich nach dem 2. Juni.

Ludwig XIV. erließ an die Gouverneure seiner Provinzen ein Rundschreiben, in welchem, wie zu erwarten, alle Schuld des Abbruches auf die Forderungen der Gegner fällt[4]). Torcy hatte in den Conferenzen einmal ausgesprochen: es sei unmöglich, daß Ludwig XIV. selber seinen Enkel bekriege, um ihn zu entthronen. Er hatte darauf von Marlborough eine zustimmende Antwort erhalten[5]). Dessen ungeachtet deutete das Rundschreiben an, daß dergleichen Insinuationen gemacht worden seien. Dies übte zu Anfang bei der Mehrzahl der Franzosen die gewünschte Wirkung.

---

[1]) „Mais je prévois qu'il faudra attendre un autre moment pour la paix si désirée et si nécessaire à toute l'Europe."

[2]) Pelet t. IX, p. 152. Vom 3. Juni.

[3]) Murray vol. IV, p. 509, 517.

[4]) Bei Torcy, Mémoires t. II, p. 171. — Lamberty t. V, p. 299.

[5]) Mémoires de Torcy t. II, p. 95, 199.

„Es fehlen mir die Worte, meldet der Magyar Vetes, den Unwillen dieser Nation über die scharfen Forderungen der Verbündeten zu schildern, so wie die Freude über den Entschluß des Königs, seinen Enkel aufrecht zu halten" [1]).

Der Marschall Boufflers zuerst bot dem Könige an, sein Silbergeschirr in die Münze zu tragen. Alle Hofleute folgten dem Beispiele. Der König selber ließ sein goldenes Geräth einschmelzen. Wenn er die Juwelen der Krone verpfänden könne, sagte er, so werde er es thun. Der Herzog von Orleans, alle Prinzen und Prinzessinnen von Geblüt brachten desgleichen ihr Silber dar. Man zweifelte nicht, daß sämmtliche Einwohner von Paris, die Silbergeschirr besaßen, es in die Münze tragen würden. Denn Niemand würde es auf sich nehmen, noch von Silber zu speisen, wenn die vornehmsten Herren des Königreiches es nicht mehr thäten [2]).

Dies war die Strömung des Tages. Es war die Frage, ob sie vorhalten würde. Gerade eine Woche später vernehmen wir von der Frau von Maintenon an den Herzog von Noailles die Worte: „Als man erfuhr, daß der König die dem Minister Torcy gestellten unwürdigen Friedensbedingungen verwarf, rief Jedermann Beifall und verlangte den Krieg. Aber diese Erregung hat nicht vorgehalten. Man ist bald in jene Niedergeschlagenheit zurück gefallen, deren Augenzeuge Sie waren und die Ihren Unwillen erregte."

„Wie oft haben Sie bei Ihrer Anwesenheit hier sagen hören: warum beläßt man uns noch Silbergeschirr? Der König würde uns ein Vergnügen machen, alles zu nehmen. Seitdem nun die Eifrigsten dies Beispiel gegeben haben, ist alle Welt bestürzt. Man murrt. Man sagt, daß es dem Könige gebühre, mit Einschränkungen den Anfang zu machen. Man rechnet mit Klagen ihm seine Ausgaben nach. Man bezeichnet die Reisen nach Marly als die Ursache des Verfalles des Staates. Man möchte ihm seine Pferde, seine Hunde, seine Diener nehmen. Man tadelt die Pracht seiner Möbeln. Kurz, ihm zuerst möchte man alles nehmen. Und wo murrt man in solcher Weise? — An seiner Thür. Und wer murrt? — Diejenigen, die alles ihm

[1]) Fiedler Bd. I, S. 133.
[2]) Dangeau t. XII, p. 433.

verdanken. Was mich betrifft, so würde man gern mich steinigen, weil man meint, daß ich ihm nichts sage, wie wenn er nicht selber alle Briefe öffnete und nicht selber seine Befehle gäbe."

„Der König hat jedoch seine Tafel in Marly beschränkt. Er hat sein goldenes Geschirr in die Münze geschickt. Er hat seine Juwelen dem Herrn Desmarets eingehändigt sie zu versetzen, wenn er kann. Aber man will dem Könige nur aufrechnen, was er nicht thut. Ich gestehe Ihnen, daß die Wahrnehmung solcher Gesinnungen mir das Blut in den Adern erstarren macht."

„Die Entfesselung der Zungen gegen den Ihnen bekannten Mann (Chamillart) wächst täglich und gelangt bis zum Könige. Dieser kann sich nicht entschließen ihn preiszugeben, aus Mitleid, und weil er zur Zeit alles für den Dienst aufbietet"[1]).

Frau von Maintenon verfaßte diesen Brief in St. Cyr. Nach der Rückkehr am selben Tage nach Versailles fand sie dort die Meldung der Entlassung von Chamillart vor. Er hatte, wie Frau von Maintenon sagt, im Vertrauen auf das Zustande-Kommen des Friedens, keine Vorbereitungen für die Fortsetzung des Krieges treffen wollen, und diese Hartnäckigkeit, behauptete man nun, trage die Schuld an der gefährlichen Lage, in der Frankreich sich befinde[2]). — An seine Stelle trat Voisin.

Die Stimmung über den Abbruch der Verhandlungen schwankte bei Ludwig XIV. selber auf und ab. „Wir haben ihn nicht, diesen unglückseligen Frieden, schreibt die Frau von Maintenon, am 22. Juni, und unsere Lage ist schlimmer noch als wenn wir ihn hätten. „On (d. h. Ludwig XIV.) est bien désespéré de la savoir rompue: on aurait été bien affligé de se soumettre à de telles conditions: la guerre vaut encore mieux que la honte"[3]).

Auch Torcy, der in seinen später geschriebenen Denkwürdigkeiten sich als ein Verdienst um Frankreich anrechnet, für den Abbruch thätig gewesen zu sein, verschweigt nicht, daß Andere anders dachten. „Dennoch, sagt er, gab es einige durch hervorragendes Verdienst, durch

---

[1]) Lettres de M. de Maintenon t. V, p. 119.

[2]) A. a. O. p. 137.

[3]) A. a. O. p. 124.



große Leistungen, durch wichtige Aemter ausgezeichnete Persönlichkeiten, welche, ohne die Präliminarien zu kennen, die Weigerung der Unterzeichnung misbilligten. Ihr Urtheil gründete sich auf das tiefe Friedensbedürfnis von Frankreich"[1]).

Torcy nennt keinen Namen. Einer jener hervorragenden Männer jedoch hat sein Urtheil auch schriftlich fixirt: der Erzbischof Fenelon von Cambrai. Und von diesem einem Namen aus liegt die Folgerung nahe auf noch andere, nicht bloß auf die mit dem Erzbischofe befreundeten Herzöge Beauvilliers und Chevreuse, sondern noch auf eine höher stehende Persönlichkeit, den Herzog von Bourgogne, den künftigen Thronerben von Frankreich, dessen Jugend Fenelon geleitet hatte, zur Ehre und zum Ruhme ihrer beider, und der sein Lebenlang mit diesem Führer seiner Jugend, dem Berather seiner männlichen Jahre, verknüpft blieb durch die Bande gegenseitiger Anhänglichkeit und Hochschätzung. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnen die Kundgebungen Fenelons in dieser Sache für die Nachwelt eine andere Bedeutung. Hatte der Vater Philipps V., der Dauphin, in vermeinter Sohnesliebe den Beschluß durchgedrückt, Philipp V. als König von Spanien nicht fallen zu lassen: so überwog in dem Bruder als dem Erben der Krone Frankreich die Liebe zum Vaterlande, welche ihm nicht gestattete für seine Person einzuwilligen, daß noch ferner Frankreich sich opfere, um seinem Bruder eine fremde Krone zu erhalten.

Der Gang der Weltereignisse in den nächsten Jahren hat nun freilich auf die französische Verwerfung der Präliminarien vom Mai 1709 das Siegel der Bestätigung gedrückt, und daher entstammt in Frankreich die Neigung, die Ausdauer Ludwigs XIV. im Unglücke rühmend hervorzuheben. Aber dieser Umschwung in den nächsten Jahren war weniger die Folge einer Kraftleistung Frankreichs, als eines unberechenbaren Wandels der Dinge in England, eines solchen, der im Mai 1709 noch unter dem Gesichtskreise war. Es ist aber nicht die Aufgabe der Geschichtsbetrachtung darum einen Entschluß gut zu heißen, weil unvorhergesehene spätere Momente ihn als nützlich oder heilsam bestätigt haben, sondern es kommt für sie zuerst darauf an darzulegen, ob der unter den jeweiligen Umständen gefaßte Entschluß für damals

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 149.



selbst den Principien des Rechtes und der Klugheit entsprochen hat. Eine Antwort auf diese Frage kann nur ein Mann geben, der in dem bestimmten Falle mitten in den Dingen stand und mit Kenntnis, mit Ueberlegung und zugleich mit patriotischem Sinne sie überschauete.

Betrachten wir also den weltgeschichtlichen Moment der Ablehnung der Präliminarien vom Mai 1709 in der Auffassung des Erzbischofs Fenelon[1]). Es ist augenscheinlich, daß, wie auch Torcy andeutet, dem Erzbischofe bei der Abfassung seiner Denkschrift nicht der Wortlaut der Präliminarien vorgelegen hat, sondern jenes Rundschreiben an die Gouverneure.

„Ich gehe davon aus, sagt Fenelon, daß die Feinde von dem Könige nicht verlangen dürfen, daß er seinen Enkel bekriegt. Das hieße eher ihn entehren wollen, als eine wirkliche Sicherheit von ihm verlangen. Denn, wenn der König unaufrichtig wäre, wie sie ihn beargwöhnen, so muß ihnen die eigene Ueberlegung zeigen, daß sie mit jener Forderung nicht beseitigen was sie fürchten. Dem Vertrage gemäß würde ihnen der König eine bestimmte Anzahl Truppen gegen Spanien stellen, und würde auf der anderen Seite unbemerkt eine weit größere Anzahl Officiere und Soldaten nach Spanien hin verabschieden, wider unsere Feinde."

„Vielmehr scheinen mir die Verbündeten bei der Stellung einer so harten und schmählichen Bedingung für den König von der Ansicht ausgegangen zu sein, daß es völlig bei ihm stehe, seinen Enkel aus Spanien zurückkehren zu lassen, wenn er es nur aufrichtig wolle und dafür die entscheidenden Mittel anwende. Sie rechneten darauf, daß er alles dies eher thun würde, als sich selber dahin erniedrigen, mit den Waffen in der Hand seinem Enkel die Krone wieder zu entreißen, die er selber ihm gegeben hat."

Fenelon überblickt dann den Gang der Friedenshandlung. Er tadelt die Heimlichkeit. „Gerade die Oeffentlichkeit unserer Angebote, sagt er, würde die wahren Republikaner in Holland uns geneigt gemacht haben. Denn sie können nicht wünschen, daß Frankreich zu Boden geschlagen werde." Er findet es weiter nicht anständig, daß ein Minister einer großen Macht ausgeschickt worden sei, öffentlich

---

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 593 et suiv.



um den Frieden zu bitten. So etwas dürfe nur in der höchsten Noth geschehen, und auch dann noch hätte man sich wenigstens sicher stellen müssen, daß ein so ungewöhnlicher Schritt wenigstens einige Frucht mit sich bringe. — Fenelon wußte augenscheinlich nicht, daß Ludwig XIV. und Torcy zunächst von der Absicht ausgegangen waren, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bewegen und aus der Allianz los zu reißen.

„Ich komme wieder auf den Punct zurück, sagt er weiter, daß die Zumuthung an den König seinen Enkel zu bekriegen, gehässig sein würde; aber diejenigen, welche an diesem Puncte haften bleiben, scheinen mir doch die Schwierigkeit der Lage nicht völlig zu erfassen. Man kann den Hofleuten und selbst der Bevölkerung von Paris ein vorüber gehendes Mitleid mit dem jungen Fürsten einflößen, den die Gegner mitten in seinen Siegen durch seinen eigenen Großvater entthronen lassen wollen. Es ist auch nicht schwer, in der gesammten Nation eine gewisse Indignation wider so herrische Feinde wachzurufen. Allein es ist doch sehr zu besorgen, daß derartige Gefühle uns nicht lange gegen den Hunger aufrecht halten, noch gegen die anderen Leiden, von denen wir uns bedroht sehen. Auch dürfen wir, wenn ich mich nicht irre, uns nicht der Meinung hingeben, daß die Unparteiischen ernstlich überzeugt sind: es stehe nicht in der Macht des Königs, seinen Enkel zurückkehren zu lassen, ohne ihn zu bekriegen. Folgen wir darüber den Reden unserer Feinde, die, wie es scheint, fast in ganz Europa Anklang finden."

Fortan redet Fenelon wie vom Standpuncte der Verbündeten aus.

„Es erscheint freilich hart, sagen sie, dem Könige von Frankreich den Zwang aufzuerlegen seinen Enkel zu entthronen. Allein er hat ihn auf den Thron gesetzt, und zwar durch eine Ueberraschung, wider den Theilungsvertrag, auf Grund eines Testamentes, dessen Unterschrift man einem sterbenden Könige abgedrungen, indem man anstatt des Namens des früheren Kurprinzen von Bayern denjenigen des Herzogs von Anjou hinein schrieb, so daß das Actenstück auf den veränderten Namen gar nicht paßt. Derjenige, der den Schaden angerichtet hat, muß ihn wieder gut machen. Nur er kann es thun, nur an ihn allein können wir dafür uns halten. Wenn wir uns mit den

Erbietungen begnügen, die er uns macht, so haben wir diesen langen Krieg, der uns so viel Blut und Geld gekostet hat, von neuem zu beginnen. Frankreich, welches seit dem pyrenäischen Frieden nur darauf ausgeht zu täuschen, will auch in diesem Falle abermals uns betrügen. Es macht große Anerbietungen, weil es nicht mehr kann; aber in der Wirklichkeit will es nur Athem schöpfen und uns irre führen: es will den Frieden in Flandern, wo es sich überwältigt fühlt, um den Krieg nach Spanien zu übertragen, wo es sich für siegreich hält. Aehnlich hat es sich benommen nach dem pyrenäischen Frieden. Ungeachtet der feierlichen Versprechungen, die es in diesem Vertrage gegeben, schickte es, unter dem Namen von Freiwilligen, eine wirkliche Armee gegen Spanien in Portugal. Ganz eben so wird es nun nach diesem Frieden gegen uns in Spanien eine unzählige Menge altgedienter Soldaten und verabschiedeter Officiere entsenden, und diese alle werden froh sein, bei ihrer Noth im Dienste eines französischen Prinzen eine Beschäftigung zu erlangen. Die Einen nach den Anderen werden ihren Weg durch die Thäler der Pyrenäen finden: der König von Frankreich wird anscheinend darüber zornig werden, und wird der Welt verkünden, daß es nicht in seiner Macht stehe, alle diese Leute zurück zu halten, die keine andere Beschäftigung gelernt haben als diejenige der Waffen. Das nämlich waren die Reden, welche Frankreich halten ließ, als es die Freiwilligen unter dem Marschall Schomberg nach Portugal entsendete. (Vgl. Band I, S. 111.) Höchstens wird dann des Anstandes halber der allerchristlichste König einen Befehl erlassen, der den Uebertritt von Soldaten nach Spanien hin mit Strafe bedroht; aber Niemand wird diese Strafe fürchten. Unterdessen wird der König seinem Enkel geheime Geldhülfe senden. Frankreich wird bei der Ruhe und der Sicherheit, die wir ihm belassen, sich neu kräftigen, um uns zu erschöpfen, um es uns unmöglich zu machen, jemals das einzige Ziel aller unserer Mühen zu erreichen. Wir würden Spanien, aufrecht gehalten durch das angrenzende Frankreich, nur durch die Sendung von jährlich neuen Armeen über das Meer erobern können, und das würde uns zu Grunde richten. Dagegen würde Spanien uns allen Handel benehmen, und die Franzosen, mächtig in Spanien, würden denselben sich aneignen. Wir würden siegreich scheinen, und doch verloren sein."

„Daher wollen wir Sorge tragen, daß Frankreich unseren Händen nicht entschlüpft, wo wir es erschöpft und abgemattet niederhalten. Nach allem, was wir von Spanien kennen, sind wir sicher, daß es nur von dem Könige von Frankreich abhangt, seinen Enkel von dort zurückkehren zu lassen, sobald er das ernstlich will. Sein Enkel hat bekanntlich kein Geld. Er besitzt nicht die Mittel, den Abgang der Truppen wieder zu ersetzen. Es befinden sich in allen Ländern seiner Herrschaft eine große Anzahl Welt- und Ordenspriester, so wie Familien in allen Lebensstellungen, voll Anhänglichkeit an das Haus Oesterreich. Er kann, sobald die Hoffnung auf die französische geheime Hülfe aufhört, nicht auf die Dauer einen Krieg zugleich nach innen und nach außen aushalten. Die Spanier selbst, so sehr sie sich auf die Ehre steifen, werden dennoch nachlassen, so bald sie sich klar darüber werden, daß der König Carl ihre gesammte Monarchie vereinigen wird — denn das ja ist ihr einziges Ziel — während der König Philipp sie nur zerstückeln und dadurch herunter bringen kann. Endlich werden auch die bisher für Philipp Eifrigsten, im Anblicke der Verwüstungen eines langen Krieges, des Verlustes der Besitzungen in Flandern, Italien, Indien, der Vernichtung des Handels, der Erschöpfung der Kräfte für die jährlich neue Rüstung, ihn verlassen. Daher kann dieser Prinz den Entschluß sich in Spanien behaupten zu wollen, nur auf Rechnung der geheimen Hülfe fassen, die Frankreich ihm versprochen hat."

„Die Unehrlichkeit Frankreichs ist daher der Inbegriff aller unserer Verlegenheit. Frankreich selber macht unmöglich, was es zu versprechen scheint. Krieg gegen Krieg gerechnet, so wollen wir ihn lieber mit den Franzosen in Frankreich selbst und vor den Thoren von Paris führen, mit allen den sichtlichen Vortheilen für uns, als mit den Franzosen in Spanien, unter allen den unendlichen Nachtheilen für uns. In dem einen Falle wie dem anderen würden wir gegen die Franzosen kämpfen: in dem letzteren aber würden wir Frankreich von derjenigen Last befreien, deren Druck dasselbe zu einem guten Frieden zwingen muß, und würden dagegen uns in die augenscheinliche Gefahr des Unterganges bringen. Wir würden uns schwächen: Frankreich und Spanien dagegen, geeinigt durch Ein Königshaus und geleitet durch Einen Rath, würden dem gesammten Europa das Gesetz vorschreiben."

„Endlich Philipp ist un enfant de France, welcher sein Recht der Thronfolge in Frankreich an sich trägt. In dieser Eigenschaft muß er seinem Großvater gehorchen: in Ermangelung dessen verliert er sein Recht. Augenscheinlich hat er, wenn der König von Frankreich in aufrichtiger Weise ihn verläßt, keine reelle Hülfsquelle mehr. Daher kann er nur darum sich weigern zurückzukehren, weil er sich sicher fühlt, daß dieses Verlassen nur eine Komödie ist: es ist nur eine Veränderung des Kriegsschauplatzes und nicht ein wahrer Friede. Wenn nicht wir aufrichtiger als die Franzosen einen festen und beständigen Frieden wünschten, so würden wir alle Plätze annehmen, die sie uns bieten, würden damit beginnen, am nächsten besten Tage uns in Besitz zu setzen. Dadurch würden wir uns das Eingangsthor in Frankreich offen halten, und, sobald wir bemerken würden, daß man die verabschiedeten französischen Truppen nach Spanien gehen ließe, um dort den Krieg wieder zu beginnen, so würden auch wir von unserer Seite ihn erneuern, von den Grenzen der Niederlande aus, und wir würden vordringen bis Paris. Eben dies Verhältnis beweist unsere Ehrlichkeit und unsere Mäßigung. Wir wollen nicht einen falschen Frieden, sondern einen wahren. Wir suchen nur die Sicherheit unseres Handels zusammen mit dem Gleichgewichte der Mächte Europas, welches nur dadurch zu erreichen ist, daß Spanien und Frankreich für immer getrennt bleiben. Wir fordern die Franzosen auf, irgend ein reelles und wirksames Mittel zu finden, welches uns gegen die so eben geschilderten Uebel eine Sicherheit gewähren könnte. Es liegt vor Augen, daß, ohne die Erfüllung unserer Forderungen, wir von neuem zu beginnen haben, und daß es nur von dem Könige von Frankreich abhangt den Krieg zu beenden, so bald er das ernstlich will.“ —

„Ich nehme es nicht auf mich, sagt weiter Fenelon, mich für diese Reden der Verbündeten zu entscheiden; aber alle Neutralen in Europa werden sie sich aneignen. Man wird sich der Ansicht zuneigen, daß eine Falle beabsichtigt worden sei, und diese Ansicht wird Beglaubigung erhalten durch das Beispiel Portugals, welches unterstützt wurde ungeachtet des pyrenäischen Friedens. Man wird weiter darauf hinweisen, daß der König mit dem Versprechen seinen Enkel nicht mehr zu unterstützen, nichts Positives verspricht. Denn es kann ihm ja doch nicht entgehen, daß die Mehrzahl der Soldaten und der

Officiere, die man beim Friedensschlusse verabschiedet, nicht ermangeln werden, sich sofort nach Spanien zu begeben, um dort ein Unterkommen zu finden, und daß, wenn sie es nicht in der Hoffnung thäten ihm zu gefallen, sie es thun würden, um Brot zu haben. Demnach ist das was er verspricht, sichtlich eine Illusion."

„Wie immer jedoch dem sei, ich gehe bei meinen Erwägungen von der wesentlichen Basis aus, daß Frankreich sich in einer sehr gefährlichen Lage befinden muß, weil man so außerordentliche Schritte thut, sich derselben zu entwinden. Von dieser meiner Basis aus ziehe ich den Schluß, daß es zu nichts dient das Geschrei zu erheben, daß die Forderungen der Feinde ungerecht, unverschämt, unerträglich seien. Es kommt auf die Thatsachen an. Sind wir im Stande den Krieg in ehrenhafter Weise fortzuführen und unseren Staat sicher zu stellen? Wenn das der Fall ist, warum schickt man dann Jemanden aus, um in so demüthigender Weise den Frieden zu erbitten? Wenn wir aber nicht im Stande sind den Krieg in ehrenhafter Weise fortzuführen, ohne den Staat aufs Spiel zu setzen, wozu dient es dann Klagen zu erheben, die dem Uebel nicht abhelfen? Niemals werdet Ihr die Feinde, noch auch die Neutralen überzeugen, daß Ihr den König von Spanien nicht zurückrufen könnt, sobald Ihr ihm alle Consequenzen des völligen Preisgebens vor Augen haltet. Ihr werdet Niemanden überreden, daß den Holländern die Verpflichtung obliege, Euch in Ruhe zu lassen und sich mit einem trügerischen Frieden zu begnügen, während in Wahrheit der Krieg, anstatt zu enden, nur zu ihrem Nachtheile auf einen anderen Schauplatz verpflanzt wird."

„Ich gehe weiter von der Voraussetzung aus, daß Frankreich, bei der Fortdauer des Krieges, sich in naher Gefahr der Invasion oder der Zerstückelung befindet. Diese Voraussetzung gründet sich auf die Thatsache des Angebotes von Lille, Tournay, Ypern, Condé, Straßburg, Dünkirchen u. s. w. Von dieser Voraussetzung aus glaube ich aber entgegen halten zu müssen, daß der König nicht das Recht hat, Frankreich aufs Spiel zu setzen für das persönliche Interesse des einen seiner Enkel, eines jüngeren Gliedes des Königshauses. Der König ist der legitime Souverän des Königreiches, aber nur für die Dauer seines Lebens. Er hat die Nutznießung, nicht jedoch das Eigenthum. Er kann nicht darüber verfügen: er ist nur der Depositar.

Er ist nicht berechtigt die Nation der Gefahr auszusetzen unter eine fremde Herrschaft zu verfallen, noch auch das königliche Haus der Gefahr alles, oder doch einen Theil der ihm gebührenden Krone zu verlieren. Setzen wir demnach den Fall einer äußersten Noth voraus, so muß der König, nach Recht und Gewissen, die Sicherheit des ihm anvertrauten Königreiches höher halten als das angefochtene Recht eines seiner Kinder auf ein fremdes Königreich. Der Ehrenpunct und die Vorschrift des Gewissens, weit entfernt den König an dieser Unterscheidung zu hindern, machen sie ihm zur Pflicht. Weder die Nation in ihrer Unabhängigkeit von jedem Fremden, noch das königliche Haus in seinem Anrechte auf die gesammte Krone, sind verpflichtet, sich einer Invasion oder Zerstückelung auszusetzen, um einen Prinzen von Frankreich in den Rechten zu schützen, welche er in einem fremden Lande haben kann. Sie sind in keiner Weise verantwortlich für den Schritt, den man durch den Bruch des Theilungsvertrages begangen, um das Testament Carls II. zur Geltung bringen zu können. Es ist daher gerecht, daß der König in aufrichtiger Weise alle Anstrengungen aufbiete, um Philipp aus Spanien abzuberufen, damit die Gefahr für Frankreich aufhöre. Vorausgesetzt also daß der König es kann, ist es seine Pflicht es zu thun in schnellster und entscheidender Weise."

Fenelon erörtert dann die Art und Weise, in welcher diese Abberufung geschehen könne. Da sie nicht erfolgt ist, so würde es zu weit führen, darauf einzugehen.

Eben so wenig ist es erforderlich, diejenigen Schriften zu erörtern, welche von verbündeter Seite dem Abbruche entgegen gestellt wurden. Denn jene Kritik Fenelons als eines französischen Patrioten ist die schärfste, welche die Politik Ludwigs XIV. in der spanischen Sache erfahren hat. Denn man wolle beachten, daß die Anschauung Fenelons über den Beginn des ungeheueren Krieges noch frei ist von den Traditionen, die später zu Gunsten Ludwigs XIV. in Frankreich aufgewachsen sind. Fenelon nennt die Annahme des Testamentes Carls II. einen Bruch des Theilungs-Vertrages. Er weiß, daß dies Testament einem moralischen Zwange an einem todtkranken Manne seinen Ursprung verdankt. Er weiß dagegen noch nichts von der Fiction, daß der Papst Innocenz XII. dem Könige Carl II. ein solches Testament angerathen habe.

In einer anderen Denkschrift, muthmaßlich ebenfalls für den künftigen Thronerben von Frankreich, den Herzog von Bourgogne, erörtert Fenelon eingehend die Frage des Testamentes Carls II. und sucht aus dem Inhalte desselben die Nullität darzuthun. Das Testament, sagt er, ist dasjenige, welches Carl II. früher zu Gunsten des Kurprinzen von Bayern gemacht hatte. Statt dieses Namens hat man, im October 1700, denjenigen des Herzogs Philipp von Anjou hinein gesetzt. Aber die Verhältnisse stimmen nicht überein. Das Testament Carls II. vom October 1700 legt nicht Zeugnis ab für eine volle geistige Freiheit [1]).

Das Testament war das Werk des Cardinals Portocarrero. Wie es zu Stande kam, haben wir zum 3. October 1700 gesehen (Band VIII, S. 590 u. f.).

Das Testament Carls II. aber war die anscheinend rechtliche Grundlage, auf welche der thatsächliche Besitz Philipps V. in Spanien sich stützte. Daß er nicht gesonnen war, von diesem seinem Besitze abzulassen, legte er, ähnlich wie der Großvater gethan, in einem Circularschreiben, vom 4. Juli, seinen Unterthanen dar [2]). Dasselbe enthält, den Verbündeten gegenüber, Wahrheiten, die nicht verneint werden konnten.

„Die Engländer und Holländer, sagt Philipp V. darin, haben vergessen, daß sie mich in formeller Weise als König anerkannt haben. In Betreff der Gesammtheit der Monarchie sind sie nur darin einig, daß ich sie völlig aufgeben soll; aber bevor sie dann dem Hause Oesterreich sie überweisen wollen, vertheilen sie hier ein Stück von Mailand an den Herzog von Savoyen, dort ein Stück von Estremadura an Portugal, wieder einen großen Theil der Niederlande an die Republik Holland." Es war dieselbe Klage, die von seinem Standpuncte auch Carl III. erhob, mit den Worten: „Dividunt vestimenta mea" [3]). Freilich um ein Recht handelte es sich ja nur in den Augen dieses Fürsten selbst. Wie Ludwig XIV. sich bewußt sein mußte, daß sein Enkel kein anderes Recht auf Spanien besaß als

---

[1]) Oeuvres de Fénélon t. III, p. 589.

[2]) Lamberty t. V, p. 308.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 10. März 1710, S. 111.

welches er selber, direct und indirect, mit dem Aufgebote unendlicher List und Täuschung ihm geschaffen: so waren die Führer der Seemächte sich bewußt, daß sie nicht um des Rechtes des Hauses Habsburg willen, nicht aus einer Gunst für dasselbe zu den Waffen gegriffen, um dem Herzoge von Anjou die spanische Monarchie wieder zu entreißen, sondern im Interesse der Zweckmäßigkeit für sie selber.

Hochfahrender noch in seinem Tone als das Circularschreiben Ludwigs XIV. deutete eben dadurch dasjenige Philipps V. an, daß er sich des großväterlichen Schutzes, oder, um im Sinne Fenelons zu reden, der Opferung Frankreichs für das Unrecht Ludwigs XIV., wieder völlig sicher fühlte.

Papst Clemens XI. und Kaiser Joseph I.

Friedensschluß zwischen dem Papste Clemens XI. und den Brüdern Joseph I. und Carl III.

Der kaiserliche Botschafter Prié in Rom hatte dem Papste Clemens XI. den 15. Januar als den Termin bezeichnet, an welchem seine Vollmacht zur Unterhandlung erlösche, diejenige des Feldmarschalls Daun zur Action in Kraft trete. Als die Gerüchte über das wahrscheinliche Nachgeben des Papstes stiegen, richtete der Botschafter Tessé, der andauernd krank war oder sich so stellte, an ihn ein abermaliges Schreiben, welches ähnlich wie das frühere, wenn es überhaupt eine Wirkung auf den Papst übte, nur die ungünstige des Unwillens gegen die Frechheit hervorrufen konnte, die sich in das schützende Gewand eines Botschafters hüllte[1]). — Den Franzosen in Rom, die gegen eine Anerkennung Carls III. durch den Papst Gründe der Ehre und des Gewissens vorführten, entgegneten Andere, daß am wenigsten von französischer Seite ein solcher Einwand zulässig sei, nachdem Ludwig XIV. bei Lebzeiten Jacobs II. den König Wilhelm III., wiederum bei Lebzeiten Wilhelms III. den König Jacob III. anerkannt habe, und nunmehr willig genug sei, bei Lebzeiten Jacobs III. auch noch

[1]) Mémoires de Tessé t. II, p. 297, und bei Lamberty t. V, p. 243.



die Königin Anna anzuerkennen. — Bei dem Papste Clemens XI. aber war und blieb in der That die Frage der Anerkennung Carls III. der schwerste Stein des Anstoßes.

Am 15. Januar unterzeichneten der Cardinal Paolucci im Namen des Papstes, der Botschafter Prié im Namen des Kaisers den vereinbarten Vertrag [1]). Die Hauptsache darin war die Entlassung aller neu angeworbenen Truppen des Papstes binnen vierzehn Tagen. Der Papst versprach ferner, den unzufriedenen französisch Gesinnten in Neapel keine Unterstützung zu geben. Comacchio soll einstweilen von kaiserlichen Truppen besetzt bleiben, bis die Differenzen darüber durch eine Conferenz von Cardinälen mit dem Botschafter Prié gütlich ausgeglichen sind. In derselben Conferenz sollen auch die Differenzen über Parma und Piacenza gütlich geschlichtet werden. Dann kam der schwierigste Punct. Clemens XI. war bereit, Carl III. als König, ohne nähere Bezeichnung, anzuerkennen, einen Nuntius nach Barcelona zu entsenden, mit allen Consequenzen. Aber Prié forderte für Carl III. die gleiche Anerkennung wie für Philipp V. Und dazu konnte sich Clemens XI. noch nicht entschließen. Deshalb ward diese Frage in einen geheimen Artikel des Vertrages verwiesen. Er besagte, daß bis zur vollen Anerkennung in der verlangten Weise sechs kaiserliche Regimenter auf dem Boden des Kirchenstaates verbleiben sollten, jedoch nur diesseit des Po. Der Kaiser dagegen versprach dem Papste seine Hülfe für den Fall, daß in Folge dieser Anerkennung der weltliche Besitz des heil. Stuhles von einer anderen Macht bedroht werde [2]).

Jedenfalls war für den Kaiser viel gewonnen, daß durch die Entwaffnung des Papstes der französische Plan einer italienischen Liga durchkreuzt und überhaupt ferneren Thätlichkeiten vorgebeugt war, nicht bloß von kaiserlicher, sondern auch von englischer Seite. Nachdem, wie wir gesehen (S. 101 u. f.), schon im Herbste 1708 der Unwille der englischen Regierung wider den Papst Clemens XI. nachgelassen, hatte dann doch wieder der Admiral Whitaker schärfere Instructionen erhalten. „Ich habe den Admiral gebeten, meldet Prié, am 18. Januar, an

---

1) Priés Bericht an Marlborough, bei Murray vol. IV, p. 460.

2) Kaiserliches Rescript an Gallas, vom 15. Februar.

Marlborough, das Bombardement von Civita Vecchia aufzuschieben, um nicht den römischen Hof zu erbittern und dadurch dem Vertrage Hindernisse in den Weg zu legen. Ich halte auch noch ferner mit dieser Bitte an. Der Papst hofft, daß der Kaiser sich bei der Königin für ihn verwenden, so wie daß diese Verwendung nicht fruchtlos sein und er völlig der Unruhe entnommen werden wird. Er hat mir nachdrücklich betheuert, für die Unternehmung auf Schottland kein Geld hergegeben zu haben“ [1]).

Diese Verwendung erfolgte sogar noch vor dem Abschlusse des Vertrages von Rom. Denn, auf die Nachricht des Prié, daß der Papst sich zur Willigkeit neige, hatte der Kaiser sofort, noch im December 1708, dem Grafen Gallas den Auftrag ertheilt, die erforderlichen Schritte zu thun. Bereits am 6./17. Januar reichte der Graf Gallas in London eine Denkschrift ein. Nachdem der Papst, sagte er, dem Kaiser und den Mächten der Allianz die positive Zusicherung gegeben, allen Verbindungen mit den Gegnern derselben zu entsagen, entspreche es der Billigkeit, daß auch er von jeder Besorgnis der Beunruhigung befreit werde. Darum bitte der Kaiser die Königin, den wegen der französischen Unternehmung auf Schottland gegen den römischen Hof gefaßten Unmuth fallen zu lassen. Gallas ersuchte um eine schriftliche Antwort [2]).

Diese erfolgte am 25. Januar/6. Februar, zwar gewährend, nicht jedoch in einer gewinnenden Weise. Von England her war die Anklage erhoben, daß der Papst Clemens XI. für die Unternehmung des Ritters von St. Georg, im März 1708, Geld beigesteuert. Der Papst hatte sie verneint, und die englische Regierung hatte weder vorher, noch in dieser Antwort ein Zeugnis beigebracht, welches die Anklage dem Kaiser glaubwürdig machen konnte. Dessen ungeachtet sagt diese englische Antwort: „Und Ihre Majestät die Königin hält sich überzeugt, daß, weil sie auf die Verwendung des Kaisers die besondere Gefälligkeit beweist, von der Genugthuung abzustehen, die sie für die erfahrene Ungebühr zu fordern haben würde, auch der

[1]) Murray vol. IV, p. 462.

[2]) Denkschrift des Grafen Gallas vom 6./17. Januar, in den Anglicis des k. k. Archives.



Kaiser seinerseits nicht ermangeln wird, durch den Vertrag, der nunmehr in Rom dem Abschlusse nahe ist, den Papst zu der Erklärung zu verpflichten, daß er hinfort weder direct noch indirect sich betheiligen wird, um die Absichten der Feinde der Königin zu ermuthigen, und daß er irgend welche Unternehmung gegen die Königin und ihre Länder in keiner Weise und irgendwie unterstützen noch begünstigen wird" [1]).

Die Anerkennung des Erzherzogs Carl als Königs, ohne nähere Bezeichnung, genügte den habsburgischen Brüdern nicht; in den Augen Philipps V. war sie zu viel. Ein rechtfertigendes Schreiben des Nuntius Zondodari in Madrid an den spanischen Minister, Herzog von Medina Celi, besänftigte nicht den Zorn des spanischen Hofes, im Februar [2]). Die Bethätigung dieses Zornes jedoch ward verschoben, damit der Nuntius vorher dem feierlichen Acte der Huldigung für den Prinzen von Asturien, am 7. April, beiwohnen könne. Am nächsten Tage ließ Philipp V. dem Nuntius den Aufenthalt in Madrid und in Spanien kündigen. Er ward im königlichen Wagen unter einer Bedeckung von 20 Reitern an die Grenze gebracht. Nach der Abreise ward das Tribunal der Nuntiatur geschlossen, das Archiv derselben mit Beschlag belegt. Ein königliches Schreiben an den Cardinal Portocarrero untersagte den spanischen Bischöfen jeglichen Verkehr mit Rom [3]).

Der Nuntius wußte und berichtete in Rom, daß der Beschluß eines so scharfen und allem Herkommen widersprechenden Verfahrens wider ihn im königlichen Rathe zu Madrid nicht einstimmig gefaßt war. In der That bewies der Beschluß sich nicht als ein Act der Besonnenheit. Der Botschafter Prié in Rom hob in seinen Berichten hervor, daß dieser Uebereifer in Madrid die Anerkennung Carls III. durch den Papst erst recht zur allgemeinen Kunde der Spanier gebracht, und dadurch dem Vorgeben, daß der Krieg für Philipp V. wider Carl III. ein Religionskrieg sei, den Boden genommen habe. Einige

---

[1]) Englische Antwort vom 26. Januar 6. Februar, in den Anglicis des k. k. Archives.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. V, p. 253.

[3]) A. a. O. p. 259.

gingen so weit zu behaupten, daß die Rathgeber, welche Philipp V. zu diesem Schritte bewogen, in der Wirklichkeit für Carl III. gesinnt sein müßten [1]).

Andererseits benutzte Prié das leidenschaftliche Vorgehen des Hofes von Madrid zum Andringen auf Clemens XI., nun auch seinerseits jede Rücksicht auf Philipp V. fallen zu lassen, und in einem Consistorium öffentlich Carl III. als katholischen König von Spanien anzuerkennen. Aber für den Papst Clemens XI. nahm das tumultuarische Verfahren Philipps V. die Gründe gegen Carl III. nicht hinweg. Er suchte der Forderung des Botschafters auszuweichen durch den Hinweis auf die damalige Friedenshandlung im Haag, welche die Sache erledigen werde. Prié glaubte zu erkennen, daß auf den Papst ganz besonders die Furcht drücke, Philipp V. in Neapel als Nachbar zu erhalten. Denn die Franzosen in Rom ließen es sich angelegen sein zu verkünden, daß Ludwig XIV. diese Bedingung für den Frieden stellen werde. Dazu war ja Sicilien noch im Besitze des Hauses Bourbon. Wenn die Lösung in dieser Weise erfolge, meinte man, so werde der Papst, umklammert von der Macht des Hauses Bourbon, demselben dienstbar sein müssen [2]).

Der Botschafter Prié ließ die Einwände des Papstes nicht gelten, sondern verlangte die volle Anerkennung Carls III. als katholischen Königs von Spanien. Der Papst hatte dem früheren Versprechen als Bedingung hinzugefügt die Forderung der Rückgabe von Comacchio als Eigenthum des päpstlichen Stuhles. Auch diese Bedingung ließ der Botschafter nicht zu. Dagegen drohete er mit einem neuen Einmarsche von 16,000 Mann unter Daun und den Winterquartieren derselben im Kirchenstaate. Dem Zwange dieser Drohung wich der Papst. Er entsendete nur noch mit der Erklärung seines Nachgebens an den Kaiser Joseph die flehentliche und dringende Bitte, dem päpstlichen Stuhle Comacchio zurückzugeben, mit der Berufung darauf, daß dieses sein Breve ihm vor dem schrecklichen Gerichte Gottes zum Zeugnisse dienen werde, daß er seine wiederholten Eide

---

[1]) Bericht des Botschafters Prié, bei Coxe vol. II, p. 367.
[2]) A. a. O.



das Erbe des päpstlichen Stuhles zu bewahren, nach seinen Kräften gehalten habe[1]).

Die für diese Angelegenheit niedergesetzte Congregation von Cardinälen trat mit dem Botschafter Prié in Verbindung. Es erfolgte die Einigung, daß Clemens XI. in einem Breve an Carl III. ihn benannte als katholischen König von Spanien[2]).

Die habsburgischen Brüder mochten die Anerkennung, zu welcher sie den Papst gezwungen, nur als eine Forderung des gleichen Rechtes für die zwei Prätendenten auf Spanien ansehen. Der hauptsächliche Vortheil dieser Gleichstellung bestand für Carl III. darin, daß fortan seinem Gegner Philipp V. die Waffe des vermeintlichen Religionskrieges bei den Spaniern entwunden war. Der Botschafter Prié hoffte auf eine noch weitere Ausdehnung des Erfolges. Er schreibt darüber an Marlborough: „Ich würde es als einen glücklichen Erfolg meiner Bemühungen ansehen, wenn der Zwist, den wir mit dem päpstlichen Hofe gehabt haben, für ihn den Bruch mit Frankreich nach sich zöge, und der Papst durch das gewaltsame Verfahren der Gegner genöthigt würde, die Interessen der allgemeinen Sache zu vertreten“ [3]).

An einen Beitritt zu der großen Allianz, wie die letzten Worte zu wünschen scheinen, dürfte Clemens XI. sicherlich nicht gedacht haben. Dagegen sprach er dem Kaiser die Besorgnis aus, daß, nach der erfolgten völligen Anerkennung Carls III., das Haus Bourbon noch gewaltthätiger gegen ihn vorgehen werde. Er wünschte daher die Garantie des Kirchenstaates, und entsendete zu diesem Zwecke seinen Neffen Hannibal Albani, jedoch ohne gesandtschaftlichen Charakter, nach Wien. Der Zweck dieser Sendung blieb das Geheimnis weniger Personen. Der Kaiser erwiederte, daß eine formelle Garantie nicht möglich sei, daß er dagegen nach Kräften sich bemühen wolle, auf die

---

[1]) Clementis XI epistolae t. I, p. 593: „Speriamo che avanti il tremendo Tribunale di Dio, al quale dovremo rendere minuto conto di tutte le nostre azioni, questa stessa lettera, che ora scriviamo alla Maestà Vostra, abbia a valerci di prova di aver adempito in quella guisa, che potevamo, li nostri doveri, e di aver soddisfatto a' replicati giuramenti da Noi prestati.“

[2]) Das Breve bei Lamberty t. V, p. 260. — Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 267.

[3]) Murray vol. IV, p. 462.

Bundesgenossen in dieser Richtung zu wirken. Er gab dem Grafen Gallas den Auftrag, bei der Königin von England vorzustellen, daß sich der Papst durch die völlige Anerkennung Carls III. auf gleichem Fuße mit Philipp V. um die Sache der Allianz ein großes Verdienst und dadurch ein Anrecht auf den Schutz derselben erworben habe [1]).

Die Besorgnis des Papstes vor einem Angriffe der bourbonischen Macht auf den Kirchenstaat ging nicht in Erfüllung. Ludwig XIV. und Philipp V., durch die bisherigen Feinde völlig in Anspruch genommen, begnügten sich mit Feindseligkeiten gegen die Jurisdiction des Papstes innerhalb ihres Bereiches.

In einer anderen Angelegenheit dieses Jahres 1709 handelten von Anfang an Papst und Kaiser einmüthig. Sie betraf die Katholiken in Irland.

Papst und Kaiser für die Katholiken in Irland.

Wir haben wiederholt beobachtet, daß in dem damaligen England jegliche Gefahr für die bestehende Regierung einen Ansturm gegen die Katholiken nach sich zog. So die Entdeckung des Mordplanes gegen Wilhelm III. im Jahre 1696 (Band VII, S. 182 u. f.), so die Kunde der Unternehmung des Prätendenten auf Schottland im Jahre 1708 (oben S. 57). Noch im Herbste 1708 verlautete abermals das Gerücht, daß der Admiral Forbin mit sieben Kriegsschiffen und mit Landungs-Mannschaft darauf von Dünkirchen ausgelaufen sei. Das Gerücht erwies sich später als nicht begründet. In London jedoch stieg wieder die Besorgnis für Schottland empor. Nach üblicher Weise erfolgte dann eine Proclamation für die Ausführung aller Gesetze wider den Papismus. [2]).

Merkwürdiger Weise liegt aus denselben Tagen, im December 1708, im Archive der Propaganda in Rom aus Schottland die Nachricht vor, daß bei dem Frieden, dessen man sich erfreue, die Zahl der Conversionen sich mehre, besonders in den Hochlanden [3]). Die Zahl der

[1]) Kaiserliches Rescript an Gallas, vom 20. November.
[2]) Bei Lamberty t. V, p. 192.
[3]) Bellesheim, Geschichte der katholischen Kirche in Schottland Bd. II, S. 341.



Katholiken in Schottland ward damals auf 4500 gerechnet, und es ist daher nicht denkbar, daß die englische Regierung vor denselben eine begründete Besorgnis gehegt habe. Auch richtet sich jene Proclamation nicht so sehr gegen die Katholiken überhaupt als gegen die Priester. „Denn es ist unzweifelhaft, sagt sie, daß diese römischen Missionäre und ihre Anhänger nicht bloß unsere guten Unterthanen verkehren, sondern auch von der Treue für uns und unsere Regierung abwenden, da ja ihre übele Gesinnung gegen uns und unsere Regierung notorisch ist." Es wird sich nachher zeigen, ob für die Behauptung dieser Notorietät die Mitglieder der englischen Regierung ein Zeugnis aufbringen konnten.

Ungleich schlimmer jedoch als für die wenigen Katholiken in Schottland, standen die Aussichten für die zahlreichen in Irland. Vom Beginne des Jahres 1709 an wußten sie, daß in dem Parlamente von Irland, welches nicht das irische Volk, sondern die englischen Herren desselben vertrat, neue harte Gesetze gegen das Wachsthum des Papismus, wie der übliche Ausdruck lautete, vorbereitet wurden. Selber machtlos dagegen, konnten sie nur von einer Verwendung von außen her eine Abhilfe hoffen. Um eine solche zu erlangen, begaben sich einige Franziskaner, unter der Führung von Bonaventura de Burgo, zunächst nach Rom. Der Papst Clemens XI. stattete Bonaventura aus mit einer Empfehlung an den römischen Kaiser Joseph I., und ersuchte zugleich diesen, eingedenk seines Amtes als des Schirmvogtes der Kirche, dafür einzutreten, daß die Capitulation von Limerick in Irland aufrecht erhalten bleiben möge[1]). (Vgl. Band V, S. 305 u. f.)

Die Capitulation von Limerick war ja allerdings schon durchbrochen durch die Gesetze, welche das irische Parlament im Jahre 1697 beschlossen und der König Wilhelm III., entgegen seiner früheren besseren Einsicht, sanctionirt hatte. (Vgl. Band VII, S. 470 u. f.) Dennoch blieb dieser Vertrag immer der feste Punct, dessen Behauptung allein Aussicht auf einen Erfolg gewährte.

Jene Aufforderung des Papstes entsprach der eigenen Gesinnung des Kaisers. Demgemäß wandte sich in seinem Auftrage der Graf Gallas in London sowohl an den Groß-Schatzmeister Godolphin als an die Staats-Secretäre Sunderland und Boyle, und erbat für die

---

[1]) Clementis XI epistolae t. I, p. 543. Vom 24. April.



Katholiken in Irland die Aufrechthaltung des Vertrages von Limerick. Er machte geltend, daß eine Verfolgung der Katholiken in Irland dem Hause Bourbon die Gelegenheit bieten würde, vor den Spaniern den Ruf des Religionskrieges zu erneuern. Er zog eine Parallele zwischen der Behandlung der Protestanten in Schlesien, für welche die Königin sich bei dem Kaiser verwendet habe, und derjenigen der Katholiken in Irland, für welche nun der Kaiser eintrete. „Und doch, sagt er, hat bei dem Einmarsche des Königs von Schweden sich ergeben, daß den Ersteren jeder fremde Fürst, den sie gegen den eigenen Landesherrn anrufen können, willkommen ist. Dagegen hat bei der letzten Unternehmung auf Schottland sich in den Ländern, die der Königin unterthan, kein Katholik auch nur gerührt, noch den geringsten Anlaß zum Verdachte gegen seine Treue gegeben" [1]).

Die Verwendung des Grafen Gallas fand nicht eine günstige Aufnahme. Godolphin für sich gab gar keine Antwort, sondern überließ dies den zwei Staats-Secretären. Es ist hervorzuheben, daß diese Antwort auf den letzten Satz des Grafen Gallas, der bei der Lage der Dinge der wichtigste sein mußte, nicht eingeht. Dagegen bringt sie allgemeine Behauptungen vor. „Die Mehrzahl der Römisch-Katholischen in Irland, sagen die Staats-Secretäre, sind von der Reformation an jederzeit, und mehr noch seit der letzten glücklichen Revolution, erklärte und sichere Feinde der Regierung. Wie dies Jedermann vor Augen liegt, so sind auch Sie, Herr Graf, zu einsichtig, als daß es nöthig wäre, Ihnen das weiter darzulegen. Sie treiben ihren Haß so weit, daß sie auch gegen die Person des Kaisers ihn nicht verhehlen können" [2]).

Die beabsichtigten neuen Gesetze, sagten weiter die zwei englischen Staats-Secretäre, bezweckten nur die Erläuterung und Ausführung der bereits bestehenden, um die Katholiken in Irland zu hindern, sich ihrer gewöhnlichen Mittel zur Umgehung derselben zu bedienen. Die

---

[1]) Schreiben des Grafen Gallas vom 27. Juli: „pendant que dans la dernière invasion de l'Ecosse aucun des Catholiques dans toute la dépendance des royaumes de la Reine a non seulement point remué, mais ni même donné le moindre ombrage ou soupçon de sa fidélité". — Im k. k. Archive.

[2]) „Et même qu'ils poussent leur haine à un tel point qu'ils ne peuvent pas la cacher contre la personne de l'Empereur."



Regierung betrachte daher diese neuen Gesetze als für das Wohl und die Sicherheit des Staates durchaus nothwendig; auch könne man darin nicht den geringsten Einbruch in die Artikel der Capitulation von Limerick finden[1]). Ueberhaupt warfen die Staats-Secretäre dem Gesandten Unkenntnis der Sachlage vor[2]).

Diesen Vorwurf wollte der Graf Gallas nicht hinnehmen. Zum Beweise seiner Kenntnis legte er seiner Erwiederung einen Auszug des Gesetzentwurfes vor, den damals das Parlament von Irland berieth.

Der erste Artikel besagte, daß, „wenn ein Kind papistischer Eltern sich für protestantisch erklärt, die Organe der Regierung die Eltern anhalten sollen, ihm den Bestand ihres Vermögens offen zu legen. Von diesem Vermögen wird die Regierung für den Unterhalt solcher protestantischen Kinder einen Antheil nach Gutdünken überweisen können, vorausgesetzt daß dieser Antheil nicht über ein Drittel beträgt, und ferner kann die Regierung diesen Antheil von Zeit zu Zeit steigern im selben Maße, wie das Vermögen der Eltern sich vermehrt". — „Ein Papist, der Kinder hat, erhält für den Uebertritt sieben Jahre lang jährlich fünf Pfund Sterling." — „Ein Priester, der übertritt, erhält fünfzig Pfund Sterling jährlich auf Lebenszeit." — Solchen Löhnen entsprachen andererseits die Strafen.

„Wenn Jemand nach dem 1. August 1709 Anzeige macht von einem Erzbischofe, Bischofe, General-Vicar, Jesuiten, Mönche, einer papistischen Ordensperson, oder überhaupt einer solchen, die eine kirchliche Jurisdiction ausgeübt hat, ferner einem Weltpriester, der nicht gesetzmäßig einregistrirt ist, oder einem Lehrer, der in Privathäusern die Jugend unterrichtet — so daß die Persönlichkeit gefaßt und überführt werden kann: so soll der Angeber zum Lohne erhalten fünfzig Pfund Sterling für jeden Erzbischof, Bischof, General-Vicar oder jede andere Persönlichkeit, die eine geistliche Jurisdiction ausgeübt hat, und zwanzig Pfund für jede geringere Person. Diese Gelder sollen

---

[1]) „Le gouvernement a trouvé ces loix absolument nécessaires pour le bien et la sûreté de l'état, et on ne sauroit non plus y trouver le moindre attentat sur les articles de la capitulation de Limerick." Aus der Antwort der Staats-Secretäre, vom 22. Juli. S. V.

[2]) „Nous voyons que vous avez été fort mal informé des faits."



von den Papisten der Ortschaften entnommen werden, wo jene Personen fungirt haben."

„Zwei Friedensrichter haben das Recht jeden Papisten von sechszehn Jahren und darüber binnen drei Tagen vorzuladen. Im Falle des Nicht-Erscheinens oder im Falle der Weigerung auf Eid anzugeben, wann er die Messe gehört, an welchem Orte, wer sie celebrirt, welche Personen zugegen gewesen, wo irgend ein Weltgeistlicher wohnt — soll ein solcher Papist, der nicht vollständig über alle Umstände Auskunft gibt, zwanzig Pfund Sterling bezahlen oder auf zwölf Monate in das gewöhnliche Gefängnis geschickt werden."

„Alle Weltpriester haben den Abschwörungs-Eid vor dem 1. November zu leisten, und sollen, im Falle der Weigerung oder Unterlassung, wie überführte Ordenspriester behandelt werden." — Die Ordenspriester wurden eo ipso deportirt, und bis dahin, daß sich ein Schiffer fand, der sie, für fünf Pfund Sterling den Mann, nach Amerika überbrachte, ins Ortsgefängnis verwiesen. Der Abschwörungs-Eid zu Gunsten der bestehenden Regierung war sehr lang und ausführlich.

Es stand aber den zwei Friedensrichtern auch das Recht zu jede Persönlichkeit über sechszehn Jahre vorzuladen, und von ihr den Abschwörungs-Eid zu verlangen. Im Falle der Weigerung betrug die Buße zwei Pfund Sterling oder drei Monate Gefängnis. Im zweiten Falle ward die Strafe verdoppelt. Im dritten Falle kam das Gesetz Praemunire in Anwendung, d. i. Confiscation des ganzen Vermögens und lebenslängliches Gefängnis.

Der Auszug des Grafen Gallas aus dem Gesetzentwurfe hat fünfzehn Bestimmungen, die eine der anderen entsprechend.

Ein Gesetzentwurf solcher Art, erklärte der kaiserliche Gesandte den zwei englischen Staats-Secretären, stehe nicht im Einklange mit der Capitulation von Limerick, sondern sei in Wahrheit eine Verfolgung zum Zwecke der Ausrottung der katholischen Religion. „Allerdings, fährt der Graf Gallas fort, ist der Kaiser nicht der Garant der Capitulation von Limerick, wie es die Königin für den Vertrag von Alt-Ranstadt ist. Aber es ist aller Welt bekannt, wie viel die gute Freundschaft zwischen dem Kaiser Leopold und dem Könige Wilhelm III. beigetragen hat, den letzteren hier zu befestigen. Jedermann kennt auch die Versicherungen,

welche damals der König gegeben, daß die Römisch-Katholiken in diesen Ländern niemals verfolgt werden sollten. Daher darf der Kaiser nicht unterlassen sich für sie zu verwenden, wenn er nicht bei allen katholischen Fürsten Europas den Vorwurf einer Mitschuld an den Verfolgungen auf sich nehmen will. Es besteht daher zwischen der Verwendung des Kaisers für die Katholiken in Irland und derjenigen der Königin für die Protestanten in Schlesien wesentlich kein Unterschied" [1]).

Die Vergleichung war den Umständen nach unvermeidlich; aber sie konnte auf die englische Regierung kaum in gewinnender Weise wirken. Carl XII. hatte, nach dem Abschlusse des Vertrages von Alt-Ranstadt mit dem Kaiser, die Seemächte aufgefordert, die Garantie desselben zu übernehmen. Beide Mächte hatten dies gethan, die Königin von England mit Ausdrücken des Lobes und der Anerkennung für Carl XII., die dem Kaiser Joseph I. sehr wenig erfreulich klingen konnten. Das Schreiben der Königin erschien Vielen ähnlich einer Aufforderung an Carl XII., dem Kaiser dennoch auf den Leib zu fallen [2]). Die Königin beschränkte sich ferner darin nicht auf die Garantie des Vertrages zu Gunsten der Anhänger der Augsburgischen Confession, sondern sprach den Wunsch aus, daß Carl XII. auch den Reformirten dasselbe Glück zuwende. Carl XII. erklärte sich zuerst bereitwillig. Der Wiener Hof erwiederte, daß er den Vertrag von Alt-Ranstadt erfüllen, darüber aber nicht hinausgehen wolle. Die Angelegenheit, die ursprünglich nur eine Maske war, durch welche Carl XII. den wahren Grund seines langen Verweilens in Sachsen verhüllte, schien nun durch das wenig bundesfreundliche Mit-Eintreten Englands eine neue selbstständige Bedeutung zu gewinnen. Der englische Gesandte Meadows in Wien reichte eine Denkschrift ein, welche nachwies, daß der Osnabrücker Friedensvertrag unter den Bekennern der Augsburgischen Confession die Reformirten mit umfasse, daß demnach auch der Vertrag von Alt-Ranstadt für sie gelten müsse [3]).

---

[1]) Schreiben des Grafen Gallas vom 17. August. Im k. k. Archive.

[2]) Lamberty t. V, p. 70.

[3]) A. a. O. p. 74. Vom 27. October 1708.

Um so mehr bemühete man sich von kaiserlicher Seite die Schweden dabei festzuhalten, daß die Auslegung des Vertrages von Alt-Ranstadt nur dem Kaiser und dem Könige zustehe, und die Sache rasch zur Ausführung zu bringen. Dies gelang. Am 8. Februar 1709 stellte der schwedische Bevollmächtigte Stralenheim die urkundliche Erklärung aus, daß alle Bestimmungen des Vertrages von Alt-Ranstadt zu Gunsten der freien Religionsübung für die Bekenner der Augsburgischen Confession in Schlesien voll und getreu erfüllt seien[1]).

Die englische Einmischung zu Gunsten der Reformirten in Schlesien hatte also keinen Erfolg gehabt. Eben darum aber auch mochte die englische Regierung wenig geneigt sein, der kaiserlichen Verwendung für die Katholiken in Irland einen Einfluß zu gestatten.

Die Mehrheit des irischen Unterhauses nahm den Gesetz-Entwurf gegen die Katholiken an und sandte ihn an das Oberhaus, verknüpft mit einer Subsidien-Bill. Nach harten Kämpfen im Oberhause betrug dort die Mehrheit für den Entwurf sieben Stimmen[2]).

Der Statthalter, Lord Wharton, sandte die Bill mit seiner Befürwortung der Königin ein. Es handelte sich also nur noch um die Sanction der Königin.

Clemens XI. wandte sich abermals mit flehender Klage an eine Reihe katholischer Fürsten: an den König von Portugal, an den Herzog Victor Amadeus, an die Republik Genua[3]). Der Einzige jedoch, dessen Fürwort vielleicht noch in die Wage fallen konnte, war doch nur der Kaiser. Für diesen blieb einstweilen noch die Hoffnung, daß die Königin nicht sanctioniren würde. Von der Ueberzeugung aus, daß durch das neue Gesetz der katholischen Religion in Irland der Todesstoß versetzt werde, befahl der Kaiser dem Grafen Gallas, daß er sich, wie bisher, dieser Sache mit dem äußersten Fleiße und Nachdrucke annehmen solle, so viel sich immer thun lasse, ohne sich mit dem englischen Hofe abzuwerfen[4]).

Auch diese Hoffnung bewährte sich nicht: die Königin sanctionirte.

---

[1]) Lamberty t. V, p. 396.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. September. Im k. k. Archive.

[3]) Clementis XI epistolae t. I, p. 587 sqq.

[4]) Kaiserliches Rescript vom 16. October. Im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.



Der Papst Clemens XI. entsendete darauf die in Rom weilenden Franziskaner, unter der Führung Bonaventuras, abermals an den Kaiser. Jener reichte die folgende Bittschrift ein[1]).

„Die Katholiken und insbesondere der Clerus des unglücklichen Königreiches Irland werfen sich Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät seufzend und weinend zu Füßen, und erflehen und erbitten, vermittelst des Ordensmannes, der, wie vor einiger Zeit, so jetzt abermals von dem Papste ausdrücklich zu diesem Zwecke gesendet ist, mit unendlichen Wehklagen und Thränen, die mächtige und fromme Hülfe und Verwendung Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät. Denn die Gefahr des Unterganges der katholischen Religion ist für uns nunmehr aufs höchste gekommen. Wir erkennen mit tiefstem Danke die niemals oder nur mit unserem Blute zu vergeltende Verpflichtung für die warme Fürsprache, die bisher auf Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät treueifriges Geheiß Ihre Minister für uns eingelegt haben. Aber alle diese auch noch so lebhaften und ewigen Lobes würdige bisher aufgebotenen Verwendungen haben nicht vermocht zu verhindern, daß die Parlamentarier, mit kunstvoller Arglist, der Königin von England die Sanction der letzten unheilvollen Acte, welche auf die Ausrottung des katholischen Glaubens ausgeht, entrissen haben. Dieselbe ist zu Dublin am 10. September verkündet mit der Beifügung, daß die Obrigkeiten die Ausführung aufs schärfste überwachen sollen, mit Androhung schwerer Strafe und Geldbuße für die darin etwa Säumigen."

„Daß nun diese Ausführung in der That durch die Obrigkeiten geschieht, melden uns die jüngsten Briefe aus Dublin, vom 20. September/1. October. Sie berichten, daß mehrere der Unseren schon unterlegen sind und den Glauben der Väter abgeschworen haben, daß viele Andere wanken, und, tief betroffen von Furcht vor der unvermeidlichen Bettelarmuth, geneigt erscheinen dem Beispiele der Anderen zu folgen und der katholischen Religion zu entsagen, es wäre denn daß von Gott, vermittelst des frommen Fürwortes Ew. erhabenen und gnädigsten Römisch-Kaiserlichen Majestät, recht bald uns die Hülfe käme, daß jener grausamen Ausführung Einhalt gethan würde."

---

[1]) Anlage I.



„Es ist also jetzt die Zeit gekommen, ohne Aufschub dasjenige zu thun, was allein in dieser äußersten Noth noch übrig ist und helfen kann, damit nicht unsere heilige katholische Religion in unserem tief betrübten, einst derselben so fest anhangenden Irland ganz und gar und wie in Einem Augenblicke untergehe. Und darum bitten wir, mit aller Unterthänigkeit, mit Thränen, mit Seufzern, mit demüthigen Klagen, abermals und abermals."

„Unsere Bitte nämlich ist, daß Ew. Römisch-Kaiserliche Majestät aus unendlicher Gnade und in der vollen ererbten Frömmigkeit Ihres Hauses geruhen wolle, zunächst ein Allerhöchsteigenes Handschreiben an die Königin, so wie auch an das Parlament von Groß-Britannien zu richten, mit der Mahnung und der Darlegung der Gründe für die Rücknahme jener Beschlüsse, oder wenigstens für die Suspension der vorerwähnten grausamen Ausführung, welche ja auch der politischen Klugheit nicht entspricht. Denn offenbar schadet diese Verfolgung in hohem Maße der gemeinsamen Sache, nicht bloß vor den Augen aller Katholiken der Allianz, sondern auch der neutralen, besonders aber der Katholiken in Spanien, mögen sie dem Könige Carl III. gehorchen oder nicht."

„Ferner müssen die Engländer eingedenk sein, wie sehr ihre Freiheit und ihr Eigenthum abhing von der Freundschaft des Kaiserhauses, zur Zeit des Königs Wilhelm III., der darum dem glorwürdigsten Kaiser Leopold sein königliches Wort verpfändete, daß in seinen drei Königreichen, namentlich aber in Irland, die katholische Kirche keiner Gefahr ausgesetzt werden und keinen Schaden erleiden solle."

„Aus diesem königlichen Worte ist erwachsen und bleibt der Königin und dem Parlamente die bündige Verpflichtung, die Fürsprache Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät für die genaue Beobachtung der Capitulationen von Limerick und Galway zu hören; denn Ew. Römisch-Kaiserliche Majestät sind Vermittler (?) und Bürge (?) derselben."

„Und zwar dies um so mehr, weil die Katholiken in Irland den geleisteten Eid der Treue, der allein vertragsmäßig ihnen obliegt, niemals gebrochen haben, immer in friedlicher Stille lebend, auch ungeachtet der zahllosen Beschwerden, welche diejenigen der ägyptischen Tyrannei übertrafen."

„Und weil der Herzog von Marlborough bei der Königin und dem Londoner Hofe viel vermag, und leicht einsieht, welcher Nachtheil der gemeinsamen Sache aus dem Bekannt-Werden der grausamen Katholiken-Verfolgung in Irland erwachsen muß: so scheint es zweckmäßig und wird für sehr nützlich gehalten, wenn im Namen der Römisch-Kaiserlichen Majestät diesem Herzoge geschrieben würde, so wie desgleichen auch dem Prinzen Eugen, der auf den genannten Herzog großen Einfluß hat."

„Während die unterthänigsten Boten der irischen Katholiken in Asche und im härenen Gewande, in Thränen ohne Ende Buße thun, in der Erwartung einer glücklichen Hoffnung, bitten, flehen, beschwören sie Ew. Römisch-Kaiserliche Majestät, eingedenk zu sein des eigenen Rechtes und des vermöge der Abstammung von Kaiser Leopold begründeten Anspruches, den die Verfolger des Glaubens austilgen möchten. Unsere Sache ist dieselbe, nämlich Gottes und des Kaiserhauses."

„Die unterthänigsten Boten der Katholiken Irlands gedenken der Verdienste alter Zeiten. Es ist bekannt, daß die Iren von spanischem Ursprunge sind, daß sie in Spanien sich heimisch fühlen, von den Spaniern wie Brüder behandelt werden. Das Gedächtnis der Lebenden kann die Bände der Verzeichnisse ergänzen, in welchen zu lesen, welche, wie viele, mit welcher Treue und zugleich mit welchem glücklichen Erfolge aus beiden Nationen dem Kaiserhause gedient haben. Und darum, wenn sie durch dasselbe in ihrem Glauben bewahrt werden, hat das Kaiserhaus an Irland eine lebendige Pflanzschule guter Soldaten und Officiere."

„Ferner wollen die Sendboten der katholischen Iren des Verdienstes des kaiserlichen, mit allem Nachdrucke erfolgenden Fürwortes in der gegenwärtigen heiligsten Sache eingedenk sein vor dem höchsten allmächtigen Gotte, der die Siege, die Kronen, die Scepter verleiht und erhält, und der sie wandelt von einem Geschlechte zum anderen nach seinem Wohlgefallen."

„Ferner werden sie dies thun vor dem Oberhaupte der Christenheit, dessen hauptsächliche Sorge und besonderer Fleiß darauf gerichtet ist, den katholischen und apostolischen Glauben nicht bloß zu erhalten, sondern auch auszubreiten, wie er in Betreff des höchst beklagenswerthen Irland Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät in dem neulichen päpstlichen Breve kund gethan hat."

„Endlich vor der gesammten Christenheit, welche, wie sie über den beweinenswerthen Zustand Irlands unsäglich trauert, so auch sehnlichst begehrt einen Retter zu schauen, und für Jahrhunderte ihn zu preisen. Ein augenscheinliches Zeugnis der Wahrheit dessen ist, daß alle katholischen Fürsten, wenn auch in anderen Angelegenheiten noch so sehr uneinig, in dieser einen heiligen Sache einstimmig bereit sind, sich der Römisch-kaiserlichen Majestät anzuschließen."

„Dies Alles legen die Sendboten der irischen Nation Ew. Römisch-Kaiserlichen Majestät zu Füßen, der erhabenen Entscheidung harrend, nicht um ein Maß vorzuschreiben, sondern um Mittel anzugeben, welche sie für nothwendig erachten, nicht im Vertrauen auf eigene Verdienste, sondern vor allen Dingen auf den ererbten reinsten Eifer des Kaiserhauses für die Kirche und die katholische Religion, vermöge dessen es emporgewachsen ist zum erhabenen und starken Baume, dessen Höhe reicht bis zum Himmel, und sichtbar ist über den ganzen Erdkreis."

Der Kaiser Joseph I. entsprach der flehenden Bitte. Er ertheilte abermals, am 23. November, dem Grafen Gallas den Auftrag, in der nachdrücklichsten Weise überall da wo eine Aussicht auf Erfolg sich biete, gegen diese Gesetze in Irland zu reden. Der Gesichtspunct, daß, dem Hause Bourbon gegenüber, die Verfolgung der Katholiken in Irland eine politische Thorheit sei, tritt darin voran; zugleich jedoch macht der Kaiser seine hohe Pflicht als des Schirmvogtes der Kirche geltend [1]).

Noch bevor der Graf Gallas den Auftrag erhielt, meldete er heim, am 5. November: „Die Dinge in Irland sind bereits dahin gediehen, daß diese armen bedrängten Menschen keine andere Hülfe mehr haben noch hoffen können als die, daß Gott der Allmächtige die Gemüther, welche die Verfolgung nunmehr in ihrer Willkür haben, dahin leiten möge, daß dieselbe, gleichwie hier in England geschieht, nicht nach dem Wortlaute vollzogen werden." Dann jedoch steigt ihm sofort der Zweifel auf, und er fügt hinzu: „Dieses ist jedoch dort in einer abgesonderten Provinz, wo die Statthalter und die ihnen unterstehenden Obrigkeiten allezeit mit mehr Violenz verfahren, kaum

[1]) Anlage II.



zu hoffen. Sollte ich aber jemals nur die geringste Gelegenheit finden und sehen, die Befehle Ew. kaiserlichen Majestät mit einiger Aussicht auf Erfolg ausführen zu können, so werde ich gewis keinen Augenblick verlieren."

Darin lag im voraus zur Genüge angedeutet, daß für den neuen Auftrag des Kaisers, vom 23. November, sich geringe Aussicht auf Erfolg darbiete. In der That fand sich für Gallas weiter keine Gelegenheit. Die Dinge in Irland gingen ihren Gang. Nach menschlicher Ansicht mußte die Kirche dort aussterben. Anders jedoch als der Wille und die Meinungen der Menschen lautet die göttliche Verheißung: Et portae inferi non praevalebunt adversus eam.

Der savoyische Feldzug.

Der Friedens-Vertrag mit dem Papste Clemens XI., vom 15. Januar, machte die kaiserliche Armee unter Daun wieder verfügbar. Sie marschirte nach Piemont. Unverkennbar schaute man von Versailles aus dahin mit großer Besorgnis. Es hieß dort, daß die Armee unter dem Herzoge Victor Amadeus 50,000 Mann betragen werde, daß er große Entwürfe habe zugleich gegen das Dauphiné und die Grafschaft Nizza, daß ihm für den letzteren Plan eine holländisch-englische Flotte die Hand bieten werde[1]). Diese Besorgnisse stiegen durch den Bericht des Marschalls Berwick, der dem Herzog gegenüber den Oberbefehl führen sollte, aus Grenoble, am 28. April, über den Zustand, den er vorfand. Die Intendanten der Provinzen rund umher gestatteten nicht den Verkauf von Getreide, unter der Behauptung, daß die Bevölkerung die Abfuhr nicht gestatten werde. „Ohne Brot aber, ruft er, kann ich keine Armee zusammen halten, und folglich wäre dann der Herzog von Savoyen Herr und Meister zu thun was er will. Bei den großen Vorbereitungen, die er getroffen, stehen wir in Gefahr ihn bald an den Ufern der Rhone zu erblicken. Es ist ein Irrthum sich einzubilden, daß die Subsistenz des Volkes höher steht als diejenige der Armee. Erst die Armee, dann das Volk" [2]). Berwick

[1]) Pelet t. IX, p. 130.

[2]) A. a. O. p. 139.

erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, wie er diesem seinem Grundsatze gemäß alles öffentliche Geld aus den ihm erreichbaren Cassen genommen, und auf die Vorstellung des Finanz-Directors Desmarets, daß das wider alle Ordnung, ihm geantwortet habe: es sei noch mehr wider die Ordnung eine Armee, welche die Grenzen Frankreichs zu wahren habe, verhungern zu lassen [1]).

Berwick fürchtete einen Angriff auf Toulon. Dies war, nach seiner Ansicht, das einzige Object, welches von der Seeseite her die Feinde ins Auge fassen würden. Er traf dagegen seine Anstalten, und erhielt dafür die volle Zustimmung des Königs in Versailles [2]).

Unterdessen saß der Herzog Victor Amadeus, vor welchem man in Frankreich bis in den Sommer hinein so große Besorgnisse hegte, in seiner Hauptstadt Turin und haderte von da aus mit dem Kaiser über seine Ansprüche. Dem Vertrage von 1703 gemäß hatte er Montferrat und einige mailändische Provinzen erhalten. Demselben Vertrage gemäß verlangte er Vigevanasco. Auch dies war der Kaiser bereit zu gewähren, verlangte aber zugleich eine Minister-Conferenz in Mailand über einige Zweifel. Ein anderer Differenzpunct war die Frage, wie weit sich die Rechte des Herzogs über die Reichslehen erstrecken, die durch ein Diplom des Kaisers Leopold von 1690 ihm überwiesen waren. Es liefen bei dem Kaiser Klagen ein gegen Uebergriffe des Herzogs. Der Kaiser erklärte es für seine Pflicht, die Geschädigten zu schützen [3]).

Im Haag und in London war es Gewohnheit der Staatsmänner, bei Differenzen dieser Art auf den Kaiser zu drücken, daß er dem Herzoge Victor Amadeus zu Willen sein möge. So geschah es auch dies Mal, namentlich im Haag. Dennoch wußten wenigstens die englischen Häupter, wie es um Victor Amadeus stand. Bereits am 17. Januar mahnte Marlborough vom Haag aus Godolphin, über die Gesinnungen des Herzogs stets genaue Kunde einzuziehen. „Denn ich fürchte, sagt er, daß es nicht seine Absicht ist, im nächsten

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 42.
[2]) Pelet t. IX, p. 146 und 152. Vom 24. Mai und 3. Juni.
[3]) Kaiserliches Rescript an den Grafen Gallas, vom 23. Januar.



Feldzuge den Franzosen großen Schaden zu thun." Er wiederholte dies einige Tage später [1]).

Ungeachtet dieser Mahnung Marlboroughs drängte auch Godolphin, im April, in den kaiserlichen Gesandten Gallas: der Kaiser möge um der allgemeinen Sache willen den Wünschen des Herzogs willfahren. Gallas entgegnete: was immer auch der Kaiser thue, Victor Amadeus werde neue Vorwände ersinnen [2]). — Als dann das Verhalten des Herzogs Victor Amadeus mehr und mehr der von Marlborough bereits im Januar kund gegebenen Besorgnis entsprach, gewann dieselbe auch bei Godolphin die Oberhand. Am 14./25. Juni forderte er Marlborough auf, darüber zu dem Grafen Maffei im Haag eindringlich zu reden. „Victor Amadeus, schreibt Godolphin, hat, außer den laufenden Subsidien, für dieses Jahr bereits erhebliche Summen aus den außerordentlichen Mitteln von der Königin empfangen. Es ist nicht vernünftig, daß, wenn er es für angemessen hält, dem Wiener Hofe zu grollen, dann das Geld und die Mühen der Königin für umsonst sein müssen, wo sie ja doch überall für seine Interessen Sorge trägt" [3]). — Aber Victor Amadeus begnügte sich nicht mit dem thatsächlichen Verhalten. Er gab vor den Gesandten der Seemächte und nach Wien hin die Erklärung ab: er werde überhaupt nicht zur Armee gehen, bevor nicht der Kaiser alle seine Forderungen erfüllt habe [4]). Die Meldung erhöhte den Verdruß Godolphins. „Der Herzog, schreibt er, behandelt uns wie Kinder. Ist es denn recht, daß er wegen jeder Zänkerei und Verdrießlichkeit mit dem Wiener Hofe die gerechten Erwartungen der Königin und der Generalstaaten unbefriedigt läßt? Sie haben so viel für ihn gethan, so große Ausgaben gemacht, um ihn in Stand zu setzen, Frankreich von jener Seite her zu bedrängen: und nun, wo die Gelegenheit dazu für ihn günstiger ist als er selber hoffen durfte, beliebt es ihm verdrossen zu sein und keinen Gebrauch davon zu machen!" [5]).

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 298 und 302.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. April.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 333.

[4]) Kaiserliches Rescript an den Grafen Gallas, vom 13. Juli.

[5]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 347. Vom 4./15. Juli.

Marlborough ließ auf verschiedenen Wegen seine Mahnungen nach Turin ergehen, daß die Klagen des Herzogs, wie begründet immer, doch nur den Kaiser treffen dürften, nicht die gemeinsame Sache der Allianz [1]). Die Mahnungen übten auf den Herzog keinen Einfluß.

Nach der Ansicht Godolphins war die günstigste Auslegung, die man von diesem Verhalten des Herzogs Victor Amadeus machen konnte, diejenige, daß er trachte den Krieg hinzuziehen auf Kosten der anderen Mächte, in der Hoffnung dabei seine Rechnung zu finden. — Andere hegten die Vermuthung, daß Victor Amadeus, nachdem er erreicht, was er gewollt, nun einmal wieder geneigt sei, seine Segel nach französischem Winde zu stellen [2]). Es ward sogar behauptet, daß Ludwig XIV. mit dem Herzoge durch dessen Tochter in Spanien, die Frau Philipps V., angeknüpft habe [3]). Nach französischen Berichten jedoch weigerte sich Ludwig XIV., damals dem Herzoge Vorschläge zu machen [4]). Thatsächlich erreichte dieser, daß die Seemächte, ungeachtet alles Verdrusses über ihn, dennoch um so stärker in den Kaiser drängten, allen Begehren des Herzogs zu willfahren.

In Ermangelung des Herzogs Victor Amadeus kam das Commando der Armee an den Feldmarschall Daun. Am 11. Juli überschritt er die Alpen. Ihm gegenüber hatte Berwick die Stadt Briançon zum Mittelpuncte seiner Vertheidigung gemacht. Es gelang dem Feldmarschall Daun nicht, ihn von dort zu verdrängen, noch zu einem Treffen zu zwingen. Das einzige Ereignis von Bedeutung war eine Schlappe, welche die Franzosen unter dem General Thouy, am 28. Juli, bei Conflans erlitten. Dann beobachtete man sich gegenseitig, bis mit dem frühzeitigen Eintreten der rauheren Jahreszeit der Feldzug endete.

Marlborough kleidet seine Kritik dieses Feldzuges im Südosten in die an den englischen General und Gesandten Palmes in Turin gerichteten Worte: „Aus Ihren und den anderen Nachrichten ersehe

1) **Murray vol. IV, p. 532, 555.**
2) **Wagner, Historia Josephi p. 296.**
3) **Coxe vol. II, p. 471.**
4) **Pelet t. IX, p. 209.**

ich, daß Ihre ganze Armee über die Berge zurückgegangen, so daß es mit aller Aussicht, die wir hatten, nun zu Ende ist, und Sie nach aller Wahrscheinlichkeit im nächsten Jahre eben so spät wie in diesem aufs neue zu beginnen haben werden. Dies läßt mich fast daran verzweifeln, daß Sie von jener Seite jemals etwas ausrichten werden"[1]).

Bei der Lage, in der sich Frankreich befand, und bei den Besorgnissen, die beim Beginne des Feldzuges gerade von Südosten her laut wurden, war es ein Gewinn sich ohne erheblichen Nachtheil dort behauptet zu haben.

Der Feldzug in Spanien.

Die Bemühungen des Kaisers Joseph in England, während der Session des Parlamentes, um Nachschub für Carl III., damit er in den Stand gesetzt würde, von Catalonien aus wieder zur nachdrücklichen Offensive vorzugehen, hatten, wie wir gesehen, geringen Erfolg gehabt. „Die Verbündeten, schrieb Carl III. an Wratislaw, scheinen nur durch die Niederlande Spanien erobern zu wollen." Um so dankbarer erkannte er an, daß der Kaiser ihm noch 3000 Mann schicken wolle[2]).

Der Feldzug begann an beiden Seiten der Halbinsel nicht vortheilhaft für Carl III. Die Stadt Alicante war in den Händen der Franco-Spanier; doch noch hielt sich die Citadelle. Der General Stanhope versuchte, im April, auf der Flotte des Admirals Whitaker ihr Hülfe zu bringen. Er konnte nur noch für sie eine günstige Capitulation erwirken und abschließen, am 18. April, und damit war die Herrschaft Carls III. in Valencia völlig zu Ende.

Auf der anderen Seite der Halbinsel ließen die Versicherungen von Portugal aus eine höhere Kraftleistung als bisher erwarten. Die verbündete Armee, aus Engländern und Portugiesen bestehend, unter Lord Galway und dem Grafen St. Joan, überschritt am 7. Mai den Guadiana. Noch am Nachmittage desselben Tages kam es zum Treffen, in welchem der Sieg den Franco-Spaniern verblieb.

---

[1]) Murray vol. IV, p. 624.

[2]) Carl III. an Wratislaw, 4. Mai.

Ungeachtet daß die dringenden Vorstellungen des Grafen Gallas für die Ausstattung Carls III. zum Offensiv-Kriege in Spanien bei den entscheidenden Persönlichkeiten in England geringen Anklang fanden: so brachten doch die Friedensverhandlungen die Wirkung hervor, daß die Sendung von englischen Truppen dahin wieder zur Erörterung kam. Godolphin baute seine Gedanken dafür auf wie folgt. „Wie die Uebergabe von ganz Spanien an Carl III. gemäß dem Vertrage eine Sache von höchster Wichtigkeit: so dürfte sie doch zugleich auch schwieriger sein, als in den Präliminarien zum Ausdrucke kommt. Darum erachten wir für rathsam alle Mittel aufzubieten, daß sich die Stadt Cadix sogleich für den König Carl III. erklärt" [1]).

Diese Mittel bestanden hauptsächlich darin, daß die Flotte des Admirals Baker sieben Bataillone Landungstruppen an Bord nahm, daß zugleich an den General Stanhope in Barcelona der Befehl voraus ging, der Flotte nach Lissabon entgegen zu eilen und mit jener Mannschaft einen Versuch auf Cadix zu machen [2]).

Stanhope eröffnete in Barcelona den erhaltenen Auftrag dem Könige Carl III. Er behauptete in Cadix Verbindungen zu haben, die ihm das Gelingen des Planes wahrscheinlich machten. Die Gegenvorstellungen Carls III. blieben vergeblich. Die englische Politik wollte ihn zum Könige von Spanien machen, nur freilich in ihrer, nicht in seiner Weise. Er sah sich genöthigt zu gestatten, was er nicht hindern konnte, und es blieb ihm nur übrig darauf bedacht zu sein, daß nicht abermals, wie in Port Mahon geschehen, noch eine spanische Stadt eine lediglich englische Besatzung erhielte. Zu diesem Zwecke gab er dem Engländer Stanhope zwei erprobte Spanier bei, Stampa und Santa Cruz [3]).

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 7. Juni. — Aehnlich in Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 319. Vom 24. Mai/4. Juni. Ferner p. 329.

[2]) A. a. O. sagt Godolphin: seven regiments of foot. Es scheint aber, daß damals in England die Namen Regiment und Bataillon synonym gebraucht worden sind, wie es z. B. Marlborough thut, Murray vol. IV, p. 649, zwei Zeilen von einander.

[3]) Carl III. an Wratislaw, 30. Juni. — Wagner, Historia Josephi p. 301.



Die Ausführung des Unternehmens auf Cadix, an welches sich weitere Plane auf Granada knüpften, unterblieb jedoch, nicht wegen der Einwände Carls III., sondern weil Lord Galway in Lissabon es für unpraktisch erachtete [1]). Er schlug eine andere Verwendung dieser nun einmal eingeschifften sieben Bataillone vor, nämlich durch sie die Bucht und den Hafen von Vigo in Besitz zu nehmen. Der Vorschlag, meinte Marlborough, bezwecke eher ein Truppencorps auf Kosten von Spanien zu erhalten als dem eigentlichen Ziele der Eroberung von Spanien nachzustreben [2]). Jene sieben Bataillone kamen also endlich doch dem Könige Carl III. zu statten.

Während der Friedenshandlung hatte Marlborough die Mithülfe der englischen Flotte für eine Unternehmung auf Sicilien in Aussicht gestellt, damit nicht den Holländern die Möglichkeit bliebe, Sicilien für Philipp V. zu belassen. Godolphin war anderer Ansicht. Wenn der Friede zu Stande käme, erklärte er, so bedürfe es einer solchen Unternehmung nicht; aber auch so sei die Flotte nützlicher an der spanischen Küste zu verwenden [3]). In ähnlicher Weise urtheilte gleichzeitig Stanhope in Barcelona. Die Nachrichten über die Stärke der Feinde in Sicilien, meldete er an Marlborough, lauten so ganz verschieden, daß sich ein sicheres Urtheil nicht bilden lasse. Auch wisse er nicht, ob es nicht doch die endliche Absicht sei, die Insel Sicilien dem Herzoge von Anjou zu belassen. Deshalb gebe er auf das Andringen der Umgebung Carls III. nur allgemeine Antworten und verweise auf die aus England zu erwartenden Befehle [4]). — Da diese, gemäß jener Aeußerung Godolphins, nicht erfolgten, so unterblieb die Unternehmung gegen Sicilien.

Dagegen war in England seit längerer Zeit schon der Plan rege, die Insel Minorka mit dem trefflichen Port Mahon für England zu behalten. Marlborough schreibt darüber an Stanhope: „Die Abtretung dieser Insel an uns wird für unseren Handel in aller Beziehung

---

1) Murray vol. IV, p. 582.

2) A. a. O. p. 583.

3) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 330. Vom 7./18. Juni.

4) Murray vol. IV, p. 563. Schreiben Stanhopes vom 15. Juni.

große Vortheile nach sich ziehen. Aber es ist ein sehr kitzlicher Punct, dessen Behandlung Ihre größte Umsicht erfordert. Denn so bald eine Kunde davon verlautet, werden die Höfe von Versailles und Madrid sich derselben zum Nachtheile des Königs Carl bedienen, und desgleichen bin ich auf die Einwände der Holländer gefaßt" [1]).

In der That mochte es, nachdem England vom Beginne des Krieges an so oft und so laut erklärt, daß es für sich von dem spanischen Erbe nichts beanspruche, doch einigermaßen schwer sein nun etwas zu fordern. Indessen pflegen sich dem menschlichen Scharfsinne bei dem Willen etwas zu nehmen, auch Gründe dafür einzustellen. Stanhope erhielt seine Befehle. Demgemäß eröffnete er dem überraschten Könige Carl, daß er den Auftrag habe, Minorka mit Port Mahon für England zu verlangen, nicht als eine Cession, sondern als Pfand für die ausgelegten Kosten der Befestigung. Da die Engländer sich im Besitze befanden, so war es schwer der Forderung auszuweichen. Carl III. suchte hinzuziehen, mit der Hoffnung auf den Einspruch des Kaisers [2]). Zugleich theilte er seinem Bevollmächtigten in London die Sache mit [3]).

Stanhope dagegen erging sich in heftigen Worten an Marlborough über die geringe Willigkeit Carls III. „Dieser Hof, schreibt er, verdient weder von England, noch von Ew. Gnaden im Geringsten die Rücksicht, die Sie ihm beweisen. Wenn nicht andere Gründe des Gemeinwohles obwalteten, so geschähe ihm ganz recht, wenn wir in alle auch noch so übergreifenden Forderungen der Holländer willigten" [4]). In ähnlichem Tone antwortete Marlborough: „Ihr Hof dort ist nicht der einzige, der sich nicht bereitwillig erzeigt, seine großen Verpflichtungen für die Königin anzuerkennen, wo er doch auch noch ferner von ihr abhängig ist. Sie hat für den Hof dort bereits mehr gethan, als er jemals wird vergelten können. Ich sehe dafür kein anderes Heilmittel als Geduld" [5]).

---

1) Murray vol. IV, p. 409. Vom 26. Januar.
2) Carl III. an Wratislaw, 15. Mai.
3) Hoffmanns Bericht vom 16. Juli.
4) Murray vol. IV, p. 562. Vom 15. Juni.
5) A. a. O. p. 561. Vom 31. Juli.

Es ist bemerkenswerth, daß damals nicht alle englischen Staatsmänner für diese Besitznahme geneigt waren. Auf die Frage des Savoyarden Briançon, wie es um die Angelegenheit stehe, antwortete Sunderland: er halte so weit entlegene Erwerbungen für England nicht vortheilhaft [1]). — Einige Tage später ward der kaiserliche Gesandte Gallas zu einer Conferenz über diese Angelegenheit geladen. Sunderland trug den Stand derselben vor. Godolphin schwieg. Gallas entgegnete: er erwarte Instruction von Wien [2]). Diese traf ein. Der Kaiser beauftragte seinen Gesandten die schweren Bedenken gegen eine solche Cession geltend zu machen: dasjenige der Erregung des Mistrauens der Generalstaaten, des Unwillens und der Abneigung der spanischen Nation, der Besorgnis bei dem Papste und den italienischen Mächten [3]).

Einige Tage später wandte sich der Holländer Vrybergen an Gallas mit der Frage, wie es mit Minorka stehe. Der Rathspensionär kenne die englische Zumuthung. Gallas antwortete: er habe ausdrücklichen Befehl, im Falle eines ferneren Andringens zu erklären, daß, da die Verpflichtungen Carls III. ihn den beiden Seemächten gegenüber bänden, sein Gesandter sich, ohne Vorwissen der Generalstaaten, auf eine Sache von solcher Wichtigkeit nicht einlassen könne. Vrybergen erwiederte: „Diese Antwort überhebt mich aller Besorgnisse. Denn, in der That, Minorka in englischen Händen wäre für die Republik eben so bedenklich wie Ostende" [4]).

Indessen that man im Haag auch directe Schritte. Man befragte den Lord Townshend über diese Angelegenheit. Er war derselben unkundig oder stellte sich so, und erwiederte, daß er bei seinem Hofe darüber anfragen werde. Er erhielt die Antwort, daß die Königin diese Angelegenheit nicht betreibe, und selbst nicht darein willigen werde [5]).

Darum freilich hörten die Bemühungen anderer Engländer, denen vielleicht von jener Antwort der Königin an Townshend keine Kunde zukam, nach und in Barcelona nicht auf. Der Entwurf eines

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. Juli.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 2. August.

[3]) Kaiserliches Rescript an den Grafen Gallas, vom 24. Juli.

[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. August.

[5]) Lamberty t. VI, p. 8.

Vertrages war von London aus dahin geschickt, mit dem Auftrage für Stanhope dort den Abschluß zu erwirken [1]). Marlborough bemühete sich zugleich, bei Wratislaw in Wien die Sache in ein anderes Licht zu stellen. Er behauptete, daß er über die Angelegenheit nicht befragt sei, aber, in so weit sie zu seiner Kunde gekommen, müsse er sagen, daß man sowohl in Wien wie in Barcelona sie sehr irrig auffasse. „Nach meiner Ansicht, sagt er, würde den Interessen des Königs Carl nichts so sehr entsprechen als uns jene Insel zu belassen. Denn der Besitz derselben würde uns fortdauernde Ausgaben auferlegen, von denen Spanien den Nutzen zöge, und dazu hätte es im Falle der Noth immer eine Hülfe zur Hand" [2]).

Es scheint nicht, daß diese Art der Beweisführung in Wien oder in Barcelona eine überzeugende Kraft ausgeübt habe. Nachdem Stanhope zur Erkenntnis gekommen, daß er mit allem Ungestüme dennoch nichts erreichen werde, kehrte er, ohne den gewünschten Vertrag, im Herbste nach London zurück.

Wir sehen die geringe Rücksicht, welche diese Engländer darauf nahmen, daß sie durch derartige Anforderungen an Carl III. sein Königthum in Spanien, das sie begründen wollten, zugleich wieder untergruben. Etwas Aehnliches fand statt auf einem anderen Gebiete. Carl III. durfte hoffen, durch die päpstliche Anerkennung als katholischer König von Spanien seinem Rivalen die Waffe des Religionskrieges bei den Spaniern entwunden zu haben. Aber auf französisch-spanischer Seite behauptete man, auf einem genommenen englischen Schiffe 14,000 Exemplare des Katechismus der englischen Liturgie gefunden zu haben, von der Königin Anna zur Vertheilung in Aragonien und Valencia bestimmt [3]).

Für seine Defensive in Catalonien sah sich der König Carl, beim Beginne des Feldzuges, auf die geringe Truppenzahl angewiesen, die er noch besaß. Aber es bestand für Philipp V. ein ähnliches Verhältnis wie für Carl III. Wie dem Letzteren die Macht England,

1) Murray vol. VI, p. 569. Vom 5. August.

2) A. a. O. p. 604. Vom 26. September.

3) Memoire Amelots für seinen Nachfolger Blecourt, in Mémoires de St. Simon t. IV, p. 462.



die ihn — wie das nicht genug wiederholt werden kann — nicht zunächst in seinem, sondern in ihrem eigenen Interesse nach Spanien gerufen hatte, nicht die Mittel gewährte, durch eine nachdrückliche Offensive in Spanien selber die Entscheidung zu geben: so zog auch Ludwig XIV. bei der Gefahr, die für Frankreich selber von den Niederlanden her drohete, möglichst viele Truppen aus Spanien zurück, und beließ dem Marschall Bezons dort nur so viele als ihm zur Defensive durchaus erforderlich schienen. Dazu wirkte auf der Seite Philipps V. lähmend ein die Abneigung der Spanier wider seine französischen Berather, die Prinzessin Orsini und den Botschafter Amelot, der dann durch Blecourt ersetzt wurde, ferner die Differenzen zwischen dem französischen Marschall Bezons und dem Spanier Aguilar.

Es kam dahin, daß Starhemberg mit schwächeren Kräften dennoch es unternahm, die Offensive zu ergreifen. Er überschritt die Segra, nahm am rechten Ufer derselben die Stadt Balaguer und befestigte sie. Philipp V., um die Seinigen zu ermuthigen, kündigte an, daß er sich selber zur Armee begeben werde, und traf dort ein, mit schwerem Tadel für den Marschall Bezons. Aber keiner der Generale wollte zu einem Angriffe auf die befestigte Stellung Starhembergs rathen. Ein so erprobter Feldherr, sagte man, würde, bei seiner geringen Macht, nicht so zuversichtlich auftreten, wenn er nicht des Nachschubes sicher wäre. In der That blieb es dabei [1]).

Im nördlichen Catalonien gelang es dem Marschall Noailles, unweit Girona, am Flusse Ter, die Generale Uhlefeld und Frankenberg zu überraschen und zu schlagen. Daß es damals noch nicht zu einer Belagerung Gironas kam, verdankte Carl III., nach seiner Meldung an seinen Bruder Joseph, dem wachsamen Eifer Starhembergs.

Carl III. hatte also abermals sich das Jahr 1709 hindurch behauptet, aber auch nur dies. Denn zugleich meldete er seinem Bruder: der Gegensatz der Castilier wider ihn und seine Herrschaft sei so hartnäckig und so tief, daß, auch wenn sein Gegner hinweg fliegen wollte, sie ihn mit Gewalt zurückhalten würden. Nicht in Güte, sondern nur mit den Waffen könne Castilien gewonnen werden. Dazu aber fehle ihm fast alles. Noch habe er sieben Regimenter Infanterie,

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 300.



sechs Cavallerie. Aber auch diese würden ohne schleunige und nachhaltige Unterstützung sich auflösen. Dann stehe ihm die abermalige Belagerung in Barcelona bevor. An eine Erweiterung seines Gebietes, an den Erwerb Siciliens sei daher zur Zeit nicht zu denken [1]).

Reichssachen.

Die Stellung der Reichs-Contingente.

Wir haben beim Abschlusse des Feldzuges von 1708 die nachdrückliche Mahnung des Kurfürsten Georg Ludwig als Reichsfeldherrn an die Stände des Reiches vernommen. (S. 127.) Aehnliche Mahnungen ergingen wie immer im Beginne des Jahres 1709 von dem Kaiser, von der Königin von Groß-Britannien, den Generalstaaten. Namentlich die zwei letzteren Mächte pflegten dabei mit scharfen Worten nicht zu kargen. Nachdem die Königin die Leistungen Englands hervorgehoben, fragt sie, ob das einst so schreckliche Deutschland seinen Feinden zu einem Spotte und Gelächter werden solle [2]). — In der Wirklichkeit lagen aber doch die Dinge so, daß die Erfolge der Seemächte zu einem sehr bedeutenden Theile durch deutsches Blut errungen waren. Weniger Deutschland im Allgemeinen verdiente die Vorwürfe, als diejenigen Häupter, welche dem eigenen Interesse des Gewinnes durch den Sold fremder Mächte die Pflicht für das gemeinsame Vaterland nachsetzten, und dazu angelockt wurden namentlich von England aus.

Voran darin stand der neue König von Preußen, der seit Jahren auch nicht Einen Mann seines Reichs-Contingentes an den Rhein stellte, dagegen 25,000 Mann im Solde der Seemächte hatte, zu zwei Dritteln in den Niederlanden, zu einem Drittel in Italien. Dem Könige Friedrich I. zunächst an Eifer für den Dienst der Seemächte kam im Jahre 1708 August II. von Sachsen-Polen. Er stellte vier Regimenter Infanterie, ein Regiment schwerer Reiter und zwei Regimenter Dragoner. Er begab sich dann selber in das Hauptquartier vor Lille, unter dem Vorwande diese denkwürdige Belagerung anzusehen, in der Wirklichkeit aber, wie er es selber später an Marlborough

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 301.



schrieb [1]), um durch diesen die Seemächte für seinen Plan des Wiedergewinnes von Polen günstig zu stimmen. Zu demselben Zwecke bot er neue sächsische Truppen an, am 1. November 1708.

Auf die Kunde dessen stellte sofort Friedrich I. dem Botschafter Raby in Berlin vor, daß die Truppen des Königs August II. für den Zweck der Vermehrung nicht ausreichen würden, und sprach den dringenden Wunsch aus, daß die Seemächte mindestens eben so viele von ihm nehmen möchten, nämlich vier Regimenter Cavallerie und vier oder fünf Bataillone Infanterie. Er wolle seine Rechnung so machen, daß die Verbündeten durch die Annahme seiner Truppen vor anderen viel Geld sparen würden [2]). Zugleich ward dann der Werth der Truppen als altgedient hervorgehoben.

Dies Angebot, vom 8. December 1708, leitete den Handel ein. Marlborough strich zunächst die von Friedrich I. verlangten vierzig Thaler Werbegeld für den Mann hinweg. Die weitere Correspondenz von Seiten Marlboroughs zeichnet in den denkbar höflichsten Formen dem Könige die Grenzen seiner Forderungen vor. „Das Parlament, sagt Marlborough, hat für die Vermehrung der Armee die Summe von 220,000 Pfund Sterling bewilligt; in Betreff der Güte sind die preußischen Truppen allen anderen vorzuziehen; bekanntlich jedoch liegen auch von anderen Seiten Angebote vor; den großen Vorbereitungen der Feinde gegenüber müssen wir sparsam sein, um für das bewilligte Geld möglichst viele Truppen zu erlangen" [3]). Kürzer und bündiger zeichnet Marlborough dem Botschafter Raby in Berlin die Linie des Verhaltens mit den Worten vor: „Mit möglichster Sparsamkeit für die vom Parlamente bewilligten Summen die größtmögliche Truppenzahl" [4]).

Aber Friedrich I. suchte aus diesen Sold-Verträgen mit England auch noch einen anderen Nutzen zu ziehen. Sein Gesandter Schmettau

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 354. Das Schreiben vom 1. November 1708.

[2]) Murray vol. IV, p. 385. Der Ausdruck Rabys im Schreiben vom 8. December: The Allies will save a great deal by taking their troops preferably to others. Dabei die Einzelnheiten des Vortheils.

[3]) A. a. O. p. 393. Vom 6. Januar.

[4]) A. a. O. p. 394.



im Haag legte Marlborough einen Entwurf über die Soldtruppen in Italien vor, in welchem Ansprüche an den Kaiser, an die Generalstaaten, auf Mecklenburg mit aufgenommen waren. „Aber derartige Ansprüche, erwiederte Marlborough, gehen ja die Königin gar nicht an"[1]).

Die Verhandlungen namentlich über die Vermehrung der Truppen in den Niederlanden zogen sich wochenlang hin. Zu Ende Januar glaubte Marlborough am Ziele zu sein, indem er in Berlin einen Entwurf vorlegen ließ, der dem Könige den Sold einer größeren Anzahl von Officieren zuwies als er wirklich unterhielt[2]). Aber auch dieser Entwurf fand noch nicht den Beifall Friedrichs I. Ein hauptsächlicher Differenzpunct war, daß Marlborough mehr Infanterie verlangte, und Friedrich I. mehr Cavallerie anbot. Endlich vereinbarte Marlborough mit dem Gesandten Schmettau und dem Brigadier Grumbkow im Haag einen neuen Vertrag, und schickte den letzteren mit demselben nach Berlin. Diesem gelang es in persönlicher Verhandlung den König Friedrich I. von den Vortheilen desselben völlig zu überzeugen. Dem Könige Friedrich I. gegenüber verzichtete Marlborough auf die $2^1/_2$ Percent, welche er von allen Subsidien, die das Parlament für Soldtruppen bewilligt, für sich in Abzug brachte[3]).

Dieser bei Marlborough ungewöhnliche Verzicht bezeugt, welchen Werth er darauf legte, durch Friedrich I. dessen Truppen zur Verfügung zu haben. In Wahrheit hatte er deren in den Niederlanden nach diesem letzten Vertrage 22,000 Mann. Darum suchte er auf alle Weise den König bei gutem Willen zu erhalten. Wenn er auch nicht die Aufnahme der zahlreichen und entlegenen Ansprüche desselben in die Subsidien-Verträge gestattete: so machte er sich persönlich verbindlich, z. B. die von Friedrich I. erhobenen Ansprüche auf Ober-Geldern zu vertreten[4]).

Demnach hatte wie August II. von Sachsen-Polen, so auch Friedrich I. von Preußen außer dem Gelde, das sie von den Seemächten für ihre Truppen bezogen, auch die Aussicht auf die Unter-

---

[1]) Murray vol. IV, p. 419.

[2]) A. a. O. p. 420: „whereby H. M. has the benefit of the pay of a good number of officers more than he entertains".

[3]) Der Bericht Grumbkows bei Coxe vol. II, p. 371.

[4]) Murray vol. IV, p. 491 und 497.



stützung der Seemächte für ihre Ansprüche an Landerwerb. Es war daher vortheilhafter für sie, in jener Art ihre Truppen zu verwenden als ihr Reichs-Contingent zu stellen. August II. ging so weit, Marlborough zu ersuchen: die Seemächte möchten dahin wirken, daß ihm auf die Truppen, die er ihnen in den Niederlanden stelle, sein Reichs-Contingent angerechnet werde [1]). Er hatte es, seit dem unglücklichen Tage von Hagenau im Jahre 1706 (Band XII, S. 50) nicht mehr gestellt.

Anders verfuhr Friedrich I. Indem er darauf gefaßt sein mußte, daß für das Jahr 1709 die Forderung an ihn sein Reichs-Contingent zu stellen, mit Nachdruck wieder erhoben würde, suchte er zuvorzukommen. Als Herzog von Magdeburg ließ er, am 5. März, im Reichstage zu Regensburg berichten, daß er seine 8000 Mann in Italien belassen wolle, eben so die 17,000 Mann in den Niederlanden, und diese noch mit 5000 Mann verstärke, so daß er mit 30,000 Mann wider den gemeinsamen Feind agire. Daraus werde Jedermann sein patriotisches Gemüth erkennen. Es wäre ihm zwar gleich, ob seine Truppen am Oberrheine oder anderswo Dienste thäten. Nachdem aber der jüngste Feldzug gezeigt, daß am Oberrheine, auch bei aller guten Absicht, wenig auszurichten: so habe er den Wünschen der mächtigen Verbündeten, der Königin und der Republik, denen doch die Hauptlast des Krieges obliege, sich nicht entziehen wollen, und hoffe, daß deren ruhmwürdige Plane dadurch um so mehr werden befördert werden [2]).

Gegen diese Auffassung erhob sich namentlich Württemberg. „Das gesammte Reich, sagte der Gesandte, hat eine Armee von 120,000 Mann beschlossen. Dafür zuerst hat ein jeder Reichsstand sein Contingent zu stellen. Daß man deutsche Truppen wider den gemeinsamen Feind auch in die Fremde führt, ist zwar billig und gut und in seinem Maße auch nöthig: dies sollte aber lediglich vom Ueberschusse der Reichsarmee, oder, wenn ein solcher sich nicht findet, durch besondere Truppen derjenigen Reichsstände geschehen, die durch solche ausländische

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 356. August II. an Marlborough, 30. October 1708.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 12.

Expeditionen ihre eigenen Zwecke und Particular-Vortheile verfolgen. Das Gegentheil ist bisher geschehen."

Es folgten weitere eindringliche Reden und Mahnungen, die doch an der Sache nichts änderten. Der brandenburgische Gesandte zog sich zuletzt darauf zurück, daß er alles heim gemeldet, aber keine andere Antwort erhalten habe, als daß die Verträge mit den Seemächten geschlossen seien und nicht geändert werden könnten [1]).

Friedrich I. trug einen hauptsächlichen Antheil der Schuld an der Schwäche des Reichs zur Abwehr; aber er trug sie nicht allein. Wir haben gesehen, wie August II. dazu stand. Und auch nicht auf diese zwei allein beschränkt sich die Anklage. Die Reichs-Operations-Casse, die der Kurfürst Georg Ludwig von Anfang an zur Bedingung seines Handelns gemacht und für welche der Reichstag eine Million Reichsthaler auf die Reichskreise umgelegt hatte, blieb wie leer. Der Mainzer Kurfürst, Lothar Franz von Metternich, entwickelte, wie in den Jahren zuvor, eine rastlose Thätigkeit für das Gemeinwohl, mit geringem Erfolge.

Dagegen ward am Reichstage ausführlich erörtert, was man von Frankreich beim Friedensschlusse zurückzufordern habe, die sogenannten avulsa Imperii. Die Gelegenheit schien ja so günstig. „Aber, sagt ein Zeitgenosse, man hatte von Seiten Frankreichs Gott für die schlechten Anstalten der Deutschen zu danken; denn, menschlichem Urtheile nach, dürfte es, wenn man sich nur halbwegs angegriffen hätte, für Frankreich jämmerlich genug ergangen sein" [2]). Die Generalstaaten ihrerseits erwiederten auf ein betreffendes Schreiben des Reichstages: „Es ist nicht genug, seine Gedanken darauf zu erstrecken was man gern haben möchte, sondern man muß auch zugleich auf Mittel bedacht sein, durch die man es erreichen kann, und davon ist in dem uns eingesandten Schreiben nicht die Rede" [3]).

---

1) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 17.
2) A. a. O. S. 45.
3) A. a. O. S. 64.

Der Feldzug am Oberrheine.

Nicht von deutscher Seite ward der Feldzug am Rheine begonnen, sondern von französischer, im Juni. Der Marschall Harcourt überschritt den Rhein, weniger um große Thaten auszuführen, als, nach dem üblichen französischen Ausdrucke, pour manger le pays. Der Kurfürst Georg Ludwig weilte noch in Hannover. Zu seiner Verstimmung über die abermalige geringe Willigkeit von Seiten des Reiches im Allgemeinen kam noch der besondere Anlaß, daß die Generalstaaten für die Verstärkung der Armee in den Niederlanden 4000 Württemberger in Sold genommen hatten und, im Mai, rheinabwärts kommen ließen. Erst am 8. August traf der Kurfürst mit seinem Reichs-Contingente bei der Armee ein, die unfern Germersheim stand. Von Langenkandel aus meldete er dem Reichstage in Regensburg seine Ankunft, und verlangte sofort eine neue Reichsbewilligung, am 13. August.

Zur selben Zeit befand sich die gegenüber stehende französische Armee unter Harcourt in einem noch ungleich schlechteren Zustande. Am 16. August beendete Harcourt, in Langen-Schleithal, einen langen kläglichen Bericht an den Kriegsminister mit den Worten: „Einhunderttausend Thaler in Species würden uns hindern vor Hunger zu sterben. Seit drei Monaten hat man uns fast nichts geschickt. Machen Sie Frieden, wenn Sie können" [1]).

Der Kurfürst Georg Ludwig hatte einen Offensiv-Plan von bedeutender Tragweite. Wiederholt schon war in den Jahren zuvor die der französischen Herrschaft abgeneigte Stimmung der Freigrafschaft in Erwägung gezogen. Es schien, daß, wenn es gelänge dort einen festen Punct zu gewinnen, die Reichsarmee und diejenige des Herzogs Victor Amadeus sich über denselben die Hand reichen könnten. Namentlich der Herzog Victor Amadeus hatte im Winter zuvor großen Eifer für diesen Plan entwickelt [2]). Man hatte Einverständnisse in Besançon. Der Plan des Kurfürsten war darauf berechnet, durch seine Bewegungen die Macht Harcourts nach dem Nieder-Elsaß zu ziehen, und

---

1) Pelet t. IX, p. 245.

2) Lamberty t. V, p. 380. — Coxe vol. II, p. 369.

dadurch für ein Corps unter dem General Mercy, welches er am rechten Rheinufer stromaufwärts entsendete, den Weg durch das Ober-Elsaß frei zu machen. Am 20./21. August überschritt Mercy bei Rheinfelden den Rhein. Aber der Marsch blieb dennoch dem Marschall Harcourt nicht verborgen. Es gelang ihm, den Grafen du Bourg, der im Ober-Elsaß commandirte, noch rechtzeitig zu verstärken. Am 26. August traf dieser, bei Rumersheim, auf das Corps des Grafen Mercy. Das letztere ward, mit schwerem Verluste, zersprengt [1]).

Der mislungene Versuch der Offensive warf den Kurfürsten auf die Defensive zurück. Aber auch auf französischer Seite fehlte die Kraft zu jeder weiteren Unternehmung. Am 7. October richtete der Kurfürst von Speier aus abermals wie im Jahre zuvor eine dringende Mahnung an den Reichstag, und sprach das Vertrauen aus, daß endlich die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches den Zustand desselben beherzigen würden. Dann kehrte er heim, nicht gehobenen Muthes. Auch sein Reichs-Contingent mußte er heim führen, weil die umliegenden Reichsstände sich weigerten, den Truppen die vom Kaiser bewilligten Quartiere einzuräumen.

Von Hannover aus faßte er nochmals seine Beschwerden an den Kaiser zusammen. „Etliche Reichsstände, sagt er, stellen ihre Contingente gar nicht. Andere stellen sie nicht vollzählig, oder mangelhaft ausgestattet. Für die Operations-Cassa haben viele Reichsstände gar nichts gezahlt, viele nur einen geringen Theil. Daher ist nichts Anderes möglich gewesen als eine schwache Defensive."

Der Kurfürst fügte noch eine Reihe einzelner Beschwerden hinzu. Sie deuteten nicht auf eine Willigkeit abermals die Mühen eines solchen Oberbefehls auf sich zu nehmen.

---

[1]) Zwei ausführliche Berichte des Grafen du Bourg bei Pelet t. IX, p. 250 et suiv. — Von deutscher Seite im Theatrum Europaeum, Theil XVIII c, S. 48.



Der Feldzug in den Niederlanden.

Vor der Schlacht von Malplaquet.

Ungeachtet der Briefe des Staats-Secretärs Torcy vom 2. Juni blieben der Prinz Eugen und Marlborough doch während fast des ganzen Monates Juni noch in Zweifel, ob nicht Ludwig XIV. dennoch die Präliminarien unterzeichnen werde. Erst am 24. Juni gab die Kunde des Circular-Schreibens von Ludwig XIV. an die Gouverneure für Marlborough die volle Gewisheit, daß der König noch einen Feldzug wolle [1]).

Die Armee der Verbündeten war die stärkste, die seit Jahrhunderten das christliche Europa gesehen. Die Ordre de Bataille gab diejenige Marlboroughs an auf 104 Bataillone und 163 Schwadronen, diejenige des Prinzen Eugen auf 60 Bataillone und 108 Schwadronen, zusammen 164 Bataillone und 271 Schwadronen [2]). Jedoch mochten noch nicht alle Truppen zur Stelle sein; denn Marlborough selber setzt, am 9. Juni, die Gesammtzahl etwas geringer an, auf 152 Bataillone und 245 Schwadronen [3]). Die Gesammtzahl der Kampffähigen betrug also etwa 150,000 Mann.

Die französische Armee unter dem Marschall Villars betrug zu Anfang Juni 121 Bataillone und 213 Schwadronen. Im Laufe des Monates kamen noch dazu im Dienste Philipps V. und des Kurfürsten Max Emanuel 14 Bataillone und 44 Schwadronen. Also in Allem 135 Bataillone und 257 Schwadronen. In Betracht der Ueberlegenheit der Gegner ließ Ludwig XIV. dann noch 60 Schwadronen von der Armee Harcourts am Oberrheine nach den Niederlanden marschiren [4]).

Außer der Ueberlegenheit der Zahl hatten die Armeen der Verbündeten voraus die, nach Verhältnis, bessere Verpflegung. Die Sorge um den Bezug des Brotes drückte freilich auch auf sie. „Die Berichte,

---

1) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 180. — Vgl. a. a. O. vol. II, p. 326.

2) Pelet t. IX, p. 33.

3) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 328.

4) Pelet t. IX, p. 29.

sagt Marlborough, die wir über die Fourage erhalten, lauten schrecklich, und diesen Punct fürchte ich mehr als die Gasconnaden des Marschalls Villars" [1]). Diese Besorgnis war im Steigen. Vier Tage später, am 13. Juni, meldet Marlborough an Godolphin: „Ich vermag Ihnen nicht auszusprechen, wie schwer auf mir und den meisten Generalen die Sorge lastet, daß wir nicht die Mittel des Unterhaltes für die Armee haben werden, namentlich wenn wir in Frankreich einmarschiren. Darum wäre der Abschluß des Friedens doch zu wünschen gewesen. Was ich hier schreibe, darf indessen außer der Königin Niemand erfahren" [2]).

Ganz anders noch drückte diese Sorge auf französischer Seite. „Manchmal, erzählte später Villars, wenn ich die Reihen der Soldaten durchschritt, erklang an mich der Ruf: Unser tägliches Brot gib uns heute — wo sie nur die Viertel- oder nur die halbe Ration erhalten hatten. Ich suchte sie zu ermuthigen, machte ihnen Versprechungen. Sie begnügten sich die Achseln zu zucken, und sahen mich an mit einem rührenden Blicke der Ergebung, aber ohne Klagen und Murren" [3]).

Nicht Alle besaßen diese Ergebung, sondern Viele desertirten. Von verbündeter Seite suchte man dies zu befördern durch das Versprechen einer Prämie von je einer Pistole für den Mann. Der Gedanke ging aus von den Generalstaaten, und Marlborough rieth der Königin, sich mit der Hälfte daran zu betheiligen. Die Kaiserlichen, meint er, habe man nicht darüber zu befragen, weil sie doch keinen Pfennig dafür zu erübrigen haben würden [4]). — Villars erließ, am 10. Juli, gegen die Marodeure einen scharfen Befehl, der nicht ein Zeugnis ablegt zu Gunsten der bisherigen Disciplin. Es mochte schwer sein, diese zu erhalten, wo man niemals des Brotes auf vier Tage im voraus sicher war [5]).

Aber die Unzufriedenheit herrschte nicht bloß in den Gemüthern vieler Soldaten. Villars meldete dem Könige, daß auch unter den

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 328. Vom 9. Juni.

[2]) A. a. O. p. 331.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 61.

[4]) Murray vol. IV, p. 514. Vom 24. Juni.

[5]) Pelet t. IX, p. 314. Man vergleiche p. 34.

Officieren böse Reden geführt würden, die auf die Soldaten nachtheilig wirkten. Um diese zu ermuthigen, hielt er es für zweckmäßig, daß sich Prinzen des königlichen Hauses im Lager einfänden. Zum Vergleiche wies er hin auf die große Anzahl von Persönlichkeiten fürstlicher Abkunft im Lager der Verbündeten [1]). In seinem Hauptquartiere befand sich nur Eine solche Persönlichkeit, deren Erscheinen dort nicht im eigenen Interesse lag, der Ritter von St. Georg.

Die Mahnung des Villars hatte keinen Erfolg. Auch dürfte derselbe zweifelhaft gewesen sein; denn es fragt sich ob die Prinzen des königlichen Hauses frei waren von der Depression, die, nach der Schilderung von Fenelon (S. 247 u. f.), auf allen Gemüthern lag. „Unser Hof ist sehr niedergedrückt, meldet die Frau von Maintenon an Noailles. In diesem Saale, wo man sich sonst unterhielt von einem Satze von tausenden von Louisd'or auf Eine Karte, von Karossen und von Pferden, ist jetzt nur die Rede von Korn, von Gerste, von Hafer. Man beschäftigt sich viel damit die Leiden des Volkes zu erleichtern; allein bisher erregt das was man für die Leute thut, sie nur noch mehr. Es gibtBöswillige, welche sie zum Murren anreizen" [2]). Ein anderes Mal meldet sie: „Man begreift Paris nicht mehr. Niemals ward so viel Korn auf dem Strome verschifft, oder befand sich so viel auf den Märkten, und doch wird das Brot täglich theuerer, und demgemäß das Volk immer aufsässiger. Man wendet dagegen alle erdenklichen Mittel an; aber bisher haben diese das Uebel nur noch verschlimmert. Die Behörden sind uneins" [3]).

Zu der Theuerung und dem Hunger daheim kam von außen her die Furcht. Man erzählte sich in Paris, daß der Prinz Eugen in Brüssel, auf den Empfang des Briefes von Torcy, vom 2. Juni, geäußert habe: er werde sofort mit der ganzen Armee in Frankreich einmarschiren, um die französische aufzusuchen und zu schlagen, und werde zugleich 40,000 Mann entsenden, um Paris und Versailles in Brand zu stecken [4]). Das Gerücht ist wenig vereinbar mit jenem aus-

[1]) Mémoires de Villars t. II, p. 53. Vom 16. Juni. Das Schreiben findet sich nicht bei Pelet.

[2]) Lettres de M[me] de Maintenon t. V, p. 141.

[3]) A. a. O. p. 133.

[4]) Pelet t. IX, p. 30.

geſprochenen Wunſche des Prinzen, daß der ſiebenunddreißigſte Artikel der Präliminarien als der wahre oder vorgebliche Stein des Anſtoßes in Verſailles, durch eine Interpretation gemildert werden möge. (S. 243.) Aber in Frankreich ward es geglaubt.

In dieſer trüben Lage der Dinge für Frankreich gebührt dem Marſchall Villars, bei allen ſeinen Gasconnaden, ein hauptſächlicher Antheil an dem Verdienſte ſich behauptet zu haben.

Auf den ſchweren Winter war ein regnichter, naſſer Sommer gefolgt, der bis tief in den Monat Juni die Bewegung der Armeen hemmte. Vom 19. an befand ſich die Armee der Verbündeten bei Lille. Der Marſchall Villars hatte die ſeinige in der Ebene von Lens geſammelt, ſo daß der rechte Flügel ſich auf Douay ſtützte, der linke auf Lens. Das Lager war theils durch den Stromlauf der Deule und anderer Gewäſſer, theils durch aufgeworfene Schanzen ſo wohl befeſtigt, daß der Prinz Eugen und Marlborough, nach wiederholter Beſichtigung, es für unangreifbar erklärten[1]). Dies Urtheil war, bei der ſchwächeren Macht des Marſchalls Villars, gleich einem Erfolge für ihn.

Die Heerführer und die Feld-Deputirten verſammelten ſich zum Kriegsrathe und beſchloſſen eine Belagerung. Es kamen dafür hauptſächlich zwei Städte in Betracht, Ypern von Marlborough vorgeſchlagen, Tournay vom Prinzen Eugen. Die erſtere Stadt war mit Allem wohl verſehen, die letztere dagegen, die an ſich ſelber als eine der ſtärkſten in Europa galt, war nur ſchwach beſetzt. Dieſer Umſtand, ferner die Wichtigkeit der Lage der Stadt, die Sicherheit der Zufuhr für die Belagerer, die Schwierigkeit des Entſatzes, beſtimmten die Mitglieder des Kriegsrathes, dem Prinzen Eugen beizufallen.

Eben wegen ſeines Vertrauens auf die Feſtigkeit von Tournay hatte Villars die Beſatzung ſo ſchwach belaſſen. Es kam alſo darauf an, die Stadt zu umzingeln, bevor Villars die Abſicht gegen ſie durchſchauete, und ihm dadurch die Verſtärkung der Beſatzung unmöglich zu machen. Es gelang durch eine Scheinbewegung bei Lille ihn über die eigentliche Abſicht zu täuſchen, ſo daß Tournay, wie es war, am 27. Juni, von der Armee Marlboroughs cernirt wurde[2]).

[1]) Goslinga p. 103.
[2]) A. a. O. p. 106.



Dies war ein Erfolg der Verbündeten, jedoch kaum in Vergleich zu bringen gegen denjenigen des Marschalls Villars, Schlimmeres für Frankreich vermieden zu haben. Der König in Versailles brachte dem letzteren, am 2. Juli, seine Anerkennung dar. „Aus ihrer gestrigen Meldung, schreibt er, ersehe ich, daß die Feinde sich zur Belagerung von Tournay entschlossen haben. Ich rechne es Ihnen hoch an, daß in Folge Ihrer vortrefflichen Dispositionen und Maßregeln, alle weit aussehenden Entwürfe der Feinde auf diese einzige Unternehmung zusammen geschrumpft sind, und Sie konnten den Feldzug nicht mit einem wichtigeren Dienste für mich eröffnen" [1]). Es knüpfte sich daran die freilich weniger begründete Hoffnung, daß über die Belagerung von Tournay der beste Theil des Feldzuges den Gegnern verloren gehen werde. Villars selber berechnete diese Zeit auf vier bis fünf Monate. Es gelang ihm dagegen den Muth seiner Armee zu heben durch die Wegnahme des kleinen, aber wichtigen Postens Warneton. Sein Bericht darüber stimmt zu demjenigen Goslingas, daß hier ein Unterlassungsfehler der Häupter auf verbündeter Seite vorliege [2]).

Der Angriff auf die Stadt Tournay geschah an drei Stellen, je unter der Leitung des sächsischen Generals Schulenburg, des preußischen, Lottum, des holländischen, Fagel. Der erstere war der wichtigste und entscheidende [3]).

Unterdessen verhandelten der Marschall Villars und Ludwig XIV. die Frage, ob ein Treffen zu wagen sei. Der Erstere war geneigt, auch wenn er nicht angegriffen würde, die Feinde aufzusuchen, weil die Lebensmittel doch nicht reichen würden, den Feldzug auszuhalten, weil dagegen ein glückliches Treffen alles herstellen könne, und weil im Falle des unglücklichen Ausganges es besser sei die Armee dadurch aufgelöst zu sehen, als sie vor Hunger sterben zu lassen. Ludwig XIV. war nicht dieser Ansicht. Er hielt entgegen, daß der Verlust einer Schlacht den Gegnern den Weg nach Frankreich hinein eröffne. Er gab die Ermächtigung zum Schlagen nur in so weit, wenn im Falle einer Gefahr für Valenciennes und Condé, ein Treffen mit

---

1) Pelet t. IX, p. 47.

2) Mémoires de Villars t. II, p. 68. — Goslinga p. 107.

3) Goslinga, der anwesend war, nennt p. 107 nur diesen Angriff.

Aussicht auf Erfolg gewagt werden könne. Demgemäß zog Villars sich dahin [1]).

Unterdessen machte die Belagerung der Stadt Tournay Fortschritte. Der Commandant Surville, der später dem General Schulenburg gestand, daß bereits am 10. Juli der für ihn gefährlichste Erfolg des Angriffes statt gefunden, steckte am 28. Juli die weiße Fahne aus. Am 31. Juli übergab er die Stadt, und zog sich mit der ihm noch übrigen Mannschaft in die Citadelle. Der Marschall Villars, sehr unzufrieden mit der nach seiner Ansicht allzu raschen Capitulation, verlangte, daß nun wenigstens die Citadelle aufs äußerste vertheidigt werde [2]).

Es wurden Vorschläge gemacht, daß die Citadelle, ohne weitere Belagerung, wenn nicht binnen einer bestimmten Frist Entsatz gebracht würde, sich ergeben solle. Ueber diese Frist jedoch erfolgte keine Einigung und die Belagerung begann. Sie war sehr schwierig wegen der unterirdischen Werke und des demgemäß erforderlichen Minenkrieges. Schulenburg, der den einen der zwei Angriffe leitete, wie Lottum den anderen, bemerkt dazu: „Die Belagerung dieser Citadelle ist ganz verschieden von denen, die man bisher vorgenommen. Die Schwierigkeit hier erwächst aus der geringen Kenntnis, welche die Officiere und selbst die Ingenieure von solchen unterirdischen Werken haben, und demgemäß ihrem geringen Geschicke die Sache richtig anzufassen" [3]).

„Nach meiner Ansicht, sagt Goslinga, würden wir die Citadelle nie bekommen haben, wenn nicht der Hunger die Besatzung zur Uebergabe gezwungen hätte" [4]).

Die Capitulation erfolgte in der Nacht vom 2./3. September. Der Marschall Villars erging sich darüber gegen den Commandanten Surville in scharfem Tadel, welcher, nach jenem Urtheile Goslingas, nicht gerechtfertigt erscheint.

Sobald die Uebergabe der Citadelle in Aussicht stand, erwogen die Häupter der Verbündeten den weiteren Plan. Der Prinz Eugen

---

[1]) Pelet t. IX, p. 55 et suiv.

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 394. — Mémoires de Villars t. II, p. 72.

[3]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 397.

[4]) Goslinga p. 107.



und Marlborough waren der Ansicht, daß, bei der Beschaffenheit des Landes, es nicht in ihrer Hand stehe, den Marschall Villars zu einem Treffen zu nöthigen, und daß man daher auf eine neue Belagerung gedenken müsse. Die Wahl fiel auf Mons. Es handelte sich also darum die Stadt zu umzingeln, bevor Villars es hindern oder die Besatzung verstärken könne [1]).

Am Abende des 3. September setzte sich der Erbprinz von Hessen mit 60 Schwadronen und 4000 Mann Infanterie in Marsch auf die französischen Linien zu. Er erreichte sie zwischen Mons und der Sambre. Die wenigen Franzosen dort, auf den unvermutheten Angriff nicht vorbereitet, flohen davon, und die Linien wurden ohne Verlust genommen. Der Erbprinz von Hessen zog weiter auf Mons, um dasselbe zu umzingeln. Auf die Nachricht dessen folgte dahin die gesammte Armee bis auf 39 Bataillone, die theils als Besatzung, theils zur Ausführung der Capitulation in Tournay belassen wurden. Die Thatsache zeigt, daß damals der Prinz Eugen und Marlborough an ein baldiges Treffen noch nicht dachten.

Wie die Aussicht auf die nahe Capitulation der Citadelle von Tournay bei den Feldherren der Verbündeten den Entschluß gegen Mons hervorgerufen, so regte sie in Versailles die Erwägung an, daß nunmehr der Prinz Eugen und Marlborough ein Treffen beabsichtigen, und daß in diesem Falle das Geschick Frankreichs an der einen Person des Marschalls Villars hangen würde. Unter diesen Umständen bot der Marschall Boufflers, älter als Villars, dem Könige an, als Freiwilliger zur Armee zu gehen und sich dem Marschall Villars unterzuordnen. Ludwig XIV. nahm an. Noch am 1. September setzte der Minister Voisin den Marschall Villars davon in Kenntnis, und am 3. September kündigte sich, von Arras aus, Boufflers selber an. Die Briefe der zwei Marschälle bekunden beiderseits eine große Willfährigkeit. Am 4. traf Boufflers bei der Armee ein. Nach dem Berichte von Villars hob das gute Einverständnis der Häupter das Vertrauen der Soldaten [2]).

---

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 378. — Goslinga p. 108.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 86 et suiv.



Die Schlacht bei Malplaquet, 11. September.

Bis zum 6. September war sich der Marschall Villars über die eigentliche Absicht seiner Gegner nicht klar. Indem er dann erkannte, daß es auf eine Belagerung von Mons abgesehen sei, reifte in ihm der Entschluß zu schlagen. „Mein Beweggrund war, schreibt er dem Könige, eine Belagerung von Mons zu hindern; denn ich hatte dort nur eine abgemattete Besatzung, die ich betrachten durfte wie das Spital meiner Armee, und sehr wenige Lebensmittel. Den Feinden dagegen lag daran, bei ihrer Belagerung nicht gestört zu werden, und vielleicht hätten sie mich nicht aufgesucht, wenn sie nicht bemerkt hätten, daß ich gegen sie anrückte, so jedoch, daß ich mich immer mit Verschanzungen deckte" [1]).

Bereits am 7. September ward es dem Prinzen Eugen und Marlborough klar, daß der Marschall Villars ein Treffen suche. Es ergingen Couriere an die Generale Schulenburg und Lottum, die sie in Tournay belassen hatten, mit der Aufforderung ihre 21 verfügbaren Bataillone schleunigst heranzuführen [2]). Es ist merkwürdig zu sehen, wie diese 21 Bataillone nicht zum Vortheile gereichten. Nach dem Berichte von verbündeter Seite [3]) standen die Armeen bereits am 9. September einander so nahe, daß es zum Treffen hätte kommen können. Aber man wollte die Ankunft jener 21 Bataillone abwarten. Dadurch gewann der Marschall Villars die Zeit sich zu verschanzen, und, obwohl er gekommen war um zu schlagen, dennoch den Vortheil zu haben, daß er innerhalb seiner Verschanzungen angegriffen werden mußte. Er meldete diese Lage der Dinge nach Versailles am 10. September um 10 Uhr Morgens mit den Worten: „In diesem Augenblicke stehen wir auf halbe Pistolen-Schußweite von einander. Meiner Neigung würde ein Cavallerie-Angriff entsprechen; aber wir befinden uns in einer so guten Stellung, daß wir, wenn der Feind uns darin angreift, mit Gottes Hülfe, auf einen guten Erfolg hoffen dürfen" [4]).

---

[1]) Bericht des Marschalls Villars an Ludwig XIV., 8. September.

[2]) Die Briefe in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 405.

[3]) Abgedruckt bei Pelet t. IX, p. 356.

[4]) A. a. O. p. 344.

Villars wollte also angegriffen werden. Mit Bezug auf dies Schreiben vom 10. meldete er auch nach dem Ausgange, daß dies sein Wunsch gewesen sei[1]). — Diesen Wunsch erfüllten ihm die Gegner. Jene 21 Bataillone aber, um deren willen sie ihm die Zeit des Verschanzens gelassen, kamen ihnen nur wenig zu gute. Zwar trafen sie am 11. ein; aber in Folge verschiedener Irrthümer gelangten sie, unter der Führung des Generals Withers, nicht an den für sie bestimmten Ort auf dem linken Flügel, zur Stütze des Prinzen von Oranien-Nassau und der Holländer, sondern nach dem rechten Flügel. Dort wurden sie schwer vermißt, und hier bedurfte man ihrer nicht[2]).

Die beiderseitigen Angaben über den Bestand der Armeen am 11. September stimmen nicht völlig überein. Die Aufzeichnungen des Generals Schulenburg, der unter dem Prinzen Eugen 40 Bataillone führte, ergeben die folgenden Zahlen:

	Bataillone	Schwadronen
Kaiserliche	7	33
Dänen	8	19
Sachsen	7	12
Pfälzer	7	18
Hessen	6	16
Württemberger	3	4
Engländer	13	14
Preußen	18	35
Hannoveraner	12	26
Holländer	42	62
Zusammen	123	239

Derselbe General gibt den Bestand der französischen Armee an auf 126 Bataillone und 240 Schwadronen. Rechnet man im Durchschnitte das Bataillon auf 500 Mann, die Schwadron auf 100: so waren die zwei Armeen ziemlich in gleicher Stärke, je 90,000 Mann[3]).

[1]) Pelet t. IX, p. 377. Vom 14. September: „La vérité est que j'ai souhaité d'être attaqué."

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 411.

[3]) A. a. O. S. 438.

Es fällt auf, einen wie geringen Bestandtheil der Armee die National-Engländer ausmachen.

Für den geschichtlichen Ueberblick der Dinge kommt es weniger an auf die oft beschriebenen Einzelnheiten der furchtbaren, grauenvollen Schlacht von Malplaquet, der blutigsten des achtzehnten Jahrhunderts, als auf die Auffassung und Darstellung der hauptsächlichen Personen.

Am Abende des 11. September berichtete Marlborough an die Königin: „Seit unserem Aufbruche von Tournay ist die Armee beständig in Bewegung. Auf die Kunde der Annäherung des Feindes gegen uns haben die Truppen die zwei letzten Nächte unter den Waffen zugebracht, um bereit zu sein zum Angriffe. Dieser erfolgte heute Morgen. Nach einem sehr hartnäckigen Kampfe, in welchem auf beiden Seiten Viele den Tod gefunden, hat es dem allmächtigen Gott gefallen, den Waffen Ew. Majestät einen Sieg zu verleihen, der, wenn die Verbündeten zustimmen, Ew. Majestät für die noch übrigen Tage Ihres Lebens die Ruhe verbürgt" [1]).

Etwas ausführlicher berichtet Marlborough an den Staats-Secretär Boyle. „Sobald uns am gestrigen Abende die Nachricht zukam, daß die 21 Bataillone und 4 Schwadronen von Tournay her im Bereiche waren, beschlossen wir den Angriff und trafen die Vorbereitungen, so daß wir heute Morgen um 8 Uhr begannen. Der Kampf dauerte mit großer Hartnäckigkeit bis nahe an Mittag, bevor es uns gelang, ihre Verschanzungen zu überwältigen und sie aus dem Gehölze ins offene Feld zu drängen. Dort befand sich ihre gesammte Cavallerie. Durch das Vorrücken der unserigen auf dieselbe ward die ganze Armee verwickelt und focht mit großer Leidenschaft bis nach 3 Uhr. Dann begann die feindliche Cavallerie zu weichen und sich auf Valenciennes und Condé, zum Theile auch auf Maubeuge zurückzuziehen. Wir verfolgten sie mit großem Gemetzel bis an Bavay. Alle unsere Truppen haben sich mit dem größten Muthe benommen. Wir sind nun gelagert auf dem Schlachtfelde. Sie dürfen mir glauben, daß der Verlust auf beiden Seiten sehr schwer ist" [2]).

---

[1]) Murray vol. IV, p. 591.
[2]) A. a. O. p. 592.



Zwei Tage später, am 13. September, schreibt Marlborough einen weiteren Bericht an Godolphin. „Seit dem 11. habe ich kaum Zeit gefunden zu schlafen, weil ich von den verschiedenen Nationen um die Fürsorge für ihre Verwundeten in Anspruch genommen werde. Niemals in diesem Kriege haben die Franzosen so wohl gefochten wie dies Mal, so daß Officiere so wohl wie Soldaten in großer Anzahl verwundet und getödtet sind. Denn beiderseitig wurde in dem Gehölze auf unserer Rechten wenig oder kein Quartier gegeben. In diesem Gehölze hatten wir 80 Bataillone, und der Feind, nach meiner Schätzung, noch mehr. Die Schlacht ist außerordentlich ruhmvoll für die Waffen der Verbündeten; aber unser Verlust ist sehr beträchtlich. Die Feinde hatten nicht bloß den Vortheil der Beschaffenheit des Bodens, sondern auch in dem Gehölze zwei Verschanzungen, die eine hinter der anderen, und eine sehr gute Verschanzung vor ihrer Cavallerie mit Oeffnungen zu je zweihundert Schritten. Durch diese drangen wir ein, nachdem wir uns zuvor des Walles bemächtigt und ihn mit 17 Bataillonen besetzt hatten. Alle anderen Truppen rechts und links waren in Thätigkeit. Unsere äußerste Linke bestand nur aus Holländern, welche sich vortrefflich benahmen, aber dennoch die feindlichen Verschanzungen nicht zu nehmen vermochten, so daß sie mehr eingebüßt haben als irgend eine andere Nation. Die Haustruppen des Königs von Frankreich haben zweimal angesetzt, so daß sie sehr schwer gelitten haben müssen. Nach meiner Ansicht sind niemals in einer Schlacht so viele Menschen getödtet oder verwundet worden; denn nach Maßgabe der Bedeutung der Action gibt es wenige Gefangene" [1]).

Wie bei den Verbündeten der Prinz Eugen auf dem rechten Flügel commandirt hatte, Marlborough auf dem linken, so hatte bei der französischen Armee der Marschall Villars seinem Collegen Boufflers den rechten Flügel zugewiesen, wo sich die Haustruppen des Königs befanden, für sich den linken Flügel genommen. Zwei der einander gegenüber stehenden Feldherren, der Prinz Eugen und der Marschall Villars, waren verwundet, jener am Kopfe, jedoch nur leicht, so daß er ausharren konnte, dieser am Knie, schwer, so daß er ausscheiden mußte. Der Oberbefehl kam daher an Boufflers. Am

---

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 383.

Expeditionen ihre eigenen Zwecke und Particular-Vortheile verfolgen. Das Gegentheil ist bisher geschehen."

Es folgten weitere eindringliche Reden und Mahnungen, die doch an der Sache nichts änderten. Der brandenburgische Gesandte zog sich zuletzt darauf zurück, daß er alles heim gemeldet, aber keine andere Antwort erhalten habe, als daß die Verträge mit den Seemächten geschlossen seien und nicht geändert werden könnten [1]).

Friedrich I. trug einen hauptsächlichen Antheil der Schuld an der Schwäche des Reichs zur Abwehr; aber er trug sie nicht allein. Wir haben gesehen, wie August II. dazu stand. Und auch nicht auf diese zwei allein beschränkt sich die Anklage. Die Reichs-Operations-Casse, die der Kurfürst Georg Ludwig von Anfang an zur Bedingung seines Handelns gemacht und für welche der Reichstag eine Million Reichsthaler auf die Reichskreise umgelegt hatte, blieb wie leer. Der Mainzer Kurfürst, Lothar Franz von Metternich, entwickelte, wie in den Jahren zuvor, eine rastlose Thätigkeit für das Gemeinwohl, mit geringem Erfolge.

Dagegen ward am Reichstage ausführlich erörtert, was man von Frankreich beim Friedensschlusse zurückzufordern habe, die sogenannten avulsa Imperii. Die Gelegenheit schien ja so günstig. „Aber, sagt ein Zeitgenosse, man hatte von Seiten Frankreichs Gott für die schlechten Anstalten der Deutschen zu danken; denn, menschlichem Urtheile nach, dürfte es, wenn man sich nur halbwegs angegriffen hätte, für Frankreich jämmerlich genug ergangen sein" [2]). Die Generalstaaten ihrerseits erwiederten auf ein betreffendes Schreiben des Reichstages: „Es ist nicht genug, seine Gedanken darauf zu erstrecken was man gern haben möchte, sondern man muß auch zugleich auf Mittel bedacht sein, durch die man es erreichen kann, und davon ist in dem uns eingesandten Schreiben nicht die Rede" [3]).

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 17.
[2]) A. a. O. S. 45.
[3]) A. a. O. S. 64.

Der Feldzug am Oberrheine.

Nicht von deutscher Seite ward der Feldzug am Rheine begonnen, sondern von französischer, im Juni. Der Marschall Harcourt überschritt den Rhein, weniger um große Thaten auszuführen, als, nach dem üblichen französischen Ausdrucke, pour manger le pays. Der Kurfürst Georg Ludwig weilte noch in Hannover. Zu seiner Verstimmung über die abermalige geringe Willigkeit von Seiten des Reiches im Allgemeinen kam noch der besondere Anlaß, daß die Generalstaaten für die Verstärkung der Armee in den Niederlanden 4000 Württemberger in Sold genommen hatten und, im Mai, rheinabwärts kommen ließen. Erst am 8. August traf der Kurfürst mit seinem Reichs-Contingente bei der Armee ein, die unfern Germersheim stand. Von Langenkandel aus meldete er dem Reichstage in Regensburg seine Ankunft, und verlangte sofort eine neue Reichsbewilligung, am 13. August.

Zur selben Zeit befand sich die gegenüber stehende französische Armee unter Harcourt in einem noch ungleich schlechteren Zustande. Am 16. August beendete Harcourt, in Langen-Schleithal, einen langen kläglichen Bericht an den Kriegsminister mit den Worten: „Einhunderttausend Thaler in Species würden uns hindern vor Hunger zu sterben. Seit drei Monaten hat man uns fast nichts geschickt. Machen Sie Frieden, wenn Sie können" [1]).

Der Kurfürst Georg Ludwig hatte einen Offensiv-Plan von bedeutender Tragweite. Wiederholt schon war in den Jahren zuvor die der französischen Herrschaft abgeneigte Stimmung der Freigrafschaft in Erwägung gezogen. Es schien, daß, wenn es gelänge dort einen festen Punct zu gewinnen, die Reichsarmee und diejenige des Herzogs Victor Amadeus sich über denselben die Hand reichen könnten. Namentlich der Herzog Victor Amadeus hatte im Winter zuvor großen Eifer für diesen Plan entwickelt [2]). Man hatte Einverständnisse in Besançon. Der Plan des Kurfürsten war darauf berechnet, durch seine Bewegungen die Macht Harcourts nach dem Nieder-Elsaß zu ziehen, und

1) Pelet t. IX, p. 245.

2) Lamberty t. V, p. 380. — Coxe vol. II, p. 369.

dadurch für ein Corps unter dem General Mercy, welches er am rechten Rheinufer stromaufwärts entsendete, den Weg durch das Ober-Elsaß frei zu machen. Am 20./21. August überschritt Mercy bei Rheinfelden den Rhein. Aber der Marsch blieb dennoch dem Marschall Harcourt nicht verborgen. Es gelang ihm, den Grafen du Bourg, der im Ober-Elsaß commandirte, noch rechtzeitig zu verstärken. Am 26. August traf dieser, bei Rumersheim, auf das Corps des Grafen Mercy. Das letztere ward, mit schwerem Verluste, zersprengt [1]).

Der mislungene Versuch der Offensive warf den Kurfürsten auf die Defensive zurück. Aber auch auf französischer Seite fehlte die Kraft zu jeder weiteren Unternehmung. Am 7. October richtete der Kurfürst von Speier aus abermals wie im Jahre zuvor eine dringende Mahnung an den Reichstag, und sprach das Vertrauen aus, daß endlich die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches den Zustand desselben beherzigen würden. Dann kehrte er heim, nicht gehobenen Muthes. Auch sein Reichs-Contingent mußte er heim führen, weil die umliegenden Reichsstände sich weigerten, den Truppen die vom Kaiser bewilligten Quartiere einzuräumen.

Von Hannover aus faßte er nochmals seine Beschwerden an den Kaiser zusammen. „Etliche Reichsstände, sagt er, stellen ihre Contingente gar nicht. Andere stellen sie nicht vollzählig, oder mangelhaft ausgestattet. Für die Operations-Cassa haben viele Reichsstände gar nichts gezahlt, viele nur einen geringen Theil. Daher ist nichts Anderes möglich gewesen als eine schwache Defensive."

Der Kurfürst fügte noch eine Reihe einzelner Beschwerden hinzu. Sie deuteten nicht auf eine Willigkeit abermals die Mühen eines solchen Oberbefehls auf sich zu nehmen.

---

[1]) Zwei ausführliche Berichte des Grafen du Bourg bei Pelet t. IX, p. 250 et suiv. — Von deutscher Seite im Theatrum Europaeum, Theil XVIII c, S. 48.



Der Feldzug in den Niederlanden.

Vor der Schlacht von Malplaquet.

Ungeachtet der Briefe des Staats-Secretärs Torcy vom 2. Juni blieben der Prinz Eugen und Marlborough doch während fast des ganzen Monates Juni noch in Zweifel, ob nicht Ludwig XIV. dennoch die Präliminarien unterzeichnen werde. Erst am 24. Juni gab die Kunde des Circular-Schreibens von Ludwig XIV. an die Gouverneure für Marlborough die volle Gewisheit, daß der König noch einen Feldzug wolle [1]).

Die Armee der Verbündeten war die stärkste, die seit Jahrhunderten das christliche Europa gesehen. Die Ordre de Bataille gab diejenige Marlboroughs an auf 104 Bataillone und 163 Schwadronen, diejenige des Prinzen Eugen auf 60 Bataillone und 108 Schwadronen, zusammen 164 Bataillone und 271 Schwadronen [2]). Jedoch mochten noch nicht alle Truppen zur Stelle sein; denn Marlborough selber setzt, am 9. Juni, die Gesammtzahl etwas geringer an, auf 152 Bataillone und 245 Schwadronen [3]). Die Gesammtzahl der Kampffähigen betrug also etwa 150,000 Mann.

Die französische Armee unter dem Marschall Villars betrug zu Anfang Juni 121 Bataillone und 213 Schwadronen. Im Laufe des Monates kamen noch dazu im Dienste Philipps V. und des Kurfürsten Max Emanuel 14 Bataillone und 44 Schwadronen. Also in Allem 135 Bataillone und 257 Schwadronen. In Betracht der Ueberlegenheit der Gegner ließ Ludwig XIV. dann noch 60 Schwadronen von der Armee Harcourts am Oberrheine nach den Niederlanden marschiren [4]).

Außer der Ueberlegenheit der Zahl hatten die Armeen der Verbündeten voraus die, nach Verhältnis, bessere Verpflegung. Die Sorge um den Bezug des Brotes drückte freilich auch auf sie. „Die Berichte,

---

1) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 180. — Vgl. a. a. O. vol. II, p. 326.

2) Pelet t. IX, p. 33.

3) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 328.

4) Pelet t. IX, p. 29.

sagt Marlborough, die wir über die Fourage erhalten, lauten schrecklich, und diesen Punct fürchte ich mehr als die Gasconnaden des Marschalls Villars" [1]). Diese Besorgnis war im Steigen. Vier Tage später, am 13. Juni, meldet Marlborough an Godolphin: „Ich vermag Ihnen nicht auszusprechen, wie schwer auf mir und den meisten Generalen die Sorge lastet, daß wir nicht die Mittel des Unterhaltes für die Armee haben werden, namentlich wenn wir in Frankreich einmarschiren. Darum wäre der Abschluß des Friedens doch zu wünschen gewesen. Was ich hier schreibe, darf indessen außer der Königin Niemand erfahren" [2]).

Ganz anders noch drückte diese Sorge auf französischer Seite. „Manchmal, erzählte später Villars, wenn ich die Reihen der Soldaten durchschritt, erklang an mich der Ruf: Unser tägliches Brot gib uns heute — wo sie nur die Viertel- oder nur die halbe Ration erhalten hatten. Ich suchte sie zu ermuthigen, machte ihnen Versprechungen. Sie begnügten sich die Achseln zu zucken, und sahen mich an mit einem rührenden Blicke der Ergebung, aber ohne Klagen und Murren" [3]).

Nicht Alle besaßen diese Ergebung, sondern Viele desertirten. Von verbündeter Seite suchte man dies zu befördern durch das Versprechen einer Prämie von je einer Pistole für den Mann. Der Gedanke ging aus von den Generalstaaten, und Marlborough rieth der Königin, sich mit der Hälfte daran zu betheiligen. Die Kaiserlichen, meint er, habe man nicht darüber zu befragen, weil sie doch keinen Pfennig dafür zu erübrigen haben würden [4]). — Villars erließ, am 10. Juli, gegen die Marodeure einen scharfen Befehl, der nicht ein Zeugnis ablegt zu Gunsten der bisherigen Disciplin. Es mochte schwer sein, diese zu erhalten, wo man niemals des Brotes auf vier Tage im voraus sicher war [5]).

Aber die Unzufriedenheit herrschte nicht bloß in den Gemüthern vieler Soldaten. Villars meldete dem Könige, daß auch unter den

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 328. Vom 9. Juni.

[2]) A. a. O. p. 331.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 61.

[4]) Murray vol. IV, p. 514. Vom 24. Juni.

[5]) Pelet t. IX, p. 314. Man vergleiche p. 34.



Officieren böse Reden geführt würden, die auf die Soldaten nachtheilig wirkten. Um diese zu ermuthigen, hielt er es für zweckmäßig, daß sich Prinzen des königlichen Hauses im Lager einfänden. Zum Vergleiche wies er hin auf die große Anzahl von Persönlichkeiten fürstlicher Abkunft im Lager der Verbündeten[1]). In seinem Hauptquartiere befand sich nur Eine solche Persönlichkeit, deren Erscheinen dort nicht im eigenen Interesse lag, der Ritter von St. Georg.

Die Mahnung des Villars hatte keinen Erfolg. Auch dürfte derselbe zweifelhaft gewesen sein; denn es fragt sich ob die Prinzen des königlichen Hauses frei waren von der Depression, die, nach der Schilderung von Fenelon (S. 247 u. f.), auf allen Gemüthern lag. „Unser Hof ist sehr niedergedrückt, meldet die Frau von Maintenon an Noailles. In diesem Saale, wo man sich sonst unterhielt von einem Satze von tausenden von Louisd'or auf Eine Karte, von Karossen und von Pferden, ist jetzt nur die Rede von Korn, von Gerste, von Hafer. Man beschäftigt sich viel damit die Leiden des Volkes zu erleichtern; allein bisher erregt das was man für die Leute thut, sie nur noch mehr. Es gibt Böswillige, welche sie zum Murren anreizen"[2]). Ein anderes Mal meldet sie: „Man begreift Paris nicht mehr. Niemals ward so viel Korn auf dem Strome verschifft, oder befand sich so viel auf den Märkten, und doch wird das Brot täglich theuerer, und demgemäß das Volk immer aufsässiger. Man wendet dagegen alle erdenklichen Mittel an; aber bisher haben diese das Uebel nur noch verschlimmert. Die Behörden sind uneins"[3]).

Zu der Theuerung und dem Hunger daheim kam von außen her die Furcht. Man erzählte sich in Paris, daß der Prinz Eugen in Brüssel, auf den Empfang des Briefes von Torcy, vom 2. Juni, geäußert habe: er werde sofort mit der ganzen Armee in Frankreich einmarschiren, um die französische aufzusuchen und zu schlagen, und werde zugleich 40,000 Mann entsenden, um Paris und Versailles in Brand zu stecken[4]). Das Gerücht ist wenig vereinbar mit jenem aus-

---

[1]) **Mémoires de Villars t. II, p. 53. Vom 16. Juni. Das Schreiben findet sich nicht bei Pelet.**

[2]) **Lettres de Mme de Maintenon t. V, p. 141.**

[3]) **A. a. O. p. 133.**

[4]) **Pelet t. IX, p. 30.**

gesprochenen Wunsche des Prinzen, daß der siebenunddreißigste Artikel der Präliminarien als der wahre oder vorgebliche Stein des Anstoßes in Versailles, durch eine Interpretation gemildert werden möge. (S. 243.) Aber in Frankreich ward es geglaubt.

In dieser trüben Lage der Dinge für Frankreich gebührt dem Marschall Villars, bei allen seinen Gasconnaden, ein hauptsächlicher Antheil an dem Verdienste sich behauptet zu haben.

Auf den schweren Winter war ein regnichter, nasser Sommer gefolgt, der bis tief in den Monat Juni die Bewegung der Armeen hemmte. Vom 19. an befand sich die Armee der Verbündeten bei Lille. Der Marschall Villars hatte die seinige in der Ebene von Lens gesammelt, so daß der rechte Flügel sich auf Douay stützte, der linke auf Lens. Das Lager war theils durch den Stromlauf der Deule und anderer Gewässer, theils durch aufgeworfene Schanzen so wohl befestigt, daß der Prinz Eugen und Marlborough, nach wiederholter Besichtigung, es für unangreifbar erklärten [1]). Dies Urtheil war, bei der schwächeren Macht des Marschalls Villars, gleich einem Erfolge für ihn.

Die Heerführer und die Feld-Deputirten versammelten sich zum Kriegsrathe und beschlossen eine Belagerung. Es kamen dafür hauptsächlich zwei Städte in Betracht, Ypern von Marlborough vorgeschlagen, Tournay vom Prinzen Eugen. Die erstere Stadt war mit Allem wohl versehen, die letztere dagegen, die an sich selber als eine der stärksten in Europa galt, war nur schwach besetzt. Dieser Umstand, ferner die Wichtigkeit der Lage der Stadt, die Sicherheit der Zufuhr für die Belagerer, die Schwierigkeit des Entsatzes, bestimmten die Mitglieder des Kriegsrathes, dem Prinzen Eugen beizufallen.

Eben wegen seines Vertrauens auf die Festigkeit von Tournay hatte Villars die Besatzung so schwach belassen. Es kam also darauf an, die Stadt zu umzingeln, bevor Villars die Absicht gegen sie durchschauete, und ihm dadurch die Verstärkung der Besatzung unmöglich zu machen. Es gelang durch eine Scheinbewegung bei Lille ihn über die eigentliche Absicht zu täuschen, so daß Tournay, wie es war, am 27. Juni, von der Armee Marlboroughs cernirt wurde [2]).

---

[1]) Goslinga p. 103.

[2]) A. a. O. p. 106.



Dies war ein Erfolg der Verbündeten, jedoch kaum in Vergleich zu bringen gegen denjenigen des Marschalls Villars, Schlimmeres für Frankreich vermieden zu haben. Der König in Versailles brachte dem letzteren, am 2. Juli, seine Anerkennung dar. „Aus ihrer gestrigen Meldung, schreibt er, ersehe ich, daß die Feinde sich zur Belagerung von Tournay entschlossen haben. Ich rechne es Ihnen hoch an, daß in Folge Ihrer vortrefflichen Dispositionen und Maßregeln, alle weit aussehenden Entwürfe der Feinde auf diese einzige Unternehmung zusammen geschrumpft sind, und Sie konnten den Feldzug nicht mit einem wichtigeren Dienste für mich eröffnen" [1]). Es knüpfte sich daran die freilich weniger begründete Hoffnung, daß über die Belagerung von Tournay der beste Theil des Feldzuges den Gegnern verloren gehen werde. Villars selber berechnete diese Zeit auf vier bis fünf Monate. Es gelang ihm dagegen den Muth seiner Armee zu heben durch die Wegnahme des kleinen, aber wichtigen Postens Warneton. Sein Bericht darüber stimmt zu demjenigen Goslingas, daß hier ein Unterlassungsfehler der Häupter auf verbündeter Seite vorliege [2]).

Der Angriff auf die Stadt Tournay geschah an drei Stellen, je unter der Leitung des sächsischen Generals Schulenburg, des preußischen, Lottum, des holländischen, Fagel. Der erstere war der wichtigste und entscheidende [3]).

Unterdessen verhandelten der Marschall Villars und Ludwig XIV. die Frage, ob ein Treffen zu wagen sei. Der Erstere war geneigt, auch wenn er nicht angegriffen würde, die Feinde aufzusuchen, weil die Lebensmittel doch nicht reichen würden, den Feldzug auszuhalten, weil dagegen ein glückliches Treffen alles herstellen könne, und weil im Falle des unglücklichen Ausganges es besser sei die Armee dadurch aufgelöst zu sehen, als sie vor Hunger sterben zu lassen. Ludwig XIV. war nicht dieser Ansicht. Er hielt entgegen, daß der Verlust einer Schlacht den Gegnern den Weg nach Frankreich hinein eröffne. Er gab die Ermächtigung zum Schlagen nur in so weit, wenn im Falle einer Gefahr für Valenciennes und Condé, ein Treffen mit

---

1) Pelet t. IX, p. 47.
2) Mémoires de Villars t. II, p. 68. — Goslinga p. 107.
3) Goslinga, der anwesend war, nennt p. 107 nur diesen Angriff.

Aussicht auf Erfolg gewagt werden könne. Demgemäß zog Villars sich dahin [1]).

Unterdessen machte die Belagerung der Stadt Tournay Fortschritte. Der Commandant Surville, der später dem General Schulenburg gestand, daß bereits am 10. Juli der für ihn gefährlichste Erfolg des Angriffes statt gefunden, steckte am 28. Juli die weiße Fahne aus. Am 31. Juli übergab er die Stadt, und zog sich mit der ihm noch übrigen Mannschaft in die Citadelle. Der Marschall Villars, sehr unzufrieden mit der nach seiner Ansicht allzu raschen Capitulation, verlangte, daß nun wenigstens die Citadelle aufs äußerste vertheidigt werde [2]).

Es wurden Vorschläge gemacht, daß die Citadelle, ohne weitere Belagerung, wenn nicht binnen einer bestimmten Frist Entsatz gebracht würde, sich ergeben solle. Ueber diese Frist jedoch erfolgte keine Einigung und die Belagerung begann. Sie war sehr schwierig wegen der unterirdischen Werke und des demgemäß erforderlichen Minenkrieges. Schulenburg, der den einen der zwei Angriffe leitete, wie Lottum den anderen, bemerkt dazu: „Die Belagerung dieser Citadelle ist ganz verschieden von denen, die man bisher vorgenommen. Die Schwierigkeit hier erwächst aus der geringen Kenntnis, welche die Officiere und selbst die Ingenieure von solchen unterirdischen Werken haben, und demgemäß ihrem geringen Geschicke die Sache richtig anzufassen" [3]).

„Nach meiner Ansicht, sagt Goslinga, würden wir die Citadelle nie bekommen haben, wenn nicht der Hunger die Besatzung zur Uebergabe gezwungen hätte" [4]).

Die Capitulation erfolgte in der Nacht vom 2./3. September. Der Marschall Villars erging sich darüber gegen den Commandanten Surville in scharfem Tadel, welcher, nach jenem Urtheile Goslingas, nicht gerechtfertigt erscheint.

Sobald die Uebergabe der Citadelle in Aussicht stand, erwogen die Häupter der Verbündeten den weiteren Plan. Der Prinz Eugen

---

1) Pelet t. IX, p. 55 et suiv.

2) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 394. — Mémoires de Villars t. II, p. 72.

3) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 397.

4) Goslinga p. 107.



und Marlborough waren der Ansicht, daß, bei der Beschaffenheit des Landes, es nicht in ihrer Hand stehe, den Marschall Villars zu einem Treffen zu nöthigen, und daß man daher auf eine neue Belagerung gedenken müsse. Die Wahl fiel auf Mons. Es handelte sich also darum die Stadt zu umzingeln, bevor Villars es hindern oder die Besatzung verstärken könne [1]).

Am Abende des 3. September setzte sich der Erbprinz von Hessen mit 60 Schwadronen und 4000 Mann Infanterie in Marsch auf die französischen Linien zu. Er erreichte sie zwischen Mons und der Sambre. Die wenigen Franzosen dort, auf den unvermutheten Angriff nicht vorbereitet, flohen davon, und die Linien wurden ohne Verlust genommen. Der Erbprinz von Hessen zog weiter auf Mons, um dasselbe zu umzingeln. Auf die Nachricht dessen folgte dahin die gesammte Armee bis auf 39 Bataillone, die theils als Besatzung, theils zur Ausführung der Capitulation in Tournay belassen wurden. Die Thatsache zeigt, daß damals der Prinz Eugen und Marlborough an ein baldiges Treffen noch nicht dachten.

Wie die Aussicht auf die nahe Capitulation der Citadelle von Tournay bei den Feldherren der Verbündeten den Entschluß gegen Mons hervorgerufen, so regte sie in Versailles die Erwägung an, daß nunmehr der Prinz Eugen und Marlborough ein Treffen beabsichtigen, und daß in diesem Falle das Geschick Frankreichs an der einen Person des Marschalls Villars hangen würde. Unter diesen Umständen bot der Marschall Boufflers, älter als Villars, dem Könige an, als Freiwilliger zur Armee zu gehen und sich dem Marschall Villars unterzuordnen. Ludwig XIV. nahm an. Noch am 1. September setzte der Minister Voisin den Marschall Villars davon in Kenntnis, und am 3. September kündigte sich, von Arras aus, Boufflers selber an. Die Briefe der zwei Marschälle bekunden beiderseits eine große Willfährigkeit. Am 4. traf Boufflers bei der Armee ein. Nach dem Berichte von Villars hob das gute Einverständnis der Häupter das Vertrauen der Soldaten [2]).

---

[1]) **Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 378. — Goslinga p. 108.**

[2]) **Mémoires de Villars t. II, p. 86 et suiv.**



Die Schlacht bei Malplaquet, 11. September.

Bis zum 6. September war sich der Marschall Villars über die eigentliche Absicht seiner Gegner nicht klar. Indem er dann erkannte, daß es auf eine Belagerung von Mons abgesehen sei, reifte in ihm der Entschluß zu schlagen. „Mein Beweggrund war, schreibt er dem Könige, eine Belagerung von Mons zu hindern; denn ich hatte dort nur eine abgemattete Besatzung, die ich betrachten durfte wie das Spital meiner Armee, und sehr wenige Lebensmittel. Den Feinden dagegen lag daran, bei ihrer Belagerung nicht gestört zu werden, und vielleicht hätten sie mich nicht aufgesucht, wenn sie nicht bemerkt hätten, daß ich gegen sie anrückte, so jedoch, daß ich mich immer mit Verschanzungen deckte“ [1]).

Bereits am 7. September ward es dem Prinzen Eugen und Marlborough klar, daß der Marschall Villars ein Treffen suche. Es ergingen Couriere an die Generale Schulenburg und Lottum, die sie in Tournay belassen hatten, mit der Aufforderung ihre 21 verfügbaren Bataillone schleunigst heranzuführen [2]). Es ist merkwürdig zu sehen, wie diese 21 Bataillone nicht zum Vortheile gereichten. Nach dem Berichte von verbündeter Seite [3]) standen die Armeen bereits am 9. September einander so nahe, daß es zum Treffen hätte kommen können. Aber man wollte die Ankunft jener 21 Bataillone abwarten. Dadurch gewann der Marschall Villars die Zeit sich zu verschanzen, und, obwohl er gekommen war um zu schlagen, dennoch den Vortheil zu haben, daß er innerhalb seiner Verschanzungen angegriffen werden mußte. Er meldete diese Lage der Dinge nach Versailles am 10. September um 10 Uhr Morgens mit den Worten: „In diesem Augenblicke stehen wir auf halbe Pistolen-Schußweite von einander. Meiner Neigung würde ein Cavallerie-Angriff entsprechen; aber wir befinden uns in einer so guten Stellung, daß wir, wenn der Feind uns darin angreift, mit Gottes Hülfe, auf einen guten Erfolg hoffen dürfen“ [4]).

---

1) Bericht des Marschalls Villars an Ludwig XIV., 8. September.
2) Die Briefe in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 405.
3) Abgedruckt bei Pelet t. IX, p. 356.
4) A. a. O. p. 344.

Villars wollte also angegriffen werden. Mit Bezug auf dies Schreiben vom 10. meldete er auch nach dem Ausgange, daß dies sein Wunsch gewesen sei[1]). — Diesen Wunsch erfüllten ihm die Gegner. Jene 21 Bataillone aber, um deren willen sie ihm die Zeit des Verschanzens gelassen, kamen ihnen nur wenig zu gute. Zwar trafen sie am 11. ein; aber in Folge verschiedener Irrthümer gelangten sie, unter der Führung des Generals Withers, nicht an den für sie bestimmten Ort auf dem linken Flügel, zur Stütze des Prinzen von Oranien-Nassau und der Holländer, sondern nach dem rechten Flügel. Dort wurden sie schwer vermißt, und hier bedurfte man ihrer nicht[2]).

Die beiderseitigen Angaben über den Bestand der Armeen am 11. September stimmen nicht völlig überein. Die Aufzeichnungen des Generals Schulenburg, der unter dem Prinzen Eugen 40 Bataillone führte, ergeben die folgenden Zahlen:

	Bataillone	Schwadronen
Kaiserliche	7	33
Dänen	8	19
Sachsen	7	12
Pfälzer	7	18
Hessen	6	16
Württemberger	3	4
Engländer	13	14
Preußen	18	35
Hannoveraner	12	26
Holländer	42	62
Zusammen	123	239

Derselbe General gibt den Bestand der französischen Armee an auf 126 Bataillone und 240 Schwadronen. Rechnet man im Durchschnitte das Bataillon auf 500 Mann, die Schwadron auf 100: so waren die zwei Armeen ziemlich in gleicher Stärke, je 90,000 Mann[3]).

---

[1]) Pelet t. IX, p. 377. Vom 14. September: „La vérité est que j'ai souhaité d'être attaqué."

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 411.

[3]) A. a. O. S. 438.

Es fällt auf, einen wie geringen Bestandtheil der Armee die National-Engländer ausmachen.

Für den geschichtlichen Ueberblick der Dinge kommt es weniger an auf die oft beschriebenen Einzelnheiten der furchtbaren, grauenvollen Schlacht von Malplaquet, der blutigsten des achtzehnten Jahrhunderts, als auf die Auffassung und Darstellung der hauptsächlichen Personen.

Am Abende des 11. September berichtete Marlborough an die Königin: „Seit unserem Aufbruche von Tournay ist die Armee beständig in Bewegung. Auf die Kunde der Annäherung des Feindes gegen uns haben die Truppen die zwei letzten Nächte unter den Waffen zugebracht, um bereit zu sein zum Angriffe. Dieser erfolgte heute Morgen. Nach einem sehr hartnäckigen Kampfe, in welchem auf beiden Seiten Viele den Tod gefunden, hat es dem allmächtigen Gott gefallen, den Waffen Ew. Majestät einen Sieg zu verleihen, der, wenn die Verbündeten zustimmen, Ew. Majestät für die noch übrigen Tage Ihres Lebens die Ruhe verbürgt" [1]).

Etwas ausführlicher berichtet Marlborough an den Staats-Secretär Boyle. „Sobald uns am gestrigen Abende die Nachricht zukam, daß die 21 Bataillone und 4 Schwadronen von Tournay her im Bereiche waren, beschlossen wir den Angriff und trafen die Vorbereitungen, so daß wir heute Morgen um 8 Uhr begannen. Der Kampf dauerte mit großer Hartnäckigkeit bis nahe an Mittag, bevor es uns gelang, ihre Verschanzungen zu überwältigen und sie aus dem Gehölze ins offene Feld zu drängen. Dort befand sich ihre gesammte Cavallerie. Durch das Vorrücken der unserigen auf dieselbe ward die ganze Armee verwickelt und focht mit großer Leidenschaft bis nach 3 Uhr. Dann begann die feindliche Cavallerie zu weichen und sich auf Valenciennes und Condé, zum Theile auch auf Maubeuge zurückzuziehen. Wir verfolgten sie mit großem Gemetzel bis an Bavay. Alle unsere Truppen haben sich mit dem größten Muthe benommen. Wir sind nun gelagert auf dem Schlachtfelde. Sie dürfen mir glauben, daß der Verlust auf beiden Seiten sehr schwer ist" [2]).

---

[1]) Murray vol. IV, p. 591.

[2]) A. a. O. p. 592.



Zwei Tage später, am 13. September, schreibt Marlborough einen weiteren Bericht an Godolphin. „Seit dem 11. habe ich kaum Zeit gefunden zu schlafen, weil ich von den verschiedenen Nationen um die Fürsorge für ihre Verwundeten in Anspruch genommen werde. Niemals in diesem Kriege haben die Franzosen so wohl gefochten wie dies Mal, so daß Officiere so wohl wie Soldaten in großer Anzahl verwundet und getödtet sind. Denn beiderseitig wurde in dem Gehölze auf unserer Rechten wenig oder kein Quartier gegeben. In diesem Gehölze hatten wir 80 Bataillone, und der Feind, nach meiner Schätzung, noch mehr. Die Schlacht ist außerordentlich ruhmvoll für die Waffen der Verbündeten; aber unser Verlust ist sehr beträchtlich. Die Feinde hatten nicht bloß den Vortheil der Beschaffenheit des Bodens, sondern auch in dem Gehölze zwei Verschanzungen, die eine hinter der anderen, und eine sehr gute Verschanzung vor ihrer Cavallerie mit Oeffnungen zu je zweihundert Schritten. Durch diese drangen wir ein, nachdem wir uns zuvor des Walles bemächtigt und ihn mit 17 Bataillonen besetzt hatten. Alle anderen Truppen rechts und links waren in Thätigkeit. Unsere äußerste Linke bestand nur aus Holländern, welche sich vortrefflich benahmen, aber dennoch die feindlichen Verschanzungen nicht zu nehmen vermochten, so daß sie mehr eingebüßt haben als irgend eine andere Nation. Die Haustruppen des Königs von Frankreich haben zweimal angesetzt, so daß sie sehr schwer gelitten haben müssen. Nach meiner Ansicht sind niemals in einer Schlacht so viele Menschen getödtet oder verwundet worden; denn nach Maßgabe der Bedeutung der Action gibt es wenige Gefangene" [1]).

Wie bei den Verbündeten der Prinz Eugen auf dem rechten Flügel commandirt hatte, Marlborough auf dem linken, so hatte bei der französischen Armee der Marschall Villars seinem Collegen Boufflers den rechten Flügel zugewiesen, wo sich die Haustruppen des Königs befanden, für sich den linken Flügel genommen. Zwei der einander gegenüber stehenden Feldherren, der Prinz Eugen und der Marschall Villars, waren verwundet, jener am Kopfe, jedoch nur leicht, so daß er ausharren konnte, dieser am Knie, schwer, so daß er ausscheiden mußte. Der Oberbefehl kam daher an Boufflers. Am

---

[1]) Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 383.

Abende dieses Tages berichtete er aus dem Lager bei Quesnoy nach Versailles, wie folgt [1]).

„Der Marschall Villars ist heute erheblich verwundet; jedoch verneinen die Chirurgen eine Gefahr. Es thut mir sehr leid, daß dieses Unglück mir die Pflicht auferlegt, Ew. Majestät den abermaligen Verlust einer Schlacht zu melden; aber ich darf auch zugleich versichern, daß sich niemals einem Unglücke ein größerer Ruhm zugesellte; denn alle Truppen Ew. Majestät haben sich einen wohl begründeten Anspruch darauf erworben, durch die Festigkeit und die Ausdauer, mit welcher sie Stand gehalten haben, und endlich, nach Wundern der Tapferkeit, nur der überlegenen Zahl gewichen sind."

„Alle Dispositionen des Marschalls Villars waren vortrefflich, wie sie nur ein sehr befähigter und sehr erfahrener General entwerfen kann. In der Action hat er die erdenklichste Thätigkeit und Eifer entwickelt, und, neben dem guten Beispiele, möglichst gute Befehle gegeben; aber dieser selbe Eifer und die geringe Schonung seiner eigenen Person haben ihm die erhaltene Wunde zugezogen, die für den Ausgang dieses unglücklichen Tages bedeutungsvoll geworden ist."

„Er hatte mir die Ehre erwiesen, mich mit dem rechten Flügel zu betrauen, und selber den linken übernommen. Auf beiden Flügeln haben unsere Truppen mit unendlichem Muthe die Feinde mehr als drei- oder viermal zurückgeworfen; aber nachdem unser Centrum, in Folge der dringenden Nothwendigkeit unseren linken Flügel an Infanterie zu verstärken, zu viel davon hatte abgeben müssen, haben die Feinde sich mit so großen Kräften an Cavallerie und Infanterie auf dasselbe geworfen, daß es, wo es nur noch Cavallerie entgegen zu stellen hatte, sich genöthigt sah, der unendlich überlegenen Zahl der Feinde und den erstaunlichen Anstrengungen derselben zu weichen. Vorher machte es mindestens noch sechs der kraftvollsten und nachdrücklichsten Vorstöße, die jemals stattgefunden haben, indem es bei jedem Vorstoße zwei oder drei Linien der Feinde durchbrach und warf, so daß diese gänzlich geschlagen wären, wenn sie sich nicht auf ihre Infanterie hätten stützen können. Unter dem Schutze derselben sammelten

---

[1]) Pelet t. IX, p. 345.



sie sich wieder, und kehrten, durch neue Cavallerie verstärkt, zum Angriffe gegen die unsere zurück."

„Ich darf Ew. Majestät versichern, daß die Feinde die dreifache Anzahl gegen uns eingebüßt haben, und daß sie aus dieser unglücklichen Action keinen anderen Vortheil ziehen können als den Besitz des Schlachtfeldes. Ja ich glaube noch dazu Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß dieser unglückliche Ausgang des Treffens Ihnen, wenn Sie es für geeignet halten Frieden zu machen, auch nicht Einen Zollbreit Landes mehr kosten wird, daß im Gegentheil die Feinde die Truppen Ew. Majestät respectiren und vielleicht gefügiger sein werden, so aufgeblasen sie auch über die Vortheile sein mögen, die sie nur dem Glücke verdanken. Und dieses kann sich ja ändern."

„Niemals ist ein Rückzug, nach einem so langen, blutigen und hartnäckigen Kampfe, mit mehr Ordnung und Festigkeit ausgeführt. Ich glaube nicht, daß die Feinde zwanzig Gefangene gemacht haben, sei es in der Verfolgung, sei es im Treffen" u. s. w.

Die Worte zeigen, daß in aller Beziehung der Geist des Marschalls Villars auf seinen Nachfolger übergegangen war. Indessen Villars überbot ihn doch. Er faßt in einem Schreiben vom 14. an den König alle Kraft zusammen in die Worte: „Enfin, Sire, si Dieu nous fait la grâce de perdre encore une pareille bataille, V. M. peut compter que ses ennemis sont détruits"[1]).

Eine eigentliche Verfolgung hatte nicht statt gefunden aus Mangel der erforderlichen Infanterie. Diejenige des rechten Flügels der Verbündeten stand zu weit entfernt; die nähere des linken Flügels, die holländische, trugen der Prinz Eugen und Marlborough Bedenken dafür zu verwenden, weil sie im Treffen zweimal geworfen war[2]).

Diese holländische Infanterie hatte besonders gelitten. Da ihr die in Aussicht gestellten 21 Bataillone von Tournay her ausblieben, so waren sie den Gegnern nicht gewachsen. In dem Schlachtberichte von verbündeter Seite heißt es: „Dreißig Bataillone, gestützt auf

---

[1]) Pelet t. IX, p. 377. — Es findet sich bei Lamberty t. V, p. 373 noch ein Schreiben, nicht datirt, von Villars, welches Pelet nicht hat. Der Bombast desselben macht es verdächtig.

[2]) Marlborough an Godolphin, 26. September, in Private Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 399.



höchstens zwölf oder fünfzehn, theils Preußen, theils Hannoveraner, theils Hessen, kämpften hier gegen 70 Bataillone Franzosen" [1]).

Demgemäß war der Verlust der Holländer, nach Verhältnis, der stärkste, weit über ein Drittel des Gesammtverlustes. Freilich war auch ihr Contingent weitaus das stärkste.

Der Unmuth darüber entlockte einige Wochen später einem Mitgliede der holländischen Regierung, Slingeland, eine herbe Aeußerung gegen Goslinga, der allein von den Feld-Deputirten der Schlacht beigewohnt hatte. Auf dem Landgute des Ersteren machte der Letztere die Bemerkung, daß der Befehl des Wegschlagens einiger Bäume um das Haus ihm nicht reiflich genug erwogen zu sein scheine. Slingeland fuhr lebhaft heraus: er habe dies vielleicht reiflicher erwogen als Goslinga seine Einwilligung die Schlacht von Malplaquet zu liefern, wo er doch die beiden Feldherrn kenne und wisse, wie sie sich in dergleichen Fällen benähmen [2]). — Goslinga hat allerdings namentlich den Prinzen Eugen als mit Menschenleben nicht sparsam gezeichnet [3]). In dem Falle bei Malplaquet aber dürfte es fraglich sein, ob da, wo von beiden Seiten der Wille des Schlagens da war, ein Einspruch des Feld-Deputirten es hätte verhindern können.

Der Gesammtverlust an Todten und Verwundeten betrug auf verbündeter Seite 24,263 Mann, also reichlich ein Viertel der Kämpfer.

Die Berichte von Seiten der Franzosen geben ihren Verlust nur auf reichlich 8000 Mann an. Der Engländer Coxe berechnet ihn auf 14,000 [4]).

Die Schlacht bei Malplaquet, ungleich blutiger als diejenigen bei Höchstädt, bei Ramillies, bei Turin, stand an Wichtigkeit der Consequenzen jeder derselben nach. Villars hatte die Schlacht gewagt, zunächst um die Belagerung der Stadt Mons zu hindern, und der Erfolg für die Verbündeten erstreckte sich nicht weiter, als daß diese Belagerung geschehen konnte. Dagegen hatte die Haltung der Franzosen

---

1) Pelet t. IX, p. 359.

2) Bericht Schulenburgs an August II., in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 409. — Es ist zu bemerken, daß die Denkwürdigkeiten Goslingas zum Jahre 1709 vor der Schlacht von Malplaquet abbrechen.

3) Mémoires de Goslinga p. 77.

4) Coxe vol. II, p. 459.



in der Schlacht ihnen die Achtung der Gegner wieder gewonnen. Der König brachte den Häuptern seine Anerkennung entgegen, indem er Villars zum Pair von Frankreich, den General Artagnan zum Marschall ernannte. In seiner Meldung dessen an Villars sagte er, daß dieser durch seine vortrefflichen Dispositionen die weit ausgreifenden Entwürfe der Feinde in diesem Feldzuge zum Stillstande gebracht habe [1]).

Der Muth auf französischer Seite war so sehr gehoben, daß sie in den ersten Tagen noch zweifelten, ob die Gegner die Belagerung von Mons unternehmen würden, sodann daß sie selber sich für fähig hielten, die Stadt durch ein abermaliges Treffen zu entsetzen. Der Beginn der eigentlichen Belagerung zog sich hin, weil, wie im Jahre zuvor gegen Lille, das schwere Geschütz erst von Brüssel hergeschafft werden mußte. Am 25. September wurden die Laufgräben eröffnet.

Unterdessen berief Ludwig XIV. den Marschall Berwick, dessen Feldzug in Savoyen beendet war, dem Marschall Boufflers zur Seite. Sie beide fanden die Stellung der Verbündeten um Mons schwer angreifbar. Dazu gesellte sich die andere Schwierigkeit, daß für den Zweck eines Angriffes die Armee auf zwei Tage im voraus mit Brot versehen werden mußte, und daß dieses nicht zu beschaffen war. Boufflers und Berwick begnügten sich daher ihre Stellungen so zu nehmen, daß sie die nahe gelegenen Festungen Maubeuge, Valenciennes, Le Quesnoi deckten, damit nicht, nach Mons, auch diese noch angegriffen würden [2]).

Dies war nicht die Absicht der Verbündeten. Mons leistete Widerstand bis zum 20. October. Mit der Capitulation dieser Stadt endete der Feldzug.

---

[1]) Oeuvres de Louis XIV, t. VI, p. 204: en arrêtant par vos sages dispositions les vastes projets que les ennemis avaient formés. — Pelet t. IX, p. 382.

[2]) Mémoires de Berwick t. II, p. 58.

Die Schlacht bei Pultawa und ihre nächsten Folgen.

Die Schlacht bei Pultawa, 27. Juni/8. Juli.

Einige Wochen vor der blutigsten Schlacht des Jahrhunderts, dem Treffen von Malplaquet, welches doch die Machtverhältnisse im Westen nur in geringem Maße änderte, war im fernen Osten Europas ein anderes Treffen erfolgt, geringer an Einbuße von Menschenleben, durch seine Consequenzen dagegen eins der wichtigsten, die in den letzten Jahrhunderten geschlagen worden sind. Es war die Schlacht von Pultawa.

Vom Herbste 1708 an stand Carl XII. mit seiner Armee in der Ukraine. Dort kamen über die Schweden die Schrecken des Winters von 1708 auf 1709. Es ward berichtet, daß Eine Nacht des heftigsten Frostes 3000 Mann hinweg gerafft habe [1]). Dennoch weiß ein Theilnehmer des Zuges nur von drei Wochen Ruhe zu sagen, welche der scharfe Frost erzwang [2]). Dann begann wieder der ruhelose Kampf.

Als die Schärfe des Winters nachließ, machte der Graf Piper den Vorschlag an den Dnieper zu marschiren, um so die Verbindung mit Polen wieder zu eröffnen. Der König erwiederte, daß ein solcher Marsch einer Flucht nicht unähnlich sein und den Feind noch dreister und muthiger machen werde. Da er weder eine Rückzugslinie noch auch nur einen namhaften festen Ort besaß, so faßte er, auf Anrathen Mazeppas, den Plan die Stadt Pultawa in der Ukraine zu nehmen und sie zu seinem Waffenplatze zu machen. Ungeachtet des Abrathens des Ministers Piper und des Generals Rennschild hielt Carl XII. an diesem Plane fest [3]). Der Entschluß ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil er jeden Gedanken eines Rückzuges abschnitt. Vom Anfange März an war Pultawa, in welchem sich 5000 Mann Russen befanden, in weitem Bogen umschlossen. Die schwedischen Quartiere erstreckten sich, zur leichteren Auffindung eines kärglichen und dürftigen Unterhaltes, auf zwölf Meilen weit.

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 291.

[2]) Nordberg Bd. II, S. 113.

[3]) Nordberg, als Hofprediger Carls XII. in seiner Umgebung, sagt jedoch, daß Mazeppa von dem Plane auf Pultawa abgerathen habe, in Bd. II, S. 115.

Nach Westeuropa gelangten von dem herabgekommenen Zustande der schwedischen Armee nur dürftige Nachrichten. Zu Ende April und im Mai lief ein Brief Carls XII., am 9. April bei Pultawa geschrieben, an Stanislaus um. Danach befand sich die Armee in einem sehr guten Stande. Der Feind sei geschlagen, hieß es ferner darin, zurück getrieben, in allen Treffen verjagt. Die zaporovischen Kosaken seien dem Beispiele Mazeppas gefolgt und durch einen Eid vereinigt, nicht eher von den Schweden zu lassen, als bis sie das Joch des Czaren abgeworfen. „Die Lage der Dinge, schloß das Schreiben, hat es nöthig gemacht, daß wir in der Umgebung von Pultawa unsere Quartiere genommen, und ich hoffe davon einen glücklichen Ausgang" [1]).

Das vereinzelte Durchkommen irgend welcher Nachricht von der schwedischen Armee nach Westeuropa mußte schon an sich den Zweifel erregen, ob es dort mit derselben wohl bestellt sei. August II. von Polen hatte gleich auf die Nachricht des Treffens von Liesna, im October 1708, die Hoffnung gefaßt, der Schwede werde fortan so verwickelt sein, daß er an eine Rückkehr nach Deutschland nicht mehr denken könne. Darauf hin hatte August II. an Marlborough seinen Wunsch kund gegeben, die polnische Krone wieder zu nehmen [2]). Vom Frühlinge 1709 an wurden auch in Kopenhagen und an anderen Orten Erwägungen gepflogen, wie aus dem etwaigen Sturze der schwedischen Macht Nutzen zu ziehen sein würde [3]).

In dem Czaren Peter mochten noch bis tief in 1709 Furcht und Hoffnung mit einander ringen. Denn auch die Seinigen hatten durch den harten Winter schwer gelitten, und dazu war es der bis dahin so sehr gefürchtete Schwede, der ihm gegenüber stand. Das Gerücht, das damals erging, daß einige Zeit vor dem Treffen der Czar Peter einen Frieden habe anbieten lassen, ist nicht unwahrscheinlich. Verschiedene Berichte von Einzelnen aus dem schwedischen Lager zeigen, daß dort der Friede als die Erlösung aus dem unendlichen

---

[1]) Das Schreiben im Theatrum Europaeum Theil XVIIIc, S. 294. — Bei Lamberty t. V, p. 397.

[2]) Sein Schreiben an Marlborough, vom 1. November 1708, in Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 353.

[3]) A. a. O. S. 391.

Jammer der Noth und der Entbehrung gehofft wurde.[1]) — Aber zwischen Carl XII. und Peter I. gähnte allein schon als weite, nicht zu überbrückende Kluft der Name Petersburg.

Von April an begann die schwedische Belagerung der Stadt Pultawa. Auf die Nachricht zog der Czar Peter alle seine Streitkräfte zum Entsatze nach der Ukraine zusammen. Nachdem die Belagerung nur erst geringe Fortschritte gemacht, standen im Juni die Heere einander nahe. Es kam zu häufigen Scharmützeln, in deren einem eine kleine Büchsenkugel dem Schwedenkönige die Knochen des einen Fußes zersplitterte. Dem Schmerze und dem Wundfieber mußte die Willenskraft Carls XII. sich beugen: er überließ das Commando dem Feldmarschall Rennschild.

Die Russen unter dem Czaren selber und dem Feldmarschall Scheremetoff kamen näher, so jedoch daß sie sich mit Verschanzungen deckten. Beiderseitig wollte man das Treffen, und zwar die Schweden, weil dies allein ihnen die Aussicht auf Brot gewährte. Der russische Schlachtbericht hebt hervor, daß, obwohl der Czar Peter den Angriff auf den 27. Juni/8. Juli vorbereitet, dennoch die Schweden, mit ihrer gewöhnlichen Verwegenheit, im Morgengrauen zuvor gekommen seien. Der Angriff, der zurückgewiesen wurde, verwickelte noch nicht die beiden Armeen: erst um 9 Uhr Morgens standen sie sich in voller Schlachtordnung gegenüber. Abermals ging, wider das Erwarten der Russen, der Angriff von den Schweden aus. Dann jedoch dauerte, nach der Versicherung der Russen, das eigentliche Haupttreffen nur eine halbe Stunde und endete mit der völligen Niederlage der Schweden[2]).

Auf dem Schlachtfelde fanden die Russen den zerschossenen Tragsessel, auf welchem Carl XII. dem Treffen beigewohnt, nicht den König selbst. Der bei den Russen gefangene Feldmarschall Rennschild sprach düstere Besorgnisse für ihn aus.

Sie waren in dieser Weise nicht begründet. Carl XII. hatte, den dringenden Vorstellungen seiner Umgebung weichend, sich auf ein Pferd heben lassen, und war nach dem Dnieper hin entkommen.

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 301. Man vergleiche eben dort S. 295.

[2]) Der russische Bericht bei Lamberty t. V, p. 399.



Nach der Angabe der Russen lagen etwa 8000 Schweden auf dem Schlachtfelde, beinahe 3000 waren gefangen, 137 Fahnen und Standarten erbeutet. Dem Czaren Peter dagegen war der Hut durchschossen.

Aber nicht die gesammte schwedische Armee war bei Pultawa betheiligt gewesen. Eine starke Abtheilung unter Lewenhaupt stand am Dnieper, und wurde vermehrt durch die Flüchtlinge von Pultawa. Dahin begab sich auch der König Carl XII., in der Absicht sich an die Spitze dieser Truppen zu stellen und den Krieg dennoch fortzusetzen. Die sämmtlichen Generale dagegen, die sich dort um ihn sammelten, baten ihn seine Person über den Strom in Sicherheit zu bringen. Carl XII. zauderte lange mit dem Entschlusse. Es kann ihm, der Sachlage nach, kein Zweifel geblieben sein, daß in diesem Falle nur er für seine Person sich retten, daß, nach seinem Weggange, die noch übrigen Truppen capituliren würden. Endlich kam er zum Entschlusse der Flucht über den Dnieper. Nach einer Nachricht soll er dann zu dem vor ihm stehenden Mazeppa in die Worte ausgebrochen sein: „Hätten wir doch den Rath unseres getreuen Generals Rennschild, und das Gutachten Pipers befolgt. Mazeppa, Mazeppa, Ihr habt uns verführt! — Jedoch will ich zu Gott hoffen, daß ich noch unüberwunden sterbe“ [1]).

Die Mittel an Kähnen und Flößen über den breiten Strom des Dnieper zu setzen, waren so dürftig und ärmlich, daß man vom russischen Hauptquartiere aus nachher in die Welt meldete, Carl XII. und seine Begleitung, zu etwa 300 Mann, seien mit ihren Pferden schwimmend über den Strom gekommen [2]).

Wenige Stunden nach dieser Flucht Carls XII. traf der russische Fürst Menzikoff mit 9000 Mann bei dem schwedischen Lager ein, am 30. Juni/11. Juli. Auf die Versicherung einiger Gefangenen, daß die Schweden capituliren würden, ließ Menzikoff den Feldmarschall Lewenhaupt auffordern, mit der Bedrohung, daß er im anderen Falle keine Schonung kennen werde. Die Capitulation erfolgte. Es waren noch über 16,000 schwedische Soldaten, viele von ihnen krank, allesammt

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 300.

[2]) Der Bericht bei Lamberty t. V, p. 403.



abgemattet durch den Hunger und die Entbehrung vieler Monate. Sie streckten das Gewehr.

Das war das Ende der schwedischen Armee, die zwei Jahre zuvor in den Augen fast aller Menschen, und namentlich ihres Führers selbst, wie unüberwindlich und unwiderstehlich aus Sachsen ostwärts gezogen war. Die menschliche Geschichte kennt wenige Beispiele einer so völligen Niederlage der einen Seite, eines so völligen Sieges der anderen. Demgemäß waren auch die Consequenzen unabsehbar. Man führt die Worte des Czaren an, die er noch auf dem Schlachtfelde von Pultawa an den Admiral Apraxin niederschrieb: „Unseren Feind hat Phaethons Schicksal getroffen, und fest gesenkt ist endlich der Grundstein unserer Newa-Stadt" [1]). — Die Worte reichen nicht aus, die volle Bedeutung des Tages von Pultawa zu würdigen, namentlich nicht in den Augen des Czaren Peter I. selbst.

Aussichten und Ziele des Czaren Peter.

Die Trauerkunde von Pultawa rief in schwedischen Patrioten die Erinnerung wach an den letzten Rath des alten Benedict Oxenstjerna für seinen jungen König, daß, weil Polen mit Schweden den gemeinsamen Erbfeind an Moskau habe, es im Interesse Schwedens liege, Polen nicht zu schwächen, sondern gemeinsam mit Polen gegen Moskau zu stehen [2]). (Band X, S. 98.) Carl XII. hatte diese Mahnung nicht zu Herzen genommen, oder, wenn er doch dies gewollt hat, es in einer Weise gethan, die nicht den Wünschen Oxenstjernas entsprach, eher dagegen der Tradition des Wasa-Hauses. Werfen wir einen Blick zurück.

Bis in das sechszehnte Jahrhundert hinein standen der nach Westen drängenden Expansiv-Kraft Moskoviens zunächst drei Bollwerke entgegen: der Deutsch-Orden, die Königreiche Polen und Schweden. In Folge der Felonie Albrechts von Brandenburg gegen das römische Reich deutscher Nation und zugleich der Kirchenspaltung, brach die Macht des Deutsch-Ordens zusammen, und um die ostwärts gelegenen Spolien desselben stritten sich fortan Polen, Schweden, Moskovien.

---

1) Herrmann, Geschichte des russischen Staates Bd. IV, S. 246.

2) Lamberty t. V, p. 413.



Es lag im natürlichen Interesse der beiden ersteren Mächte, zusammen zu halten gegen die letztere. Das war nicht die Politik der Linie des Hauses Wasa, die in Carl IX. den Thron von Schweden usurpirte. Der Sohn dieses Usurpators, Gustav II. Adolf, erhob Krieg wider seinen Vetter Sigismund III. von Polen, den nach der Erbfolge rechtmäßigen König auch von Schweden, um durch die Uebermacht der Waffen den Mangel an Recht zu ersetzen. Der Sieg blieb ihm, die Schwäche den Polen, und darum indirect der Vortheil den Moskoviten. Wiederum brachte Carl X. Gustav den Krieg über Polen, weil Johann Casimir den schwedischen Titel fortführte, abermals zur unsäglichen Zerrüttung von Polen, und daher mittelbar zum Vortheile von Rußland. Dann kam Carl XII. Er führte, wie er sagte, nicht Krieg mit Polen, sondern mit August II.; aber er führte den Krieg an Polen, moralisch schlimmer und mehr zerrüttend, als hätte er ihn mit Polen geführt, so sehr daß, als er nach Sachsen ging, um sein Werk an August II. zu vollenden, Polen wehrlos dem Czaren Peter zu Füßen lag.

Im Herbste 1707 kehrte Carl XII. von Sachsen nach Polen zurück, nicht bloß, nach seiner Meinung, um Polen zu schützen, Schweden zu sichern und herzustellen, sondern um die moskovitische Macht von der Ostsee ab und völlig zurückzudrängen. Der Ausgang von Pultawa, der doch zu einem erheblichen Theile dem unberathenen Eigensinne Carls XII. zuzuschreiben ist, bestätigte dem Czaren Peter den Besitz dessen was er der schwedischen Macht an der Ostsee bereits genommen, eröffnete ihm die Aussicht dort auf noch viel mehr und legte ihm abermals das zerrüttete Polen wie wehrlos zu Füßen.

Nicht darauf jedoch beschränkte sich der Blick des Czaren. Sein Titel Czar bedeutete etwa Magnus Dux oder Großfürst. Zwar gab ihm die Höflichkeit damaliger Zeiten oft den Titel der czarischen Majestät, nicht jedoch so als ob damals der Titel des Czaren dem königlichen Titel gleich geachtet wäre. Vielmehr war in früheren Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle über die Union Moskoviens mit der römisch-katholischen Kirche, namentlich im Beginne des sechszehnten Jahrhunderts, wiederholt erörtert, daß im Falle dieser Union der Czar von dem päpstlichen Stuhle den Königs-Titel erhalten

würde[1]). Nun aber, nach dem Siege von Pultawa ging Peter I. darüber noch hinaus.

Er veranstaltete, nach altrömischer Weise, gegen den Schluß des Jahres in Moskau einen feierlichen Triumphzug, in welchem die gefangenen Schweden, auch der Graf Piper mit, zu Fuß vor ihm einher schritten. Auch der zerschossene Tragsessel Carls XII. ward mit aufgeführt. Die Triumphbögen, die der Zug passirte, waren, nach der Unterschrift, gewidmet vom S. P. Q. M. (senatus populusque Moscoviticus), und feierten Peter als den großen Kaiser von Rußland, als den Ueberwinder der Asiaten, der Türken, der Schweden[2]). Sie nannten ihn daher, wie einst der Senat und das römische Volk die Scipione und Andere, Asiaticus, Turcicus, Suecicus. Sie gaben ihm ferner den Titel Augustus. Wo zur Decoration die Krone erforderlich schien, sah man die geschlossene Kaiserkrone. Das Wappen war ein Doppeladler.

Nicht blos in Moskau dienten zur Siegesfeier solche kaiserliche Embleme, sondern auch überall dort, wo eine solche in öffentlicher Weise den Vertretern des Czaren gestattet wurde, im Haag dem Botschafter Matueof bereits lange zuvor, im October. Bei dieser Feier erschien der Name nicht wie in Moskau als Petrus Moscoviae Imperator, sondern nur mit den von einer Kaiserkrone überdachten Anfangsbuchstaben P. R. I.[3]), die sowohl als Petrus Russorum Imperator, wie als Petrus Romanorum Imperator gedeutet werden konnten.

Aber es gab damals in der Christenheit nur Einen Fürsten, dem der Titel des Kaisers gebührte, und zwar des römischen Kaisers, den man betrachtete als den Nachfolger nicht bloß Carls des Großen, sondern darüber hinaus der einstigen römischen Kaiser bis hinauf zu Augustus. Der Titel Kaiser bezeichnete noch nicht den Beherrscher eines weiten Landes überhaupt, sondern faßte in sich die eine bestimmte Beziehung und — setzen wir es mit Nachdruck hinzu — den einen ganz bestimmten Anspruch auf das römische Kaiserthum, das

---

1) Karamsin, Histoire de Russie t. VII, p. 123.
2) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 332.
3) Lamberty t. V, p. 410.



Imperium mundi. Es fragt sich also, wie der Czar Peter für sich einen Anspruch solcher Art aufbauen konnte.

Die Inschriften bei seinem Triumphzuge in Moskau nannten ihn in gleicher Weise, etwas verfrüht, als den Sieger der Türken wie der Schweden. Er hatte schon zwölf Jahre zuvor dem Könige Wilhelm III. offen ausgesprochen, daß es seine Absicht sei, Constantinopel zu nehmen (vgl. Band VIII, S. 86) — also Ost-Rom. Als der Papst Leo III. im Jahre 800 den Frankenkönig Carl zum römischen Kaiser krönte, als Otto I. um 160 Jahre später die römische Kaiserkrone bleibend an das deutsche Königthum brachte, bestand noch das oströmische Kaiserthum für Jahrhunderte. Es konnte also neben dem anerkannten weströmischen Kaiserthume auch ein oströmisches geben, und sogar, wie jenes ohne den Besitz von West-Rom, so dieses ohne den Besitz von Ost-Rom, mit dem Bestreben jedoch dasselbe zu erlangen.

Dahin also zielt der Kaiser-Titel, den der Czar Peter sich beilegte, als der Fingerzeig für seine Mitwelt und für die Nachwelt, daß der russische Kaiser-Titel seinen Ursprung hat in dem Streben nach der Erlangung von Constantinopel.

Ein besonderer Beweis, wie sehr durch die Schlacht von Pultawa und deren Folgen das Ansehen des Czaren in Westeuropa gestiegen war, ergab sich aus der Art und Weise, in welcher die Königin von Groß-Britannien Genugthuung leistete für die von einigen ihrer Unterthanen an dem Botschafter Matueof verübte Unbill (S. 208 u. f.). Wir haben gesehen, daß der Czar damals für eine Reihe der Betheiligten die Todesstrafe gefordert hatte, während man sie nach den englischen Gesetzen nicht einmal in Haft behalten durfte. Nach langen Verhandlungen blieb daher nichts Anderes übrig, als daß die Königin die Strafe, welche sie nach den englischen Gesetzen nicht verhängen konnte, in der Form der Abbitte auf sich selber nahm. Zu diesem Zwecke wurde ein eigener Botschafter, Lord Whitworth, mit einem Handschreiben der Königin nach Moskau geschickt [1]). Die Formalitäten der Ueberreichung waren so vereinbart, daß die Genugthuung möglichst augenfällig wurde. Der Czar stand aufrecht unter einem Thronhimmel,

[1]) Die Relation darüber bei Lamberty t. VI, p. 228.



entblößten Hauptes, umgeben von den Großen des Reiches, den Ministern seines Hofes, den Generalen seiner Armee. Der englische Botschafter hielt eine längere Anrede, in welcher er ausdrücklich betonte, daß er, kraft der Vollmacht der Königin, ihre Person repräsentire, als wenn sie selber gegenwärtig sei. In ihrem Namen spreche er zunächst ihren Kummer und ihren gerechten Abscheu aus gegen die verwegene That, die man verübt habe gegen einen Vertreter des Czaren, noch dazu gegen einen solchen, den die Königin besonders hoch schätze. Er bitte dann um Entschuldigung für den Mangel und die Unzulänglichkeit der bisherigen englischen Gesetze, welche nicht gestatten für eine so außerordentliche Verletzung des Völkerrechtes nach Gebühr zu strafen. Er versichere endlich den aufrichtigsten Wunsch der Königin, die bisherige Freundschaft und das gute Einvernehmen zwischen den zwei Kronen auch ferner aufrecht zu halten.

Dann folgt der weitere Satz: „Im Namen Ihrer Majestät der Königin bitte ich daher sehr inständig, Ew. kaiserliche Majestät wollen geruhen, diese Entschuldigungen mit der brüderlichen, Ihnen eigenen guten Gesinnung aufzunehmen, und nicht Ihrer Majestät der Königin, noch der britischen Nation einen Unfall beizumessen, an dem nur wenige unbändige Persönlichkeiten betheiligt sind, sondern Ew. kaiserliche Majestät wolle denselben gänzlich in Vergessenheit stellen, und in großmüthiger Weise fortan der Königin und ihren Unterthanen Ihr hohes Wohlwollen bewahren."

Darauf überreichte der Botschafter dem Czaren das Handschreiben der Königin. Es versicherte abermals, daß, bei der Unzulänglichkeit der alten Statuten des Königreiches für einen solchen Fall, es noch nicht im Vermögen des gesetzeskundigen Juristen des Königreiches gestanden, ein Urtheil zu schöpfen, noch eine endliche Entscheidung dieser Angelegenheit zu finden. Darum habe die Königin, zur Verhütung der Wiederkehr solcher Unglücksfälle, eine Parlaments-Acte sanctionirt, welche jede Kränkung eines Vertreters eines fremden Souveräns mit schwerster Strafe bedrohe. „Dies wird, sagt die Königin, für die gesammte Nachwelt verbleiben wie ein Monument unserer Deferenz für Ew. kaiserliche Majestät."

Die Antwort des Czaren, die Momente kurz zusammen fassend, erklärte, daß er damit die Sache als abgethan ansehen wolle. Sein

Bescheid an Matueof im Haag besagte, daß er die im Namen der Königin vorgebrachten Entschuldigungen als Satisfaction für die seinem Botschafter in London widerfahrene Unbill annehme, und die persönliche Genugthuung demselben vorbehalte. Darunter war begriffen der Ersatz für die dem Botschafter erwachsenen Kosten, für das ihm entgangene Geschenk bei seinem Abschiede, für die Nicht-Benutzung der englischen Yacht zur Ueberfahrt nach Holland. Die Frau des Matueof hatte schon früher bei Marlborough angedeutet, daß auch sie ein Geschenk erwarte. Da Marlborough nach London hin die Ansicht aussprach, daß diese Erwartung zum Wesen der Sache gereichen dürfte, so hatte er zugleich der Königin die Summe von 500 Pfund Sterling für Frau Matueof vorgeschlagen [1]). — Nachdem der hauptsächliche Schritt gethan, ist nicht zu bezweifeln, daß Matueof nach der ihm widerfahrenen Unbill pecuniär keinen Nachtheil erlitten habe.

Es ist dabei zu bemerken, daß die Königin von Groß-Britannien dem Czaren diese Genugthuung in den Tagen gewährte, in denen sie sich auf der Höhe ihrer Macht befand. So hoch wie zu Ende des Jahres 1709 und zum Beginne 1710 hatte das Ansehen Englands in Europa noch nie gestanden.

Nächste Einwirkungen der schwedischen Niederlage auf Westeuropa.

Die Nachricht von Pultawa traf in der zweiten Hälfte des Monates August in Versailles ein, und ward dort mit großer Betrübnis vernommen [2]). Anders stand die Sache in London. „Außer den französisch gesinnten Jacobiten, meldet Hoffmann, findet sich kein Engländer, ob hohen ob niedrigen Standes, der ein Bedauern für den Schwedenkönig ausspräche. Und zwar dies in Folge seines vor zwei Jahren bewiesenen Uebermuthes. Denn zu Anfang dieses Krieges war Jedermann für ihn eingenommen" [3]). Dies indessen war die Stimmung des Momentes, die Folge des persönlichen Verhaltens von Carl XII. Das politische Interesse, welches England an der Erhaltung

---

[1]) Murray vol. IV, p. 480. Vom 16. April 1709.

[2]) Vetes an Rakoczy, 23. August. Bei Fiedler Bd. I, S. 145.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 30. August.

der schwedischen Macht haben mußte, gewann bald wieder die Oberhand. — Im Haag nahmen Mitglieder der Generalstaaten und viele Gesandte Theil an der geräuschvollen Siegesfeier, welche der Botschafter Matueof drei Tage nach einander mit Banketten, Festbällen, Feuerwerk veranstaltete [1]). Auf den Einspruch des schwedischen Gesandten Palmquist ward entgegnet, daß man durch die Gestattung derselben, dem Herkommen gemäß, die Neutralität nicht verletze. Doch gab es im Haag nicht wenige, welche darauf hinwiesen, daß der erwählte Ort des Feuerwerkes zu den Zeiten der Jahrmärkte den Possenreißern diene. — In Wien ward dem russischen Gesandten Urbich das Abbrennen eines Feuerwerkes nicht erlaubt, und auch sogar in Kopenhagen die Erlaubnis nur in beschränkter Weise gegeben. Dabei ist nicht anzunehmen, daß an einem dieser beiden Orte das Schicksal des Schwedenkönigs, der Monate lang für Westeuropa wie verschollen war, eine lebhafte Sympathie erregt habe.

Nach Stockholm brachte erst die Ankunft des Generals Meyerfeld, am 26. October/6. November, mit zwei Handschreiben Carls XII., an seine Großmutter und an seine Schwester die Gewißheit, daß er lebe und sich zu Bender auf türkischem Boden und in Sicherheit befinde [2]).

Die Frage der Rückkehr des Schweden ward demnach aller Orten erwogen. Ludwig XIV. wünschte sie. Bereits im September meldete in Versailles das Gerücht, daß Carl XII. sich in Bender befinde. Ludwig XIV. ließ durch Vetes an Rakoczy melden: er verlange, daß für den Fall der Rückkehr Carls XII. durch Ungarn, Rakoczy ihn aufnehme und behandele wie einen Freund und Verbündeten des Königs von Frankreich, dagegen jegliches Verlangen des Czaren Peter in Bezug auf Carl XII. als unvernünftig zurückweise. Denn es sei die Absicht Ludwigs XIV., dem Schwedenkönige beizustehen, ihm wieder empor zu helfen, um ihn so durch Wohlthaten zu verpflichten dasjenige zu thun, was er während seines Verweilens in Sachsen nicht habe thun wollen. Der König von Frankreich sehe hinweg über den Hochmuth, mit welchem Carl XII. damals seine Anträge abgelehnt, sei vielmehr in seinem hohen Alter geneigt, die Hitze der

---

1) Lamberty t. V, p. 405.
2) Nordberg Bd. II, S. 163.



Jugend zu verzeihen oder zu entschuldigen, und sein Titel als allerchristlichster König lege ihm die Verpflichtung auf, den Unglücklichen beizustehen. Desalleurs habe den Auftrag, sich zu Carl XII. zu begeben. — Die Einwendung des Vetes, daß Rakoczy Rücksichten auf den Czaren zu nehmen habe, wies Torcy zurück mit der Erklärung: „Der König will es, und hat darauf bereits dem schwedischen Gesandten sein Wort gegeben" [1]).

Die Dinge haben einen anderen Verlauf genommen, als welchen Ludwig XIV. damals hoffte. Aber die Worte sind merkwürdig als der Beweis dieser Hoffnung, die für längere Zeit auf das politische Verhalten Ludwigs XIV. eine starke Einwirkung übte.

Aber auch die verbündeten Mächte waren nicht Willens, der Rückkehr Carls XII. ein Hindernis in den Weg zu legen. Die Generalstaaten ließen, im December, ihm eine Anzahl Schiffe zur Heimfahrt über das Mittelmeer anbieten. Carl XII. ließ dankend antworten, daß er hoffe, bald auf einem näheren Wege heimkehren zu können [2]).

In den ersten Tagen des Aufenthaltes in Bender erwog Carl XII. die Frage der Heimkehr mit der Begleitung von einem oder zwei Anderen. Er meinte, unerkannt durchkommen zu können. Entgegen standen seine Wunde am Fuße und die Besorgnis um die Zurückbleibenden [3]). Die Erwägungen dieses Entschlusses währten jedoch nicht lange. Bereits im August begannen die Bemühungen Carls XII. in Constantinopel um das Geleite einer türkischen Armee für seine Heimkehr, zuerst durch den Gesandten Neugebaur, dem bald, im October, Poniatowski sich zugesellte, so wie hernach der Franzose Desalleurs. Die Versuche blieben, bis tief in das Jahr 1710 hinein, ohne Erfolg.

Auf jeden Fall stand es auf die Nachricht von Pultawa für Westeuropa in sicherer Aussicht, daß wie die schwedische Armee verschwunden war, so auch Carl XII. persönlich für Monate lang keine Einwirkung üben könne. Zehn Jahre zuvor, wo die Jugend Carls XII. leichtes Spiel in Aussicht zu stellen schien, hatten die ihm benachbarten Häupter die begehrlichen Hände nach diesem und jenem Stücke seines

---

1) Fiedler Bd. I, S. 148. Vom 16. September.

2) Nordberg Bd. II, S. 178.

3) A. a. O. S. 163.

Erbes ausgestreckt. Das war zweien unter ihnen, den Königen Friedrich IV. von Dänemark und August II. von Sachsen-Polen, schlecht gelungen. Aber nun war die Macht Carls XII. zertrümmert, er selber fern: daher war mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß die Bethätigung derselben Gelüste sich erneuern würde. Allerdings bestanden die Friedensschlüsse von Münster, von Oliva, von Travendal, von Alt-Ranstadt. Aber selbst die zwei ersteren konnten doch nur als Verträge solcher Art betrachtet werden, in welchen der Stärkere seinen Willen erzwingt, sei es durch eigene Uebermacht allein, oder durch die Mithülfe Anderer. Ein Friedensschluß, welcher der schwedischen Macht deutsche Länder zusprach, wie derjenige von Münster, oder diesen Besitzstand bestätigte, wie derjenige von Oliva, trug in sich selber nicht die Gewähr seines Bestandes, sondern begründete vielmehr für den Fall, daß die schwedische Macht aufhörte furchtbar zu sein, die Gefahr eines neuen Krieges. An den Fersen der Eroberer haftet gar oft der doppelte Fluch, daß sie, um zu nehmen, den Krieg über ihre Mitwelt bringen, und durch ihr Nehmen der Nachwelt die Saat des anderen Krieges hinterlassen, der geführt wird zu dem Zwecke, das Genommene wieder zu erlangen.

Am wenigsten von allen diesen Friedensschlüssen trug derjenige von Alt-Ranstadt in sich eine Gewähr. Carl XII. hatte die Polen gezwungen, einen neuen König zu erwählen, den er ihnen vorschrieb. Er hatte August II. gezwungen, auf die Krone zu verzichten und selber den neuen König anzuerkennen. Der Schwede mag sich gedacht haben, daß dies nicht bloß eine Demüthigung Augusts II., sondern ein moralisches Bindemittel sein solle. In der Wirklichkeit bestand das Bindemittel nur in seinem Zwange. Mit dem Aufhören des Druckes desselben sprangen alle Federn empor.

Eine starke Partei in Polen war dem Könige August II. immer treu geblieben, und verlangte im Jahre 1708, sobald Carl XII. die russische Genze erreicht hatte, seine Wiederkehr. August II. schrieb am 1. November an Marlborough, daß sein Wunsch die Belagerung von Lille mitzumachen, nur ein Vorwand gewesen sei, um nicht in Dresden eine polnische Botschaft zu empfangen und auf ihre Aufforderung zur Rückkehr zu antworten. Denn im Falle der Weigerung könne es geschehen, daß die Republik Polen das Diplom zurückfordere, welches sie ihm über seine Königswahl ausgestellt, und welches noch in seinen

Händen sei als das Band, welches ihn an Polen und Polen an ihn binde [1]). — Es ist demnach anzunehmen, daß weder Carl XII., noch Stanislaus von der Existenz eines solchen Königs-Diplomes eine Kunde gehabt haben, weil, folgerecht, nach dem Frieden von Alt-Ranstadt, August II. die Auslieferung nicht hätte verweigern können. — August II. sprach weiter zu Marlborough seine Absicht aus, der Aufforderung zu willfahren, sobald die Gelegenheit ihm günstig erscheine.

Nach Pultawa trat zu jenen Aufforderungen von Polen aus an August II. noch ein anderer Druck. Der Czar Peter verlangte von ihm den sofortigen Entschluß. Durch seinen Minister van der Lith ließ er dem Könige August sein Erstaunen melden, daß dieser auch nur Einen Tag zögere, und stellte, bei weiterem Zaudern, eine Neuwahl in Aussicht [2]). Dieser Druck machte dem Schwanken Augusts II. ein Ende. Er erneuerte am 26. Juli/6. August sein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Czaren. Am 8. August, um einen Monat nach Pultawa, erging von Dresden aus sein Manifest dieses Entschlusses. Das langathmige Schriftstück, anstatt kurz und offen nur die Zwangslage zu betonen, in der sich August II. im Herbste 1706 befunden, redet wieder von dem Misbrauche, den man, ohne sein Wissen und wider seinen Willen, mit seinen Blanketten getrieben, um böswilliger Weise den betrügerischen Vertrag zu ratificiren. Einleuchtender darin war, daß Carl XII. selbst diesen von ihm dictirten Vertrag, der nur von Winterquartieren in Sachsen redete, nicht gehalten hatte, indem er nach eigenem Willen die Zeit der Quartiere ausgedehnt hatte vom 1. September 1706 bis zum 16. September 1707. — Was nach diesem Manifeste der von August II. anerkannte König Stanislaus zu erwarten hatte, ergibt sich aus der Bezeichnung seiner darin als des Hochverräthers Lescinski [3]).

In der ersten Zeit machte Stanislaus sich noch die Hoffnung, daß der Kaiser Joseph I., der ihn anerkannt hatte, ihn schützen würde. In einem Schreiben vom 13. August legte er die Gefahren dar, die für Polen von der anwachsenden Macht des Czaren Peter drohten,

---

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 354.

[2]) A. a. O. S. 448. Das Datum dort kann indessen nicht richtig sein.

[3]) Die Schrift bei Lamberty t. V, p. 414.

so wie andererseits von August II., der sich an den Vertrag von Alt-Ranstadt nicht binden würde, endlich von der Uneinigkeit der Polen unter einander, von denen Jeder nur den eigenen Vortheil suche, nicht das Gemeinwohl. — Aber der Kaiser hatte zwar Stanislaus anerkannt, nicht jedoch eine Garantie des Friedens von Alt-Ranstadt übernommen. Anstatt auf jenes Schreiben einzugehen, verlangte der Kaiser von seinem Gesandten Gallas in London schleunigsten Bericht, wie die Regierung der Königin die Wandlung der Dinge in Polen betrachte[1]).

Als die Stütze der Macht des Stanislaus in Polen befand sich dort noch ein schwedisches Corps unter dem General Crassau, in der Stärke von etwa 14,000 Mann. Es war der anrückenden Macht des Königs August II., der Kron-Armee unter Siniawski, die ihm wieder zugetreten war, und der Russen, nicht gewachsen. Es blieb für Crassau nichts übrig als der Rückzug nach Pommern. August II. vermochte nicht denselben zu hindern. Der Marsch mußte preußisches Gebiet durchschneiden. Friedrich I. gewährte nicht die Erlaubnis dazu; aber er hatte auch nicht die Macht zur Hand, den Durchzug zu verwehren. Crassau gelangte nach Stettin. Von da aus erließ Stanislaus, der dem Corps sich angeschlossen, an die Polen eine Proclamation, durch welche er sich erbot die Krone niederzulegen, wenn dadurch der innere Friede Polens hergestellt werden könne[2]). — Die Proclamation war einer Abdankung sehr ähnlich. Die abermalige Anerkennung Augusts II. fand nirgends ein Hindernis. Als der Czar Peter I. in Warschau eintraf, begrüßten ihn dort eine Reihe vornehmer Polen mit Glückwünschen zu dem Siege von Pultawa, durch welchen er ihnen ihren rechtmäßigen König zurück gegeben, und, wie sie sich ausdrückten, ihre Freiheit gerettet habe.

Dann folgte Peter I. der Einladung von August II. nach Thorn, im Anfange October. Wie Patkul längst begraben war, so ward es nun auch sein Gedächtnis: die zwei Häupter hatten nur noch zu reden von der an der Krone Schweden zu machenden Beute. Sie theilten sich im voraus in Liefland und Esthland, dieses für den Czaren, jenes für August II.; jedoch machte der Czar mündlich dem

---

[1]) Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv.

[2]) Dies Universale bei Lamberty t. V, p. 428.



Grafen Fleming kein Hehl daraus, daß er auch Liefland nehmen und mit Rußland vereinigen werde [1]).

Mit Friedrich IV. von Dänemark, den die Ungeduld drängte baldmöglichst loszuschlagen und in Schonen einzubrechen, schloßen der Czar Peter I. und August II., durch dessen Gesandten Grafen Ranzau, ein entsprechendes Bündnis ab. Dann eilte der Czar weiter nach Marienwerder zu dem Könige Friedrich I., am 28. October. Dieser König jedoch, der nicht bloß im Osten erwerben wollte, sondern auch im Westen, hatte dabei Rücksichten auf das Wohlgefallen der Seemächte zu nehmen, und trug daher Bedenken vor allzu raschem Handeln. Er trat dem Schutz- und Trutzbündnisse der drei Anderen nicht bei [2]).

Zu Ende November reichte der czarische Gesandte Urbich in Wien eine Denkschrift ein. Sie meldete, daß der Czar Peter, August II. und Friedrich IV. von Dänemark ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, um sich für das von der Krone Schweden erlittene Unrecht schadlos zu halten. Der Czar im Namen aller drei erkläre, daß der Zweck dieser Allianz nicht dahin gehe, das Königreich Schweden über den Haufen zu werfen, sondern es auf seine gerechten Grenzen zurückzubringen [3]) und den Nachkommen Sicherheit zu verschaffen. Daher wollen sie das Reich nicht beunruhigen, den Krieg der Allianz wider Frankreich nicht stören, und demnach wollen auch Friedrich IV. und August II. ihre Truppen im Solde der Seemächte nicht abberufen. Dagegen erwarten die drei Häupter auch, daß dem Schwedenkönige keine Hülfe geschehe. Der Czar und August II. wollen dem nach Pommern entwichenen General Crassau nicht, wie sie berechtigt wären, dahin folgen, hoffen aber auch, daß der Kaiser und die verbündeten Mächte Vorkehrungen treffen, daß aus den schwedischen Provinzen im Reiche ihnen kein Nachtheil widerfahre, noch daß die Schweden sich durch Werbung aus dem Reiche verstärken. Dafür verlangen die drei Mächte die Garantie der großen Allianz. Wenn diese Garantie nicht

---

1) Herrmann, Geschichte des russischen Staates Bd. IV, S. 249.

2) Einige Nachrichten über Marienwerder im Berichte von Clement, vom 28. Februar 1710, bei Fiedler Bd. II, S. 84.

3) Ad justos terminos redigere. Die Denkschrift im Gräflich Clam-Gallasschen Archive.

erfolge, so wollen auch die drei Mächte sich an ihr Versprechen nicht gebunden halten.

August II. reichte in Wien eine besondere Denkschrift ein, daß er den General Crassau aus Rücksicht auf den Frieden des Reiches habe ziehen lassen, und daß er dagegen von dem Kaiser die Garantie verlange, daß auch ihm aus den deutschen Ländern der Krone Schweden kein Angriff widerfahre. — Aber August II. selber hatte, während Crassau sich auf dem Marsche befand, dem General Schulenburg gemeldet, daß er, um den Marsch des Generals Crassau zu hindern, nicht die erforderliche Infanterie besitze[1]).

Endlich machte auch Friedrich I. sein Verdienst in dieser Sache geltend. Durch seine Vermittelung, ließ er dem Kaiser melden, seien August II. und der Czar zu dem Versprechen bewogen, dem General Crassau nicht nach Pommern zu folgen, wenn dafür die Versicherung gegeben werde, daß Crassau von Pommern aus nicht angreife, noch auch nach Polen zurückkehre. Der Kaiser möge Carl XII. zu einer solchen Erklärung bewegen und dieselbe seinerseits gemeinsam mit den Seemächten verbürgen[2]).

Das Verdienst Friedrichs I. in dieser Sache, wo er von den Spolien der Krone Schweden das Land Pommern doch wohl zunächst sich selber gönnte, mag eben so schwer oder so leicht wiegen wie dasjenige Augusts II. von Sachsen-Polen. Sein Ansuchen an den Kaiser dagegen läßt den Plan etwas klarer durchblicken: bei dem Charakter Carls XII. war mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß er jene verlangte Erklärung nicht geben werde.

Einstweilen aber war es in Westeuropa für Monate lang fraglich, zuerst ob Carl XII. überhaupt noch existire, dann ob oder wann er zurückkehren werde. Es kam daher zunächst auf die Entscheidung des Kaisers und der Seemächte an, wie sie sich zu der Sache stellen würden. Joseph I. sandte die ihm eingereichten Denkschriften an Gallas in London, mit dem Auftrage zu versichern, daß er nur gemeinsam mit den Seemächten handeln werde.

[1]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 420. Schreiben vom 30. September, aus Brunshof, zwischen Thorn und Posen.

[2]) Denkschrift Bartholdis vom 5. December im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive.



Auf die Nachricht von Pultawa stand von Anfang an bei der Regierung der Königin Anna als der Grundsatz ihrer Politik im Norden fest, einen Bruch dort zu verhüten[1]). Es fügte sich dazu der andere nicht ausgesprochene, Schweden möglichst aufrecht zu halten[2]). In jenem Sinne ergingen Abmahnungen von Thätlichkeiten an August II. und Friedrich IV. Der Letztere kümmerte sich darum nicht viel, sondern brach noch im November in Schonen ein. Das Manifest, das er voraus schickte, fand bei Unparteiischen so geringen Beifall, daß Viele urtheilten: besser würde es gewesen sein, ohne Worte den Krieg angefangen zu haben[3]). Die Seemächte schlugen indessen diesen dänischen Versuch deshalb nicht hoch an, weil sie voraus sahen, daß der schwedische General Steenbock dort ihm gewachsen sein würde[4]).

Dagegen kam es für die Mächte der Allianz wesentlich darauf an, daß nicht von Pommern aus im Reiche sich ein neuer Krieg entzünde, sei es durch einen Angriff auf das schwedische Corps unter Crassau dort, sei es durch ein Vorbrechen desselben. Auf die Denkschriften hin, welche der Czar Peter im Namen seiner Bundesgenossen, sowie Friedrich I. von Preußen dem Kaiser eingereicht, auf die Erklärungen ferner, welche dieser selbst den Seemächten gegeben, so wie dann wiederum die Königin von Groß-Britannien und der Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg den Generalstaaten, faßten diese den Beschluß, am 24. December, jegliche Feindseligkeit in Norddeutschland, in Schleswig und in Jütland zu verhindern und die Neutralität dieser Länder zu verbürgen[5]). — Dadurch war einstweilen der Friede dort gesichert. Es fragte sich dann nur, wie der König Carl XII. sich dazu stellen würde.

Nicht gesichert dagegen war der Friede für andere Länder, welche der Krone Schweden gehörten, namentlich für die entfernteren, Liefland und Karelien. Diejenige Truppenmacht, über welche Schweden daheim noch verfügen konnte, ward in Schonen durch die Dänen festgehalten.

---

[1]) Murray vol. IV, p. 605.
[2]) Lamberty t. V, p. 431.
[3]) A. a. O. p. 434 et suiv.
[4]) A. a. O. p. 441.
[5]) A. a. O. p. 442.

Dem Czaren, der nun seinen Eroberungszug durch Liefland begann, stand dort nur die geringe schwedische Macht entgegen, die bereits vorher dort vorhanden war. Die Schrecken dieses Krieges steigerten sich durch eine pestartige Krankheit, welche die Soldaten wie die Landeseinwohner zu tausenden hinweg raffte. Die Schweden in den Städten Wiburg und Kexholm, in Riga, Reval, Sternau hielten sich tapfer: um so länger dauerten die Leiden der unglücklichen Länder.

Einst hatte der mit dem Deutsch-Orden vereinigte Orden der Schwertbrüder, mit der Zustimmung und der Vollmacht der Kirche und des Reiches, dahin die deutsche Cultur getragen, und dann es vermocht, durch eigene Kraft das Erworbene zu schützen gegen den Ansturm des westwärts drängenden Czarenthums. In Folge der Kirchenspaltung war die Macht des Ordens zerbröckelt und zerfallen, und Polen hatte sich zum Erben der Herrschaft über Liefland eingesetzt. Es hatte dann nicht vermocht, den nicht rechtmäßig erworbenen Besitz zu behaupten, sondern hatte ihn abgeben müssen an den begehrlicheren, aber auch willenskräftigeren Schweden. Nachdem auch dieses sich zerrüttet, gelang es nun dem Czaren, das seit Jahrhunderten erstrebte Ziel zu erreichen.

Aber der Czar Peter achtete in Liefland die Cultur, die er daheim nicht besaß. Darum wollte er das Land nicht bloß besitzen kraft des Rechtes der Eroberung, sondern es an sich binden vermöge der Verträge, welche ihm die selbständige Anerkennung der Bewohner sicherten.

Nur der Czar Peter trug von Anfang an den Löwenantheil der schwedischen Beute davon. Dänemark hielt durch seine Landung in Schonen dort die schwedische Kriegsmacht unter Steenbock fest, zu Gunsten des Czaren, nicht zu eigenem. Denn es gelang Sternbock sehr bald, am 28. Februar/10. März 1710, die gelandete dänische Armee bei Helsingborg so zu schlagen, daß der Rest sich schleunig wieder einschiffte.

August II. von Sachsen-Polen konnte der Abmahnung des Kaisers und der Seemächte von einem Angriffe auf schwedische Besitzungen um so leichter Folge leisten, da die Wieder-Befestigung seines Thrones in Polen ihn vollauf beschäftigte.

Friedrich I. von Preußen-Brandenburg hatte in Marienwerder dem Czaren gegenüber die Betheiligung am Angriffe auf die

Besitzungen Carls XII. abgelehnt. Dennoch ward gerade er nicht von den Mächten überhaupt, sondern namentlich von Marlborough mit scharfer Aufmerksamkeit beobachtet. Denn Friedrich I. hatte bei der verbündeten Armee in den Niederlanden 22,000 Mann, also fast ein Fünftel der ganzen Armee. England und Holland bezahlten diese Truppen; aber es stand bei Friedrich I. sie abzuberufen. Er ermangelte nicht darauf hinzuweisen, namentlich in Fällen der Differenz mit den Generalstaaten. An Anlässen dazu fehlte es nicht. Die Republik wünschte Ober-Geldern für sich zu behalten: Friedrich I. beanspruchte es als Ersatz für seine Forderungen an die Krone Spanien. Andere Klagen Friedrichs I. maßen der Republik eine allzu geringe Willfährigkeit für ihn in Betreff des oranischen Erbes bei.

Marlborough mahnte daher nach London, auch noch vor Pultawa, daß bei den Klagen Friedrichs I. über die Republik, die Königin trachten möge, ihn bei guter Laune zu erhalten [1]). Im October ließ Friedrich I. durch den General Grumbkow bei Marlborough seine Klagen über die geringe Willfährigkeit der Generalstaaten für seine Ansprüche, sowie die Drohung des Zurückziehens seiner Truppen erneuern. Zur Antwort bat Marlborough mit, wie er sagte, möglichster Unterthänigkeit, daß Friedrich I. der Allianz nicht diesen tödtlichen Streich versetzen, nicht was immer die Generalstaaten wider ihn gefehlt, die Königin und die anderen Bundesgenossen entgelten lassen wolle. Er betrachte den König, sagte weiter Marlborough, comme le chef protecteur de notre sainte religion dans l'Empire. Und auch für diese werde ein solcher Entschluß des Königs unheilvolle Folgen nach sich ziehen [2]).

Trotz allem dem grollte Friedrich I. fort. Marlborough bat die Generalstaaten, dem Könige gegenüber jeden Anlaß zur Unzufriedenheit zu vermeiden [3]). Er forderte den Botschafter Raby in Berlin dringend auf, den König von jenem Entschlusse abzubringen [4]). Auch das fruchtete nicht. Grumbkow meldete Marlborough, daß Friedrich I.

---

[1]) Murray vol. IV, p. 574. Vom 15. August.
[2]) A. a. O. p. 630. Vom 19. October.
[3]) A. a. O. p. 643. Vom 31. October.
[4]) A. a. O. p. 659. Vom 29. November.

auch gegen die Königin Klage erhebe wegen ihrer mistrauischen Zurückhaltung gegen ihn. Auf die Bitte Marlboroughs ward Grumbkow von Berlin zu ihm nach dem Haag entsendet. Mündlich deutete hier Grumbkow an, daß geheime Unterhandlungen mit Frankreich nicht abgebrochen und daß starke Gründe für die Besorgnis vorhanden seien, daß der Unwille seines Königs wider die Generalstaaten ihn zur Lossagung von der Allianz bringen könne. Als das Gegenmittel schlug Grumbkow vor, daß die Königin, wie aus sich selber, ein Handschreiben mit bestimmten Versprechungen nach dem Wunsche Friedrichs I. an diesen richten möge. Grumbkow selber entwarf dieses Schreiben. Marlborough schickte den Entwurf an Godolphin. Die Königin schrieb ihn eigenhändig ab, und Grumbkow überbrachte dann dies königliche Handschreiben nach Berlin[1]).

Franz Rakoczy.

Der Stand seiner Angelegenheiten zu Ende 1708.

Franz Rakoczy hatte im Jahre 1706 vor Ludwig XIV. und dessen Dienern geltend gemacht, daß er im Interesse Frankreichs die Friedenshandlung von Thyrnau oder Neuhäusel abgebrochen. Er hoffte dadurch sich zu einem formellen Bündnisse mit Ludwig XIV. fähig zu machen. Dieser jedoch ließ durch Desalleurs als weitere Vorbedingung fordern die Absage an den Kaiser Joseph. Auch diese setzte Franz Rakoczy bei den Ständen von Ungarn durch, vermittelst des blutigen Landtages von Onod, im Mai 1707. Aber dann erst recht rückte ihm, wie sein Landsmann und Diener Vetes ihm voraus verkündet, das Bündnis in unabsehbare Ferne. Der monatliche Sold von 50,000 Livres dagegen ward fortgezahlt, nur weniger regelmäßig als zuvor.

Im Laufe des Monates August 1708 erfolgte als schwerer Streich auf die Sache Rakoczys die Niederlage von Trentschin. „Von da an, sagt er in seinen späteren Denkwürdigkeiten, gedachten Magnaten,

[1]) So berichtet Coxe vol. II, p. 482, gibt jedoch nicht die Actenstücke, die geschichtlich werthvoller sein würden als so manche andere, die er gegeben.



Edelleute, Officiere, Soldaten nicht mehr an den Krieg, sondern nur noch an die eigene Rettung"[1]). Zugleich blieben die französischen Subsidien mehr und mehr im Rückstande. Denn zu dem Unvermögen Ludwigs XIV., die Last dieser Zahlungen zu tragen, trat noch ein Mistrauen in das Bemühen Rakoczys in Wien um einen Waffenstillstand. Die Berichte des Desalleurs schürten dies Mistrauen. Rakoczy dagegen empfand schwer das Ausbleiben der Gelder. Am 10. Januar 1709 schrieb er an Vetes: „Wenn es die Absicht des Hofes dort ist, daß Sie gehen sollen, so zaudern Sie nicht einen Augenblick." Dann jedoch fügt er einlenkend die Versicherung hinzu, daß er ohne Vorwissen des Königs und gegen dessen Interesse keine andere Unterhandlung beginnen werde[2]).

Jenes französische Mistrauen in Rakoczy war in Wahrheit nicht begründet. Die Entlassung des Tolvay nach Wien im Herbste 1708 hatte nur dienen sollen, um Zeit zu gewinnen. Aber auch Vetes gab sich der Ansicht oder vielmehr, von seinem Standpuncte aus, der Hoffnung hin, daß Rakoczy auf einen Ausgleich mit dem Kaiser sinne. Auf seine Anfrage deshalb erhielt er eine klare Antwort. „Sie können sich darauf verlassen, schreibt Rakoczy, im April, daß, wenn ich Neigung gehabt hätte, irgend welche Unterhandlung mit dem Kaiser abzuschließen, ich Sie davon in Kenntnis gesetzt haben würde, auch selbst durch Expressen. So lange Sie also nicht direct von mir eine solche Nachricht haben, schenken Sie keinem Gerüchte Glauben. Da ich entschlossen bin, wenn ich nicht das Fürstenthum Siebenbürgen erhalte, den Krieg bis zum General-Frieden fortzusetzen: so dürfen Sie, trotz aller Gerüchte, dem Könige versichern, daß auf andere Weise ein Friede nicht zu Stande kommen wird, auch wenn ich darüber aus dem Königreiche weichen müßte"[3]).

Auf diese Versicherung antwortete Vetes als der Diener: „Ich sehe, daß ich bisher nicht die Ehre gehabt habe, die Intentionen Ew. Durchlaucht völlig zu kennen. Ich bin der Meinung gewesen, Sie würden sich überzeugen, daß der französische Hof niemals sich in dem

---

[1]) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 135.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 328.

[3]) A. a. O. S. 330. Vom 25. April 1709.

Stande befinden wird, den Kaiser zur Abtretung von Siebenbürgen an Sie nöthigen zu können, und folglich würden Sie dann die Gewogenheit haben, auf unsere Erhaltung bedacht zu sein, so wie auf die Ihrige für uns. Aber da Sie nun geruhen mir zu eröffnen, daß Sie den Krieg fortsetzen wollen bis zur Abtretung dieses Fürstenthums an Sie, und daß Sie lieber ins Exil gehen wollen, als sich mit dem Kaiser auf einer anderen Basis vergleichen: so werde ich mich hüten, in Zukunft Ihnen von einem Ausgleiche auch nur zu reden. Ew. Durchlaucht müssen wissen, was Sie thun und thun werden. Möge es Gott gefallen, Ihnen die Erfüllung Ihrer Wünsche zu verleihen; aber ich wage nicht auf dieses Wunder zu hoffen" [1]).

Wir haben, nach dem Abbruche der Friedenshandlung, im Beginne des Monats Juni, das Wort des Torcy an Vetes vernommen (S. 241): „Meine erste Sorge wird sein, Ihre Rückstände zu bezahlen." Bei der schweren Noth Frankreichs konnte Torcy dies Wort nicht zur Wahrheit machen. Vetes berechnete die Rückstände vom Beginne des Jahres 1708 an bis zum 1. August 1709, also für 19 Monate, auf 650,000 Livres, gleich dem Betrage für 13 Monate [2]). Aber daß Ludwig XIV. bei der unsäglichen Bedrängnis Frankreichs im Jahre 1709 überhaupt noch etwas an Franz Rakoczy zahlte, beweist, wie hoch er die Dienste anschlug, welche dieser durch die Lahmlegung der kaiserlichen Macht ihm erwies.

Im Vertrauen darauf konnte sogar Rakoczy nicht lassen von der Hoffnung, daß Ludwig XIV. für ihn die Forderung von Siebenbürgen erheben würde. Vetes dagegen verneinte, daß bei den Unterhandlungen im Haag gegenüber dem Prinzen Eugen und dem Grafen Sinzendorf Siebenbürgen auch nur genannt worden sei. Nach seiner Ansicht hatte Ludwig XIV. es dem Torcy geradezu untersagt [3]). In der That findet sich in den Denkwürdigkeiten Torcys keine Spur einer Nennung Siebenbürgens. „Wenn Sie das Glück haben, schreibt

---

1) Fiedler Bd. I, S. 135. Vom 4. Juli.

2) A. a. O. S. 143.

3) A. a. O. S. 142. Die damaligen Verhandlungen des Vetes mit Torcy, in welchen der Letztere nicht als der Ueberlegene erscheint, sind von hohem Interesse. Ein weiteres Eingehen hier würde zu weit führen.



Betes an Rakoczy, Siebenbürgen zu erlangen, so geschieht es durch die Mächte der Allianz, aber sicherlich nicht durch Frankreich" [1]).

Diese Worte führen uns auf das eigenthümliche Verhältnis der Seemächte zu den Unruhen des Franz Rakoczy. Vom Anfange derselben an haben wir gesehen, daß in England wie in Holland der Aufstand des Rakoczy, obwohl er die Macht des Verbündeten der Seemächte, des Kaisers, nahezu lahm legte, dennoch nicht mit ungünstigem Auge betrachtet wurde. Es ward den Vertretern dieser Seemächte nicht klar, daß dieser Aufstand, weil Franz Rakoczy von dem Kaiser das Unmögliche verlangte, nur durch die Gewalt der Waffen beendet werden konnte, und daß daher Niemand anders einen Vortheil davon zog als Ludwig XIV. Die Thatsache, daß eben darum dieser König bereitwillig Jahr auf Jahr an Rakoczy große Summen zahlte, eine Thatsache, die doch längst bekannt sein mußte, ward, ungeachtet des wiederholten und nachdrücklichen Hinweises der kaiserlichen Gesandten, von den Staatsmännern im Haag und in London nicht, oder doch nicht mit Consequenz erwogen. Sie drängten dem Kaiser ihre Vermittelung auf. Als es Rakoczy gelang, gemäß der Forderung Ludwig XIV. an ihn, im Sommer 1706, die Verhandlungen zum Abbruche zu bringen, trug doch die Ueberlegenheit seiner List bei den Vorurtheilen und dem Mangel an Scharfblick der Vertreter der Seemächte den Vortheil davon, daß sie die Schuld des Abbruches nicht dem Thäter beimaßen, nicht Franz Rakoczy, sondern den kaiserlichen Ministern.

Der blutige Landtag von Onod mochte ein wenig die Sympathien im Haag und in London für die Sache des Franz Rakoczy gedämpft haben. Durch die Fühlung jedoch, die er mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin hatte, wurde ihm angedeutet, daß man auch so noch im Haag und in London nicht mit ungünstigem Auge auf ihn schauete. Im Sommer 1706 hatte er dem Dienste Ludwigs XIV. die Vortheile geopfert, die er damals durch diese Gunst hätte erlangen können: im September 1708, als die Sonne Ludwigs XIV. mehr und mehr sich verdunkelte, entschloß er sich, auf den Rath Friedrichs I., zurückzukehren zu der nicht verscherzten Gunst der Seemächte.

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 142.



Gesandtschaft Rakoczys an die Seemächte.

Der Agent Clement jedoch, dessen sich Rakoczy in Berlin bediente, erschien ihm für die wichtige Sendung an die Seemächte gar zu jung. Er ersuchte daher den Hofprediger Jablonski in Berlin, mit welchem er schon seit 1706 in Beziehungen stand (Band XII, S. 49), diese Reise auf sich zu nehmen [1]), im Januar 1709. Jablonski war bereit, unter der Bedingung, daß Clement ihn begleite. Auf den Vortrag des Jablonski bei Friedrich I. über die Angelegenheit erwiederte dieser sofort: er werde in Allem, so viel es geschehen könne, die Sache Rakoczys und der conföderirten Stände von Siebenbürgen befördern, und bei seinen Verbündeten alle Mühe aufwenden, damit Siebenbürgen an Franz Rakoczy zurückgegeben werde [2]).

Clement hatte dann vor den Ministern Wartenberg und Ilgen Bericht über den Stand der Sache Rakoczys abzustatten. In Betreff der Türken meldete er, daß Rakoczy, wiederholt von ihnen zum Bündnisse aufgefordert, dennoch ihnen nicht das Ohr geliehen habe, sondern zu den protestantischen Mächten seine Zuflucht nehme, ob durch ihre Vermittelung Ungarn und Siebenbürgen zum Frieden gelangen könnten [3]).

Die Sache lag, wie die Berichte des französischen Gesandten Ferriol in Constantinopel uns gezeigt haben (S. 85), eher umgekehrt. Immerhin ist es möglich, daß Clement die Wahrheit zu reden meinte.

Die preußischen Minister antworteten dem Clement: was Rakoczy verlange, sei recht und billig. Das Interesse der evangelischen Mächte erfordere, daß ihm Siebenbürgen und den ungarischen Ständen ihre Freiheit zurück gegeben werde. Und obwohl der preußische Hof aus mehreren Gründen diese Sache nicht offen betreiben könne, so werde doch der König überall an seinen Bemühungen im Geheimen es nicht fehlen lassen. Ueber die Frage, ob die Sendung von Schriftstücken nach dem Haag und nach London genüge, müsse das Gutachten Marlboroughs eingeholt werden. Clement begab sich daher zu dem

---

1) Die Berichte Clements, bei Fiedler Bd. II. Derjenige an den Kaiser Carl VI., vom 22. September 1715, S. 1 u. f.; Finalbericht an Rakoczy S. 36 u. f. — Ferner die Einzelberichte S. 18 u. f.

2) Fiedler Bd. II, S. 38.

3) A. a. O. S. 39.



Botschafter Lord Raby, der sofort in der gewünschten Weise an Marlborough schrieb. Dieser antwortete von Brüssel aus, am 4. Februar, daß Jablonski und Clement im Laufe des Monates ihn im Haag treffen würden, und daß sie dahin auch die Bitten der, wie er sagt, armen Protestanten in Ungarn mitbringen möchten[1]).

Am 7. Februar gab er nach London hin Nachricht, daß er von Rakoczy Briefe an die Königin und die Generalstaaten habe, enthaltend die Bitte um die Wieder-Aufnahme der Vermittelung und die Garantie nachher. Er wolle gern in dieser Sache beitragen, fügte er hinzu; jedoch scheine es nicht zweckmäßig, daß er sich offen betheilige: deshalb bescheide er Jablonski und Clement nach dem Haag[2]). Zugleich gab er an Wratislaw in Wien Nachricht, als habe er von ungefähr die Reise jener beiden und ihre Absicht erfahren, mit der Anfrage, wie er sich dazu verhalten solle[3]).

Die Aufforderung Marlboroughs durch Raby an Jablonski und Clement nach dem Haag traf nicht mehr rechtzeitig in Berlin ein. Am 4. März meldete er, aus Brüssel, an Lord Raby in Berlin, daß er die zwei Sendboten nicht mehr im Haag empfangen könne. „Ich vermuthe, fügt er hinzu, sie werden dann nach England hinüber eilen. Dort wird es mir eine Freude sein, ihnen alle möglichen Dienste zu erweisen, obwohl ich erfahre, daß der Wiener Hof Kunde von der Sache hat, und der Einmischung der Königin und der Generalstaaten durchaus abgeneigt ist" [4]).

Die Doppelzüngigkeit Marlboroughs in dieser Sache, wie sie hier bereits vor Augen liegt, tritt dann noch immer schärfer hervor. Am 4. März hatte er von Brüssel aus das vorstehende Schreiben abgesandt. Am 6. März erhielt er dort die ablehnende Antwort von Wratislaw auf seine Anfrage vom 7. Februar. Darauf erwiederte er seinerseits, vom 11./22. März, von St. James aus: „Ich bin völlig Ihrer Ansicht, daß die Einmischung der Königin und der Generalstaaten in die fragliche Angelegenheit nicht ein glückliches Ergebnis

---

[1]) Murray vol. IV, p. 423.

[2]) A. a. O. p. 429.

[3]) A. a. O. p. 431.

[4]) A. a. O. p. 463. Dieses und das folgende Schreiben auch im Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 430 und 431.

bringen kann. Sie dürfen also darauf rechnen, daß ich nach Kräften sie fern halten werde. Aber ich wage nicht dafür zu bürgen, daß Andere derselben Ansicht sein werden; denn ich sehe mehr und mehr, daß man einen Ausgleich in der ungarischen Sache für das größte Glück ansieht, welches bei der jetzigen Lage der Dinge den Verbündeten widerfahren könnte" [1]).

Als Marlborough die vorstehenden Worte niederschrieb, befanden sich Jablonski und Clement bereits seit zwei Tagen in London, und fanden dort ihren eifrigsten Gönner an Marlborough.

Als sie in den Niederlanden Marlborough nicht mehr antrafen, wurde Jablonski, der von Friedrich I. nur bis Brüssel die Erlaubnis hatte, zweifelhaft, ob er über das Meer gehen dürfe. Aber Marlborough hatte einen Paß für sie zurückgelassen, und sie erfuhren, daß er, in Erwartung ihrer Ankunft, weder der Königin, noch den Generalstaaten die ihm zugesendeten Briefe Rakoczys übergeben habe. Demnach war ohne die Weiterreise nach London der Zweck Rakoczys nicht zu erreichen. Jablonski fügte sich den Vorstellungen Clements, und erhielt nachher dafür die volle Genehmigung seines Königs. Am 20. März trafen diese zwei Sendboten in London ein [2]).

Bereits aber war von Wien aus ihnen eine eindringliche Mahnung vorauf gegangen, nicht erst veranlaßt durch jene von Marlborough dahin geschickte Nachricht. Am 9. Februar hatte der Kaiser Joseph an den Grafen Gallas in London den folgenden Auftrag erlassen [3]).

„Die Beharrlichkeit der ungarischen Rebellen gründet sich auf die Hoffnung einer Vermittelung der Seemächte. Deshalb hast Du die Königin und die Minister durch kluge und gelinde Vorstellungen dahin zu bringen, daß sie sich zu einer Vermittelung nicht anheischig machen, sondern den Rakoczy und seinen Anhang mit ihren Gesuchen ab- und an unsere Gnade weisen, so wie auf den zur Niederlegung dieser Unruhen angesetzten Landtag, wo ihnen alle Billigkeit widerfahren soll. Dieses Begehren ist an sich gerecht, und des Exempels

---

[1]) Murray vol. IV, p. 471.

[2]) Fiedler Bd. II, S. 42.

[3]) Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv.

und der Folgen halber aller Regenten gleichmäßiges Interesse. An der Beilegung dieses Aufstandes ist ferner allen Alliirten gelegen. Endlich aber ist eine auswärtige Vermittelung in einheimischen Angelegenheiten und gegenüber den eigenen Unterthanen keiner Macht zuzumuthen, anders als gezwungen."

Der nächste Erfolg der Vorstellungen, die der Graf Gallas auf Grund dieses Auftrages erhob, war der, daß ihm und dem Residenten Hoffmann die Anwesenheit jener Sendboten in London völlig verheimlicht wurde. Die Berichte der kaiserlichen Vertreter nach Wien lassen nicht erkennen, daß sie von der Anwesenheit jener zwei Personen in London auch nur eine Ahnung gehabt haben.

Am 23. März erschienen Jablonski und Clement vor Marlborough in St. James. Ihrem Berichte gemäß empfing er sie mit besonderem Wohlwollen. Das Unglück für Rakoczy, sagte er, bestehe darin, daß, obwohl der Kaiser ihm nicht sehr abgeneigt, in dessen Umgebung sich auch nicht ein einziger Minister für Rakoczy günstig befinde. Es gebe zwar Parteiungen unter ihnen; aber Alle seien einig in dem einen Puncte, daß Ungarn nicht zum Frieden kommen und Rakoczy nicht Siebenbürgen erhalten solle. Denn von dort her werde ihnen gestattet sich Schätze zu sammeln [1]).

Marlborough charakterisirt hier also die kaiserlichen Minister insgesammt in derselben Weise, in welcher nicht wenige seiner Zeitgenossen ihn ansahen. Aber er ging noch einen Schritt weiter. Die zwei Agenten nannten den Grafen Wratislaw als denjenigen, welchen Rakoczy von jeder Unterhandlung ausgeschlossen zu sehen wünsche. „Wenn das nicht möglich ist, antwortete Marlborough lächelnd: il faut le gagner."

Wir haben gesehen, daß Marlborough am Tage zuvor diesem selben Wratislaw, den er seinen Freund zu nennen pflegte, in Betreff der Sache Rakoczys das Gegentheil der Wahrheit berichtet hatte. Die eine Aeußerung dürfte der anderen gleichwerthig sein.

Marlborough entließ die zwei Sendboten mit der Versicherung, daß die Königin wie auch er bereit seien, dem Fürsten Rakoczy und

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 43: haec enim esse, unde thesauros depromere ipsis liceat.



den conföderirten Ständen von Ungarn alle möglichen Dienste zu erweisen.

Am 1. April wurden die zwei Personen vor den Cabinetsrath geführt. Vorher, im Vorbeigehen, sprach Marlborough wohlwollend, wahrhaft väterlich, wie Clement berichtet, ihnen die Mahnung aus, vor der erlauchten Versammlung frei und aufrichtig zu reden. Es waren anwesend als Präsident Lord Somers, der Herzog von Marlborough, der Lord-Kanzler Cowper, der Groß-Admiral Pembroke, der Lord-Treasurer Godolphin, und die drei Staats-Secretäre Queensberry, Sunderland, Boyle. Vor ihnen erhob der Berliner Hofprediger Jablonski in einer lateinischen Anrede die üblichen Anklagen Rakoczys und seiner Partei gegen das Haus Habsburg, gegen die kaiserlichen Minister, gegen die Jesuiten u. s. w. Wichtiger indessen war es Rakoczy zu vertheidigen. „Der Wiener Hof, sagte Jablonski, hat das Gerücht ausgesprengt, daß die Ungarn um die Hülfe der Türken angesucht haben. Dies ist aber durchaus falsch. Vielmehr ist der Fürst Rakoczy von einem Bündnisse mit den Türken so weit entfernt, daß er auch nicht einmal mit dem Könige von Frankreich, obwohl er von diesem einige Subsidien genießt, sich in ein vortheilhaftes Bündnis eingelassen, sondern sich die volle Freiheit vorbehalten hat, mit dem Kaiser Frieden zu schließen, sobald dies seinem Interesse entspräche." Den Beweis für diese Behauptungen erbrachte der Hofprediger Jablonski wie folgt: „Die Wahrheit dessen ergibt sich aus den eigenen Worten, die der Fürst Rakoczy neulich an den König von Preußen geschrieben hat" [1]).

Der Bericht Clements, dem die vorstehenden Worte entnommen sind, meldet nichts von einem Ausdrucke des Zweifels bei den englichen Ministern über die dreiste Zumuthung solcher Reden an die Willfährigkeit ihres Glaubens. Demnach müßte man bei ihnen eine staunenswerthe Unkenntnis der europäischen Angelegenheiten außerhalb Englands annehmen. Aber es ist möglich und wahrscheinlich, daß die lateinische Rede des Jablonski nicht völlig von ihnen aufgefaßt wurde.

Zwei Jahre später wurde allerdings dem Agenten Clement in London die Unwahrheit der früheren Reden vorgehalten. „In Betreff des von Ew. Durchlaucht nicht angenommenen Bündnisses der Türken,

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 46.



meldet er, entgegnen sie mir, daß sie sichere Beweise in Händen haben, welche das Gegentheil besagen, und daß Ew. Durchlaucht beständig die Hülfe der Türken nachgesucht haben" [1]).

Zuerst Marlborough, dann Andere betheuerten ihre Sympathien. Aber der Erstere kritisirte auch die von Rakoczy gemachten Vorschläge. An den zwei Puncten allein, der Forderung von Siebenbürgen für Rakoczy und derjenigen der Garantie für einen Frieden, werde dieser scheitern. Auf Jablonskis Entgegnung, daß auch ein guter Friede, ohne die Garantie auswärtiger Mächte, den Ungarn nicht genügen könne, antwortete Marlborough: „Ich verstehe Ihren Einwurf, nämlich daß die Kaiser die Verträge niemals gehalten haben. Das ist freilich wahr; aber eine formelle Garantie wird der Kaiser nie gewähren. Man muß sie in anderer Weise zu ersetzen suchen." Er rieth, Rakoczy möge seine Vorschläge mildern.

Ehrlicher und offener rief Sunderland aus: „Auch ich sympathisire mit den Ungarn; aber, wenn ich kaiserlicher Minister wäre, würde ich ihm nicht rathen, Siebenbürgen aufzugeben und so den Türken das Thor zu eröffnen."

Godolphin endlich redete ausdrücklich im Namen der Königin. Sie hege, sagte er, für Rakoczy und Ungarn die besten Gesinnungen. Was geeignet erscheine, und was sie thun könne, Rakoczy zu stützen, das werde sie leisten. Die von diesem gemachten Vorschläge seien derartig, daß der Kaiser daran die Unterhandlung nach seiner Gelegenheit hinzerren könne. Da die Königin, um das Geheimnis desto besser zu bewahren, nicht schriftlich antworten könne, so habe sie dem Rathe befohlen in ihrem Namen zu antworten: es thue ihr leid, daß sie bei der gegenwärtigen Sachlage ein Mehr nicht zu leisten vermöge.

Die Antwort zeigt, daß die Vorstellungen des kaiserlichen Gesandten Gallas ihre Wirkung gethan hatten. Die englische Regierung wagte nicht sich offen zur Ermuthigung von Franz Rakoczy zu bekennen. Und dennoch ermuthigte sie ihn heimlich durch die Zulassung seiner Sendboten und durch den Ausdruck ihrer Sympathie.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 212: Ministri alliatorum conqueruntur et mihi nunc exprobrant de non acceptato a S. V. Turcarum auxilio argumenta afferenti, se certas prae manibus habere informationes contraria statuentes, et S. V. continuo Turcarum auxilia quaesivisse.



Diesen Boten selber fiel es auf, daß ihr Hinweis, Ungarn werde nach einem günstigen Ausgleiche sich an dem Kampfe gegen Frankreich nachdrücklich betheiligen, von den englischen Ministern gar nicht beachtet war. Eben so auffallend ist, daß keiner der englischen Minister eine Frage stellte über das Verhältnis von Rakoczy zu Ludwig XIV., wo doch dasselbe in der Rede Jablonskis gestreift war. Gerade dies Söldlings-Verhältnis machte ja den Franz Rakoczy zum Feinde nicht mehr bloß des Kaisers, sondern der gesammten Allianz.

Einige Tage später brach Marlborough nach dem Festlande auf, und gebot den Sendboten Rakoczys ihm dahin zu folgen. Im Haag führte Marlboroughs Vertrauter Cardonnel sie zu dem Rathspensionär Heinsius. Dieser benahm sich wie die englischen Minister gethan, also nach Verabredung mit Marlborough. Nachdem er das ihm überreichte Schreiben Rakoczys sofort gelesen, erwiederte er: der Inhalt desselben sei vernünftig, die Abtretung Siebenbürgens aber ein sehr schwieriger Punct. Er erkundigte sich genauer über die Absichten Rakoczys in Betreff der Religion. Dann fiel er aus: der Kaiser und seine Minister seien maßlos und hätten, im Jahre 1706, die Verhandlungen von Tyrnau absichtlich zu nichte gemacht. Er versicherte dann seine und der Generalstaaten Bereitwilligkeit in dieser Sache.

In der That erhielt Jablonski nach wenigen Tagen, am 23. April, eine Resolution der Generalstaaten, die dennoch, so günstige Worte sie aufwendete, positiv nur den Rath Marlboroughs wiederholte: Rakoczy möge seine Vorschläge mildern: alsdann würden die Gesandten der Generalstaaten den Auftrag erhalten, sie bei dem Kaiser nachdrücklich zu vertreten [1]).

Rakoczy scheint den Bericht des Clement über das Ergebnis dieser Botschaft mit großer Freude vernommen zu haben. Er meldete es seinem Agenten Vetes in Paris, und zwar mit den Worten: „Die Holländer haben in ihrem geheimen Rathe beschlossen, mich in dem Fürstenthume Siebenbürgen zu behaupten" [2]).

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 49.

[2]) A. a. O. Bd. I, S. 335. Vom 16. Juni: „Les Hollandais ont décidé dans leur conseil secret de me maintenir dans la principauté de Transylvanie." — Vergleiche dazu die wirkliche dem Clement mitgetheilte Resolution bei Fiedler Bd. II, S. 49.



Von einem solchen Beschlusse findet sich in der dem Clement mitgetheilten Resolution der Generalstaaten auch nicht Ein Wort.

Vetes nahm die Meldung seines Dienstherrn etwas kühler auf. „Ich danke Gott, erwiederte er, für die geneigten Gesinnungen der Verbündeten für Ew. Durchlaucht. Möge seine Güte sie darin erhalten! Aber ich bezweifele, daß jene Mächte ihre guten Wünsche zur That machen können. Sie werden niemals den Kaiser überreden, Ihnen Siebenbürgen zu schenken, und ganz gewis werden sie nicht aus Freundschaft für uns mit ihm brechen, um ihn dahin zu zwingen" [1]).

Bevor wir auf die Schritte Rakoczys in Folge jener Ermuthigung von London und dem Haag aus eingehen, haben wir auf den Stand der Dinge in Ungarn selbst das Auge zu richten.

Der Feldzug in Ungarn.

Rakoczy hatte den Proto-Notar Tolvay nach Wien entsendet, mit dem ostensibelen Auftrage einen Stillstand zum Zwecke des Friedens zu erwirken. Dagegen haben seine Meldungen an Vetes, wie seine anderen Schritte in Berlin, in London, im Haag dargethan, daß es ihm nur darum zu thun war, Zeit zu gewinnen. Es bedurfte für die Kaiserlichen nur einer Unterredung der dazu Beauftragten mit dem Grafen Anton Esterhazy von der Seite Rakoczys, im Februar, um darüber völlig ins Klare zu kommen. Zugleich wirkten mit die Vorstellungen des Feldmarschalls Heister, daß die Waffen viel leichter und viel schneller zum Ziele führen würden als Unterhandlungen. Im März erklärte der Kaiser Joseph, daß er den Landtag wieder nach Preßburg berufen werde, zugleich jedoch den Waffen freien Lauf lasse [2]).

Noch bevor Heister den eigentlichen Feldzug, im Juni, eröffnete, wurden verschiedentlich kleine Erfolge gemeldet. Es war dieselbe Erfahrung wie immer, daß die an Zahl überlegenen Insurgenten-Schaaren den kaiserlichen Truppen nicht Stand hielten, und dennoch die par-

[1]) Fiedler Bd. I, S. 142. Vom 15. August.

[2]) Berichte des Meadows vom 20. Februar und 16. März, im Archivum Rakoczyanum II. O., III. K., p. 428 und 431.

tiellen Niederlagen dem Streifen keinen Einhalt thaten. Noch im Mai wagten sich häufig Kuruczen bis über die Leitha und über die March [1]).

Im Juni übergaben die kaiserlichen Commissäre Liechtenstein und Traun dem Landtage in Preßburg, von welchem sich die Stände im Machtbereiche Rakoczys fern hielten, die Antwort auf die im Jahre zuvor aufgestellten Beschwerden. Die Antwort befriedigte nicht alle Stände, zum Theile aus entgegengesetzten Gründen. Indem die Antwort die früheren Abschiede von Oedenburg und Preßburg bestätigte, that sie in den Augen der protestantischen Stände nicht genug, in den Augen der katholischen zu viel. Denn die letzteren hielten fest an dem Principe, daß den Protestanten nur eine Duldung, nicht eine Berechtigung zugestanden werden dürfe [2]). Es ist derselbe Gegensatz, wie er sich geltend machte bei dem Schlusse des Landtages von Oedenburg, im Jahre 1681. (Vgl. Band II, S. 350.) Die Differenz bestand also weniger zwischen dem Kaiser und den protestantischen Ständen von Ungarn, als zwischen den Ständen unter einander. Um so auffälliger ist es, daß die Beschwerden der protestantischen Stände von Ungarn wider den Kaiser in Berlin, in London, im Haag, bei Carl XII. willige Ohren fanden.

Zugleich erneuerte der Kaiser den General-Pardon für alle diejenigen, die binnen Monatsfrist darum ansuchen würden, mit schwerer Bedrohung im anderen Falle. Ausgenommen waren nur die Häupter Rakoczy und Bercseny, deren Verbrechen des Hochverrathes in ausführlicher Rede dargelegt wurden [3]).

Rakoczy wagte, dem Feldmarschall Heister gegenüber, nicht mehr mit einem Heere im offenen Felde zu erscheinen. Aber viele feste Plätze waren noch sein. Heister durchzog von Raab aus Nieder-Ungarn. In dem Anhange Rakoczys war die Kraft des Widerstandes im Nachlassen. Wie vorher die Führer im offenen Felde, so ließen sich nun auch die Commandanten der festen Plätze von der Furcht überwältigen. Heister nahm Simontornia, dann Vesprim. Andere Erfolge reihten sich an. Damit war Nieder-Ungarn unterworfen. Heister überschritt

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., III. K., p. 440.

[2]) Bericht des Meadows vom 20. Juli, S. 448.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XVIII c, S. 100. Vom 14. Juli.

bei Raab wieder die Donau. Dort jedoch waren von Neuhäusel an ostwärts noch eine Reihe fester Plätze in den Händen der Rakoczyaner. Sie zu gewinnen, sollte die Aufgabe des nächsten Feldzuges sein.

Dennoch war Franz Rakoczy nicht geneigt etwas von seinen Entwürfen aufzugeben.

Weitere Bemühungen des Franz Rakoczy.

Wie in Paris, so hatte Rakoczy seine Anknüpfungen in Constantinopel, in Bender, bei dem Czaren Peter, in Berlin, überall hin lauschend und planend, in wie fern die Ereignisse, die Stimmungen hier oder dort, ihm zu gute kommen konnten. Es würde zu weit führen, auf die Einzelnheiten dieser Bestrebungen einzugehen. Die Hauptsache für ihn war die Bereitwilligkeit, die er in Berlin und bei den Seemächten gefunden. Diese gedachte er sich zu nutze zu machen.

Zunächst trat Franz Rakoczy dem Könige von Preußen näher. Der Berliner Prediger Ancillon begab sich nach Szerencs, wo die Fürstin Rakoczy weilte, um ihr protestantischen Religionsunterricht zu geben. Dort überreichte ihm, unter dem Pseudonym als Herrn St. Julien, am 9. Juli, Franz Rakoczy eine Denkschrift, die beginnt mit den lebhaftesten Ausdrücken des Dankes für das Wohlwollen des Königs, und dann, unter dem Scheine die Abgeordneten der protestantischen Kirchengemeinschaften im Haag zu informiren, dem Könige Friedrich I. selber einen Abriß der Geschichte Ungarns darbietet, zu dem Zwecke darzuthun, daß die Christenheit vor einem Türkenkriege niemals sicher sein werde, so lange Ungarn dem Hause Oesterreich gehorchen müsse. Wenn dennoch der König von Preußen und die anderen Verbündeten den Kaiser Joseph als König von Ungarn belassen wollten, so seien ihm eine Reihe von Bedingungen vorzuschreiben, darunter diejenige der Freiheit der protestantischen Religion gemäß den Beschlüssen von Szecsin, im Jahre 1705, und der Austreibung der Jesuiten auf ewig als der Wurzel alles Uebels [1]).

Alsdann entsprach Franz Rakoczy dem in London, im Haag, in Berlin ihm gegebenen Rathe, mit neuen Vorschlägen sich nach

[1]) Fiedler Bd. II, S. 52. Vom 8. Juli.

Wien zu wenden. Am 29. Juli schrieb er, von Patak aus, an den Fürsten von Lamberg als ersten Minister des Kaisers und an den Gesandten der Generalstaaten in Wien, Hamel Bruininx, und erbot sich, zur leichteren Erledigung einer Friedenshandlung eine Person seines Vertrauens nach Wien zu senden [1]). Es waren damals erst wenige Tage verflossen seit dem Erlasse des General-Pardons, der Rakoczy und Bercseny namentlich ausschloß.

Der Fürst Lamberg gab selber keine Antwort. In seinem Auftrage erwiederte Bruininx, daß der Fürst Lamberg nicht die Stellung habe, die Rakoczy ihm beilege, daß es aber auch durchaus wider das Herkommen und das Decorum sei, so wichtige Angelegenheiten ohne die Mitwirkung des geheimen Rathes zu verhandeln. Nach allen vergeblichen Versuchen, die der Kaiser gemacht, um Ungarn den Frieden wieder zu geben, komme Rakoczy mit seinem Erbieten etwas spät. Dann jedoch fügte Bruininx hinzu: wenn Rakoczy ihm Vorschläge übersenden wolle, so sei er bereit, sie in die Hände des Kaisers zu legen [2]).

Dieses Schreiben, vom 11. September, gelangte an Rakoczy erst am 30. October. Inzwischen war er nach der anderen Seite hin einen erheblichen Schritt weiter gegangen.

Der Erfolg des Czaren Peter bei Pultawa schien auch ihm als dem Verbündeten desselben zu gute kommen zu müssen. Im Jahre zuvor, wo die Macht Peters in Westeuropa noch geringschätzig angesehen wurde, hatte der Kaiser das Angebot der Vermittelung des Czaren in Ungarn zurückgewiesen. Nunmehr, dachte sich Rakoczy, gebe es ein Mittel auch ohne offenen Krieg den Kaiser zu zwingen. Am 8. October entsandte er Clement an den König von Preußen mit schwerer Klage über die geringe Aufrichtigkeit des Wiener Hofes, der ihm auf sein Erbieten nicht antworte, und mit neuen Vorschlägen. Der König möge den Czaren bewegen die Winterquartiere in Schlesien zu nehmen und dort zu verweilen, bis der Kaiser Joseph auf die Krone von Ungarn verzichte. Dieser Verzicht, meint Rakoczy, gereiche allen Mächten Europas zum Vortheil, weil dann eine Einigung der ver-

[1]) Fiedler Bd. II, S. 66.
[2]) A. a. O. S. 69. Vom 11. September.



schiedenen Religionen eintreten könne. Insbesondere sei er dem Czaren nützlich für den Fall, daß die Türken sich bewegen ließen, zu Gunsten Carls XII. ihn anzugreifen. Dem Könige von Preußen endlich, der fortan auf die Dankbarkeit der ungarischen Nation völlig bauen könne, werde dadurch der Weg zum Kaiserthrone eröffnet [1]).

Daß Clement den Vorschlag der russischen Winterquartiere in Schlesien gemacht, liegt aus einer von ihm eingereichten Denkschrift [2]) vor, nicht jedoch eine Antwort Friedrichs I.

Was Rakoczy mit der Einigung der Religionen meinte, suchte er einige Tage später in ausführlicher Weise dem Hofprediger Jablonski darzulegen, zum Zwecke der Uebermittelung an Friedrich I. Obwohl als Katholik geboren und erzogen, sagt er in dem Schreiben, habe er Rom als die Quelle aller Uneinigkeit der Christen kennen gelernt. Nicht minder jedoch trifft sein Haß das Haus Oesterreich, die Jesuiten u. s. w. Er schlägt vor, daß die verbündeten Mächte den Welttheil Europa auf einer anderen Grundlage aufbauen und den Kaiser zwingen, eine neue Königswahl in Ungarn zu gestatten. Dann werde der neue König sich mit ihnen vereinen gegen Rom [3]).

Das Schreiben entfremdete dem Franz Rakoczy nicht die Zuneigung Friedrichs I. Der Letztere hätte, wie Rakoczy berichtet, lieber ihn als August II. zum Könige von Polen gesehen. Rakoczy machte daher den Vermittelungsvorschlag, daß August II. König von Ungarn werden könne. Aber Eile thue Noth [4]).

Während Franz Rakoczy von Kronen träumte, gelangte an ihn jenes Schreiben des holländischen Gesandten Bruininx, durch welches dieser versprach, etwaige Vorschläge zum Ausgleiche dem Kaiser einzuliefern.

Die Aufforderung weckte Franz Rakoczy nicht aus seinem Königstraume. Am 2. November meldete er dem holländischen Gesandten sechs Vorschläge, die weder im Inhalte noch in der Form

---

1) Fiedler Bd. II, S. 71.

2) A. a. O. S. 89. Vom Februar 1710.

3) A. a. O. Bd. I, S. 16. Das Schreiben ist lang und verworren. Ich habe den Kern heraus zu schälen versucht.

4) A. a. O. Bd. II, S. 72. Instruction für Clement vom 8. October.



das Bewußtsein des Schwächeren und Unterliegenden aussprachen, sondern dasjenige der Macht gegenüber der Macht [1]). Zugleich gab er sie mit dem Schreiben des Holländers nach Berlin hin kund, damit, wie er sagte, die Verbündeten daraus die despotische Art des Verfahrens von Wien her, und dagegen seine Willfährigkeit ersähen. Er gab ferner den Auftrag in Berlin zu erklären, daß er festhalte an der dem Herrn St. Julien übergebenen Denkschrift, so wie daß er, unter dem allgemeinen Worte der Sicherheit in jenen Vorschlägen, verstehe die Abtretung von Siebenbürgen an ihn oder ein entsprechendes Aequivalent [2]).

Das Schreiben von Franz Rakoczy, vom 2. November, gelangte nach Wien an den Holländer Bruininx, im December. — Der Engländer Meadows war schon vor Monaten abgereist, und ein neuer englischer Gesandter nicht ernannt. Demnach hatte Bruininx auf eigene Hand zu verfahren. Seine Antwort war nicht gehalten in dem Sinne der früheren [3]). Sie begann damit, die Schuld des Abbruches der Verhandlungen von Tyrnau, im Jahre 1706, dem Rakoczy beizumessen. Weiter hält Bruininx ihm vor den Landtag von Onod und dessen Beschlüsse, die alle Hoffnung auf einen Frieden abgeschnitten. Ferner weist er hin auf die daraus erwachsene Erbitterung des kaiserlichen Hofes, über die man sich doch nicht sehr zu verwundern habe, so wie dann auf die seitdem errungenen Erfolge der kaiserlichen Waffen in Ungarn, und auf die zahlreichen Rücktritte gerade der Vornehmen des Landes zum Kaiser. Der Holländer hebt ferner hervor, daß Rakoczy seit dem Jahre 1706 die Vermittelung nicht bloß vernachlässigt, sondern wie erloschen betrachtet habe. Seitdem seien die dem Kaiser getreuen Ungarn zum Landtage in Preßburg versammelt, hätten dort verhandelt und Beschlüsse gefaßt. Diejenigen Conföderirten, die sich geweigert zu erscheinen, namentlich aber die zwei Häupter, seien geächtet, ihre Güter für confiscirt erklärt. Nach außen hin sei der französische Krieg, einstmals so drohend, nunmehr dem Erlöschen nahe.

---

[1]) Fiedler Bd. II, S. 74.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O. S. 77.

„Wenn Ew. Hoheit, schließt Bruininx, nur das Gesagte, damit ich von anderen Dingen schweige, billigen Sinnes bei sich überlegen wollen, so zweifele ich nicht, Sie werden in vollstem Maße anerkennen daß eine ungarische Friedenshandlung, zumal auf die Bedingungen hin, welche Sie, ungeachtet der so sehr veränderten Lage der Dinge, zu wünschen scheinen, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde, und daß meine Schultern einer solchen Last nicht gewachsen sind. Ew. Hoheit wollen mir zu Gnaden halten, daß ich lediglich im eigenen Namen zunächst dies erwiedere, bis ich von meinen Principalen Antwort erhalten kann."

Es vergingen abermals Wochen, bis dieses Schreiben bei Rakoczy eintraf. Er baute unterdessen weiter an den Entwürfen, die er im Juli durch St. Julien-Ancillon an Friedrich I. hatte gelangen lassen, und die seinen Religionswechsel zur Voraussetzung hatten. In einer Instruction, vom December, für Brenner, Propst von Scepus, der sich als sein Agent bei dem Czaren in Moskau befand, construirte er sich seine politische Anschauung wie folgt [1]).

„Nach der Niederlage der schwedischen Macht ist der Schutz der protestantischen Religionen in Deutschland, welcher bisher bei Schweden stand, auf die Person des Königs von Preußen übergegangen, also von einem Lutheraner auf einen Reformirten. Nach meiner Ansicht haben England und Holland zugestimmt. Wenn sich aber dies so verhält, so wird diese Conföderation einem zu großen Wachsthume der Macht des Hauses Oesterreich unzweifelhaft entgegen arbeiten. Und weil England und Holland mit solchem Nachdrucke bestrebt sind, das Haus Oesterreich im Besitze der spanischen Monarchie zu behaupten, so folgt daraus für uns unwiderleglich, daß sie alles aufbieten werden, damit von der ungarischen Seite her der Macht des Hauses Oesterreich eben so viel abgehe als ihr dort zuwächst [2]). Denn durch die Behauptung eines Habsburgers in der spanischen Monarchie büßen die Seemächte in Betreff der Religion nichts ein, weil die sämmtlichen Völker jener Monarchie katholisch sind, und wer immer dort König

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 577.

[2]) Infallibiliter nobis persuademus eos omnem lapidem moturos, ut viribus domus Austriacae tantum ex parte Hungarica decedat, quantum ibi accrescit.



werden möge, der wird, wie die Seemächte sicher wissen, in Betreff der Religion nicht mit ihnen gehen. Der Handel dagegen macht für die Seemächte wünschenswerth, daß ein Habsburger und nicht ein Bourbon sich im Besitze der spanischen Monarchie befindet."

„Dies gilt nicht in gleichem Maße von Ungarn. Wenn dieses seine Freiheit zurück erhält, so wird es auf Grund der Verschiedenheit der Religion mit jenen protestantischen Mächten gehen, oder, zum mindesten, sich neutral verhalten. Diesem Verhältnisse allein schreibe ich das besondere Wohlwollen des Königs von Preußen für mich zu, so wie die wiederholten Zusicherungen, welche mir die Engländer und Holländer machen, daß sie mich im Besitze des Fürstenthumes Siebenbürgen behaupten, oder ein äquivalentes Fürstenthum, mit dem Rechte der Souveränetät, in Ungarn für mich errichten wollen."

Rakoczy hat hier den Standpunct gezeichnet, von welchem aus er den Krieg nicht beenden wollte. Aber die Basis dieses Standpunctes bestand nur in seinen Meinungen. Seiner Vermuthung, daß in Betreff der Religion eine Conföderation, wie er sagt, zwischen Friedrich I. und den Seemächten bestehe, entspricht keine Thatsache.

Ein anderer wichtiger Irrthum war seine Meinung von einer Zusicherung, die ihm England und Holland gemacht haben sollten, ihn im Besitze von Siebenbürgen zu behaupten. Eine solche Zusicherung liegt nicht vor. Der eifrigste Gönner Rakoczys unter den Engländern, Marlborough, hatte erklärt, daß die Forderung Siebenbürgens einen Ausgleich mit dem Kaiser unmöglich mache.

Die Versprechungen der Engländer wie der Holländer für Rakoczy waren vielmehr vag und unbestimmt. Auch fehlte es ihm nicht an der entsprechenden Warnung von seinem Diener und Landsmanne, der schon wiederholt mit klarem Blicke ihm die Dinge gezeichnet hatte, wie sie wirklich lagen. „Ich wünsche, schrieb Vetes, daß die Versprechungen von dort her in Erfüllung gehen mögen. Ich glaube, daß unter denen, die Ihnen ihren Schutz zugesichert haben, der König von Preußen mit mehr Aufrichtigkeit handelt um seines eigenen Interesses willen; aber bis ich die Verwirklichung aller dieser schönen Verheißungen sehe, kann ich den Gedanken nicht fassen, daß die Verbündeten, Ew. Durchlaucht zu Liebe, sich in die Lage bringen werden, absichtlich das Misfallen des Hauses Oesterreich auf sich zu ziehen.

Immerhin werden sie zu Ihren Gunsten reden, aber in so sanfter Weise, daß sie besser thäten Ihnen nichts zu versprechen"[1]).

Dieser letzte Vorwurf von Betes fällt allerdings mit schwerer Wucht auf die damaligen Vertreter der Politik der Seemächte. Sie hatten nicht den Muth, dem Kaiser gegenüber offen und direct für den Rebellenführer einzutreten, der nunmehr seit sechs Jahren dem Götzen seines Ehrgeizes und seiner Habgier sein Vaterland zum Opfer darbrachte; aber sie nahmen es auf sich, ihn heimlich und verborgener Weise mit unerfüllbaren Versprechungen anzufeuern, zum Nachtheile ihres Verbündeten, des Kaisers, zum Vortheile ihres Feindes, des Königs von Frankreich, und besonders mit dem Erfolge, die Leiden der unglücklichen Ungarn zu verlängern.

Denn auf den in freiwillige wie in unfreiwillige Irrthümer in gleicher Weise verstrickten Franz Rakoczy übte keine Darlegung der Realität eine Wirkung, weder diejenige seines Landsmannes Betes, noch diejenige des Holländers Bruininx. Ueber den letzteren ließ er durch Clement im Haag schwere Klage führen und namentlich hervorheben, daß Bruininx drei Jahre zuvor ganz anders geredet, daß er damals den Abbruch der Verhandlungen von Tyrnau dem Kaiser zur Last gelegt, und nun ihn, Rakoczy, dessen beschuldige. Dies war richtig: entweder im Jahre 1706, oder im Jahre 1709 hatte Hamel Bruininx — sagen wir — sich geirrt. Im Jahre 1706 stand Bruininx in Wien unter dem Einflusse des dominirenden Engländers Stepney, im December 1709 war er allein als seemächtlicher Gesandter in Wien.

In welchem der beiden Fälle aber Bruininx sich geirrt, das wußte Niemand besser als Rakoczy selber. Er hatte im Jahre 1706 bei Ludwig XIV. als sein Verdienst um ihn geltend gemacht, daß er die Unterhandlungen von Tyrnau abgebrochen: er that eben dasselbe wieder im November 1709, einige Tage bevor Bruininx jenen Brief schrieb, gegenüber dem französischen Gesandten Bonac, und zwar in Worten, die wie der Ausdruck einer Reue aufgefaßt werden können, daß er es gethan[2]).

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 160.

[2]) A. a. O. Ergänzungsheft S. 90: Je soutiens (cette guerre) depuis si longtemps, après avoir rompu les négociations qui pouvaient peut-être plus



Dazu erfolgte damals auf die Sache Rakoczys ein anderer schwerer Streich von der Hand der Papstes. Clemens XI. erließ, am 17. August, ein eindringliches Breve an den Primas von Ungarn, Cardinal von Sachsen-Zeiz, zur Abmahnung aller Welt- und Ordenspriester von der Theilnahme an der Rebellion, mit der Androhung aller kirchlichen Strafen[1]). Der Papst sagt darin: es sei ihm sehr schmerzlich zu vernehmen gewesen, daß viele (quamplures) Geistliche, uneingedenk ihres Berufes, sich nicht gescheut, sich den Rebellen anzuschließen und die Wirren im Gange zu erhalten. Diese Angabe steht scheinbar im Widerspruche mit der früheren Meldung von Franz Rakoczy an Ludwig XIV., daß der Clerus zum Hause Habsburg halte. Aber ein relativ geringer Bruchtheil konnte immerhin doch für das weit gedehnte Ungarn eine große Anzahl ergeben.

Es liegt in dem Breve keine Andeutung vor, daß der Papst Clemens XI. von dem damaligen Projecte Rakoczys auf die, wie er es nannte, Vereinigung der Religionen eine Kunde gehabt habe.

In dem vorerwähnten Schreiben an Brenner setzt Rakoczy ihn in Kenntnis, daß dieses Breve in Ungarn verbreitet werde, daß es sich zuerst an den Thüren der Kirche zu Scepus von unbekannter Hand zur Nachtzeit angeschlagen befunden habe. Er verlangt, daß Brenner über dies Breve, welches im Widerspruche stehe mit den Zusicherungen, die derselbe früher in Rom erhalten, bei dem Nuntius in Warschau Beschwerde führe. Ein solches Breve gefährde nicht bloß die Autorität des päpstlichen Stuhles, sondern könne auch für die ungarischen Stände katholischer Religion eine große Gefahr heraufbeschwören, ja bei der Ueberzahl der Akatholiken eine völlige Austilgung der katholischen Religion nach sich ziehen. Rakoczy verspricht, daß er dies auf alle Weise verhüten werde, erachtet es aber auch für nothwendig, daß der apostolische Stuhl sich solcher Bedrohungen fortan enthalte. Im anderen Falle setze derselbe seine Autorität aufs Spiel; denn alle vernünftigen Menschen stimmen darin überein, daß es dem Papste nicht zustehe, Jemanden zum Eidbruche anzuhalten[2]).

---

heureusement terminer nos affaires que la suite d'une guerre qui manque de tout ce qu'il faudrait pour sa continuation.

[1]) Clementis XI epistolae t. I, p. 560.

[2]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 581.



Ob dieser Einwand des Franz Rakoczy bei vernünftigen Menschen, wie er sagt, gegen das päpstliche Breve Stand hielt, war vom December an, wo wir nach jener Meldung Rakoczys das päpstliche Breve als in Ungarn bekannt ansehen dürfen, die Frage der nächsten Zukunft.

Die Kriegs- und Friedensfrage nach dem Feldzuge.

Der Barriere-Vertrag.

Das Schreiben Ludwigs XIV., vom 3. Juni, an Villars, hat uns gezeigt, daß er dennoch nicht die Hoffnung aufgab, die Republik der Niederlande aus der Allianz zu lösen. „Wenn Sie nur diesen Feldzug aushalten, schrieb er, ohne schweren Nachtheil zu erleiden, so werden die Friedensbedingungen anders ausfallen, und die Holländer, die zur Zeit unter dem Drucke der Verbündeten stehen, deren starke Streitkräfte sie mitten im eigenen Lande erblicken, werden dann erkennen, daß ihr wahres Interesse erheischt, sich für immer mit Frankreich zu vereinigen, indem sie dadurch sich eine vernünftige Barriere verschaffen" [1]).

Diesem Plane gemäß brach der Staats-Secretär Torcy, obwohl durch seine Schreiben, vom 2. Juni, an den Prinzen Eugen und an Marlborough, die officielle Friedenshandlung abgeschnitten war, dennoch nicht völlig ab, sondern spann den Faden einer Correspondenz mit Heinsius fort. Er bot dem Rathspensionär drei feste Plätze als Unterpfänder an, welche die Republik bewahren würde, bis die Cession der spanischen Monarchie vollständig erfolgt wäre. Heinsius antwortete, daß allerdings solche Unterpfänder nothwendig seien, daß jedoch das gemachte Angebot nicht ausreiche. Philipp V. werde sich nicht für verpflichtet halten, auf die Krone von Spanien zu verzichten, um dadurch für Frankreich drei feste Plätze wieder zu gewinnen, und für Ludwig XIV. sei es immer noch ein Gewinn, durch die Hingabe von drei festen Plätzen seinen Enkel auf dem Throne von Spanien zu erhalten [2]).

---

1) Pelet t. IX, p. 25.
2) Mémoires de Torcy t. II, p. 182.

Auch an Marlborough richtete Torcy je dann und wann einen Brief. Demnach dauerte in Versailles noch derselbe Plan fort, den Torcy im Haag im Mai verfolgt hatte, wie die Republik im Ganzen, so Marlborough persönlich durch sein Privat-Interesse zu gewinnen. Diese Fortsetzung scheint nicht Zeugnis abzulegen für eine besondere Geschicklichkeit. Auf die Briefe Torcys antwortete Marlborough nur mit Vorwissen und nach Rath von Heinsius[1]).

Anders jedoch als die französischen Kundgebungen, lauteten die spanischen. Torcy ging von den Präliminarien vom Mai nur in so weit ab, daß er anstatt des Artikels 37 derselben eine andere Bürgschaft anbot, die wie die gesammte französische Politik in dieser Sache, auf die Republik berechnet war. Philipp V. ließ dagegen durch den Herzog von Alba und den Grafen Bergheyck, die er zu seinen Friedens-Bevollmächtigten ernannt, an Marlborough ein Schriftstück von ganz anderem Inhalte gelangen, im August. Der König Philipp V. und die spanische Nation, heißt es darin, haben mit großem Erstaunen vernommen, daß die Mächte Groß-Britannien und die Republik Friedens-Präliminarien aufgestellt haben, welche bezwecken dem von ihnen selber anerkannten Könige Philipp V. sein Königreich Spanien wieder zu nehmen. Der König und die spanische Nation erklären für nichtig und ungültig alles was über sie ohne ihr Vorwissen und ihre Zustimmung beschlossen wird. Dagegen erbieten sie, gemäß der Freundschaft, die seit dem Frieden von Münster zwischen Spanien und den Seemächten bestanden, sich auch ferner mit ihnen friedlich zu einigen. Zu diesem Zwecke stellen sie den Seemächten nicht bloß die Erneuerung der Handelsverträge in Aussicht, wie sie unter Carl II. bestanden, sondern auch die Hinzufügung neuer Vortheile, wie die Seemächte sie für die Interessen ihrer Unterthanen nothwendig erachten würden[2]).

Marlborough sandte sofort diese auffallenden Erbietungen nach London, nach dem Haag, so wie auch nach Wien und Barcelona. Es bedarf nicht der Erörterung, daß die Seemächte bei dem Stande der Dinge sich auf die Sache nicht einließen.

---

[1]) Murray vol. IV, p. 571, 576.

[2]) A. a. O. p. 577. Vom 15. August.



Wie Ludwig XIV. hoffte, die Republik der Niederlande für sich zu gewinnen durch einen vortheilhaften Barriere-Vertrag, so verfolgte denselben Plan auch die in England herrschende Whig-Partei. Sie wollte den Krieg fortsetzen, hauptsächlich zu dem Zwecke, die Macht Ludwigs XIV. niederzudrücken, damit er es nicht vermöge, das Haus Stuart in England wieder auf den Thron zu bringen. Für diesen Zweck erschien es erforderlich, die Republik, in welcher die Neigung zum Frieden auch mit einiger Abfindung für Philipp V. doch immer lebendig war, bei gutem Willen für den Krieg zu erhalten. Es geschah durch den Barriere-Vertrag, den nach langen Verhandlungen, am 29. October, der Lord Townshend von englischer Seite, und im Namen der Republik sieben Vertreter der einzelnen Provinzen unterzeichneten [1]).

Der Vertrag entsprach für England dem Parlaments-Beschlusse vom 10. December 1705. Es werden darin benannt die Successions-Acte von 1701, so wie die Regentschafts-Acte vom December 1705. (Vgl. Band XII, S. 11.) Dann heißt es weiter: „Keine Macht hat das Recht, diese von der Krone und dem Parlamente von Groß-Britannien errichteten Gesetze anzufechten. Wenn es jedoch geschähe, daß unter irgend einem Vorwande irgend eine Person oder irgend eine Macht die von dem Parlamente errichtete Feststellung der Thronfolge auf das durchlauchtigste Haus Hannover in Zweifel ziehen, sich derselben widersetzen, oder diejenigen, welche sich derselben widersetzen, direct oder indirect unterstützen oder begünstigen wollte, sei es durch offenen Krieg, sei es durch Anfachung von Aufruhr und Verschwörung gegen diejenige oder denjenigen, zu dessen Gunst das Recht an der Thronfolge, gemäß jenen Acten, eröffnet wäre: so verpflichten sich die Generalstaaten der Vereinigten Provinzen und versprechen ihren Beistand zu leisten und diejenige oder denjenigen, welchem das Recht der Thronfolge gemäß den vorbenannten Parlaments-Acten zusteht, bei dem Rechte zu behaupten, ihm zu helfen Besitz zu ergreifen, wenn er nicht schon ergriffen hat, so wie demjenigen entgegen zu treten, der ihn an der Besitzergreifung oder dem bereits erfolgten Besitze stören wollte."

Nach dieser Zusicherung von Seiten der Generalstaaten für die Thronfolge in England erfolgten die Bewilligungen von Seiten Eng-

[1]) Lamberty t. V, p. 469.



lands für die sogenannte Barriere der Republik in Belgien. Sie umfaßt nicht bloß eine Reihe der bereits genommenen festen Plätze Nieuport, Menin, Lille, Tournay, sondern auch der noch nicht genommenen, wie Maubeuge, Charleroi und Namur. Ein geheimer Artikel besagte, daß auch die Citadelle von Lüttich, ferner Huy und Bonn am Rheine mit dazu gehören sollten, so wie das Ober-Quartier von Geldern, als für die Sicherheit der Republik durchaus nothwendig.

Der Vertrag ist später nicht in dieser Ausdehnung verwirklicht, sondern mit Einschränkungen, die im Jahre 1712 der englische Botschafter Lord Strafford der Republik aufzwang. Indessen waren das doch nur Modificationen: der Grundzug blieb.

Dieser Grundzug war die ausgedehnte Bethätigung des Princips, welches die Republik von ihrer Gründung an befolgt hatte, nämlich die eigenen Grenzen zu decken durch vorgeschobene Posten in den Ländern ihrer Nachbaren und auf Kosten derselben. Sie hatten dies Princip bethätigt an ihrer ganzen Ostgrenze von Emden bis Kleve, namentlich im dreißigjährigen Kriege, und hatten durch ihre Besatzungen nicht geringen Einfluß geübt, nicht bloß defensiver, sondern auch offensiver Art. Nun aber ließen sie sich durch einen völkerrechtlichen Vertrag nicht bloß eine lange Kette von Festungen zusprechen, sondern auch den Unterhalt für ihre Besatzungen darin auf Kosten des umliegenden Landes. Der Vertrag bestimmte, daß die Einkünfte derjenigen Städte der Barriere, welche der König Carl II. nicht besessen, ganz den Generalstaaten verbleiben sollten. Er bestimmte ferner, daß dazu in denjenigen Provinzen der Niederlande, welche Carl II. besessen, jährlich aus den sichersten Einkünften eine Million Livres für den Unterhalt der holländischen Besatzungen und der Festungen vorab genommen werden solle.

Der Vertrag erneuerte ferner zum Nachtheile der Unterthanen Carls III. dort die Bestimmungen des Friedens von Münster, welche die Mündungen der Schelde und der anderen Ströme in das Meer für geschlossen erklärten.

Der ganze Vertrag gründete sich auf den neunten Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701, nach welchem die Republik zu ihrer Sicherheit gegen Frankreich eine Barriere erhalten sollte. Aber bei der Errichtung des Vertrages wurden die Nächst-Berechtigten

und Betheiligten, der König Carl III. und seine Unterthanen in den Niederlanden, nicht befragt noch gehört. Der Bevollmächtigte von englischer Seite und die Holländer vereinbarten unter einander, und machten davon weder den Vertretern Carls III., noch denen des Kaisers Joseph eine officielle Mittheilung. Dagegen nahm in diesem Vertrage Groß-Britannien es auf sich, die Einwilligung Carls III. zu erwirken und den Vertrag zu garantiren.

Der Vorgang ruft in uns die Erinnerung an die Worte wach, mit welchen zwei Jahre zuvor der kaiserliche Gesandte im Haag, Graf Goes, das Verhalten der Seemächte in der Friedensfrage zum voraus charakterisirt hatte. (Bd. XII, S. 222.)

Der Name Marlboroughs als des großbritannischen Botschafters bei der Republik steht nicht unter dem Vertrage. Auf die Frage des kaiserlichen Residenten Heems im Haag, wie er sich zu dem Vertrage verhalte, wich Marlborough aus mit den Worten: „Cela a été fait par mon second et à mon insu“ [1]). — Dies Verhalten spricht für die frühere Muthmaßung des Lords Halifax, daß Marlborough einen Gehülfen für den Barriere-Vertrag nur darum suche, um auf diesen die Verantwortlichkeit für die Einwilligung in die Forderungen der Holländer abzuschieben (S. 226). Denn es war vorauszusehen, daß auch in England dieses Vollmaß in der Erfüllung der Wünsche der Holländer einigen Anstoß erregen würde.

Beschlüsse für die Fortsetzung des Krieges.

Der Barriere-Vertrag fachte den Kriegeseifer in den Führern der Republik aufs neue an. Im Anfange des Monates November trafen der Prinz Eugen und Marlborough im Haag ein, um mit den Deputirten der Republik die Nothwendigkeit eines neuen Feldzuges zu bereden. Der Prinz Eugen legte in eindringlicher Rede die Erfordernisse dar und hob, in der Erinnerung an den während des letzten Feldzuges wiederholt erlittenen Mangel, namentlich die Nothwendigkeit der Magazine und des Fuhrwerkes hervor. Auch Marlborough betonte dann dieselbe Angelegenheit, und verbreitete sich weiter über die Noth-

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. December.



wendigkeit, die Truppen baldigst zu rekrutiren und die Verträge mit den deutschen Fürsten zu erneueren, um die Truppen derselben im Dienste zu behalten. Er redete mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit und Wärme [1]).

Der Staatsrath der Republik hatte nur die Ankunft und die Aeußerungen der Feldherren abgewartet, um in einer entsprechenden Denkschrift den Generalstaaten den Bedarf für den nächsten Feldzug vorzulegen. Aber, wie üblich, brachte die Denkschrift zunächst die Begründung für die Fortsetzung des Krieges. Sie führte in raschem Ueberblicke den Verlauf der zwei letzten Feldzüge vor, so wie das Scheitern der Friedenshandlung, und kam daraus zu dem Ergebnisse, daß es, um einen guten und sicheren Frieden zu erlangen, nothwendig sei den Krieg fortzuführen, und zwar mit aller Macht. Sie verstärkte dann noch diese Begründung durch einen summarischen Rückblick auf den Ursprung und den Verlauf des ganzen Krieges. „Aus diesen Erwägungen, schließt sie, folgt unwidersprechlich, daß es in jeder Beziehung besser ist, mit Geduld und Festigkeit noch ferner die schweren Lasten des Krieges zu tragen, um einen schnellen und sicheren Frieden zu erlangen, als nun, nachdem man diesem Ziele so nahe gekommen ist, nachzulassen, den erworbenen Ruhm und die erlangten Vortheile einzubüßen, und sich der Gefahr eines schleppenden Defensiv-Krieges auszusetzen."

Diese Denkschrift des Staatsrathes war datirt vom 11. November. Aber es war damals noch nicht alle Hoffnung untergegangen, daß dennoch auf Grund der Präliminarien vom Mai der Friede zu Stande kommen könne. Die Weigerung Ludwigs XIV. diese Präliminarien zu unterzeichnen, bezog sich, den Worten nach, nur auf den Artikel 37. Wir haben vernommen, daß im Laufe des Sommers Torcy, zum Ersatze des Artikels 37, an Heinsius andere Vorschläge einsandte. Obwohl diese den Boden der Präliminarien nicht verließen, so hielt doch Heinsius sie für unzulänglich. Torcy sprach dann wiederholt den Wunsch aus, daß vielleicht in mündlicher Beredung mit ihm ein Expediens gefunden werden könne.

---

[1]) Lamberty t. V, p. 445.



Nach der Ankunft des Prinzen Eugen im Haag legte Heinsius ihm, ferner Marlborough, so wie den Holländern Buys und Van der Dussen die Frage der Entsendung von Petkum vor. Er bemerkte, daß viele Mitglieder der Regierung der Republik dafür stimmten. Daher würde ein Nicht-Willfahren das Mistrauen erregen, daß die Einwände des Prinzen Eugen und Marlborough herstammten aus einer Abneigung gegen jeden Frieden, aus dem Wunsche dagegen, den Krieg in die Länge zu ziehen. Deshalb möge man Petkum entsenden, aber mit der Instruction, nach seiner Ankunft den französischen Ministern zu erklären, daß die verbündeten Mächte festhielten an den Präliminarien, namentlich also an der Uebergabe der gesammten spanischen Monarchie, damit der Friede allgemein sei und der Krieg in beiden Königreichen zugleich sein Ende erreiche. — Wenn diese Erklärung Eingang finde, so könnten die Ausdrücke im Artikel 37 ermäßigt werden. Der Prinz Eugen und Marlborough gaben ihre Zustimmung, mit der Forderung, daß dieser Sachverhalt den anderen Gesandten kund gethan werde [1]). — Am 12. November reiste Petkum vom Haag ab.

Seine Anwesenheit in Paris blieb auch dort nicht völlig unbekannt. Der Ungar Betes, der ihm bei Torcy begegnete, erhielt von diesem auf seine Frage die Antwort: „Il est venu de la part des Etats-Généraux, pour voir s'il n'y avait point de moyen pour s'accommoder avec le roi“ [2]).

Die Antwort entspricht offenbar mehr den Wünschen Torcys als dem Sachverhalte. Petkum war nicht bloß im Namen der Generalstaaten gekommen, sondern mit Vorwissen der Vertreter der betheiligten Mächte. Eben darum auch waren die Wünsche, die Ludwig XIV. und Torcy an diese von ihnen bei der Republik erbetene Sendung zum Zwecke der mündlichen Besprechung knüpfen mochten, nämlich die Republik für sich zu gewinnen, von vorn herein aussichtslos.

Es erscheint nicht überflüssig, hier der französischen, hauptsächlich von Torcy aufgebrachten [3]) Tradition zu gedenken, welche auf das

[1]) Murray vol. IV, p. 648. Vom 8. November.

[2]) Fiedler Bd. I, S. 150. — Es ist zu bemerken, daß Torcy in den Mémoires t. II, p. 182 et suiv. diese Reise Petkums nicht erwähnt.

[3]) Mémoires de Torcy t. II, p. 2.

Trifolium von Heinsius, dem Prinzen Eugen, Marlborough die Anklage concentrirt, die Ludwig XIV., um die Franzosen zu erregen, in seinem Circularschreiben vom Juli gegen die Präliminarien hatte erheben lassen. Die Anklage war nicht begründet. Nicht eine von Ludwig XIV. fingirte Forderung der Alliirten, daß er selber seinen Enkel bekriegen solle — überhaupt nicht der Modus der Abtretung von Spanien war das Hindernis des Friedens, sondern, wie Torcy es selber einmal sagt, die Abtretung selbst [1]). In dieser Forderung waren damals nicht bloß Heinsius, der Prinz Eugen, Marlborough einig, sondern alle Verbündete insgesammt. Ludwig XIV. dagegen war, seit dem Beschlusse vom 2. Juni, nicht Willens diese Forderung zu gewähren. Dies war der unvereinbare Gegensatz, der durch Besprechungen mit Petkum, durch Fingerzeige für denselben auf die Gunst Ludwigs XIV. für die Republik, nicht überbrückt werden konnte. Dies um so weniger, da eben noch England oder doch die herrschende Partei dort für die Republik mehr gewährt hatte als Ludwig XIV. geben konnte.

Es fanden in Versailles wiederholte Beredungen statt, zu denen Ludwig XIV. auch den Kurfürsten Max Emanuel herbei zog. Die Kunde dieser Thatsache bewog den Ungar Vetes in Paris, seine Ansicht über den Stand der Dinge in Frankreich seinem Auftraggeber zu melden.

„Den ganzen Feldzug hindurch, schreibt er, am 15. November, haben die Truppen des Königs gedient barfuß, ohne zulängliche Kleidung, ohne Geld, und oft sieben bis acht Tage hindurch ohne Brot, und dann war das wenige, das sie erhielten, aus Gerste und Hafer. Als die Schlacht von Malplaquet geschlagen wurde, hatten sie in acht Tagen kein Brot gehabt. Der Dienst ist so herab gekommen, daß ein Lakai eines Ministers seine Livree nicht gegen die Uniform eines Lieutenants austauschen würde. Die Franzosen haben nicht mehr den früheren Wetteifer für den Dienst des Königs. Seine Einkünfte haben sich sehr verringert, nicht jedoch seine Ausgaben. Im Gegentheil steigen mit der allgemeinen Noth auch noch diese. Entweder also muß

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 188: L'unique obstacle à sa conclusion était, comme on l'a vu, la cession de la Monarchie d'Espagne.



man um jeden Preis einen Frieden schließen, oder man muß das Geld herbei schaffen, die Truppen zu kleiden, zu zahlen, überhaupt in Stand zu setzen" [1]).

Dennoch hatte Betes keine Gewisheit, nach welcher Seite hin endlich die Sache ausschlagen würde. Die Berichte Petkums nach dem Haag dagegen gaben keine Aussicht auf Erfolg. Bereits am 29. November schrieb Marlborough an Sinzendorf: „Nach Allem was Sie mir melden und was ich von anderen Seiten her vernehme, bin ich der Ueberzeugung, daß der Hof von Versailles nur auf die Fortsetzung des Krieges sinnt, und daß alle Frucht, die wir von dieser Reise hoffen dürfen, sich darauf beschränken wird, daß die Generalstaaten in einer scharfen Resolution ihrem Unmuthe wider Frankreich Ausdruck geben" [2]).

Die Ansicht Marlboroughs erwies sich als richtig. Im Anfange December kehrte Petkum zurück mit einem von Torcy ihm dictirten Schriftstücke [3]). Dasselbe schlug nicht ein Expediens für den Artikel 37 vor, sondern begann mit der Erklärung, daß die Ausführung desselben für Ludwig XIV. unmöglich sei. Aber es verließ zugleich den Boden der Präliminarien überhaupt und schlug vor, daß man, ohne von den Präliminarien weiter zu reden, die nächsten drei Monate, während deren der Winter einen natürlichen Waffenstillstand auferlege, zur Verhandlung eines definitiven Friedens verwenden könne.

„Aus einem solchen Verfahren des Feindes, sagt der betreffende Beschluß der Generalstaaten [4]), kann nichts Anderes gefolgert werden, als daß er den aufrichtigen Willen zu einem guten und sicheren Frieden gar nicht hat, und daß daher auf seine Betheuerungen einer solchen Bereitwilligkeit, denen die Thatsachen nicht entsprechen, kein Gewicht zu legen ist. Vielmehr ist sein Ziel, Uneinigkeit und Mistrauen unter den Verbündeten und in diesem Staate zu erregen, wenn ihm das möglich wäre."

In diesem Sinne richteten die Generalstaaten, am 14. December, ein Schreiben an die Königin von Groß-Britannien. Sie erbieten sich

---

1) Fiedler Bd. I, S. 150. Vom 15. November.
2) Murray vol. IV, p. 659.
3) Abgedruckt bei Lamberty t. V, p. 316.
4) A. a. O. p. 318.

darin und fordern auf zum nachdrücklichen Offensiv-Kriege, um die errungenen Vortheile zu bewahren und neue dazu zu gewinnen. Sie schließen mit der Bitte, daß die Königin zu diesem Zwecke den Herzog von Marlborough noch vor dem Ende des Monates Februar herüber senden möge[1]).

Da die inneren Zustände von Frankreich, wie Vetes sie schildert, zu irgend welchen Hoffnungen auf die Fortsetzung des Krieges nicht berechtigten: so nahm Marlborough an, daß Ludwig XIV. irgend welche auswärtige Wendung zu seinen Gunsten erwartete. Eine solche konnte erwachsen aus den Differenzen im Norden, nachdem bereits Dänemark gegen Schweden die Waffen ergriffen. Andererseits breitete Frankreich selber geflissentlich das Gerücht aus, daß die Pforte für Carl XII. gegen Peter I. eintreten werde. Nach Marlboroughs Ansicht bezweckte dies Gerücht nur die Einschüchterung der Verbündeten[2]). Es war jedoch auch kund, daß Desalleurs nach Constantinopel geschickt worden sei[3]).

Lady Marlborough hat später die Beschuldigung ausgesprochen, daß Harley und seine Partei nach Frankreich hin Winke der Ermuthigung zum Aushalten gegeben[4]). Ein Zeugnis einer Thatsache im Jahre 1709 für diese Behauptung liegt nicht vor. Aus keiner bekannt gewordenen Aeußerung von Versailles aus ist zu ersehen, daß bereits damals das Ränkespiel am Hofe von St. James mit in die Berechnung der politischen Factoren gezogen wurde.

Die Stellung der Königin Anna zu dem Ehepaare Marlborough.

Nach außen hin standen im Laufe des Jahres 1709 Marlborough und Godolphin und mit ihnen die Whig-Partei auf der Höhe ihrer Macht. Unter jenen zwei führenden Ministern waren fast die sämmtlichen höheren Staatsämter mit Whigs besetzt. Nur noch eins war übrig: die durch den Tod des Prinzen-Gemahls erledigte

---

1) Lamberty t. V, p. 459.
2) Murray vol. IV, p. 681.
3) Fiedler Bd. I, S. 151.
4) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 322 n.

Stelle des Groß-Admirals. Auch für diese ward ein Mitglied der Whig-Junta ersehen, Lord Orford, der einstige Sieger von La Hogue. Wiederum also fiel Marlborough und Godolphin, die auf die Whig-Partei sich stützen mußten, die Aufgabe zu, zu Gunsten dieser Freunde die widerwillige Königin zu dieser Ernennung zu drängen [1]).

Dabei konnten sie sich kein Hehl darüber machen, daß wie der Lady Marlborough, so auch ihnen beiden selber der Boden bei der Königin unter den Füßen schwand. Marlborough, in seiner Redeweise, schreibt darüber vom Feldzuge aus an seine Frau: „Gott hat seine Wege zu strafen, und ich glaube, Frau Masham ist das Werkzeug, welches der Königin und Anderen, denen wir wohl wollen, schwere Kränkung bereiten wird. Denn diese Welt wird nicht immer nach Vernunft regiert, und ich glaube, Du und der Lord Treasurer thun wohl, auf ihrer Hut zu sein" [2]). — Dann fügt er in möglichst geheimnisvoller Schrift hinzu: „Es ist mir gewis, daß Frau Masham und Harley bei der Königin Eifersucht gegen Godolphins und meine Macht erregt haben; aber das darf Niemand wissen als Du."

Im Laufe des Feldzuges stieg durch die Nachrichten, die Marlborough von seiner Frau und Godolphin erhielt, seine Misstimmung gegen die Königin und ihre geheimen Berather. „Ich stimme völlig mit Dir überein, schreibt er am 26. Juli seiner Frau, daß, so lange Frau Masham einen Einfluß bei der Königin besitzt, für uns drei, Dich, Godolphin und mich, das Beharren im Dienste der Königin weder Annehmlichkeit, noch auch nur Sicherheit verheißt" [3]).

Unterdessen verlangte die Whig-Partei von Godolphin die Ernennung von Lord Orford zum Groß-Admiral. Die Forderung berührte die Königin auch persönlich unangenehm, weil Lord Orford die Verwaltung des Prinzen-Gemahls getadelt hatte. Die Königin suchte der Forderung zu entkommen durch einen Appell an Marlborough. Dieser aus sich selber war nicht eifrig für Orford; aber das Andringen der Whig-Partei ließ ihm keine Wahl. Er trat für die Ernennung

---

1) Coxe vol. II, p. 392.

2) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 170. Vom 19. Mai.

3) A. a. O. p. 192.

Orfords bei der Königin ein. Für lange Zeit jedoch noch gab diese nicht nach [1]).

Bei dem Allem fühlte sich Marlborough nicht solidarisch mit der Whig-Partei. Er erörtert einmal sogar, seiner Frau gegenüber, die Frage, wie die Dinge sich gestalten würden, wenn die Mehrzahl der Whigs zu Harley und Frau Masham überginge [2]). — Die beständige Erwähnung dieser Frau zeigt zugleich, wie sehr er sie fürchtete, nicht bloß für Lady Marlborough, sondern auch für ihn selber.

Das Verhalten dieser drei Frauen, der Königin Anna, der Lady Marlborough, der Frau Masham, zu einander, ist von weittragenden Folgen geworden, nicht bloß für die englische Geschichte, sondern für die gesammt-europäische. Diese Thatsache die vor Augen liegt, hat dem Franzosen Voltaire zu einer Carricatur des Ursprunges der Feindseligkeit gedient, die als glaubwürdig von Vielen aufgenommen worden ist. Nach Voltaire entspringt die Feindschaft aus einer absichtlichen kleinlichen Beleidigung der Lady Marlborough gegen Frau Masham, und hat dann zur Folge die Veränderung der Oberfläche von Europa [3]).

Immerhin mag Lady Marlborough auch irgend welche kleinliche Beleidigungen gegen Frau Masham verübt haben; aber diese würden jedenfalls nur als Symptome des Krankheits-Zustandes der Erbitterung anzusehen sein, die mit dem Tage begonnen, an welchem Lady Marlborough bemerken mußte, daß ihre Verwandte, welche von ihr zur eigenen Stütze in den Dienst der Königin gehoben war, nicht bloß im Dienste, sondern auch in der Freundschaft der Königin in eine selbständige Stellung hinein wuchs.

Nach der Meinung vieler Zeitgenossen würde dennoch die Lady Marlborough der Rivalin nicht bloß gewachsen, sondern überlegen geblieben sein, durch andauerndes Verweilen in der Nähe der Königin.

---

1) Coxe vol. II, p. 485.

2) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 200.

3) Siècle de Louis XIV, p. 263: Quelques paires de gants d'une façon singulière qu'elle (L. M.) refusa à la reine: une jatte d'eau qu'elle (L. M.) laissa tomber en sa présence, par une méprise affectée, sur la robe de Madame de Masham, changèrent la face de l'Europe. — Die Scurrilität einer solchen geschichtlichen Auffassung verdient nur darum Erwähnung, weil noch in unserer Zeit ein ernsthafter englischer Historiker, Lord Stanhope, in dem Werke: Reign of Queen Anne p. 400, das Factum hervorhebt.



Wie immer dem sei, Lady Marlborough hielt sich, der Regel nach, persönlich fern, in Windsor Lodge, und schrieb von da aus Briefe an die Königin. Den Anlaß zu einem derselben voll Bitterkeit gegen Frau Masham gab ihr eine wenig aufrichtige Antwort der Königin, daß sie mit Frau Masham keinen anderen Verkehr habe als mit einer Kammerfrau, und daß sie Gott bitte, ihrer Freundin Missis Freeman die Augen zu öffnen. „Und nun, antwortet Missis Freeman, weil Sie Gott bitten, mir die Augen zu öffnen, will ich Ihnen sagen, daß Sie das selber thun mögen, wenn es Ihnen beliebt, nämlich dadurch, daß Sie mit Ihren alten getreuen Dienern leben wie früher, und auf den Rath Ihrer getreuen Minister hören; denn das würde mir und Jedermann die Augen öffnen. In der That, ich kann nicht umhin, meine Meinung auszusprechen, daß es besser sein würde, Ihr Ministerium völlig zu ändern, einen anderen Feldherrn und einen anderen Treasurer zu ernennen, und die Creaturen der Frau Masham so lange regieren zu lassen, wie sie es vermögen — oder im anderen Falle Rath anzunehmen von denjenigen, welche diese Staatsämter inne haben, und dadurch die Welt zu überzeugen, daß in der Wirklichkeit die Genannte nichts Anderes zu besorgen hat als jede andere Kammerfrau." — „Aber wer anders als diese Frau, ruft sie aus, kann Sie zu Ihrem ganzen Verhalten bewegen? Denn Sie sehen ja Niemanden sonst!" [1]).

Der Zorn der Lady Marlborough in diesem Falle ward geschärft durch ein neu erschienenes Buch, New Atlantis, als dessen Verfasserin sich später eine Frau Manley ergab. Das Werk besteht aus einer Sammlung von Scandal-Affairen der gemeinsten Art zwischen Mitgliedern der englischen Aristokratie. Gefeiert dagegen werden darin, unter veränderten Namen, die Königin, Frau Masham, Harley, Peterborough. Aus diesem Buche, welches Lady Marlborough schlechthin der Tory-Partei zur Last legt, schreibt sie die Stellen des Lobes für Frau Masham und Harley aus, begleitet sie mit der Kritik des Hohnes und schließt: „Wo die Tory-Partei in solcher Weise die große Favoritin vor aller Welt proclamirt, da werden Ew. Majestät in Zukunft hoffentlich es mir nicht mehr zum Verbrechen anrechnen,

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 234.



wenn ich glaube, daß Sie ihr große Gunst beweisen, oder mich für die einzige halten, die das glaubt."

Lady Marlborough führt ferner einen fingirten Dialog zwischen Frau von Maintenon und Frau Masham an, in welchem die erstere ihren Dank ausspricht für ihre guten Bemühungen, dem Könige von Frankreich in England zu dienen, und nach dem vielverheißenden Beginne und der Freundschaft von Frau Masham mit Harley, große Hoffnungen von ihr hegt [1]).

Die Anführung ist sehr merkwürdig; denn der Gedanke einer Sonder-Verhandlung mit Frankreich, der erst aus der Aenderung des Ministerii im Jahre 1710 hervor ging, lag im Jahre 1709 noch keinenfalls im Gesichtskreise der Königin Anna.

Das Angefügte genügt um darzuthun, daß die Worte dieser Frauen zu einander eine Kluft zwischen ihnen auswühlten, die nicht wieder zu überbrücken war, die aber auch, bei der Stellung der Persönlichkeiten, sich nicht auf sie beschränkte.

Marlborough versprach sich von diesem Verfahren seiner Frau keinen Erfolg. „Nach meiner Erfahrung, antwortete er, haben bei allen Erörterungen von früher freundschaftlichen Verhältnissen auch die best gegründeten Vorwürfe immer nur den Erfolg, den Spalt weiter zu reißen. Ich meine, daß, so unbedeutend wir auch sein mögen, eine Macht über uns waltet, die unserem Glücke oder Unglücke ein Ziel setzt; dagegen, wenn Jemand mir vor acht Jahren vorausgesagt, daß nach meinen Erfolgen und Deinen siebenundzwanzigjährigen treuen Diensten, wir genöthigt sein würden, noch bei Lebzeiten der Königin, unser Glück in einem zurückgezogenen Leben zu suchen, würde ich das für unmöglich gehalten haben" [2]).

Erklingen diese Worte Marlboroughs wie eine volle Resignation, die seinem Charakter nicht entspricht: so mischt sich in anderen Kundgebungen seines Unmuthes der vermeintlichen Resignation noch ein

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 235. Dies Schreiben, obwohl nicht datirt, ist unzweifelhaft aus dem Jahre 1709, wo der zweite Theil der New Atlantis erschienen war. Dagegen muß ich bemerken, daß die französische Ausgabe: L'Atalantis de M. Manley, traduit de l'anglais. A la Haye 1713 — diesen Dialog nicht enthält.

[2]) A. a. O. p. 204.



anderer nicht klar ausgesprochener Gedanke bei. In einem Schreiben an seine Frau, wenige Tage vor der Schlacht von Malplaquet, kommt er zurück auf jenen Gedanken der Eifersucht der Königin auf seine Macht. „Dir allein, schreibt er, darf ich aussprechen, daß ich gerechten Grund für die Ueberzeugung habe, daß man bei der Königin Eifersucht gegen meine Macht erregt hat. Daher bin ich entschlossen, nicht bloß sie, sondern alle Welt zu überführen, daß ich einen solchen Ehrgeiz nicht besitze, und zugleich doch auch Sorge zu tragen, daß ich mich nicht in der Gewalt von Bösewichtern befinde, noch auch derjenigen der Königin." Indem er selbst fühlt, daß auch seiner Frau diese Worte geheimnisvoll erklingen mußten, fügt er hinzu: „Es ist unmöglich dies schriftlich zu erläutern; aber ich bin von der Wahrheit dessen völlig überzeugt. Daher ist es sehr schwer für jeden Anderen außer mir und Dir, die Du die volle Wahrheit erfahren sollst, eine Richtschnur für mein Verhalten aufzustellen. Leb Du immerhin in der Weise fort, die Dir zusagt; denn kein Verhalten unsererseits, weder Dein noch mein, vermag bei der Königin irgend welche Rücksicht für uns zu bewirken. Diese böse Gesinnung ist ihr beigebracht durch Frau Masham auf die Anstiftung von Harley, der sicherlich der schlechteste aller Menschen ist" [1]).

Welchen Plan immer Marlborough im Hintergrunde haben mochte: diese Worte legen den inneren Bruch mit der Königin vor Augen, zu einer Zeit, wo denen, die in diese Beziehungen nicht einblickten, äußerlich noch alles in voller Einigkeit und Kraft dazustehen schien.

Aber auch über den Plan für seine Sicherheit, den Marlborough seiner Frau nur andeutet, scheint er Anderen gegenüber nicht so völlig geschwiegen zu haben.

Von dem Feldzuge aus richtete er an den Lord-Kanzler Cowper die Anfrage und Bitte, daß ihm das Patent als General-Feldhauptmann auf Lebenszeit ausgestellt werden möge [2]). Der Lord-Kanzler

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 212. Vom 7. September.

[2]) Coxe vol. II, p. 491. Coxe erzählt die Sache summarisch, ohne die Actenstücke beizubringen, obwohl dieselben ungleich wichtiger gewesen wären als so manche andere, die er bringt.



als beeideter Diener der Krone willfahrte nicht, sondern antwortete, daß dieses hohe Amt niemals anders verliehen worden sei als gemäß dem Belieben des Souveräns, also widerruflich. Marlborough begnügte sich nicht mit dieser Antwort, sondern bat in den Archiven nachzusehen. Die Untersuchung ergab die Bestätigung der Ansicht des Lord-Kanzlers. Auch damit gab Marlborough sich noch nicht zufrieden, sondern beauftragte einen Officier, Namens Craggs, das einst dem General Monk ausgestellte Patent einzusehen. Auch dies bestätigte die Ansicht des Lord-Kanzlers, der nun seinerseits für Marlborough die Warnung hinzufügte, daß ein solches Patent auf Lebenszeit eine Neuerung sein und einen Anlaß zu böswilligen Auslegungen bieten würde [1]).

Es mochte Cowper dabei unbekannt sein, daß damals selbst die Stellung des Generals Monk, oder Lords Albemarle, dem doch das Haus Stuart die Herstellung verdankte, bei dem nächsten Thronerben, dem damaligen Herzog von York, Bedenken hervorgerufen hatte. Nach dem Tode Monks, im Jahre 1670, bat der Herzog seinen Bruder Carl II., die Stelle Monks als des General-Feldhauptmanns nicht wieder zu besetzen; denn eine solche Stellung lege allzu viele Macht und Gewalt in die Hand eines Unterthans, ihn selber nicht ausgenommen. In Friedenszeit sei ein solches Amt nicht erforderlich, und in Kriegeszeit könne der König General-Officiere ernennen je nach Bedarf und Gelegenheit [2]).

Näher noch lag ein anderer Fall. Einige Jahre später setzte Carls II. natürlicher Sohn, der Herzog von Monmouth, bei dem Vater seine Ernennung zum General durch. Es gelang dem Herzog von York, Einsicht in das Patent zu bekommen, bevor es übergeben wurde. Er fand darin vor dem Worte: Sohn, das Wort: natürlicher, ausradirt. Er nahm das Patent an sich und überbrachte es dem Könige. Carl II. zerschnitt es eigenhändig. — Aber er hatte zugleich auch dem Herzoge von Monmouth den Titel des Generals für Schottland verliehen. In diesem Falle trat Monmouth offen auf, und verlangte von dem Kanzler für Schottland, Lauderdale, die Aus-

[1]) Coxe vol. II, p. 492.
[2]) The life of James II, vol. I, p. 446.



fertigung des Patentes ohne das Wort: natürlicher, vor Sohn, und auf Lebenszeit. Lauderdale weigerte und fertigte das Patent aus mit den Worten: nach Belieben des Königs, und mit dem Zusatze: natürlicher, vor Sohn[1]).

Aus dem späteren Verhalten Monmouths nach dem Tode Carls II. darf mit Recht geschlossen werden, daß er mit der Forderung eines Patentes auf Lebenszeit nicht bloß eine Sicherheit für sich bezweckte, wie Marlborough bei seiner ähnlichen Forderung für sich seiner Frau schreibt, sondern mehr.

Die Warnung des Lord-Kanzlers Cowper an Marlborough beweist, daß ein ähnlicher Verdacht auch gegen ihn aufsteigen konnte.

Dessen ungeachtet beharrte Marlborough bei seinem Wunsche, und richtete die Bitte unmittelbar an die Königin. Wenn jemals, so war für diese hier der Anlaß gegeben, ihre geheimen Berather zu befragen. Demgemäß fiel die Antwort aus, unbedingt verneinend. Auch dann noch schwieg Marlborough nicht. Der Mahnung vergessend, die er selber seiner Frau gegeben, richtete er an die Königin einen Beschwerdebrief, in welchem er ihr nicht bloß ihren Mangel an Rücksicht für seine geleisteten Dienste vorwarf, sondern auch sich schwer beklagte über ihre Entfremdung von der Herzogin, und über ihre Gunst für Frau Masham. Zugleich kündete er seinen Entschluß an, beim Ende des Krieges sich zurückzuziehen.

So thöricht die Bitte nach dem Ausgange der Dinge erscheint, so muß doch auch die Zeit erwogen werden, in welcher Marlborough sie stellte. Er stand an der Spitze einer siegreichen Armee und durfte, wie die Dinge lagen, sich für unentbehrlich halten. Daher war es möglich, daß er auf den Gedanken kam, die Königin werde den Gefahren, die aus einem Abschlage erwachsen konnten, die Willfahrung vorziehen.

Ueber die Meinung eines anderen englischen Generals in Betreff der Bitte Marlboroughs vernehmen wir aus den nächsten Jahren die folgende Tradition. Als dem Herzoge von Argyle die Frage vorgelegt

---

[1]) The life of James II, vol. I, p. 497: but the duke of Lauderdale refused to draw it otherwise than during pleasure, and with the word natural in it, and so it passed.



wurde, wie der Forderung Marlboroughs zu begegnen, und ob aus dem Abschlage eine Gefahr erwachsen könne, antwortete er sogleich: die Königin möge sich keine Sorge machen; denn er erkläre sich bereit, wann immer sie befehle, den Herzog von Marlborough an der Spitze seiner Truppen zu greifen, und ihn hinweg zu bringen, ob todt, ob lebendig [1]).

In der Antwort liegt gegen Marlborough der Verdacht der Absicht der Rebellion. Der Gewährsmann für diese Antwort, der Dechant Swift, ist als ein eifriger Parteigänger Harleys, nicht unbedingt zuverlässig. Aber Thatsache ist, daß diese Partei den Herzog von Marlborough des Trachtens nach der Krone für verdächtig hielt [2]). Demnach redete sie bei der Königin in diesem Sinne gegen ihn, und als die stärkste Stütze des Verdachtes gegen ihn bot sich jenes Verlangen seiner Unabsetzbarkeit als General-Feldhauptmann.

Wenn also, wie Marlborough berichtet, die geheimen Berather der Königin schon vorher bei ihr eine Eifersucht erregt hatten: so hatte er selber durch jene Forderung, durch sein Beharren bei derselben, durch seine Beschwerde nach dem Abschlage, seinen Gegnern bei der Königin in die Hände gearbeitet, wie sie es nicht besser wünschen konnten. Die Klage der Königin über ihre bondage bezog sich dann nicht mehr bloß auf die fünf tyrannischen Whig-Lords, sondern auch auf das Ehepaar Marlborough und Godolphin, und demgemäß erwuchs daraus die Sehnsucht nach Befreiung.

Godolphin, im Sehen und Hören dessen, was täglich ihn umgab, schaute nicht gehobenen Muthes in die Zukunft. „Bringen Sie uns nicht den Frieden mit, schreibt er an Marlborough, am 4. August, so fällt im nächsten Winter hier alles in Stücke" [3]). Zwei Tage später meinte er aus glaubwürdigen Berichten zu wissen, daß Harley und seine Partei einen Frieden um jeden Preis wollen, weil, so lange

---

[1]) Coxe vol. II, p. 492.

[2]) Letters and correspondence of Bolingbroke vol. I, p. 70. Vom 12. Januar 1711: We shall send him over a subject: take care you do not put royalty into his head again. — Man vergleiche den Brief des Dr. Hutton an den Kurfürsten Georg Ludwig, 5. September 1710, in Macpherson's Original Papers vol. II, p. 189; so wie die Aeußerung der Herzogin von Orleans, bei Ranke, Französische Geschichte Bd. VI, S. 291.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 356.



der Krieg im Gange, ein Angriff auf die Minister im Parlamente, der Erfahrung gemäß, ein schwer durchführbares Wagnis sei [1]).

Der Sieg von Malplaquet befestigte aufs neue den Credit der Regierung. Die Directoren der Bank baten Godolphin, nur nicht einen faulen Frieden zu machen. Auf seine Frage, was sie unter einem faulen Frieden verstünden, erfolgte die Antwort: einen Frieden, der Spanien dem Hause Bourbon belasse; denn dann werde England niemals sicher sein [2]). — Aber bald wieder sehen wir den Muth Godolphins sinken. Auf eine Andeutung Marlboroughs, daß er im Herbste in den Niederlanden bleiben werde, bis der Prinz Eugen aus Wien zurückkehre, erwiederte Godolphin: „Dies ist, wenn Sie wollen, daß die Sachen hier vorwärts gehen, ganz unmöglich. Daher bitte ich, daß Sie nicht Einen Augenblick säumen, nach beendetem Feldzuge herüber zu kommen. Thun Sie es nicht, so geht hier alles zu nichte" [3]).

Dennoch hielt, wie wir gesehen, die Vereinbarung mit den Vertretern der Republik über die nachdrückliche Fortführung des Krieges Marlborough bis tief in November im Haag zurück. Das großbritannische Parlament hatte unterdessen bereits begonnen. Bis dahin hielt die Königin fest an dem Widerspruche, Lord Orford zum Groß-Admiral zu ernennen.

---

1) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 357.
2) A. a. O. p. 392.
3) A. a. O. p. 405.

Sechsunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1710.

Session des großbritannischen Parlamentes im Winter 1709/10.

Die Bewilligungen für den Krieg.

Bei dem Zusammentritte des großbritannischen Parlamentes, im November 1709, warf der Graf Gallas als Gesandter Carls III. für diesen auf den bisherigen Gang der Regierung den folgenden Rückblick [1]).

„Beim Antritte der Regierung der Königin lagen die Dinge hier so, daß keine der zwei Parteien, Whigs oder Tories, die Oberhand hatte, sondern daß es völlig in dem Belieben der Königin stand, die Aemter ohne Unterschied der Parteien zu vergeben. Und weil Lady Marlborough, nebst ihrem Gemahl und dem Treasurer Godolphin, die Autorität der Königin völlig in Händen hatte, so haben diese drei eine dritte Partei gebildet, die eigentliche Hof-Partei, in der sich Whigs und Tories zusammen fanden, allesammt jenen drei völlig zugethan und ergeben. So wurden nach und nach die vornehmsten Aemter mit Persönlichkeiten besetzt, welche jenen zwei Lords freie Hand beließen und sich ohne deren Direction in nichts einmengten. Diese dritte Partei war jedoch nicht stark genug, im Parlamente den Ausschlag zu geben. Um nun vom Parlamente zu erhalten, was den Umständen nach erforderlich war, sahen jene dritte Partei und voran die zwei Lords sich genöthigt, eine der andern zwei Parteien zu Hülfe zu nehmen. Und weil die Whig-Partei sich eifrig für den Krieg bewies,

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. December. Nicht in Abschrift, sondern ganz eigenhändig.

so fiel die Wahl auf sie, obwohl man wie die Königin, so auch Marlborough und Godolphin persönlich als Tories ansieht."

„Bei dieser Lage der Dinge war es das Bestreben der Whig-Partei, die vornehmsten Staatsämter an sich zu bringen. Indem dagegen Marlborough und Godolphin erkannten, daß, wenn die Whig-Partei völlig die Oberhand erlangte, sie selber von den Whigs und nicht die Whigs von ihnen abhangen würden, suchten sie so viel ihnen möglich zurück zu halten. Auch haben sie ihre Rolle so meisterlich gespielt, daß es nur langsam gegangen ist. Indessen haben sie doch von einer Session zur anderen nachgeben müssen, und es ist nun dahin gekommen, daß die Entscheidungen nicht mehr bei Marlborough und Godolphin stehen, sondern bei der Whig-Partei. Diese zieht nunmehr auch die auswärtigen Angelegenheiten in ihren Bereich, und darum werden die zwei Lords, die das Motiv der Fortsetzung des Krieges mit der Partei gemein haben, auch darin sich eben so fügen müssen, wie in allem Vorhergehenden geschehen ist."

„Eine ähnliche Bewandtnis hat es mit der Königin. Diese hat zu Anfang den Rath von Marlborough und Godolphin aus Neigung angenommen und befolgt: nun aber muß sie gleich wie jene, sich dem Willen der Whig-Partei fügen."

Der Bericht des Gesandten zeigt, daß ihm nur erst der offene Thatbestand vorlag, daß dagegen seinem Blicke wie demjenigen der anderen ferner Stehenden es noch verhüllt war, daß die Königin in der Stille um sich einen engeren Rath gebildet hatte, in welchem sich politische Berechnung und persönliche Leidenschaften einten zu dem Zwecke, bei gegebener Gelegenheit das Joch der tyrannischen Whig-Lords, wie die Königin es benannte, zu zersprengen. Aeußerlich dagegen setzte die Junta eben damals auch noch die letzte Forderung durch.

Bis in den Herbst 1709 war die Königin dem Verlangen der Whig-Partei, daß sie den Lord Orford zum Groß-Admiral ernennen möge, ausgewichen. Weder Godolphin, noch viel weniger Marlborough waren aus sich dem Wunsche der Whigs geneigt; aber diese drängten und stellten die Alternative ihrer ferneren Unterstützung[1]). Demgemäß trat auch Marlborough brieflich bei der Königin für sie ein. Diese

[1]) Coxe vol. II, p. 483.



willigte endlich ein, daß das erledigte Amt des Groß-Admirals durch eine Commission verwaltet würde, mit Lord Orford als Vorsitzenden; aber sie erhob Einwände gegen andere Persönlichkeiten, die mit benannt waren. Nachdem darin ihr nachgegeben war, vollzog sie die Ernennung.

Demnach waren nunmehr, im November 1709, alle fünf Mitglieder der Whig-Junta in hohen Staatsämtern. Damit schien der innere Friede völlig hergestellt. Die Königin gewann es sogar über sich, gegen Lord Sunderland freundlich zu sein. Auf den Bericht der Lady Marlborough darüber erwiederte der Gemahl: „Nach meiner Ansicht rührt diese Freundlichkeit nur daher, daß man der Königin gesagt hat, sie könne nicht anders als mit den Whigs gehen. Aber sei versichert, daß im Stillen Frau Masham und Harley nicht ruhen werden, besonders gegen Dich, gegen Godolphin und gegen mich. Denn sie meinen, wenn nur wir entfernt seien, so werde alles in ihrer Macht stehen, und dahin arbeiten sie" [1]). — In denselben Tagen zeichnete die Königin der Lady Marlborough, mit scharfem Tadel über deren feindselige Gesinnung gegen die Frau Masham, die Linie des ferneren Verhaltens vor, mit den Worten: „Es ist Ihnen unmöglich, meine frühere Neigung wieder zu gewinnen. Fortan sind Sie für mich nur die Frau des Herzogs von Marlborough und meine Oberst-Hofmeisterin" [2]).

Das Parlament trat zusammen am 15./26. November. Die Königin, die seit dem Tode ihres Gemahles sich dem Parlamente nicht gezeigt hatte, verlas nun selber wieder ihre Thronrede. Man meinte zu bemerken, daß es mit geringerem Ausdrucke geschah, daß sie dabei überhaupt weniger Sorgfalt an den Tag legte als sie früher gethan [3]). Die Thronrede bezeichnete die Friedensunterhandlung vom Mai als eine französische Arglist zum Zwecke einer Spaltung unter den Verbündeten. Sie hob hervor, daß diese Arglist die Operationen nicht verzögert habe, und daß ein stattlicher Sieg errungen sei, der das Bedürfnis des Friedens dem Feinde noch empfindlicher mache.

---

[1]) Coxe vol. II, p. 484. Vom 1. November.

[2]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 225.

[3]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 263.

Dennoch dauere der Krieg, und die Vollendung des großen Werkes, die übergreifende und erdrückende Macht zu reduciren, welche so lange die Freiheit Europas bedroht habe, erfordere die Bewilligung neuer Mittel. Sie versicherte die Verwendung solcher Mittel nur zu dem bestimmten Zwecke, und schloß mit der Bitte um schnelle Erledigung.

Um seine Willfährigkeit zu beweisen, beschloß das Unterhaus, wider die Gewohnheit [1]), noch am selben Tage eine Adresse an die Königin. Auf den Dank an die Königin für ihre gnädige Rede folgt in der Adresse eine Verherrlichung des Sieges von Malplaquet und der Person Marlboroughs. Dann fährt die Adresse fort: „Da der öffentliche Credit so wohl begründet, ferner die Richtschnur Ihrer Politik so sicher und so standhaft, weiter Ihre Bundesgenossen so fest und zuverlässig sind, daß keine französische Arglist sie zu trennen vermag, und endlich da Ihre Waffen so mächtig, daß keine französische Verschanzung ihnen eine Grenze setzt: so dürfen Ew. Majestät versichert sein, daß wir, Ihre getreuen Commons, bei solchen Ermuthigungen, in unserer Pflicht für Ew. Majestät und diejenigen, welche wir vertreten, durch rasche und ausgiebige Bewilligungen Ew. Majestät in den Stand setzen wollen, die nöthigen Vorbereitungen für die Fortführung des Krieges zu treffen, und zwar in solcher Weise, daß, mit Gottes Segen, der gemeinsame Feind genöthigt werden soll, sich einem Frieden zu fügen auf solche Bedingungen hin, wie sie für Ew. Majestät und Ihre Bundesgenossen die dauernde Gewähr der Sicherheit bieten."

So stark hatte in diesem Kriege das Unterhaus sich noch niemals ausgelassen. Marlborough, inzwischen in St. James eingetroffen, fügte am Abende dieses Tages einem Schreiben nach dem Haag eigenhändig die Worte hinzu: „Unsere Angelegenheiten im Parlamente gehen wunderbar" [2]).

Die Adresse des Oberhauses entsprach derjenigen des Unterhauses, namentlich in dem Lobe Marlboroughs. Als er dann, am 17./28. November, selber im Oberhause erschien, richtete der Lord-Kanzler, im Namen desselben, an ihn eine Dankesrede voll Lobes und Bewunderung.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. November.

[2]) Murray vol. IV, p. 657.

Das Unterhaus stand darin nicht nach. Es ward der Antrag eingebracht, daß das Unterhaus dem Herzoge von Marlborough seinen Dank aussprechen möge für den Sieg von Blaregnies[1]), so wie für die anderen großen und wichtigen Erfolge dieses Feldzuges, und zu diesem Zwecke eine Deputation an ihn entsenden wolle. Kein Widerspruch ward laut. Fünfzehn der angesehensten Mitglieder des Unterhauses begaben sich zu Marlborough. Er nahm den Dank an, indem er ihn auf die Armee übertrug[2]).

Man darf diesen Tag bezeichnen als den höchsten und letzten Glanzpunkt im Leben Marlboroughs.

Für diese Feier seiner Person wirkte jedoch ein Motiv mit, das nicht zum Ausdrucke gelangte. „Diese große Höflichkeit, setzt der kaiserliche Resident seinem Berichte hinzu, ist, genau genommen, eine Wirkung der Befriedigung, welche die Whig-Partei über die Verleihung des Amtes der Groß-Admiralität an ihre Freunde empfindet." — Aber die Whig-Partei besaß äußerlich so sehr die Herrschaft, daß jener Bericht fortfährt: „Von welcher Zufriedenheit man sich alles Ersprießliche zu versprechen hat."

Demgemäß erfolgten die Bewilligungen rasch und glatt. Marlborough sprach den kaiserlichen Vertretern seine Erwartung aus, daß die Session um sechs Wochen eher enden werde als üblich[3]).

Andererseits war der Graf Gallas als der Vertreter nicht bloß des Kaisers, sondern auch des Königs Carl III. von Spanien, mit Marlborough nicht sehr zufrieden. Die Puncte der Unzufriedenheit betrafen die Kriegführung in Spanien und den Barriere-Vertrag in den Niederlanden.

In den Vorlagen der Regierung wurden für den Krieg in Spanien reichlich 1.100,000 Pfund Sterling verlangt. „Dieser Betrag, meinten die kaiserlichen Vertreter, würde zur offensiven Kriegführung in Spanien völlig ausreichen, wenn er wirklich und völlig dahin gewendet würde. Aber dies geschieht nicht. Ein großer Theil geht nach den Niederlanden."

---

[1]) Die Bezeichnung des Ortes war damals noch schwankend. Es kommt auch der Name der Schlacht bei Mons vor, so wie bei Tanieres.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 29. November.

[3]) Desgleichen vom 20. December.



Gallas erkannte bei sich an, daß er nicht das Recht habe, an Marlborough directe Fragen über die Verwendung jener Summe im Einzelnen zu richten. Aber in wiederholten Discursen suchte er der Sache möglichst nahe zu kommen. Der Inhalt derselben war, seinem Berichte nach, wie folgt.

„Es kommt mir seltsam, ja unbegreiflich vor, daß, wo man doch den Krieg um Spanien führt, und wo dieses Königreich nunmehr, nachdem Frankreich alle seine Truppen von dort her zurück gezogen, wie verlassen und offen steht, man doch nicht mit dem rechten Nachdrucke daran geht, dasselbe völlig einzunehmen. Will man Spanien durch die Niederlage Frankreichs gewinnen, so scheint mir doch der Weg nach Paris immer noch sehr eng und länger als man meint. Dagegen schützt auf diese Weise Frankreich, indem es für sich selber kämpft, zugleich auch Spanien. Wenn man aber im nächsten Feldzuge nicht bloß in den Niederlanden, sondern eben so sehr auch von Catalonien aus angriffsweise verführe, so dürfte man hoffen, auf die eine oder auf die andere Weise das Ziel zu erreichen. Denn der König von Frankreich setzt ja aus keiner anderen Ursache den Krieg fort, als um dennoch endlich Spanien für seinen Enkel zu behaupten. Darum ist ein guter und baldiger Friede eher von Catalonien aus zu erreichen, als von den Niederlanden" [1]).

Es hätte, nach der Ansicht von Gallas, nur einer solchen Vorstellung Marlboroughs an die Whig-Partei bedurft, um dieselbe für alle Anforderungen willig zu finden. Marlborough ging in so weit auf die Wünsche des Grafen Gallas ein, daß er die Königin bewog, den Unterhalt der 3000 Mann, welche damals der Kaiser nach Spanien senden wollte, auf sich zu nehmen. Im Uebrigen aber beharrte er bei der Ansicht, daß die Offensive von den Niederlanden aus das zweckmäßige Verfahren sei, den König von Frankreich zu zwingen. Nach wiederholten Versuchen mußte Gallas an Carl III. melden: „Der Plan des nächsten Feldzuges von hier aus ist völlig demjenigen des abgelaufenen gleich: den stärksten Nachdruck in Flandern zu entwickeln, den Krieg in Spanien als secundär zu betrachten." — Die Whig-Partei folgte darin dem kriegserfahrenen Feldherrn.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 13. December. Sehr ausführlich.

Der andere Punct, in Betreff dessen die Vertreter des Hauses Habsburg mit Marlborough sich unzufrieden zeigten, war der Barriere-Vertrag zwischen England und der Republik. Nicht Marlborough hatte diesen für die Rechte Carls III. und seiner Unterthanen in den Niederlanden sehr nachtheiligen Vertrag unterzeichnet, sondern nur Townshend. Wir haben vernommen, daß Marlborough sich den Anfragen der Kaiserlichen im Haag darüber entwand mit den Worten: que cela avait été fait par son second et à son insu. Die Worte konnten die Hoffnung erregen, daß Marlborough der Königin die Ratification nicht anrathen würde[1]). Aber dagegen stand die Frage, ob Townshend ohne Marlborough so weit gegangen sein würde, wenn er nicht von Seiten der Whig-Partei sich der Genehmigung sicher wußte. Und mit welchem Eifer diese seit drei Jahren die Gegenleistung der Republik für die in überreichem Maße ihr bewilligte Barriere erstrebte, nämlich die Garantie der Republik für die Thronfolge des Hauses Hannover, lag Jedermann vor Augen. Es war daher nicht darauf zu rechnen, daß Marlborough, mochte er den Barriere-Vertrag billigen oder nicht, in Betreff der Ratification desselben der Whig-Partei entgegen arbeiten würde. Und eben so wenig war für die Kaiserlichen darauf zu hoffen, daß die Königin Anna aus sich den Muth fassen würde, der übermächtigen Partei den Wunsch der Ratification zu versagen. Die Königin Anna ratificirte.

Die Whig-Partei, in beiden Häusern des Parlamentes in der Mehrheit, schritt fest und sicher ihres Weges einher. Sie bewilligte ohne nennenswerthen Einwand die verlangten Kriegesmittel zum Betrage von mehr als sechs Millionen Pfund Sterling. Die Herrschaft ihrer Meinungen über die englische Nation schien völlig gesichert. Aber sie wollte auch einen Widerspruch gegen dieselbe nicht leiden.

Erhebung der Anklage gegen Sacheverell.

Ein solcher Widerspruch ward erhoben von einem Geistlichen der Hochkirche, Dr. Sacheverell. Er predigte am 5./16. November, einem der hauptsächlichen Jahrestage der Umwälzung von 1688, in der

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 13. December.



St. Paulskirche vor dem Lord Mayor und den Alterleuten von London, und wählte sich dabei zum Thema: „Die Gefahren vor falschen Brüdern in Kirche und Staat." Er ließ dann die Predigt drucken. Geringwerthig in Logik und Form, erregte sie doch, durch den scharfen Gegensatz ihrer Behauptungen gegen die Meinungen der Whigs und das System der Regierung, das höchste Aufsehen. Es hieß, daß in wenigen Tagen vierzigtausend Exemplare verkauft seien. Demgemäß war die Predigt in Aller Munde. Die Minister erwogen die Frage, ob und wie der Prediger zur Rechenschaft zu ziehen sei. In ihrem Rathe stimmte nur Somers dafür, die Frage den kirchlichen Behörden anheim zu stellen; die anderen waren der Ansicht, daß die Sache mit dem stärksten Nachdrucke vom Parlamente aus betrieben werden müsse[1]).

Demgemäß erhob, am 13./24. December, ein Mitglied des Unterhauses vor demselben eine Anklage wider die Predigt des Dr. Sacheverell. Nachdem einige Stellen aus der Dedication, so wie dann aus dem Texte selbst verlesen waren, stimmte die Mehrheit des Hauses dem Antrage zu, daß diese Predigt ein böswilliges, ärgerliches, aufrührerisches Libell sei, als welches Tadel werfe auf die Königin und ihre Regierung, auf die glückliche Revolution (von 1688), auf die protestantische Thronfolge, wie das Gesetz sie feststelle, auf beide Häuser des Parlamentes u. s. w. Im Gegensatze dazu lobte die Whig-Mehrheit einen anderen Geistlichen, Hoadley, der oft mit Nachdruck die Grundsätze gerechtfertigt habe, nach welchen Königin und Nation in der letzten glücklichen Revolution gehandelt[2]), und empfahl ihn in einer besonderen Adresse der Königin für seine eminenten Dienste in Kirche und Staat zur Beförderung. Dies genügte jedoch der Whig-Partei noch nicht. Im Namen des Unterhauses erschien ein Mitglied desselben vor dem Oberhause, um den Prediger Sacheverell, den das Unterhaus in Haft genommen, wegen hoher Verbrechen und Misverhaltens anzuklagen. Demnach war die Sache anhängig. Das Unterhaus übernahm den Beweis der Anklage vor dem Oberhause als dem höchsten

[1]) Somerville, Reign of Queen Anne p. 374.

[2]) For having often strenuously justified the principles on which Her Majesty and the Nation proceeded in the late happy revolution, in Commons Debates vol. IV, p. 138.

Gerichtshofe des Königreiches. Es setzte einen Ausschuß nieder die Anklage-Puncte auszuarbeiten. Es überlieferte zugleich seinen Arrestanten dem Oberhause, welches dann, gegen Bürgschaft, ihn auf freien Fuß setzte.

Als Oertlichkeit für die Führung eines solchen Prozesses, in welchem das gesammte Unterhaus als Ankläger, das gesammte Oberhaus als Richter fungiren würde, diente Westminster-Hall. Diese für einen solchen Zweck herzurichten, war eine längere Zeit erforderlich, und daher verschob sich die Sache bis über den Monat Februar hinaus.

Im Januar 1710 trat ein anderes Ereignis in den Vordergrund: eine offene Differenz zwischen der Königin und Marlborough. Dieselbe hatte zwei verschiedene Anlässe.

Es waren zwei militärische Stellen erledigt: diejenige eines Commandanten des Tower und diejenige eines Regiments-Obersten. Wegen der ersteren Stelle erschien der Graf Rivers, ein Vetter der Königin, bei Marlborough und bat um Empfehlung. Marlborough rieth die Bewerbung ab, versprach dann aber keinen Einwand zu erheben, wenn er, dem Herkommen nach, befragt würde. Als er dann bei der Königin erschien, um einen Anderen vorzuschlagen, erfuhr er von ihr, daß sie den Grafen Rivers bereits ernannt habe. — Nach der Ansicht Marlboroughs und seiner Anhänger hatte hatte man ihn absichtlich getäuscht [1]).

Augenfälliger war die andere Angelegenheit. Marlborough erhielt den Befehl der Königin, das erledigte Regiment dem Obersten Hill zu übertragen, einem Bruder der Frau Masham. An diesem Puncte beschloß Marlborough sich zur Wehr zu setzen. Die Whig-Partei sagte ihm ihre Unterstützung zu.

In einer Audienz hielt er der Königin die Uebelstände vor, die sich aus der Ernennung von höheren Officieren ohne sein Vorwissen und seine Zustimmung ergeben würden, so wie die besonderen Bedenklichkeiten gerade dieses Falles. Er machte seine Verdienste geltend, die ihm eine solche Kränkung ersparen sollten. Die Königin ging auf die Vorstellungen nicht ein. Sie entließ ihn mit der Weisung: er möge mit seinen Freunden darüber zu Rathe gehen [2]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 6.

[2]) A. a. O. p. 8.



Marlborough rief die Hülfe des Lords Somers an, als des Präsidenten des geheimen Rathes und Hauptes der Whig-Partei. Dieser, anfangs willig mit Marlborough sich zur Königin zu begeben, erklärte sich zur angesetzten Stunde für unwohl. In seinem Verdrusse verließ Marlborough die Stadt, und begab sich nach Windsor Lodge.

Es geschah am Tage einer Cabinets-Sitzung. Marlborough erschien also nicht. Zwei Jahre zuvor hatte das Entbleiben von Marlborough und Godolphin, durch das Auftreten der anderen Mitglieder für sie, die Königin zum Nachgeben und zur Entlassung von Harley gezwungen. Dies Mal wurde die Abwesenheit Marlboroughs nicht beachtet, die Geschäfte ohne ihn erledigt.

In Windsor Lodge entwarf Marlborough ein Schreiben, das mit den Worten endet: „Ich hoffe, Ew. Majestät werden entweder Frau Masham entlassen oder mich.“ Er verlangte darüber die Ansichten Godolphins und der Häupter der Whig-Partei. Godolphin war gegen einen solchen entscheidenden Schritt, Sunderland war lebhaft dafür. Man einigte sich nicht.

Godolphin versuchte ein anderes Mittel. Auf seine Bitte begab sich Lord Somers zu der Königin, um sie durch Vorstellungen zur Zurücknahme ihres Befehls zu bewegen. Die Vorstellungen blieben fruchtlos.

Von da an markiren sich die zwei Richtungen unter den Freunden Marlboroughs schärfer ab. Die eine, vertreten hauptsächlich durch Godolphin und Somers, wünscht und erbittet zuerst seine Rückkehr nach der Stadt, in der Hoffnung, daß er selber in einer Audienz bei der Königin die Sache ausgleichen werde. Marlborough ging auf diesen Rath nicht ein. Er erwog den Gedanken eines anderen Briefes, in welchem er nicht so bestimmt die Alternative der Entlassung stellen würde.

Die andere Richtung, hauptsächlich vertreten von Sunderland, war geneigt die Sache im Parlamente anzuregen, und durch eine Adresse desselben die Königin zur Entlassung der Frau Masham aufzufordern. So bitter gegen die letztere auch der Haß der Lady Marlborough sein mochte: so stimmte sie doch darin ihrem Schwiegersohne nicht bei [1]). Aber das Gerücht, daß etwas dieser Art im Werke sei,

---

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 231.



blieb der Königin und ihrer Umgebung nicht unbekannt. Sie wollten es nicht darauf ankommen lassen. Die Königin ließ Godolphin rufen und sagte ihm: „Nach reiflicher Erwägung der Vorstellungen des Lords Somers bestehe ich nicht auf die Verleihung des Regimentes an den Obersten Hill. Melden Sie das dem Herzog von Marlborough, wie ich es ihm auch persönlich sagen werde, wenn ich, wie ich hoffe, ihn bald hier sehe."

Erst nach dieser Erklärung traf der neue Brief Marlboroughs ein. Er zeichnet das Verhältnis wie folgt[1]).

„Madame. Nach den Nachrichten, die ich aus London empfange, geruhen Ew. Majestät die Sache so aufzufassen, als müßte ich bei nochmaliger Erwägung anerkennen, daß Ew. Majestät im Rechte waren, das erledigte Regiment dem Obersten Hill zu verleihen. Ich bitte Ew. Majestät, mir die Gerechtigkeit zu erweisen, nicht mich für so unvernünftig zu halten, daß ich mich in solchem Maße wie jetzt gekränkt fühlen würde, wenn nur diese eine Sache vorläge. Denn ich werde immer bereit und freudig sein, alles zu verrichten, was Ihnen genehm, wenn ich zuvor dargelegt habe, was etwa Ihrem Dienste zum Nachtheile gereichen würde. Aber jene Sache ist nur eine der schweren Kränkungen, die mir auferlegt worden sind. Und da ich nicht viele Gelegenheiten haben werde an Sie zu schreiben, so gestatten Ew. Majestät mir die Bitte zu erwägen, was Ihre eigenen Unterthanen, was die übrige Welt, die Zeugen sind der Liebe und des Pflichteifers, mit welchem ich Ihnen gedient habe, urtheilen müssen, wenn sie sehen, daß alles, was ich geleistet, nicht ausgereicht hat, mich gegen die Bosheit einer Kammerfrau zu schützen[2]). Gestatten Ew. Majestät mir bei dieser Gelegenheit Ihnen alles dasjenige ins Gedächtnis zurückzurufen, was ich während des letzten Feldzuges gemeldet habe, in Betreff meiner gewissen Kenntnis der Versicherung von Frau Masham an Herrn Harley, daß ich beständig solche Kränkungen empfangen würde, welche mir unmöglich machen sollten, in Ihrem Dienste zu beharren. Der allmächtige Gott und die ganze Welt sind meine Zeugen, mit welcher Sorgfalt und Mühe ich Ihnen nun mehr als zwanzig Jahre

1) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 233.

2) To protect me against the malice of a bedchamber woman.



gedient habe, und ich war entschlossen, wenn möglich, mit den Schwierigkeiten bis zum Ende des Krieges zu kämpfen. Aber die vielen Beweise, die ich von der großen Wandlung Ew. Majestät mir gegenüber erfahren, haben die Schwingen meines Geistes so gelähmt, daß ich als die größte und letzte Gunst ansehen muß Ihre Einwilligung in meinen Abschied, damit ich die geringe Zeit, die ich noch zu leben habe, in Dankbarkeit gegen Gott für den mir verliehenen Schutz hinbringen kann." Es folgt dann die wiederholt schon vorgekommene Betheuerung, daß er in der Zurückgezogenheit für das Wohl der Königin beten wolle.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Königin vergessen haben sollte, daß erst wenige Monate zuvor Marlborough das Ober-Commando auf Lebenszeit verlangt hatte.

Wie die Dinge äußerlich lagen, durfte Marlborough allerdings sich auf das Urtheil der übrigen Welt beziehen. Der kaiserliche Resident Hoffmann meldete heim: „Durch die Ernennung des Obersten Hill hat die Königin an den Tag gegeben, daß ein so geringes Frauenmensch wie ihre Kammerdienerin, und zwar in einer militärischen Sache wie diese, mehr Credit und Vermögen bei ihr hat als der General-Capitän"[1]). — Man sieht aber auch daraus, daß die herrschende Meinung, welche in der Hauptsache Marlborough Recht gab, auch die Ansicht von einer untergeordneten Stellung der Frau Masham acceptirte. Dem gegenüber muß daran erinnert werden, daß sie, ihrer Herkunft nach, von der einen Seite die Großeltern gemein hatte mit der Herzogin von Marlborough, von der anderen Seite mit Sir Robert Harley. Welche Stellung die Königin ihr gab, hing doch nur von dieser selbst ab. In der Unterredung mit Lady Marlborough vom Jahre 1707 bezeichnet Frau Masham selber sich als Secretärin für die geringeren Gesuche.

Auf den Rath Godolphins entschloß sich die Königin, Marlborough brieflich zu antworten. In dem Briefe gab sie Marlborough die Versicherung, daß sein Argwohn unbegründet sei, und sprach den Wunsch seiner unverzüglichen Rückkehr aus, wo sie ihm dann selbst

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. Februar.



sagen werde, daß Niemand vermöge zu seinem Nachtheile auf sie einzuwirken. Den Brief übergab sie an Godolphin [1]).

Was immer dieser von der Aufrichtigkeit des Briefes urtheilen mochte: er sowohl wie die Lords Somers und Kanzler Cowper waren der Ansicht, daß nach diesem Briefe Marlborough zurückkehren müsse. Derselben Ansicht waren die Häupter der Whig-Partei. Marlborough kehrte zurück, am 21. Januar/1. Februar, nach zehntägiger Abwesenheit.

Aber er kehrte zurück mit der Absicht, die Entlassung der Frau Masham zu verlangen. Dies war es, was die Königin fürchtete, ob von ihm, ob vom Parlamente aus. In dieser ihrer Besorgnis wandte sie sich, direct und indirect, an eine Reihe von Persönlichkeiten, auch an Jacobiten. „Man sah, erzählt Lady Marlborough, mehrere von diesen zu Hofe eilen, geschäftigen und befriedigten Angesichtes, als wenn nun sie die Regierung in die Hand bekommen würden" [2]). Aber die Königin fand auch Hülfe an den Lords Godolphin, Somers, Cowper. Sie waren der Ansicht, daß ein solcher Appell an die Königin, wie ihn Sunderland beabsichtigte, der Verfassung nicht entspreche. „Im Unterhause, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, waren Viele geneigt zu einer solchen Adresse; aber die Gemäßigten hielten zurück. Im Oberhause hat Godolphin einen dahin gehenden Antrag verhindert" [3]).

Jene Lords thaten für die Königin noch den weiteren Schritt auch Marlborough anzurathen, die Forderung fallen zu lassen [4]). Er gab nach.

Formell war durch das Zurücktreten der Königin von dem einmal gegebenen Befehle der Sieg auf Seiten Marlboroughs. Seine Autorität bei der Armee hatte nicht gelitten. Er vergab nunmehr das erledigte Regiment einem seiner Anhänger, Meredith. Und doch durfte auch die Königin es als einen Erfolg ansehen, daß bei der schwierigen Lage, in die sie sich durch jenen übereilten Befehl gesetzt, sie mit dem Zurückziehen desselben davon kam, und ihre geliebte Frau Masham sich erhielt.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 18.

[2]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 235.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 4. Februar.

[4]) Coxe vol. III, p. 19.

Lady Marlborough erzählt, daß man der Königin diesen Ausgang dargestellt habe als eine Art von Sieg über die Marlborough-Familie [1]).

Es wird berichtet, daß die Königin den zurück gekehrten Marlborough mit einer Freundlichkeit empfing, wie in den Tagen seiner höchsten Gunst [2]). Innerlich durfte man sich beiderseitig nicht verhehlen, daß diese Begegnung nicht eine Versöhnung bedeutete, sondern daß der Kampf nur nicht ausgefochten war, und sich erneuern würde je nach Zeit und Gelegenheit.

Marlborough persönlich jedoch ward der Theilnahme an dem Kampfe der Principien, der damals in England sich vorbereitete, bereits einige Tage später entzogen. Ungeachtet der Resolution der Generalstaaten vom 14. December 1709 hatte dennoch die französische Politik, wie wir später genauer ersehen werden, neue Unterhandlungen mit der Republik angeknüpft. Bei der notorischen Friedensneigung vieler Mitglieder in der Republik erhob sich bei der Whig-Partei in England die Besorgnis, daß es dennoch der französichen Politik gelingen werde, die Republik zu einem Sonderfrieden zu bewegen. Aus dieser Besorgnis erwuchs der Wunsch, daß Marlborough nach Holland hinüber gehen möge, um die Verhandlungen zu überwachen. Zu diesem Zwecke beantragte sie eine Adresse an die Königin. Es war also nicht, wie man nach dem Verlaufe der Dinge geurtheilt hat [3]), ein Kunstgriff Harleys und der Tory-Partei, um Marlborough unter einem scheinbaren Vorwande zu entfernen. Vielmehr widerstrebte die Tory-Partei im Unterhause jener Adresse als einem Eingriffe in die Prärogative der Königin. Sie ward beschlossen mit 282 gegen 101 Stimmen [4]). — Das Oberhaus trat der Adresse bei.

Der zweite Satz dieser Adresse lautet wie folgt: „Wir können nicht umhin diese Gelegenheit zu ergreifen, um unsere Ansicht von den großen und unvergleichlichen Diensten des Herzogs von Marlborough auszusprechen, und mit allem denkbaren Pflichtgefühl der großen Weisheit Ew. Majestät unseren Beifall darin zu zollen, daß Sie den Charakter eines Generals und eines Botschafters in ihm einer und

---

1) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 235.

2) Coxe vol. III, p. 20.

3) A. a. O. p. 21, und ähnlich Stanhope p. 410.

4) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar.

derselben Persönlichkeit anvertraut haben, die, nach unserer unterthänigen Meinung, so sehr befähigt ist, zwei so wichtigen Stellungen zu genügen."

„Dieser Absatz, meldet Hoffmann, ist deshalb eingeschaltet worden, damit, nach dem was neulich geschehen, der Credit und die Reputation des Herzogs außer Landes empor gehalten werden soll. Man hat der Königin, welche im anderen Falle es hätte übel nehmen können, diese Nothwendigkeit vorgehalten. Wiewohl es ihr innerlich nicht gefallen haben dürfte" [1]).

Das Verhalten der Königin bewies allerdings zur Genüge, daß es ihr nicht gefiel. Als der Treasurer Godolphin den Entwurf einer Antwort im Sinne jener Adresse vorlegte, erwiederte sie, daß sie schon vorher dem Herzog von Marlborough den Auftrag der Ueberfahrt nach dem Haag gegeben. Sie blieb dabei, ungeachtet der Zweifel Godolphins. Demgemäß ward eine andere Antwort, dem Willen der Königin entsprechend, abgefaßt, lautend: „Mylords und Herren. Bei der kritischen Lage der Dinge in Holland, bin ich so sehr überzeugt von der Wichtigkeit der Anwesenheit des Herzogs von Marlborough dort, daß ich die nothwendigen Anordnungen für seine sofortige Abreise bereits getroffen habe, und es freut mich sehr aus Eurer Adresse zu ersehen, daß Ihr in der gerechten Würdigung der hervorragenden Dienste des Herzogs von Marlborough mit mir überein stimmt" [2]).

Indem die Antwort die Priorität des Gedankens, Marlborough nach Holland zu senden, für die Königin in Anspruch nahm, hatte sie augenscheinlich den Zweck, die Prärogative der Krone zu wahren, war demnach in demselben Sinne abgefaßt, in welchem die Tories die Adresse bekämpft hatten.

Der Prozeß Sacheverell.

Inzwischen waren die Vorbereitungen zu dem Prozesse Sacheverell getroffen. Der Beginn desselben ward auf den 27. Februar/10. März angesetzt.

Das geräuschvolle Vorgehen der Whig-Partei und der Regierung gegen den an sich selber unbedeutenden Mann und seine wenig gehalt-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. März.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 151.



volle Predigt könnte erscheinen wie das Auffahren einer Batterie gegen einen Sperling. Aber die Whig-Partei wollte in dem Individuum Sacheverell die Ideen treffen, zu deren Herolde er sich aufgeworfen. Bei der Ueberlegenheit ihrer Zahl im Oberhause wie im Unterhause war es wahrscheinlich, daß der Prozeß auslaufen würde in die öffentliche und feierliche Verurtheilung nicht blos der Persönlichkeit, sondern auch der von ihr verkündeten Meinungen, daß mithin in Sacheverell die Tory-Partei getroffen würde [1]).

Aber die Whig-Partei und die Regierung, Marlborough und Godolphin, mochten dabei nicht zur Genüge erwogen haben, daß auch die Gegner von ihrem Standpuncte aus die entsprechenden Folgerungen ziehen, daß daher der Angeklagte, wenn nicht um seiner Person, so um der Sache willen, welche in ihm die Whigs zu treffen suchten, Fürsprecher finden würde. In der That stand die Persönlichkeit des Sacheverell bei den Tories nicht in höherem Ansehen als bei den Whigs [2]); aber es eröffnete sich ihnen durch die Sache selbst eine günstige Gelegenheit, öffentlich gegen die Whigs aufzutreten und die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Hatten die Whigs die sichere Aussicht, daß die Verurtheilung des Sacheverell und seiner Predigt ihnen nicht fehl schlagen könne: so erwuchs für die Tories die Hoffnung, daß dennoch der moralische Sieg der Sache ihnen verbleiben könne.

Zu dieser Hoffnung hatte die Whig-Partei Anlaß genug gegeben [3]). Ein Freund der Familie Marlborough sagt darüber: „Ich glaube, daß es niemals eine Gesellschaft von Leuten gegeben hat, welche so ungescheut und so geflissentlich der Irreligiösität und Unmoralität huldigten, die geradezu so darauf ausgingen, die jungen Edelleute höheren und niederen Standes zu verleiten und zu verderben. Dadurch haben sie bei den rechtschaffenen Leuten aller Richtungen großen Anstoß erregt. Sie haben jede Gelegenheit benutzt, Verachtung auf die anglicanische Geistlichkeit zu bringen. — Fügen Sie ferner dazu die

[1]) Somerville p. 376.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 17: Nor are the Tories so simple as to like the man better than the Whigs. — Es sind die Worte des Dr. Hare, Caplans der Familie Marlborough. Er sucht in diesem ausführlichen Schreiben der Lady Marlborough die Wandlung der Dinge in England in der ihm möglichst objectiven Weise darzulegen.

[3]) A. a. O. p. 18.

zahllosen Flugschriften der letzten Jahre, mit denen die Nation überschwemmt wurde, in denen man die Religion und die Kirche in einer früher nie erhörten Art insultirte."

Waren die Hochkirchlichen schon aus sich principiell gegen die Whig-Partei, so war es ihnen bei einem solchen Verhalten derselben um so leichter, ihren Gegensatz wider jene als die Sache der Religion und der Moral anzusehen, und darunter namentlich auch das Verfahren gegen ein Mitglied des geistlichen Standes zu begreifen.

Wie sehr beiderseitig die Erregung der Gemüther im beständigen Wachsen begriffen war, zeigt das Verhalten einer besonderen Persönlichkeit. Der General Stanhope, der sich von Spanien her in London befand, hatte bereits seine Rückkehr dahin als dringend nothwendig erklärt. Dann aber ließ er als Mitglied des Unterhauses sich bewegen einen der Ankläger abzugeben [1]).

Die allgemeine Erregung erreichte ihren Höhepunkt mit dem Beginne des Prozesses. Die Sympathien der Bevölkerung für Sacheverell gaben sich in starker Weise kund. Es blieb nicht bei friedlichen Demonstrationen. Am Abende des 1./12. März rotteten sich viele tausende von Menschen zusammen und begingen Thätlichkeiten. Sie warfen sich auf mehrere Kirchen der Presbyterianer, schlugen die Thüren ein, holten das Brennbare hervor und ließen es auf öffentlichen Plätzen auflodern. Eine Abtheilung der Leibwache, Cavallerie und Infanterie, zerstreute die Haufen. Am nächsten Tage richtete das Unterhaus in einer Adresse an die Königin die Bitte: sie wolle den von den Papisten, den Eidweigernden und anderen dem Rechte der Königin auf die Krone und ihrer Regierung feindlich gesinnten Personen erregten Aufruhr unterdrücken, und zu diesem Zwecke eine Proclamation erlassen. In der That erfolgte eine solche Proclamation, welche, nach der üblichen Weise, die Katholiken auf zehn Meilen von London verwies. Es war aber auch eben so hergebracht, daß diese Drohung niemals ausgeführt wurde [2]). Für die Entdeckung eines Rädelsführers wurden 100 Pfund Sterling ausgesetzt.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas, vom 11. März.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 14. März. Die Commons Debates vol. IV, p. 152, schweigen über diese Adresse und die Proclamation.



„Auch sonst im Lande, fügt der kaiserliche Resident Hoffmann hinzu, haben Unruhen stattgefunden. Man ist nicht ohne dringenden Verdacht, daß sie von Personen von Consideration angestiftet, nicht des Prädicanten wegen, sondern um alles in Confusion zu bringen und dadurch Frankreich zu erleichtern. Denn es fehlt in diesem Königreiche nicht an Leuten, die aus Haß und Neid gegen die Whigs mehr für den Prinzen von Wales, ungeachtet seiner Religion, als für das Haus Hannover sind, aus keiner anderen Ursache, als weil hauptsächlich die Whig-Partei die Succession auf dieses Haus festgestellt, und weil sie Frankreich, ohne dessen Hülfe und Zuthun jener Prinz unmöglich zur Krone gelangen kann, lieber prosperiren als leiden sehen. Wie man denn auch aus Frankreich längst die Nachricht hat, daß von dort aus die Vorgänge hier mit scharfen Augen beobachtet werden. Das Ministerium muß Verdacht haben, weil es seit acht Tagen über alle Personen, die mit Postschiffen in Harwich eintreffen, genaue Beschreibungen einfordert."

Dieser Bericht des kundigen Augenzeugen thut dem Thatbestande, daß die Sache des Sacheverell sich in der Bevölkerung großer Sympathien erfreute, keinen Eintrag.

Wie bei den Geringeren, so trat auch bei den Höheren für die wochenlange Dauer des Processes alles Andere zurück gegen diesen. „Man denkt hier, meldet einer der Gesandten, weder an den Frieden, noch an den Krieg. Man hat kein Gehör, noch Gesicht, als nur für die Sache Sacheverell. Die Minister sind für uns unzugänglich"[1]).

Für die Königin war eine eigene Tribune errichtet, für den Fall daß sie zuhören wolle. Die Gesandten bezweifelten dies vorher, „in der Erwägung, daß gegen die Lehre der Pflicht des passiven Gehorsams, die unter anderen der Prädicant vorgebracht, viele scharfe und unangenehme Reden auf die Bahn kommen werden"[2]). In der That blieb die Königin am ersten Tage aus, nicht mehr am zweiten. Von da an erschien sie regelmäßig und blieb jedes Mal vom Anfang bis zum Ende, so sehr, daß sie in einem eigens dazu eingerichteten Zimmer in Westminster Hall speiste, und nach vollendeter kurzer Mahlzeit sofort wieder zur Stelle war[3]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. März.
[2]) Desgleichen vom 7. März.
[3]) Desgleichen vom 21. März.

Dagegen waren die Anordnungen so getroffen, daß die Gesandten der fremden Mächte keinen Zutritt erlangen konnten. Das hinderte diese nicht und namentlich nicht den befähigtsten unter ihnen, den Grafen Gallas, über den ganzen Vorgang sich sein Urtheil zu bilden und heim zu berichten. „Es ist der Parteieifer, meldet er, der in dieser Sache dominirt. Man hat die zwölf Oberrichter des Königreiches (die judices regni) über die Gesetzmäßigkeit einer solchen Anklage befragt. Sie haben dieselbe einstimmig verneint. Wenn die Sache vor ihr Tribunal gebracht würde, so würden sie dieselbe als nicht legal abweisen. Dennoch hat die Mehrheit beschlossen zu procediren. Allerdings haben sie die Mehrheit der Zahl. Sie werden demnach den Angeklagten verurtheilen. Und dennoch haben sie eine große Thorheit begangen. Die Strömung von unten auf schwillt an gegen sie. Was an Uebergriffen der Partei, an Unrecht gegen die Schwächeren begangen ist, das kommt alles jetzt zur Sprache. Sie siegen äußerlich. Aber ihr äußerlicher Sieg wird innerlich der Beginn ihres Niederganges sein, und dies wird verderblich zurück wirken auf die Angelegenheiten Europas" [1]).

Das Unterhaus hatte vier Anklagepunkte aufgestellt, nämlich: Sacheverell behaupte, daß die zur Durchführung der Revolution (von 1688) angewendeten Mittel nicht zu rechtfertigen seien; ferner, daß die durch das Gesetz gewährte Toleranz (für alle von der Hochkirche Abweichenden) unverantwortlich sei; daß die Kirche von England sich unter der Königin in großer Gefahr befinde; und daß die derzeitige Regierung ausgehe auf die Vernichtung der Verfassung [2]). Für jeden der vier Anklagepunkte waren fünf Redner aufgestellt, also zwanzig; Sacheverell dagegen hatte fünf Vertheidiger. Die Anklage nahm vier Tage in Anspruch, eben so viele die Vertheidigung, zwei die Replik und die Duplik.

Ueber die Anklage fällt einer der Augen- und Ohrenzeugen, der schottische Jacobit Lockhart, sein Urtheil wie folgt. „Die vom Unterhause aufgestellten Wortführer benahmen sich mit aller erdenklichen Dreistigkeit. In ihren Reden erhoben sie die Behauptung, sogar in Gegenwart der Königin, daß, wenn das Recht zur Krone erblich

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 3. April.

[2]) Somerville p. 377.



und unvertilglich wäre, dann der Prinz jenseit des Meeres — indem sie damit den König meinten — und nicht die Königin den rechtmäßigen Anspruch hätte, während dagegen sie, die Königin, kein anderes Recht besäße als dasjenige, welches sie dem Volke verdanke. Und weiter behaupteten sie, daß vermöge der Grundsätze der Revolution (von 1688), auf welche die Constitution gebaut wäre und mit welchen die Gesetze des Landes überein stimmten, die Nation berechtigt sei, ihren Souverän zu verjagen oder bei Seite zu setzen, je nachdem sie Grund dazu sähe[1]). Obwohl, ohne Zweifel, in diesen Behauptungen viel Wahres lag, so ist doch leicht zu ermessen, daß die Königin nicht sehr erfreut sein konnte, sie ausgesprochen zu hören, sogar in ihrer eigenen Gegenwart, in so demonstrativer Weise, und vor einer so großen Versammlung ihrer Unterthanen. Denn wenn auch die Souveräne diese und ähnliche Doctrinen in so weit gern haben als sie ihnen als Mittel dienen zum Throne zu gelangen: so finden sie doch, wenn sie einmal denselben besitzen, daran so geringes Gefallen, wie diejenigen, welche succediren nach unzweifelhaftem Erbrechte."

Stellen wir dem Urtheile des Jacobiten Lockhart dasjenige eines Nicht-Jacobiten zur Seite, des Dr. Hare, des Freundes der Familie Marlborough, wie er es im Laufe des Jahres 1710 an die Lady Marlborough nieder schrieb[2]).

„Was den Prätendenten betrifft, sagt er, so kann ich nicht wahrnehmen, daß die Tories direct zu seinen Gunsten Schritte gethan haben; aber die Whigs haben, nach meiner Ansicht, einen sehr großen Schritt dieser Art gemacht. So auffallend dies Wort erscheint, werden Ew. Gnaden es als wahr anerkennen, wenn Sie erwägen, was im Prozesse Sacheverell geschehen ist."

„Eins der wichtigsten Motive, welches die Nation so einstimmig in die Revolution (von 1688) hinein zog, war die vermuthete Illegitimität des Prätendenten. Was immer die Ansichten einiger weniger Personen vom höchsten Range darüber gewesen sein mögen, so ist doch gewis, daß die Nation im Allgemeinen völlig von dieser Meinung

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 312: The people might turn out or lay aside their sovereigns as they saw cause.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 20.

eingenommen war. Daher ist es, nach meiner Ansicht, ganz augenscheinlich, daß nichts die (Consequenzen der) Revolution so sehr erschüttern kann, als dem Volke diese Meinung zu benehmen. Hätten die Tories diesen Versuch gemacht, so würde dies eine vortreffliche Handhabe geboten haben, sie als Jacobiten hinzustellen. Allein nicht die Tories, sondern die Whigs haben es in der möglichst öffentlichen Weise in Westminster Hall gethan. Sie haben die Legitimität des Prinzen dort voraus gesetzt oder eher bestätigt, und behauptet, daß das Erbrecht an ihm hafte. Dadurch sind viele tausende der Nation bewogen worden ihre Meinung zu ändern, und dies dürfte in nicht geringem Maße die (Consequenzen der) Revolution in Gefahr bringen."

„Denn wenn auch seine Ausschließung vom Throne, bei Voraussetzung seiner Legitimität, nicht für ungerecht gehalten werden mag, so wird es doch als hart erscheinen, daß ein Prinz um der Fehler seines Vaters willen, an denen er nicht betheiligt, ein Königreich verlieren soll. Auch ist im Volke immer eine starke Neigung zum Mitleide mit unschuldigen Prinzen im Unglücke. Darum hätte, nach meiner geringen Ansicht, für die (Consequenzen der) Revolution nichts dienlicher sein können als jene Meinung aufrecht zu halten, andererseits für den Prätendenten nichts so vortheilhaft als sie zu verneinen. Auch sehe ich nicht, welchen guten Zweck die Whigs dabei verfolgen konnten, es wäre denn der, daß sie sich die Macht zusprächen, Könige zu ernennen. Ein solcher Anspruch würde ihnen aber zu nichts dienen als den Souverän zu beleidigen und sich bei der Masse der Nation unbeliebt zu machen."

Bereits am 1./16. März, nachdem also die Whig-Partei die Anklagen entwickelt, meldete Godolphin seine Klage über die Thorheiten in dem Vorgehen derselben. Er wünschte bereits, daß man den Prozeß nicht begonnen hätte [1]).

Die Reden der Whigs und der Tories in Westminster Hall kranken, bei aller Ausführlichkeit, an der Nicht-Beachtung wichtiger Factoren der Umwälzung von 1688, und zwar einer Nicht-Beachtung, die ihren Grund in dem englischen National-Charakter haben mag, nämlich in der Präoccupation, als sei die Umwälzung von 1688 eine

---

[1]) Coxe vol. III, p. 25.



lediglich englische Angelegenheit gewesen, von englischen Factoren vollbracht. Deshalb erscheint es hier, wo von dem Prozesse Sacheverell an eine Richtung sich kund gibt, die im Widerspruche mit den Consequenzen von 1688 steht, zweckmäßig zu sein, uns den Thatbestand, wie er sich aus dem Zusammen-Wirken der europäischen Factoren für die englische Umwälzung von 1688 ergibt, in kurzen Zügen wieder zu vergegenwärtigen [1]).

Jacob II., als Katholik zur Regierung gekommen, war, das erste Jahr seiner Regierung hindurch, ein populärer König. Er verlor, vom December 1685 an, die Zuneigung vieler Engländer hauptsächlich durch zwei Bestrebungen, nämlich sich eine starke stehende Armee zu sichern und die katholische Religion in England wieder aufzurichten. Von da an wagte er nicht wieder ein Parlament zu berufen.

Er erhielt für seine Bestrebungen zu vermeintlichen Gunsten der katholischen Religion weder die Zustimmung des Papstes Innocenz XI., noch des Kaisers Leopold I. Desto mehr wurde ihm Lob und Aufmunterung zu Theil von Ludwig XIV., dessen Absicht dabei Jacob II. nicht durchschauete. Das Ziel Ludwigs XIV. war, beim Absterben des letzten schwachen Habsburgers in Spanien, Carls II., die Monarchie desselben an sich oder sein Haus zu bringen. Es war nicht zu erwarten, daß ein König von England, auch nicht Jacob II., dies ruhig geschehen lassen würde. Darum suchte Ludwig XIV. den König Jacob II. daheim zu verwickeln, damit England, durch innere Zwietracht lahm gelegt, nach außen hin sich nicht bethätigen könne.

Dem Wesen nach dasselbe System der Politik befolgte Ludwig XIV. gegenüber der Republik der Niederlande und England zusammen. Auch die Republik würde voraussichtlich den Uebergang der spanischen Monarchie an das Haus Bourbon nicht gestatten. Deshalb suchte die Politik Ludwigs XIV. Feindschaft auszusäen zwischen ihr und England, namentlich zwischen den Häuptern, dem Könige Jacob II. und dessen Schwiegersohne Wilhelm III. von Oranien. Der Oranier, ausgehend von der Ueberzeugung, daß gegen die Uebermacht Frankreichs nur das Zusammen-Gehen der zwei Seemächte und wiederum

[1]) Man vergleiche meine ausführliche Darlegung in Bd. III und IV dieses Werkes.



beider mit dem Kaiser Leopold I. Sicherheit gewähre, suchte beim Regierungs-Antritte Jacobs II. Aussöhnung und Freundschaft mit seinem mistrauischen Schwiegervater. Bereits im zweiten Jahre der Regierung Jacobs II. gelang es der Arglist der französischen Politik, das gute Einvernehmen zu stören und das Mistrauen Jacobs II. gegen seinen Schwiegersohn höher zu steigern als je zuvor.

Eben so gelang es den Agenten Ludwigs XIV., in der Republik der Niederlande Mistrauen gegen Jacob II. zu erregen. Als das furchtbarste Schreckbild in der Erinnerung der Holländer stand ihnen vor das Jahr 1672, wo sie zugleich zu Lande und zu Wasser den Angriffen der zwei gegen sie verbündeten Könige, Ludwigs XIV. und Carls II. von England, ausgesetzt gewesen waren. Vom zweiten Jahre der Regierung Jacobs II. an erhob sich bald hier, bald dort, bald auf diese, bald auf jene Weise das Gerücht der Erneuerung eines solchen Bündnisses zwischen Ludwig XIV. und Jacob II. Anfangs ward das Gerücht in der Republik verlacht, dann mit Zweifel erwogen, endlich für wahr gehalten, so sehr daß es, ungeachtet der Verneinung Jacobs II., als die allgemeine Meinung in der Republik zum wichtigsten Factor für die auswärtige Politik derselben wurde. Denn auf Grund dieser allgemeinen Meinung, obwohl sie nicht begründet war, bildete sich der Entschluß aus: besser als die Abwehr eines erfolgten Angriffes sei das Zuvorkommen. Vom Ende des Jahres 1687 an begannen die Rüstungen der Republik.

Der Oranier war der hauptsächlichste Vertreter dieser Gedanken. Aber er war nicht souveräner Herr der Republik, sondern Erbstatthalter von fünf Provinzen, und General-Capitän der Streitkräfte der Republik. Er konnte jene Gedanken nur zur That machen, wenn die anderen Häupter in der Republik ihm beistimmten, wenn ihre Furcht vor Jacob II. so stark war, daß sie das Mistrauen gegen die etwaigen Souveränetäts-Gelüste des Oraniers daheim überwand, und darum ihm die Kriegesmittel der Republik anvertraute.

Unterdessen war in England die Unzufriedenheit, namentlich bei der Aristokratie, gegen Jacob II. in beständigem Wachsen. Nicht wenige Mitglieder derselben hofften und verlangten Abhülfe von dem Oranier. Er dagegen stellte als Bedingung eine Einladung an ihn nach England. Aber, so lange Jacob II. söhnelos und demnach die

Aussicht da war, daß das System seiner Regierung mit seinem Tode enden, daß die präsumtive Thronerbin Mary, die Frau des Oraniers, die Dinge herstellen würde, konnten sie sich zu einer solchen Einladung nicht entschließen. Am 10./20. Juni 1688 jedoch erfolgte die Geburt eines Sohnes des englischen Königspaares. Dies Ereignis wirkte entscheidend auf den Entschluß einiger Mitglieder der englischen Aristokratie. Ihrer sieben erließen an den Oranier die von ihm gewünschte Einladung, mit dem unwahren Zusatze, daß unter tausend Engländern nicht Einer den kürzlich geborenen Prinzen für ächt halte, und mit der Bedingung, daß die Proclamation des Oraniers diesen Verdacht gegen Jacob II. auszusprechen habe. Der Oranier fügte sich, wenn auch mit wohl erkennbarem Widerstreben, in die schmähliche Bedingung.

Ludwig XIV. wußte eher und genauer als Jacob II., was in den Kriegeshäfen der Republik vorbereitet wurde. Er bot Jacob II. seine Hülfe an. Er ließ, im Anfange September 1688, der Republik drohend verkünden, daß er im Bündnisse mit dem Könige von England stehe, daß er, vermöge dieses Bündnisses, jedem Angriffe auf denselben entgegen treten werde. Jacob II. verneinte, der Wahrheit gemäß, dies Bündnis. Aber die Häupter der Republik glaubten nicht ihm, sondern jenem. Zugleich aber erkannten sie, daß der König von Frankreich in den nämlichen Tagen, wo er ihnen drohete, sich selber die Mittel benahm, seine Drohung auszuführen. Anstatt seine Armee nordwärts an ihre Grenze zu legen, schickte er, mitten im Frieden, sie südwärts und ostwärts, gegen den Papst und gegen den Kaiser. Seine Schiffe lagen abgetakelt im Hafen. Die Bahn also für den Oranier mit der Flotte der Republik nach England war frei. Die Republik erklärte nicht dem Könige Jacob II. den Krieg, sondern sie lieh dem Prinzen von Oranien, der nicht ihr Souverän war, ihre Kriegesmittel, damit er in eigenem Namen seine Rechte in England wahre, und den König Jacob II. zwinge zu einer anderen Politik nach innen, wie nach außen.

Der Oranier landete unfern Exeter. Er fand anfangs nicht die Zustimmung, die man ihm in Aussicht gestellt, und erwog bereits die Rückkehr. Dann aber brach Verrath in die Reihen des Königs Jacob II. ein. Nicht die Armee als solche verließ ihn, sondern einige Häupter, namentlich Churchill, der spätere Marlborough, und unter

dem Beirathe desselben und seiner Frau, Jacobs II. eigene Tochter Anna und ihr Gemahl. Dieser Abfall mehr als die vielfachen Erhebungen in Waffen hier und dort, brach den Muth des unglücklichen Königs.

Von Mistrauen in seine ganze Umgebung erfüllt, von Furcht und Sorge, namentlich um seinen Sohn gequält, wählte dann der bethörte Mann den denkbar schlechtesten Ausweg. Niemals fähig die Arglist seines Bruders von Frankreich zu durchschauen, war er abermals bereitwillig auf dessen Rath zu hören. Die Hoffnung Ludwigs XIV., daß der Oranier in England nachdrücklichen Widerstand finden, daß die Streitkräfte der Republik und Englands, in einander sich verbeißend, und dadurch auf lange Zeit ihm unschädlich, ihm freie Hand belassen würden, in dem übrigen Europa seine Geschäfte zu besorgen, war fehl geschlagen. Statt dessen stieg vor ihm die Besorgnis empor, daß, im Falle eines Ausgleiches zwischen dem Oranier und Jacob II., England und die Republik, gemäß dem Wunsche und dem Bestreben des Ersteren, sich geeinigt wenden würden wider ihn. Diese Gefahr war, wie es Ludwig XIV. schien, zu vermeiden, der Unfriede in England dauernd zu erhalten, wenn der rechtmäßige König mit Weib und Kind, dem Thronerben, sich flüchtete nach Frankreich. Ludwig XIV. gab den Rath und Jacob II. befolgte ihn.

Aber nur der Königin mit dem Kinde gelang die Flucht, nicht ihm. Er ward angehalten. Er ward nach London zurückgeführt, nicht als Gefangener, sondern als König. Noch einmal lag alles in seiner Hand. Aber den einmal verlorenen Muth fand er nicht wieder.

Für den Oranier dagegen hatten durch die gelungene Flucht des Thronerben die Dinge sich völlig geändert. Er hatte der Republik, die ihn entsendet, dem Kaiser, auf dessen Zustimmung er hoffte, die Zusage gegeben, die Thronfolge in England nicht anzutasten. Aber höher stand ihm die Lösung der Aufgabe, welche sein Vaterland von ihm erwartete, England mit der Republik zu einigen zum Bunde wider die übergreifende Macht Ludwigs XIV. Die Lösung dieser Aufgabe war nicht möglich, wenn Jacob II. als König in England verblieb; denn einem Vater, der sein Kind als das Unterpfand seiner Treue einem fremden Könige in die Hände gegeben, konnte nicht zugemuthet werden, ein Bündnis wider diesen selben König einzugehen.

Daher durfte, wenn Wilhelm von Oranien seinen Zweck erreichen wollte, der König Jacob II. nicht in England bleiben. Von dieser Erwägung aus begann der Oranier, nach der Wiederkehr Jacobs II. von seiner Flucht, auf ihn zu drücken, ihn fühlen zu lassen, daß die Macht nicht mehr bei ihm. Jacob II. ließ geschehen. Er fügte sich der Forderung des Oraniers, seine Hauptstadt zu verlassen und sich, unter dem Geleite oranischer Truppen, nach dem Schlosse Rochester zu begeben. Er mußte aus der Haltung dieser Truppen, so wie aus vielen anderen Umständen erkennen, daß die Flucht aus England seinem Gegner lieb sein würde. Er wußte auch, daß er von Freunden noch nicht verlassen war. Allein er verließ sich selbst. Er floh zum zweiten Male, nicht gezwungen, sondern freiwillig, aber dies Mal endgültig, von seinen Kronen weg.

Es gab Engländer, die dann dem Oranier riethen, die Krone zu nehmen kraft des Rechtes der Eroberung. Er wies derartige Gedanken zurück. Denn der Oranier war in jeder Faser seines Wesens zuerst der holländische Patriot. Die Republik hatte ihn aber nicht entsendet, damit er für sich eine Krone gewinne, sondern damit er England mit der Republik verbünde zum Schutze wider die übergreifende Macht Frankreichs. Dieses Bündnis war am leichtesten zu erreichen und am sichersten zu behaupten, nicht wenn der Oranier aus sich die Krone nahm, sondern wenn er sie nahm auf den Antrag und die Bitte der Engländer. Darum berief er als der factische Inhaber der Regierungsgewalt ein Convent-Parlament und ließ den Reden darin freien Lauf, wohl voraussehend, daß je länger sie redeten, desto mehr sie sich in den thatsächlichen Zustand der Dinge hinein reden würden. Man mochte juristisch die Frage erörtern, ob derjenige, der die Krone verlassen, darum auch sie niedergelegt habe, ob mithin der Thron vacant sei: thatsächlich war es doch nicht anders. Der Oranier war im Besitze der Regierungsgewalt, und die Consequenz der Thatsachen mußte das Convent-Parlament dahin führen, den Besitz ihm auch rechtlich zu bestätigen, ihn als König anzuerkennen.

Wie aber der Oranier mehr um der Republik als um seiner selbst willen nach England gekommen, wie es sein Hauptzweck war, England und die Republik zum Bunde nach außen zu einigen, wie

daher die englische Krone ihm als dem holländischen Patrioten nicht der Zweck war, sondern das Mittel zu jenem Zwecke: so beließ er, um die Engländer solidarisch an sich und sein neues Königthum zu binden, dem Parlamente freie Bahn, die innere Verfassung des Landes zu gestalten nach ihrem Ermessen. So sehr die Bill of Rights die bisherigen Prärogativen der Krone beschränkte, der Oranier erhob um seines höheren Zweckes willen gegen keinen der Punkte einen Einspruch. Und weiter ließ er die Thronfolge so feststellen, daß, mit Ausschluß der katholischen Linien des Hauses Stuart, nach ihm das Erbrecht, welches er durchbrochen hatte, wieder in Kraft trat, mit Ausschluß jedoch der katholischen Linien. Die Religion gab der Ausschließung, welche sich in erster Linie gegen den Prinzen in St. Germain richtete, den populären Anstrich. Für Wilhelm III. selber stand jedenfalls das politische Motiv höher, daß von der Rückkehr eines Stuart-Prinzen aus St. Germain für England die Gefahr einer französischen Vasallenschaft, für die Republik diejenige eines Rachekrieges untrennbar erschien.

Das Convent-Parlament von 1689 hatte also allerdings über die Krone zu Gunsten Wilhelms III. verfügt; aber es hatte nicht etwa den König Jacob II. abgesetzt oder vertrieben, sondern es hatte verfügt gemäß dem thatsächlichen Bestande, den es, bei seiner Eröffnung, vorgefunden als die Folge des Zusammen-Wirkens anderer Factoren, die zu einem großen Theile außerhalb Englands lagen.

Es ist mit Nachdruck zu wiederholen, daß bei dem Principienkampfe der Whigs und der Tories in dem Prozesse Sacheverell die Einwirkung der nicht-englischen Factoren für die Umwälzung von 1688 fast völlig unbeachtet blieb, daß die Parteien beiderseits von der mit der Wirklichkeit nicht bestehenden Meinung ausgingen, als hätten die Thatsachen von 1688/89, wie sie auf dem Boden von England sich abspielten, dort allein auch ihren Ursprung und ihren Verlauf genommen. Von dieser irrigen Voraussetzung aus waren nicht bloß für die eine oder die andere, sondern für beide Parteien weitere Irrthümer unvermeidlich.

Indem die Whig-Partei die Factoren von 1688, namentlich die nicht-englischen, nicht zur Genüge würdigte, oder auch sie völlig aus den Augen verlor, konnte sie, im Prozesse Sacheverell, dahin kommen,

für sich oder für das Parlament von 1688/89 an der Umwälzung einen größeren Antheil der Causalität in Anspruch zu nehmen als mit den Thatsachen vereinbar war. Indem die Tories, im Prozesse Sacheverell, die Grundsätze der Whigs verneinten, vergaßen sie, daß sie, gegenüber der Macht der Thatsachen von 1688, namentlich gegenüber der Flucht des sich selber aufgebenden Königs Jacob II. noch viel weniger vermocht hatten, damals ihre Grundsätze zu bethätigen.

Auf Wilhelm III. war, im Jahre 1702, die Königin Anna gefolgt. Nach den Meinungen, welche die Whig-Partei im Prozesse Sacheverell verkündete, war dies geschehen kraft der Parlaments-Acte von 1689, nach derjenigen der Gegner vermöge ihres Erbrechtes. Die Königin Anna, gemäß den Briefen, welche sie, 1692 und später, an ihren Vater in St. Germain gerichtet, wußte zur Genüge, wie es um das eigentliche Erbrecht stand.

Die Frage nun, wie sie sich zu dem Prozesse verhalte, dem sie mit äußerster Aufmerksamkeit folgte, hielt die Gemüther in besonderer Spannung. Da jede der kämpfenden Parteien behauptete, die Königin auf ihrer Seite zu haben, so muß man annehmen, daß sie sich hütete vor jeder Aeußerung, die in die Oeffentlichkeit dringen konnte. „Vernünftiger Weise, sagten die Whigs, kann sie nicht für des Prädicanten Lehre sein, wenigstens nicht für den ersten Punct. Denn, wenn man kein Recht gehabt, dem Könige Jacob II. als der rechtmäßigen Obrigkeit Widerstand zu leisten, so ist die Revolution in sich selber im Unrecht. Denn hat der König Wilhelm III. die Krone nicht mit Recht besessen, so hat auch die Königin ihm mit Unrecht succedirt." — „Die Tories hat man im Verdachte Absichten zu haben nicht so sehr gegen die Königin als gegen die Thronfolge des Hauses Hannover, weil diese von der Whig-Partei stabilirt worden ist" [1]).

Nachdem in dem Prozesse Sacheverell vierzehn Tage mit dem Anhören der Anklage und der Vertheidigung zugebracht waren, ward von Seiten der Tory-Partei im Oberhause die Frage formulirt, ob das Unterhaus mit seiner Anklage dem Rechte gemäß procedirt habe. Die Erörterung dieser Frage nahm drei Tage in Anspruch. Lord

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. März.



Nottingham allein redete täglich je drei bis vier Stunden. Endlich ward die Frage mit einer Mehrheit von achtzehn Stimmen bejaht.

Dann schritt das Oberhaus zu den einzelnen Puncten der Anklage, nämlich zu dem ersten, daß der Dr. Sacheverell die Pflicht des passiven Gehorsams und das Unrecht jeglichen Widerstandes behaupte, und daß durch diese Behauptung die Revolution von 1688 für unrecht erklärt werde. Ueber diesen Satz disputirten die beiden Parteien im Oberhause von 11 Uhr Morgens bis Abends 9, eine jede nicht in der Hoffnung die Gegner zu überzeugen, sondern sie zu ermüden und zum Fortgehen zu bewegen. Indessen beiderseits hielt man aus, und es erfolgte endlich das Urtheil des Oberhauses mit 65 gegen 52 Stimmen, daß das Unterhaus diese Anklage bewiesen habe. — Die anderen drei Anklagepuncte als minder wichtig wurden am nächsten Tage, dem 17./28. März, mit gleicher Mehrheit bejaht.

Es kam dann die weitere Frage, ob der Prädicant dadurch sich hoher Verbrechen im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe. Die Erörterung über die Fragestellung nahm wieder einen ganzen Tag in Anspruch. Endlich ward entschieden, daß die Frage kurz zu stellen sei: schuldig oder nicht. Am 20./31. März erfolgte die Abstimmung, und ergab mit einer Mehrheit von 17 Stimmen, 69 : 52, das Schuldig. Die Einrede des Sacheverell auf Nullität wurde verworfen.

Es handelte sich endlich um das Strafmaß. Bei der Erörterung desselben gaben sich merkwürdige Einflüsse kund. Einige sprachen die Besorgnis aus, daß im Falle einer scharfen Strafe ein Ausbruch der Volkswuth zu besorgen sei. Andere wollten wissen, daß die Königin Milde wünsche [1]). Nach verschiedenen Anträgen einigte man sich dahin, daß der Dr. Sacheverell auf drei Jahre vom Amte suspendirt sein und seine Predigt von Henkershand verbrannt werden solle.

Das Oberhaus lud das Unterhaus an seine Schranken, dies Urtheil zu vernehmen. Der Verdruß, der über diesen Ausgang der Sache sich bei manchen Mitgliedern des Unterhauses regte, schien den Freunden des Sacheverell dort ein günstiger Anlaß zu dem Antrage, der Ladung nicht Folge zu leisten. In diesem Falle wäre das Urtheil nicht verkündet, also die Sache unentschieden hangen geblieben. Die Mehr=

[1]) Lords Debates vol. II, p. 276.



heit im Unterhause jedoch beschloß der Ladung zu folgen[1]). Das Urtheil ward verkündet am 23. März/3. April.

Die Thatsachen haben dargethan, daß nicht dem Prozesse Sacheverell als solchem die Wichtigkeit beizumessen ist, die er nach den äußeren Vorgängen zu haben scheint. Vielmehr waren diese Vorgänge Symptome einer Wandlung, die sich im nationalen Leben der Engländer vollzog. Die Whig-Partei, in beiden Häusern des Parlamentes in der Mehrheit, hatte gehofft, durch ein scharfes Urtheil über die unbedeutende Persönlichkeit des Sacheverell zugleich den Principien der Gegenpartei einen schweren Schlag zu versetzen. Es war alles anders gekommen. Nicht blos Volkshaufen, wie in den ersten Tagen, hatten zu Gunsten des Sacheverell demonstrirt: in der Capelle von Whitehall selbst hatte ein Prediger Palmer öffentlich für den verfolgten Dr. Sacheverell gebetet[2]). Denn darin lag der Kern der Sache: in weiten Kreisen der englischen Nation sah man die Anklage gegen Sacheverell an als einen Angriff auf die Hochkirche, und dies rief einen ungeheueren Rückschlag hervor. Lady Marlborough, welche die Vorgänge in sarkastischer Weise beschrieben hat, hebt namentlich die Sympathie des weiblichen Geschlechtes für die Persönlichkeit des Sacheverell hervor[3]). Dieser Factor ist sicherlich nicht zu unterschätzen. Die Whig-Partei, anstatt sich durch den Ausgang des Prozesses zu befestigen, lernte erkennen, daß das Volk ihrer Herrschaft müde war und sich nach einer Aenderung sehnte.

Sacheverell, obwohl schuldig gesprochen, durchzog das Land wie ein Triumphator. Wichtiger war, daß zugleich ein Sturm von Adressen an die Königin sich erhob, alle überfließend von Loyalität und hochkirchlicher Gesinnung. Sie trugen bei, in der Seele der Königin den Entschluß zur Reife zu bringen, den sie mit ihren geheimen Berathern seit Jahren erwog, das, wie sie es nannte, Joch der fünf tyrannischen Whig-Lords abzuschütteln.

---

1) Lamberty t. VI, p. 328.

2) A. a. O. p. 325.

3) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 143: The weaker part of the ladies were more like mad or bewitched, than like persons in their senses.



Bevor aber dergleichen etwas erfolgen konnte, mußte das Parlament vertagt werden. Es geschah am 16. April. Die Thronrede, das letzte Werk Godolphins in dieser Art, athmet seine Gesinnung der Dankbarkeit und des Wohlwollens für dieses Parlament. Sie schließt mit den Worten, daß die Vertagung nur kurz sein solle, weil die Armee noch nicht im Felde, dagegen die französischen Bevollmächtigten sich noch in Holland befänden. Bestimmter zu reden, hatte Marlborough vom Haag aus die Bitte um eine nur kurze Vertagung damit begründet, daß noch nicht abzusehen sei, ob nicht die Häupter der Republik, auf Grund der Beredungen mit jenen Bevollmächtigten, den Generalfrieden beantragen würden [1]). Die kurze Vertagung ward daher allgemein dahin gedeutet, daß, sobald eine wirkliche Aussicht auf den Frieden sich ergebe, das Parlament wieder berufen werden solle [2]).

Die Erwähnung der französischen Bevollmächtigten führt uns zu den neuen Beredungen, die damals in Geertruidenberg statt fanden.

Die Friedens-Beredungen von Geertruidenberg.

Das Schreiben der Generalstaaten, vom 14. December 1709, an die Königin von Großbritannien für die nachdrückliche Fortführung des Offensiv-Krieges wider Frankreich, nahm die Thatsache der Existenz einer starken Friedenspartei in der Republik nicht hinweg. Darum durfte man sich in Versailles der Hoffnung hingeben, daß dennoch ein Vorschlag zu abermaliger Unterhandlung nicht vergeblich sein werde.

In den ersten Tagen des Monates Januar überreichte Petkum im Haag einen von Torcy ihm zugestellten Friedens-Entwurf. Dies war eine Umarbeitung der Präliminarien des Jahres zuvor, mit Ausschluß jedoch der zwei wichtigen Artikel 4 und 37, welche von verbündeter Seite als die Tragsäulen des Ganzen angesehen wurden [3]).

Torcy suchte zugleich in anderer Weise namentlich auf die Stadt Amsterdam einzuwirken. Ein französisches Schiff hatte Briefe von Barcelona her aufgefangen, darunter zwei des Duca di Moles, kaiser-

---

[1]) Coxe vol. III, p. 36. Vom 28. März.

[2]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 28. April.

[3]) Lamberty t. VI, p. 2 et suiv.



lichen Botschafters bei Carl III. In dem einen Schreiben berichtete Moles dem Kaiser über die englischen Versuche, dem Könige Carl III. Minorka mit Port Mahon abzudringen; in dem anderen, an Marlborough gerichtet, führte er Beschwerde über das Auftreten des Generals Stanhope bei diesem Anlasse. Moles meldete, daß, ungeachtet aller Einwände, die man Stanhope entgegen gehalten, namentlich der Verpflichtungen Carls III. gegen die Republik der Niederlande, ferner des von ihm in Saragossa geschworenen Eides keine Theilung zuzulassen, jener dennoch beharrt habe, und in Minorka mit der Verkündigung englischer Gesetze und englischer Religionsfreiheit thatsächlich vorgegangen sei. Dies aber gereiche für Carl III. zu schwerem Nachtheile. Denn nachdem kurz zuvor die Anerkennung Carls III. durch den Papst Clemens XI. der Predigt des Religionskrieges wider ihn den Boden genommen, sei nun zu besorgen, daß das Gerücht, es werde von einer Kanzel auf spanischem Boden die Lehre Calvins gepredigt, die Gemüther aufs neue erregen werde. Stanhope jedoch, auf keine Vorstellung hörend, habe den König Carl bedroht mit der Einstellung jeder Zahlung, und dann sich im Zorne zur Heimkehr nach England eingeschifft. — Moles ersuchte also Marlborough entgegen zu wirken, daß Stanhope in London Zustimmung und Unterstützung finde [1]).

Wir haben zu seiner Zeit gesehen (S. 280), daß Marlborough an dem Vorgehen Stanhopes in Barcelona einen erheblichen Antheil der Mitschuld trug. Allein nicht darauf kam es hier an. Durch das Auffangen des Schreibens von Moles; durch die Mittheilung desselben an die Stadt Amsterdam, und damit an den gesammten Handelsstand der Republik, war die Sache in ein anderes Stadium getreten. Die Kaufleute murrten. Vergeblich suchte Lord Townshend sie durch den Hinweis auf das Versprechen der Königin zu beruhigen, daß Engländer und Holländer in Handel und Schifffahrt gleiches Recht genießen sollten. Der Unmuth über das Vorgehen Stanhopes in Barcelona und der Friedenswunsch in der Republik verschmolzen sich zu einem starken Drucke auf die Regierung der Republik. Heinsius sprach dem Grafen Sinzendorf und dem Lord Townshend offen aus, daß

---

[1]) Wagner, Historia Josephi t. I, p. 325.



dieser Stimmung in der Republik eine Concession gemacht werden müsse, nämlich die Zulassung französischer Bevollmächtigten zur Friedenshandlung, unter der Bedingung jedoch, daß vorher die Präliminarien von französischer Seite unterschrieben, und über nichts Anderes verhandelt werde als über ein Aequivalent für den Artikel 37. Er hoffe, der Kaiser und die Königin würden unter diesen Umständen ihre Zustimmung nicht versagen[1]).

Townshend willigte ein. Auch Sinzendorf erhielt auf seinen Bericht von Wien her die Antwort: wenn er die Holländer nicht zurückhalten könne, so solle er sich nicht trennen. Aber der Kaiser verlange die Unterschrift des Königs von Frankreich für die Präliminarien. Dann könne eine Beredung in Moerdyk statt finden. Nur schien es dem Kaiser nicht würdig, daß zwei holländische Bürgermeister im Namen von Souveränen das Wort führten, zumal da Buys offen aussage, daß er bereit sein würde, für den Frieden ein Stück der spanischen Monarchie hinzugeben.

Demnach erhielt, zu Ende Januar, Petkum den Auftrag, das Schreiben des Staats-Secretärs Torcy in dem vom Rathspensionär Heinsius ihm angegebenen Sinne zu beantworten.

Jene Aeußerung von Wien aus über Buys hatte einen besonderen Anlaß, der aus dem Schreiben Torcys vom 2. Januar entsprang. Es fanden sich darin die Worte: Petkum habe im Haag sich verlauten lassen, daß, nach seiner Ansicht, es ein gutes Auskunftsmittel sein würde, Philipp V. die Insel Sicilien zu belassen. Torcy machte dazu in dem Schreiben die Bemerkung, daß Petkum zu dieser Aeußerung keinen Auftrag von Versailles her gehabt, daß jedoch eine solche Cession vielleicht das sicherste Mittel sein würde, alle Schwierigkeiten zu ebenen[2]).

Auf diese Weise war gelegentlich ein Wort hingeworfen, welches Frankreich noch nicht band und welches doch die Wirkung that, die man in Versailles davon hoffte. Denn es liegt nahe, daß eben so wie Buys als der Pensionaris von Amsterdam, auch die Kaufleute dieser Stadt dasselbe erörtert haben, und ferner, daß eben so wie

---

[1]) Wagner, Historia Josephi t. I, p. 326.

[2]) Lamberty t. VI, p. 2.



die Nachricht von Erörterungen solcher Art dem Kaiser nicht verborgen blieb, sie noch um so leichter ihren Weg nach Versailles fand. Hatte das gelegentliche Wort in der Republik Eingang gefunden, so konnte es in officieller Form weiter verwerthet werden.

Wir sehen, wie so oft in jener Zeit, den Hof von Versailles mit Meisterschaft sich solcher kleinen Kunstgriffe bedienen. Auf der anderen Seite thut jeder Schritt von Seiten der Verbündeten dar, mit welcher Vorsicht sie beflissen sind, jedem etwa möglichen Kunstgriffe oder Fallstricke der französischen Politik auszuweichen. Und doch war jener eine Kunstgriff nur ein mitwirkender Factor für einen größeren, dem die Verbündeten auch nicht mehr ausweichen konnten.

Sie hatten dem Friedenswunsche, den in der Republik der Niederlande außer der wichtigen Stadt Amsterdam namentlich die Provinz Utrecht vertrat, die Concession machen müssen, abermalige Beredungen zu gestatten. Sie hatten es gethan mit der Bedingung festzuhalten an den Präliminarien vom Mai 1709, welche ja, weil von allen drei Hauptmächten genehmigt und unterzeichnet, sie unter einander zusammen banden. Nur der Artikel 37 wurde zur Discussion gestellt. Es schien daher nicht möglich, daß Frankreich in die Präliminarien einbrechen könne.

In der Wirklichkeit gingen aber die Absichten oder doch die Wünsche von französischer Seite noch viel weiter. In dieser Beziehung ist es von besonderem Interesse ein vertrauliches Wort von Torcy über die französische Absicht bei dem Vorschlage dieser Beredungen zu vernehmen.

Vetes, der Agent des Franz Rakoczy in Paris, erhob, am 1. Februar, bei dem Staats-Secretär Torcy seine Klage, daß man ihm das Anspinnen dieser Unterhandlung verheimlicht habe. Vetes fährt dann in seinem Berichte fort: „Mais il s'en est excusé en me disant et en m'assurant que tout ceci n'aboutirait à rien, du moins qu'il n'en espérait pas une réussite; car outre que l'article du roi d'Espagne est un écueil, qui fera sûrement échouer les bonnes dispositions où le roi est pour donner toute la satisfaction possible aux Etats-Généraux, S. M. doute de leur sincérité“ [1]).

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 156.



Diese vertrauliche Aeußerung des Staats-Secretärs Torcy gewährt ein klareres Licht über die dann sich entspinnende Friedenshandlung von Geertruidenberg, als sein späteres Buch, in welchem er seinen französischen Lesern die Aufrichtigkeit des Königs für den Frieden darzulegen sucht, die Verbündeten dagegen wiederholt benennt als les ennemis de la France et de la paix. Jene vertrauliche Aeußerung zeigt, daß das Princip Ludwigs XIV. war, seinen Enkel Philipp V. als König von Spanien zu behaupten. Er ernannte in denselben Tagen einen neugeborenen Urenkel zum Herzog von Anjou, vergab also damit den französischen Titel Philipps V.

Torcy sagt in jenem Buche mit Recht: „L'unique obstacle à la conclusion de la paix était, comme on l'a vu, la cession de la monarchie d'Espagne“ [1]).

Dieses Hindernis war also der Kern der Frage. Die Stellung der Verbündeten zu denselben war klar und offen: sie forderten die Cession. Sie ließen einen Einspruch Ludwigs XIV. gegen den Artikel 37 zu; aber dieser Artikel betraf nicht das Princip der Cession, sondern den Modus der Ausführung. Die Stellung Ludwigs XIV. dagegen zu der Frage war nicht klar. Er verneinte, den Verbündeten gegenüber, nicht das Princip der Cession. Sogar der französische Entwurf vom 2. Januar enthielt, unter Bedingungen, die Zusage, Carl III. als König von Spanien anzuerkennen. Die Stellung Ludwigs XIV., der die Cession Spaniens nicht wollte und doch in Worten sie in Aussicht stellte, war also von Anfang an durchaus unaufrichtig.

Aber Ludwig XIV. wünschte dennoch Unterhandlungen. Es fragt sich also um die Motive.

Das eine der Motive, die ihn bewogen, dennoch die Unterhandlung zu wünschen, hat Torcy in jener vertraulichen Aeußerung kund gegeben. Es war die Hoffnung, die Republik durch die Bewilligung besonderer Vortheile für sie zu gewinnen, sie demnach aus der Allianz zu lösen, diese zu zersprengen. Torcy verhehlte dabei nicht, daß diese Hoffnung schwach sei.

---

[1]) Mémoires de Torcy t. II, p. 188.



Die anderen Motive sind ersichtlich aus dem späteren Buche des Torcy [1]). Auch darin macht Torcy zunächst geltend den Friedenswunsch in der Republik. Petkum hatte die Versicherung gegeben, daß die Bevollmächtigten der Republik mehr als je zuvor geneigt sein würden, für Philipp V. ein erhebliches Stück der spanischen Monarchie zu belassen. — Darüber ließ sich verhandeln.

„Ferner, sagt Torcy, stieg von England her die Hoffnung einer Aenderung auf, deren Folgen dem Frieden günstig sein würden."

„Einige Reichsfürsten beklagten sich über die Verbündeten." — Damit deutet er hin auf den abermaligen Handel Friedrichs I. von Preußen mit Frankreich, den wir kennen gelernt haben (S. 325 u. f.), und der damit endete, daß Friedrich I., für den Nicht-Abfall von der Allianz, eine Steigerung des Wohlwollens der Königin von England für ihn erwirkte [2]).

„Der Krieg im Norden dauerte fort, und die Ereignisse desselben konnten umgestaltend auf Europa wirken."

„Daher gab man sich gern der Voraussicht hin, daß die neue Unterhandlung, wenn auch hart in den Bedingungen, doch für den Frieden nicht unfruchtbar sein würde."

Die sämmtlichen Motive, die Torcy hier aufführt, drängen sich zusammen in das eine, Zeit zu gewinnen, bis ein Umschwung irgendwo die Lage Frankreichs erleichtern würde.

Diese Ansicht ward namentlich von Marlborough von Anfang an nach allen Seiten verkündet, um so mehr aber dann, als, vom Monate April an, die Aussicht auf einen Umschwung der Dinge in England bestimmtere Gestaltung annahm [3]).

Es fragte sich also zunächst um die Antwort von französischer Seite auf jenen Vorschlag von Heinsius, zu welchem Townshend und Sinzendorf ihre Einwilligung gegeben hatten.

Die Antwort Torcys, die am 2. Februar im Haag eintraf, enthielt: der König wünsche eine Beredung, um den Knoten des Artikels 37 zu lösen. Sobald man sich über ein Aequivalent für

---

1) Mémoires de Torcy t. II, p. 190.

2) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 417.

3) Murray vol. IV, p. 682, 700, 710.

diesen Artikel geeinigt, werde der König auch die anderen Artikel des Präliminare sämmtlich als Grundlage eines Friedensvertrages anerkennen. Bereits habe er als Bevollmächtigte den Marschall Uxelles und den Abbé Polignac ernannt. Moerdyk jedoch erscheine für Persönlichkeiten so hohen Ranges nicht als der geeignete Ort. Zweckmäßiger sei der Haag selbst, wo man die Sache führen könne in Anwesenheit des erfahrenen Staatsmannes Heinsius, oder eine andere größere Stadt. Denn der König wolle vermittelst der Holländer mit allen Verbündeten unterhandeln.

Ueber diese Antwort erhob sich unter den Staatsmännern im Haag eine lebhafte Erörterung. Der Ansicht Sinzendorfs gegenüber, daß hier nichts Festes und Greifbares geboten werde, machte Buys in lebhafter Rede das Friedensbedürfnis der Republik geltend. Es schien als träte er geradezu für Frankreich ein. Seine Heftigkeit rief diejenige der Gesandten Sinzendorf und Townshend hervor, so daß Heinsius die weitere Berathung auf den nächsten Tag, den 8. Februar, verschob [1]). Dann vertrat Sinzendorf die Ansicht: man dürfe weder auf die Beredungen sich einlassen, noch auf eine Antwort an Torcy. Die Holländer jedoch überwogen. Heinsius faßte die Antwort dahin: wenn der König offen erkläre, daß er die Präliminarien bis auf den Artikel 37 anerkenne, so werde man die Pässe senden. — Die Antwort von Versailles aus lautete: der König willigt ein, daß die Präliminarien, wie sie gefaßt sind, bestehen, während über Artikel 37 verhandelt wird. So wenig klar und bestimmt die Antwort, so wurden doch die Pässe entsendet und Geertruidenberg als der Ort der Beredung angesetzt.

Von Seiten der Republik erhielten abermals wie im Jahre zuvor Buys und Van der Dussen den Auftrag. Von kaiserlicher Seite erklärte Graf Sinzendorf den bestimmten Befehl zu haben Theil zu nehmen, und ähnlich von englischer Seite Lord Townshend. Ihnen erwuchs ein besonderes Hindernis von dem preußischen Gesandten Schmettau. Er erklärte, daß, wenn nicht alle Gesandte zugelassen würden, so werde sein König die Truppen aus

---

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 328.



Belgien und Italien abberufen. Dem gegenüber standen Sinzendorf und Townshend ab, und überließen die Sache den Holländern allein [1]).

Die Friedensberedungen.

Am 9. März traten sie in Geertruidenberg mit den Bevollmächtigten Uxelles und Polignac zusammen. Derselbe Buys, der wenige Tage zuvor im Haag durch seine Reden zu Gunsten Frankreichs den Unmuth des kaiserlichen und des englischen Gesandten wach gerufen, wird von Torcy, in dessen späteren Denkwürdigkeiten, dargestellt als ein grimmiger Feind Frankreichs. Buys, so wie auch Van der Dussen, den doch Torcy gelegentlich einmal als plus humain bezeichnet, traten, nach Torcys Behauptung, in Geertruidenberg mit einer scharfen Forderung auf, nämlich: „Ils avaient dit nettement que les Alliés exigeaient, comme condition essentielle de la paix, que le roi unît ses forces aux leurs, pour obliger conjointement le roi d'Espagne à renoncer à sa couronne, s'il résistait à l'abandonner volontairement“ [2]).

Anders lautete der Bericht dieser Holländer [3]). Die Bevollmächtigten, meldeten sie, hätten geltend gemacht, daß es im Interesse der Verbündeten läge, mit Frankreich einen Sonderfrieden zu schließen, und daß der König dann bereit sein würde, für sein Versprechen seinen Enkel nicht zu unterstützen, den Verbündeten einige Städte als Pfand einzuräumen. Die holländischen Deputirten hätten darauf ihr Erstaunen ausgesprochen, daß nach den wiederholten Bemühungen von französischer Seite, diese Beredungen zu erlangen, nun nichts Anderes vorgebracht werde, als was früher schon verworfen sei. Dies sei nicht ein Beweis der Aufrichtigkeit des Hofes von Versailles, sondern bezwecke nur die Sache hinzuhalten. Die Bevollmächtigten hätten darauf ihre Unkenntnis des Früheren vorgewendet und ersucht, ihre Ehrlichkeit nicht in Zweifel zu ziehen. Mit vielem Lobe der aufrichtigen Gesinnung des Königs für den Frieden hätten sie dann geltend gemacht,

---

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 329.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 199.
[3]) Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 90.



daß man den König nie bewegen würde, mit den Waffen gegen seinen Enkel vorzugehen. Das einzige Mittel, dem Könige Carl die spanische Monarchie zu verschaffen, sei die Abtretung eines Theiles derselben an Philipp V. Durch die Ueberweisung von Neapel und Sicilien würde der Letztere sich bewegen lassen, auf das Uebrige zu verzichten. Die holländischen Deputirten hätten erwiedert, daß eine solche Theilung unvereinbar sei mit den zwischen den Verbündeten errichteten Verträgen, so wie mit den Präliminarien, welche ja Frankreich selber als Fundament des zu schließenden Vertrages anerkenne. Auch seien sie nur gekommen, um zu vernehmen, welches Expediens statt des angefochtenen Artikels 37 die französischen Bevollmächtigten vorzuschlagen hätten, nicht jedoch um sich auf die Erörterung anderer Puncte einzulassen.

Dann brachen die Holländer auf zur Rückkehr nach dem Haag, die Franzosen blieben in Geertruidenberg.

Es gibt noch eine andere Meldung über diese erste Beredung in Geertruidenberg, dasjenige ergänzend, was von beiden Seiten nicht offen ausgesprochen wurde. „Man versichert, berichtet der Ungar Vetes aus Paris, daß die Generalstaaten durchaus nicht in eine Sonder-Unterhandlung mit Frankreich eintreten wollen. Hier dagegen rechnete man darauf, daß die großen Vortheile, welche der König ihnen bieten läßt, um sie von den anderen Verbündeten zu trennen, ihnen annehmbar erscheinen würden" [1]).

Daß dies die Absicht, hatte Torcy dem Vetes auch in jener Unterredung vom 1. Februar ausgesprochen, mit dem Hinzufügen jedoch, daß er persönlich davon keinen Erfolg erwarte. Eben darum, weil in Geertruidenberg bei den Holländern jede Andeutung solcher Art mislungen war, konnte Torcy den Ausspruch vom 1. Februar wiederholen am 20. März, mit den Worten: „Il n'y a aucune apparence que la paix se fasse" [2]).

Und dennoch, obwohl die eigentliche französische Absicht, die Spaltung der Allianz in dieser Weise, mislungen war, und so correct auch im Sinne der Allianz die holländischen Deputirten geantwortet,

1) Fiedler Bd. I, S. 163. Vom 20. März.
2) A. a. O. S. 162.



so trug man doch von französischer Seite den Vortheil davon, daß der auf die divergenten Interessen der verbündeten Mächte mit Geschick berechnete Vorschlag der Theilung nun in officieller Form ausgesprochen war. Im Grunde war es dasselbe Spiel, durch welches Ludwig XIV. zwölf Jahre zuvor die Seemächte in die Theilungs-Verträge gelockt hatte. Den Seemächten lag zunächst daran, daß nicht das Haus Bourbon in Spanien herrsche, sondern das Haus Habsburg. An diesem ihrem eigenen Interesse hatten sich damals die Vertreter der Seemächte von Ludwig XIV. verleiten lassen, in den Theilungs-Vertrag einzugehen, welcher Spanien dem Erzherzoge zuwies, die italienischen Länder Carls II. dem Dauphin. Im Interesse des Hauses Habsburg stand aber der Besitz der italienischen Länder voran, ohne welchen es Spanien nicht einmal behaupten konnte. Darum wäre damals ein Tausch der Portionen die erste Bedingung gewesen, dem Kaiser Leopold I. den zweiten Theilungs-Vertrag annehmbar zu machen. Es geschah nicht. Dagegen wollte Spanien nichts wissen von dem Theilungs-Vertrage, und fügte lieber sich dem Testamente, dessen Unterschrift man dem todtkranken Könige abgepreßt. Beim Tode Carls II. erwies sich die gesammte Berechnung Ludwigs XIV. als richtig, und das Haus Bourbon trug das ganze spanische Erbe davon.

Dann erwuchs der Widerstand. Aber wiederum konnte das Haus Habsburg mit eigenen Mitteln nur nach dem Wiedergewinne Italiens streben. Abermals dann waren es die Seemächte, voran England, welche auf Spanien hinwiesen, welche den Wiedergewinn dieses Landes für das Haus Habsburg auf ihre Kosten übernahmen. Freilich ward dann der Krieg um Spanien nicht in derjenigen Weise geführt, wie ihn das Haus Habsburg, wenn es selber über die von den Seemächten gegebenen Mittel verfügt hätte, geführt haben würde. Aber man war nun doch so weit gekommen, daß man dem Könige von Frankreich als die Bedingung des von seinen Unterthanen ersehnten Friedens die Cession der gesammten spanischen Monarchie an den Habsburger Carl vorschreiben konnte. Dagegen schien das Unterlassen jeglicher Unternehmung von Seiten der Seemächte gegen Sicilien, ungeachtet der wiederholten Bitten von Wien und von Barcelona aus, für Ludwig XIV. die Andeutung zu enthalten, daß man sich im Haag und in London dennoch Sicilien als die Thüre zum Frieden

offen halten wollte. Weil dagegen in Versailles sicher vorauszusehen war, daß der Kaiser in die Ueberlassung von Sicilien an einen Bourbon freiwillig nicht eingehen würde: so war die Forderung von Sicilien für Philipp V. ein schlau berechnetes Mittel, nicht, wie Polignac vorgab, um den Krieg auf die leichteste Weise zu beenden, sondern um Zwiespalt auszusäen zwischen den Verbündeten und daran zunächst wenigstens Zeit zu gewinnen, bis irgendwo eine günstige Wendung einträte.

Die Antwort der zwei Holländer in Geertruidenberg war formell correct; aber in der Sache entsprach sie nicht der Friedensneigung, die in der Republik überhand nahm. Es erschien dort Vielen als ein geringes Opfer, wenn, um des allgemeinen Friedens willen, Carl III. verzichten würde auf Sicilien, das er ja noch nicht einmal besaß. Der Graf Sinzendorf bemühete sich, in einer gründlich ausgearbeiteten Denkschrift die Wichtigkeit des Besitzes von Sicilien darzulegen, ohne welchen gegenüber der Macht des Hauses Bourbon auch Neapel nicht haltbar sein würde. Die Denkschrift legte zugleich in einem kurz gedrängten Ueberblicke die lange Kette der Arglist dar, mit welcher die französische Politik, seit dem Kindesalter Ludwigs XIV., bereits unter Mazarin im Jahre 1646, dem spanischen Erbe nachgestrebt [1]). (Vgl. Band I, S. 37.)

Wie der Graf Sinzendorf im Namen des Kaisers sich gegen jegliche Abtretung eines Theiles von Italien an Philipp V. erklärte, so fand er auf holländischer Seite keine Geneigtheit für seinen Vorschlag, mit dem Könige von Frankreich, auf Grund der Einräumung von vier Städten zum Unterpfande, Frieden zu schließen und dagegen den Krieg wider Philipp V. mit allem Nachdrucke fortzusetzen. Das Ersterben des Aufstandes in Ungarn machte den Kaiser im Osten frei, und gestattete ihm für jenen Krieg eine ungleich größere Truppenzahl in Aussicht zu stellen. Aber gerade die Republik hatte für den Krieg auf spanischem Boden, der noch dazu ihren Truppen verhaßt war, geringen Eifer bethätigt, und die Einwürfe des Rathspensionärs gegen die Darlegungen Sinzendorfs zeigten bald, daß dieser Vorschlag aussichtslos sei.

---

1) Lamberty t. VI, p. 17.



Dazu erwuchs auch dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf von dem Engländer Townshend her für diesen Vorschlag keine Stütze. Die Whig-Partei, in deren Händen sich noch die Herrschaft befand, hatte, wie wir gesehen haben und ferner sehen werden, mit der Republik so viele Interessen gemein, daß sie nicht Willens war, in irgend einem Puncte der Republik entgegen zu treten.

Marlborough, der am 8. März im Haag eingetroffen war, zeichnete am 18. diese Lage der Dinge mit folgenden Worten.

„Nach meiner Ansicht sollte Jedermann überzeugt sein, daß das hauptsächliche Absehen der französischen Politik darauf gerichtet ist, eine Spaltung zwischen den Verbündeten hervorzurufen. Die Kaiserlichen würden geneigt sein mit Frankreich Frieden zu schließen auf Grund des Angebotes der letzteren Macht, vier Städte ihres Gebietes zum Pfande zu geben. Die Generalstaaten dagegen würden willig sein, durch die Gewährung eines Antheils von der spanischen Monarchie den Krieg auf Einmal völlig zu beenden. Ich habe die Besorgnis, daß die Franzosen dieser verschiedenen Meinungen nicht unkundig sind, und daß sie dadurch um so leichter die Mittel finden werden, uns hinzuhalten und zu betrügen" [1]).

In Versailles hatte man allerdings genaue Kunde der Vorgänge im Haag und handelte demgemäß.

Am nächsten Tage, dem 19. März, lief im Haag eine Meldung der französischen Bevollmächtigten aus Geertruidenberg ein, daß sie neue Instructionen erhalten, alle Verbündete betreffend, und so wichtigen Inhaltes, daß sie nicht in Geertruidenberg zu erledigen seien. Sie stellten daher die Bitte, daß ihnen der Haag oder Delft oder eine andere Stadt angewiesen würde. Damit lag offen der Plan vor, daß die Beredungen, die von verbündeter Seite gestattet waren auf Grund der Präliminarien zum Zwecke einer Einigung über den Artikel 37 derselben, nun zu einer allgemeinen Friedenshandlung erweitert werden sollten. Marlborough und auch selbst Heinsius stimmten dafür, daß nunmehr die französischen Bevollmächtigten ungehört heimzusenden seien. Der Staatsrath im Haag war dagegen der Ansicht, daß man immer-

1) Coxe vol. III, p. 36.



hin anhören könne, damit um so klarer der Beweis vorliege, daß es dem Könige nicht um den Frieden zu thun sei.

Demnach begaben sich Buys und Van der Dussen wieder nach Geertruidenberg, am 20. März. Die Franzosen eröffneten, daß, da die Verbündeten nicht geneigt seien, den Krieg wider Philipp V. allein fortzuführen, es billig erscheine, ihm einen erheblichen Antheil der spanischen Monarchie zu überweisen, sei es Sicilien mit Neapel, oder statt dessen Arragonien, oder ein anderes Land — man meinte Lothringen oder Savoyen — das gegen Sicilien zu vertauschen sei, oder Neapel mit Sardinien und den Häfen von Toskana, oder endlich auch Sicilien und Sardinien mit denselben Häfen. Wenn die Verbündeten einen dieser Theile erwählten, so werde der König von Frankreich seinem Enkel rathen, um des allgemeinen Friedens willen Spanien fahren zu lassen, werde auch andere Mittel anwenden, die jedoch nicht im Widerspruche stünden mit Ehre und Gewissen [1]).

In diesen Vorschlägen, im Ganzen wie im Einzelnen, lag die französische Absicht nunmehr handgreiflich zu Tage. Es fragte sich also, welche Wirkung diese Erkenntnis üben würde.

In denselben Tagen, jedoch noch vor der Kunde jener französischen Vorschläge, sprachen die Häupter der Allianz, der Kaiser Joseph und die Königin Anna, sich zu einander über den Krieg in längeren Handbriefen aus. Derjenige der Königin ist vom 24. März, also bei noch unveränderter Lage der Dinge in England, im Geiste der bisherigen Politik der Königin. Sie schreibt wie folgt [2]).

„Mein Herr Bruder. Das Wohl der Angelegenheiten der Verbündeten geht mir so sehr zu Herzen, daß ich mich nicht der Ruhe erfreuen kann, so lange dafür irgend welche Gefahr oder Nachtheil droht. Und da die frivole Antwort, welche der Herr Petkum von Paris zurück gebracht, so wie die großen Vorbereitungen der Feinde für den Krieg, ergeben, daß ihre wahre Absicht durchaus nicht auf den Frieden gerichtet ist: so erscheint es als sehr nothwendig, daß auch von Seiten der Verbündeten man rechtzeitig sich bereit mache, die Truppenmacht zu vermehren, und zahlreiche und wohl ausgerüstete

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 336.
[2]) In den Anglicis 1710 des k. k. Archivs.



Armeen ins Feld zu bringen. Darum habe ich wie die Generalstaaten es für geeignet gehalten, in sehr dringender Weise an alle Verbündete zu schreiben, um sie aufzufordern, daß sie bei diesem wichtigen Anlasse ihre äußersten Anstrengungen aufbieten."

„Und obwohl ich mich der Ueberzeugung hingebe, daß Ew. kaiserliche Majestät, deren erhabenes Haus an den Erfolgen dieses Krieges in so besonderem Maße betheiligt ist, die Nothwendigkeit Frankreich von allen Seiten mit stärkerem Nachdrucke anzugreifen, bereits reiflich erwogen haben — kann ich doch nicht unterlassen, Ihnen die Unruhe vorzustellen, in der ich mich befinde, daß von der Festigkeit, die zur glücklichen Ausführung dieses entscheidenden Krieges erforderlich ist, irgendwie nachgelassen werde, und daß dann der Feind aus dieser Ermattung der Verbündeten einen Vortheil ziehe, namentlich nach der Seite Deutschlands hin, und daß er dann dort den allgemeinen Angelegenheiten irgend einen verderblichen Streich versetze. Ich empfehle also Ew. kaiserlichen Majestät die Sorgfalt nicht bloß alle Fürsten und Stände aufzufordern, ihre Pflicht zu thun, sondern auch sie zu ermuthigen durch das eigene Beispiel, damit ein Jeder die Anzahl seiner Truppen vermehre nach seinem Vermögen. Nur so kann die Armee am Oberrheine in den Stand gesetzt werden, offensiv zu agiren. Ferner ersuche ich Ew. kaiserliche Majestät, mit dem Herzoge Victor Amadeus durch die Erfüllung der Verpflichtungen gegen ihn ein gutes Verhältnis herzustellen."

„Ich werde, schließt die Königin, Ew. kaiserliche Majestät nicht unterhalten mit der Aufzähluug dessen was ich thue. Ich bitte nur mich zu unterstützen."

Das Schreiben geht, wie man sieht, über die Beredungen von Geertruidenberg schweigend hinweg. In Betreff derselben war der Verfasser des Schreibens, Godolphin, mit Marlborough wesentlich der gleichen Ansicht. Er zweifelte an der Aufrichtigkeit der Franzosen und hoffte, daß ein nochmaliger glücklicher Feldzug dem Könige von Frankreich keine Wahl lassen werde als sich in die Präliminarien zu fügen [1]).

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 413, 415.



In denselben Tagen, am 27. März, entsendete der Kaiser Joseph I. an die Königin einen Handbrief, der demnach nicht als eine Antwort auf jenen betrachtet werden darf. Er lautet wie folgt [1]).

„Durchlauchtigste Königin, theuerste Frau Schwester. Als auf die letzte Erklärung, die der König von Frankreich den Verbündeten durch seinen Minister Torcy machen ließ, ihm bewilligt wurde den Marschall d'Uxelles und den Abbé Polignac nach Holland zu senden, in der Voraussetzung, daß diese Gesandten eine endliche Resolution des Königs über ein Expediens für den Artikel 37 der Präliminarien mitbringen würden, erfolgte, wie Ew. Majestät bekannt, daß jene in der Zusammenkunft mit den Deputirten der Generalstaaten zu Moerdyk, am 10. und 11. dieses Monates, als ein Expediens listiger Weise die Alternative vorschlugen: entweder den Sonderfrieden mit Frankreich, so daß der Krieg in Spanien fortdauere, oder eine Theilung der Monarchie, so daß Neapel und Sicilien für den Herzog von Anjou verblieben, mit der Hindeutung, daß vielleicht auch ihr König sich mit Sicilien allein begnügen würde. Ich meinerseits würde in Uebereinstimmung mit meinen Bundesgenossen gern den ersten Satz jener Alternative ergreifen; dagegen jedoch kommen mir aus dem Haag von mehreren Seiten Versicherungen zu, daß ein großer Theil der Regenten der Republik geneigt sein würde für den zweiten Satz der Alternative, also für die Theilung. Ich darf Ew. Majestät nicht verhehlen, wie schmerzlich mir eine so unglückliche und unerwartete Nachricht fällt. Und in Wahrheit, wer den Inhalt der Allianz erwägt, die Kette von Siegen auf Seiten der Verbündeten, die Ueberlegenheit ihrer Streitkräfte und den gegenwärtigen Stand der Dinge in Frankreich, der muß sich verwundern, daß, nach so vielem Aufwande von Blut und mitten im Siegeslaufe, die Hand geboten werden solle zu einem so unwürdigen und trügerischen Frieden, der schon vor Jahren nach der Schlacht von Ramillies verworfen ist."

„Ich weiß, daß Ew. Majestät einen Abscheu tragen und immer getragen haben vor dem schreckhaften Namen der Theilung als der einzigen Ursache des jetzigen Jammers für Europa und dessen künftiger Knechtschaft, wie es Ihr eifriges Parlament, sowohl vor als nach der

---

[1]) Anlage II.



Union Ihrer glücklichen Königreiche, in den gewichtigsten Ausdrücken wiederholt dargelegt hat. Daher gebe ich mich gern der Hoffnung hin, daß Ew. Majestät nie geneigt sein werden auf einen Vorschlag zu hören, der in solchem Maße den Ruhm Ihrer Regierung verdunkeln, und den Herzog von Anjou oder vielmehr den König, seinen Großvater, und dessen Nachfolger in Frankreich, zu Herren des gesammten Italien, des Mittelmeeres und der Inseln machen würde, so wie dann auch Spaniens selbst, und der zugleich meine Erbkönigreiche und Länder am Ufer des adriatischen Meeres in die beständige Gefahr setzen würde, von einem so mächtigen und rachsüchtigen Feinde angegriffen zu werden, nicht bloß zu eigenem unvermeidlichen Verderben, sondern auch zu sehr schwerem Nachtheile der europäischen Gesammtheit."

„Wenn jedoch zu meinem schweren Unglücke und demjenigen meines Herrn Bruders, des katholischen Königs, wider alle Erwartung, auch Ew. Majestät zu einem allgemeinen Frieden, mit Belassung irgend welches Antheils der spanischen Monarchie für den Herzog von Anjou, sich entschließen würden — so würde ich mich in der Nothwendigkeit befinden zu erklären, wie ich hiermit mich erkläre, fest entschlossen zu sein, niemals einzuwilligen, und lieber jedes extreme Heilmittel zu ergreifen, um einen so unheilvollen Schlag von Europa abzuwenden. Mein Gesandter, der Graf Gallas, ist beauftragt, meine weiteren Gedanken über die Sache Ew. Majestät vorzulegen. Und darauf beziehe ich mich."

Ein fast gleichlautendes Handschreiben des Kaisers erging an den Grafen Sinzendorf im Haag, zur Ueberreichung an die Generalstaaten.

Prägen die Kundgebungen der zwei Souveräne in den letzten Tagen des Monates März den Willen der nachdrücklichen Fortführung des Krieges aus, so zeichnet Marlborough, am 28. März, vom Haag aus, die Stimmung dort in anderer Weise. „Sie dürfen sich darauf verlassen, schreibt er an Godolphin, daß die Republik beabsichtigt, die Unterhandlungen fortzusetzen, um einen allgemeinen Frieden zu erlangen. Denn sie hofft die Verbündeten zur Einwilligung in die französischen Forderungen zu Gunsten des Herzogs von Anjou bewegen zu können" [1]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 36. — Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 418.



Diese Stimmung in der Republik hatte ihren Kern in Amsterdam. Diese Stadt aber besaß damals einen stärkeren Einfluß auf die gesammte Republik, als etwa irgend eine andere Hauptstadt eines Königreiches auf dasselbe. Denn unter den sieben Provinzen der Republik zahlte die mächtigste, Holland, mehr als die Hälfte aller gemeinsamen Lasten, und in der Provinz Holland wieder zahlte die volkreiche und mächtige Stadt Amsterdam mehr als die Hälfte der Kosten der Provinz. Amsterdam also allein trug mehr als ein Viertel der Gesammtlast der Republik der Niederlande.

Einige Tage später ging Marlborough noch einen Schritt weiter. Er meldete, daß, wenn die Republik sich von Seiten Ludwigs XIV. und Philipps V. versichert halten könnte, daß der Letztere sich mit Sicilien begnügen würde, um in aufrichtiger Weise dem Kriege ein Ende zu machen, so würde es nicht möglich sein, die Republik von dem Friedensschlusse auf diese Bedingung hin abzuhalten. Das Hindernis bestehe nur darin, daß die Häupter der Republik selbst jenen aufrichtigen Willen bei dem Hause Bourbon nicht zu erkennen vermöchten [1]).

Eine ähnliche Stimmung begann jedoch auch in England kund zu werden. Die Parlaments-Adressen, welche als die Grundbedingung eines sicheren Friedens die gesammte spanische Monarchie für Carl III. forderten, bestanden noch in voller Kraft. Aber mit Verwunderung nahm man nun wahr, daß die Engländer die Nachrichten über das Auftreten der Franzosen in Geertruidenberg wie passiv anhörten. Der Schluß, daß auch die Engländer des Krieges müde seien, lag nahe genug [2]).

Wir haben gesehen, daß damals das Parlament vertagt wurde, und zwar, nach dem Rathe Marlboroughs, nur auf kurze Zeit, für den Fall, daß die Regierung der Einwilligung desselben zum Frieden bedürfe. Denn obwohl der Krone allein das Recht über Krieg und Frieden zustand, so durften doch die Minister, nach jenen wiederholten Adressen des Parlamentes für die Erhaltung der Gesammtheit der

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. April. Das betreffende Schreiben Marlboroughs findet sich weder in der Correspondence, noch bei Coxe, noch bei Murray.

[2]) Desgleichen.



spanischen Monarchie, der Krone nicht zu einem Frieden rathen, der einen Theil derselben hinweg geben würde. Wenn aber, wie damals viele Häupter in der Republik hofften, daß sie sich mit Frankreich einigen könnten auf Grund der Belassung von Sicilien für Philipp V.: so zweifelte in England fast Niemand daran, daß das Parlament, ungeachtet aller früheren Adressen, auch seinerseits zustimmen werde. Die kaiserlichen Gesandten erhielten von zuverlässiger Hand die Mittheilung, daß die Whig-Junta unter sich den Frieden beschlossen habe, wenn er durch Sicilien an Anjou zu erhalten sei [1]).

Die Whig-Partei hatte dafür noch ein ganz besonderes Motiv in ihrem Verhältnisse zu der Republik, welche in dem Barriere-Vertrag die Thronfolge des Hauses Hannover gewährleistet hatte. Bereits im April, bevor die Königin irgend eine Aenderung im Ministerium vorgenommen, erhob sich, in Anlaß der vielfachen Kundgebungen zu Gunsten des Sacheverell, die Meinung, daß bei den nächsten Parlamentswahlen, also, wie damals die Dinge lagen, im Jahre 1711 die Tory-Partei die Mehrheit davon tragen könne. Die Folge würde dann ein Tory-Ministerium sein. In diesem Falle hatten die Whigs zu besorgen, daß die Tories, unter dem Vorwande, daß es unmöglich sei, den Krieg fortzusetzen, sogleich Frieden schließen würden, und zwar einen viel ärgeren, mit der Absicht die Schuld auf die Whigs zu werfen, weil sie den Krieg, dessen Leitung bisher allein bei ihnen gestanden, so übel geführt und, anstatt, wie es die Tories immer verlangt, in Spanien mit Nachdruck aufzutreten, die ganze Kraft nach Flandern gewendet hätten [2]).

Es ist zu wiederholen, daß diese Erwägungen in England angestellt wurden, bevor eine Aenderung der Minister statt gefunden, also zu einer Zeit, wo die Whig-Partei sich auf noch reichlich ein Jahr hinaus, so lange wie das damalige Unterhaus dauern würde, ihrer Herrschaft sicher glauben durfte.

Das Ergebnis also ist, daß, im April sowohl in der Republik der Niederlande wie in England die herrschende Strömung geneigt war für den Frieden, wie Ludwig XIV. ihn in Geertruidenberg zu

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. April.

[2]) Desgleichen.



bieten schien, und daß daher zum Frieden nichts fehlte als die Aufrichtigkeit dieses Königs. Wir haben von Anfang an das Wort des Torcy vernommen, daß der Hauptzweck dieser Beredungen gewesen war, die Holländer durch besondere Vortheile aus der Allianz zu lösen, und daß, nachdem dieser Zweck nicht erreicht, zu einem Frieden aus diesen Beredungen keine Aussicht sei. Nicht also um des Friedens willen ließ Ludwig XIV. sie fortsetzen, sondern um des Scheines des Friedens willen, bis die Dinge sich günstiger gestalteten. Und allerdings mochte er, der seit nunmehr fünfzig Jahren mit scharfem Auge die Wandlungen der Dinge in England beobachtete, klarer und eher als irgend ein Anderer erkennen, daß dort ein Wetter aufsteige, welches, was immer sonst es mit sich führte, für ihn nur Vortheil bringen konnte.

In den ersten Tagen des Monates April ließen die Bevollmächtigten in Geertruidenberg wieder um eine Unterredung ansuchen. Was davon zu erwarten war, zeigt abermals die vertrauliche Aeußerung Torcys zu Vetes: „Les conférences éloignent plus la paix qu'elles ne l'approchent“ [1]). Die Häupter der Republik waren erbötig. Dies Mal glaubte auch der Graf Sinzendorf auf die wiederholten dringenden Befehle des Kaisers nach Geertruidenberg mitgehen zu müssen. Marlborough persönlich und der Prinz Eugen brieflich riethen ab. Es sei, sagten sie, wie die Dinge lägen, nicht klug, auf Buys und Van der Dussen den Verdacht zu bringen, daß sie einer Ueberwachung bedürften. Vielmehr bestehe der einzige Vortheil, der aus diesen Beredungen noch erwachsen könne, darin, daß die den Frieden ersehnenden Holländer durch ihre eigenen Landsleute, und zwar durch die Häupter der Friedenspartei selbst, überzeugt würden, daß an den Regenten der Republik, an dem Kaiser, an England die Schuld des Nicht-Friedens nicht läge [2]).

Am 7. und 8. April fand die dritte Beredung in Geertruidenberg statt. Uxelles und Polignac eröffneten, der König werde sich für seinen Enkel mit Sicilien, Sardinien und den toskanischen Häfen begnügen. Auf die Frage, welche Bürgschaft er biete, daß die übrige

---

1) Fiedler Bd. I, S. 163. Vom 6. April.

2) Wagner, Historia Josephi p. 341.



spanische Monarchie dem Könige Carl III. eingeräumt werde, für den Fall, daß der Enkel dem Rathe oder Gebote des Großvaters nicht Folge leiste, erwiederten Uxelles und Polignac: das sei die Sache der Verbündeten, die darüber Vorschläge zu machen hätten. — Erzürnt darüber fuhr Buys heraus: „In der That Sie treiben allzu zuversichtlich Ihren Spott mit uns. Wenn Sie sonst nichts vorzubringen hatten, so hätten wir uns die Reise hierher sparen können“ [1]). Die Holländer erklärten weiter, daß die Verbündeten einer solchen Art zu verhandeln müde seien, daß sie eine klare und bestimmte Erklärung von französischer Seite verlangten und im anderen Falle abbrechen würden. Die Franzosen versprachen einen Courier nach Versailles zu entsenden.

Die Ausführung der Drohung hätte dem Sinne des Grafen Sinzendorf entsprochen, und Lord Townshend und Andere stimmten darin ihm zu. Wozu noch länger mit einem Gegner verhandeln, welcher so windungsreich den Punct umging, um dessen willen allein man die Beredungen gestattet hatte? — So schien es, und in der Wirklichkeit war es dennoch nicht so, sondern die Bevölkerung der Republik hoffte dennoch von diesen Beredungen den Frieden, und darum glaubte man sie nicht abbrechen zu dürfen.

Damals traf das nachdrückliche Handschreiben des Kaisers, vom 27. März, im Haag ein. Es berührte die Häupter der Republik nicht angenehm. Jedoch maß man die scharfen Worte dem Eifer des Grafen Wratislaw bei, dessen Hitze für den kaiserlichen Dienst sich immer auf dem Siedepuncte befinde [2]). Es gelang dem Grafen Sinzendorf, die Gemüther wieder zu beschwichtigen. Aber auch die Franzosen in Geertruidenberg erhielten nicht ihre Pässe.

Der Groß-Schatzmeister Godolphin hegte nach wie vor von dem Verweilen derselben auf holländischem Boden geringere Besorgnis als die Kaiserlichen. Auf die Beschwerde des Grafen Gallas erwiederte er: „Allerdings haben die Holländer wohl einige Neigung den französischen Vorschlägen Gehör zu geben; in der That aber sind sie noch immerfort auf dem rechten Wege verblieben. Meine endliche Meinung

1) Wagner, Historia Josephi p. 341.

2) Lamberty t. VI, p. 51.



daher, welche ich Ihnen im tiefsten Vertrauen ausspreche, ist, daß man die französischen Gesandten ruhig in Geertruidenberg belassen möge, weil, so lange sie dort sind, das Volk in Holland sich mit der Hoffnung auf den Frieden speisen wird, daß dagegen, so bald der Prinz Eugen bei der Armee eintrifft, der Feldzug mit allem Nachdrucke eröffnet werden möge. Dann wird die Friedenssache bald ein anderes Ansehen gewinnen" [1]).

Diese Ansicht theilte mit Godolphin auch Marlborough. Er hatte den Beginn des Feldzuges auf den 15. April angesetzt. Ludwig XIV. bestimmte seine Armee in Flandern, unter dem Marschall Villars, auf 180 Bataillone und 280 Schwadronen, so jedoch daß ein Theil an der Maas stehen sollte [2]). In der Wirklichkeit betrug die Zahl nur 155 Bataillone und 262 Schwadronen, insgesammt nicht vollzählig, so daß das Bataillon im Durchschnitte nur zu 350, die Schwadron zu 110 Mann angeschlagen wurde. Nach der Rechnung der Franzosen waren die Verbündeten um 40,000 Mann an Zahl überlegen [3]). Eine größere Verschiedenheit noch zeigte sich in der Ausstattung, über die der Ungar Vetes meldet: „Den Verbündeten mangelt nichts und uns mangelt Alles" [4]).

Nachdem auch der Prinz Eugen eingetroffen, setzten sich die Armeen der Verbündeten am Abende des 20. April von Tournay aus in Marsch auf die französischen Linien zu. Die Franzosen verließen dieselben fast ohne Widerstand. Am Morgen des 21. überschritt Marlborough mit seiner Armee die Deule, am Abende, weiter links nach Douay zu, der Prinz Eugen. Sie lagerten in den Ebenen von Lens, die zwei Stunden zuvor der Marschall Montesquiou verlassen hatte. Am 22. ging der Marsch auf die Scarpe zu. Man erblickte die französische Armee am anderen Ufer; aber beim ersten Brückenschlage trat sie den Rückzug auf Cambray an. Am 23. lagerten sich die Armeen um Douay. Das alles war geschehen fast ohne Verlust. „Die Hand Gottes muß uns hergeführt haben, meldet Marlborough

---

1) Bericht des Grafen Gallas vom 8. April.
2) Pelet t. X, p. 10.
3) A. a. O. p. 30, 33, 35.
4) Fiedler Bd. I, S. 163.

in seiner Weise; denn im anderen Falle wäre es unglaublich, in zweimal vierundzwanzig Stunden solche Fortschritte zu machen"[1]).

„Nachdem wir nun Douay investirt haben, schreibt er am nächsten Tage, ist für uns in der nächsten Zeit, bis unser Geschütz eintreffen kann, wenig zu thun. Da unsere Erfolge bisher über alle Erwartungen hinausgehen, so werden wir in kurzer Zeit erfahren, ob der Treasurer richtig urtheilt, daß wir bald Frieden haben werden. So sehr ich ihn wünsche, fürchte ich doch, daß die Franzosen entschlossen sind, den Feldzug auszuhalten"[2]).

Am selben Tage fand wieder eine Beredung in Geertruidenberg statt, die vierte. Die französischen Bevollmächtigten hatten am Tage zuvor die Rückkehr ihres Couriers von Versailles gemeldet, und darauf hin hatten Buys und Van der Dussen die Vollmacht erhalten sich hin zu begeben. Auf die Anfrage der Holländer nach dem Bescheide von Versailles erwiederten die Franzosen, daß sie keine andere Vorschläge vorzubringen hätten als die bereits gemachten, und vielmehr darauf eine Antwort erwarteten. Jene erhoben darauf Beschwerde über die geringe Aufrichtigkeit des Hofes von Versailles, der, nachdem er wiederholt, schriftlich und mündlich, die Präliminarien bis auf Artikel 37 anerkannt habe, nun, wo man ihn auffordere, für den Artikel 37 ein Expediens vorzuschlagen, nichts Anderes vorbringe als einen neuen Theilungsplan. Die Reden wurden heftiger. Die Uebersteigung der Linien von Douay, sagte Polignac, sei nicht ein solcher Vortheil, wie es den Verbündeten erscheine. Der König lege darauf keinen hohen Werth. Der etwa mögliche Verlust von Douay werde aufgewogen werden durch den Gewinn von Girona in Spanien. Im Eifer ließ sich Polignac die Worte entfallen: lieber werde er sich die Hand abhauen lassen als die Präliminarien unterzeichnen.

Beim Aufbruche, am 25. April, sagten Buys und Van der Dussen, daß, nachdem von französischer Seite in den Conferenzen kein Schritt vorwärts gethan und nunmehr die Armee im Felde, es besser sein werde, die Beredungen nicht fortzusetzen. Die Franzosen dagegen

---

[1]) Murray vol. V, p. 5.

[2]) Coxe vol. III, p. 24. Vom 24. April.

erwiederten, daß sie Eröffnungen gemacht, auf die man sich von der anderen Seite nicht erkläre[1]).

Es war demnach den zwei Franzosen darum zu thun, noch nicht abzubrechen. Die zwei Holländer ihrerseits merkten und sahen die Arglist; aber es mangelte ihnen der vollgültige Beweis, der auch Andere überzeugt hätte. Uns Späteren liegt der Beweis vor in der Correspondenz Ludwigs XIV. mit seinem Enkel. „Wenn Sie, schreibt er, am 28. April, Kunde haben von den Vorgängen in Flandern, wie ich nicht bezweifele, so werden Sie leicht begreifen, daß, während Douay belagert wird, es sich nicht empfiehlt, Girona anzugreifen. Es dient nicht für die Ruhe Spaniens, wenn ich Frankreich den Feinden offen lasse. Der Stand der Dinge wird sich vielleicht vor dem Ende des Feldzuges ändern, und wenn ich dann über einen Theil meiner Truppen verfügen kann, so werde ich mit Vergnügen sie nach Ihrem Wunsche verwenden. Suchen Sie inzwischen den schwachen Stand der Angelegenheiten des Erzherzogs nach Kräften auszunutzen, und bedenken Sie, daß Ihr Geschick in Ihren eigenen Händen ist. Der bevorstehende Feldzug wird darüber entscheiden. Fällt er für Ew. Majestät ruhmvoll aus, so werden unsere Feinde in Betreff der Friedensbedingungen desto minder schwierig sein“[2]).

Die Frage, ob Spanien für Philipp V. verbleiben solle, wird in diesem Schreiben Ludwigs XIV. nicht erörtert, sondern als sich von selbst verstehend vorausgesetzt. Das ist die Basis, auf welcher Ludwig XIV. stand, während er in Geertruidenberg über die Präliminarien reden ließ, welche den Verzicht Philipps V. auf Spanien zum Ausgangspuncte hatten.

Auf den Bericht der Deputirten ward im Haag abermals beschlossen, an den Präliminarien festzuhalten. Der Vorschlag jedoch die französischen Bevollmächtigten von Geertruidenberg heim zu senden, ward nicht angenommen. Die Halbheit kam dem Abwarten und Hinzerren der Franzosen zu gute. Sie schrieben an Petkum, am 4. Mai, daß sie, ohne Vollmacht weitere Vorschläge zu machen, geduldig abwarteten, ob die holländischen Deputirten wieder kommen würden, um

---

1) Lamberty t. VI, p. 52. — Wagner, Historia Josephi p. 342.

2) Oeuvres de Louis XIV, t. VI, p. 205.



sich mehr zu eröffnen als bisher, oder ob der Rathspensionär ihnen selber die Abreise auferlegen würde. — Petkum erwiederte, am 9. Mai, im Namen der Verbündeten, daß, da die Bevollmächtigten ohne weitere Vollmacht, die Deputirten nicht wiederkehren würden. Dieser Gang der Dinge setzte die französischen Bevollmächtigten in den Vortheil zu antworten: „Es thut uns sehr leid zu sehen, daß ungeachtet alles Entgegen-Kommens von Seiten des Königs für den Frieden man dennoch sich entschlossen hat, ihn zu verweigern. Da jene Herren es für zweckmäßig gehalten haben, die Unterhandlung abzubrechen, so schicken wir uns zur Abreise an" [1]).

Nicht das jedoch war die Absicht Ludwigs XIV. Es lag ihm daran, wie Torcy sagt, den Aufenthalt seiner Bevollmächtigten in Holland möglichst zu verlängern [2]). Auch wollte er nicht einen Abbruch in solcher Art, in Folge der Meldung einer neutralen Persönlichkeit, sondern in formeller Weise durch die Generalstaaten selbst [3]). Denn es mußte ihm, bei den furchtbaren Kriegsleiden, denen er Frankreich nicht entnahm, vor allen Dingen daran liegen, mit irgend welchem Scheine des Rechtes vor der französischen Nation die Schuld des Nicht-Friedens auf die Gegner abzuwälzen.

Anstatt also von Geertruidenberg aufzubrechen, ließen Uxelles und Polignac von dort aus durch Petkum ein Schreiben an den Rathspensionär gelangen. Sie meldeten, daß sie den Auftrag zu neuen Eröffnungen erhalten. Abermals fanden sie Willigkeit. Am 23. Mai trafen Buys und Van der Dussen in Geertruidenberg ein. Die Franzosen eröffneten, daß Ludwig XIV. abstehe von der Forderung Neapels für Philipp V., daß er sich begnüge mit Sicilien, Sardinien und den Hafenplätzen von Toscana. Auf die Frage: welche Bürgschaft sie den Verbündeten zu geben hätten, daß Philipp V. Spanien und Westindien räumen würde, wichen sie aus. Die Holländer Buys und Van der Dussen erwiederten: das Verhalten von französischer Seite lege täglich klarer vor Augen, daß man die Friedenshandlung nur deshalb fortsetze, um das französische Volk für die Tragung der schweren Kriegs-

[1]) Die Correspondenz bei Lamberty t. VI, p. 52.
[2]) Mémoires de Torcy t. II, p. 252.
[3]) A. a. O. p. 223.

last geduldig zu erhalten, nicht jedoch um zu einem Frieden zu gelangen [1]).

So richtig diese Antwort sein mochte, so blieb dann doch die Frage, warum Ludwig XIV. einen Krieg fortsetzen wollte, der ihm so geringe Aussichten des Erfolges bot. Gerade die Kenntnis des Nothstandes in Frankreich bestärkte ja wie in England bei Godolphin, so im Haag bei den Häuptern der Republik, immer wieder die Meinung, daß Ludwig XIV., so hart es ihn ankomme, dennoch endlich sich in die Präliminarien fügen werde, die er doch schon, im Mai 1709, fast völlig anerkannt hatte.

Und dennoch hatte man nun gesehen, daß auch der rasche Erfolg der Verbündeten zum Beginne des Feldzuges, vom 20. bis 23. April, auf die Haltung der Bevollmächtigten in Geertruidenberg gar keinen Einfluß geübt hatte.

Allein in denselben Tagen hatte der von Ludwig XIV. längst ersehnte, längst berechnete Wandel der Dinge in England begonnen, im Anfange geräuschlos, und, wie es schien, nur die inneren Angelegenheiten betreffend. Und doch wurde sehr bald nicht bloß an Einem Orte, sondern an vielen, die Wichtigkeit der in London sich vollziehenden Aenderungen erkannt. Bereits am 12. Mai meldet Marlborough vom Feldlager aus: „Nicht bloß vom Haag, sondern auch von Paris aus sind alle Briefe erfüllt mit Meldungen über unsere Spaltungen in England. In Paris hofft man für sich von dort her große Vortheile" [2]).

Diese Hoffnungen waren im Steigen von Woche zu Woche. Die Ereignisse, die in London sich vollzogen, ohne Kanonendonner, ohne Blutvergießen, nicht freilich ohne heftige Kämpfe menschlicher Leidenschaften, waren in ihren Consequenzen gewichtiger als alle Feldzüge dieses Jahres. Wir haben ihnen unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und dabei besonderes Gewicht zu legen auf die Berichte der kundigen und unparteiischen Vertreter des Kaisers, Gallas und Hoffmann.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 55.

[2]) Coxe vol. III, p. 46.



Wandel der Dinge in England bis zur Entlassung Godolphins.

Ernennung Shrewsburys zum Oberst-Kämmerer.

Die Erregung der Gemüther in England, die der Prozeß Sacheverell hervorgerufen, gab sich andauernd kund durch Adressen aus beiden großen Parteien an die Königin.

Diese selbst erschien wie völlig verändert. Seit dem Tode ihres Gemahls, November 1708, hatte sie noch einsamer und abgeschlossener gelebt als zuvor. Im März 1710 ward das anders. Täglich verstattete sie Audienzen, ließ Leute aller Stände zu, hörte Jeden willig und freundlich an.

Dagegen kam sie damals mit der langjährigen Freundin, Lady Sarah Marlborough, zum offenen Bruche. Von der letzten Unterredung, am 6./17. April, hat die Lady einen ausführlichen Bericht gemacht [1]). Die Unterredung verlief stürmisch; jedoch ergibt sich daraus nicht so sehr, daß die Königin den Bruch gesucht habe, als daß er durch das ungestüme Andringen der Lady herbei geführt wurde. Die Königin versagte ihr mündliches Gehör, und verwies sie auf den Weg der schriftlichen Mittheilung. Damit war noch nicht die Dienstes-Entlassung ausgesprochen; aber sie wurde im Laufe der Dinge unvermeidlich.

Der Bruch mit der Lady Marlborough war der erste offene Schritt der Königin auf dem Wege, sich frei zu machen von dem Drucke auf sie, den sie ihre bondage nannte. Aber es würde nicht richtig sein darum zu sagen, daß sie von den Whigs hinüber lenken wollte zu den Tories. Es entsprach nicht dem Sinne der Königin, die Herrschaft der einen Partei mit derjenigen der anderen vertauschen zu wollen. Sie vertraute auf das Wort ihres confidentiellen Berathers Harley, daß es möglich und allein richtig sei, ein solches Ministerium zu bilden, welches fähige und gemäßigte Köpfe beider Richtungen verwende. Harley war, wie der englische Ausdruck lautete, ein Trimmer, d. h. ein Mann, der es sich zur Aufgabe setzt, das Gleichgewicht herzustellen. Aber es lag die Erfahrung vor, daß auch

---

[1]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. I, p. 295. — Conduct of the Duchess of Marlborough p. 236.



Marlborough und Godolphin, obwohl selber beide Tories, von Anfang an eben dasselbe System hatten beobachten wollen, und daß sie dann doch, und mit ihnen die Königin, freilich erst allmählich und im Laufe der Jahre, der Whig-Partei nachgegeben hatten. Dies war geschehen, weil sie mit derselben das eine wichtige Interesse gemein hatten, die nachdrückliche Fortführung des Krieges. Ein Abwenden von der Whig-Partei, ganz oder auch nur zum Theile, schloß also die Frage in sich, wenn auch zu Anfang noch für Viele latent, ob die Fortführung des Krieges möglich sein werde.

Es ist von Wichtigkeit, diese Betrachtung vorauszusenden, weil sich mehr als einmal ergeben wird, daß die Königin und Harley über das eigentliche Ziel, wie weit sie gehen wollten, von Anfang an nicht klar gewesen sein können. Man hat ihnen, namentlich damals selbst, oft mehr Planmäßigkeit und Consequenz beigelegt als sie wirklich besaßen.

Indem die Königin, seit dem Prozesse Sacheverell, aus ihrer bisherigen Zurückgezogenheit wieder mehr hervor trat, zog sie Persönlichkeiten zu sich heran, welche entweder mit Marlborough, oder Godolphin, oder auch mit der Whig-Partei sich nicht im Einklange befanden. Es waren die drei Herzoge Somerset, Shrewsbury, Argyle, die Grafen Rivers und Poulett, endlich Sir Robert Harley. Im April ward das Zusammen-Gehen dieser Männer bemerkt, und man nannte sie gegenüber der Junta der Whig-Lords scherz- oder spottweise die Juntilla. „Sie wird vom Herzoge von Somerset geführt, meldet Gallas, und von Harley dirigirt" [1]).

Aehnlich lautet über Somerset das Wort des Savoyarden Maffei: „Er trägt sich als Haupt der Juntilla; aber man benutzt ihn nur, weil er das Ohr der Königin hat" [2]). Er war Ober-Stallmeister. Wegen seines Auftretens hatte man ihm den Beinamen: the sovereign gegeben. Er gehörte zur Whig-Partei, war jedoch wiederholt der Junta entgegen getreten, und stand mehr noch im Gegensatze zu Marlborough und Godolphin.

Eine Charakteristik des Herzogs von Argyle haben wir vernommen von seinem Landsmanne Lockhart von Carnwath, der politisch

---

[1]) Bericht vom 29. April.

[2]) Coxe vol. III, p. 66.



mit ihm im Gegensatze stand. (Band XI, S. 564). Argyle war General unter Marlborough. Dieser und die Lady bezeichneten ihn wiederholt als undankbar gegen sie. Für die Gegnerschaft Argyles gegen Marlborough jedoch genügt die einzige Aeußerung, die von ihm berichtet wird in Anlaß des Verlangens von Marlborough, seine Stelle als General-Capitän lebenslänglich zu behalten (S. 363).

Die variabelste Persönlichkeit unter jenen drei war der Herzog von Shrewsbury. Wir haben ihn kennen gelernt als eins der sieben Mitglieder der Aristokratie, welche im Juni 1688 die Einladung an Wilhelm von Oranien zeichneten, dann als in besonderer Weise thätig für die Umwälzung, und wieder einige Jahre später in Beziehungen zu dem Hofe von St. Germain. Wilhelm III. bediente sich seiner als Ministers mehr wegen des Einflusses und Ansehens der Persönlichkeit, als aus Vertrauen. Gegen das Ende der Regierung Wilhelms III. zog Shrewsbury sich aus dem Staatsdienste ganz zurück, und begab sich nach Rom, um, wie er sagte, seine Gesundheit zu pflegen, eben so sehr jedoch weil er aller politischen Thätigkeit müde war. Er spricht diese Abneigung in scharfer Weise aus in einem Briefe an Lord Somers, mit den Worten: „Ich verwundere mich, daß in England Jemand, der sonst sein Brot haben kann, sich mit politischen Angelegenheiten befassen mag. Hätte ich einen Sohn, so würde ich lieber einen Schuhflicker aus ihm machen als einen Hofmann, und einen Henker lieber als einen Staatsmann" [1]).

Nach der Thronbesteigung der Königin Anna hätten Marlborough und Godolphin gern ihn zurückgerufen, und stellten ihm das Ober-Stallmeister-Amt in Aussicht [2]). Er weigerte sich. Bis 1706 blieb er in Rom. Nach der Rückkehr führte Marlborough bei ihm Klage über den wachsenden Druck der Whig-Partei, und hätte gern gesehen, daß Shrewsbury als Freund derselben mäßigend auf sie eingewirkt hätte. Shrewsbury blieb für mehrere Jahre auf dem Lande, und nahm erst allmählich wieder am öffentlichen Leben Antheil. Er hatte aus Italien eine Frau mitgebracht, eine geborene Paleotti, deren Auftreten

---

[1]) Hardwicke's State Papers vol. II, p. 441. Vom 17. Juni 1701.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 131. Charakteristik des Herzogs von Shrewsbury durch Lady Marlborough.

nicht immer der englischen Hofsitte entsprach und dadurch den Spott der Lady Marlborough hervorrief. Auf das Betreiben Harleys ließ dagegen die Königin sich herbei, der Italienerin eine besondere Aufmerksamkeit zu beweisen [1]).

Das erste auffallende Zeichen, daß mit Shrewsbury eine Aenderung eingetreten war, gab sich kund bei dem Urtheile in der Sache des Prädicanten Sacheverell. Der Herzog, der an den Ereignissen von 1688 so hervorragenden Antheil genommen, stimmte nun für Sacheverell mit Nicht-Schuldig.

Von da an fand jene Juntilla sich zusammen; jedoch ward das Handeln hinaus gesetzt bis nach der Vertagung des Parlamentes. Diese erfolgte am 15./26. April. Nach dieser einstweiligen Erledigung der Geschäfte begab sich Lord Godolphin nach Newmarket. Drei Wochen zuvor hatte er sich in einem Briefe an Marlborough ausgesprochen mit den Worten: „Ich habe keine Aussicht auf etwas Gutes weder draußen noch daheim als nur von Ihrem energischen Feldzuge, der vielleicht nach beiden Seiten günstig wirken kann. Ich will Sie nicht behelligen mit meinen Klagen; aber mit Einem Worte: das Leben eines Galeeren-Sclaven ist ein Paradies im Vergleiche mit dem meinigen" [2]).

Kurz nach seiner Ankunft in Newmarket traf ihn dort ein Schreiben der Königin. Es redet zuerst von der Erregung im Lande, von der Hoffnung, daß auch Godolphin sich bemühen werde, dieselbe zu beschwichtigen, von der Bereitwilligkeit der Königin, sich mit allen ihren Freunden in diesem Bemühen zu einigen. Dann fährt das Schreiben fort: „Seitdem Sie sich nach Newmarket begeben, habe ich von dem Herzoge von Shrewsbury wiederholte Betheuerungen seiner Willfährigkeit erhalten, in meinen Dienst zu treten. Bei meiner guten Meinung von ihm und in der Ueberzeugung, daß er in diesen Zeiten der Verwirrung von großem Nutzen sein kann, habe ich sein Erbieten gern angenommen. Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen den (Oberst-Kämmerer) Grafen von Kent zu entlassen, der, wie ich hoffe,

---

[1]) Coxe vol. III, p. 59.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 420. Vom 30. März/10. April.



gern darauf eingehen wird, weil ich ihn dafür zum Duke ernennen werde. Auch hoffe ich, daß diese Veränderung Ihre Zustimmung erhalten wird, die ich bei allen meinen Handlungen zu haben wünsche. Ich habe meine Absicht, dem Herzoge von Shrewsbury (als Oberst-Kämmerer) den weißen Stab und den Schlüssel zu geben noch nicht erklärt, weil ich zuerst Sie davon in Kenntnis setzen wollte" [1]).

Das Schreiben enthält, wie man sieht, nicht etwa eine Anfrage um Rath, sondern eine entschiedene Willenserklärung, die dann auch sofort noch an demselben Tage ausgeführt wurde. Sie verkündete das Anbrechen einer neuen Zeit, einer völlig veränderten Stellung der Königin zu ihren bisherigen Berathern.

In der Meldung der Königin ward dagegen ein wichtiger Punct nicht berührt. Der bisherige Oberst-Kämmerer gehörte durch dies Amt dem Cabinetsrathe nicht an. Shrewsbury dagegen ward mit seiner Ernennung zugleich demselben eingereiht, und als Grund dafür ward angeführt, daß er unter Wilhelm III. wiederholt Staats-Secretär gewesen sei. „Er gilt für einen mäßigen und bescheidenen Mann, meldet der Graf Gallas, und für einen Freund Marlboroughs. Das Auffallende bei der Sache ist, daß er im Prozesse des Sacheverell für Nicht-Schuldig gestimmt. Die Urtheile über die Ernennung sind verschieden. Einige sagen, daß Marlborough und Godolphin bei dieser Veränderung mit darunter stecken, um das Verhältnis der ersten Jahre herzustellen, wo sie, unabhängig von den Parteien, geeignete Persönlichkeiten aus beiden in den Dienst der Krone zogen. Andere sagen: das Ziel sei eine völlige Veränderung, so daß das Schatzamt selber, das Amt Godolphins, in Commission gegeben werden solle" [2]).

In diesem Sinne faßte Godolphin selber die Mittheilung der Königin an ihn, nach ihrem Inhalte und nach ihrer Form. Seine Antwort suchte der Königin den Weg zu beleuchten, auf den die Consequenz dieses ersten Schrittes sie führen müsse [3]).

---

[1]) Das Schreiben bei Coxe vol. III, p. 61.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 16./27. April.

[3]) Das Schreiben in Conduct of the Duchess of Marlborough p. 248. Die Daten dort können jedoch nicht correct sein, weil erst am 15./26. das Parlament vertagt war. Graf Gallas bezeichnet den 16./27. als den Tag der Ernennung Shrewsburys.



„Der Kummer, dessen Ausdruck Ew. Majestät in meinem vorigen Schreiben bemerkt haben, war nur ein Ausfluß meiner Ueberzeugung, daß Ew. Majestät es dulden, daß Sie in Ihr eigenes Verderben geführt werden, und zwar so schnell wie es den Persönlichkeiten möglich ist, auf welche Sie so viel zu vertrauen scheinen. Darum bin ich weniger überrascht als betrübt durch den Entschluß, den Ew. Majestät gefaßt haben, den Herzog von Shrewsbury in Dienst zu nehmen. Allerdings erkannten ja jene Persönlichkeiten, daß es schwer sein werde, Ew. Majestät direct zur Auflösung eines Parlamentes zu bewegen, welches seit zwei Wintern Ihnen jedes Mal mehr als sechs Millionen für die Fortführung eines Krieges bewilligt hat, von dem Ihre Krone abhangt. Darum machen sie, sogar wo noch der Krieg dauert, Ew. Majestät listiger Weise den Vorschlag einer solchen Ernennung, deren Consequenzen Sie eben so sicher in die Nothwendigkeit bringen werden, das Parlament aufzulösen, obwohl, wie ich doch glaube, gegen Ihre Absicht und gegen Ihren Willen."

Godolphin verwahrt sich dann, eine persönliche Abneigung gegen Shrewsbury zu haben oder dessen Befähigung zu unterschätzen. „Aber es ist meine Aufgabe, fährt er fort, Ew. Majestät die Dinge im rechten Lichte zu zeigen. Sie ziehen den Herzog in Ihren Dienst und in die Leitung der Geschäfte gerade zu einer Zeit, wo er öffentlich in jedem Votum mit der Gesammtheit der Tories geht, und wo er in seinem Privatleben in beständiger Beziehung mit dem Herrn Harley steht. Welche andere Consequenz kann daraus folgen als die, daß alle Mitglieder Ihres Cabinets-Rathes, mit Ausnahme des Herzogs von Somerset, davon fliehen werden wie vor der Pest? — Und ferner mögen Ew. Majestät erwägen, welche Wirkung dieser völlige Wechsel Ihres Ministeriums auf Ihre auswärtigen Verbündeten haben wird. Diese werden fragen, ob es denkbar, daß dieser Krieg fortgeführt werde von den Parteien, die bisher immer Hindernisse in den Weg gelegt, und die jeglichen Frieden annehmen und desto höher schätzen werden, je mehr er Frankreich frei macht die Zeit zu wählen, um diesem Lande den Prätendenten aufzuzwingen."

„Diese Erwägungen werden sicherlich Holland sofort dahin bringen, einen Sonderfrieden mit Frankreich einzugehen. Dann werden Ew. Majestät aller Ehre und alles Ruhmes, den Ihre Waffen durch

den Krieg Ihnen erworben, verloren gehen, und eben so wird das Königreich die Früchte der unermeßlichen Kosten dieses Krieges einbüßen, wie nicht minder die Vortheile und die Sicherheit, deren es bedurfte und deren Erlangung in so sicherer Aussicht stand. Kann ferner Jemand sich der Einbildung hingeben, daß nach einer so großen Enttäuschung für das Königreich, man nicht die Frage aufwerfen und Untersuchung darüber anstellen werde, wer den Anlaß gegeben habe zu einem so großen Wechsel in den Maßregeln und Rathschlägen Ew. Majestät, nachdem die früheren, so lange erfolgreich, Ew. Majestät einen so großen Namen in der Welt erworben hatten? Ich fürchte sehr, Ew. Majestät werden, wenn es zu spät, erfahren, daß es eine sehr schwierige Aufgabe ist, gegen eine solche Untersuchung Stand zu halten."

„Wenn ich nicht alle diese Consequenzen für unvermeidlich ansähe, so würde ich nicht Ew. Majestät damit behelligen. Aber in meiner Ueberzeugung, daß Ew. Majestät sie als solche anerkennen müssen, halte ich auch, aus reiner Treue und Eifer für Ew. Majestät Dienst und Ehre, es für meine Pflicht sie auszusprechen."

Nach dieser Darlegung dürfte man die Kundgebung des Entschlusses von Godolphin erwarten, sich an den Geschäften weiter nicht zu betheiligen, und demgemäß die Bitte um seine Entlassung. Statt dessen lenkt dann Godolphin ein. Er fährt fort wie folgt.

„Daß Ew. Majestät einen Entschluß von so weittragenden Folgen für alle Ihre Angelegenheiten daheim und nach außen gefaßt haben, ohne dem Herzoge von Marlborough und mir eher eine Kunde davon zu geben als nach dem gefaßten Entschlusse, ist der geringste Theil meiner Kränkung in dieser ganzen Sache. Vielleicht allerdings dürfte die Welt dafür halten, daß die langen und getreuen Dienste, die wir eifrig und getreu Ew. Majestät zu leisten uns bemüht, etwas mehr Rücksicht verdient hätten. Ich für meinen Theil bitte unterthänigst Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß ich Ihren Maßregeln oder irgend einem Minister, den Sie anzustellen geruhen werden, nicht das geringste Hindernis in den Weg legen werde."

Die letzten Worte enthielten die völlige Unterwerfung unter die vollendete Thatsache, so wie die Erklärung der gleichen Bereitwilligkeit auch für die Zukunft. Demnach verblieb der Sieg der Partei Harley.

Sie beschränkte sich einstweilen auf diesen Erfolg der Ernennung Shrewsburys.

Als Godolphin nach seiner Rückkehr persönlich vor der Königin erschien, machte sie ihm den Vorwurf, daß keiner der Whigs die Ernennung Shrewsburys so übel aufgenommen habe wie er. Godolphin beharrte dabei, daß man seinen Brief, wenn es zu spät, als eine wahre Prophezeiung des Kommenden erfinden werde. Die Königin entgegnete, jedoch in unsicherer Weise, daß sie weitere Veränderungen nicht beabsichtige. Godolphin versetzte: „In der Stadt laufen darüber viele Gerüchte um" [1]).

Der Verlauf der Dinge hat allerdings die Prophezeiung Godolphins bewahrheitet. Und es ist nicht bloß möglich, sondern wahrscheinlich, daß andere scharfe Beobachter, wie namentlich Ludwig XIV., gleich damals geschlossen haben, daß es dahin kommen müsse, also daß die Königin sich zu den Tories wenden und das Parlament auflösen würde. Aber der Königin selber lagen wahrscheinlich diese Gedanken noch fern. Sie hatte vom Beginne ihrer Regierung an in dem Gedanken gelebt, daß nur die nachdrückliche Fortführung des Krieges wider Frankreich ihr die Krone sichere, und Godolphin hatte ja in jenem Briefe diesen Gedanken zum Fundamente seiner Beweisführung gemacht. Wenn die Königin auch die Consequenzen verneinte, die Godolphin daraus zog: so hielt sie dennoch an jenem Gedanken noch fest. Die schwierige Frage bei dem Verhalten der Königin in dieser Sache ist immer die, den Punct zu finden, wo die Ehrlichkeit aufhört, die Unaufrichtigkeit beginnt.

Einige Tage später erschien Shrewsbury selber bei Godolphin. Er sprach seinen Wunsch aus, mit Godolphin selber so wie mit dem Ehepaare Marlborough und wiederum deren Freunden auf gutem Fuße zu leben. Er betheuerte feierlich, mit Abigail — mit diesem Taufnamen ward Frau Masham gemeiniglich genannt — niemals Ein Wort gesprochen zu haben [2]). Die Besorgnisse Godolphins scheinen damals sich etwas gelegt zu haben.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 63.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 422. Vom 20. April/1. Mai.



In Folge der Ernennung von Shrewsbury nahm jedoch die Erregung in London wie überhaupt in der englischen Nation nicht ab, sondern zu. Ueber diese Ernennung selber war man nur in so weit klar, daß sie ohne das Vorwissen und gegen den Wunsch der Whig-Junta erfolgt sein müsse. „Ob aber der Treasurer Godolphin die Hand darin gehabt, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann noch, am 24. April/5. Mai, ist zur Zeit nicht zu durchdringen. Godolphin protestirt aufs höchste, daß er vorher nicht die geringste Kunde gehabt. Die Königin selber bestätigt dies, und sagt, daß sie aus eigenem Antriebe gehandelt. Die Whig-Partei schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß eine weitere Aenderung nicht statt finden werde, und scheint sich dabei zu beruhigen. Anders die Tories. Sie machen geltend, daß dieser Beginn eine völlige Veränderung des Ministeriums zu ihren Gunsten nach sich ziehen werde."

„Bis jetzt jedoch, fügt der Beobachter hinzu, ist dafür noch kein Anzeichen vorhanden. Denn, wenn die Königin Willens wäre, eine so gefährliche Sache zu unternehmen, so müßte sie auch das Parlament, welches noch ein Jahr lang zu bestehen hat, auflösen und ein neues einberufen. Denn, wenn sie das Ministerium änderte und sich demnach für die Tories erklärte, so würde sie sich des jetzigen Parlamentes, in welchem die Whigs die Mehrheit haben, nicht bloß nicht mit Nutzen, sondern auch nicht ohne Gefahr bedienen können. Die Tories allerdings wenden alles auf, um die Auflösung des Parlamentes zu erwirken, indem sie nicht zweifeln, daß, bei Neuwahlen, sie die Mehrheit davon tragen werden. Zu diesem Zwecke laufen täglich Adressen ein, in denen die Whigs als Republikaner und Feinde der königlichen Autorität dargestellt werden. Dagegen versprechen die Tories in diesen Adressen, bei den künftigen Wahlen solche Deputirte zu erwählen, welche für die königliche Autorität und die Hochkirche eintreten werden. Aber auch die Whigs ihrerseits senden Adressen ein, in denen sie die Tories darstellen als Jacobiten und als Feinde der Revolution, durch welche die Königin den Thron besitze. Das gesammte Königreich ist in einer Agitation, wie man sie seit Cromwells Zeiten nicht gesehen. Dies wird aber keine nachtheiligen Folgen haben, wenn nur die Königin das Parlament nicht auflöst" [1]).

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. Mai.



Die wiederholte Nennung der Jacobiten bei diesem Wechsel in England führt zu der Frage, ob oder in wie weit dabei jacobitischer Einfluß thätig war. Die Mehrzahl der Mitglieder der sogenannten Juntilla waren keine Jacobiten. Zum Beweise dessen darf schon hier darauf hingewiesen werden, daß, als reichlich vier Jahre später die Frage der Thronfolge thatsächlich zur Entscheidung stand, gerade jene drei Herzoge Argyle, Somerset, Shrewsbury, durch ihr rasches Vorgehen während der Agonie der Königin eine jacobitische Erhebung unmöglich machten. Demnach muß gesagt werden, daß die jacobitischen Factoren, die etwa bei dem im April beginnenden Wechsel des Systemes in England thätig waren, wenigstens sich nicht offen als solche kund gaben. In der Partei Harley, wie sie damals bestand, war vielleicht die einzige entschiedene Jacobitin die Frau Masham, die, so gewichtig ihr Einfluß sein mochte, nicht in den Vordergrund trat.

Entlassung des Staats-Secretärs Sunderland.

Bis zur Mitte Mai überwog die Meinung daß eine weitere Veränderung im Ministerium nicht erfolgen werde [1]). Aber der Adressen-Sturm hielt an. Das Gerücht, daß eine völlige Aenderung bevorstehe, tauchte immer neu wieder empor, wenn auch für längere Zeit noch ohne Namen.

Ein bestimmter Fingerzeig ergab sich jedoch um die Mitte des Monats Mai aus den Aeußerungen Shrewsburys zu einigen Whigs. Wenn man, sagte er, die Königin sicher stellen könne, daß sie in Betreff der Frau Masham nicht wieder beunruhigt werden solle, so werde sie in ihrem Leben an die Tories nicht denken. Auf den Bericht dieser Aeußerung war Marlborough der Ansicht, daß sie die Aufforderung an die Whigs enthalte, ihn und die Lady Marlborough fallen zu lassen [2]). Näher jedoch als diese zwei stand für die Anwendung jener Hindeutung noch eine andere Persönlichkeit. Es war offenkundig, daß der Lord Sunderland in dem Winter zuvor eine Parlaments-

---

[1]) Desgleichen vom 13. Mai.

[2]) Coxe vol. III, p. 77. Schreiben Marlboroughs vom 22. Mai.



Adresse gegen die Frau Masham betrieben hatte. Auf ihn also zunächst bezogen sich jene Worte. Shrewsbury schien darin den Whigs zuzusichern, daß, wenn sie für den Lord Sunderland nicht einträten, weiter keine Veränderung vorgenommen werden solle.

Gegen den Lord Sunderland waren, nach einem Berichte Godolphins an Marlborough [1]), eine Reihe von Persönlichkeiten thätig. Damals als er jenen Plan einer Parlaments-Adresse gegen die Frau Masham betrieb, hatte die Königin in ihrer Furcht und Sorge um ihre gefährdete Freundin sich an mehrere Parlaments-Mitglieder einzeln gewendet, sie zur Abwehr aufgefordert und dafür auch ihrerseits Verpflichtungen übernommen. Diese Persönlichkeiten drängten nun vorwärts gegen Sunderland.

Am 11./12. Mai gab Shrewsbury dem Treasurer zu verstehen, daß seine neuen Freunde die Entlassung des Staats-Secretärs Sunderland forderten. Dem Versuche Godolphins eine positive Antwort darauf zu erlangen, wich Shrewsbury aus [2]).

Einige Tage später trat die Ungewisheit, die Unsicherheit des dermaligen Zustandes der Dinge bereits an Godolphin persönlich heran. Ein Bericht Townshends aus dem Haag, den Godolphin der Königin vorlas, enthielt, daß die fremden Gesandten in London heimwärts meldeten, das Schatzamt solle in Commission gegeben, mit anderen Worten: Godolphin solle entlassen werden. — Beim Vorlesen dieser Stelle meinte Godolphin an der Königin ein verächtliches Lächeln zu bemerken. Sie äußerte jedoch kein Wort. „Vielleicht, schreibt Godolphin an Marlborough, hat sie noch nicht die Absicht; aber ich kann nicht gutsagen dafür, daß Harley und seine Freunde sie bis zu diesem Puncte drängen werden. Dagegen weiß ich, daß ich aushalten will, so lange Sie im Felde sind, weil nur durch meine besondere Sorgfalt und Mühe Sie des regelmäßigen Soldes für Ihre Armee sicher sind, und darum werde ich nicht um einer geringen Provocation willen meinen Posten aufgeben" [3]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 78. Schreiben Marlboroughs vom 29. Mai.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough, vol. II, p. 433. Vom 12./23. Mai.

[3]) A. a. O. p. 436. Vom 16./27. Mai.

Das Gerücht über die Entlassung Godolphins war damals, im Mai, nur erst noch das Zucken eines weit entfernten Wetterleuchtens. Dagegen haftete das Gerücht an Sunderland, mit dem Zusatze, daß er einen Tory zum Nachfolger erhalten werde. Am 19./30. Mai hielten auch die kaiserlichen Vertreter in London sich verpflichtet, in ihren Berichten nach Wien das Gerücht zu erörtern. Ihre Meinung war, nicht daran zu glauben. „Denn weil eine solche Veränderung den Whigs gegenüber nicht wohl vorgenommen werden kann, ohne daß man zugleich das Parlament auflöse und ein neues berufe, so kann es keinem bedachtsamen und für das allgemeine Wesen wohlgesinnten Menschen einleuchten, daß die Königin bei den jetzigen auswärtigen Conjuncturen sich zu einem so gefährlichen Entschlusse verleiten lassen sollte, wäre es auch nur in Rücksicht auf die Republik der Niederlande. Denn diese hat jederzeit gegen die Tories das höchste Mistrauen gehabt, und würde die Veränderung mit solchem Argwohne aufnehmen, daß man auf einen übereilten Friedensschluß ihrerseits mit Frankreich gefaßt sein müßte" [1]).

Diese Gründe sprachen gegen die Glaubwürdigkeit des Gerüchtes. Dann jedoch kam auch die andere Seite der Sache zur Sprache, mit den Worten: „Dahingegen zeigt die Erfahrung, daß in diesem Lande dergleichen Gerüchte der Regel nach Vorboten der Thatsachen sind."

Jene Erwägung der kaiserlichen Gesandten geht von der Ansicht aus, als handele es sich um die Whig-Partei als solche, oder als werde die Partei solidarisch für Sunderland eintreten. Aber das Verfahren von der anderen Seite war, wie wir gesehen haben, darauf berechnet, daß dies nicht geschehen werde.

Diese Berechnung erwies sich als richtig. Marlborough allerdings mahnte von Anfang an: „Die Hauptsache ist, daß die Whigs einmüthig zusammen stehen, und dann müssen, früher oder später, alle Dinge zurecht kommen" [2]). Allein eine Einmüthigkeit, ein Zusammen-Gehen solcher Art war nicht da. Aufgestört aus ihrer bisherigen Ruhe, irre gemacht an dem Besitze der Macht, die sie zu haben meinten, suchte ein jeder der Whigs seinen Weg für sich.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Mai.

[2]) Coxe vol. III, p. 68. Vom 5. Mai.



Godolphin nennt drei Mitglieder der Junta als bereit, Herrn Harley ihre Huldigung darzubringen, wie dieser bereit sei, sie zu empfangen. Die drei waren die Lords Halifax, Somers und — Sunderland [1]).

Aber auch Marlborough selber gegenüber erkannte damals die Königin, daß sie es vermöge ihren Willen durchzusetzen. Er hatte, nach dem glücklichen Beginne des Feldzuges, zu Ende April, zur Ermuthigung eine Reihe von Beförderungen vorgeschlagen. Der Kriegs-Secretär Robert Walpole legte der Königin die Listen vor. Diese schlossen ab vor den Namen der Obersten Masham und Hill, des Gemahls und des Bruders der Frau Masham. Die Königin verlangte den Vorschlag Marlboroughs für beide zur Ernennung von Brigadieren. In Betreff des ersteren willfahrte Marlborough sofort; in Betreff Hills erhob er Einwände. Die Königin bestand. Godolphin und Walpole riethen nachzugeben, weil es mehr als wahrscheinlich sei, daß die Erfüllung dieses Wunsches der Königin zu Gunsten der Frau Masham andere Schwierigkeiten beheben werde. Marlborough gab nach [2]).

Es scheint, daß Godolphin und Walpole sich dabei gedacht haben, die Königin könne dadurch bewogen werden, den Lord Sunderland nicht zu entlassen. Aber das Gerücht, daß dies bevorstehe, erhielt und befestigte sich, und eben so ward es zur Gewißheit, daß die anderen Mitglieder der Junta und der Whig-Partei nicht solidarisch für ihn eintreten würden. Wenn sie dies thäten, sagten sie den kaiserlichen Vertretern, so würden sie selber zu einer völligen Aenderung beitragen, und dadurch auf Einmal den Tories den ganzen Vortheil in die Hände geben, den diese doch sonst nur schrittweise erringen könnten. Wenn sie, die Whigs, dagegen um des einzigen Sunderland willen sich ihrer Stellen nicht begäben, so behielten sie noch immer die Oberhand in den Geschäften, und gewönnen wenigstens Zeit, an welcher bei der jetzigen Krisis der auswärtigen Angelegenheiten alles gelegen, so daß man von daher auch die günstigere Gestaltung der inneren Angelegenheiten erwarten dürfe [3]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 79. Vom 29. Mai a. St.

[2]) Coxe: Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 21. Vom 23. Mai/3. Juni.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 21. Juni.

Hier tritt uns die Verschiedenheit der Parteien in ihrem Verhalten nach auswärts hin entgegen. Die neue Partei, die Juntilla, war von dem Gedanken ausgegangen, daß der Friede nun bald bevorstehe[1]). Die Mahnung Marlboroughs, daß Ludwig XIV. niemals ernstlich den Frieden gesucht habe, sondern mit der Bitte um Beredungen nur dahin trachte Zeit zu gewinnen, in der Hoffnung auf einen Umschlag irgendwo — diese Mahnung verklang bei den neuen Räthen der Königin ungehört, vielleicht gerade, weil sie von demjenigen ausging, den man im Verdachte hatte, um seines Vortheils willen den Krieg in die Länge zu ziehen. Erst langsam und allmählich, noch nicht im Juni, reifte in der zweiten Hälfte des Sommers bei der neuen Partei die Erkenntnis, daß man, wohl oder übel, gezwungen sein werde, zunächst den Krieg fortzuführen.

Jene Ansicht der Whigs dagegen, daß Ereignisse von außen her auch die inneren Angelegenheiten günstiger gestalten würden, schloß in sich die Hoffnung auf einen Sieg Marlboroughs. Dies führte in eindringlicher Rede namentlich Lord Somers aus, der als eins der befähigtsten Häupter der Whig-Partei galt. „Wohin ich meine Augen wende, schreibt er an Marlborough: ich sehe keine Hoffnung als von der Armee unter Ihrer Führung. Sie haben Wunder für uns gethan: mögen Sie auch ferner solche thun! Das wirksamste und sicherste Mittel alle Ihre Gegner zu strafen ist, sich nicht darum zu kümmern, was sie thun, sondern vorwärts zu gehen, die Gelegenheit zu nutzen und mit Lorbern heim zu kehren" [2]). Die Worte sprachen nicht aus, aber ließen durchblicken, daß Somers, ungeachtet des Sturzes von Sunderland, in seinem Posten bleiben wolle. Die Königin hatte nämlich, in einer vertraulichen Unterredung, ihm besonders zugesichert, daß sie weitere Veränderungen nicht vornehmen wolle.

Marlborough dagegen sprach, vom Feldlager aus, in derber Weise seine Verwunderung aus über die Whigs, die, vor wenigen Monaten so mächtig, nun in zahmer Ergebung sich unter Harley und Frau Masham fügten. „Die Whigs irren sich, schreibt er an Godolphin, wenn sie meinen, daß jene nur beabsichtigen, Sie und mich zu

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. August.
[2]) Coxe vol. III, p. 85. Vom 17. Juni.



kränken; denn der Sturz ihrer Aller und ein neues Parlament ist das Ziel" [1]).

Es ist merkwürdig, daß bei den Verhältnissen wie sie lagen, einige der betheiligten Persönlichkeiten meinten, daß Lady Marlborough noch vermögen würde etwas auszurichten. Sie hatte sich, nach der letzten heftigen Unterredung mit der Königin, am 6./17. April, nach Windsor Lodge zurückgezogen und lobte von dort aus den Frieden des Landlebens. Aber sie erhielt dort Briefe von Seiten der Whig-Partei, welche ihre Abwesenheit beklagten zu einer Zeit, wo das öffentliche Wohl ihre Mitwirkung erheische [2]). Mehrere Whigs meldeten sogar an Marlborough ihre Meinung: es sei möglich, daß Lady Marlborough und Frau Masham friedlich und freundlich neben einander leben könnten [3]). Einer der Anhänger der Familie Marlborough, Maynwaring, der sich selber gelegentlich als Secretär der Lady bezeichnet, schrieb ihr, daß ihre Abwesenheit die Gelegenheit biete zum Aufsprießen von Unheil, welches jüngere Leute als er zu beklagen haben würden [4]). Auch Godolphin hielt es für wünschenswerth, daß Lady Marlborough zur Stadt komme [5]).

Die Lady folgte der Aufforderung. Sie richtete dann ein Schreiben an die Königin. Sie erhielt keine Audienz, sondern schriftlich in kurzen Worten den Vorwurf, daß sie wider ihr Versprechen von Politik geredet. Noch einmal schrieb die Herzogin, und zwar, nach dem Urtheile Godolphins, einen sehr vernünftigen Brief [6]). In der That enthält der Brief keinen Ausdruck der Leidenschaft, sondern eine klare Darlegung der Sachlage, die ihres Eindruckes nicht hätte verfehlen können, wenn nicht die einst geliebte Missis Freeman die Verfasserin gewesen wäre. Die Königin gab keine Antwort.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 87. Vom 15. Juni.

[2]) So Lady Cowper in Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 313. Vom 14./25. Mai.

[3]) A. a. O. p. 326. Vom 18./29. Mai.

[4]) A. a. O. p. 336.

[5]) A. a. O. p. 347. Anfang Juni. — Vergleiche Conduct of the Duchess of Marlborough p. 254.

[6]) A. a. O. p. 353. Das Schreiben der Lady ebendort p. 340.

„Ob meine Einmischung, schrieb Lady Marlborough lange Jahre nachher, die Ausführung des Planes gegen Lord Sunderland beschleunigte, kann ich nicht sagen. Gewis dagegen ist, daß sie dieselbe nicht verzögerte“ [1]).

An die vergebliche Anwesenheit der Herzogin in der Stadt knüpfte sich dagegen sogleich das Gerücht, daß die Königin entschlossen sei, sie aus sämmtlichen Hofämtern zu entlassen, und dies nur verschiebe bis nach der Rückkehr Marlboroughs aus dem Feldzuge, damit es scheinen solle, als habe er selber zugestimmt [2]).

Am 2./13. Juni ertheilte die Königin dem Treasurer Godolphin den Auftrag, Marlborough in Kenntnis zu setzen, daß sie den Staats-Secretär Lord Sunderland entlassen wolle. Am 9./20. Juni erhielt Marlborough im Feldlager diese Meldung. Dem Rathe Godolphins gemäß schrieb Marlborough zur Antwort an ihn einen ostensibelen Brief. Das Schreiben ist der Ausdruck tiefster Kränkung. „Es thut mir leid, sagt Marlborough, daß Lord Sunderland der Königin nicht genehm ist; aber daß er allein unter diesen Umständen zur Entlassung ausgesondert wird, hat keinen anderen Grund als daß er mein Schwiegersohn ist.“ Er stelle als Belohnung aller seiner treuen Dienste, sagt er weiter, an die Königin nur die einzige Bitte, daß sie mit der Entlassung warten wolle bis nach dem Ende des Feldzuges. Er schließt mit den Worten an Godolphin: „Ich bitte Sie, diesen Brief zu bewahren zu meiner Rechtfertigung nach meinem Tode“ [3]).

Der Brief traf ein am 13./24. Juni. Godolphin eilte damit zu der Königin. Sie vernahm ihn kühl. Er hoffte auf Shrewsbury. Dieser erwiederte: er müsse sein Erstaunen aussprechen, daß Marlborough die Sache so hoch aufnehme. Godolphin wandte sich an Somers. Dieser antwortete: Marlborough könne seinen Gegnern keinen größeren Gefallen thun als durch die Niederlegung des Commandos [4]).

Am selben Tage berichtet der kaiserliche Gesandte, Graf Gallas, wie folgt.

---

[1]) Conduct of the Duchess of Marlborough p. 257.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. Juli.

[3]) Coxe vol. III, p. 86. Vom 20. Juni.

[4]) A. a. O. p. 89.

„Heute Vormittag erschien bei mir der Herzog von Shrewsbury, um, im Namen der Königin, in besonderem Vertrauen mitzutheilen, daß sie den Staats-Secretär Lord Sunderland entlassen wolle. Da sie voraussehe, daß, bei der Verwandtschaft des Lords Sunderland mit Marlborough, diese Veränderung viel zu reden geben werde, so möge ich dem Kaiser und dem Könige von Spanien versichern, daß dies keineswegs geschehe zum Zwecke der Verringerung des Ansehens von Marlborough, welches die Königin vielmehr erhalten wolle. Auch sei es nicht der Wille der Königin, durch diese Veränderung es dahin kommen zu lassen, daß die politische Stellung Englands darunter leide. Die Sache betreffe bloß den Lord Sunderland persönlich, den die Königin bisher nur aus Rücksicht für Marlborough behalten habe. Shrewsbury bat wiederholt: man wolle sich nicht irre machen lassen durch das Gerede, als sei es die Absicht der Königin, sich zum Nachtheile der allgemeinen Sache von der bisherigen Politik loszusagen."

Gallas antwortete, daß jegliche Besorgnis, die er in dieser Richtung hätte haben können, geschwunden sei durch die Wahrnehmung, daß ein Mann von so maßvoller Haltung wie Shrewsbury, das Ohr der Königin habe. Shrewsbury versetzte, daß, wo er etwas vermöge, er allezeit zu Gunsten des Erzhauses eintreten, und, wenn der Krieg nöthig sei, auch für denselben stimmen werde. Er müsse aber gestehen, daß England des Friedens sehr bedürftig sei.

Diese letzten Worte, gesprochen zu einer Zeit, wo der Friede nicht von England abhing, wo vielmehr die französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg ihren Ton steigerten, ließen in dem Grafen Gallas nicht eine Befriedigung zurück. Er schloß seine Berichte nach Wien und Barcelona mit den Worten: seine Besorgnis vor nachtheiligen Folgen sei nicht gering.

Entschiedener noch sprach sich in seinem Berichte der Resident Hoffmann aus, der an der Unterredung Theil genommen. „Diese Botschaft an den Grafen Gallas, meldet er, ist auffallend. Wenn die Königin wirklich nicht beabsichtigt weiter zu gehen, so bedürfte es wegen der Entlassung eines einzigen Ministers nicht solcher Versicherungen an die verbündeten Mächte. Die Botschaft erweckt daher den Verdacht einer anderen Absicht." — „Dazu auch, fährt er fort, ist die Bewegung und die Cabale in dem ganzen Königreiche viel zu

groß, als daß man auf etwas Anderes schließen kann als eine völlige Veränderung. Der Zweck der Tories ist die Auflösung des jetzigen Parlamentes, die Berufung eines neuen. Setzen sie die Auflösung des Parlamentes durch, so sind sie eben dadurch Meister des Ministeriums. Es steht dann nicht mehr im Belieben der Königin, gemäßigte Männer beider Parteien auszuwählen. Daß es noch in diesem Sommer dazu komme, wird von Vielen geglaubt, welche neben der natürlichen Zuneigung der Königin zu den Tories auch noch das Motiv geltend machen, daß die Königin nach den Schritten, die sie bereits gethan, sich nicht wohl noch länger eines Parlamentes bedienen kann, in welchem die Whigs die Mehrheit haben."

„Welche Stellung Marlborough und Godolphin dazu einnehmen, ist schwer abzusehen. So lange der Krieg dauert, wird man des Einen bedürfen wie des Anderen. Denn, wenn der Treasurer entlassen würde, so würde der Credit, in welchem zur Zeit der Reichthum des Landes besteht, auf einmal zerfallen und dadurch das Ganze in die äußerste Verwirrung gerathen. Auch so schon haben die Vorgänge hier zur Folge, daß Frankreich sich darauf steift" [1]).

Am selben Abende gab die Königin ihren damaligen Gedanken Ausdruck in einem Briefe an Godolphin. Derselbe lautet wie folgt [2]).

„Gerade bevor Sie heute bei mir eintraten, hatte ich nach dem Staats-Secretär Boyle ausgeschickt, um ihm meine Befehle für die Empfangnahme der Siegel von Lord Sunderland zu ertheilen. Und ich sehe nicht ab, warum das Schreiben des Herzogs von Marlborough mich bewegen sollte, meinen Entschluß zu ändern, es wäre denn daß ich ihm darin zustimmen müßte, daß ich ihm eine Kränkung zufügte. Dessen bin ich mir aber nicht bewußt, und kann nicht anders als dafür halten, daß alle Unparteiische mir darin beistimmen werden. Freilich mag die Entlassung seines Schwiegersohnes den Herzog von Marlborough unangenehm berühren; aber muß denn davon das Schicksal Europas abhangen? Und müssen denn ihm alle seine Wünsche gewährt werden, mir dagegen nicht ein so vernünftiger, daß ich befreit sein will von einem Diener, den ich mit aller erdenklichen Unlust

---

1) Hoffmanns Bericht vom 24. Juni.

2) Coxe vol. III, p. 89.



angenommen, dessen Benehmen gegen mich seitdem immer so geringen Tact bewiesen, und der, wie ich hinzufügen muß, Allen, mit wenigen Ausnahmen, unangenehm ist? Nach meiner Ansicht ist vielmehr das Andringen des Herzogs von Marlborough, daß ich die Ausführung meines Entschlusses verschieben soll, eine harte Kränkung für mich, und ich hoffe, Sie sowohl wie er werden, nach ruhiger und unparteiischer Erwägung, sich nicht verwundern, wenn ich seinem Wunsche nicht nachgebe."

Godolphin antwortete sofort, daß eine Fortsetzung solcher Kränkungen gegen Marlborough diesen bewegen würden, ein Commando niederzulegen, das er nicht länger mit Ehren führen könne. Dann werde auch er folgen müssen. Die Königin erhielt dies Schreiben noch vor Schlafen-Gehen. Am nächsten Morgen antwortete sie: „Ich kann meinem gestrigen Schreiben, bei dessen Inhalt ich beharre, nur noch hinzufügen, daß ich nicht die Absicht habe, den Herzog von Marlborough von der Armee wegzunehmen, noch auch, wie ich sicher glaube, irgend Jemand sonst. Wenn Sie oder er jemals ein solches Unrecht begingen, meinen Dienst zu verlassen, so würde die daraus erfolgende Verwirrung Ihnen zur Last fallen, und Sie allein würden dafür verantwortlich sein und Niemand sonst. Aber ich hoffe, Sie werden sich das besser überlegen. — Gestern Nachmittag kam der Staats-Secretär Boyle zu mir, und ich ertheilte ihm den Befehl, sich heute Morgen zu Lord Sunderland zu begeben und die Siegel von ihm in Empfang zu nehmen. Ich halte es für passend, Ihnen dies mitzutheilen, bevor Sie es von anderer Seite hören, und zugleich Ihnen zu sagen, daß ich den Lord Dartmouth an seiner Statt ernennen will, was Sie hoffentlich billigen werden"[1]).

Die eigenen Zeitangaben der Königin machen es wahrscheinlich, daß sie nicht, wie sie in dem Schreiben vom Abende des 13./24. Juni sagt, nach dem Staats-Secretär Boyle ausgesandt, bevor Godolphin mit dem Briefe Marlboroughs bei ihr eintrat, sondern erst nachher, und daß also gerade dieser Brief, von welchem Marlborough und Godolphin die Wirkung des Aufschubs hofften, die sofortige Ausführung hervor gerufen hat.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 90.



Es könnte scheinen, als verweilte diese Darstellung allzu lange bei der Entlassung eines einzigen Ministers, der nicht einmal an erster Stelle stand. Aber die Wichtigkeit geschichtlicher Thatsachen wird bedingt durch ihre Consequenzen. Das grausige Blutbad von Malplaquet ist, weil es keine Entscheidung brachte, weil es in dem Verhältnisse der europäischen Factoren nichts änderte, und darum für die Gesammtheit keine wesentlichen Consequenzen nach sich zog, für die Entwickelung der europäischen Völker-Geschichte minder wichtig als der blutlose Wechsel des Ministeriums in England, dessen Ausgangs-Punct die Entlassung Sunderlands ist. Wir haben daher zu beobachten, wie von diesem Puncte aus die Dinge weiter sich entwickeln, wie durch das Zusammen-Wirken persönlicher und politischer Factoren neue Gestaltungen sich bilden, an welche diejenigen, welche in erster Reihe dafür thätig sind, selber vorher nicht gedacht haben.

Im Vordergrunde steht die Persönlichkeit der Königin Anna. Aus ihrem ganzen Lebensgange liegt vor Augen, daß Aufrichtigkeit nicht der Grundzug ihres Charakters war. Aber darüber hinaus ihr eine Planmäßigkeit der Arglist beizumessen, erscheint nicht gerechtfertigt. Es ist Thatsache, wie wir gesehen haben, daß sie am 25. Juni den Treasurer Godolphin moralisch zwingt in ihrem Dienste zu verbleiben. Es wird sich uns um zwei Monate später die Thatsache ergeben, daß die Königin Anna denselben Treasurer nicht in ehrender Weise aus seinem Amte stößt. Aber es folgt daraus nicht, daß sie am 25. Juni schon eine Absicht solcher Art gehabt habe. Sie ist wechselvoll, allzu oft beherrscht von den Leidenschaften des Augenblickes, unter denen oben an steht die Furcht, und vermittelst dieser Leidenschaften abhängig von denjenigen Persönlichkeiten, welche in ihrer Umgebung dieselben auszubeuten verstanden. Und eben daher erklären sich manche Acte ihrer Unaufrichtigkeit.

Am 14./25. Juni wurden dem Lord Sunderland die Siegel abgenommen. Wenn die Königin Recht haben mochte mit dem Urtheile, daß Sunderland ihr gegenüber es an Tact habe fehlen lassen, so bewies er, wie Hoffmann meldet, daß er ein selbständiger Charakter war. Er nahm die dargebotene Pension von 3000 Pfund Sterling nicht an.

Ungeachtet jenes Schreibens der Königin an Godolphin, daß, im Falle seines und Marlboroughs Rücktrittes, die Folgen ihnen beiden

zur Last fallen würden, waren doch Godolphin und einige Häupter der Whig-Partei der Ansicht, daß Marlborough diesen Entschluß fassen würde. Sie richteten daher noch am selben Tage, dem 14./25. Juni, an ihn ein gemeinsames Schreiben [1]). Ausgehend von seinem letzten Briefe an Godolphin, vom 9./20. Juni, sprechen sie ihm ihr Mitgefühl aus für die Kränkung, die er erleide zu einer Zeit, in welcher er täglich sein Leben für sein Vaterland wage, und in welcher das Schicksal von Europa zum bedeutenden Theile von seiner Führung abhange. „Aber zugleich, sagen sie, sind wir der Ueberzeugung, daß durch ein Aufgeben des Dienstes zu dieser Zeit Ew. Gnaden die gesammte Allianz in Gefahr bringen. Und darum beschwören wir Sie bei Ihrem erworbenen Ruhme, bei den Diensten, die Sie der Königin und dem Vaterlande geleistet, bei der Erwartung, die Europa von Ihnen hegt, bei Allem was daheim Ihnen lieb und theuer ist — daß Sie Ihr großes Werk nicht unvollendet lassen und an der Spitze der Armee verbleiben wollen. Dies sehen wir an als das nothwendige Erforderniß, die Auflösung des Parlamentes zu verhindern. Durch die Erfüllung dieser unserer Bitte werden Sie uns und allen Patrioten die höchste Verpflichtung auferlegen, während Sie durch das Gegentheil den Wünschen Ihrer Feinde entsprechen würden." Das Schreiben trug die Unterschriften des Lord Kanzlers Cowper, des Treasurers Godolphin, ferner der Lords Somers, Newcastle, Devonshire, Orford, Halifax und des Staats-Secretärs Boyle. — Marlborough selber schrieb an Godolphin, 29. Juni, daß er jede Minute wünsche ein Eremit zu sein [2]). Aber er blieb im Commando.

Der Nachfolger des Grafen Sunderland im Amte, Lord Dartmouth, war ein Sohn des Admirals, den wir als einen der Getreuen des Königs Jacob II. kennen gelernt haben. (Band IV., S. 294 u. f.) Der neue Staats-Secretär galt für einen Mann sanftmüthigen Charakters. Schärfer lautet über ihn das Urtheil des Grafen Gallas: „Mit ihm reden oder gar nicht reden, ist einerlei." Es ging das Gerücht, daß die Tory-Partei nur einstweilen ihn in dieser Stelle zu belassen gedenke, um den Lärm zu Anfang nicht allzu groß zu

---

[1]) Abgedruckt in Conduct of the Duchess of Marlborough p. 257.
[2]) Coxe vol III, p. 92.

machen [1]). — So das Gerücht; aber einstweilen herrschte doch noch nicht einmal die Tory-Partei. Das Gerücht meldete weiter: die Auflösung des Parlamentes stehe bevor. Die Finanz-Welt war in Unruhe. Am 15./26. Juni ersuchten vier Directoren der Bank um eine Audienz bei der Königin. Von dem Herzoge von Newcastle vorgeführt, versicherten sie, daß die umlaufenden Gerüchte den Credit schädigten. Es sei dringende Besorgnis vorhanden, daß namentlich auswärtige Inhaber von Bank-Actien diese auf den Markt werfen würden. Die Königin antwortete, daß sie eine weitere Aenderung nicht vornehmen wolle. Diese Antwort ward dann durch das Gerücht dahin erweitert, als habe die Königin hinzugesetzt, daß sie auch das Parlament nicht auflösen wolle [2]).

Dem Berichte darüber fügt der kaiserliche Resident Hoffmann hinzu: „Ungeachtet dieser Versicherung wird die Auflösung des Parlamentes fast von Jedermann für gewis gehalten, und bereits ist im ganzen Königreiche die Agitation für die Wahlen so lebhaft, als wäre die Auflösung bereits erfolgt. Zugleich aber heißt es, daß die Auflösung erst im September erfolgen solle. Daher darf man noch hoffen, daß sich inzwischen solche Schwierigkeiten erheben, daß die Königin, wenn sie wirklich die Absicht hegt, genöthigt sein wird davon abzustehen" [3]).

Der Gesandte Gallas dagegen war der Ansicht, daß, wenn die Aenderung sich auf Sunderland beschränke, sie für die allgemeine Sache eher ein Vortheil als ein Nachtheil sein würde. „Denn Sunderland war so eigensinnig und doch wieder so jäh in seinen Urtheilen und Unternehmungen, daß er der Bescheidenheit und Billigkeit nicht immer Raum beließ, und hatte dabei in der Junta großen Einfluß. Es ist vielmehr gut, daß diese Junta etwas gezäumt und außer Stande gesetzt wird, ihre Eigenmächtigkeit ohne alle Rücksicht geltend zu machen. Alle Hoffnung und Furcht bei dieser Sache besteht also in der Frage, ob die Königin die Veränderung auf die Person Sunderlands beschränken will oder kann."

---

1) Hoffmanns Bericht vom 27. Juni.

2) Daß die Königin die letztere Aeußerung nicht gethan, sagt Hoffmann ausdrücklich im Berichte vom 4. Juli.

3) Hoffmanns Bericht vom 27. Juni.



Am nächsten Tage ward der Graf Gallas vom Herzoge von Shrewsbury zum Diner geladen, mit ihm der portugiesische und der florentinische Gesandte. Vermöge seines Amtes wohnte der Oberst-Kämmerer Shrewsbury im Palaste Kensington, in welchem die Königin ihre Residenz hatte. Die Herzogin von Shrewsbury forderte die Gäste auf, sich mit ihr in die Zimmer der Königin zu begeben. Dort fanden sie Shrewsbury und Somerset. Der Letztere redete zu jenem scharf gegen Godolphin, so sehr daß Gallas erkannte, die neue Partei wolle auch Godolphin beseitigen. Darüber trat die Königin ein und das politische Gespräch verstummte. Nachdem das Diner angesagt war, winkte die Königin im Weggehen den Grafen Gallas ihr zur Seite. Es sei ihre Absicht, sagte sie, die Zusage, welche der Herzog von Shrewsbury in ihrem Namen überbracht, selber mündlich zu wiederholen. Der Graf möge dem Kaiser und dem Könige von Spanien versichern, daß sie niemals ihre Gesinnungen ändern und allweg für die Fortsetzung des Krieges sein werde, bis man einen guten und reputirlichen Frieden erlangen könne, demnach auch nicht Willens sei etwas zu veranlassen, was bei der gegenwärtigen Lage der Dinge der allgemeinen Sache zum Nachtheile gereichen könne. — Nachdem die Königin für diese Zusicherung den Dank des Grafen Gallas entgegen genommen, begab man sich zur Tafel [1]).

Nach der Tafel fand Gallas den Herzog von Shrewsbury in eifriger Unterredung mit dem Portugiesen. Jener legte diesem die Friedensbedürftigkeit Englands dar, bis der Letztere verwundert fragte: „Aber was soll diese Beweisführung? Wollen Sie einen Frieden machen, ohne den Herzog von Anjou aus Spanien zu vertreiben?" — „Nicht doch, erwiederte Shrewsbury: wir verlangen einen guten, aber einen baldigen Frieden."

Die Worte sind charakteristisch für die neue Partei. Sie hatte ihr Werk der Aenderung der Dinge in England unternommen in der Hoffnung, daß der Friede nahe sei. Aber nun verzog sich diese Hoffnung.

Der Graf Gallas fügt seine Kritik gemäß der damaligen Lage der Dinge hinzu mit folgenden Worten: „Man vernimmt hier häufig

---

1) Bericht des Grafen Gallas vom 1. Juli.



derartige Reden, welche lauten, als wenn man den Frieden in der Hand hätte und als wenn Andere mit allem Fleiße den Krieg verlängerten. Da nun die Mehrheit der englischen Nation sehr nach dem Frieden verlangt, da ferner für die neue Partei bei der Gährung, die sie in der Nation angerichtet hat, der Friede sehr wünschenswerth ist: so ist beständig zu besorgen, daß, wenn es in Versailles Ernst würde, den Frieden anzunehmen mit Verzicht auf Spanien und Westindien, und dafür aufrichtig den Weg zu eröffnen, dann die Seemächte auf die gewichtigen Gründe, die einem Theilungs-Vertrage entgegen stehen, wenig hören würden."

Ungeachtet jener Versicherung, welche die Königin persönlich ihm gegeben, schwankte doch der Graf Gallas zwischen Glauben und Nicht-Glauben. „Niemand weiß, wessen man sich von der Sachlage hier zu versehen hat." Nicht als ob er der Königin eine Falschheit beimäße. Aber er hebt hervor, daß die neue Cabale der Königin beständig einrede, sie habe zuvor nicht als Königin gewaltet, sondern mit gebundenen Händen. Die Folge sei nunmehr, daß die Königin Jedermann ohne Unterschied zulasse und anhöre.

Wie schwer es war, zu einem sicheren Urtheile zu gelangen, zeigte das Verhalten anderer Gesandten. Die Königin ließ ihnen dieselben Versicherungen geben wie dem Grafen Gallas. Der Holländer Vrybergen beruhigte sich völlig damit. Die Veränderung werde keine weiteren Folgen haben, sagte er. Er wies den zweifelnden Grafen Gallas darauf hin, daß der Treasurer noch allezeit großes Gehör bei der Königin habe. „Dies ist richtig, meldet Hoffmann. Der Treasurer begibt sich täglich an den Hof, meistentheils zweimal, und redet zu der Königin in ihrem Cabinet. Er würde viel zu scheu sein, dies zu thun, wenn er bei der Königin ein Mistrauen gegen ihn verspürte. So lange dieser Minister Gehör findet, so lange darf man sich die Hoffnung machen, daß sich die Königin von diesen neuen Persönlichkeiten, welche sie umgeben und nichts Anderes im Munde führen als die Nothwendigkeit des Friedens, zu keiner schädlichen Resolution verleiten lassen werde" [1]).

In denselben Tagen brachte Ludwig XIV. es dahin, den Friedensberedungen in Geertruidenberg ein Ende zu machen.

---

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 1. und 4. Juli.



Abbruch der Friedensverhandlungen in Geertruidenberg.

Wir sind den Friedensberedungen in Geertruidenberg gefolgt bis zu der fünften, zu Ende des Monates Mai. Beiderseitig waren die Präliminarien vom Mai 1709, welche die Cession der gesammten spanischen Monarchie als Princip enthielten, als Grundlage anerkannt, und nur für den Artikel 37 derselben, welcher den Modus der Cession feststellte, sollte ein Aequivalent gefunden werden. Aber die französischen Bevollmächtigten Uxelles und Polignac hatten, anstatt Vorschläge dieser Art zu machen, jedes Mal eine neue Theilung in Anregung gebracht. Die holländischen Deputirten Buys und Van der Dussen konnten, so geneigt sie persönlich waren für den Frieden Sicilien dem Könige Philipp V. zu belassen, auf die französischen Vorschläge nicht eingehen, weil die gemeinsame Unterschrift der Präliminarien die alliirten Mächte zusammen band. Sie hatten wiederholt jenen Bevollmächtigten vorgeworfen, daß das Verfahren derselben nicht den Frieden bezwecke, sondern Zeitgewinn.

Und dennoch war der Friedenswunsch und das Friedensbedürfnis in der Republik so mächtig, daß gegenüber dieser überwiegenden Stimmung die Häupter der Republik nicht wagten, den französischen Bevollmächtigten den Aufenthalt in Geertruidenberg zu kündigen.

In der ersten Hälfte des Monates Juni meldeten die französischen Bevollmächtigten durch Petkum dem Rathspensionär den Empfang einer neuen Botschaft von Versailles und ersuchten um die Zusendung der Deputirten. Ungeachtet der nachdrücklichen Einreden des Grafen Sinzendorf, ungeachtet des Widerstrebens der Deputirten selbst, ward dem Wunsche abermals willfahrt. Die Deputirten brachten, am 17. Juni, die Meldung zurück: Ludwig XIV. wolle sich mit Sicilien und Sardinien für seinen Enkel begnügen. Er verlange, um diesen dazu zu überreden, vier Monate Zeit. Wenn Philipp V. dann noch sich weigere, so werde Ludwig XIV. Geld zahlen zum Kriege wider ihn in Spanien [1]).

Die bevollmächtigten Minister der Verbündeten im Haag kamen überein, auf diese Anträge mit einer formellen Erklärung zu antworten.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 57. — Wagner, Historia Josephi p. 345.



Sie lehnten darin die Annahme derselben ab, weil das Eingehen einen Particular-Frieden bedingen würde, wo sie einen allgemeinen wollten. Sie verlangten dagegen, gemäß den Präliminarien, die Räumung Spaniens und Westindiens. Wenn diese zugestanden, so könne man über die anderen Artikel unterhandeln.

Mit dieser Antwort wurde Petkum nach Geertruidenberg entsendet. Am 24. Juni brachte er die Meldung zurück, daß die französischen Bevollmächtigten ihm ihr Erstaunen über eine solche Antwort ausgesprochen, so wie daß sie abermals einen Courier erwarteten. Dann verging eine Reihe von Tagen. Am 4. Juli traf abermals unter der Adresse Petkums ein Schreiben der Bevollmächtigten an Heinsius ein, enthaltend die Bitte, daß die Deputirten sich zu ihnen begeben möchten. Auf den Beschluß der Minister der verbündeten Mächte schrieben die Deputirten, daß sie zuvor Antwort auf die von Petkum ihnen überbrachte Declaration der verbündeten Mächte erwarteten. Die französischen Bevollmächtigten erwiederten, daß sie, vermöge ihrer Vollmacht und ihrer Instructionen, immer im Stande seien, über den Willen des Königs Auskunft zu geben, und deshalb die Deputirten ersuchten sich einzustellen [1]).

Die Berathungen im Haag, ob man noch einmal willfahren solle, zogen sich durch mehrere Tage. Selbst der Deputirte für Utrecht, diejenige Provinz, welche am nachdrücklichsten den Frieden verlangte, erkannte an, daß Frankreich nur hinzuhalten trachte, und widersprach nicht mehr der Forderung, daß die französischen Bevollmächtigten heim zu senden seien. Dennoch kam man überein, noch einmal sie zu hören.

Vor dem Aufbruche der holländischen Deputirten erhielt der eine derselben, Buys, ein Privatschreiben von Petkum, in welchem dieser das Ergebnis wiederholter Unterredungen mit den französischen Bevollmächtigten darlegte [2]). Er habe ihnen seine Verwunderung ausgesprochen, daß der König von Frankreich nicht Frieden machen wolle, wo es vor Augen liege, daß er den Krieg nicht fortführen könne.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 59.

[2]) Das Schreiben bei Lamberty t. VI, p. 80. Es trägt dort kein Datum; aber der Inhalt ergibt, daß es nach der Entlassung Sunderlands, vom 24. Juni, und vor der letzten Beredung in Geertruidenberg geschrieben ist.



Nicht anders dachten viele französische Patrioten. Am 24. Juni schrieb der Erzbischof Fenelon an den Herzog von Beauvilliers, der, wie er selber, dem Herzoge von Bourgogne nahe stand: „Je mehr ich sehe, wie sehr wir Mangel leiden an Geld, an Persönlichkeiten von gutem Willen und von Kenntnissen, an Ordnung und Ueberlegung, desto fester werde ich in der Ueberzeugung, daß kein Friede für uns zu theuer erkauft werden kann" [1]).

Petkum entwickelte den französischen Bevollmächtigten weiter seine Ansicht über die Lage der Dinge. Er warnte sie, eine Hoffnung auf eine Verwirrung in England zu setzen, nachdem die Königin öffentlich erklärt habe, daß sie über die Entlassung Sunderlands hinaus weiter keine Veränderung vornehmen wolle. Bei diesen Worten unterbrachen ihn Uxelles und Polignac. „Allerdings, sagten sie, wenn alles sich so verhielte, wie Sie es ansehen, so wäre unsere Politik nicht zu rechtfertigen. Aber wir sehen die Dinge anders an. Frankreich hat guten Grund einen anderen Ton anzuschlagen und einen besseren Frieden zu hoffen als bisher zu erwarten war. Wir sind überzeugt, daß Sie selber unserer Meinung sein werden, wenn Sie binnen kurzem sehen werden, daß der englische Feldherr in Ungnaden verabschiedet oder doch so behandelt wird, daß er mit Ehren nicht fortdienen kann, wenn Sie ferner dort das bisherige Ministerium entlassen, das Parlament aufgelöst sehen werden." Auf den Zweifel Petkums erwiederten die Franzosen, daß diese Maßregeln bereits zwischen Frankreich und dessen Parteigängern in England vereinbart seien. Sie hoben hervor, daß die Königin sich nicht verpflichtet habe, das Parlament nicht aufzulösen, daß die Freunde Frankreichs für die Auflösung arbeiteten Tag und Nacht, mit großer Hoffnung des Gelingens, daß jedenfalls keine Instanz der Welt eine Zusicherung des Gegentheiles erhalten würde. Denn bereits seien die Generalstaaten mit einer solchen, obwohl respectvollen Vorstellung, zurückgewiesen, und die Persönlichkeiten in der Umgebung der Königin seien wachsam sie zu mahnen, daß sie sich eine solche Einmischung nicht gefallen lassen dürfe.

Wie es mit dieser vermeinten Zurückweisung der Generalstaaten steht, wird sich später ergeben.

[1]) Oeuvres de Fénélon t. VI, p. 322.



Die Auflösung des Parlamentes, sagten weiter Uxelles und Polignac, werde diejenige Partei empor bringen, die von Anfang an dem Kriege abgeneigt, dagegen bereit war, Philipp V. anzuerkennen. Und auch selbst, wenn diese Partei nicht die Oberhand erhielte, so würde doch aus der Auflösung des Parlamentes Frankreich den Nutzen ziehen, daß der Credit in England schweren Schaden erlitte. Dieser Vortheil stehe sogar bei der Bewegung in England auch dann in Aussicht, wenn es nicht zur Auflösung des Parlamentes komme. Denn bereits seien die Actien der Bank in beständigem Sinken, fast zwanzig Percent tiefer als beim Beginne des Jahres. Die zwei Franzosen sprachen sogar die Besorgnis aus, daß bei dem Eifer, der sich in England für das Erbrecht kund gäbe, die Anhänger des Prätendenten allzu früh sich erklären würden, bevor die hauptsächlichen Personen der Partei in England die Mittel besäßen ihn aufrecht zu halten.

Wenn nur der Marschall Villars es vermögen würde einem Treffen auszuweichen, meinten Uxelles und Polignac, und dadurch die Verbündeten nöthigte, ihre Kraft an Belagerungen zu verwenden, so würde der Vortheil, den Frankreich aus den inneren Wirren von England ziehe, den Verlust von drei oder vier Hauptfestungen in diesem Feldzuge reichlich überwiegen.

Die zwei Franzosen schlossen mit den Worten, deren viele ihrer Bischöfe sich bedienten: Gott, der die Herzen der Könige lenke, bereite ohne Zweifel ein Heilmittel vor oder ein unvorhergesehenes Ereignis, durch welches er, indem er die Nationen, welche auf den Krieg ausgehen, unter einander zertrenne, sich für die Waffen ihres Königs und die Gerechtigkeit seiner Sache erklären wolle. —

Aus allen diesen Aeußerungen schloß Petkum, daß die französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg einen höheren Ton als bisher anschlagen, sogar den Abbruch provociren würden, und daß sie bereits ein Manifest vorbereiteten, welches den Vorwurf des Abbruches auf die holländischen Deputirten wälzen solle. Dies Manifest werde so gehalten sein, daß es ihren Parteigängern in England dienen könne, vor dem englischen Volke die Glaubwürdigkeit desselben höher zu stellen, als diejenige der Berichte der eigenen Minister.

Am 13. Juli fand die letzte Beredung in Geertruidenberg statt. Die holländischen Deputirten verlangten eine bestimmte Antwort auf

die Declaration, die Petkum früher überbracht habe. Die Franzosen erwiederten, daß sie Petkum nicht als dazu autorisirt angesehen hätten. Die Holländer wiederholten ihrerseits jene Declaration. Sie fügten hinzu, daß so lange nicht die Bevollmächtigten über die Räumung Spaniens und Westindiens eine Erklärung abgäben, die Conferenzen fruchtlos sein würden. Die Bevollmächtigten erwiederten: es sei unbillig, von Frankreich eine solche Erklärung zu verlangen, bevor es des Friedens versichert sei. Wenn die Verbündeten die Heimkehr der Bevollmächtigten verlangten, so sei es nur nöthig, ihnen den Tag des Aufbruches zu bestimmen. Die Deputirten beließen ihnen vierzehn Tage Zeit, vorher noch in Versailles anzufragen. Die Aeußerungen wurden gereizter. Van der Dussen warf den französischen Bevollmächtigten vor, daß sie nicht mit Aufrichtigkeit gehandelt. Polignac antwortete mit dem Vorwurfe der Undankbarkeit für die Republik, die bei ihrer Losreißung von Philipp II. ihre hauptsächliche Stütze an Frankreich gefunden [1]).

Am 20. Juli entsandten die französischen Bevollmächtigten von Geertruidenberg aus an Heinsius ein Schreiben, in welchem sie den Gang der Beredungen von Geertruidenberg dem Plane gemäß darstellten, nach welchem die französische Politik von Anfang an sie unternommen hatte, und dem Urtheile des gesammten Europa, ja sogar, wie sie sagten, der Bevölkerungen von England und Holland, überließen, die wahren Urheber der Fortsetzung des blutigen Krieges zu erkennen [2]).

Der Rathspensionär, welcher, gemäß der Verfassung der Republik, niemals officiell zu antworten hatte, übergab das Schreiben den Deputirten. Auch diese, die niemals einen Auftrag gehabt hatten zu unterhandeln, sondern lediglich zu hören, was die französischen Bevollmächtigten als Aequivalent für den Artikel 37 der Präliminarien vorschlagen würden, antworteten nicht aus sich, sondern gemäß der Resolution ihrer nächsten Principale, der Stände von Holland. Diese Resolution ging davon aus, daß das französische Schreiben wie eine Antwort sei auf die letzte, im Namen der verbündeten Mächte, von

1) Lamberty t. VI, p. 59.
2) Das Schreiben bei Lamberty t. VI, p. 60.

obwohl die Rückgabe derselben das Fundament der ganzen Unterhandlung war. Eben dahin zielt die Berufung an die Unterthanen von England und der Republik gegen ihre Regierungen, als wenn diese die Schuld trügen an der Fortdauer des schweren und blutigen Krieges. — Sie, die Feinde, vielmehr haben keinen ernstlichen Willen zum Frieden bewiesen, sondern haben die Beredungen abgebrochen, ohne auch nur einen Faden zur Wieder-Anknüpfung zu belassen. Daher bleibt uns und unseren Verbündeten nichts übrig als den Krieg mit allem Nachdrucke fortzusetzen."

Die Häupter der verbündeten Mächte sprachen den Generalstaaten für ihre Haltung in der ganzen Sache ihre volle Anerkennung aus. Um ihnen dies in besonderer Weise kund zu thun, redete das kaiserliche Schreiben sie an als Hochmögende (Celsi ac Potentes), welcher Titel ihnen bis dahin vom Kaiserhofe nicht gegeben war [1]). Die Königin von England ließ sofort, am 7. August, durch Lord Townshend ihre volle Zustimmung zu der Resolution vom 23. Juli aussprechen. Sie ließ ausdrücklich hervorheben, daß es unerhört und beispiellos sei, die Unterthanen von Groß-Britannien und der Republik zur Kritik der Handlungen der verbündeten Mächte aufzufordern. Sie ließ endlich den Generalstaaten ihren festen Entschluß verkündigen, im Vereine mit ihren Verbündeten die nachdrücklichsten Maßregeln zur Fortführung des Krieges zu treffen, bis man einen sicheren und ehrenhaften Frieden erlangen könne [2]).

So mochte es also damals, im Beginne des Monates August, scheinen, als ob Ludwig XIV. durch den Rückschlag seines Täuschespieles von Geertruidenberg die Allianz wider ihn neu gekittet habe. Aber es war die Frage, ob oder wie lange noch eine solche officielle Sprache von London aus dem wirklichen Stande der Dinge entsprach. Aus dem Berichte Petkums über die Reden von Uxelles und Polignac zu ihm haben wir vernommen, daß sie die Conferenzen abbrechen wollten, weil die Dinge in England dahin gekommen seien, daß eine für Frankreich günstige Wendung bevorstehe. Wir haben also unsere Blicke wieder nach England zu wenden.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 78.

[2]) A. a. O. p. 77.

Fortentwickelung der Krisis in London, im Juli und August.

Wie von Versailles aus mit Hoffnung, so schaute man vom Haag, von Wien, von Barcelona, von Hannover aus, im Juli und August, mit steigender Besorgnis nach London. Am 11. Juli zeichnet der kaiserliche Resident Hoffmann die Lage der Dinge dort mit folgenden Worten: „Das Triebrad dieser Hof-Cabale ist Sir Robert Harley, neben ihm die Herzoge von Shrewsbury und Somerset, die Grafen Rivers und Peterborough, ferner die Favoritin Frau Masham. Gegen die Integrität und Capacität der Meisten von ihnen wäre viel einzuwenden. Diese Cabale hat die Königin so für sich eingenommen, daß es in ihrer Macht steht, sowohl das Ministerium völlig zu verändern als das Parlament aufzulösen. Es fehlt ihnen aber an Muth, die Sache auf einmal so weit zu treiben. Denn im Falle nachtheiliger Folgen daheim oder außer Landes würden sie sich eine so schwere Verantwortung aufbürden, daß in einem neuen Parlamente die Tory-Partei nicht ausreichen würde und vielleicht auch nicht einmal Willens wäre, sie davon zu erretten. Erstlich nämlich ist eine Tory-Mehrheit in einem neuen Parlamente nicht sicher. Die Parteien haben vor einigen Tagen in der Hauptstadt selbst ihre Stärke erprobt. Es handelte sich um die jährliche Wahl der zwei Sherifs, bei welcher jeder Bürger das active Wahlrecht hat. Jede der Parteien hat das Mögliche aufgeboten, um diese zwei Aemter, welche für das Criminal-Verfahren eine ganz besondere Bedeutung haben, für sich zu gewinnen. Die Whigs haben dabei mit fünffacher Ueberlegenheit den Sieg davon getragen. Das gibt der Cabale doch Einiges zu denken. Aber auch selbst, wenn die Tories in einem neuen Parlamente die Mehrheit erlangten, so würden doch immer die Whigs eine starke Minderheit ausmachen. Wenn nun das Gemeinwohl durch die Aenderungen der Cabale nachweislich Schaden erlitten hätte, so würden auch einige wohlgesinnte Tories mit den Whigs gehen. Derartige Erwägungen halten von extremen Entschlüssen zurück, machen dagegen geneigt zu Ausgleichs-Versuchen."

„Diese sind zur Zeit im Gange und mehrere der Whigs sind dazu bereit. Haben die Versuche Erfolg, so würde das Geschehene in



Vergessenheit gestellt und die Dinge wesentlich in dem Stande verbleiben, wie sie zur Zeit sind. Treibt dagegen die Cabale die Sache weiter, so wird für gewis gehalten, daß weder Marlborough noch Godolphin in ihren Stellen verbleiben können" [1]).

In den nächsten Tagen stiegen noch die Bedenken am Hofe gegen Neuwahlen und demnach auch gegen die Auflösung des Parlamentes. Zugleich ward es offenkundig, daß der Treasurer Godolphin das ganze Gewicht, das er bei der Königin noch besaß, gegen eine Auflösung des Parlamentes in die Wage gelegt hatte. Von dem Tage an, wo dies geschähe, hatte er ihr erklärt, würde ihre bisher ruhmreiche Regierung für sie eine Kette von Unannehmlichkeiten und Bekümmernissen sein. — Aber zugleich ward sichtbar, daß Godolphin sich völlig auf sein eigentliches Amt beschränkte, daß die Gnadenerweisungen der Königin, die früher durch seine als des ersten Ministers Hände gingen, nun durch Shrewsbury übermittelt wurden. Zugleich wandelte sich bei den Gesandten der bisher für die Juntilla übliche Name der Cabale in denjenigen des neuen Ministeriums, obwohl aus ihr nur Shrewsbury ein neu ernannter Minister war [2]).

Ein neuer Incidenz-Punct ergab sich durch die Antwort der Generalstaaten auf die Zusicherung, welche, nach der Entlassung von Sunderland, die Königin durch den Staats-Secretär Boyle allen verbündeten Mächten hatte zugehen lassen, daß sie weitere Veränderungen nicht beabsichtige. Wir haben gesehen, daß die Häufung dieser Versicherungen damals dem kaiserlichen Residenten Hoffmann sehr auffallend erschien, daß er geneigt war, dahinter die Absicht des Gegentheiles zu vermuthen. Jedenfalls aber durfte die englische Regierung auf solche Zusicherungen einer Antwort entgegen sehen.

Es ist nun dabei sehr auffallend, daß auch schon früher einmal, vor jenen Zusicherungen vom 14./25. Juni, sich in London das Gerücht verbreitet hatte, daß die Republik der Niederlande Vorstellungen gegen eine Aenderung des Ministeriums erhoben habe. Der holländische Gesandte Vrybergen, von den kaiserlichen Vertretern darüber

---

1) Hoffmanns Bericht vom 11. Juli.

2) Die Berichte der kaiserlichen Vertreter Gallas und Hoffmann, vom 15. Juli.



befragt, verneinte unbedingt. Demnach war das Gerücht grundlos. Dennoch erhielt es sich. Man vernahm von einigen Tories die Rede: es sei eine unerhörte Anmaßung, daß eine fremde Macht sich in englische Angelegenheiten einmische und der Königin vorschreiben wolle, welcher Minister sie sich zu bedienen habe. Die Reden zielten dann auf Marlborough, der, wie man behauptete, um seines eigenen Interesses willen solche Remonstrationen von Holland aus zu Wege gebracht habe. — Da eine officielle Remonstration vom Haag aus jedenfalls nicht gemacht war, so war das Gerücht wie die Reden darüber auffallend[1]).

Aber das damalige Gerücht beschränkte sich nicht einmal auf London. Wir haben das Echo desselben vernommen aus den Reden der französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg zu dem Unterhändler Petkum. „Gegenwärtig, sagten sie, haben bei der Königin Persönlichkeiten Zutritt, welche sie aufmerksam darauf machen, daß sie sich eine solche Einmischung nicht gefallen lassen darf."

Andererseits aber waren jene Zusicherungen nach der Entlassung Sunderlands derartig gehalten, daß eine Antwort darauf wie eine Pflicht der Höflichkeit erscheinen durfte.

Godolphin hatte sofort, am 16./27. Juni, an Marlborough seinen Rath überschrieben, wie etwa die Antwort der Generalstaaten einzurichten sei. „Der beste Gebrauch, der nach unserer (seiner und der Whigs) Ansicht von jener Zusicherung gemacht werden kann, ist eine Antwort durch Vrybergen, daß sie über das mit Sunderland, den sie als warmen Freund ihrer selbst und der gemeinen Sache kennen, Geschehene sehr betroffen, dagegen sehr erfreut seien zu vernehmen, daß die Königin weitere Veränderungen nicht beabsichtige. Wenn jedoch der geringste Gedanke da sei das Parlament aufzulösen, wie die Freunde Frankreichs in der Republik mit Fleiß ausstreuen: so werde es durchaus unmöglich sein, die Bevölkerung der Republik abzuhalten, kopfüber in einen Frieden nach dem Willen Frankreichs zu rennen, und den Kaiser und die Königin sich selber zu überlassen" [2]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 13. Juni.

2) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 445.

In ähnlicher Weise fiel die Resolution der Generalstaaten aus, welche zur Kundgebung an die Königin dem holländischen Gesandten Vryberg en in London übermittelt wurde. Er begab sich damit zu Godolphin. Dieser antwortete, daß er, für sich persönlich mit der Resolution einverstanden, dennoch weniger als ein Anderer urtheilen könne, wie die Königin sie aufnehmen würde. Er empfahl dem Gesandten, darüber mit dem Herzoge von Somerset zu reden, der weniger hinterhaltig sei als andere Mitglieder der Cabale. Vrybergen folgte dem Rathe. Demnach erhielt die Umgebung der Königin eine Kunde der Resolution vor der officiellen Uebergabe[1]).

Vrybergen erbat und erhielt dann eine Audienz. Er begann, daß er eine Resolution seiner Principale erhalten, daß der Inhalt derselben allzu wichtig, als daß er ihn in seine eigenen Worte fassen dürfe, und daß er daher um die Erlaubnis ersuche, die Resolution in englischer Uebersetzung zu verlesen. Es geschah. Dann überreichte er eine von ihm unterzeichnete Abschrift. Die Königin nahm sie an mit der Bemerkung: „Diese Sache ist von so großer Wichtigkeit und solcher Art, daß es einige Zeit erfordern wird, sie reiflich zu überlegen, um eine Antwort darauf ertheilen zu können." Der Bericht Vrybergens darüber bei den anderen Gesandten rief bei Allen die Ansicht hervor, daß jene Antwort der Königin vorher berathen und festgestellt sei[2]).

In den nächsten Tagen erging in den höheren gesellschaftlichen Kreisen von London das Gerücht: der holländische Gesandte habe eine Denkschrift eingereicht, zu dem Zwecke der Königin von einer Auflösung des Parlamentes abzurathen: das sei eine Einmischung in die Angelegenheiten der Königin. — Die Gesandten bemüheten sich die Thatsachen richtig zu stellen. Vrybergen, sagten sie, habe nicht eine Denkschrift überreicht, sondern eine Antwort der Generalstaaten auf die Versicherung der Königin, daß sie nichts vornehmen werde, was der allgemeinen Sache zum Nachtheile gereichen könne. Demnach seien die Generalstaaten nicht aus sich, sondern auf eigenen Anlaß der Königin in die Sache eingegangen.

---

1) Bericht des Grafen Gallas vom 15. Juli.

2) Desgleichen.



Die Gesandten hielten ferner entgegen, daß es Verhältnisse und Persönlichkeiten gebe, bei denen alle Mitglieder der Allianz betheiligt seien. Wenn der Kaiser den Prinzen Eugen, die Generalstaaten den Rathspensionär Heinsius entlassen wollten, so würde die gesammte englische Nation sich dabei mit betroffen fühlen und ihrer Meinung Ausdruck geben.

Auf solche Darlegungen entgegneten die Anhänger der neuen Partei: nirgends anderswo sei etwas Aehnliches vorgekommen wie in England, wo man der Königin durch eine Parlaments-Adresse den Zwang habe anthun wollen, die Persönlichkeiten ihrer nächsten Umgebung nicht nach eigenem, sondern nach fremdem Willen zu wählen. „Immerhin, erwiederte der Graf Gallas einem Mitgliede der Juntilla, mag man diesen Plan gehabt haben: die Erfahrung beweist, daß er nicht zur Ausführung gekommen ist. Und wie empfindlich auch die Königin dadurch berührt worden sein mag, so ist das doch nicht zu vergleichen mit dem Gefühle, welches die Königin haben würde, wenn in Folge ihrer Schritte das Glück und das Heil der gesammten Nation, ja von ganz Europa, in die äußerste Gefahr geriethe, und der große Name und Ruhm, den sie durch ihre bisherigen Berather erworben, vor der Welt verdunkelt und verloren würde" [1]).

Derartige Reden verhallten wirkungslos. Ein wichtigeres Hemmnis für die neue Partei war die Frage des Credites. Es ergingen, unter der Hand, Erkundigungen an die Reichen unter den Tories, ob man im Falle der Auflösung des Parlamentes, in Betreff des Vorschusses der Gelder, sich auf sie verlassen könne. Die Antworten lauteten verneinend. Dies war von besonderer Wichtigkeit. Denn, wenn aus Mangel der Vorschüsse, die bis dahin der Schatzverwaltung immer zu Gebote gestanden, der Krieg nicht fortgeführt werden konnte, so geriethen die Urheber der Aenderung in die Gefahr, zur Rechenschaft gezogen zu werden, und zwar Shrewsbury noch mehr als Harley, weil jener äußerlich als das Haupt der Cabale erschien, deren Seele Harley war. Deshalb stiegen, um die Mitte Juli, die Aussichten auf ein Compromis mit der Whig-Partei, und verstärkten sich durch das Gerücht, daß sich die Königin nach Windsor begeben werde; denn,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 15. Juli.



wenn sie das Parlament auflösen wolle, meinte man, so würde sie London nicht verlassen [1]).

Mit besonderer Verwunderung aber beobachteten, bei der Verworrenheit dieser Dinge, die fremden Gesandten die Häupter der Whig-Partei. Im Winter zuvor hatte man sie auftreten sehen, als seien sie völlig die Meister. Nun waren sie verzagt, kleinmüthig, so daß man sie nicht hörte, noch sah. Sie hofften, durch Unterhandlung aus dem Schiffbruche ihrer Macht ein Jeder für sich noch einen Theil zu retten [2]). Dagegen würde es nicht richtig sein anzunehmen, daß Harley bei diesen Unterhandlungen nur darauf ausging, die Whigs hinzuhalten und zu täuschen. Er war ja der Trimmer, der ein Ministerium bilden zu können vermeinte aus Mitgliedern beider Parteien. Wenn aber das Parlament aufgelöst und demgemäß, nach der Erwartung Aller, die Neuwahlen den Tories die Mehrheit geben würden, so war die unvermeidliche Consequenz ein Tory-Ministerium.

Inzwischen erhielt der Holländer Vrybergen eine Antwort auf die von ihm eingereichte Resolution der Generalstaaten, die formell, weil sie selber eine Antwort war, einer solchen nicht bedurft hätte. Es kam dem neuen Ministerium, wie man es bereits häufig nannte, dabei sehr gelegen, daß inzwischen auch vom Berliner Hofe eine Antwort auf die Versicherungen vom 15./26. Juni eingelaufen war.

Friedrich I. ließ darin sagen, daß er für die Mittheilung danke, daß er über die einheimischen Angelegenheiten der Königin sich kein Urtheil erlaube, sondern sich versichert halte, daß die Königin nichts unternehmen werde, was nicht sowohl zu ihrem eigenen Besten gereiche als dem Gemeinwohle diene. — Man vermuthete, daß der Botschafter Lord Raby in Berlin, welcher der Cabale in London nicht fern stand, die Antwort von dort so eingerichtet habe. Die Partei Harley benutzte nun dieselbe so, daß das dem Holländer Vrybergen übergebene Schriftstück ihm die preußische Antwort mit begleitendem Lobe verkündigte, über die eigentliche Frage dagegen, diejenige der Auflösung oder Nicht-Auflösung des Parlamentes, mit Schweigen hinwegging [3]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 18. Juli.

2) Bericht des Grafen Gallas vom 18. Juli.

3) Hoffmanns Bericht vom 22. Juli.

Die Auflösung des Parlamentes, sagten weiter Uxelles und Polignac, werde diejenige Partei empor bringen, die von Anfang an dem Kriege abgeneigt, dagegen bereit war, Philipp V. anzuerkennen. Und auch selbst, wenn diese Partei nicht die Oberhand erhielte, so würde doch aus der Auflösung des Parlamentes Frankreich den Nutzen ziehen, daß der Credit in England schweren Schaden erlitte. Dieser Vortheil stehe sogar bei der Bewegung in England auch dann in Aussicht, wenn es nicht zur Auflösung des Parlamentes komme. Denn bereits seien die Actien der Bank in beständigem Sinken, fast zwanzig Percent tiefer als beim Beginne des Jahres. Die zwei Franzosen sprachen sogar die Besorgnis aus, daß bei dem Eifer, der sich in England für das Erbrecht kund gäbe, die Anhänger des Prätendenten allzu früh sich erklären würden, bevor die hauptsächlichen Personen der Partei in England die Mittel besäßen ihn aufrecht zu halten.

Wenn nur der Marschall Villars es vermögen würde einem Treffen auszuweichen, meinten Uxelles und Polignac, und dadurch die Verbündeten nöthigte, ihre Kraft an Belagerungen zu verwenden, so würde der Vortheil, den Frankreich aus den inneren Wirren von England ziehe, den Verlust von drei oder vier Hauptfestungen in diesem Feldzuge reichlich überwiegen.

Die zwei Franzosen schlossen mit den Worten, deren viele ihrer Bischöfe sich bedienten: Gott, der die Herzen der Könige lenke, bereite ohne Zweifel ein Heilmittel vor oder ein unvorhergesehenes Ereignis, durch welches er, indem er die Nationen, welche auf den Krieg ausgehen, unter einander zertrenne, sich für die Waffen ihres Königs und die Gerechtigkeit seiner Sache erklären wolle. —

Aus allen diesen Aeußerungen schloß Petkum, daß die französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg einen höheren Ton als bisher anschlagen, sogar den Abbruch provociren würden, und daß sie bereits ein Manifest vorbereiteten, welches den Vorwurf des Abbruches auf die holländischen Deputirten wälzen solle. Dies Manifest werde so gehalten sein, daß es ihren Parteigängern in England dienen könne, vor dem englischen Volke die Glaubwürdigkeit desselben höher zu stellen, als diejenige der Berichte der eigenen Minister.

Am 13. Juli fand die letzte Beredung in Geertruidenberg statt. Die holländischen Deputirten verlangten eine bestimmte Antwort auf

die Declaration, die Petkum früher überbracht habe. Die Franzosen erwiederten, daß sie Petkum nicht als dazu autorisirt angesehen hätten. Die Holländer wiederholten ihrerseits jene Declaration. Sie fügten hinzu, daß so lange nicht die Bevollmächtigten über die Räumung Spaniens und Westindiens eine Erklärung abgäben, die Conferenzen fruchtlos sein würden. Die Bevollmächtigten erwiederten: es sei unbillig, von Frankreich eine solche Erklärung zu verlangen, bevor es des Friedens versichert sei. Wenn die Verbündeten die Heimkehr der Bevollmächtigten verlangten, so sei es nur nöthig, ihnen den Tag des Aufbruches zu bestimmen. Die Deputirten beließen ihnen vierzehn Tage Zeit, vorher noch in Versailles anzufragen. Die Aeußerungen wurden gereizter. Van der Dussen warf den französischen Bevollmächtigten vor, daß sie nicht mit Aufrichtigkeit gehandelt. Polignac antwortete mit dem Vorwurfe der Undankbarkeit für die Republik, die bei ihrer Losreißung von Philipp II. ihre hauptsächliche Stütze an Frankreich gefunden [1]).

Am 20. Juli entsandten die französischen Bevollmächtigten von Geertruidenberg aus an Heinsius ein Schreiben, in welchem sie den Gang der Beredungen von Geertruidenberg dem Plane gemäß darstellten, nach welchem die französische Politik von Anfang an sie unternommen hatte, und dem Urtheile des gesammten Europa, ja sogar, wie sie sagten, der Bevölkerungen von England und Holland, überließen, die wahren Urheber der Fortsetzung des blutigen Krieges zu erkennen [2]).

Der Rathspensionär, welcher, gemäß der Verfassung der Republik, niemals officiell zu antworten hatte, übergab das Schreiben den Deputirten. Auch diese, die niemals einen Auftrag gehabt hatten zu unterhandeln, sondern lediglich zu hören, was die französischen Bevollmächtigten als Aequivalent für den Artikel 37 der Präliminarien vorschlagen würden, antworteten nicht aus sich, sondern gemäß der Resolution ihrer nächsten Principale, der Stände von Holland. Diese Resolution ging davon aus, daß das französische Schreiben wie eine Antwort sei auf die letzte, im Namen der verbündeten Mächte, von

1) Lamberty t. VI, p. 59.
2) Das Schreiben bei Lamberty t. VI, p. 60.

den zwei Deputirten gegebene Declaration. Aber das französische Schreiben gehe über die in der Declaration enthaltenen Vorschläge hinweg, erkläre die Erörterung derselben für unnütz, und breche dadurch die Beredungen ab. — Auf den weiteren Inhalt des französischen Schreibens ließ sich die Resolution der Stände von Holland nicht ein.

Dagegen geschah dies durch eine ausführliche Resolution der Generalstaaten, vom 27. Juli [1]). Sie wies mit Nachdruck darauf hin, daß, nach der beiderseitigen Anerkennung der Präliminarien bis auf den Artikel 37, nur dieser Artikel zur Discussion gestanden, und daß daher die Restitution von Spanien und Indien immer das Fundament der Beredung gewesen sei. „Dies ist so augenscheinlich, sagt die Resolution, daß es gar nicht zu fassen ist, wie sonst der König von Frankreich ohne Schwierigkeit die Restitution von Spanien und Indien selbst vor dem Eingehen in die erste Verhandlung, vom April und Mai 1709, hätte versprechen können, weil man im anderen Falle ja annehmen müßte, daß der König von Frankreich von Anfang an die verbündeten Mächte habe täuschen wollen, indem er versprach, was zu halten weder in seiner Macht, noch in seinem Willen stand. Dies ist nicht anzunehmen, weil es an seiner Ehrlichkeit zweifeln hieße, um so weniger weil damals einer der französischen Minister (Torcy) hier aussprach, Philipp V. würde vielleicht eher in Versailles sein als er. Dies ist der augenscheinliche Beweis, daß man damals gar keinen Zweifel hegte an der Ausführbarkeit einer Sache, die man jetzt als unmöglich hinstellt."

Wir haben damals (S. 239 u. f.) vernommen, daß, nach dem Berichte einer der Regel nach wohl unterrichteten Persönlichkeit in Paris, der Umschlag im Conseil Ludwigs XIV. erfolgt sei durch das entschiedene Auftreten des Dauphins für seinen zweiten Sohn.

„Das gesammte Verhalten der französischen Seite bei diesem Anlasse — so schließt die Resolution der Generalstaaten — legt klar zu Tage, daß ihre Theilungsvorschläge, so wie alles Andere was sie vorgebracht, nur darauf berechnet waren, unter den verbündeten Mächten Eifersucht und Uneinigkeit zu erregen, um dadurch den eigentlichen Zweck zu erreichen, nämlich Spanien und Indien zu behalten,

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VI, p. 65 et suiv.



obwohl die Rückgabe derselben das Fundament der ganzen Unterhandlung war. Eben dahin zielt die Berufung an die Unterthanen von England und der Republik gegen ihre Regierungen, als wenn diese die Schuld trügen an der Fortdauer des schweren und blutigen Krieges. — Sie, die Feinde, vielmehr haben keinen ernstlichen Willen zum Frieden bewiesen, sondern haben die Beredungen abgebrochen, ohne auch nur einen Faden zur Wieder-Anknüpfung zu belassen. Daher bleibt uns und unseren Verbündeten nichts übrig als den Krieg mit allem Nachdrucke fortzusetzen."

Die Häupter der verbündeten Mächte sprachen den Generalstaaten für ihre Haltung in der ganzen Sache ihre volle Anerkennung aus. Um ihnen dies in besonderer Weise kund zu thun, redete das kaiserliche Schreiben sie an als Hochmögende (Celsi ac Potentes), welcher Titel ihnen bis dahin vom Kaiserhofe nicht gegeben war [1]). Die Königin von England ließ sofort, am 7. August, durch Lord Townshend ihre volle Zustimmung zu der Resolution vom 23. Juli aussprechen. Sie ließ ausdrücklich hervorheben, daß es unerhört und beispiellos sei, die Unterthanen von Groß-Britannien und der Republik zur Kritik der Handlungen der verbündeten Mächte aufzufordern. Sie ließ endlich den Generalstaaten ihren festen Entschluß verkündigen, im Vereine mit ihren Verbündeten die nachdrücklichsten Maßregeln zur Fortführung des Krieges zu treffen, bis man einen sicheren und ehrenhaften Frieden erlangen könne [2]).

So mochte es also damals, im Beginne des Monates August, scheinen, als ob Ludwig XIV. durch den Rückschlag seines Täuschespieles von Geertruidenberg die Allianz wider ihn neu gekittet habe. Aber es war die Frage, ob oder wie lange noch eine solche officielle Sprache von London aus dem wirklichen Stande der Dinge entsprach. Aus dem Berichte Petkums über die Reden von Uxelles und Polignac zu ihm haben wir vernommen, daß sie die Conferenzen abbrechen wollten, weil die Dinge in England dahin gekommen seien, daß eine für Frankreich günstige Wendung bevorstehe. Wir haben also unsere Blicke wieder nach England zu wenden.

---

1) Lamberty t. VI, p. 78.

2) A. a. O. p. 77.

Fortentwickelung der Krisis in London, im Juli und August.

Wie von Versailles aus mit Hoffnung, so schaute man vom Haag, von Wien, von Barcelona, von Hannover aus, im Juli und August, mit steigender Besorgnis nach London. Am 11. Juli zeichnet der kaiserliche Resident Hoffmann die Lage der Dinge dort mit folgenden Worten: „Das Triebrad dieser Hof-Cabale ist Sir Robert Harley, neben ihm die Herzoge von Shrewsbury und Somerset, die Grafen Rivers und Peterborough, ferner die Favoritin Frau Masham. Gegen die Integrität und Capacität der Meisten von ihnen wäre viel einzuwenden. Diese Cabale hat die Königin so für sich eingenommen, daß es in ihrer Macht steht, sowohl das Ministerium völlig zu verändern als das Parlament aufzulösen. Es fehlt ihnen aber an Muth, die Sache auf einmal so weit zu treiben. Denn im Falle nachtheiliger Folgen daheim oder außer Landes würden sie sich eine so schwere Verantwortung aufbürden, daß in einem neuen Parlamente die Tory-Partei nicht ausreichen würde und vielleicht auch nicht einmal Willens wäre, sie davon zu erretten. Erstlich nämlich ist eine Tory-Mehrheit in einem neuen Parlamente nicht sicher. Die Parteien haben vor einigen Tagen in der Hauptstadt selbst ihre Stärke erprobt. Es handelte sich um die jährliche Wahl der zwei Sherifs, bei welcher jeder Bürger das active Wahlrecht hat. Jede der Parteien hat das Mögliche aufgeboten, um diese zwei Aemter, welche für das Criminal-Verfahren eine ganz besondere Bedeutung haben, für sich zu gewinnen. Die Whigs haben dabei mit fünffacher Ueberlegenheit den Sieg davon getragen. Das gibt der Cabale doch Einiges zu denken. Aber auch selbst, wenn die Tories in einem neuen Parlamente die Mehrheit erlangten, so würden doch immer die Whigs eine starke Minderheit ausmachen. Wenn nun das Gemeinwohl durch die Aenderungen der Cabale nachweislich Schaden erlitten hätte, so würden auch einige wohlgesinnte Tories mit den Whigs gehen. Derartige Erwägungen halten von extremen Entschlüssen zurück, machen dagegen geneigt zu Ausgleichs-Versuchen."

„Diese sind zur Zeit im Gange und mehrere der Whigs sind dazu bereit. Haben die Versuche Erfolg, so würde das Geschehene in

Vergessenheit gestellt und die Dinge wesentlich in dem Stande verbleiben, wie sie zur Zeit sind. Treibt dagegen die Cabale die Sache weiter, so wird für gewis gehalten, daß weder Marlborough noch Godolphin in ihren Stellen verbleiben können" [1]).

In den nächsten Tagen stiegen noch die Bedenken am Hofe gegen Neuwahlen und demnach auch gegen die Auflösung des Parlamentes. Zugleich ward es offenkundig, daß der Treasurer Godolphin das ganze Gewicht, das er bei der Königin noch besaß, gegen eine Auflösung des Parlamentes in die Wage gelegt hatte. Von dem Tage an, wo dies geschähe, hatte er ihr erklärt, würde ihre bisher ruhmreiche Regierung für sie eine Kette von Unannehmlichkeiten und Bekümmernissen sein. — Aber zugleich ward sichtbar, daß Godolphin sich völlig auf sein eigentliches Amt beschränkte, daß die Gnadenerweisungen der Königin, die früher durch seine als des ersten Ministers Hände gingen, nun durch Shrewsbury übermittelt wurden. Zugleich wandelte sich bei den Gesandten der bisher für die Juntilla übliche Name der Cabale in denjenigen des neuen Ministeriums, obwohl aus ihr nur Shrewsbury ein neu ernannter Minister war [2]).

Ein neuer Incidenz-Punct ergab sich durch die Antwort der Generalstaaten auf die Zusicherung, welche, nach der Entlassung von Sunderland, die Königin durch den Staats-Secretär Boyle allen verbündeten Mächten hatte zugehen lassen, daß sie weitere Veränderungen nicht beabsichtige. Wir haben gesehen, daß die Häufung dieser Versicherungen damals dem kaiserlichen Residenten Hoffmann sehr auffallend erschien, daß er geneigt war, dahinter die Absicht des Gegentheiles zu vermuthen. Jedenfalls aber durfte die englische Regierung auf solche Zusicherungen einer Antwort entgegen sehen.

Es ist nun dabei sehr auffallend, daß auch schon früher einmal, vor jenen Zusicherungen vom 14./25. Juni, sich in London das Gerücht verbreitet hatte, daß die Republik der Niederlande Vorstellungen gegen eine Aenderung des Ministeriums erhoben habe. Der holländische Gesandte Vrybergen, von den kaiserlichen Vertretern darüber

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. Juli.

[2]) Die Berichte der kaiserlichen Vertreter Gallas und Hoffmann, vom 15. Juli.



befragt, verneinte unbedingt. Demnach war das Gerücht grundlos. Dennoch erhielt es sich. Man vernahm von einigen Tories die Rede: es sei eine unerhörte Anmaßung, daß eine fremde Macht sich in englische Angelegenheiten einmische und der Königin vorschreiben wolle, welcher Minister sie sich zu bedienen habe. Die Reden zielten dann auf Marlborough, der, wie man behauptete, um seines eigenen Interesses willen solche Remonstrationen von Holland aus zu Wege gebracht habe. — Da eine officielle Remonstration vom Haag aus jedenfalls nicht gemacht war, so war das Gerücht wie die Reden darüber auffallend [1]).

Aber das damalige Gerücht beschränkte sich nicht einmal auf London. Wir haben das Echo desselben vernommen aus den Reden der französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg zu dem Unterhändler Petkum. „Gegenwärtig, sagten sie, haben bei der Königin Persönlichkeiten Zutritt, welche sie aufmerksam darauf machen, daß sie sich eine solche Einmischung nicht gefallen lassen darf."

Andererseits aber waren jene Zusicherungen nach der Entlassung Sunderlands derartig gehalten, daß eine Antwort darauf wie eine Pflicht der Höflichkeit erscheinen durfte.

Godolphin hatte sofort, am 16./27. Juni, an Marlborough seinen Rath überschrieben, wie etwa die Antwort der Generalstaaten einzurichten sei. „Der beste Gebrauch, der nach unserer (seiner und der Whigs) Ansicht von jener Zusicherung gemacht werden kann, ist eine Antwort durch Vrybergen, daß sie über das mit Sunderland, den sie als warmen Freund ihrer selbst und der gemeinen Sache kennen, Geschehene sehr betroffen, dagegen sehr erfreut seien zu vernehmen, daß die Königin weitere Veränderungen nicht beabsichtige. Wenn jedoch der geringste Gedanke da sei das Parlament aufzulösen, wie die Freunde Frankreichs in der Republik mit Fleiß ausstreuen: so werde es durchaus unmöglich sein, die Bevölkerung der Republik abzuhalten, kopfüber in einen Frieden nach dem Willen Frankreichs zu rennen, und den Kaiser und die Königin sich selber zu überlassen" [2]).

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. Juni.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 445.

In ähnlicher Weise fiel die Resolution der Generalstaaten aus, welche zur Kundgebung an die Königin dem holländischen Gesandten Vrybergen in London übermittelt wurde. Er begab sich damit zu Godolphin. Dieser antwortete, daß er, für sich persönlich mit der Resolution einverstanden, dennoch weniger als ein Anderer urtheilen könne, wie die Königin sie aufnehmen würde. Er empfahl dem Gesandten, darüber mit dem Herzoge von Somerset zu reden, der weniger hinterhaltig sei als andere Mitglieder der Cabale. Vrybergen folgte dem Rathe. Demnach erhielt die Umgebung der Königin eine Kunde der Resolution vor der officiellen Uebergabe [1]).

Vrybergen erbat und erhielt dann eine Audienz. Er begann, daß er eine Resolution seiner Principale erhalten, daß der Inhalt derselben allzu wichtig, als daß er ihn in seine eigenen Worte fassen dürfe, und daß er daher um die Erlaubnis ersuche, die Resolution in englischer Uebersetzung zu verlesen. Es geschah. Dann überreichte er eine von ihm unterzeichnete Abschrift. Die Königin nahm sie an mit der Bemerkung: „Diese Sache ist von so großer Wichtigkeit und solcher Art, daß es einige Zeit erfordern wird, sie reiflich zu überlegen, um eine Antwort darauf ertheilen zu können.“ Der Bericht Vrybergens darüber bei den anderen Gesandten rief bei Allen die Ansicht hervor, daß jene Antwort der Königin vorher berathen und festgestellt sei [2]).

In den nächsten Tagen erging in den höheren gesellschaftlichen Kreisen von London das Gerücht: der holländische Gesandte habe eine Denkschrift eingereicht, zu dem Zwecke der Königin von einer Auflösung des Parlamentes abzurathen: das sei eine Einmischung in die Angelegenheiten der Königin. — Die Gesandten bemüheten sich die Thatsachen richtig zu stellen. Vrybergen, sagten sie, habe nicht eine Denkschrift überreicht, sondern eine Antwort der Generalstaaten auf die Versicherung der Königin, daß sie nichts vornehmen werde, was der allgemeinen Sache zum Nachtheile gereichen könne. Demnach seien die Generalstaaten nicht aus sich, sondern auf eigenen Anlaß der Königin in die Sache eingegangen.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 15. Juli.

[2]) Desgleichen.



Die Gesandten hielten ferner entgegen, daß es Verhältnisse und Persönlichkeiten gebe, bei denen alle Mitglieder der Allianz betheiligt seien. Wenn der Kaiser den Prinzen Eugen, die Generalstaaten den Rathspensionär Heinsius entlassen wollten, so würde die gesammte englische Nation sich dabei mit betroffen fühlen und ihrer Meinung Ausdruck geben.

Auf solche Darlegungen entgegneten die Anhänger der neuen Partei: nirgends anderswo sei etwas Aehnliches vorgekommen wie in England, wo man der Königin durch eine Parlaments-Adresse den Zwang habe anthun wollen, die Persönlichkeiten ihrer nächsten Umgebung nicht nach eigenem, sondern nach fremdem Willen zu wählen. „Immerhin, erwiederte der Graf Gallas einem Mitgliede der Juntilla, mag man diesen Plan gehabt haben: die Erfahrung beweist, daß er nicht zur Ausführung gekommen ist. Und wie empfindlich auch die Königin dadurch berührt worden sein mag, so ist das doch nicht zu vergleichen mit dem Gefühle, welches die Königin haben würde, wenn in Folge ihrer Schritte das Glück und das Heil der gesammten Nation, ja von ganz Europa, in die äußerste Gefahr geriethe, und der große Name und Ruhm, den sie durch ihre bisherigen Berather erworben, vor der Welt verdunkelt und verloren würde" [1]).

Derartige Reden verhallten wirkungslos. Ein wichtigeres Hemmnis für die neue Partei war die Frage des Credites. Es ergingen, unter der Hand, Erkundigungen an die Reichen unter den Tories, ob man im Falle der Auflösung des Parlamentes, in Betreff des Vorschusses der Gelder, sich auf sie verlassen könne. Die Antworten lauteten verneinend. Dies war von besonderer Wichtigkeit. Denn, wenn aus Mangel der Vorschüsse, die bis dahin der Schatzverwaltung immer zu Gebote gestanden, der Krieg nicht fortgeführt werden konnte, so geriethen die Urheber der Aenderung in die Gefahr, zur Rechenschaft gezogen zu werden, und zwar Shrewsbury noch mehr als Harley, weil jener äußerlich als das Haupt der Cabale erschien, deren Seele Harley war. Deshalb stiegen, um die Mitte Juli, die Aussichten auf ein Compromis mit der Whig-Partei, und verstärkten sich durch das Gerücht, daß sich die Königin nach Windsor begeben werde; denn,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 15. Juli.



wenn sie das Parlament auflösen wolle, meinte man, so würde sie London nicht verlassen [1]).

Mit besonderer Verwunderung aber beobachteten, bei der Verworrenheit dieser Dinge, die fremden Gesandten die Häupter der Whig-Partei. Im Winter zuvor hatte man sie auftreten sehen, als seien sie völlig die Meister. Nun waren sie verzagt, kleinmüthig, so daß man sie nicht hörte, noch sah. Sie hofften, durch Unterhandlung aus dem Schiffbruche ihrer Macht ein Jeder für sich noch einen Theil zu retten [2]). Dagegen würde es nicht richtig sein anzunehmen, daß Harley bei diesen Unterhandlungen nur darauf ausging, die Whigs hinzuhalten und zu täuschen. Er war ja der Trimmer, der ein Ministerium bilden zu können vermeinte aus Mitgliedern beider Parteien. Wenn aber das Parlament aufgelöst und demgemäß, nach der Erwartung Aller, die Neuwahlen den Tories die Mehrheit geben würden, so war die unvermeidliche Consequenz ein Tory-Ministerium.

Inzwischen erhielt der Holländer Vrybergen eine Antwort auf die von ihm eingereichte Resolution der Generalstaaten, die formell, weil sie selber eine Antwort war, einer solchen nicht bedurft hätte. Es kam dem neuen Ministerium, wie man es bereits häufig nannte, dabei sehr gelegen, daß inzwischen auch vom Berliner Hofe eine Antwort auf die Versicherungen vom 15./26. Juni eingelaufen war.

Friedrich I. ließ darin sagen, daß er für die Mittheilung danke, daß er über die einheimischen Angelegenheiten der Königin sich kein Urtheil erlaube, sondern sich versichert halte, daß die Königin nichts unternehmen werde, was nicht sowohl zu ihrem eigenen Besten gereiche als dem Gemeinwohle diene. — Man vermuthete, daß der Botschafter Lord Raby in Berlin, welcher der Cabale in London nicht fern stand, die Antwort von dort so eingerichtet habe. Die Partei Harley benutzte nun dieselbe so, daß das dem Holländer Vrybergen übergebene Schriftstück ihm die preußische Antwort mit begleitendem Lobe verkündigte, über die eigentliche Frage dagegen, diejenige der Auflösung oder Nicht-Auflösung des Parlamentes, mit Schweigen hinwegging [3]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 18. Juli.

2) Bericht des Grafen Gallas vom 18. Juli.

3) Hoffmanns Bericht vom 22. Juli.



Das Schweigen bewies nicht bloß, daß die Berather der Königin sich noch nicht aussprechen wollten, sondern auch daß sie es noch nicht wagten ihren Entschluß zu fassen. Godolphin hielt an der Hoffnung fest, daß sie es überhaupt nicht wagen würden. Wenn aber doch, so machte er kein Hehl aus seinem Entschlusse, der Schmach der Entlassung, wie er sagte, durch seinen Verzicht zuvorzukommen. Man nahm an, daß dann auch Marlborough zurücktreten werde. Auch diese Eventualität ward in der Umgebung der Königin erwogen, und es erhob sich noch im Laufe des Monates Juli die Rede, daß dem Kurfürsten Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg das Commando in den Niederlanden angeboten werden solle[1]). Ein Versuch in dieser Richtung wurde erst später gemacht, und wir werden dann den Verlauf der Sache im Zusammenhange zu überblicken haben.

Inzwischen trafen gegen das Ende des Monates Juli in London die Nachrichten von dem hochmüthigen Auftreten der französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg ein. „Und dennoch weiß man noch nicht, meldet Hoffmann am 29. Juli, was die fünf Personen, welche die Macht in Händen haben, sowohl über dieses Königreich als über die Interessen von ganz Europa zu entscheiden, beschließen werden. Von allen Orten her hören sie und sehen sie, daß der König von Frankreich seine ganze Hoffnung auf die Auflösung des Parlamentes setzt, daß der öffentliche Credit täglich abnimmt, daß er bei einer Auflösung des Parlamentes völlig zu Boden sinken wird, daß dann eine Fortsetzung des Krieges unmöglich, und daß die Verantwortung für alles das auf sie fallen muß. — Aber die Furcht, die sie ihrer bisherigen Schritte wegen vor dem Parlamente haben müssen, überwiegt in ihnen alle andere Gedanken, und sie halten sich nicht für sicher, bis sie zum Aeußersten schreiten und ein neues Parlament einberufen, in der Hoffnung auf die Tories. Aber die Whigs werden auch nicht ruhen, und im Falle eines Unglückes könnte es geschehen, daß die gesammte Nation sich gegen die Urheber des Unglückes wendete. Dann würden die Tories, zu deren Partei diese fünf Persönlichkeiten nicht gehören, sie nicht schützen" [2]).

---

1) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 22. und 29. Juli.

2) Hoffmanns Bericht vom 29. Juli.



Der Bericht zeichnet uns die Stimmung des Tages, und in derselben den Fluß des Werdens der Dinge. Er führt mit Nothwendigkeit zu der Frage, vor welcher der Berichterstatter abbricht: wie aber, wenn jene fünf Persönlichkeiten, die zu den Tories nicht gehörten, sich dennoch ihnen in die Armee warfen, um von ihnen geschützt zu werden? — Denn die Tory-Partei hatte ja von Anfang an als ihre Forderung und als die Consequenz der Aenderung hingestellt die Auflösung des Parlamentes.

So weit jedoch war man bis zu Ende Juli noch nicht gekommen. Die Unterhandlungen der Cabale mit den Whigs, die noch fast alle ihre Aemter inne hatten, durch Lord Halifax, dauerten fort. Der kaiserliche Gesandte Gallas befragte Godolphin, ob nicht die Kunde des hochmüthigen Briefes der französischen Bevollmächtigten aus Geertruidenberg an den Rathspensionär Heinsius für einen Ausgleich förderlich wirken werde. Godolphin entgegnete: „Noch ist nichts beschlossen, und die Nachricht jenes Briefes sollte allerdings dem gehofften Ausgleiche zu statten kommen; denn im anderen Falle würde es scheinen, als wollten wir fortan auf dem Kopfe und nicht mehr auf den Füßen gehen" [1]).

Die Hoffnung des Grafen Gallas stieg darum freilich nicht. „Ich fürchte, fügt er hinzu, daß nicht die gesunde Vernunft, sondern die Leidenschaften des Ehrgeizes und der Rachgier den Sieg davon tragen werden. Gott gebe, daß mein Urtheil falsch sei, und daß die gute Königin, die sich in dies gefährliche Spiel hat hinein verlocken lassen, noch zu rechter Zeit erleuchtet und auf einen besseren Weg geleitet werde, bevor derjenige, auf welchem sie jetzt wandelt, nicht bloß über die englische Nation, sondern über ganz Europa schweren Nachtheil bringen kann."

Für einige Tage schien dennoch die Hoffnung zu steigen, daß ein Ausgleich mit der Whig-Partei zu Stande kommen und das Parlament nicht aufgelöst werde. Man beobachtete, daß der Abbruch der Verhandlungen von Geertruidenberg und damit die Entfernung der Friedensaussicht auf den Cours der Bank-Actien keine Wirkung geübt hatte, daß dagegen diese Papiere, auf die Kunde jener Hoffnung, in

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 29. Juli.



zwei Tagen um vier Percent stiegen. Es war der augenfällige Beweis, daß die Finanz-Welt die Fortdauer des Krieges bei weitem weniger fürchtete als die Auflösung des Parlamentes[1]). — Andererseits hielt man dafür, daß die Entfernung der Friedensaussicht die Juntilla nachgiebiger gemacht habe. Denn sie hatte, im Frühling, ihr Werk der Aenderung begonnen in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden, und es scheint ihr bis dahin nicht zur Klarheit gekommen zu sein, daß gerade sie für Ludwig XIV. das stärkste Motiv dargeboten hatte, sich in die ihm vorgeschriebenen Bedingungen des Friedens nicht zu fügen.

Aus der Stimmung dieser wenigen Tage erfloß jener Auftrag an den Lord Townshend im Haag, den Generalstaaten die Befriedigung der Königin auszusprechen über ihre Resolution vom 27. Juli. Wir haben vernommen (S. 451), in welcher Weise Townshend den Auftrag ausführte, am 7. August.

An diesem Tage war in London die Stimmung bereits wieder gesunken. Es verlautete, daß die Königin wegen eines Anstoßes der Gicht nicht nach Windsor gehe, sondern in Kensington verbleibe. Man nahm dies für einen Vorwand. Die wahre Absicht der Königin sei, sagte man, in Kensington desto füglicher an den Geschäften, namentlich auch der eventuellen Wahlen, Antheil zu nehmen. Die Actien waren wieder im Sinken. Es zeigte sich ferner, wie richtig die französischen Bevollmächtigten in Geertruidenberg in ihrem Schreiben an Heinsius auf die Stimmung der neuen Partei in England gerechnet hatten. Officiell hatte die Königin durch Townshend im Haag ihre Entrüstung darüber aussprechen lassen, daß die Franzosen an das Urtheil ihrer Unterthanen Berufung einlegten. Aber der Juntilla, deren Rathe sich die Königin hingegeben, kam die Anklage, deren wegen die Franzosen jene Berufung erhoben, nämlich die Anklage auf das Hinschleppen des Krieges, sehr gelegen; denn das war ja eben dieselbe Beschuldigung, welche die Juntilla gegen Marlborough erhoben hatte[2]).

Die Ausgleichs-Verhandlungen zwischen der Juntilla und der Whig-Partei wurden jedoch noch fortgesetzt. Die Frage der Entscheidung

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. August.

[2]) Desgleichen vom 5. August.



war noch nicht unmittelbar dringend. Gemäß der Unions-Acte von 1707 mußte die Berufung eines neuen Parlamentes der Versammlung desselben um fünfzig Tage vorausgehen. Der Regel nach begann die Session vor der Mitte November (a. St.). Demnach hatte, im Anfange August, die Regierung noch reichlich einen Monat Zeit, sich über die Frage der Beibehaltung oder Auflösung des Parlamentes zu entschließen. Ein anderes Verhältnis dagegen verkürzte die Frist. Wenn die Regierung die Partei, auf welche sie sich stützte, wechseln wollte, so pflegte sie vor dem Erlasse der Proclamation auch die Statthalter der Provinzen und die Friedensrichter im Sinne der neuen Richtung zu ändern, um auf den Einfluß derselben für sich rechnen zu können. Dies Mal war ein solches Verfahren um so sicherer vorauszusehen, da, im Falle der Auflösung, für die Juntilla an dem Ausfalle der Wahlen ihre ganze Wohlfahrt hing. Sobald also eine Aenderung der Gouverneure und Friedensrichter erfolgen würde, hatte man, auch vor jeder Proclamation, mit Sicherheit die Auflösung des Parlamentes zu erwarten. Und noch weiter folgerte man. Ein Wechsel jener Organe der Regierung konnte nicht anders geschehen als durch den ersten Rath der Krone. Da der Treasurer Godolphin sich dazu nicht verstehen würde, so war das Erste, was man im Falle des Entschlusses zur Auflösung des Parlamentes zu erwarten hatte, die Entlassung Godolphins [1]).

Von Seiten der Tory-Partei, welche von Anfang an darauf gerechnet hatte, daß die Verwirrung zu ihrem völligen Siege ausschlagen würde, vernahm man in Betreff eines künftigen Friedensschlusses bereits sehr bedenkliche Reden. Der Friede sei nothwendig, sagten sie. Um ihn zu erlangen, könne das Haus Habsburg sich begnügen mit Italien, die Republik der Niederlande mit einer guten Barriere, der Herzog Victor Amadeus mit seinen gemachten Eroberungen. Wenn dann auch Spanien und beide Indien dem Herzoge von Anjou verblieben, so werde dieser doch ein guter Spanier werden und das spanische Interesse dem französischen vorziehen. England dagegen habe und wolle vom Kriege keinen Vortheil als die Sicherheit des Handels [2]).

---

1) Hoffmanns Bericht vom 28. Juli/8. August.

2) Desgleichen.



„Dies sind nicht, fügt der kaiserliche Resident Hoffmann seinem Berichte darüber hinzu, Reden von geringen Personen, sondern von vornehmen. Hält man dies zusammen mit demjenigen, was die Juntilla offen ausspricht, daß man auf alle Weise den Frieden haben müsse — erwägt man ferner, daß der König von Frankreich fest hält an der Hoffnung, Spanien und Indien für seinen Enkel behaupten zu können: so folgt daraus mit Nothwendigkeit die Besorgnis, daß man hier, um dem Kriege ein baldiges Ende zu machen, den Entschluß fassen dürfte, sich mit Frankreich auf diesen Theilungsplan einzulassen. Noch diesen Morgen hat sich der Herzog von Buckingham, bevor Harley zu ihm gekommen, dem portugiesischen Gesandten gegenüber verlauten lassen: so lange die Generale an der Spitze der Armee im Felde, sei auf einen Frieden nicht zu hoffen. Im nächsten Winter jedoch würden sich schon Anlässe ergeben, Schritte in dieser Richtung zu thun."

Der Bericht ist für die Klarstellung der Geschichte jener Zeit von besonderer Wichtigkeit. Er zeigt, daß nicht erst im Jahre 1711 oder gar nach dem Tode des Kaisers Joseph I., im April 1711, in England der Gedanke sich erhob, Philipp V. als König von Spanien zu belassen, sondern daß er von Anfang an, wenn nicht Gemeingut der Tory-Partei war, so doch in derselben offen erörtert wurde.

Am 30. Juli/10. August ließ die Königin den Cabinetsrath über die Frage einer abermaligen Vertagung des Parlamentes berathen. Graf Orford, eines der Mitglieder der Whig-Junta, der frühere Admiral Russel, benutzte den Anlaß, um die Frage der Auflösung anzuregen. Er fuhr mit Heftigkeit heraus: er könne sich nicht einbilden, daß die Königin dergleichen Gedanken hege, noch weniger glauben, daß ein Unterthan es wagen würde, ihr einen solchen Rath zu ertheilen; denn das sei mit Leib und Leben zu verantworten [1]). — Die Königin, ganz verstört, faßte sich doch wieder dahin zu sagen: es handele sich hier nicht um die Auflösung, sondern um eine abermalige Vertagung. Die Vertagung ward ausgesprochen bis zum 26. September (a. St.). Bis dahin mußte es sich zeigen, ob sich die Veränderung auf die Person des Lords Sunderland beschränken werde.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1./12. August.



Die Hoffnung der Whigs stieg allerdings wieder, weil sie bei ihren Gegnern Furcht zu bemerken glaubten. Man erfuhr, daß Harley sich über Mangel an Resolution bei der Königin beklage. Aber, wenn man auch bei Harley kein Bedenken voraussetzte, so doch um so mehr bei Shrewsbury, der vor der Oeffentlichkeit als das Haupt der Juntilla erschien. — Dann schien auch die Lage der Dinge nach außen hin nicht unglücklich zu liegen. Frankreich hatte allerdings die Beredungen von Geertruidenberg abgebrochen; aber es war ihm kein Vortheil zugewachsen, der das Bedürfnis dort nach dem Frieden minder dringend gemacht hätte. Die Gefahren des nordischen Krieges, die im Beginne des Jahres bedrohlich erschienen, hatten seitdem an Intensität verloren. Der Stand der Dinge im Nordosten war eher günstig für die verbündeten Mächte. Im Südosten setzte die Türkei den Bemühungen des Schwedenkönigs in Bender und des Franzosen Desalleurs in Constantinopel, sie in die Waffen zu bringen, noch ihren Widerstand entgegen [1]).

Entlassung des Treasurers Godolphin.

Während dieser Lage der Dinge war bei Gallas ein Handschreiben des Kaisers Joseph I. an die Königin Anna eingetroffen, als Antwort auf die Versicherungen von Shrewsbury an Gallas, vom 13./24. Juni, die nachher die Königin persönlich ihm bestätigt hatte. Dies wichtige Handschreiben lautet wie folgt [2]).

„Madame. Der Graf Gallas hat mir gemeldet, daß Ew. Majestät beschlossen hatte, dem Lord Sunderland das Amt des Staats-Secretärs zu nehmen, und zugleich mir Kunde dessen gegeben, was Sie ihm durch den Herzog von Shrewsbury darüber haben andeuten lassen. Da die Handlungen Ew. Majestät sich immer regeln nach der großen Einsicht und Gerechtigkeit, welche von jeher sie begleitet, so trete ich nicht ein in eine Erörterung der Gründe, welche Sie bei diesem Entschlusse geleitet haben können, um so weniger, da die

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 1./12. August.

[2]) Anlage II.



Souveräne für ihre Handlungen Niemandem Rechenschaft ablegen. Dagegen muß ich Ew. Majestät Dank sagen für die Aufklärungen, welche Sie die Gewogenheit gehabt haben, mir durch den Herzog von Shrewsbury über Ihre fernere Absichten zu geben. Denn nachdem die Kunde der Entlassung des genannten Lords aus den Gründen, die Ew. Majestät vorhergesehen, mich in große Besorgnis versetzt hatte, bin ich davon frei geworden, sobald ich vernommen habe, daß dies eine rein persönliche Angelegenheit sei, die sich beschränke lediglich auf seine Person, ohne andere Folgen, die ich mit den Verbündeten davon für die gemeinsame Sache fürchten könnte. Und in der That, wenn Ew. Majestät mich in Ungewisheit über Ihre Absichten belassen hätten und in Zweifel darüber, ob Ihre Gedanken, was Gott verhüten wolle, darauf ausgingen, die Sache weiter zu treiben, und sogar, wie das Gerücht meldete, bis zur völligen Veränderung des gegenwärtigen Ministeriums und zur Auflösung des Parlamentes zu schreiten — in diesem Falle würde ich, vermöge des Antheils, den ich an dem Ruhme Ew. Majestät, an Ihrer Erhaltung, so wie an dem Wohlergehen aller Alliirten nehme, mich für verpflichtet gehalten haben, Ihnen die durchaus verderblichen Folgen vorzustellen, die für die gemeinsame Sache daraus erfolgen würden. Ich gehe dabei hinweg über viele Erwägungen, die ich machen könnte, und hebe lediglich das Mistrauen hervor, welches Ihre Verbündeten und besonders die Generalstaaten von Beginn an und sehr natürlicher Weise über den Grund oder das Ziel einer solchen Veränderung fassen würden, sei es daß diese Veränderung beträfe das Ministerium, oder das Parlament vor dem Ablaufe der ordentlichen Zeit, oder auch beide zugleich, wo sie doch um das Gemeinwohl beide sich so verdient gemacht haben. Dieses Mistrauen würde ohne Zweifel das völlige Einvernehmen, welches bisher unter den Bundesgenossen geherrscht hat, und welches allein den Sieg über unsere Feinde verbürgen kann, verringern, ja vielleicht gar zersetzen. Was würde dann, bei einem so unheilvollen Vorfalle, aus der Frucht eines so blutigen und ruhmvollen Krieges werden? Wie würde es dann stehen um die Freiheit Europas? Welcher allgemeine Umsturz würde erfolgen in dem bisher so glücklichen System, das, errichtet durch die Kraft der Waffen, gesegnet ist von der Hand des allmächtigen Gottes!"

„Aber ich würde der großen Einsicht Ew. Majestät Unrecht thun, namentlich nach den Versicherungen, welche Sie mir haben geben lassen, wenn ich noch glauben oder selbst noch fürchten wollte, daß Sie jemals auf so unheilvolle Rathschläge hören könnten, oder nicht aus Sich die unglücklichen Wirkungen absähen, die daraus erfolgen müßten, und sie nicht auf alle Weise vermeiden würden. Dennoch kann ich, bei der Wichtigkeit der Angelegenheit, und bei der aufrichtigen Zuneigung, die ich für die geheiligte Person Ew. Majestät und für Ihre Interessen trage, nicht umhin, Sie inständigst zu bitten, das Ganze in dem bisherigen Stande zu belassen, und auch fernerhin sich eines solchen Parlamentes und eines solchen Ministeriums zu bedienen, welche bisher in ihrem Dienste für Ew. Majestät und für das Gemeinwohl sich so sehr ausgezeichnet haben. Denn Sie würden auch ja unter Ihren Unterthanen keine Persönlichkeiten finden, die vor dem Parlamente Ihre großmüthigen Absichten besser vertreten, oder Ihnen, sei es in Ihrem Rathe, sei es in der Führung Ihrer Waffen oder der Finanzen, mit mehr Eifer, Treue und allgemeiner Zustimmung dienen könnten, als diejenigen, welche zur Zeit die Ehre haben, sich in diesen Stellungen zu befinden, und in welche sowohl Ew. Majestät selber wie die Verbündeten ein gleiches Vertrauen setzen dürfen."

Dies Handschreiben hat für die damalige Verwickelung der Dinge in England eine andere Bedeutung erlangt, als die der Kaiser Joseph I. beim Abfassen desselben beabsichtigte. Darum ist es erforderlich, auf die Einzelnheiten des Verlaufes einzugehen.

Der Graf Gallas empfing das Handschreiben noch im Juli, getrauete sich aber nicht, nach der Erfahrung, die der holländische Gesandte Vrybergen gemacht, es sofort zu übergeben. Er schickte Abschriften an den Grafen Sinzendorf im Haag und an den Prinzen Eugen im Feldlager, und bat um ihre Ansicht. Prinz Eugen befragte Marlborough, der auch seinerseits ein Handschreiben des Kaisers erhalten hatte[1]). Die in dem kaiserlichen Schreiben ausgesprochene Hoffnung, daß die Königin bei der Besetzung der Ministerposten und in Betreff des Parlamentes Rücksicht nehmen werde auf das Urtheil der verbündeten Mächte, erregte Bedenken. Aber das Schreiben

[1]) Das Schreiben bei Coxe vol. III, p. 101.

war nun einmal da. Der Prinz Eugen und Marlborough entschieden sich für die Uebergabe, jedoch mit dem Rathe, daß der Graf Gallas vorher in einer Anrede die Königin der fortdauernd freundschaftlichen Gesinnung des Kaisers, den Umständen gemäß, versichern möge [1]).

Nach dem Empfange dieser Zustimmung begab sich der Graf Gallas zu Godolphin, an dessen Rath er durch kaiserlichen Befehl ausdrücklich gewiesen, wie er von der anderen Seite durch Marlborough bei Godolphin mit den Worten beglaubigt war: „Ich bürge Ihnen für die Ehrenhaftigkeit und Zuverlässigkeit des Grafen Gallas, und bitte Sie ganz offen und frei mit ihm zu reden" [2]). Gallas legte eine Abschrift des kaiserlichen Handbriefes vor, am 30. Juli/10. August. Godolphin las und erwiederte dann: er finde das Schreiben etwas stark und in die englischen Angelegenheiten tief eingehend. Dennoch sei er für die Uebergabe. Gallas berichtete dann, daß er zuvor das Gutachten des Prinzen Eugen eingeholt habe, und daß die Vota aller drei, des Prinzen Eugen, Marlboroughs, des Grafen Sinzendorf, für die Uebergabe seien. Auf diese Antwort fiel Godolphin ein: dann sei auch er um so mehr dafür. Wenn die Sache in Kensington verzweifelt stünde, so würde allerdings die Behändigung des Schreibens besser unterbleiben. Aber dies sei nicht der Fall. Er lebe vielmehr der Zuversicht, dies Handschreiben werde gute Wirkung thun [3]).

Demgemäß ersuchte Graf Gallas um eine Privat-Audienz und erhielt sie am nächsten Tage, dem 31. Juli/11. August. Er fügte der Uebergabe des Schreibens mit der Versicherung der freundschaftlichen Gesinnung des Kaisers einige Worte der Rechtfertigung bei, warum der Kaiser sich so weit in die Sache eingelassen, und bat um eine Antwort, welche die Feinde außer Hoffnung, die Freunde außer Furcht setzen würde.

Die Königin nahm das Schreiben. Sie antwortete, daß sie sich des Weiteren in demselben ersehen und dem Kaiser so bald wie möglich antworten werde.

---

[1]) Schreiben des Prinzen Eugen an den Grafen Gallas, vom 2. August, aus dem Lager bei Rebreuve.

[2]) Coxe vol. III, p. 102.

[3]) Außer den laufenden Berichten hat Gallas am 11./22. August noch einen ergänzenden Gesammtbericht gemacht.



Am anderen Tage, dem 1./12. August, machte Gallas dem Holländer Vrybergen Mittheilung des Geschehenen, ferner dem Lord Halifax und Anderen. Sie sprachen sämmtlich die Ansicht aus, daß das kaiserliche Handschreiben zur rechten Stunde eingetroffen sei. Sie wiederholten dies am nächsten Tage, mit dem Ausdrucke der Freude.

Sie alle hatten noch keine Ahnung, daß zur selben Zeit über dies Handschreiben eine andere Persönlichkeit eine noch größere Freude empfand, nämlich Sir Robert Harley.

Fassen wir, um uns dies völlig klar zu machen, nochmals die hauptsächlichen Momente des bisherigen Verlaufes des Wandels der Dinge in England zusammen.

Der sehnlichste Wunsch der Königin seit Jahren war, frei zu werden von dem Joche, wie sie einmal an Marlborough schrieb, der fünf tyrannischen Whig-Lords. Eben so sehr aber auch strebte sie frei zu werden von der lästigen Bevormundung der einst geliebten Freundin Missis Freeman. Dies war ihr erst gelungen in jener letzten Audienz im April, und vielleicht über ihr Erwarten. Sie hatte dann, auf den Antrieb ihrer geheimen Berather und im Vertrauen auf die eigene Popularität, es gewagt, ohne Vorwissen und ohne Zustimmung des langjährigen ersten Berathers Godolphin, selbständig einen Minister zu berufen, welcher folgerecht fortan höher in ihrem Vertrauen stand als Godolphin. Sie hatte dem anfangs widerstrebenden Marlborough gegenüber es durchgesetzt, den Gemahl und den Bruder ihrer geliebten Frau Masham zu Brigadiers zu ernennen. Sie hatte dann einen Hauptschlag geführt, indem sie das ihr persönlich am meisten verhaßte Mitglied der Whig-Junta, den Lord Sunderland, aus ihrem Dienste entließ. Sie war der Anerkennung ihrer Umgebung sicher, daß sie daheim als Königin handele.

Aber von der Entlassung Sunderlands an kamen nicht bloß die heimischen, sondern auch die auswärtigen Factoren in Betracht. Die Königin hatte, vom Beginne ihrer Regierung an, in der Ueberzeugung gelebt, daß nur der nachdrückliche Krieg gegen Frankreich ihr die Krone sichere. In dieser ihrer Ueberzeugung hatte sie, ob gern ob ungern, sich fügen müssen in das Ueberwachsen des Einflusses der Whigs als der eigentlichen Kriegspartei. Es liegt nicht vor, daß die Königin persönlich in der Meinung, daß in der Demüthigung Frankreichs die

Bürgschaft für die Sicherheit ihrer Krone liege, bis dahin wankend gemacht worden sei.

Die große Differenz zwischen ihren Ansichten und derjenigen ihrer Verbündeten bestand darin, daß diese das Ueberwiegen der Whig-Partei für die bisherige Politik wider Frankreich als unentbehrlich ansahen, daß dagegen die Königin, gemäß den Reden ihres geheimen Berathers Harley, dieselbe Politik nach außen festhalten zu können meinte, auch wenn sie ihre Minister wähle aus den verschiedenen Parteien.

Wie aber war von den bisherigen ersten Räthen der Krone, von Marlborough, von Godolphin, von den hauptsächlichen Whigs, loszukommen, ohne den Einspruch der Verbündeten wach zu rufen? — Die Cabale unter Harleys Führung entwarf den Plan, gerade den zu erwartenden Einspruch zu benutzen, um die Königin vorwärts zu treiben, oder auch, wenn der Einspruch nicht erfolge, ihn zu provociren, um ihn dann als fremde Einmischung geltend zu machen, welche die Königin sich nicht gefallen lassen dürfe.

Dieser Plan liegt an einer Reihe von Thatsachen zu Tage.

Wir haben gesehen, daß schon im Beginne des Monates Juni, vor der Entlassung von Sunderland, sich in London das Gerücht erhob: die Generalstaaten hätten gegen eine Aenderung des Ministeriums Vorstellungen erhoben, und daß dieses Gerücht sich als grundlos erwies (S. 453 u. f.). Wir haben ferner gesehen, daß die französischen Bevollmächtigten Uxelles und Polignac dem Vermittler Petkum gegenüber geltend machten: die Persönlichkeiten in der Umgebung der Königin würden darüber wachen, daß sie sich eine fremde Einmischung nicht gefallen lasse (S. 447).

Die Entlassung Sunderlands erfolgte mit der Versicherung, daß die Aenderung sich auf seine Person beschränken solle. Wir haben beobachtet, wie diese Versicherung gleich damals den Verdacht des kaiserlichen Residenten Hoffmann hervorrief, daß darunter sich eine andere Absicht verberge (S. 437). An sich schon machte eine solche Versicherung eine Antwort darauf zur Pflicht der Höflichkeit: diejenige gegenüber dem kaiserlichen Gesandten, von der Königin persönlich bestätigt, provocirte dieselbe geradezu.

Und daran tritt der arglistige Plan der Cabale um die Königin schärfer hervor. Es war mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß die

Mächte, welche auf eine solche Versicherung antworteten, dieser Antwort einen wirklichen Inhalt geben würden, der nach der Lage der Dinge das Ministerium oder das Parlament betreffen würde. Und dieser reelle Inhalt ließ sich dann verwenden als unberechtigte Einmischung, deren sich die Königin erwehren müsse.

In der That erfolgte ein solches Eingehen auf die Versicherung vom 14./25. Juni, gleich als hätte dieselbe einen wirklichen Inhalt, von fast allen verbündeten Mächten außer dem Könige von Preußen, der von Lord Rabys Hand geleitet, sich den Dank der englischen Juntilla erwarb. Zuerst von Seiten der Generalstaaten. Dann von Seiten des Kurfürsten Georg Ludwig von Braunschweig-Lüneburg. Da ein Gesandter desselben in London nicht anwesend, hatte Lord Townshend im Haag dem Gesandten Bothmar die Versicherung der Königin mitgetheilt. Der Kurfürst hatte durch Bothmar die schriftliche Antwort geben lassen: er hoffe, daß die Königin keine weitere Aenderung in einem so wohl verdienten Ministerium, noch so wohl gesinnten Parlamente vornehmen werde. Dies war die stärkste Antwort, die bis dahin erfolgt war. Aber es war den geheimen Berathern der Königin nicht gelegen, mit dem Kurfürsten als eventuellem Thronfolger in Differenzen zu gerathen. Ihm gegenüber schwiegen sie. Nur in den Kreisen der Gesandten verlautete die Kunde [1]).

Nun aber war das kaiserliche Handschreiben gekommen. Je entschiedener und bestimmter dasselbe lautete, desto günstiger war es für Harley, desto leichter ließ sich behaupten, daß dies Schreiben einen unberechtigten Eingriff in die Souveränetät der Krone von Groß-Britannien in sich schließe.

Solche Reden der Cabale thaten ihre Wirkung. Noch am selben Tage der Uebergabe des kaiserlichen Handschreibens, oder am nächsten, dem 1./12. August, faßte die Königin mit ihren geheimen Berathern den Beschluß, nicht dem Rathe und der Mahnung des Kaisers zu folgen, sondern das Gegentheil zu thun, und zwar zunächst Godolphin

---

1) Hoffmanns Bericht vom 1./12. August: Das neue Ministerium hat über diese Antwort nichts gesagt, sondern dieselbe gleichsam supprimirt, resp. der Succession.



zu entlassen und das Schatzamt einer Commission von fünf Personen zu übergeben [1]). Demnach hatten der Kaiser, der den Brief geschrieben, alle diejenigen, welche zur Uebergabe gerathen, Godolphin, der ihnen beigestimmt, Gallas endlich, der das Schreiben übergeben, sämmtlich gearbeitet für den einen Reineke Fuchs, Sir Robert Harley.

Dies ist der Kern des Herganges dieser Dinge. Aber der Beschluß ward nicht sofort offenkundig. Bis Harley sich der geeigneten fünf Personen für die Commission des Schatzamtes versicherte, verging noch eine Reihe von Tagen, während deren jener Beschluß verheimlicht wurde. Es ist von Interesse, zu beobachten, wie während dieser Zeit die Betheiligten, die Nicht-Wissenden und die Wissenden, gegen einander sich benahmen.

Am 3./14. August begab sich Gallas zu Shrewsbury. Er erinnerte daran, daß am 13./24. Juni Shrewsbury ihm die Intention der Königin bei der Entlassung Sunderlands kund gethan, meldete, daß er nun darauf ein Handschreiben des Kaisers überreicht, und sprach die Hoffnung aus, daß Shrewsbury, nach seiner weltberühmten Einsicht, allen erforderlichen Beistand thun werde, eine befriedigende Antwort zu erwirken. — Shrewsbury antwortete: die Königin habe ihm das Handschreiben sogleich gezeigt. Er habe über dasselbe zwei Reflexionen zu machen. Zuerst lege das Schreiben ihm bei, mehr gesagt zu haben, als er wirklich gesagt habe. Das Schreiben laute, als wenn er, Shrewsbury, gemeldet habe, daß keine weitere Veränderung im Ministerio erfolgen solle, wo doch die Versicherung, die er im Namen der Königin überbracht, nur dahin zu nehmen gewesen sei, daß die Entlassung Sunderlands dem Credite Marlboroughs zu keinem Nachtheile gereichen solle. Allerdings habe er dann auf die Frage von Gallas, ob die Entlassungen nicht weiter greifen würden, eine verneinende Ansicht ausgesprochen, nicht jedoch aus Befehl, sondern persönlich.

Die andere Reflexion, die er zu machen habe, sagte Shrewsbury, betreffe mit dem weiteren Inhalte auch die Form. Gallas selber

[1]) Correspondence of Sir Thomas Hanmer p. 127. Aus diesem Schreiben, abgefaßt am Morgen des 2./13. August, ergibt sich die obige Feststellung des Datums des Beschlusses.



würde vielleicht finden, daß der Stil des kaiserlichen Schreibens unter gekrönten Häuptern nicht bräuchlich sei. Es habe das Ansehen, als käme dieser Brief nicht von Wien.

Gallas antwortete zuerst auf die letztere Beschwerde. „Diese, sagte er, dürfte wohl am wenigsten gegen mich zu richten sein. Denn unter allen Gesandten hier kann wohl ich die meisten Beispiele aufzeigen, in welcher Weise die Königin in Sachen von geringerer Wichtigkeit bald bei dem Kaiser, bald bei dem Könige von Spanien ihre Officien mit gleichmäßigem Eifer geltend gemacht, ohne daß von Ihrer Seite gesagt werden könnte, daß der Kaiser und der König jemals dasjenige, was in guter Meinung für das allgemeine Beste geschrieben wurde, übel genommen hätten. — Dieses Handschreiben ist ferner nicht das erste, welches ich überreicht habe, so daß der Königin, zumal da es eigenhändig geschrieben, die Handschrift nicht unbekannt sein sollte.“ — Später kam der Graf Gallas noch einmal auf die Insinuation zurück, und sagte schärfer als zuvor: „Ich ersuche Sie meines Ortes, der Königin vorzustellen, wie empfindlich es dem Kaiser fallen muß, die Meinung zu vernehmen, als schriebe er Briefe nach fremdem Wunsche. Der Kaiser hat nicht nöthig gehabt, von anderer Seite her um dieses Handschreiben ersucht zu werden; denn meine Berichte und die wirkliche Lage der Dinge haben ihm Ursache genug zur Beunruhigung gegeben.“

Es kam dann der andere Punct zur Sprache, ob der Bericht des Grafen Gallas nach Wien der Erklärung des Herzogs von Shrewsbury an ihn, vom 13./24. Juni, entsprochen habe. Gallas wiederholte den Gang jener Unterredung, conform mit seinem damaligen Berichte (S. 437). „Sie haben ausdrücklich gesagt, schloß er, ich möge mich nicht durch das allgemeine Gerücht beunruhigen lassen, sondern fest glauben, daß die Königin nichts thun wolle, was bei den gegenwärtigen Conjuncturen nachtheilig werden könne. Nun wird man aber doch wohl nicht glauben machen wollen, daß, wenn die Königin fortfährt, Minister zu wechseln, oder gar das Parlament auflöst, dies mit jener Versicherung im Einklange stehe. In solchem Falle würde jene Versicherung gar nichts sagen.“

Shrewsbury dagegen hielt fest daran, daß seine Zusicherung so wie diejenige, die der Staats-Secretär Boyle im Namen der

Königin gegeben, über andere Minister als Sunderland nichts gemeldet.

Die Discussion wurde lebhafter. „Die Ausländer, sagte Shrewsbury, haben sonderbare Vorstellungen von unseren Angelegenheiten. Glauben Sie denn, daß das ganze Heil von England an den 500 Personen hangt, die zur Zeit im Unterhause sitzen? Ich sage Ihnen dagegen, daß ganz England sein Interesse kennt und wohl weiß, daß dieser Krieg mit Eifer fortzusetzen ist, bis daß man einen guten Frieden haben kann. Dieser Friede ist aber dann so bald wie möglich anzunehmen. Dagegen ist es eine harte Zumuthung an die Königin, Persönlichkeiten, die ihr zuwider sind, in ihrem Dienste behalten zu sollen."

Auf diese unklare Rede faßte der Graf Gallas seine Sätze scharf zusammen: „Es handelt sich jetzt darum, ob die Königin den Kaiser und die übrigen Verbündeten aus der Gefahr halten will, alle bisher errungenen Vortheile zu verlieren. Denn als eine solche Gefahr wird der Wechsel der Minister und die Auflösung des Parlamentes, welche das tägliche Gerücht in Aussicht stellt, vom Kaiser und den anderen Verbündeten aufgefaßt. Ich bitte Sie also zu erwägen, welchen Namen Sie Sich dadurch erwerben, daß Sie eine solche Gefahr verhindern helfen. Ueberlegen Sie die Wichtigkeit der Sache und stellen Sie dieselbe so vor, daß ich den Kaiser bald mit einer befriedigenden Resolution erfreuen kann."

„Hierauf, schließt Gallas, erhielt ich eine Antwort zwischen den Zähnen, die nicht wohl zu verstehen war. Sein Angesicht aber entdeckte mir die wahre Beschaffenheit der Sache dergestalt, daß ich sogleich an den Prinzen Eugen schrieb: die Furcht sei größer als die Hoffnung."

Jenes Wort Shrewsburys zu Gallas, daß das Schreiben seinen Ursprung nicht in Wien habe, verdient noch eine besondere Beachtung. Es kommt in jener Zeit nicht bloß dies eine Mal vor, daß von der englischen Regierung aus die Anklage erhoben wird, daß eine auswärtige Macht ihr Verhalten in Bezug auf England einrichte gemäß dem Wunsche oder der Bitte einer englischen Partei. Wo aber die Dreistigkeit vorhanden ist, eine solche Anklage dem Gesandten der betreffenden fremden Macht offen auszusprechen, da ist auch mit Recht

anzunehmen, daß dieselbe vor der Königin erhoben ist, daß also Harley und Shrewsbury vor der Königin geltend gemacht haben: das kaiserliche Handschreiben habe seinen Ursprung von der Whig-Partei.

In den nächsten Tagen sprachen der Holländer Vrybergen, so wie Lord Halifax wiederholt ihre Meinung aus, daß das kaiserliche Handschreiben eine günstige Wirkung thun werde. Namentlich Halifax war voll Hoffnung, daß eine Auflösung des Parlamentes nicht eintreten werde. Zwar verlautete, daß in einer Sitzung des Cabinetsrathes in Gegenwart der Königin zwischen Shrewsbury und Godolphin heftige Worte gefallen seien, welche mittelbar auch die Königin berührten. Aber die laufenden Geschäfte gingen wie bisher. Die Gefahr weiterer Entlassungen schien völlig zurückgetreten zu sein. — Auf solche Reden der Freunde eröffnete der kaiserliche Gesandte, Graf Gallas, seine Absicht, bei Shrewsbury auf eine Antwort zu dringen. Jene stimmten zu, am 7./18. August.

Am selben Tage hatte Godolphin einen längeren Vortrag bei der Königin. Ueber den Verlauf meldet er an Marlborough: „Die Frage der Beibehaltung oder der Auflösung des Parlamentes steht noch sehr ungewis. So nachtheilig diese Ungewisheit, bemerke ich doch nicht die geringste Neigung sie zu beenden, obwohl die Königin überzeugt scheint, daß keine Sicherheit für uns ist als im guten Erfolge des Krieges. So oft ich aber die Nothwendigkeit der Maßregeln für diesen Zweck berühre, so ist es als stünde ein Löwe im Wege" [1]).

Die Geschäfte führten Godolphin am selben Tage noch einmal zu der Königin. Dies Mal wagte er es, offen zu reden über die nachtheiligen Folgen geheimer Berathungen und des Mangels an Vertrauen in die officiellen Minister. Er unterwarf der Entscheidung der Königin, ob er im Amte bleiben oder gehen solle, und stellte zuletzt die bestimmte Frage: „Ist es der Wille Ew. Majestät, daß ich fortfahren soll?" — Die Königin, ohne Zaudern, bejahte [2]). Damals war seit dem noch immer geheimen Beschlusse der Entlassung Godolphins bereits eine volle Woche verflossen.

---

[1]) Coxe vol. III, p. 123.

[2]) A. a. O. p. 124.



Am nächsten Morgen begab sich Gallas zu Shrewsbury im Palaste Kensington. Auf die Frage des Gesandten antwortete Shrewsbury, daß die Königin, seines Wissens, bisher nichts beschlossen und, wegen Unpäßlichkeit, dem Kaiser noch nicht habe antworten können. Er zweifele aber nicht, daß sie antworten werde [1]).

Während der Graf Gallas, heimgekehrt, seinen Bericht niederschrieb, ward ihm das Gerücht gemeldet, daß der Treasurer Godolphin seines Amtes entlassen sei. Er zweifelte noch, weil weder Shrewsbury es ihm direct gesagt, noch durch seine Haltung eine Absicht solcher Art zu erkennen gegeben habe. Aber es kam die Bestätigung ein. Gallas schloß seinen Bericht mit den Worten: „Daß mir Shrewsbury von der bereits geschehenen Sache der Entlassung des Treasurers nichts gesagt, dafür kann ich keinen anderen Grund finden als daß er sich dessen geschämt hat."

In der That war die Sache vorher geschehen. Nach der letzten Audienz des Treasurers, am 7./18. August, hatte die Königin in Kensington die folgenden Worte an ihn nieder geschrieben: „Die Unzufriedenheit, welche Sie seit einiger Zeit an den Tag gelegt, hat mir vielen Verdruß gemacht, obwohl ich sie geduldet, und wäre Ihr Verhalten dasselbe geblieben, wie es für mehrere Jahre nach meiner Gelangung zur Krone war, so würde ich mit mir selbst nicht in Zweifel gerathen sein was zu thun. Aber die mannigfachen Unfreundlichkeiten, die mir seitdem widerfahren, besonders Ihre Rede zu mir persönlich in Anwesenheit der Lords, machen es mir unmöglich, Sie länger in meinem Dienste zu behalten. Aber ich will Ihnen ein Jahrgeld von 4000 Pfund Sterling geben. Und ich wünsche, daß Sie, anstatt mir den weißen Stab zu bringen, ihn zerbrechen. Dies wird für uns Beide leichter sein" [2]).

In der Frühe des Morgens des 8./19. August überbrachte ein königlicher Lakai dieses Schreiben dem bisherigen Treasurer. Zugleich meldete die Königin mit kurzen Worten die Thatsache an Marlborough, damit er, wie sie darin sagte, zuerst von ihr die Nachricht erfahre.

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 19. August.

[2]) Coxe vol. III, p. 124.



Am selben Tage verfaßte auch der kaiserliche Resident Hoffmann seinen Bericht. „Ueber das Handschreiben Ew. kaiserlichen Majestät, meldet er, wird öffentlich nicht geredet wie über die Resolution der Generalstaaten. Diejenigen aber, die im Vertrauen der neuen Partei sind, lassen sich vernehmen, daß dies Handschreiben ein Verfahren sei, welches die Königin ohne ihre Empfindlichkeit darüber zu zeigen, nicht hingehen lassen dürfe, und daß, wenn man noch nicht entschlossen sei, das Ministerium zu ändern und das Parlament aufzulösen, man es zur Antwort auf solche Abmahnungen thun solle."

„Der Fall Godolphins, schließt er, ist entscheidend. An dem völligen Umschwunge ist nicht mehr zu zweifeln" [1]).

So das Urtheil eines kundigen Beobachters, welches der spätere Verlauf der Dinge bestätigt hat. Niemals vorher oder nachher hat der Sturz eines Ministers so tief in die Geschicke Europas eingegriffen.

Das beste Zeugnis für Godolphin ist, daß er aus seiner Stellung als Treasurer, die er acht Jahre inne gehabt, ausschied ohne Vermögen, darin so sehr ungleich seinem Freunde Marlborough.

Das Schatzamt ward in Commission gegeben. Unter den fünf Commissären trat als erster voran Graf Poulett, befand sich jedoch auch Harley als Kanzler der Schatzkammer. Die Zeit des offenen Hervortretens für ihn war gekommen.

Der Schlag der Entlassung Godolphins erschreckte die Whigs. Er brachte sie nicht zur Erkenntnis der Lage. Wie sie sich getäuscht hatten bis zum Tage der Entlassung Godolphins, so auch nachher. Noch am selben Tage traten sie zusammen und beschlossen ruhig abzuwarten, bis die Gegner, in der Ermangelung des Credites zur Fortführung der Verwaltung, fallen würden durch Schwäche und Unfähigkeit. Halifax und Godolphin sprachen die Ansicht aus, daß bereits binnen zwei Monaten alles anders stehen werde. Sie und die gesammte Whig-Partei ersuchten Marlborough, in seiner Stellung zu beharren.

Auch der kaiserliche Gesandte Graf Gallas war der Ansicht, daß man den Muth nicht sinken lassen dürfe. „Denn die Subjecte, die dieses Werk unternommen, sind nicht von solcher Beschaffenheit,

---

1) Hoffmanns Bericht vom 8./19. August.



daß ich mir in den Sinn kommen lasse: sie würden es durchführen können. Sie haben keine eigentliche Partei hinter sich, sondern stützen sich nur auf die Gunst der Königin"[1]).

Dies war ja sehr richtig. Die Königin und Harley waren von dem Gedanken ausgegangen ein Ministerium zu bilden, dessen Mitglieder unabhängig seien von den zwei Parteien. Nun nachdem der Hauptschlag geführt, trat diese Frage scharf heran. Die Tory-Partei hatte von Anfang sich der Hoffnung hingegeben, daß die Juntilla die Bahn breche für sie. Zu dem Trimmer Harley hatten sie keine Neigung. Die Whigs dagegen hielten an ihrer Hoffnung, so lange die Auflösung des Parlamentes nicht ausgesprochen war. Für Wochen lang, im August und September, standen die Dinge so, daß selbst die Mitglieder des alten Ministeriums nicht zu sagen wußten, nach welcher Seite endlich die Dinge ausschlagen würden.

Für Harley und seine Partei war dabei von besonderer Wichtigkeit, wie der künftige Thronfolger, der Kurfürst Georg Ludwig in Hannover den Wandel der Dinge in England betrachte.

Verhalten des Kurfürsten Georg Ludwig zu dem Wechsel der Dinge in England.

Vom Beginne des Jahres 1710 an wechselten der Kurfürst Georg Ludwig und die Königin Anna verschiedene Briefe. Am 4./15. Januar schrieb der Kurfürst, daß unüberwindliche Gründe ihn nöthigten, das Commando am Oberrheine niederzulegen. Alle seine Mahnungen seien vergeblich geblieben. Er habe wirksame Mittel vorgeschlagen, die in der Stellung ihres Contingentes säumigen Reichsstände anzuhalten: die einzige Frucht seiner Mühen sei der Haß derselben wider ihn. Andere, welche ihre Contingente stellten, statteten die Führer mit solchen Vollmachten aus, daß es ihm unmöglich werde, über die Truppen zu verfügen. Diese Untergrabung aller Subordination und die daraus entstehende Unordnung mache es ihm unmöglich,

---

[1]) Bericht vom 11./22. August.



seine Reputation noch ferner an das Commando einer schwachen und von Allem entblößten Armee zu setzen[1]).

Noch bevor dieser Brief an die Königin gelangte, ließ sie dringende Aufforderungen an die Reichsfürsten ergehen, ihre Contingente für die Reichsarmee in voller Ausrüstung zu stellen, so wie an den Kurfürsten, am 6./17. Januar, die Bitte zu beharren. Er antwortete am 26. Januar/6. Februar, dem ersten Schreiben entsprechend. „Ich kann mich nicht, sagte er, verantwortlich machen für die schlimmen Folgen, die aus den Unordnungen entspringen werden, welchen ich vergeblich abzuhelfen gesucht habe."

Die Königin ließ darum nicht nach. Sie erneuerte ihre Aufforderung, am 18./29. April. Sie theilte mit, welche Schritte sie bei dem Kaiser und anderen Reichsfürsten gethan, so daß sie hoffen dürfe, der Kurfürst werde die Dinge in besserem Stande finden als zuvor. Sie fügte hinzu, daß, nach ihrer Ansicht, der Kurfürst der Einzige sei, der es vermöge, die Reichsarmee für die allgemeine Sache nutzbar zu machen. — Unterdessen hatte jedoch der Kaiser Joseph das Gesuch des Kurfürsten um seine Entlassung bereits genehmigt, und an seiner Statt dem Prinzen Eugen das Commando gegeben. Mit Bezug darauf und dem Hinweise, daß die Reichsarmee in noch schlechterem Zustande sei als je zuvor, wiederholte der Kurfürst, am 9./20. Mai, daß er nicht vermöge, in dieser Angelegenheit dem Wunsche der Königin zu willfahren.

Indem aber nun der Kurfürst frei war von dem Commando am Oberrheine, tauchte bei der Juntilla in London der Gedanke empor, den Kurfürsten für sich zu gewinnen durch den Antrag des Commandos in den Niederlanden.

Zu Anfang Juli vernahm man, daß Cresset, den wir im Jahre 1701 in Celle kennen gelernt haben (Band IX, S. 147 u. f.), ein Freund Harleys, wieder als Gesandter nach Hannover ernannt sei. Wenige Tage später verlautete Näheres über seinen Auftrag. Für

---

[1]) Diese Correspondenz im State Paper Office. German Papers. Modern Royal letters. 7. Elector of Hanover. — In englischer Uebersetzung in Macpherson's Original Papers vol. II, p. 178. Wo ich die Uebersetzungen in Macpherson mit den Originalen habe vergleichen können, habe ich sie durchweg correct gefunden.

den Fall, hieß es, daß Godolphin aus seinem Amte zurück trete und dann auch Marlborough dem Beispiele seines Freundes folge, habe Cresset den Auftrag, dem Kurfürsten das Commando in den Niederlanden anzubieten [1]).

Die Thatsache, daß der Kurfürst auf die Versicherung der Königin nach der Entlassung Sunderlands eine ähnliche Antwort geben ließ, wie erst die Generalstaaten, dann der Kaiser, scheint an dem Plane nichts geändert zu haben. Da jene Antwort nur schriftlich nach London gelangte, so war es leichter mit Schweigen über sie hinweg zu gehen. (Vgl. S. 469.)

Nachdem bereits Cresset seine Abschieds-Audienz bei der Königin für die Fahrt nach Hannover erhalten, rührte ihn in der folgenden Nacht der Schlag, 26. Juli/6. August. Godolphin berichtete an Marlborough, daß Harley mit besonderem Eifer in den letzten Stunden Cressets dessen Papiere habe versiegeln lassen, und große Unruhe gezeigt habe, bis er in den Besitz gelangt sei. Marlborough antwortete, daß er die dem Cresset ertheilten Aufträge kenne als feindselig wider sie beide, gab sie jedoch nicht näher an [2]).

Für einige Zeit ruhte die Angelegenheit einer Sendung nach Hannover. Bereits am Tage nach seiner Entlassung erfuhr jedoch Godolphin, daß der Graf Rivers ernannt sei, eins der Mitglieder der Juntilla. „Ich vermuthe, schreibt er an Marlborough, der hauptsächliche Auftrag für ihn ist, dem Kurfürsten für den nächsten Feldzug Ihren Posten anzubieten. Dies würde, nach der Meinung jener Partei, einen doppelten Vortheil für sie haben, den einen, Sie der großen Macht zu entkleiden, mit welcher sie die Königin unablässig schrecken — den anderen, sich selber gegen die Anklage zu decken, daß sie für den Schützling Frankreichs arbeiten. — Nach meiner Ansicht wird sogar Harley sich nicht darauf beschränken, sondern wird ausgeben, daß die Sendung eine Einladung bezwecke. Wenn die Königin in dies Vorgeben willigt, so wird man wohl sagen dürfen, daß dies ein nicht geringer Beweis der Macht Harleys über sie ist" [3]).

---

[1]) Die Berichte Hoffmanns im Juli.

[2]) Coxe vol. III, p. 114. Vom 5./16. August.

[3]) A. a. O. p. 126. Vom 9./20. August. Vgl. p. 121.



In der That ging in dieser Weise das Gerücht aus. Auch erkannten die Kundigen in dem Gerede von einer Einladung eines Mitgliedes der kurfürstlichen Familie einen Kunstgriff Harleys, weil nicht anzunehmen sei, daß es der Königin jemals Ernst sein werde, den Kurprinzen nach England einzuladen [1]).

In Betreff des Commandos jedoch machte die Partei Harley sich Hoffnung, und das hauptsächliche Motiv derselben war eben jenes, welches Godolphin angibt, ihre Furcht vor der großen Macht Marlboroughs. Wir haben beim Schlusse des Jahres 1709 gesehen, welche Gedanken man ihm zutrauete. (S. 364.) Auch in Versailles finden wir das Gerücht, daß Marlborough das Beispiel Cromwells habe nachahmen wollen [2]). Ein Mitglied der Partei Harley meldete damals nach Hannover, daß den vorigen Winter hindurch die Anhänger Marlboroughs seine Gesundheit unter diesem Titel getrunken hätten [3]). Mochte diese Furcht begründet sein oder nicht: die Wirkung war dieselbe. Aber es war schwer, Marlborough, nachdem er erklärt hatte, daß er, ungeachtet der Veränderungen in England, sein Commando fortführen werde, an der Spitze seiner Armee mitten im Feldzuge etwa wie den Treasurer Godolphin durch ein Handbrieflein zu entlassen, zumal bei der Schwierigkeit des Ersatzes. Darum fielen die Blicke der Königin und ihrer Umgebung zunächst auf den Kurfürsten.

Rivers wurde noch in London zurück gehalten, damit man über Hannover erst genauer sich erkundigen könne. Am 24. August/4. September, demselben Tage, wo die Amsterdamer Zeitung der Welt verkündete, daß Lord Rivers den Auftrag habe, dem Kurfürsten das Commando anzubieten, wurde, wie das Gerücht in London meldete, in der Instruction des Lords Rivers dieser Auftrag gestrichen [4]). Das Gerücht entsprach nicht völlig der Wahrheit: der Gedanke wurde festgehalten, jedoch anders geformt. Dann brach Rivers, im Anfange September, nach Hannover auf, ausgestattet mit einem Handschreiben der Königin, vom 14./25. August, so wie mit Briefen von Shrews-

---

1) Hoffmanns Bericht vom 22. August.
2) Ranke, Französische Geschichte Bd. IV, S. 291.
3) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 189.
4) Hoffmanns Bericht vom 5. September. Vgl. Coxe vol. III, p. 128.



bury und Rochester, vom 24. August/4. September, sämmtlich erfüllt von lebhaften Ausdrücken der Freundschaft und Ergebenheit [1]).

Der Name Rochesters als des Hauptes des rechten Flügels der Tory-Partei verdient hier eine besondere Beachtung. Er beweist, daß die Fäden zwischen der Königin und der Juntilla mit der Tory-Partei bereits sich enger verwoben.

Bevor der Graf Rivers mit seinem Auftrage gegen Marlborough in Hannover anlangte, traf dort ein merkwürdiges Schreiben des letzteren aus dem Feldlager ein. Er stand mit dem Kurfürsten in häufiger Correspondenz. Er pflegte allen Fürsten, welche Truppen bei seiner Armee hatten und daher über dieselben regelmäßige Berichte von ihren Generalen empfingen, bei wichtigeren Anlässen auch selber zu schreiben, namentlich, wenn er die Truppen zu rühmen hatte, wie die Hannoveraner bei der Einnahme von Douay [2]). Aber seine Correspondenz mit dem Kurfürsten Georg Ludwig war doch überhaupt lebhafter als mit anderen. Auf die Kunde des Gerüchtes, daß der Graf Rivers dem Kurfürsten das Commando in den Niederlanden anbieten solle, meldete Marlborough an Godolphin, daß er gerade in der letzten Zeit von Hannover aus viele Höflichkeiten empfangen habe [3]). Es ist auffallend, daß er die größte dieser Höflichkeiten nicht nennt. Sie ist zu entnehmen aus seinem Schreiben an den Kurfürsten, vom 30. August [4]). Dasselbe lautet wie folgt.

„Es fehlen mir die Worte um auszusprechen, wie sehr ich Ew. kurfürstlichen Hoheit verpflichtet bin für die großen Beweise des Vertrauens, mit welchen Sie durch den General Bülow mich beehrt haben. Ich bitte Ew. kurfürstliche Hoheit sich überzeugt zu halten, daß ich mich bemühen werde mich ihrer würdig zu machen durch die unverletzliche Treue für Ihr Interesse, mit welchem, meines Erachtens, dasjenige meines Vaterlandes und des gesammten Europa unzertrennlich verbunden ist. Hoffentlich wird sich niemals in England eine

---

[1]) Die Robethon-Papiere im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen, zu Hannover, erwähnen nur diese drei Briefe. Sie sind abgedruckt bei Macpherson's Original Papers vol. II, p. 185.

[2]) A. a. O. p. 183.

[3]) Coxe vol. III, p. 128. Vom 4. September.

[4]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 187.



erhebliche Anzahl Menschen zum Verderben desselben verleiten lassen, auf die Arglist des Herrn Harley und Anderer einzugehen, deren Verhalten schon jetzt keinen Zweifel beläßt, daß sie trachten, den angeblichen Prinzen von Wales zurück zu bringen."

„Wir fühlen bereits allzu sehr durch die Entlassung des Lord Treasurers die Wirkungen ihrer bösen Absichten; denn dieser Schritt hat daheim unseren Credit zu Grunde gerichtet und nach außen uns das Vertrauen unserer besten Verbündeten verscherzt."

Marlborough versichert dann, daß er dem Baron Bothmar, welchen die Kurfürstin Sophie und ihr Sohn, der Kurfürst[1]), am 9. August, als Gesandten nach England ernannt, nach seiner Rückkehr dahin mit bestem Rathe zur Seite stehen werde. „Ich hoffe dort, sagt er, im Stande zu sein, meine Aufmerksamkeit, meinen Credit, meine Freunde aufzubieten, das Interesse Ew. kurfürstlichen Hoheit und Ihrer durchlauchtigen Familie zu befördern, und zugleich den verderblichen Absichten derjenigen entgegen zu treten, deren Schritte unfehlbar bezwecken, die protestantische Thronfolge umzustürzen, und, mit derselben, die Freiheit und die Sicherheit ihres Vaterlandes, so wie des gesammten Europa."

Wir haben im Laufe der Jahre wiederholte Kundgebungen Marlboroughs nach der entgegen gesetzten Seite hin, nach St. Germain, vernommen. Die Frage, ob diese damals aufgehört hatten, wird bei der Darlegung des Verhaltens in St. Germain zur Beantwortung kommen.

Dennoch muß hervorgehoben werden, daß Marlborough im Felde schärfer blickte als durchweg seine Freunde in London. Shrewsbury hatte einem derselben gesagt: die Sendung des Grafen Rivers bezwecke nicht die Entfernung Marlboroughs vom Commando. Weiter betheuerte Shrewsbury seine Freundschaft für Marlborough, und deutete an, daß es nicht die Absicht der Königin sei, dessen Frau zu entlassen. Auf den Bericht darüber erwiederte ihr Marlborough, am 13. September: „Gedenk an das was ich jetzt sage: Shrewsbury wird eben so betrogen werden wie Somerset; denn außer Frau

---

¹) Die Credentialien für Bothmar sind zwar vom selben Tage, aber gesondert, jedes selbständig für sich.

Masham und Harley besitzt Niemand eine wirkliche Macht. Daher ist für uns das einzige Mittel uns nicht täuschen zu lassen, die Kenntnis der Wahrheit, nämlich, daß, was immer dienen kann uns zu kränken, nicht unversucht bleiben wird. — Nach meiner Ansicht ist es der Entschluß des Königs von Frankreich nicht an den Frieden zu denken, bis er im nächsten Winter die Haltung Englands kennt."

„Auch darfst Du Dir nicht mit der Hoffnung schmeicheln, daß der Kurfürst mit Nachdruck eingreifen werde. Er wird, nach meiner Ansicht, an den Tag legen, daß er mich schätzt; aber zugleich wird er wünschen so wenig wie möglich sich in englische Angelegenheiten zu mischen" [1]).

Am 7./18. September traf der Graf Rivers in Hannover ein. Er erhielt mit seinem Begleiter, dem Obersten Worseley, ein eigenes Haus zur Verfügung, und wurde auf kurfürstliche Kosten frei gehalten. Er überreichte dem Kurfürsten die mitgebrachten Briefe. Das Schreiben der Königin begann mit den Worten: „Herr Bruder. Wie es immer mein größter Wunsch ist, Ihnen auf alle mögliche Weise die besondere Freundschaft und Achtung zu beweisen, die ich für Sie und Ihre ganze mir so theuere und nah verwandte Familie hege, so habe ich es für zweckmäßig gehalten, einen durch seine Befähigung und seine Geburt gleich ausgezeichneten Mann zu erwählen, der Ihnen bei dieser Gelegenheit Beweise davon geben soll." Das Schreiben ersuchte dann den Kurfürsten, dem Grafen Rivers vollen Glauben beizumessen, namentlich in Betreff des Eifers der Königin für die Interessen des Kurfürsten.

Nachdem Rivers wiederholt in diesem Sinne geredet, legte er dem Minister Grafen Bernstorf den Entwurf einer Antwort des Kurfürsten an die Königin vor. Der Entwurf enthielt die Worte: „Ich würde mich unendlich glücklich schätzen, wenn ich ein Mittel finden könnte, durch die That meinen Eifer für den Dienst der Königin zu beweisen, und die größte Gunst, welche Ihre Majestät mir erweisen kann, würde darin bestehen, daß sie mich in die Lage versetzt ihr nützlich sein zu können" [2]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 168.

[2]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 192. Die Verschiedenheit der Daten des wirklichen Briefes des Kurfürsten dort und des Entwurfes von Rivers



Die Worte zeigen, daß Rivers den eigentlichen Zweck der Königin und der Juntilla, dem Kurfürsten das Commando in den Niederlanden anzutragen, auf einem Umwege erreichen wollte. Augenscheinlich war die List nicht sehr fein angelegt. Noch am selben Tage schrieb der Kurfürst eigenhändig einen eigenen Brief an die Königin, voll höflicher Betheuerungen, aber ohne sich zu engagiren.

War somit der Plan der Königin und der Juntilla, den Kurfürsten für sich zu gewinnen, in dieser Form vereitelt, so entgingen sie, ohne dies genau zu wissen, durch ihre List einer directen Kundgebung des Kurfürsten zu Gunsten Marlboroughs. Denn für den Fall, daß Rivers den Antrag des Commandos in den Niederlanden geradezu vorgebracht hätte, lag ein Entwurf der Antwort bereits fertig vor. Er schloß mit den Worten: S. A. E. laisse à juger à S. M., si le zèle qu'Elle a toujours témoigné pour la cause commune, ne doit pas La porter à laisser achever la guerre à un général, qui l'a poussée jusqu'à présent avec tant de succès, et qui s'est acquis la confiance des alliés de Sa Majesté [1]).

Nachdem Rivers mehrere Tage in Hannover verweilt, ohne das Commando in den Niederlanden oder die Einladung des Kurprinzen nach England anzuregen, ließ der Kurfürst den General seiner Truppen in den Niederlanden, Herrn von Bülow, beauftragen, dies im Namen des Kurfürsten bei Marlborough vertraulich auszusprechen [2]). Dieselbe Weisung erhielt als ersten Auftrag der eben damals ernannte [3]) hannöversche Resident in London, Kreyenberg, in Betreff des kaiserlichen und des holländischen Gesandten. Kreyenberg versicherte ausdrücklich, daß der Auftrag des Grafen Rivers in nichts bestanden habe als in Complimenten und Versicherungen der Freundschaft der Königin. Jenen Gesandten erschien es auffallend, daß Rivers dennoch

---

ist ein Irrthum. Der Kurfürst datirte nach dem neuen Stil. Rivers war am 18. September desselben angekommen. Demnach ist das Datum des 14. September bei Macpherson irrig, statt 24. September.

[1]) Die genannten Robethon-Papiere.

[2]) A. a. O. Rescript vom 22. September.

[3]) Die Ernennung vom 2. October. Vom selben Datum die Beglaubigung bei der Königin, in lateinischer Sprache.

in Hannover verblieb. Sie muthmaßten, daß seine eigentliche Aufgabe sei, sich unter der Hand zu erkundigen, wie der Kurfürst über die Uebernahme des Commandos denke[1]).

Rivers selber jedoch, obwohl nicht mit dem Charakter eines Gesandten ausgerüstet, hatte von Anfang erklärt, daß er drei Wochen verweilen werde[2]). So lange ja durfte es etwa dauern, bis aus dem damaligen Wirrwarr in London eine feste Gestaltung hervorgehen würde. Er redete in Hannover nicht wie bis dahin Shrewsbury zu den Gesandten in London, von der Friedensbedürftigkeit Englands, sondern betonte die Nothwendigkeit der nachdrücklichen Fortführung des Krieges[3]).

Sieg der Tory-Partei.

Der Plan, über den die Königin und Harley seit Jahren gesonnen, nämlich eine Regierung zu bilden, welche die Königin nicht wieder der Gefahr aussetze, unter die Herrschaft einer Partei zu gerathen, hatte nach der Entlassung Godolphins seine Probe zu bestehen. Die Aussichten waren von Anfang an nicht günstig, weil weder die Häupter der Whigs, noch Rochester als das Haupt der Tory-Partei, Willens waren sich Harley unterzuordnen. Ein Ereignis von außen her wirkte zu Gunsten der Tory-Partei: eine Siegeskunde aus Spanien. Starhemberg hatte, am 20. August, die Gegner bei Saragossa völlig geschlagen. Die Nachricht ward in London gefeiert, wie diejenige keines anderen Sieges zuvor, mit Illumination und Freudenfeuern[4]). Es geschah weniger aus Begeisterung für den Krieg, als in der Hoffnung, daß dieser Sieg, indem er, wie man meinte, über den Besitz Spaniens entscheide, den ersehnten Frieden um so näher bringe. Den Tories aber kam der Sieg zu gute, weil sie, im Gegensatze zu den Whigs, welche mit Marlborough den hauptsächlichen Nachdruck auf den Krieg

---

1) Hoffmanns Bericht vom 3. October.

2) Die Robethon-Papiere.

3) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 266. Die Kurfürstin Sophie an Lord Strafford.

4) Hoffmanns Bericht vom 9. September.



in Flandern legten, wiederholt auf denjenigen in Spanien als den entscheidenden hingewiesen hatten.

Vom 5./16. September an erhob sich in London das Gerücht, daß Graf Rochester, anstatt des Lords Somers, zum Präsidenten des geheimen Rathes ernannt werden solle. Das Gerücht ward als das Anzeichen genommen, daß Harley an Boden verliere. Man vernahm, daß Rochester sich geäußert: er wolle mit Harley nicht zusammen gehen. Auch wußte man von ihm als dem schärfsten Widersacher Marlboroughs und Godolphins in der ersten Zeit der Königin Anna, daß er überhaupt nicht Willens war, mit Jemandem die Macht zu theilen. Trat also er in die Regierung ein, so geschah es mit der Absicht das Haupt derselben zu werden [1]).

Einstweilen war dies ein Gerücht. Thatsache jedoch war, daß am 5./16. September die Statthalterschaft von Cornwall dem früheren Treasurer Godolphin genommen und Rochester gegeben wurde. Der Herzog von Bolton, Whig, verlor drei Statthalterschaften zugleich, von denen zwei dem Herzoge von Beaufort, einem hitzigen Mitgliede der Tory-Partei, gegeben wurden. Die Statthalterschaft der Insel Wight erhielt der General Webb, ebenfalls Tory. Diese Veränderungen stellten die Auflösung des Parlamentes in nahe Aussicht [2]).

Aber der Zweifel, die Verwirrung in der Regierung war offenkundig. Sie bedurfte, im September, für die laufenden Ausgaben 400,000 Pfund Sterling. Die Bank von England wollte nur mehr den achten Theil vorstrecken. Die Königin nahm ein Viertel auf sich. Für das Uebrige mußte man sich an reiche Privatpersonen wenden [3]). Diese inneren Angelegenheiten nahmen alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Für die auswärtigen fanden die fremden Gesandten kein Gehör.

Die Juntilla war unter sich nicht mehr einig. Dem Herzog von Somerset, dem Freunde wie Feinde die Klarheit des Willens absprachen, waren die Dinge zu weit gegangen. Er machte dessen kein Hehl und zog sich zurück. Das eigentliche Geheimnis der werdenden

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. September.

[2]) Desgleichen.

[3]) Desgleichen.

Dinge, sagte man, sei nur zwischen der Königin, Harley, Shrewsbury. Aber es gab noch Eine Persönlichkeit, die sich schwer abweisen ließ, der Graf Rochester, Mutterbruder der Königin. In einer längeren Unterredung hielt er der Königin vor, daß der Plan eine Regierung zu bilden, die unabhängig von den Parteien bleiben wolle, undurchführbar sei. Weder er, noch andere Mitglieder der hochkirchlichen Partei seien geneigt, mit Männern zusammen zu dienen, die im Principe nicht mit ihnen übereinstimmten. Wolle dagegen die Königin der hochkirchlichen Partei vertrauen, so werde sie dieselbe insgesammt zu ihrem Dienste haben. „Die Königin, schließt der Bericht, soll bei dieser Beschaffenheit der Dinge über alle Maßen perturbirt sein. Sie ist aber bereits zu weit gegangen als daß sie sich zurückwenden oder die Dinge belassen könnte, wie sie sind. Dazu kommt das unangenehme Bewußtsein, daß man ihr alle diese übelen Consequenzen vielfältig vorher gesagt hat" [1]).

Die Königin entschloß sich. Am 20. September/1. October entließ sie den Lord Somers als Präsidenten des geheimen Rathes, den Herzog von Devonshire als Obersthofmeister, ferner den Staats-Secretär Boyle. Die Stellen erhielten Graf Rochester, Herzog von Buckingham, Henry St. John. Der Letztere war der frühere Kriegs-Secretär, der zwei Jahre zuvor, bei der Entlassung Harleys, freiwillig abgetreten war. „Er ist, meldet Hoffmann, ein junger übermüthiger Mann von Verstand und Capacität" [2]).

Nachdem am nächsten Tage diese drei neuen Minister vor dem großen Rathe beeidigt waren, erklärte die Königin, daß der Termin, bis zu welchem das Parlament vertagt sei, herannahe, daß sie sich jedoch entschlossen habe, dasselbe aufzulösen. Sie ließ die entworfene Proclamation verlesen. Darauf erhob sich der Lord-Kanzler Cowper, um dagegen zu reden. Mit demselben Entschlusse waren die Lords Orford und Wharton erschienen. Bevor jedoch Cowper nur beginnen konnte, erhob sich auch die Königin zum Aufbruche und machte dadurch der Versammlung ein Ende. — Es hieß, daß die Königin sich nicht

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19./30. September.
[2]) Desgleichen vom 22. September/3. October.



habe aussetzen wollen, die im Cabinetsrathe bereits vernommenen Einwände noch einmal zu hören [1]).

Am nächsten Tage, dem 22. September/3. October, erbaten und erhielten die Lords Wharton, Statthalter von Irland, und Orford, Groß-Admiral, ihre Entlassung. Sie waren Mitglieder der Whig-Junta. Dem Ersteren folgte im Amte der Herzog von Ormond, für die Admiralität wurde eine Commission von mehreren Tories bestellt.

Unterdessen war die Proclamation gedruckt. Die Königin beschied den Lord-Kanzler Cowper, damit er das große Siegel beisetze. Er erhob den Einwand, daß nach dem Wortlaute der Proclamation sie erlassen sei mit Zustimmung der königlichen Räthe. Da ihm das Gegentheil bekannt, indem er nicht einmal zu Worte gekommen sei, so könne er das Siegel nicht beidrucken, erkläre sich aber bereit dasselbe in die Hände der Königin zurückzugeben. Es scheint, daß die Königin unter den Whigs am wenigsten gern den Lord Cowper verlor. Sie nahm das Siegel nicht, sondern bat ihn freundlich, daß er es entweder behalten, oder wenigstens sich darüber bedenken wolle. Cowper zog sich zurück. Am nächsten Morgen kam er wieder und bot abermals das Siegel an. Dies Mal nahm es die Königin an [2]).

Auch das Kanzler-Amt wurde in Commission gegeben. Da aber die Commissäre nicht eine Sache beglaubigen konnten, die vor ihrem Eintritt in das Amt geschehen war, so wurde der Verstoß dadurch ausgeglichen, daß eine zweite Proclamation die erste in sich aufnahm [3]).

In wenigen Tagen waren also alle hohen Staatsämter gewechselt. Ein unparteiischer Beobachter bemerkt dazu: „Vergleicht man die entlassenen großen Subjecte mit denen, die an ihre Stelle getreten, so kann man sich nicht genug verwundern, daß eine solche Veränderung hat statt finden können, wie denn auch das ganze Wesen ein so ver-

---

1) Hoffmanns Bericht vom 3. October.

2) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 7. October.

3) Desgleichen.

wirrtes und unstätiges Ansehen hat, daß man auf keinen langen Bestand desselben rechnen kann" [1]).

Anders sah die Königin die Sache an. In der letzten Zeit hatte man wiederholt an ihr eine Perturbation zu bemerken geglaubt. Dies mochte gekommen sein von den vielen Schwierigkeiten, die ihr entgegen getreten waren. Denn nachdem nun der Wechsel vollzogen, ließ sie eine besondere Zufriedenheit von sich blicken. Um sich von den Erregungen der letzten Tage zu erholen, begab sie sich, am 28. September/9. October, nach Hamptoncourt [2]).

Die Befriedigung der Königin über diesen Ausgang der Dinge dürfte übertroffen worden sein durch diejenige einer anderen Persönlichkeit, des Königs Ludwigs XIV. in Versailles. Als er die Meldung erhielt, daß der Entschluß zur Auflösung des Parlamentes gefaßt war, ließ er Mesnager kommen, dessen er sich früher als Agenten im Haag bedient. „Es ist mir unmöglich, sagt Mesnager, das Entzücken der Freude zu beschreiben, in welchem ich den König beim Lesen dieses Berichtes fand. ‚Wohlan, sagte er, wenn Harley das fertig bringt, so nenne ich ihn einen geschickten Mann, der auszuführen versteht, was er unternommen. Mesnager, die Zeit ist gekommen, daß Sie nach England müssen.' — Eine Zeitlang konnte ich kein Wort dazwischen bringen, so erfüllt war der König von dieser Nachricht, und so rasch floß ihm die Rede, bald zu sich selber, bald zu mir. Als ich endlich beginnen wollte, hieß mich der König eine Stunde warten. — Ich zog mich also zurück, und der König schritt in die nächsten Zimmer, um, wie ich nachher erfuhr, der Frau von Maintenon die Nachricht mitzutheilen, und vielleicht die zu treffenden Maßregeln mit ihr zu berathen" [3]). — Wir werden später Mesnager in England finden.

Die Proclamation der Königin berief das neue Parlament ein auf den 25. November (a. St.). Es erfolgte also im Monate October durch Groß-Britannien eine lebhafte Wahl-Bewegung.

---

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 10. October.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 10. October.

[3]) Minutes of the negotiations of Mr. Mesnager p. 61. Die Frage der Aechtheit dieser Schrift wird zum Jahre 1711 zur Sprache kommen.



Neuer Versuch den Kurfürsten Georg Ludwig zu gewinnen.

Der Königin lag zunächst die wichtige Frage vor, wessen sie sich bei dem Wechsel der Dinge in England von dem Kurfürsten in Hannover zu versehen. Der erste Versuch des Grafen Rivers, ihn bei der Veränderung in directer Weise mit zu betheiligen, war mislungen. Nach dem geschehenen Wechsel ward ein neuer Anlauf genommen. Am 3./14. October überreichte Graf Rivers eine Denkschrift. Sie lautet wie folgt [1]).

„Die Königin befiehlt mir Ew. kurfürstlichen Hoheit zu versichern, daß ihr Herz erfüllt ist von aller möglichen Achtung für Ihre Person, und daß sie die Interessen Ihres durchlauchtigen Hauses wie die eigenen betrachtet. Sie schätzt sich glücklich, die beiden Königreiche England und Schottland vereinigt zu haben; aber sie kann ihren Ruhm nicht als vollendet betrachten, bevor sie die protestantische Succession außer aller Gefahr gesetzt haben wird. Zu diesem Zwecke kann nichts so sehr beitragen wie die engste Freundschaft und volles Vertrauen zwischen Ihrer Majestät und Ew. kurfürstlichen Hoheit. Die Königin, durchlauchtigster Herr, bietet Ihnen die ihrige an, und hofft, daß es niemals in der Macht eines Uebelgesinnten stehen werde, zwischen den zwei Höfen die geringste Eifersucht auszusäen. Ihre Majestät würde schon vor langer Zeit diese entgegen kommenden Schritte und die jetzigen Versicherungen gegeben haben, wenn sie nicht vorgezogen hätte, lieber hier keinen Minister zu haben, als die Bemühungen gelingen zu lassen, die man aufgewendet hat, Jemanden hierher zu senden, vermittelst dessen Ihre Majestät mit Ew. kurfürstlichen Hoheit nicht ganz offen hätte reden können. Darum hat Ihre Majestät mich beauftragt, Ew. kurfürstlichen Hoheit zu sagen, daß diejenigen, welche am lautesten sich über den Wechsel beklagen, den sie in ihrem Ministerium vorgenommen, sowie über die in allen Provinzen des Königreiches erregte Leidenschaftlichkeit, gerade diejenigen sind, welche die Königin in die Nothwendigkeit gebracht haben, diese Veränderung nicht mehr aufzuschieben, und deren Verhalten die Schuld trägt an allen in neuerlicher Zeit erfolgten Unordnungen. Und ferner,

[1]) Anlage III.



daß die Bemühungen, welche die Minister und ihre Anhänger machten, eine Partei zu bilden, die nur von ihnen abhinge, zu dem Zwecke die ganze Macht der Regierung in die Hände ihrer Creaturen zu bringen, die Gemüther des Volkes mit weit gehendem Argwohn erfüllt und die ganze Nation in Erregung versetzt haben."

„In Folge dessen hat Ihre Majestät, um die königliche Autorität aufrecht zu halten, sich verpflichtet gesehen, in ihr Vertrauen und für die Leitung der Geschäfte solche Minister zu berufen, welche nicht den Interessen dieser Cabale dienten, sondern in wahrhafter Weise denen ihres Vaterlandes."

„Und ich wage Ew. kurfürstliche Hoheit zu versichern, daß diejenigen, welche Ihre Majestät seit kurzem um Ihre Person berufen hat, von dem lebhaftesten Eifer für die Succession des Hauses Hannover erfüllt sind, und sie betrachten als das einzige Mittel die Religion und die Freiheit ihres Vaterlandes zu bewahren. Und sie richten an Sie, durchlauchtigster Herr, die Bitte zu glauben, daß sie von diesem Grundsatze ausgehen. Zu diesem Zwecke haben sie Sorge getragen, daß alle diejenigen, welche sich zu der Partei halten, die man als diejenige der Kirche (von England) bezeichnet, sich in den stärksten und feierlichsten Ausdrücken für die protestantische Succession erklären."

„Ew. kurfürstliche Hoheit mögen kein Bedenken darüber fassen, daß man mit solchem Nachdrucke betont, was man Erbrecht nennt. Diejenigen, welche den Titel der Königin und des Hauses Hannover nur auf die Parlaments=Acten begründen, scheinen dadurch die Krone zu einer Wahl=Krone zu machen und dem Volke die Meinung einzuflößen, daß es nur von dem Parlamente abhangt, die Thronfolge nach Belieben zu ändern. Da nun Eindrücke solcher Art übele Wirkungen hervorbringen könnten, so hält man dafür, daß es besser ist, als Princip hinzustellen, daß die Ausschließung der Papisten durchaus nicht das Erbrecht aufhebt, und daß die Krone vermöge des Rechtes der Kronfolge auf das Haus Hannover übergeht als auf die nächsten regierungsfähigen Erben. Die Parlaments=Acte ist declaratorisch und bestätigt also nur dieses Recht."

„Ew. kurfürstliche Hoheit müssen sich in gewisser Weise als bei den jüngsten Vorgängen in Groß=Britannien als betheiligt ansehen,

weil es sich ja dabei um die Ehre und Würde der Krone handelt. Weil die Königin die Insolenzen derjenigen, welche sie auf die höchste Stufe der Macht und des Ansehens gehoben hatte, nicht länger mehr erdulden konnte, so hat sie den Entschluß gefaßt, den Hochmuth derselben zu dämpfen, obwohl sie dreist genug sind, sich auch wider den Willen der Königin behaupten zu wollen. Daher sind alle die kürzlich vorgefallenen Unordnungen gekommen."

Die Absicht dieser Denkschrift liegt vor Augen. Indem sie das Eintreten der Königin und der hochkirchlichen Partei für die Thronfolge des Hauses Hannover verspricht, verlangt sie dagegen im Interesse der Krone die Zustimmung des Kurfürsten zu dem kürzlich erfolgten Minister-Wechsel.

Im kurfürstlichen Rathe dagegen wurden die zwei Angelegenheiten scharf geschieden, und es erfolgte in jeder derselben eine besondere Antwort, die erste nach zwei Tagen, die zweite nach vier, so daß auch der Zeit nach eine Zusammenlegung nicht möglich war. Die erste, vom 16. October, lautete wie folgt [1]).

„Der durchlauchtigste Kurfürst ist vollaus überzeugt, daß man, bei der Feststellung der Thronfolge auf sein Haus niemals daran gedacht hat, die Krone zu einer Wahl-Krone zu machen, weil man ja seine Frau Mutter nur aus dem Grunde genannt hat, daß sie die nächste in der protestantischen Linie ist. Darin liegt eine formelle Anerkennung des Erbrechtes in dieser Linie. Da nun aber die Benennung dieser Linie zur Thronfolge geschehen ist durch Parlaments-Acten, welche die papistischen Prinzen für unfähig zur Regierung erklären, so stellt Se. kurfürstliche Hoheit zur Erwägung anheim, ob es nicht zweckmäßig sein würde, daß diejenigen, welche sich für das Erbrecht erklären, vermieden dies in einer absoluten Weise zu thun, dagegen immer hinzufügten: in der protestantischen Linie und mit Ausschluß der Papisten, in Uebereinstimmung mit den Acten des Parlamentes."

Die andere Antwort erfolgte am 18. October. Es mußte im Rathe des Kurfürsten sehr aufgefallen sein, daß die Königin, nachdem sie die Antworten zuerst der Generalstaaten, dann des Kaisers, auf ihre Erklärung, über die Entlassung Sunderlands hinaus keine Ver-

---

[1]) Anlage IV.



änderung treffen zu wollen, so empfindlich aufgenommen, und als Einmischung in ihre Angelegenheiten bezeichnet hatte, nun von ihm, der von Anfang an in vielfacher Weise, direct und indirect, den Grundsatz ausgesprochen, sich in englische Angelegenheiten nicht zu mischen, eine solche Einmischung geradezu verlangte. Die Antwort ging daher darauf aus, in der höflichsten Form den Grundsatz abermals so klar und scharf wie möglich zu verkünden. Die Denkschrift lautet wie folgt [1].

„Se. kurfürstliche Hoheit ist durchdrungen von Dankbarkeit für die Beweise der Freundschaft, welche Ihre Majestät seit Ihrer Thronbesteigung ihm gegeben, und für die Erneuerung derselben, wie sie kürzlich in einer so verbindlichen Weise durch eine so ausgezeichnete Persönlichkeit wie Lord Rivers geschehen ist. Der Kurfürst betrachtet dieses Wohlwollen der Königin wie die größte der ihm widerfahrenen Wohlthaten, und als eine solche, die zu bewahren er sich immer höchst angelegen sein lassen und mit äußerster Sorgfalt bemühen wird. Dessen bittet er Mylord Rivers, Ihre Majestät versichern zu wollen."

„Der Kurfürst hat immer sorgfältig vermieden, sich in irgend einer Weise in die Angelegenheiten von Groß-Britannien zu mischen. Er verläßt sich völlig auf die Weisheit der Königin, welche seit dem Beginne ihrer Regierung sich in einer allzu augenfälligen Weise bekundet hat, als daß Sr. kurfürstlichen Hoheit darüber noch der geringste Anlaß zur Unruhe bleiben könnte. Daher würde er glauben gegen den Respect zu verstoßen, den er für die Königin unverletzlich bewahrt, so wie gegen das vollkommene Vertrauen, das er immer zu der Weisheit ihrer Verwaltung haben wird, wenn er in dieser Beziehung den geringsten Zweifel blicken ließe. Die großen Dinge, welche Ihre Majestät bisher für das Gemeinwohl, für die Ehre der britischen Nation und für die Befestigung der protestantischen Succession verrichtet hat, gestatten keinem Zweifel Raum an demjenigen, was sie in Zukunft vollbringen wird. Darauf verlassen sich alle Verbündete, insbesondere aber und mehr als irgend ein Anderer der Kurfürst."

Mit diesen zwei Denkschriften und zugleich mit einer Reihe von Briefen [2], der Kurfürstin Sophie an die Königin, des Kurfürsten

---

[1]) Anlage V.

[2]) Die Briefe sämmtlich bei Macpherson's Original Papers vol. II, p. 194.



Georg Ludwig an die Königin, so wie des Kurfürsten an die neuen Minister, die ihm ihre Ergebenheit entgegen getragen, Shrewsbury, Rochester, Buckingham, kehrte Rivers nach London zurück. Er selbst behauptete dort, über das Ergebnis seiner Reise sehr zufrieden zu sein [1]). Der Inhalt der Denkschriften, die er mitbrachte, und aus denen die Betheiligten ersahen, daß er den Zweck seiner Sendung nicht erreicht, läßt an der Realität dieser Zufriedenheit zweifeln. Lady Marlborough wußte sogar schon vorher zu berichten, daß der Kurfürst wiederholt, wenn Lord Rivers den Namen Godolphin genannt, um ihn anzugreifen, den Redner mit Lobesworten für Godolphin unterbrochen habe [2]). Die Angabe ist wahrscheinlich, weil Lady Marlborough sofort eine andere Meldung im voraus beifügt, die sich nachher bewährte. Sie sagte, daß Lord Rivers in Hannover nicht, wie es sonst damals bei Gesandtschaften üblich war, ein Geschenk erhalten würde. Wir haben schon früher die unmuthige Aeußerung der Kurfürstin Sophie vernommen: La cour d'Angleterre ne me fera plus payer des envoyés. So ward es bei der Sendung des Lords Rivers gehalten. Man gab Worte für Worte.

Sir Robert Harley und der Herzog von Leeds kamen mit ihren Versicherungen nach. Auch sie erhielten Höflichkeiten zurück. Geschah es, daß einer dieser neuen Anhänger sich in seinem Eifer überbot, wie der Herzog von Buckingham, welcher behauptete wegen seiner Ergebenheit für das Haus Hannover unter dem vorigen Ministerium verfolgt zu sein [3]), so ging man in Hannover darüber schweigend hinweg und antwortete ihm höflich wie den Anderen.

Wie die nunmehr zur Herrschaft gelangte Tory-Partei dieselbe sich zu sichern suchte durch die Zustimmung des künftigen Thronfolgers: so hoffte die Whig-Partei mit seiner Hülfe sie wieder zu erlangen.

Bereits im August, gleich nach der Entlassung Godolphins, kamen die Häupter der Whigs überein, daß sie fortan ihre Blicke nach Hannover zu wenden hätten. Indem die Haltung des Kurfürsten in der Sache Marlboroughs sie darin bestärkte, übersahen sie, daß

---

1) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 201.
2) Coxe vol. III, p. 145.
3) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 193.

der Kurfürst nicht um ihretwillen so handelte wie er that, sondern nach eigener Ueberzeugung. Sunderland übermittelte die Meinungen seiner Freunde an Marlborough. „Die Angelegenheit der Thronfolge Hannovers, schrieb er, ist und muß unser Nothanker sein, und wenn sie richtig geführt wird, so werden Sie über alle Ihre Gegner triumphiren, und durch die Rettung Ihres Vaterlandes, wenn möglich, größer werden als zuvor“ [1]).

Es ist anzunehmen, daß in der nächsten Zeit die Frage der Anknüpfung mit Hannover viel erörtert worden ist. Aber erst nach der Rückkehr von Lord Rivers kamen die Whigs zu einer Bethätigung ihrer Gesinnung. Wie sie die Tories gemeinhin Jacobiten nannten, so wurden sie von jenen als Republikaner bezeichnet. Es kam ihnen also darauf an, nach Hannover hin darüber Klarheit zu geben. Zu diesem Zwecke übermittelten die Lords Halifax und Sunderland an den Rath Robethon in Hannover das folgende Schreiben [2]).

„Die Lords Halifax und Sunderland ersuchen Sie, Ihrem Hofe klar zu machen, daß die Whig-Partei nicht auf eine Republik ausgeht, noch auch auf eine Wahl-Krone, sondern vielmehr die Krone betrachtet als erblich in der protestantischen Linie, und als dem Nächstberechtigten in dieser Linie zuständig. Aber es ist ihnen nicht möglich die Revolution (von 1688) aufzugeben. Sie haben den vorigen König auf den Thron gesetzt, und sind verpflichtet seinen Titel zu vertheidigen. Die Sache ist nun die, daß man ihn damals der jetzigen Königin vorgehen ließ, obwohl diese näher und protestantisch war. Da dies nicht anders geschehen konnte als durch die Autorität des Parlamentes, so ist es natürlich, daß die Whigs diese Autorität vertheidigen, so wie das Recht des Parlamentes über die Krone. Denn, wenn nicht, so würden sie sich selber für Verräther und Rebellen erklären. Und da die Feststellung der Thronfolge auf das Haus Hannover eine Folge der Revolution (von 1688) ist und ein Werk des verstorbenen Königs, so sollte man bei Ihnen es den Whigs Dank wissen, daß sie die Revolution (von 1688) vertheidigen, und einige Ausdrücke der letzt erschienenen Schriften, welche die Autorität des Parlamentes in Fragen

---

1) Coxe vol. III, p. 131. Vom 24. August/4. September.

2) Anlage VI.



der Thronfolge zu übertreiben scheinen, lieber entschuldigen. Dies um so mehr, da die Grundsätze der Tories geradezu darauf ausgehen, dem Prinzen von Wales den Weg zu bahnen und seinen Anspruch als unzweifelhaft darzustellen. Daher ist es ganz natürlich, daß die Freunde der Thronfolge des Hauses Hannover von einem entgegen gesetzten Principe ausgehen."

Wir sehen in dieser Schrift wieder den Grundirrthum der Whig-Partei, als ob es im Jahre 1689 von ihr abgehangen hätte, Wilhelm III. auf den Thron zu setzen oder nicht, wo er als der thatsächliche Inhaber der Regierungsgewalt ihn bereits inne hatte, und von dem Parlamente nur verlangte, daß es für diese Realität den entsprechenden Ausdruck fand.

Das Schriftstück ist eine Kundgebung der Whig-Partei, auf welche eine directe Antwort von kurfürstlicher Seite an die Whig-Partei nicht vorliegt, und auch, gemäß dem in der Antwort an Rivers ausgesprochenen Principe der Nicht-Einmischung, nicht einmal gegeben werden konnte. Dagegen machte der kurfürstliche Gesandte Bothmar dem kaiserlichen über seine Instruction in dieser Beziehung kein Hehl. „Bothmar hat mir zu erkennen gegeben, meldet der Graf Gallas, daß sein Kurfürst einen großen Abscheu trage, sich mit Jemandem von dieser Nation in irgend welche Factionssache einzulassen, welche die Partei der Königin gegenüber aufrecht halten oder unterstützen könnte. Wenn die Whigs dies durchschauen, so dürften ihre Absichten und Meinungen in Betreff des Kurfürsten in vieler Beziehung sich ändern"[1]).

Dies Princip des Kurfürsten Georg Ludwig wies also beide Parteien in gleicher Weise ab. Es ist wichtig dies hier nochmals hervorzuheben, weil wir noch wiederholt sehen werden, daß weder die eine, noch die andere Partei in England dies Princip völlig anerkennt, oder an die folgerechte Festhaltung desselben glaubt.

Dazu mochte beitragen die englische Anschauung der ganzen Sache. Wie jene Denkschriften gezeigt haben, sowohl die von dem Grafen Rivers eingereichte, wie diejenige der Whig-Partei, legten beide Parteien, eine jede auf ihre Weise, Berufung ein an das Interesse des kurfürstlichen Hauses. Sie gingen von der Voraussetzung aus,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 29. Januar 1711.



daß das kurfürstliche Haus um des eigenen Interesses willen nach der englischen Krone trachten müsse. Die Frage, ob diese Voraussetzung richtig, scheint in England wenig zur Erörterung gekommen zu sein. Die mannigfachen Aeußerungen der Kurfürstin gegenüber dem Könige Wilhelm III., von 1689 an, direct oder indirect, und namentlich der auffallende Wunsch zu Gunsten des Prätendenten, vom März 1708 (S. 43), legen nicht Zeugnis ab für ein solches Trachten. Immerhin mochten solche Aeußerungen den Engländern unbekannt geblieben sein. Dagegen konnten sie wissen, daß das kurfürstliche Haus weder um die Succession-Acte selber von 1701, noch um diejenigen der Naturalisation und der Regentschaft von 1705 aus sich einen Schritt gethan, und wir haben beobachtet, daß auch in Anlaß der letzteren Acten die Stimmung bei den maßgebenden Persönlichkeiten in Hannover nicht eine freudig erregte war (Band XII, S. 29). Ueberhaupt lag die Thatsache vor, daß bisher das kurfürstliche Haus in Bezug auf England nichts gethan hatte als das Dargebotene anzunehmen.

In England aber verlor man diese Thatsachen gar leicht aus den Augen vor der Meinung, daß, weil der Glanz der Krone von Groß-Britannien so sehr den Kurhut von Braunschweig-Lüneburg überstrahle, jene darum begehrenswerther sein müsse. Und darum meinte jede der beiden Parteien durch den Hinweis auf diesen Glanz den Kurfürsten für sich gewinnen zu können, um mit seiner Hülfe der anderen obzusiegen. Sie legten Berufung ein an das Interesse des Kurfürsten, und meinten dabei das eigene. Darum verhielt sich der Kurfürst ablehnend gegen beide.

Der Königin Anna persönlich gegenüber mochte bei dem Kurfürsten für seine ablehnende Haltung beitragen der Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit. Dieser Zweifel ward durch die zahlreichen Betheuerungen, wie sie eben noch der Graf Rivers herüber gebracht, nicht gehoben. Die Kurfürstin-Witwe Sophie machte aus diesem Zweifel für sich in ihren Correspondenzen kein Hehl. Ihre Briefe an ihre Nichte, die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, sind, auf den Wunsch des späteren Königs Georg I., von der letzteren verbrannt [1]); aber den

[1]) Briefe der Prinzessin Elisabeth Charlotte von Orleans an die Raugräfin Louise. Stuttgarter Literarischer Verein Bd. VI, S. 183. Dort sagt die Herzogin, 6. September 1714, daß sie dem Wunsche bisher nicht nachgekommen; aber im



Gesammt-Eindruck der Briefe in Bezug auf die Thronfolge in England hat die Herzogin selber wieder gegeben in den oben (S. 43) gemeldeten Worten, welche diesen Zweifel in starker Weise zum Ausdrucke bringen.

Daß dieser Zweifel nicht unbegründet, zeigt uns Späteren eine damalige Aeußerung der Königin.

Unter der Fluth der Adressen, die damals bei ihr einströmten, befand sich auch eine der Grafschaft Edinburgh, angeregt von dem Parlaments-Mitgliede Lockhart von Carnwath, und demgemäß, wie er selber es bezeichnet, in hoch monarchischem Stile[1]). Zur Zeit der Parlaments-Eröffnung brachte er sie mit, ward vom Herzog von Hamilton der Königin vorgestellt, und verlas sie. Die Königin zeigte sich sehr erfreut und ertheilte eine gnädige Antwort. Dann fuhr sie zu Lockhart fort: obwohl er fast immer ihren Maßregeln entgegen gearbeitet, zweifele sie doch nicht an seiner Anhänglichkeit für ihre Person, und hoffe, daß er nicht mitthun werde in den Planen gegen Frau Masham und für das Herüber-Bringen des Kurprinzen von Hannover. „Zuerst, sagt Lockhart, war ich etwas überrascht; dann jedoch faßte ich mich schnell und versicherte ihr, daß ich niemals mich betheiligen würde, ihr irgend welchen Verdruß zu erregen. Und was den Kurprinzen von Hannover beträfe, so möchte Ihre Majestät aus der von mir verlesenen Adresse urtheilen, daß ich es meinen Wählern nicht recht machen würde, wenn ich meine Zustimmung geben wollte, ein Mitglied jener Familie herüber zu bringen, ob jetzt oder zu irgend welcher späteren Zeit. — Die Königin lächelte, und ich zog mich zurück. Darauf sagte sie zu dem Herzoge: sie hielte mich für einen rechtschaffenen Mann, und der geradeaus gehe. Der Herzog antwortete: er könne versichern, daß ich Ihrer Majestät zugethan sei und allen ihres Vaters Kindern" [2]).

Archive des Hauses Orleans haben sich, nach angestellten Nachforschungen, die Briefe nicht mehr vorgefunden.

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 317.

[2]) The duke replied, he could assure her, I liked her Majesty and all her father's bairns. — Diese schottische Redeweise hat hier eine besondere Bedeutung.

Es ist zu bemerken, daß sehr wenige Fälle überliefert sind, in denen die Königin Anna sich so offen kund gegeben hätte.

Dies führt uns auf die damalige Haltung des Hofes von St. Germain.

Das Verhalten des Hofes von St. Germain.

Es läßt sich nicht ersehen, daß seit der Mahnung, welche die Königin-Witwe aus St. Germain, im September 1701, an die damalige Prinzessin Anna einschickte (Band X, S. 2), bis noch in das Jahr 1711 hinein irgend welcher Gedanken-Austausch dieser Verwandten statt gefunden habe.

Ludwig XIV., nach dem unglücklichen Versuche der Landung in Schottland, vom März 1708, unternahm nichts mehr zu Gunsten seiner Schützlinge. „Da er für uns nichts thun kann, meldet Middleton aus St. Germain nach Schottland, so gestattet er uns zu thun, was wir selber können" [1]). Dies beschränkte sich darauf, Verbindungen zu unterhalten.

Dem Ritter von St. Georg scheint damals mehr als seiner Mutter die Erkenntnis aufgegangen zu sein, daß der Aufenthalt in Frankreich ein großer Fehler war. Unter verstelltem Namen schreibt er an Middleton, daß er sehnlichst wünsche, Frankreich zu verlassen, dessen er in aller Beziehung müde sei [2]). Aber er befand sich alljährlich bei der Nordarmee, die gegen seine Landsleute stand.

Die Friedensberedungen in Geertruidenberg schienen der Königin in St. Germain wenigstens eine Aussicht auf die Erlangung ihres Witthums zu eröffnen. Aber Polignac antwortete ihr, am 9. April, daß sich noch nicht die Gelegenheit geboten habe, ihre Sache zur Sprache zu bringen [3]). Die Gelegenheit gab sich auch ferner nicht.

Dagegen tauchte, im Juni, unerwartet eine andere Hoffnung auf. Sie kam von dem für Alle unberechenbaren Marlborough. Wir haben ihn, im Herbste 1708, an seinen Neffen, den französischen

---

1) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 144.

2) A. a. O. p. 160.

3) A. a. O. p. 151.



Marschall Berwick, einen Friedensvorschlag richten sehen, auf den damals Ludwig XIV. nicht einging (S. 181). Die Thatsache des Vorschlages bot aber dann, bei den Beredungen im Haag, im Monate Mai 1709, dem Staats-Secretär Torcy den Anlaß, für den Frieden das Privat-Interesse Marlboroughs in Rechnung zu ziehen (S. 232, 234). Diese Rechnung schlug fehl. Marlborough blieb jedoch auch ferner mit Berwick in Correspondenz.

Im Juni 1710, noch vor der Entlassung Sunderlands, gelangte an Berwick ein Schreiben Marlboroughs mit Vorschlägen zu Gunsten des Ritters von St. Georg. Berwick lieferte das Schreiben nach St. Germain ein. Dort ward der Einspruch erhoben, daß man sich auf Marlborough nicht verlassen dürfe. Aber Torcy hatte früher wiederholt geltend gemacht, daß man Marlborough mit Aufmerksamkeit behandeln möge. Dazu, meinte man, sei die Gefahr für seine Stellung in England ein Motiv für ihn, neue Anknüpfungen zu suchen. Wenn man ihm nicht die Hand dazu biete, so sei zu besorgen, daß er sich dem Hause Hannover zuwende, und daß dies der Sache des Hofes von St. Germain zu schwerem Nachtheile gereiche. Aus dieser Erwägung reifte der Entschluß der Königin-Witwe selber an Marlborough zu schreiben. Der Brief wurde ihm übermittelt durch den Marschall Villars [1]).

Das Schreiben der Königin wiederholt die Hauptzüge des Briefes von Marlborough an Berwick. Er hatte ausgesprochen, wie so oft, daß er nach dem Abschlusse des Friedens sich in die Stille zurückziehen werde. Die Königin bekämpft diesen Entschluß, durch den Marlborough sich für seine Freunde nutzlos mache, für sich selber die Gefahr bereite, seinen Gegnern wehrlos gegenüber zu stehen. Dann tritt sie ihrem Zwecke näher. „Ich bitte Sie daher, sagt sie, die Sache wohl zu überlegen, bevor Sie die Mittel aus den Händen geben, Sich selber zu sichern und Ihre Freunde zu stützen. Aber, wie Sie verloren sind, wenn Sie Ihre Stellung aufgeben, so sehe ich andererseits auch wohl, daß, wie die Dinge zur Zeit liegen, es sehr schwer für Sie sein wird, sich in Ihrer Stellung zu behaupten. Ihr Interesse und Ihre Ehre gehen demnach Hand in Hand. Sie können nicht in Sicherheit sein

---

[1]) Macpherson's Original Papers vol. II, p. 158.

als dadurch, daß Sie Gerechtigkeit üben, und nicht Ihre Größe bewahren, als indem Sie Ihre Pflicht erfüllen. Die Zeit ist kostbar sowohl für Sie wie für uns."

„Sie ertheilen uns den Rath uns an die neue Favoritin zu wenden. Der Rath ist sicherlich wohl gemeint; aber was dürfen wir von einer Fremden erwarten, die keine Verpflichtungen gegen uns hat? Dagegen haben wir alle Gründe uns auf Sie zu verlassen; weil wir ja nunmehr dasselbe Interesse gemein haben. Sie haben die Macht, den König in die Lage zu setzen, in welcher er Sie schützen kann. Legen Sie also, ich bitte Sie darum, die Gedanken des Zurückziehens bei Seite. Fassen Sie Muth. Schicken Sie uns, ohne Zeitverlust, einen Mann Ihres Vertrauens, oder gestatten Sie uns, einen solchen zu senden. Eine rasche und positive Antwort von Ihnen wird uns zeigen, welche Meinung wir von unseren Angelegenheiten haben dürfen."

Endlich dankt die Königin Marlborough für die Zusage seiner Bemühungen um ihr Witthum beim Friedensschlusse. „Meine Sache ist so gerecht, sagt sie, daß ich allen Grund habe zur Hoffnung sie zu gewinnen. Wenigstens schmeichele ich mir, daß die Schwester des Königs zu wohl gesinnt ist, als daß sie entgegen streben werde."

Obwohl also die Königin Anna auf jene Mahnung aus St. Germain, vom September 1701, geschwiegen hatte, so ergibt sich doch, daß die Witwe Jacobs II. von ihr eher Freundlichkeit als Feindseligkeit erwartete.

Von einer Antwort Marlboroughs auf diesen directen Appell der Königin-Witwe in St. Germain an seine Loyalität für das Haus Stuart findet sich keine Kunde. Wir haben gesehen, in welcher Weise er sich einige Wochen später nach Hannover wandte. Ob seine Rede nach St. Germain, oder diejenige nach Hannover aufrichtiger war, dürfte schwer zu entscheiden sein. Wahrscheinlicher ist, daß sie es nach beiden Seiten nicht war. Für gewis aber dürfte anzunehmen sein, daß weder in St. Germain, noch in Hannover, noch in London, die nächst betheiligten Personen von dieser Verschiedenheit seiner Reden eine Kunde hatten.

Die Erregung der Gemüther in England rief dagegen im Laufe des Sommers in St. Germain wieder den Plan einer Landung in

Schottland hervor [1]). In der Denkschrift, welche Middleton zu diesem Zwecke bei Torcy einreichte, sagt er, daß seit dem März 1708 Jacob III. in Schottland an Anhängern noch gewonnen habe, daß die kirchliche Bewegung in England für die Lehre vom Nicht-Widerstande nützlich für ihn wirke, daß die Prinzessin Anna selber in ihrer Begünstigung der Hofkirche ihre Neigung für ihn darthue. Augenscheinlich sei daher die gegenwärtige Lage der Dinge in England für den König Jacob III. verheißender als je zuvor, und nach allem Anscheine bedürfe es nur der Geduld im Abwarten. — Dann jedoch macht die Denkschrift Middletons eine kühne Wendung. Dennoch, sagt sie, erbiete sich der König Jacob, aus Mitgefühl mit dem schlechten Stande der Dinge in Frankreich, abermals seine Person in Schottland zu wagen, um dadurch England zu zwingen sich aus der Allianz zu lösen und somit für Frankreich den ersehnten Frieden zu verschaffen. Als Bedingung stelle er die Ueberlassung der Irländer im französischen Dienste, 3000 bis 4000 Mann.

Das Gerücht, daß der Plan einer Landung im Werke sei, verbreitete sich, zu Ende August, nicht bloß in Paris, sondern auch in London [2]). Aber wir vernehmen darüber zugleich von dem letzteren Orte das Urtheil: „Sollte dieses Gerücht begründet sein, so würde die Königin das Parlament nicht auflösen dürfen." Der Eine Gedanke genügt zu zeigen, daß auch Ludwig XIV. seinerseits den Plan einer Landung in Schottland als seinem Interesse entsprechend nicht erachten konnte.

Dennoch regte sich einige Wochen später abermals die Besorgnis, und zwar war dies Mal der Träger der Nachricht derselbe Marlborough, der einige Monate zuvor fast gleichzeitig nach St. Germain und nach Hannover hin seine Loyalität betheuert hatte. Am 25. September legte er, vom Lager bei St. André aus, einem officiellen Berichte an den Staats-Secretär Boyle ein eigenhändiges Schreiben bei, in welchem er meldet, von eben derselben Persönlichkeit, die zwei Jahre zuvor die erste Nachricht des Landungsplanes in Schottland gegeben, nun die Kunde eines ähnlichen Planes für die Zeit der Wahlen vernommen zu haben. Marlborough weist Boyle an, nur der

---

[1]) Denkschrift vom 29. August, in Macpherson's Original Papers vol. II, p. 165.

[2]) A. a. O. p. 164. — Hoffmanns Bericht vom 3. September.



Königin die Mittheilung zu machen, und dann denjenigen Personen, welche die Königin bestimmen würde, damit die nothwendigen Maßregeln getroffen werden können. Mit der Vorbereitung derselben sei er selber schon beschäftigt [1]).

Man könnte geneigt sein, da in der That nachher nichts erfolgte, die Nachricht als eine Fiction Marlboroughs anzusehen, deren Zweck sich uns eben so verbirgt, wie bei vielen anderen seiner Doppelzüngigkeiten. Aber wir vernehmen wieder einige Wochen später ein ähnliches Gerücht von anderer Seite, nämlich dies Mal in Betreff einer Absicht des Marschalls Berwick, nicht auf Schottland, sondern direct auf England. Er erbot sich dort mit 20,000 Mann zu landen [2]).

Abermals gelangte das Gerücht davon nach London. Die Whigs behaupteten, daß die Tories die Landung wünschten. Die Tories erhoben dieselbe Anklage gegen die Whigs, mit dem Zusatze, daß diese die Verwirrung benutzen wollten, um die Königin vom Throne zu stoßen [3]). Wahrscheinlich waren beide Anklagen gleich unbegründet, nur Symptome der Partei-Leidenschaft. Keine derselben hatte eine Probe zu bestehen. Das Verhalten Ludwigs XIV. bei der Nachricht der Auflösung des Parlamentes hat uns gezeigt, daß er das Ereignis betrachtete wie einen für ihn durchschlagenden Sieg, der ihm das Gebiet der Unterhandlung eröffnen mußte, auf welchem er und die Seinen überlegen waren. Eine Landung hätte den mühelos ihm zugefallenen Erfolg wieder in Frage stellen, hätte die in Parteien zerrissene englische Nation einigen können wider ihn. Seine Erfolge dagegen erblüheten damals wie früher aus der Zwietracht der Anderen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Vorschlag Berwicks bei Ludwig XIV. auch nur einer Prüfung werth gehalten sei.

Vor der Wichtigkeit der inneren Umwälzung in England tritt diejenige der Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen sehr zurück. Fassen wir dieselben zunächst in gedrängter Kürze zusammen.

---

1) **Murray** vol. V, p. 162.

2) **Lamberty** t. VI, p. 85. Schreiben eines bayerischen Ministers an den Kurfürsten Max Emanuel, vom 18. October.

3) Hoffmanns Bericht vom 17. October.



Im äußersten Nordosten hält der Czar seinen Siegeslauf durch Karelien und Liefland. Im Südosten sucht Carl XII. die Türken in die Waffen zu bringen, bis es ihm gegen das Ende des Jahres gelingt. Die Flamme des ungarischen Aufstandes brennt immer matter bis zum Erlöschen. Der dänisch-schwedische Krieg, nach der Niederlage der Dänen bei Helsingborg, stagnirt. Das schwedische Corps unter Crassau wagt nicht aus Pommern vorzubrechen. Der Feldzug am Oberrheine verläuft thatlos, und kaum lebhafter derjenige in Savoyen. Nachdrücklicher ist der Krieg der Hauptarmeen in den Niederlanden; aber die Fortschritte der Verbündeten bestehen in dem Gewinne von vier festen Plätzen. Der wichtigste Feldzug dieses Jahres dagegen ist der spanische, reich an Wechselfällen, und darum rückwirkend auch auf die neue Gestaltung der Dinge in England, was von keinem der anderen Feldzüge gesagt werden kann.

Die schwedische Verwickelung.

Das Corps unter Crassau in Pommern.

Die Mächte der Allianz hielten fest an dem Vorsatze darüber zu wachen, daß nicht das schwedische Corps in Pommern der Anlaß werde zu einem neuen Kriegsbrande im Reiche, entweder durch das eigene Vorbrechen oder durch einen Angriff auf dasselbe. Wie dieser Gedanke zum Ausdrucke gelangt war durch die Resolution der Generalstaaten vom 24. December 1709, so ward er wiederholt durch eine Uebereinkunft der Vertreter der Mächte im Haag, vom 31. März [1]). Der Senat in Stockholm wußte, daß Carl XII. von Bender aus an Crassau in Pommern den Befehl zum Rückmarsche nach Polen erlassen hatte. Aber dies war geschehen vor der Kunde des dänischen Angriffes, und jene Neutralität lag, in Betreff der deutschen Provinzen, im Interesse Schwedens. Daher stimmte der schwedische Senat dem Haager Concerte für die Neutralität im Reiche zu, wenn sie gegen Jeden in gleicher Weise aufrecht erhalten würde, und war sogar erbötig, das Corps selbst den verbündeten Mächten für die Armee in

[1]) Lamberty t. VI, p. 292.



den Niederlanden zu überlassen, in der Absicht das dafür zu erwartende Geld zur Vertheidigung Schwedens zu verwenden [1]).

Bereits im Juni jedoch erfuhr man im Haag durch den Kurfürsten Georg Ludwig, dem Carl XII. es selber geschrieben, daß er mit dieser Neutralität nicht einverstanden war. Dazu führte August II. von Sachsen-Polen Beschwerde, daß das schwedische Corps in Pommern durch Werbung sich stetig mehre. Nach der Ansicht der Vertreter der Mächte im Haag handelte Schweden in der ganzen Sache wider sein eigenes Interesse, weil es sie nöthigte, ihr Concert vom 31. März, das mehr zum Vortheile Schwedens war als der Gegner, mit Nachdruck aufrecht zu halten. In der That ward am 4. August die Aufstellung einer Neutralitäts-Armee von etwa 16,000 Mann an der Elbe und Oder beschlossen. Die Seemächte übernahmen die Hälfte; die andere Hälfte der Kaiser und die Reichsfürsten in Norddeutschland [2]).

Zugleich trat man mit dem schwedischen Gesandten Palmquist im Haag in Unterhandlung ein über die Ueberlassung der schwedischen Truppen. Dies um so eifriger, da zugleich der Kaiser die Nachricht geben ließ, daß der Großwesir in Constantinopel geäußert habe: der Sultan wolle Carl XII. durch eine Armee von 40,000 Türken durch Polen in sein Land geleiten lassen. Die Verbündeten boten dem Schweden Palmquist für das Crassauische Corps von 8000 Mann 400,000 Thaler. Aber sie stellten die Bedingung, daß das Corps nicht abberufen werden dürfe, und daran zerging der Vertrag [3]).

Carl XII. in Bender dagegen wartete mit seiner öffentlichen Erklärung so lange, bis er des Entschlusses von Seiten der Pforte gegen den Czaren Peter sicher war. Alsdann erließ er von Bender aus, am 30. November, einen Protest, daß das ohne sein Vorwissen und wider seinen Willen abgeschlossene Haager Concert vom 31. März ihn nicht binde, und er daher im Vertrauen auf die göttliche Hülfe und seine gerechte Sache nach seiner Ueberzeugung handeln werde [4]). Bis dahin war die Neutralitäts-Armee noch nicht beisammen.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 296.

[2]) A. a. O. p. 305 die Vertheilung.

[3]) A. a. O. p. 314.

[4]) Der Protest bei Nordberg Bd. III, S. 486. Er bemerkt an einer anderen Stelle, Bd. II, S. 241, daß in dem Abdrucke bei Lamberty t. VI, p. 319 ausgelassen sind die Worte: Se fretum auxilio divino atque aequitate causae.



Die türkische Kriegserklärung an Peter I.

Die Bemühungen Carls XII. die Pforte zum Bruche mit dem Czaren zu bewegen, hatten im Anfange so geringen Erfolg, daß es vielmehr dem russischen Botschafter Tolstoi gelang, die Erneuerung des letzten Friedensschlusses zu erwirken. Dennoch lehnte Carl XII., wie das zuerst ihm von den Generalstaaten, dann, im December 1709, von Frankreich, ferner, im Januar 1710, von England ihm gemachte Erbieten ihn auf einer Flotte nach Schweden zu bringen, so auch eben dasselbe von Seiten der Pforte ab[1]). Auch den Antrag des Kaisers durch dessen Länder heimzukehren, nahm er nicht an.

Im Juni ward ein neuer Großwesir ernannt. Dem Schwedenkönige nicht günstiger gesinnt als sein Vorgänger, ließ er verkünden, daß Carl XII. nunmehr heimkehren werde; aber zugleich ward, zur Einschüchterung der Polen, hinzugesetzt: im Geleite einer türkischen Armee gleich derjenigen, welche Kara Mustapha nach Wien geführt. Dies nicht ernstlich gemeinte Gerücht hatte dennoch den Erfolg, daß es die Kriegeslust der Janitscharen erregte, und sie zu Fürsprechern der Wünsche Carls XII. machte[2]).

Außer den Agenten, welche direct im Dienste Carls XII. in Constantinopel arbeiteten, Neugebaur und Poniatowski, gelang es ihm auch den Chan der Tartaren zu gewinnen. Dazu kam noch eine andere Persönlichkeit, vielleicht die gewichtigste, der französische Gesandte Desalleurs.

Nachdem Desalleurs eine Reihe von Jahren dem Interesse der französischen Politik in Ungarn gedient, entsendete ihn Ludwig XIV. nach Bender an Carl XII. Desalleurs stellte die Möglichkeit der französischen Vermittelung zwischen Carl XII. und Peter I. in Aussicht. Die Vorbedingungen des letzteren würden sein: Nicht-Einspruch Carls XII. gegen ein französisch-russisches Bündnis, Einschluß des Czaren in den allgemeinen Frieden, der Kaiser-Titel für den Czaren. — Die Antwort Carls XII., vom 10./21. März, nahm die Vermittelung an, unter der Bedingung, daß auch der Czar annähme, fügte jedoch

---

1) Nordberg Bd. II, S. 219.

2) Hammer, Geschichte der Osmanen Bd. IV, S. 105.

hinzu: die Forderungen des Czaren würden so ungemessen sein, daß es zu nichts kommen werde. Die Zeiten, meinte er, dürften sich ändern und der Czar so in die Enge getrieben werden, daß er sich in andere Forderungen fügen müsse als die man zur Zeit ihm stellen dürfe[1]).

In Wahrheit jedoch hielt der Czar Peter I. an dem Wunsche der französischen Vermittelung, die er schon im Jahre 1707 gesucht, auch nach dem Siege von Pultawa fest. Wie daher von Anfang an alle seine Gunst für Franz Rakoczy in Ungarn in der Hoffnung beruhete, sich dadurch das Wohlgefallen Ludwigs XIV. zu erwerben: so war er nun auch gern einverstanden damit, daß Franz Rakoczy durch seinen Agenten Vetes in Versailles diese Angelegenheit der französischen Vermittelung in der eifrigsten Weise betrieb[2]). Im Falle des Gelingens, ließ Peter I. an Franz Rakoczy melden, werde er den Warschauer Vertrag von 1707 genau erfüllen und mit seiner gesammten Macht für Ungarn gegen das Haus Habsburg eintreten. Rakoczy ließ bei Ludwig XIV. hervorheben, daß die Aufrichtigkeit des Czaren in dieser seiner Bereitwilligkeit zum Frieden nicht in Zweifel zu ziehen sei. Denn der Ehrgeiz vermöge mehr über ihn als das Interesse. Er wolle in Europa geachtet sein, und glaube dies am sichersten erreichen zu können durch ein Bündnis mit dem Könige von Frankreich.

Es schien, im Juli, als wenn Ludwig XIV. und Torcy für diese Angelegenheit denselben Eifer hegten, wie der Czar Peter, Franz Rakoczy und Vetes. Ludwig XIV. antwortete durch ein Handschreiben an Rakoczy, vom 25. Juli, mit den Worten: „Mein Vetter. Die Denkschrift, welche der Baron Vetes, als Ihr Minister bei mir, am 4. dieses Monates, mir überreicht hat, ist von solchem Gewichte und Nutzen für meine Interessen und die Ihrigen, daß ich nichts Besseres thun kann als alle darin enthaltenen Vorschläge und Forderungen zu billigen, gutzuheißen und zu genehmigen. Ich bitte Sie also alle Ihre Sorgfalt aufzuwenden, daß diese Unterhandlung sich zu unserer gemeinsamen Befriedigung vollziehe, und dem Berichte des Barons

---

[1]) Nordberg Bd. II, S. 219. — Die Denkschrift des Vetes, bei Fiedler Bd. I, S. 168.

[2]) Die Actenstücke bei Fiedler a. a. O.



Vetes über meine guten und aufrichtigen Gesinnungen für Sie allen Glauben beizumessen" [1]).

Bei aller Verbindlichkeit der Ausdrücke ist es doch auffallend, daß in dem Schreiben die Angelegenheit, um die es sich eigentlich handelt, diejenige der Friedensvermittelung zwischen Carl XII. und dem Czaren Peter I., so wie die Person des letzteren nicht genannt wird.

Die Berichte des Vetes, der so scharf wie irgend einer seiner Zeitgenossen, in die Verschlingung der Fäden der Politik von Versailles einblickte, lassen jedoch dies Mal einen Zweifel an der Aufrichtigkeit derselben nicht erkennen.

Ausgerüstet mit jenem Handschreiben Ludwigs XIV. und den entsprechenden Versicherungen eilte Vetes heimwärts, um dann als Gesandter Rakoczys zu Peter I. zu gehen. Ein französischer Gesandter, Baluze, sollte ihm folgen. Die Instruction für Vetes schärfte ihm ein, daß diese Gesandtschaft die bisher wichtigste von allen sei. Das Haus Oesterreich, solle Vetes sagen, suche die Pforte zum Kriege wider den Czaren zu reizen. Wenn bis dahin Ungarn und Siebenbürgen frei, so würden sie mit Freuden beitragen helfen, den Thron des Czaren in Constantinopel wieder zu errichten [2]).

Bevor Vetes vor dem Czaren Peter I. eine Rede solcher Art halten konnte, hatte die Pforte dem Czaren den Krieg schon angekündigt, nicht jedoch auf Betrieb des Kaisers. Vielmehr ließ Joseph I. durch seinen Gesandten Talmann in Constantinopel gegen den Krieg reden. Es bedürfe, ließ der Kaiser sagen, nachdem er dem Schwedenkönige sichere Heimkehr durch seine Länder angeboten, für denselben nicht des Geleites einer türkischen Armee [3]). In ähnlicher Weise redeten in Constantinopel die Gesandten der anderen Mächte der Allianz. — Der Antrieb von Westen her für die Türken zum Kriege gegen den Czaren kam von dem Gesandten einer anderen Macht.

Desalleurs hatte sich von Bender aus nach Constantinopel begeben. Nachdem dort im Juni jenes Gerücht von dem Geleite des

---

[1]) Fiedler Bd. I, S. 173.

[2]) L'aider à rétablir son thrône en Constantinople, bei Fiedler Bd. I, S. 178.

[3]) Nordberg Bd. II, S. 230.



Schwedenkönigs durch eine Armee ausgesprengt war, begann man auch Kriegsvorbereitungen zu treffen. Diese wurden ernster vom August an, unter dem neuen Großwesir Mehemet Baltadschi. Der Chan der Tartaren begab sich, gemäß der Verabredung mit Carl XII., nach Constantinopel um für den Krieg zu reden. Mit ihm setzte sich der französische Gesandte Desalleurs in Verbindung, nicht jedoch um, wie Ludwig XIV. durch Franz Rakoczy dem Czaren versprochen, für eine Vermittelung zwischen dem letzteren und dem Schwedenkönige zu arbeiten, sondern um gemeinsam mit dem Tartarenchan die Kriegesgedanken in Constantinopel wider den Czaren zu erregen. Es gelang dem russischen Gesandten Tolstoi, eine Kunde der Denkschriften zu erlangen, die Desalleurs in Constantinopel eingereicht. Der Inhalt derselben legt die Bedeutung dar, welche, nach der Absicht Ludwigs XIV., der Krieg im fernen Osten für Westeuropa haben sollte. Tolstoi berichtete denselben nach Moskau wie folgt [1]).

Desalleurs habe im Namen Ludwigs XIV. hervorgehoben, daß die Zeit zum Angriffe auf den Czaren Peter für die Pforte günstig sei. Diese werde nur mit Rußland zu thun und dabei natürliche Verbündete haben an Polen und Schweden. Der Krieg im Westen zwischen Frankreich und dem Kaiser werde in zwei bis drei Jahren beendet sein. Wenn also die Pforte mit ihrem Angriffe bis dahin zaudere, so werde sie dann die ganze Christenheit gegen sich haben. Wenn sie dagegen sofort beginne, werde sie Carl XII. durch Polen in seine Länder führen. Von dort aus werde Carl XII. den König August II. bis in sein Erbland verfolgen, und dadurch eine solche Diversion machen, daß die Reichsfürsten sich gezwungen sähen für ihn einzutreten, demnach ihre Truppen aus dem Kriege wider Frankreich zurückzuziehen. Dadurch erhalte der König Luft und könne den Krieg mit Vortheil fortsetzen, bis es ihm gelinge, dem Hause Oesterreich alle Länder der spanischen Monarchie wieder zu entreißen. Dazu werde die Herstellung des Schwedenkönigs den Verfall der Sache des Kaisers nach sich ziehen, weil dann Ungarn, nachdrücklicher als bisher von Frankreich unterstützt, wieder Muth fassen werde. Dann könne man, bei dem demnächstigen Frieden zwischen Frankreich und dem

[1]) Bericht des Betes bei Fiedler Bd. I, S. 210.



Kaiser, das Königreich Ungarn in seine alten Rechte und Freiheiten herstellen, was der Pforte zum großen Vortheile gereiche.

Auf die Frage der Türken, warum denn, bei einer solchen Lage der Dinge, der König ihnen nicht lieber anrathe gegen den Kaiser einen Krieg zu unternehmen, der doch dem französischen Interesse näher liege als die Herstellung des Schweden, habe Desalleurs geantwortet: sein König gebe seinen Rath gerade im Interesse der Pforte. Denn, wenn sie dem Kaiser den Krieg ankündige, so werde der Czar, der die Hände frei habe, sofort miteintreten, so daß die Türken, anstatt mit nur Einer Macht, mit zweien zu thun haben würden, und vielleicht auch noch mit der Republik Venedig dazu, welche sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen werde. Greife die Pforte dagegen nur den Czaren an, so werde weder der Kaiser, noch die Republik Venedig sich einmischen, sondern jene zwei Mächte allein den Kampf ausfechten lassen.

Der Divan in Constantinopel beschloß Krieg gegen den Czaren Peter. Am 21. November ward das Manifest in den Moscheen von Constantinopel verkündet. Mit dem Manifeste erließ der Sultan eine Reihe von Forderungen an den Czaren Peter I., so gestellt, wie z. B. diejenige der Rückgabe von Liefland an Carl XII., daß man der Ablehnung sicher sein durfte [1]).

Die Meldung der türkischen Kriegserklärung traf noch eher in Moskau ein als der Gesandte Rakoczys, Betes, der von Versailles aus ein königliches Handschreiben eines so ganz anderen Inhaltes an Rakoczy überbracht, und den Wortlaut desselben voraus entsendet hatte. Auf die Meldung seiner Ankunft in Moskau und die Bitte um Audienz erhielt er die Antwort: L'honneur et les intérêts de S. M. C. ne lui permettent pas d'écouter aucunes propositions d'un roi aussi perfide et frauduleux comme est le roi de France [2]). — Man sandte ihm einen Paß und Reisepferde mit dem Gebote des Aufbruches binnen zwei Tagen.

Die Thatsache der Duplicität Ludwigs XIV. liegt vor Augen. Schwieriger ist es, das Motiv zu erkennen. Dasjenige den Czaren

---

1) Nordberg Bd. II, S. 234.

2) Fiedler Bd. I, S. 201 u. f.



Peter I. zu täuschen und dadurch in Sicherheit einzuwiegen, damit er durch den Türkenkrieg überrascht würde, scheint kaum ausreichend. Eher dürfte anzunehmen sein, daß er und Torcy im Juli so gedacht haben, wie sie damals durch Vetes an Franz Rakoczy und durch diesen an den Czaren kund gaben, und daß erst nachher, in Folge von Berichten des Gesandten Desalleurs, der völlige Umschlag eingetreten ist.

Es fragte sich dann freilich, ob Ludwig XIV. von diesem neuen Kriege, den er nach Kräften mit herauf beschworen hatte, die gewünschten Vortheile haben werde.

Franz Rakoczy.

Vermittelungsversuche.

Wir haben gesehen, daß Rakoczy in Anlaß der Antwort von Carl XII. in Bender an den französischen Gesandten Desalleurs die Hoffnung faßte, daß durch Ludwig XIV. eine Friedensvermittelung zwischen Carl XII. und dem Czaren Peter I. erfolgen könne, und daß dann von dieser Hoffnung aus er und seine Agenten einen großen Eifer für diese Vermittelung entwickelten. So standen in seinen Augen die Dinge indessen nicht beim Ende des Jahres 1709 und Anfang 1710. Damals hielt er die Interessen Ludwigs XIV. und Carls XII. für eng verwoben, zumal da der Erstere ihn aufgefordert, dem Letzteren zu Dienste zu sein. Deshalb glaubte er damals von dem Czaren Peter nichts zu erwarten zu haben, und zog sogar seinen Agenten Brenner von dort weg. Dagegen setzte er seine Hoffnung auf die gegen Carl XII. verbündeten Könige. Er entsendete jenen Propst Brenner, der als katholischer Geistlicher weder in Moskau, noch in Berlin willkommen war, nach Dresden, Clement wieder nach Berlin mit dem weiteren Auftrage, nach dem Haag und nach London zu gehen. Beide wurden entsendet, bevor noch jene Antwort des holländischen Gesandten Hamel Bruininx aus Wien (S. 342) bei Rakoczy eingetroffen war. Brenner sollte August II. versichern, daß die Gastfreundschaft, deren Rakoczy zur Zeit seines Exiles in Polen genossen, allein ihn abgehalten habe, in den letzt verflossenen Jahren

nach der polnischen Krone so zu trachten, wie die Verhältnisse es gestattet hätten, in der Ueberzeugung zugleich, daß ein erzwungener Verzicht der Gerechtigkeit nicht entspreche. Darum beglückwünsche er den König August von Herzen zu der wieder erlangten Krone. — Dann jedoch ging er einen großen Schritt weiter. Es sei doch möglich, meinte er, daß Carl XII. mit türkischer Hülfe wiederkehre, auch sich abermals von Sachsen Meister mache. Brenner solle also den Wink hinwerfen, ob August II. nicht lieber, bevor er jenen Fall abwarte, nach der ungarischen Krone trachten wolle [1]).

Günstigeren Boden als Brenner in Dresden, fand Clement in Berlin. „Der König, meldet er, der die Gerechtigkeit liebt, und, um die Sache beim rechten Namen zu nennen, den Kaiser haßt, ist Ew. Durchlaucht bester Freund, und fast der ganze Hof folgt ihm darin. Der Graf Wartenberg, erster Staatsminister, aufrichtig, nicht jedoch sehr scharfsichtig, ist geneigt zu Allem Ja zu sagen. Der Freiherr von Ilgen jedoch, durch dessen Hand alle Expeditionen gehen, scheint mir kaiserlich zu sein; denn er ist allen meinen Vorschlägen immer entgegen. Es wäre gut, wenn Ew. Durchlaucht ihn durch ein Prämium gewinnen könnten. Dem Herrn von Ilgen hält dagegen der englische Botschafter, Lord Raby, im Vollbesitze der Gunst des Königs, des Grafen und der Gräfin Wartenberg, durchaus das Gleichgewicht. Er ist künftiger Friedensbotschafter und verspricht dann, die ganze Autorität seiner Stellung für Ew. Durchlaucht geltend zu machen. Besonders der Sache Ew. Durchlaucht ergeben ist ferner der Hofprediger Jablonski. Jedoch möchte ich, um ihn aufrichtig bei dieser Gesinnung zu bewahren, ein Prämium für nothwendig halten" [2]).

Als den stärksten Drücker ließ Rakoczy auch Clement in Berlin geltend machen den Hinweis auf die Türken.

Rakoczy behauptete in einem Schreiben an ihn, vom 12. December 1709, daß er für die Einräumung von Buda, Erlau und den anderen festen Plätzen, die früher die Türken besessen, ihrer Hülfe sicher sein würde. Auf Grund solcher Meldungen erklärte Clement in Berlin, daß, wenn nicht bald die Verbündeten eine sichere Resolution

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 581.

[2]) Hauptbericht des Clement, im Juli 1710, bei Fiedler Bd. II, S. 119.

faßten, die den Kaiser nöthige, sich auf die Vermittelung der Seemächte einzulassen, er den Befehl habe, in aller Form zu protestiren, daß Rakoczy aus keiner anderen Ursache als aus Zwang genöthigt werde, die türkische Protection anzunehmen, nicht als ob er nicht wisse, daß auch dies ein schweres Joch, sondern, weil die gesammte Nation überzeugt sei, dadurch einem noch schwereren Unheil zu entgehen, das ihr die Jesuiten schon zubereitet hätten [1]).

Ungeachtet des Nachdruckes, mit welchem diese Drohung geltend gemacht wurde, darf doch bezweifelt werden, ob die Ausführung in der Macht von Franz Rakoczy gestanden hätte. Zuerst nicht wegen der Ungarn selbst. Wir haben seiner Zeit von dem Agenten Vetes vernommen, daß er in solchem Falle seinen Dienst aufkündigen werde. (Band XII, S. 473.) Es ist anzunehmen, daß unter der Partei des Rakoczy — von den kaiserlich gesinnten Ungarn zu geschweigen — Vetes mit dieser Gesinnung nicht allein stand. Clement sagt in seinem späteren Berichte darüber: „In dieser Angelegenheit waren die Gesinnungen der Ungarn getheilt, und der Prinz Rakoczy wagte sogar nicht zu mehreren von ihnen viel darüber zu reden" [2]).

Ferner aber ist die Sache zweifelhaft, und sogar noch mehr, wegen der Türken. Jenes Schreiben Rakoczys, vom 12. December 1709, enthält mit der Meldung von der Bereitwilligkeit der Türken zum Eintreten für ihn auch die, daß die Pforte den Krieg gegen den Czaren beschlossen habe. Die letztere Meldung war irrig, war um ein Jahr verfrüht. Aber der Irrthum der einen Hälfte des Berichtes aus Constantinopel erregt Zweifel auch an der Richtigkeit der anderen, zumal bei dem Thatbestande vorher und nachher. Wir haben von dem französischen Gesandten Ferriol in Constantinopel, der, wie einst sein Vorgänger vom Jahre 1683, für sich kein Bedenken trug, die Türken zum Kriege gegen den Kaiser anzufeuern, wiederholt vernommen, daß die Türken die Schranken des Carlowitzer Friedens nicht durchbrechen wollten. Aber Rakoczy redet hier von der Zeit zu Ende 1709 und Anfang 1710. Damals wurde Ferriol irrsinnig, und es folgte ihm

---

1) Fiedler Bd. II, S. 90, 95. — Man vergleiche Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 589.

2) Fiedler Bd. II, S. 7.



bald Desalleurs als Gesandter. Wir haben erfahren, daß Desalleurs im Auftrage Ludwigs XIV. den Türken einen Angriff auf den Kaiser abrieth, damit sie nur mit dem Czaren zu thun hätten. Dies wußte Rakoczy freilich nicht. Vielmehr war er die Mittelsperson, durch welche Ludwig XIV. den Czaren in Täuschung erhielt. Rakoczy stattete sogar, im Juli, seine Agenten in Constantinopel, Papai und Horvath, mit Empfehlungen an Desalleurs aus und mit der Bitte, bei der Pforte sich zu ihren Gunsten zu verwenden[1]).

Aus allen diesen Thatsachen aber folgt, daß, welche Beredungen auch immer zwischen Agenten Rakoczys und türkischen Ministern gepflogen sein mögen, eine Zusicherung solcher Art von Seiten der Pforte, wie sie Rakoczy im Beginne 1710 in Berlin und später im Haag geltend machen ließ, nicht wahrscheinlich ist.

Welche Aussicht aber auch immer von Seiten der Türken den Agenten des Franz Rakoczy gemacht sein mag, sie ging unter im Laufe des Jahres 1710, als Desalleurs und die anderen Helfer Carls XII. in Constantinopel ihre Thätigkeit entwickelten.

Unzweifelhaft war die Stimmung am Hofe von Berlin für Rakoczy günstig. Auch seine besonderen Beziehungen, wie mit dem Hofprediger Jablonski, so mit St. Julien-Ancillon dauerten fort[2]), obwohl ein Ergebnis derselben nicht ersichtlich ist. Ueberhaupt aber war der Berliner Hof nicht der entscheidende Ort, sondern konnte nur fördern.

Clement erhielt von Berlin aus Empfehlungen mit an Marlborough im Haag. Zugleich hatte er dort einen eifrigen Fürsprecher an dem preußischen Gesandten Schmettau. „Er hat, meldet Clement, einst vom Kaiser in Schlesien Verfolgung erlitten und ist ihm feindlich gesinnt. Aber er handelt hierin auch aus dem Geiste des Christenthums und leistet gute Dienste, indem er sich auf die Autorität des Königs beruft, vor welchem die Holländer nunmehr Respect haben. Es wird nothwendig sein, ihm einige Fässer guten Weines herauszusenden“ [3]).

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., III. K., p. 471.

[2]) A. a. O. II. K., p. 590.

[3]) Fiedler Bd. II, S. 119. Vom Juli 1710.

Wie schon die Fassung der letzten Aufforderung andeutet, kamen Sendungen von Fässern Tokayer sehr häufig zur Anwendung, so z. B. bei Marlborough [1]), bei Heinsius [2]), bei Strafford [3]). Clement gab sogar den Rath, daß Rakoczy den russischen Ministern Menzikoff, Golovkin, Safiroff Weinberge von Tokay schenken möge. Behalte man Ungarn, so werde es Mittel geben, die Beschenkten abzufinden. Könne man es nicht behaupten, so sei es nützlich, daß diese Russen für dies erhaltene Geschenk Freunde bleiben. Denn es gebe keine Worte für die Neigung der Russen zum ungarischen Weine [4]).

Marlborough empfing den Agenten Rakoczys mit gleicher Höflichkeit wie das Jahr zuvor. Er verstieg sich zu den Worten: er wolle nicht bloß sich den Fürsten Rakoczy und die ungarische Nation verpflichten, sondern wisse auch, daß er in dieser Sache das Werk Gottes fördere [5]). — Minder entgegen kommend erschien zu Anfang der Rathspensionär Heinsius. Er hob hervor, daß die Berichte von kaiserlicher Seite über den Stand der Dinge in Ungarn ungünstig für Rakoczy lauteten. Nach der Versicherung Clements gelang es ihm, die Einwürfe von Heinsius völlig zu widerlegen [6]).

Die Denkschriften Clements für Marlborough und Heinsius stellten stärker noch als es in Berlin geschehen war, die Verbindung Rakoczys mit den Türken in Aussicht. Die Worte Rakoczys darüber lauten: „Die Pforte hat versichert, daß sie bereit sei uns zu helfen, wenn wir ihr Erlau, Neuhäusel und die anderen früher von ihr besessenen Festungen einräumen. Wir erwarten nun die endliche Resolution der verbündeten Mächte. Bleibt sie aus oder vermag sie nicht die Schwierigkeiten zu heben, so geben wir allen christlichen Fürsten unseren festen Entschluß kund, uns den Türken zu unterwerfen, zum großen Nachtheile der Christenheit. Denn wir sehen, daß wir von den Ministern des Hauses Oesterreich nichts Anderes zu erwarten haben

---

1) Murray vol. IV, p. 494.
2) Fiedler Bd. II, S. 119.
3) A. a. O. S. 371.
4) A. a. O. S. 122.
5) A. a. O. S. 111.
6) A. a. O. S. 112.

als grausame Verfolgungen, beständige Todesstrafen und eine harte Sclaverei" [1]).

Während dann Clement, mit der Hülfe Schmettaus, eine Antwort auf die Bitte Rakoczys um die nachdrückliche Vermittelung der Seemächte betrieb, gelangte an ihn ein neues Schreiben Rakoczys mit jener Antwort des holländischen Gesandten in Wien, Hamel Bruininx, vom December 1709. (S. 342.) Bei dem Stande der Dinge, wo ein englischer Gesandter neben dem holländischen in Wien nicht anwesend war, wo dagegen die Spannkraft des Aufstandes täglich nachließ, hatte Bercsenyi in einem Schreiben seinerseits an Clement nicht Unrecht, die Antwort zu bezeichnen als einen absoluten Verzicht der Seemächte auf die Vermittelung [2]).

Hamel Bruininx hatte aber jene Antwort nicht in officieller Form gegeben, sondern wie persönlich für sich. Der Verlauf der Dinge zeigt, daß Heinsius damals, im April, noch keine Kunde davon hatte. Es fragte sich also nun, ob die Republik und England die Antwort gut heißen würden.

Auf die Beschwerde Clements über diese Antwort zeigte sich der Rathspensionär sehr verwundert [3]). Der Gesandte, sagte er, habe keinen Auftrag dieser Art gehabt, habe aber Vollmacht, in entlegenen Angelegenheiten zu handeln, wie er es dem Besten seines Vaterlandes entsprechend erachte, und habe vielleicht aus dieser seiner Meinung so geredet. Man werde jedoch ihm eine gute Lection überschreiben.

Heftiger als Heinsius sprach sich Marlborough gegen Hamel Bruininx aus, mit den Worten: Ce n'est pas un coup d'un honnête homme, non plus d'un ministre. Er fügte hinzu: unzweifelhaft sei Hamel Bruininx von den Kaiserlichen bestochen.

Aber es handelte sich um eine Antwort auf das eigentliche Verlangen von Franz Rakoczy, nämlich eines Druckes auf den Kaiser für die Zulassung der seemächtlichen Vermittelung. Am 18. April ward sie von Marlborough im Namen der Königin und der Generalstaaten, im Beisein des Rathspensionärs, des Lords Townshend, des preußi-

[1]) Schreiben Rakoczys vom 27. December 1709, bei Fiedler Bd. II, S. 199.
[2]) A. a. O. S. 93.
[3]) A. a. O. S. 113.

schen Gesandten Schmettau, dem Agenten Clement und einem Abgesandten von protestantischen Ständen in Ungarn, Namens Birndorf, ertheilt. Die Königin und die Generalstaaten, sagte er, hätten, eingedenk ihres Versprechens vom Jahre zuvor, ihre Gesandten in Wien beauftragt, in nachdrücklicher Weise dem Kaiser ihre Vermittelung anzubieten. Dies sei geschehen; aber nach den glücklichen Erfolgen der Waffen der Verbündeten und besonders auch denen der Kaiserlichen in Ungarn, sei der Wiener Hof übermüthiger geworden. Darum falle es nicht den Verbündeten zur Last, daß ihre Schritte nicht den gehofften Erfolg gehabt. Viel allerdings liege auch an dem Minister. Marlborough wiederholte dann vor diesen Zuhörern seinen scharfen Tadel gegen Hamel Bruininx. Das Verhalten desselben, sagte er, gezieme sich nicht für einen rechtschaffenen Mann, noch für einen Christen, und noch weniger für den Minister einer freien Republik. Da jedoch Geschehenes sich nicht ändern lasse, so versicherte er, die verbündeten Mächte würden es sich angelegen sein lassen, daß der Erfolg ihren Absichten entspreche. In Betreff der Fortsetzung oder Wiederaufnahme der Vermittelung würden an die seemächtlichen Gesandten in Wien die Befehle ergehen, abermals darauf zu dringen. Der Einschluß dagegen Rakoczys und der conföderirten Stände in den allgemeinen Frieden sei von Seiten der Seemächte unmöglich. Rakoczy möge den König von Frankreich bitten, den Vorschlag zu machen, möge sich auch an den nunmehr so mächtigen Czaren halten. Die türkische Hülfe erscheine unsicher, und, auch wenn sie sicher wäre, wegen der Consequenz der allgemeinen Abneigung, gefährlich. Wenn Rakoczy sich auf dieselbe nicht einlasse, so werde man ihm einen ehrenhaften Frieden verschaffen, geschehe auch in Ungarn was da wolle [1]).

Die Weiterreise nach England rieth Marlborough dem Clement ab: das Interesse des Rakoczy erheische vielmehr, daß ihm bald eine genaue und sichere Nachricht gegeben werde. Clement entgegnete: Rakoczy wisse bereits alles dies genau. Die eigentliche Absicht seiner Sendung sei, endlich von den verbündeten Mächten eine positive Resolution zu erhalten. Er erbitte die gegebene Antwort schriftlich.

---

[1]) Diese letzten Worte in dem späteren Berichte Clements für den Kaiser, bei Fiedler Bd. II, S. 18.



Marlborough wich aus. — Noch am selben Tage, dem 18. April, fuhr er mit dem Prinzen Eugen ab zum Feldzuge nach Flandern [1]).

Clement versuchte bei dem Rathspensionär eine schriftliche Antwort zu erlangen. Heinsius erwiederte, das sei gefährlich und ganz besonders schädlich, wenn etwa die Schrift in die Hände der Kaiserlichen geriethe. Rakoczy möge sich darauf verlassen, daß die Generalstaaten bei ihren Beschlüssen beharren würden. — Clement befragte Townshend und Schmettau. Sie antworteten: Marlborough und der Rathspensionär seien, wie die tröstliche Antwort bezeuge, für Rakoczy sehr wohl-gesinnt; aber nach ihrer Kenntnis der Sachlage habe Marlborough die Weiterreise des Clement nach England deshalb gehindert, damit nicht dort, wo sein Ansehen im Sinken, ihm die Sache aus der Hand genommen werde. Man möge daher nicht unterlassen, die nun so aufrichtig angesponnene Sache durch eine Botschaft bei der Königin zu betreiben [2]).

Clement reiste zurück zuerst nach Berlin. Dort versicherte ihm Friedrich I., daß seine Ansichten mit den im Haag ausgesprochenen überein stimmten, bis auf die Frage der Türken. Denn besser sei es, meinte er, das äußerste Heilmittel zu versuchen, als sich einem so brutalen Ministerium, wie dem Wiener, ohne Sicherheit hinzugeben. Nur Eile thue noth, damit nicht die Verbündeten eine Gelegenheit fänden, die Türken zu hindern [3]).

Die Mühe des Hinderns hatte in diesem Falle, wie wir gesehen haben, Ludwig XIV. bereits auf sich genommen.

Für das Verhalten dieser Vertreter der Seemächte dürfte dieselbe Kritik, die der Magyar Vetes im Jahre zuvor über dasselbe an Rakoczy gerichtet (S. 337, 345), auch dieses Mal zutreffend sein, nur freilich in noch schärferem Maße.

In Wien befand sich noch der Holländer Hamel Bruininx, der für sich persönlich, im December 1709, abgelehnt hatte, sich an der Sache zu betheiligen. Ein neuer englischer Gesandter, der General

---

1) Fiedler Bd. II, S. 118. Hauptbericht vom Juli.

2) A. a. O.

3) A. a. O. S. 119.



Palmes, traf im Mai ein. Demnach hatte es sich zu zeigen, welchen reellen Werth jene Antwort Marlboroughs hatte.

Inzwischen hatten sich aber seit der Antwort Carls XII. in Bender an Desalleurs, im März, die Dinge in den Augen Rakoczys dahin geändert, daß er hoffen dürfe auf den Frieden zwischen dem Czaren Peter und Carl XII. durch die Vermittelung Ludwigs XIV. und sein eigenes eifriges Zuthun, demnach auch auf Belohnung von dem Czaren. In der That herrschte das ganze Jahr 1710 hindurch, wo auch der Czar Peter sich derselben Hoffnung des Friedens nach dem damaligen Stande der Dinge hingab, zwischen ihm und Franz Rakoczy ein besonders gutes Einvernehmen. Ungeachtet daher, daß Rakoczy in Ungarn täglich an Boden verlor, standen seine und der geringen Zahl seiner Mitwisser Hoffnungen sehr hoch. Bercseny meinte, daß, wenn nur nicht der Türke mit seinen Kriegsvorbereitungen und Gerüchten störend dazwischen fahre, so werde bald der Czar vermögen, die Sache Ludwigs XIV. in Westeuropa herzustellen; denn allein in Polen und Lithauen habe er 100,000 Mann regelmäßiger Truppen [1]).

Der Czar Peter bethätigte seine Gesinnung für Rakoczy dadurch, daß sein Gesandter Urbich sich von Wien aus in der Stille nach Munkacs zu Rakoczy begab, im Mai, um die Meinung Rakoczys über den Frieden zu vernehmen. Nach der Rückkehr Urbichs wurde sein Schritt kund und ihm in Wien nicht wohl aufgenommen. Einen Ungar, Sugo, den Urbich als Deputirten Rakoczys mitgenommen, ließ der Feldmarschall Palffy in Preßburg in Haft nehmen. Es gelang jedoch Urbich, in Wien die Befreiung zu erwirken [2]).

Der Anfang schien für die Absicht einer Vermittelung nicht günstig. Dagegen trugen die kaiserlichen Minister kein Bedenken, dem Gesandten Urbich auf seinen Wunsch die Bedingungen mitzutheilen, unter denen der Kaiser zum Frieden bereit sein werde. Die hauptsächliche derselben war: Rakoczy habe für sich und die conföderirten Stände ein Submissions-Schreiben einzureichen, und darin um Pardon zu bitten, so wie um die Restitution der Güter, Rechte und Freiheiten, der Geistlichen wie der Weltlichen, auch im voraus seine Zustimmung

---

1) Archivum Rakoczianum I. O., VI. K., p. 651. Vom 27. December.
2) A. a. O. p. 532; II. O., III. K., p. 450.



zu den Beschlüssen des in Preßburg versammelten Reichstages zu erklären. Alsdann werde der Kaiser, um dem Lande den Frieden und die Ruhe zurückzugeben, und in Rücksicht auf den Czaren, von seinem Rechte und der Schärfe abstehen und Gnade walten lassen [1]).

Der Graf Wratislaw, der dem Gesandten diese Mittheilung machte, betheuerte dabei, daß er in diesem Falle der erste sein würde, die ihm geschenkten Rebellengüter, nämlich des Hauses Forgacs, die er zum Theile schon in Besitz hatte, wieder abzutreten. Er zweifelte nicht, daß auch die Anderen seinem Beispiele bald folgen würden. Der Cardinal von Sachsen-Zeiz, Primas von Ungarn, bestätigte alles dies.

Urbich zog aus diesem Verhalten von kaiserlicher Seite den Schluß, daß der Kaiserhof die Vermittelung, die, von Seiten der Seemächte angetragen, er formell nicht annehme, von Seiten des Czaren indirect zulasse. Nach seiner Ansicht würde es für Rakoczy rathsam sein, sich mit dem Kaiser einstweilen so gut wie möglich zu vergleichen und dann auf bessere Zeiten und den Sterbefall des Kaisers zu harren. — Es war ja kein Geheimnis mehr, daß, der Wahrscheinlichkeit nach, der Kaiser Joseph I. söhnelos sterben werde.

Zugleich jedoch sprach Urbich nach Moskau seine Ansicht aus: Rakoczy werde den Krieg fortführen, wenn der Czar ihn mit Mannschaft oder Geld unterstützen werde.

Die Andeutung Urbichs auf den Todesfall des Kaisers Joseph I. hatte er für Rakoczy selber näher dahin bestimmt, daß er dann dem Könige August II. die ungarische Krone anbieten solle. Rakoczy war nicht dieser Ansicht. Die sächsischen Minister, meinte er, erstrebten schon die Heirath des Kurprinzen mit einer Erzherzogin, um ihm dadurch den Weg zur Kaiserkrone zu bahnen. Er schildert die möglichen Folgen. Er meint, es liege nicht im Interesse des Czaren, daß ein Fürst die Kaiserkrone, die polnische, die ungarische auf sich vereinige. Und dann macht er eine rasche Wendung mit den Worten: „Ich sehe nicht ab, warum der Czar die ungarische Krone lieber für August II. als für seinen eigenen Sohn wünschen sollte. Denn der Besitz der ungarischen Krone ist der erste Schritt zum oströmischen Kaiserthume.

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., VI. K., p. 532. Urbichs Bericht vom 18. Juni.



Darüber läßt sich Vieles sagen; aber es bedarf eines festen Entschlusses, und nicht des Zagens der Minister" [1]).

Eben demselben Könige August II. hatte aber Franz Rakoczy die ungarische Krone nicht bloß Einmal angetragen, sondern zweimal. Das erste Mal im Jahre 1706 (vgl. Band XII, S. 163). Das zweite Mal erst wenige Monate vorher (S. 341). Er hatte sie auch Anderen angeboten, je nach der wahren oder scheinbaren Lage der Dinge, sich gleich bleibend nur in dem Bestreben die Krone nicht demjenigen zu belassen, welcher sie rechtmäßig besaß.

Der russische Gesandte begnügte sich nicht mit jener seiner Hoffnung, indirect die Vermittelung des Czaren einzubringen. Er trug sie direct an. Sie wurde nicht angenommen [2]).

Es fragte sich dann um die Bethätigung der hochfahrenden Worte Marlboroughs, vom 18. April. Der englische Gesandte Palmes in Wien sagte den kaiserlichen Ministern: die Königin hoffe, daß, weil das trügerische Verhalten der Franzosen (in Geertruidenberg) die Fortdauer des Krieges ankündige, der Kaiser ernstlich die Nothwendigkeit erwägen werde, einerseits den Herzog Victor Amadeus zufrieden zu stellen, andererseits die ungarischen Wirren zu beenden; denn das Letztere werde unfehlbar bald die Franzosen zur Vernunft bringen. Palmes wies dann, wie Rakoczy es gewünscht, auf die Gefahr hin, daß die Malcontenten in Ungarn sich und die Festungen des Landes den Türken überliefern würden. „Ich ermangele nicht, fügt er hinzu, die Minister hier damit zu beunruhigen" [3]).

Von einem Angebote, oder gar von einem Aufdringen der seemächtlichen Vermittelung, wie Marlborough im Haag dem Clement in Aussicht gestellt, schweigen die Berichte dieses englischen Gesandten. Er erfuhr von Urbich, daß Rakoczy, der willig sei die Vermittelung des Czaren anzunehmen, für sich das Fürstenthum Siebenbürgen verlange. Der Engländer erkannte an, daß der Kaiserhof dies nie bewilligen werde, zog aber daraus nicht den Schluß, daß Rakoczy, wenn er wirklich den Frieden wolle, diese Forderung aufgeben müsse, sondern

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., III. K., p. 120. Dort bezeichnet als Projectum literarum etc. Vom 21. Juni.

[2]) A. a. O. II. O., III. K., p. 453.

[3]) A. a. O. p. 452. Vom 9. August.



daß keine Rücksicht den Kaiserhof vermögen werde, die Differenzen anders zu beenden als durch das Niederschlagen der Malcontenten [1]).

Dennoch wurde die Frage des Angebotes der Vermittelung in London wiederholt erwogen. Nach der Rückkehr des Clement vom Haag und Berlin entschloß sich Rakoczy, noch einmal direct die Königin um ihr Einschreiten zu ersuchen. Am 30. August richtete er an sie, an die Generalstaaten, an den König Friedrich I. je ein dringendes Schreiben, erfüllt mit schweren Anklagen gegen den Kaiser und namentlich gegen dessen Minister [2]). Dasjenige an die Königin von England scheint sofort Wirkung gethan zu haben; denn ein Handschreiben der Königin zu Gunsten Rakoczys und des Herzogs Victor Amadeus an den Kaiser ist datirt vom 5./16. September [3]). Das Schreiben ist wesentlich eine Wiederholung derselben Rede, welche Palmes an die kaiserlichen Minister gerichtet hatte. — Es ist dabei sehr merkwürdig, daß die Königin, welche wenige Tage zuvor einen Rath des Kaisers, der doch eigentlich nur eine Antwort auf ihre Mittheilung war, so übel aufgenommen, daß sie das Gegentheil desselben that, nun unaufgefordert den Kaiser ersuchte, sich mit seinen aufständischen Unterthanen zu vertragen. Nicht ausdrücklich in den Worten, aber in der Sache selbst lag abermals die Parteinahme für Rakoczy, dessen Beziehungen zu Ludwig XIV. doch nun endlich auch in Kensington nicht mehr unbekannt sein konnten.

Die schwere Frage aber war, diese weder gerechte noch kluge Parteinahme weiter zu bethätigen. Das Gelüste des Antrages der Vermittelung war da; aber der Gesandte Palmes wußte, daß der Graf Wratislaw wiederholt sich ausgesprochen: der Kaiserhof werde in keiner Weise eine abermalige Einmischung der Seemächte in die ungarischen Angelegenheiten gestatten [4]). Vor der sicheren Aussicht auf einen Abschlag erlahmte der Eifer. Unterdessen veränderten die Waffen die Sachlage.

1) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 453. Vom 13. August.

2) Fiedler Bd. II, S. 456 u. f.

3) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 456.

4) A. a. O. p. 458.

Der Feldzug in Ungarn.

Am Ende des Jahres 1709 zeichnet Rakoczy die Stimmung unter den Seinigen mit den Worten: „Es ist mir sehr hart zu sagen, daß das ganze Königreich in der Ueberzeugung lebt, den Waffen der Deutschen nicht widerstehen zu können, und daß ein Jeder, bei dem barbarischen Verfahren der Deutschen an der eigenen Rettung verzweifelnd, seine Treue für das Vaterland lieber durch ein freiwilliges Exil, als durch eine mannhafte Vertheidigung beweisen will“ [1]).

Rakoczy schrieb diese Worte nieder im Angesichte der Bedrohung von Leutschau, dessen Besatzung, zum großen Theile aus Ueberläufern bestehend, sich gegen den kaiserlichen General Löffelholz mit Ausdauer vertheidigte.

Die Stimmung der kämpfenden Parteien ward, im Beginne des Jahres, heftig gereizt durch ein besonderes Ereigniß. Es gelang einem Streifcorps aus Neuhäusel, den zum Kaiser übergetretenen Obersten Ozkay auf seinem Landsitze gefangen zu nehmen. Nach Neuhäusel gebracht, ward er am nächsten Tage enthauptet. Zur Repressalie ließ der Feldmarschall Heister zwei gefangene Obersten der Aufständischen in Raab denselben Tod erleiden, 18. Januar.

Vom ersten Monate des Jahres an begannen die Mißerfolge der Aufständischen. Am 22. Januar schlug der General Sickingen ein Corps derselben bei Sadock, unfern Szecsin, mit schwerem Verluste. Wenige Tage später capitulirte die Besatzung von Leutschau. Der Verlust für Rakoczy war doppelt; denn die Besatzung trat für die Gewährung der Amnestie in den kaiserlichen Dienst. — Bercseny hatte eine große Reiterschaar zusammen gebracht, mit welcher er die Bergstädte bedrohete. Es gelang Sickingen, am Ypoli diese Haufen völlig zu zersprengen [2]).

Für den Beginn des eigentlichen Feldzuges war es bei den Kaiserlichen die wichtige Frage, welchen der festen Plätze man zuerst anzugreifen habe. In Wien ward das Gewicht auf Erlau gelegt, bei der Armee überwog die Ansicht, daß das längst, obwohl ungenügend,

---

[1]) Archivum Rakoczianum I. O., II. K., p. 580.

[2]) Wagner, Historia Josephi t. I, p. 393.



cernirte Neuhäusel endlich mit vollem Nachdrucke berannt werden müsse. Die Stimme des Feldmarschalls Heister drang durch. Wiederum jedoch gingen, nach der bei der Verwaltung der Kaiserlichen allzu oft hergebrachten Weise, zwei Monate durch den Mangel des Nothwendigen verloren, so daß erst im Juli die Belagerung begann. Am 23. September capitulirte Neuhäusel.

Der Gewinn dieser Festung, die letzte Waffenthat des Feldmarschalls Heister, war von großer Bedeutung. Denn eine Reihe von Jahren hindurch war Neuhäusel der feste Punct gewesen, von welchem aus die Aufständischen ihre Raubzüge nach Mähren und Nieder-Oesterreich hinein unternahmen [1]).

In der Voraussicht des Falles von Neuhäusel hatte Rakoczy die Stadt Szolnok an der Theiß stark befestigt, damit sie ihm als Waffenplatz zum Kriege an der Theiß diene. Im October langte der kaiserliche General Cusani davor an, nur erst mit Cavallerie. Als seine Aufforderung zur Uebergabe kein Gehör fand, war er, nach dem Berichte von Franz Rakoczy [2]), im Angesichte der festen Werke, schon zur Umkehr bereit, als er dennoch von der Festung aus den Trommelschlag der Chamade vernahm. — Der Gewinn von Szolnok gab freie Bahn für die Verbindung mit Siebenbürgen.

Dann erschien Palffy vor Erlau. Der Commandant, Paul Reday, wartete nur den Angriff ab, um zu capituliren [3]).

Ein Jahr zuvor hatte Rakoczy gemeint, daß der Papst Clemens XI. durch seine Mahnung an die Geistlichkeit Ungarns seine Autorität aufs Spiel setze. Anders urtheilt er in seinen späteren Denkwürdigkeiten über den Verlauf des Jahres 1710. „Alle katholischen Officiere und Edelleute, sagt er, wenn auch sonst noch so wenig eifrig, begannen dem Beispiele der Geistlichen zu folgen. In Folge dieser Intriguen verlor ich die zwei Festungen Szolnok und Erlau, auf die ich viel bauete“ [4]). Ebenso ergaben sich in kurzer Frist die Städte Scepus, Bartfeld, Eperies.

---

1) Wagner, Historia Josephi p. 398.
2) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 147.
3) Wagner, Historia Josephi p. 401.
4) Mémoires de Fr. Rakoczy p. 147.

Diese Nachrichten erweckten in Wien die Hoffnung, daß es gelingen werde, den ungarischen Krieg noch im Laufe des Winters zu beenden. Um so weniger war der Kaiser geneigt, eine fremde Einmischung zuzulassen. Der Engländer Palmes hatte das Handschreiben der Königin vom 5./16. September überreicht; aber er erhielt keine schriftliche Antwort. Nur mündlich gab man ihm zu verstehen, daß an die Zulassung einer englischen Vermittelung nicht zu denken sei [1]). Allmählich wandelte sich aber auch in diesem Engländer Palmes das Urtheil über die Hindernisse des Friedens. Er war nach Wien gekommen, erfüllt von den Vorurtheilen seiner Heimat über Ungarn, die uns aus den Handschreiben der Königin Anna an den Kaiser entgegen treten. Er empfing dort wiederholt Befehle von Kensington aus, den Kaiser zum Frieden mit Ungarn zu mahnen. Aber bereits am 11. October meldet er an Lord Raby in Berlin, den besonderen Gönner der Agenten Rakoczys, daß er geringe Hoffnung habe, weil das Verhalten auf ungarischer Seite aller Regel widerspreche [2]). Einen Monat später klagt er, daß die Ungarn noch auf den Czaren Peter vertrauen, wo doch dieser zurückziehe. Es sei nicht seine Absicht, hatte der Czar sagen lassen, etwas zu thun, was dem Kaiser misfalle. Nur als guter Nachbar habe er seine Vermittelung und seine Bemühungen anbieten lassen. — „Dennoch, sagt Palmes, können diese unglücklichen und übel berathenen Ungarn sich nicht entschließen, einen Schritt für ihre Sicherheit zu thun, wo doch die kaiserlichen Waffen täglich vorrückten. Ihre besten Freunde hier sind der Ansicht, daß das geeignete Mittel, der Sache ein Ende zu machen, die Bitte um Amnestie sein würde" [3]). Es verging abermals ein Monat. Am 10. December meldet Palmes: „Die Nachricht der Einnahme von Erlau ist da, und damit befestigt sich die Hoffnung der Kaiserlichen, den Krieg in diesem Winter zu beenden. Ich selber beharre bei meiner Ansicht, daß den Ungarn nichts Besseres zu rathen sei, als daß sie sich auf die Zusage der Amnestie hin unterwerfen, und im Uebrigen sich auf einen freien Landtag berufen, an dem sie selber Theil zu nehmen haben. Denn es ist

[1]) Sein Bericht an Raby, vom 8. November, bei Fiedler Bd. II, S. 124.

[2]) A. a. O. S. 123: Modus enim agendi Hungarorum plane extraordinarius est.

[3]) A. a. O.



ganz gewis, daß an diesem Hofe sich Viele befinden, denen es zum Nutzen und Vortheile gereicht, wenn die Ungarn durch Waffengewalt bezwungen werden. Darum haben sie ihre Freude daran, daß die Häupter in ihrer Halsstarrigkeit verharren, und das einzige ihnen noch übrige Mittel, zu leidlichen Bedingungen zu gelangen, nicht ergreifen" [1]).

So das Urtheil des Engländers Palmes; aber es fragt sich doch, ob diese Richtung in der kaiserlichen Regierung die Oberhand erhalten konnte. Vielmehr eröffnete das Ausbleiben einer solchen Bitte von Seiten der Häupter des Aufstandes der kaiserlichen Regierung die Aussicht, die Aufständischen unter einander zu spalten. Die Fortschritte der kaiserlichen Waffen rückten einem jeden Einzelnen die Erwägung der Gefahr näher, die ihn an Leben und Habe bedrohe, wenn er im Aufstande beharre. Die Folge war, daß, wie Palmes meldet, täglich in Wien Gnadengesuche von Officieren der Aufständischen anlangten. „Diese Gesuche, fügt er hinzu, werden bewilligt für Leben und Habe, und dazu der Eintritt in den kaiserlichen Dienst" [2]). Palmes erfuhr aber auch, daß die kaiserliche Regierung darin noch einen Schritt weiter gehen, daß sie einen General-Pardon verkündigen werde, der nur die drei Häupter ausnehmen solle, also Rakoczy, Bercseny, Karoly [3]).

In der Erwägung alles dessen was vor seinen Augen vorging, ließ Palmes mehr und mehr die mitgebrachten Vorurtheile seiner Heimat über die ungarischen Wirren fahren, und näherte sich der Anschauung seines holländischen Collegen. „Herr Bruininx, meldet er, ist den Ungarn darum verdächtig geworden, weil er ihnen, ohne zu schmeicheln, aufrichtig die Wahrheit gesagt hat, die ihnen freilich verhaßt ist, weil sie gern sich an leeren Hoffnungen ergötzen" [4]).

Statt der Ungarn dürfte jedoch nur Franz Rakoczy zu setzen sein; denn es ist kaum zu denken, daß jenes Schreiben von Hamel Bruininx vielen anderen Ungarn zur Kunde gekommen ist.

---

1) Fiedler Bd. II, S. 124.
2) Archivum Rakoczianum II. O., III. K., p. 467.
3) A. a. O. p. 466.
4) Fiedler Bd. II, S. 125.

Der Feldzug am Oberrheine.

Wie der Kurfürst Georg Ludwig schon im Januar der Königin Anna gemeldet, ersuchte er den Kaiser um die Entlassung von dem Commando am Oberrheine. Der Kaiser ließ, am 12. März, die Beschwerden des Kurfürsten im Reichstage zu Regensburg zum Vortrage bringen. Daran knüpften sich die Erörterungen, die schon so oft und immer mit demselben geringen Erfolge gepflogen waren. Der Kurfürst ließ mit Nachdruck vorstellen, daß, wenn ein Jeder seine Pflicht für das Reich erfülle und sein Contingent stelle, das Reich auch allein ohne Bundesgenossen dem Werke Rath zu schaffen vermöge [1]). Der König-Kurfürst von Preußen-Brandenburg hatte geltend gemacht, daß seine Truppen in den Niederlanden in ihrer Anzahl für eine Armee gelten können, in der sich auch sein Reichs-Contingent befinde. Der Kurfürst Georg Ludwig erwiederte, daß das Reich sich die Truppen im Solde fremder Mächte nicht in Rechnung bringen lassen dürfe. Auch andere Reichsstände hätten Truppen in den Niederlanden, entbänden aber darum sich nicht von ihrer Pflicht, dem Reiche das Seinige zu leisten. Der Kurfürst hob ferner hervor, daß die vom Reiche bewilligten Gelder für die Kriegescasse nicht gezahlt seien, und daß man sogar vorwende, daß in Collectensachen die Mehrheit nicht gelte. Wenn solche Grundsätze geltend gemacht werden dürften, so sei die Auflösung da und das Reich habe ein Ende [2]).

In der Wirklichkeit war es doch kaum anders. Nur muß immer wiederholt werden, daß der Vorwurf darüber nicht das Reich als solches treffen kann, sondern diejenigen Glieder, welche ihre schuldige Pflicht nicht leisteten. Die vier Kreise Schwaben, Franken, Oberrhein und Kurrhein wiesen nach, daß sie ihr Reichs-Contingent stellten. Brandenburg dagegen hatte nur die drei ersten Jahre des Krieges sein Contingent gestellt, dann nicht mehr. Das Reich hatte eine Reichs-Kriegescasse bewilligt. Viele Reichsstände waren säumig zu zahlen. Brandenburg und Kursachsen zahlten gar nichts. — Und doch

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 15.
[2]) A. a. O. S. 20.

erhoben sie dann ihrerseits Forderungen. Brandenburg verlangte, daß zu der Neutralitäts-Armee, die zur Deckung gegen das schwedische Corps in Pommern dienen sollte, auch jene Kreise beizutragen hätten. Und darüber haderte man durch endlosen Schriftenwechsel in den hergebrachten, langsamen Formen.

In Betreff des Krieges gegen Frankreich einigten sich die drei Collegien endlich doch dahin, den Kurfürsten von Mainz zur Abfassung eines gemeinsamen Gutachtens aufzufordern. Dasselbe athmete den patriotischen Sinn, den Lothar Franz immer bekundet [1]). Aber den Worten des Stimmführers entsprachen nicht die Handlungen Anderer.

Der Kaiser willfahrte der wiederholten Bitte des Kurfürsten Georg Ludwig um die Enthebung vom Commando. Zugleich ward die seinem Hause verliehene neunte Kur vervollständigt durch ein Erz-Amt. Das Reichsgutachten darüber begann: „Man hat nach reifer Erwägung der Sachen und aller dabei betrachteten Umstände dafür gehalten, es hätten die von Ihrer kurfürstlichen Durchlaucht zu Braunschweig-Lüneburg je und allezeit dem Publikum in gegenwärtigem Kriege, nicht allein zu Dero und ihres hohen Hauses unsterblichem Nachruhme, sondern auch kaiserlicher Majestät und dem römischen Reiche dabei geleistete vortreffliche, viele Dienste, auch zu dem deutschen Vaterlande beständig hegende Liebe und noch ferner erweisender Eifer, eine rechte Erkenntlichkeit von kaiserlicher Majestät und dem römischen Reiche längstens erworben, und ist daher in Ansehung der großen Verdienste derselben geschlossen worden, daß Se. kurfürstliche Durchlaucht zu Braunschweig-Lüneburg vorgedachtes Erz-Schatzmeister-Amt, wie solches das Kurhaus Pfalz vorher inne gehabt, ohne Aufschub, als ein Reichs-Erz-Amt, Ihrer Kur beizulegen, und Se. kaiserliche Majestät auch das verlangte Reichs-Gutachten allerunterthänigst dahin, wie hiermit geschieht, zu erstatten.“ Am 3. April erfolgte die kaiserliche Genehmigung dieses Reichs-Gutachtens, und damit die endliche völlige Erledigung der Sache der neunten Kurwürde [2]).

Den Oberbefehl am Rheine übertrug der Kaiser dem Prinzen Eugen. Da jedoch dieser, der sich bereits in den Niederlanden befand,

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 31.
[2]) A. a. O. S. 41.



das Bedenken erhob, daß er nicht von einer Armee zur anderen eilen könne, so wurde der Feldmarschall Gronsfeld für ihn an den Rhein delegirt.

Von allen bisherigen Feldzügen am Rheine war dieser der thatloseste. Die Armeen, in ungefähr gleicher Stärke, welche die französischen Berichte auf 45 Bataillone und etwa 70 Schwadronen angeben, lagen einander gegenüber, der Regel nach innerhalb ihrer Linien, die eine den Angriff der anderen fürchtend. Größer jedoch war die Furcht auf Seiten der Franzosen wegen der Noth, die sie litten, und welche so zahlreiche Desertionen zur Folge hatte, daß Bezons, der nach der Erkrankung Harcourts den Oberbefehl erhielt, die völlige Auflösung befürchtete[1]). Die ersehnten Winterquartiere machten der Noth ein Ende[2]).

Der Feldzug in Savoyen.

Die Differenzen des Herzogs Victor Amadeus mit dem Kaiser, auf welche sich der Erstere im Jahre zuvor berufen, um nicht in Person ins Feld zu gehen, dauerten fort. Sie betrafen einige Gebietstheile, welche der Herzog nach dem Vertrage von 1703 für sich verlangte, welche dagegen der Kaiser für Reichslehen erklärte, über die ihm ohne Zustimmung des Reiches keine Verfügung zustehe. Die Differenzen waren noch verschärft worden durch einen kaiserlichen Erlaß vom 29. Juli 1709, den der Baron Nesselrode, Bischof von Fünfkirchen, im October, in den betreffenden Gebieten verkündet hatte. Dieser Erlaß wies die Lehensträger an, für die darin benannten Reichslehen keine andere unmittelbare Oberhoheit anzuerkennen als diejenige des Kaisers.

Darüber erhob Victor Amadeus bei den Seemächten, als den Garanten des Vertrages von 1703, schwere Klage. Er hatte bei ihnen drei Gesandte, die gewöhnlich sich im Haag aufhielten, Maffei, Del Borgo, Mellarede, deren Thätigkeit für die Interessen ihres Herrn

[1]) Pelet t. X, p. 200, 206, 219.
[2]) A. a. O. p. 223.



dort der Anerkennung sicher war [1]). Der Methode gemäß, welche wie im Norden Friedrich I., so im Süden Victor Amadeus, mit Gewandtheit in Anwendung zu bringen wußte, begleiteten sie ihre Beschwerde mit dem Zweifel, ob der Herzog, wenn ihm nicht zuvor Genugthuung widerfahre, seine Truppen ins Feld rücken lassen werde.

Die Generalstaaten faßten demgemäß, am 17. April, die Resolution, dem Kaiser den Vorschlag zu machen, daß er, um den Ansprüchen des Herzogs entgegen zu kommen, ihn zum Vicar aller Lehen des Reiches in Italien ernennen, und im Uebrigen die Königin von Groß-Britannien und die Generalstaaten als Schiedsrichter anerkennen möge. Die Königin ließ ihre Zustimmung aussprechen. Victor Amadeus begrüßte den Vorschlag mit Freude. Nicht so der Kaiser. Er ließ erwiedern, daß es, nach der von ihm beschworenen Wahl-Capitulation, nicht in seiner Macht stehe, das Vicariat des Reiches in Italien weiter auszudehnen, und eben so wenig, fremde Mächte als Schiedsrichter über Lehen des Reiches anzuerkennen. Er hob hervor, daß die verweigernde Haltung der Generalstaaten gegen die Ansprüche des Königs von Preußen auf Obergeldern ganz ähnlich liege, wie die seinige gegenüber dem Herzog Victor Amadeus. Er gebe sich also der Hoffnung hin, daß die Generalstaaten nicht von ihm etwas verlangen würden, was sie im ähnlichen Falle zu thun sich weigerten [2]).

Dies ist im Wesentlichen der Standpunct, auf dem man beiderseits beharrte. Victor Amadeus ging persönlich nicht zu Felde, und im Haag gab man sich willig dem Glauben hin, daß er durch Krankheit verhindert werde [3]). Demnach verblieb wie im Jahre zuvor das Commando dem Feldmarschall Daun, dem wieder der französische Marschall Berwick gegenüber stand.

Die Dauer des Schnees in den Alpenpässen verzögerte, wie gewöhnlich, den Beginn des Feldzuges so sehr, daß Berwick für den Monat Mai bei der Armee in Flandern verweilen konnte. Am 27. Juni traf er in Briançon ein. Er fand eine Armee vor von 70 Bataillonen und reichlich 30 Schwadronen. Die Stärke der

[1]) Lamberty t. VI, p. 180.
[2]) A. a. O. p. 204.
[3]) A. a. O. p. 210.

Verbündeten an Infanterie war etwa gleich, an Cavallerie das Doppelte [1]).

Im Beginne Juli rückte Daun von Coni aus gegen das Thal von Barcelonette vor, um sich desselben zu bemächtigen. Berwick glaubte den Plan zu erkennen, der von da aus auf das Ueberschreiten der Durance und auf den Besitz von Gap gerichtet sei. Von dort aus war eine Anknüpfung mit den Misvergnügten im Dauphiné möglich. In dieser Meinung wurde Berwick bestärkt durch die gleichzeitige Meldung einer Landung von Seiten der Verbündeten in Cette. Von dort her gelangte an ihn die Aufforderung Truppen zu senden, weil zu befürchten stehe, daß jene Landung nur dazu dienen solle, den Misvergnügten einen Stützpunct zu verschaffen. Berwick dagegen war der Ansicht, daß er die feindlichen Plane wirksamer durchkreuze, wenn er eine solche Stellung einnähme, die seinem Gegner Daun es unmöglich mache, mit der Hauptmacht weiter westwärts vorzudringen. In der That ward das Unternehmen auf Cette durch den raschen Anmarsch des Herzogs von Noailles aus Roussillon so bald vereitelt, daß eine Erhebung von Misvergnügten nicht erfolgte. Daun dagegen, voraussehend nicht weiter durchdringen zu können, trat im August den Rückmarsch an [2]).

So stellt Berwick die Sache dar; aber für den geringen Erfolg dieses Feldzuges auf Seiten der Verbündeten wirkte noch ein Moment mit, das ihm unbekannt blieb. In der Armee Dauns befanden sich widerwillige Elemente, nämlich die 8000 Mann Preußen im Solde der Seemächte. Von kaiserlicher Seite ward die Anklage erhoben, daß diese Truppen unerhörte Erpressungen verübten. Sie dagegen behaupteten, daß von kaiserlicher Seite man sie Mangel leiden ließe. Jedenfalls war ein Gegensatz da, der die Actions-Fähigkeit der Armee lähmte [3]).

Am kaiserlichen Hofe entwickelte sich daraus der Wunsch dieser Truppen los zu werden und sie durch eigene zu ersetzen. Denn das Erlöschen des Brandes in Ungarn stand in naher Aussicht und damit

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 62.

[2]) A. a. O. p. 65 et suiv. — Vgl. Pelet t. X, p. 164.

[3]) Lamberty t. VI, p. 210.



die Fähigkeit einer stärkeren Kraftentwickelung nach außen. Aber an mehr als Einem Orte in Italien ward dieser Plan der Verstärkung der kaiserlichen Macht in Italien mit Argwohn aufgenommen, und nicht zum wenigsten in Turin. Victor Amadeus ließ im Haag Widerspruch erheben[1]).

Dies Verhältnis mag beigetragen haben, in dem windungsreichen Herzog Victor Amadeus neue Gedanken anzuregen. Beim Beginne des ersten großen Krieges von 1689 an war er französisch gewesen, dann 1690 zu den Verbündeten übergegangen, und 1696 wieder französisch geworden, jedes Mal mit Vortheil. Wiederum war er beim Beginne des zweiten großen Krieges, im Jahre 1701, französisch gewesen, dann, im Jahre 1703, wieder übergelaufen, mit erheblichem Nutzen. Nun war Ludwig XIV. in Bedrängnis. Es mochte dem Herzoge scheinen, daß der König, um des lästigen Feindes im Südosten los zu werden, sich zu erheblichen Concessionen herbeilassen werde.

Zu Ende August gelangte an den Marschall Berwick von einem Mönche Arnaud her, dessen sich der Herzog Victor Amadeus oft bediente, die Mittheilung, daß der Herzog gern bereit sein würde, Friedensvorschläge anzuhören. Auf die Erneuerung dieser Meldung bat Berwick in Versailles um Instruction. Ludwig XIV., eifriger als Berwick, zauderte nicht sie zu geben. Victor Amadeus schlug ein ähnliches Verfahren vor, wie er es von 1693 bis 1696 beobachtet, nämlich seine Verbündeten nicht öffentlich, sondern nur heimlich zu verrathen, indem er für französischen Lohn sie hinderte. Das entsprach nicht der Meinung Ludwigs XIV., noch des Marschalls Berwick. Eine Denkschrift des Letzteren, die, wie zu erwarten, das Haus Habsburg als den eigentlichen Feind des Herzogs hinstellte, bot ihm an das Königreich Lombardien und forderte, gegen die Subsidien, wie bisher von den Seemächten, die Vereinigung der Streitkräfte[2]).

Die Angebote genügten dem Herzog Victor Amadeus nicht. Er verlangte namentlich noch das Fürstenthum Monaco dazu, welches, als das Besitzthum eines Dritten, Ludwig XIV. ihm nicht geben zu

[1]) Lamberty t. VI, p. 210.
[2]) Mémoires de Berwick t. II, p. 72 et suiv.

können erklärte. Darüber zog sich die Sache hin bis in das Jahr 1711, wo von England her für Ludwig XIV. ein ungleich hellerer Stern aufging.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Verbündeten hatten den Feldzug in den Niederlanden begonnen, im April, mit dem Durchbruche der französischen Linien an der Scarpe, und dann Douay umschlossen. Der rasche Erfolg war zu nicht geringem Theile der irrigen Meinung in Versailles zu verdanken, daß die Verbündeten nicht vor dem Monate Juni im Felde sein würden [1]). Aber Ludwig XIV. war nicht Willens, die Stadt Douay ohne Hülfe zu lassen. Er gestattete dem Marschall Villars den Entsatz zu versuchen, selbst auf die Gefahr hin eines Treffens, wenn er einen Erfolg hoffen dürfe [2]).

Der Prinz Eugen und Marlborough, auf einen solchen Versuch gefaßt, hatten nicht bloß eins, sondern zwei Schlachtfelder abgesteckt, je auf den Ebenen von Lens, oder nach der Seite von Bouchain, um dort einen etwaigen Angriff abzuwarten [3]). Der Prinz Eugen war der Ansicht, daß die Franzosen nicht wagen würden, die Scarpe zu überschreiten, und bot für diese Meinung seinem Collegen eine Wette von 1000 Guineen an. Dennoch geschah es. Aber im Angesichte der verschanzten Lager kamen die drei Marschälle Villars, Berwick, Montesquiou, mit den anderen Generalen, zu der Ueberzeugung, daß ein Angriff die augenscheinliche Gefahr einer Niederlage der französischen Armee heraufbeschwören würde [4]). Der König stimmte zu. Damit war Douay, dessen Besatzung unter dem Commando des Generals Albergotti sich mit Ausdauer vertheidigte, sich selber überlassen. Dagegen empfahl Ludwig XIV. dem Marschall Villars an, seine Stellung so zu nehmen, daß Arras, der Schlüssel zur Picardie, und Cambrai dadurch gedeckt würden [5]).

---

1) Mémoires de Berwick t. II, p. 60.
2) Pelet t. X, p. 28.
3) Murray vol. V, p. 29. Marlborough an den Kronprinzen von Preußen.
4) Pelet t. X, p. 39. Vom 31. Mai.
5) A. a. O. p. 41. Vom 1. Juni.



Je näher die Aussicht des Falles von Douay rückte, desto dringender ward diese Sorge des Königs für Arras und Cambrai. Villars wäre bereit gewesen, ein Treffen zu suchen, um dadurch auch eine etwaige Belagerung von Bethune zu hindern. Ludwig XIV. schlug ab, damit nicht darüber Villars die Sicherheit jener zwei Plätze aus dem Auge verlöre [1]).

Douay und das Fort Scarpe capitulirten, am 25. Juni, unter ehrenhaften Bedingungen. Für mehrere Tage erwogen die Heerführer der Verbündeten den weiteren Plan. Am 7. Juli meldet Marlborough, daß er auf ein Treffen gefaßt sei. Allein da Villars sich innerhalb seiner Linien hielt, so erschien es nicht zweckmäßig, weder ihn anzugreifen, noch Arras einzuschließen. Vom 14. Juli an traf man die Vorbereitungen rechts abzumarschiren und Bethune zu belagern [2]). Es geschah noch in der Hoffnung, daß Villars einen Versuch machen würde es zu hindern und dadurch eine Gelegenheit zum Schlagen bieten würde. Die Hoffnung ging nicht in Erfüllung [3]).

Während der Belagerung von Bethune, die langsam vorwärts schritt, dauerte dasselbe Verhältnis. Villars wäre bereit gewesen zu schlagen: der König hielt ihn zurück. „Ich durfte herausfordern, sagt Villars, nicht angreifen" [4]). Indessen dürften doch diese Herausforderungen nicht so sehr nahe heran getreten sein; denn der sächsische General Schulenburg, der den einen der zwei Angriffe auf Bethune leitete, wie der holländische General Fagel den anderen, schreibt eben damals: „Der Prinz Eugen hat keine anderen Gedanken im Kopfe als zu schlagen, wann nur die Gelegenheit sich bietet" [5]). Eine solche Gelegenheit bot sich jedoch nicht. Es ist daher anzunehmen, daß Villars sich genau innerhalb der von Ludwig XIV. ihm angewiesenen Schranken hielt. Diese forderten die Deckung von Arras, Cambrai, Hesdin, so wie der Linien bis an das Meer, und untersagten darüber hinaus jegliche Action, die ein Wagnis erforderte [6]). Jene Plätze waren noch

[1]) Pelet t. X, p. 282. Vom 21. Juni.
[2]) Murray vol. V, p. 66, 70.
[3]) Pelet t. X, p. 64.
[4]) Mémoires de Villars t. II, p. 144.
[5]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 470.
[6]) Pelet t. X, p. 73.

feste Riegel gegen das Eindringen der Verbündeten in das innere Frankreich, und für die Folgezeit durfte Ludwig XIV. hoffen auf den Umschlag der Dinge in England.

Am 28. August, während die Armee der Verbündeten vor Bethune Freudenfeuer anzündete für die eben angelangte Nachricht des Sieges von Almenara in Spanien, ließ der Commandant in Bethune, Vauban, die Trommel zur Chamade rühren[1]). Am 31. zog die bisherige Besatzung aus nach St. Omer.

Die Bewegungen der Verbündeten in den nächsten Tagen ließen bald keinen Zweifel mehr, daß es ihre Absicht sei, zwei Belagerungen zugleich vorzunehmen, diejenigen der einander sehr nahe gelegenen kleineren Plätze Aire und St. Venant. Villars bat abermals um die Erlaubnis, die Gegner dort angreifen zu dürfen. Sie ward ihm versagt wie früher, am 11. September[2]).

So klein diese Plätze, namentlich St. Venant, so hatten sie ein vortreffliches Mittel der Vertheidigung an den Ueberschwemmungen. St. Venant hielt sich bis zum 2. October, Aire mehr als einen Monat länger, bis zum 9. November.

Der Gewinn des Feldzuges für die Verbündeten bestand in den vier Plätzen Douay, Bethune, St. Venant und Aire. Der Verlust dagegen betrug reichlich 40,000 Mann. Der Feldzug brachte in keiner Weise eine Entscheidung. Denn weder war der stachelichte Festungsgürtel Frankreichs dort durchbrochen, noch konnte sonst der Verlauf auf Ludwig XIV. eine Wirkung üben, die ihn zum Frieden bereitwilliger gemacht hätte als er war.

Der wichtigste der Feldzüge des Jahres 1710 war der an Wechselfällen reiche in Spanien, der in den Hauptzügen eine Aehnlichkeit darbietet mit demjenigen von 1706.

---

1) Murray vol. V, p. 120. Die Berichte Marlboroughs an eine Reihe Fürsten.

2) Pelet t. X, p. 85.



Der Feldzug in Spanien.

Carl III. im Vortheile.

Während Ludwig XIV. vom Beginne des Jahres 1710 an die Verbündeten durch neue Friedensberedungen hinzuhalten suchte, die zu nichts führen sollten, ließ er durch seinen Gesandten Iberville in Madrid von seinem Enkel die Erklärung einholen und dann in Frankreich verkünden, daß Philipp V., es möge gehen wie es wolle, entschlossen sei, bei der ihm von Gott verliehenen Krone zu leben und zu sterben[1]). — Daß Philipp V. es aufrichtig so meinte, wie er redete, dürfte nicht in Zweifel zu ziehen sein. Dasselbe gilt von seinem Vater, dem Dauphin, der am 2. Juni 1709 so entscheidend für seinen Sohn eingetreten war. (Vgl. S. 239.) Der Großvater Ludwig XIV., der allein Wissende unter den drei, bedurfte einer solchen Erklärung vielleicht auch vor anderen Mitgliedern seines Hauses. Denn es liegt nahe anzunehmen, daß sein ältester Enkel, der Thronerbe nach dem Dauphin, Herzog von Bourgogne, in der Sache geurtheilt habe, wie der einstige Führer seiner Jugend, der Freund seines Mannesalters, der Erzbischof Fenelon. (Vgl. S. 253 u. f.)

Aber Philipp V., von seinem Standpuncte aus, redete und handelte aufrichtig. Im März gab er den Spaniern seinen Willen kund, zur Behauptung seiner Krone selber ins Feld zu gehen. Er war nicht mehr abhängig bloß von den Mitteln seines Großvaters. Die Anhänglichkeit namentlich der Castilier und Estramaduren hatte ihn in den Stand gesetzt, eine selbständige Armee zu errichten. Zu Anfang Mai brach er von Madrid nach Arragonien auf. Seine Absicht war gerichtet auf die Belagerung von Balaguer, wo der Herzog von Noailles von Roussillon her zu ihm stoßen sollte.

Aber auch für Carl III. hatten die Dinge sich günstiger gewendet. Verstärkungen durch kaiserliche und durch pfälzische Truppen waren theils schon eingetroffen, theils auf dem Wege. Der General Stanhope, aus England zurückgekehrt, hatte Geld mitgebracht, und zugleich den Wunsch der Königin Anna, daß Carl III. sich zur Armee

---

[1]) Theatrum Europaeum Theil XIXa, S. 273.



begeben möge. Da auch von der Armee aus dann Starhemberg und Stanhope diese Bitte erneuerten, mit der Versicherung, daß allem Ansehen nach der Feldzug günstig ausfallen werde, so machte sich Carl III. auf den Weg [1]). Wiederum also wie vier Jahre zuvor in und vor Barcelona, standen die beiden jungen Könige persönlich einander gegenüber.

Noch bevor Carl III. eintraf, hatte Philipp V. einen Miserfolg erlitten. Der Plan der Belagerung von Balaguer hatte zur Voraussetzung, daß Noailles dort zu ihm stoßen werde. Aber Noailles blieb aus. Obwohl etwas stärker an Zahl als die Gegner, wagten doch Philipp V. und seine Generale Villadarias und Tzerclaes nicht, die durch eine Anschwellung der Segra erschwerte Belagerung fortzusetzen, sondern zogen zurück auf das rechte Ufer der Segra. Am 12. Juni standen die Armeen einander gegenüber, diejenige Philipps V. von 25,000 Mann, diejenige Carls III. 19,000 Mann, aber in besserem Zustande als jene. Carl III. meldet, daß man schönere Truppen, besonders an Infanterie, nicht leicht werde sehen können. Man erwartete ein Treffen. Aber die Position, die Starhemberg eingenommen, erschien den Gegnern zu stark: sie wagten keinen Angriff.

Für mehrere Wochen lagen die Armeen, unfern von Balaguer, durch den Stromlauf der Segra getrennt, beobachtend einander gegenüber. Am 26. Juli traf bei der Armee Carls III. der General Wetzel mit Verstärkungen ein. Zugleich vernahm man, daß die Armee Philipps V. sich auf Lerida zurück ziehe. Starhemberg folgte. Um Mitternacht auf den 27. schickte er den General Stanhope mit der Cavallerie und tausend Grenadieren voran. Bereits um 9 Uhr Morgens gewann Stanhope Fühlung mit dem Feinde, der jedoch, anstatt anzugreifen, das Dorf Almenara an der Noguera besetzte. Nachdem die Hauptarmee nachgekommen und zum großen Theile die Noguera überschritten, wünschte Stanhope, nach seinem Berichte, bereits um Mittag die vor ihm stehende feindliche Cavallerie anzugreifen. Starhemberg gab jedoch die Erlaubnis erst gegen Abend. Der Erfolg war über Erwarten. Die Cavallerie Philipps V. wurde mit schwerem

[1]) Carl III. an Wratislaw, aus Portella, 23. Juni.



Verluste geworfen und zersprengt. Die einbrechende Nacht rettete die Armee Philipps V. vor der völligen Niederlage[1]).

Zum ersten Male wieder seit langer Zeit erklang aus Spanien eine Siegesnachricht Carls III. Sie traf im Haag ein am 20. August, und that sofort ihre Wirkung. Die Geheim-Deputirten der Generalstaaten traten mit dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf und dem englischen, Lord Townshend, zusammen, um eine nachdrückliche Verstärkung für Carl III. zu berathen[2]).

Am selben Tage fiel in Spanien ein noch ungleich stärkerer Schlag. Philipp V. und seine Armee, deren Commando er dem gegen die Portugiesen wiederholt siegreichen Marquis Bay übergeben, hatten sich von Lerida auf Saragossa zurückgezogen. Dahin folgten die Verbündeten. In der Nacht vom 19. auf den 20. August überschritten sie den Ebro bei Saragossa und stellten dadurch Philipp V. und Bay vor die Alternative, eine Schlacht anzunehmen oder die Stadt aufzugeben. Bay wählte das Erstere, um so mehr, da die Stellung fest erschien. Aber der Angriff erfolgte mit solchem Nachdrucke und die Infanterie auf Seiten Carls III. war so sehr überlegen, daß die spanischen Reihen brachen. Nach dem Berichte des englischen Generals Carpenter gebührte das Verdienst auch dieses Tages wie desjenigen von Almenara, in erster Linie dem General Stanhope[3]). Der eigentliche Kampf der Massen währte nur zwei Stunden, die Einzelnkämpfe und die Verfolgung der Trümmer noch sechs weitere. Die gesammte Artillerie und das Gepäck auf Seiten der Franco-Spanier war verloren. Bay vermochte nur 4000 bis 5000 Mann zu sammeln, mit denen er Tudela in Navarra erreichte. Philipp V. traf, am 24., als Flüchtling mit wenigen Begleitern in Madrid ein[4]).

Abermals, wie im Jahre 1706, schien seine Sache sehr schlimm zu stehen. Er richtete an seinen Großvater in Versailles die dringende Bitte, ihm einen der Marschälle zu schicken, Berwick oder Vendome.

---

[1]) Eingehende Berichte bei Lamberty t. VI, p. 158 et suiv. — Das Schreiben Stanhopes in Somerville, Queen Anne p. 636.

[2]) Lamberty t. VI, p. 165.

[3]) Der Bericht bei Somerville, Queen Anne p. 638.

[4]) Lamberty t. VI, p. 166 et suiv.

Ludwig XIV. entsandte Vendome, der seit seinem unglücklichen Feldzuge von 1708 nicht beschäftigt war.

Berwick jedoch hielt es für seine Pflicht, als des Krieges in Spanien Kundiger sein Gutachten einzusenden. Die Hauptsache in demselben war der Rath, Navarra festzuhalten, um die Verbindung mit Frankreich zu sichern[1]).

Dieselbe Frage lag nach der Schlacht dem Kriegsrathe in Saragossa vor. Zwei Richtungen waren darin vertreten: die eine ging dahin, auf Madrid zu marschiren, und durch die Besetzung der Hauptstadt, andererseits durch die Heranziehung der Streitkräfte der Verbündeten in Portugal, die Entscheidung herbeizuführen; die andere, zunächst durch die Verfolgung des Feindes nach Navarra und die Besetzung dieses Landes die Verbindung Philipps V. mit Frankreich abzuschneiden. Der Vorschlag des Marsches auf Madrid fand den lebhaftesten Fürsprecher an dem englischen General Stanhope, derjenige der Verfolgung der Feinde nach Navarra und der Besetzung dieses Landes den alleinigen an dem jungen Könige Carl III.[2]).

Wir sehen, daß die Ansicht Carls III. im Wesen zusammen stimmt mit derjenigen des Marschalls Berwick.

Für den jungen König war es ein schwerer Nachtheil, daß er mit dem Führer seiner Armee, dem Feldmarschall Starhemberg, sich nicht immer gut verstand. „Ich kann Euch im höchsten Vertrauen unter uns nicht verbergen, schreibt Carl III. an Wratislaw, daß, was die geringe Rücksicht auf mich betrifft, zwischen dem Feldzuge vor vier Jahren und dem jetzigen kein Unterschied ist. Eben so wenig wie damals wird jetzt auf meine Meinung gehört. Es ist Vieles geschehen, von dem ich vorher nicht das Geringste gewußt habe, und zwar von allen Generalen, so sehr daß ich im Kriegsrathe oft auch mit Starhemberg verschiedener Meinung war, wo doch, wenn er zuvor sich mit mir verständigt hätte, und wir zwei einig gewesen wären, wir viel Uebeles hätten ändern können und die Generale der Verbündeten auch nicht so viel nach ihrem Kopfe erlangt hätten."

---

1) Mémoires de Berwick t. II, p. 69.
2) Carl III. an Wratislaw, 9. November.



Aber die Misstimmung war gegenseitig, so sehr daß Starhemberg den Kaiser damals bereits um seine Abberufung ersucht hatte. Indem Wratislaw dem Könige Carl III. dies bestätigt, fügt er, zugleich in Antwort auf jene Klage, hinzu: „Nichts Anderes wird den Starhemberg so sehr zum Bleiben dort bewegen, als wenn Ew. Majestät ihm gute Worte geben, Ihr ganzes Vertrauen in ihn setzen und endlich auch seinem übelen Humor und natürlichen Fehlern und Gebrechlichkeiten mit Geduld nachsehen und abhelfen. Ich kann mit Wahrheit sagen, daß der Feldmarschall nichts davon geschrieben; jedoch geht aus anderen Berichten hervor, daß Ew. Majestät ihn in nichts auszeichnen, seine wohlgemeinte Vorstellungen öfters übel aufnehmen, selten etwas darauf beschließen, dagegen vorher mit Anderen überlegen, und dann so entscheiden, daß ihm dadurch weh geschieht, und oft selbst wider Ew. Majestät Interesse. Allein es sei dem wie ihm wolle, so ist gewis, daß weder der Kaiser, noch die verbündeten Mächte einen anderen General haben, der fähig wäre, dem wichtigen und verwirrten Commando dort vorzustehen. Daher ist aus der Noth eine Tugend zu machen. Freilich ist es zu bedauern, daß man Ew. Majestät Ansicht nicht gefolgt und nicht in Navarra eingerückt ist; aber das sind geschehene Sachen, auf die man nicht mehr zu sehen hat, sondern auf die Zukunft“ [1]).

Ob die letzten Worte Wratislaws in dieser Weise richtig sind, dürfte fraglich sein. Jenes Schreiben Carls III. mit der Klage über Starhemberg ist abgefaßt vor dem nachtheiligen Umschwunge seiner Angelegenheiten in Spanien, dasjenige Wratislaws vor der Kunde dieses Umschwunges. Aber dieser Umschwung, das damals Künftige, hing folgerecht zusammen mit dem Beschlusse, nicht zuerst Navarra zu sichern, sondern auf Madrid zu marschiren.

Denn die Stimmung für diesen Beschluß erhielt im Kriegsrathe nach der Schlacht von Saragossa die Oberhand. Der hauptsächliche Vertreter dieser Richtung, der englische General Stanhope, pflegte in erster Linie ins Auge zu fassen, was daheim in England ihm Lob und Ehre erwerben würde. Es war von Anfang an das Unglück des Königthumes Carls III. in Spanien gewesen, daß er angewiesen war

[1]) Wratislaws Schreiben vom 15. Januar 1711.



auf fremde Kräfte, die andere Interessen vertraten als nur die seinigen. Es blieb auch ferner so. Je länger er in Spanien weilte, desto sehnlicher ward sein Wunsch nach nur kaiserlichen Truppen.

Der König Carl III. faßt seine Meinung über den Kriegsrath von Saragossa zusammen in die Worte: „Alles Uebel kommt daher, daß alle Generale, die (im Kriegsrathe) geredet, haben auf Madrid laufen und nicht gleich den Feind verfolgen und in Navarra rücken wollen, wie ich allein der Meinung war und stark genug geredet habe. Ich habe die Wirkungen, so zu sagen, Schritt für Schritt vorausgesagt. Es wäre nicht geschehen, wenn nur der Eine oder der Andere mir zugestimmt hätte. Da dies nicht geschah, so wollte ich nicht capricios erscheinen. Daher habe ich das Conclusum gemacht nach ihrer Meinung, jedoch mich dabei verwahrt, positiv der widrigen Meinung zu sein und an einem übelen Ausgange keine Schuld zu tragen. Es reut mich aber nun genug, daß ich nicht mit Vernunft capricios geblieben bin. Dann würde es besser um uns stehen."

Als der König Carl III. diese Worte niederschrieb, am 26. November, war von den übelen Consequenzen des Kriegsrathes von Saragossa erst ein geringer Theil, nur noch der Anfang, in Erfüllung gegangen. Noch stand seine Sache in Spanien aufrecht, noch wirkte in London und im Haag der Siegesjubel von Saragossa nach. Dann kam alles anders.

Rückgang der Sache Carls III.

Die Bewegungen der Armee Carls III. von Saragossa auf Calatajud, im Anfange September, zeigten Philipp V. an, daß es Madrid gelten würde. Am 9. September machte er sich mit Frau und Kind auf den Weg nach Valladolid, der alten königlichen Residenz. Aber die Thatsachen zeigten, daß sein Königthum bereits fester bewurzelt war als vier Jahre zuvor. Viele Granden von Spanien folgten ihm, andere verließen Madrid, um sich auf ihre Güter zu begeben. Auch viele Beamte gingen mit. Man zählte tausend Karossen in seinem Gefolge. Die in Madrid Zurückbleibenden, indem sie das ihnen Bevorstehende als einen Uebergang betrachteten, wünschten den Abziehenden eine baldige Heimkehr. Von Valladolid aus erließen die

Granden um Philipp V., als wäre es im Namen der spanischen Nation, an Ludwig XIV. die Bitte sie zu schützen gegen das Aufdringen eines Königs durch Fremde und durch Ketzer [1]).

So viel Gewicht also auch die Brüder Joseph und Carl auf die Anerkennung des letzteren durch den Papst Clemens XI. gelegt hatten, so scheint doch diese Anerkennung, wenigstens in Castilien, nicht durchgedrungen zu sein.

Am 23. September hielt Carl III. seinen Einzug in Madrid. Er fand, ungeachtet seiner friedlichen und freundlichen Proclamationen, kein Entgegen-Kommen. Es hatten sich so viele Einwohner geflüchtet, daß die Stadt zuerst wie verlassen erschien [2]). Die Dageblieben verhielten sich kalt, lieferten widerwillig, was man von ihnen forderte, und suchten sich zu entziehen. Carl III. stand in der Hauptstadt seiner Vorfahren, als deren rechtmäßigen Nachfolger er sich betrachtete, wie ein Eroberer im fremden Lande, das er fühlt nicht behaupten zu können. Er bezeichnet es selber mit dem Ausdrucke: „dies gelobte, uns so contraire Land".

Von den Hoffnungen, die Stanhope in Saragossa so nachdrücklich verkündet, ging keine in Erfüllung. Die Portugiesen standen an der Grenze; aber sie kamen nicht. Stanhope bat wenigstens nur um die Zusendung der englischen und holländischen Streitkräfte dort. Der König antwortete: er könne für die Sicherheit seines eigenen Königreiches dieser Truppen nicht entbehren.

Die Besetzung der Hauptstadt machte auf die Landbevölkerung Castiliens keinen Eindruck zur Fügung unter die neue Herrschaft. Carl III. war ihrer nur so weit Herr, als die Waffen seiner mitgebrachten Truppen reichten. Daher konnte seine Macht nicht wachsen, sondern mußte sich verringern.

Anders stand es in Valladolid. Die Anhänglichkeit der Bevölkerungen von Castilien und Andalusien hielt den Muth aufrecht, und gewährte die Möglichkeit, die von Saragossa her geretteten Truppen zu verstärken. In Pampeluna und anderen Städten von Navarra rückten Franzosen ein, und machten die Spanier dort verfügbar.

---

1) Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 288.

2) Stanhope an Lord Dartmouth, bei Coxe vol. III, p. 857. Vom 4. October.



Noailles, der sich in Valladolid eingefunden, kehrte bald zurück, um mit verstärkter Macht von dort aus eine Diversion in Catalonien zu machen. Bay erhielt wieder das Commando der geringen Truppen gegen Portugal. Dafür traf der auf die Bitte Philipps V. von Ludwig XIV. entsandte Marschall Vendome ein, um die Führung des Ganzen zu übernehmen. Man schreibt auch ihm, in Betreff der Schritte der Verbündeten, nach Saragossa, das Wort zu: „Ihr habt zu siegen verstanden, nicht aber den Sieg zu benutzen" [1]).

Das neue Heer schwoll an, stärker vielleicht an Zahl als an Kriegsfähigkeit, aber getragen durch die Sympathie der Bevölkerung, deren die Gegner entbehrten. Im October begab sich Vendome mit der neuen Streitmacht nach Salamanca. Dadurch ward für die Armee Carls III. die Möglichkeit der Verbindung mit Portugal abgeschnitten. Von da aus erreichten die Franco-Spanier das Thal des Tajo-Stromes, um darin aufwärts zu gehen.

Im November ward durch den Mangel an Lebensmitteln und den steigenden Gegensatz gegen die Landeseinwohner für die Armee Carls III. der Aufenthalt in Castilien sehr schwierig. Der Rückzug auf die Magazine von Arragonien ward beschlossen. Die Generale ersuchten Carl III., zuerst unter Bedeckung nach Saragossa aufzubrechen, zumal da auch über die Bewegungen von Noailles gegen Girona beunruhigende Nachrichten einliefen.

Der äußerste Posten, den südwärts die Armee Carls III. besetzt hielt, war Toledo [2]). Von dort brach der General Stanhope am 28. November auf nach Chinchon. Dort wurde gerastet, und dann am 3. December der Weitermarsch in verschiedenen Colonnen angetreten, die Engländer zur Linken, die Kaiserlichen in der Mitte, die Spanier und Portugiesen zur Rechten. Am Abende des 3. ward die Vereinbarung getroffen, daß der linke Flügel in drei Märschen Brihuega erreichen solle, das Centrum in derselben Zeit Cifuentes, fünf Wegstunden von Brihuega gelegen. Das Corps Stanhopes, bestehend aus 8 Bataillonen und 8 Schwadronen, auf diesem Marsche wiederholt geneckt durch feindliche Cavallerie, die Stanhope

---

[1]) Wagner, Historia Josephi p. 381.

[2]) Von hier an der Bericht Stanhopes bei Murray vol. V, p. 155.

auf 1200 Mann schätzte, erreichte am Abende des 6. Brihuega. Dort mußte, zum Zwecke des Brotbackens, abermals gerastet werden. Am 8., noch vor Mittag, erblickte man von der Stadt aus feindliche Reiter auf den nahe gelegenen Hügeln. Man hielt sie für dieselben wie die Tage zuvor. Aber die Schaaren wurden dichter, und am Nachmittage um 3 Uhr kam Infanterie in Sicht, immer steigend an Zahl. Es war die ganze feindliche Armee.

„Bis dahin, berichtet Stanhope, dachte weder ich, noch ein Anderer, noch, nach meiner Ansicht, auch der Feldmarschall, daß innerhalb der Weite mehrerer Tagemärsche von uns sich Infanterie befinden könne. Die feindliche Armee hatte darin Außerordentliches geleistet. Am 1. December von Talavera aufgebrochen, hatte sie die Strecke bis zu Brihuega, fünfundvierzig Leguas, bis zum 8. durchmessen. Dabei war die Gesinnung der Landbewohner ihnen so günstig und uns so abgeneigt, daß in den acht Tagen ihres Marsches keine Art von Mahnung an uns gelangte. Um 5 Uhr Nachmittags sahen wir uns umschlossen von 6000 Mann Cavallerie und 3000 Mann Infanterie, so daß der Rückzug uns abgeschnitten war. Noch am selben Abende erging an uns ihre Aufforderung zur Uebergabe, die wir in gebührender Weise ablehnten. Wir wollten uns vertheidigen, so gut wir konnten, und schickten dem Feldmarschall Bericht ein."

So Stanhope. Es ward ihm jedoch zum Vorwurfe gemacht, daß er keine Vorposten ausgestellt hatte, um so leichter also überrascht wurde [1]).

Auch Starhembergs Marsch war nicht unbehelligt geblieben; denn unmittelbar nach dem Abmarsche erhoben sich die Communen in Waffen. Deshalb erregte der Marsch in getrennten Colonnen bei ihm Bedenken, so daß er am 8., noch bevor er die Nachricht von Brihuega erhielt, die Befehle zur Vereinigung ergehen ließ. Auf die Meldung von dort brach er in der Nacht auf, und marschirte den 9. hindurch, bis noch eine Meile von Brihuega die einbrechende Dunkelheit ihn zum Halten zwang, bei Villaviciosa. Er ließ seine Geschütze abfeuern, um dem General Stanhope seine Nähe zu verkünden [2]).

---

[1]) Coxe vol. III, p. 160.

[2]) Bericht Starhembergs an Carl III., im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 290.



Es war bereits zu spät.

Die Stadt Brihuega war umringt mit einer alten hohen Mauer noch aus maurischer Zeit, ohne weitere Vertheidigung, dagegen von den umliegenden Höhen so beherrscht, daß auch das Kleingewehr in die Straßen reichte. Die Mauer war nicht breit genug, um von ihr aus die Annäherung des Feindes abzuwehren, oder ihn zu hindern eine Bresche zu legen. Noch in der Nacht vom 8. auf den 9. ließ Vendome die Vorbereitungen treffen, und mit dem Tagesgrauen begann das Feuer der Geschütze gegen die Mauer. Bald waren zwei Breschen gelegt; aber hinter den Breschen erhoben sich Abschnitte und Barrikaden. Dennoch machten die Franco-Spanier Fortschritte. Um 3 Uhr Nachmittags war von ihrer Seite alles zum Generalsturme bereit. Vorher erfolgte eine zweite Aufforderung. Sie ward abermals abgelehnt. Der Sturm geschah und zugleich legte eine Mine eine dritte Bresche. Die Franco-Spanier drangen ein. Es ward gekämpft in Straßen und Häusern bis gegen 7 Uhr, also bis in die Nacht. Stanhope erwähnt in seinem Berichte nicht, daß er die Kanonen Starhembergs vernommen. In der Umgebung Vendomes dagegen wurden sie gehört [1]).

Es liegt noch ein anderer Bericht vor, von dem General Pepper, der auch seinerseits nichts erwähnt von dem Herannahen Starhembergs oder dessen Kanonenschüssen. Aber Pepper erhebt gegen seinen Vorgesetzten Stanhope den Vorwurf, daß dieser keine Anstalten getroffen zum Rückzuge mit den Truppen in das ungleich stärkere Schloß, in welchem man sich einige Tage hätte vertheidigen können [2]).

Während Pepper mit seiner Mannschaft noch fort kämpfte, ließ Stanhope, ohne jenen vorher zu befragen, um 7 Uhr Abends die Trommeln rühren zur Chamade. Die Capitulation war kurz: sie lautete auf Kriegsgefangenschaft. Nach Stanhopes Berichte hatte er mehr als 600 Todte und Verwundete, und schätzte den Verlust der Gegner auf etwa 1500 Mann. Die noch Uebrigen von den 8 Bataillonen und 8 Schwadronen streckten das Gewehr, am Abend des 9. December.

---

[1]) Der Bericht des Secretärs von Vendome, im **Theatrum Europaeum** Theil **XIX a**, S. 294.

[2]) Peppers Schreiben an Marlborough vom 29. März 1711, bei **Coxe vol. III, p. 160.**



Unkundig dessen kam Starhemberg in der Morgenfrühe des 10. näher, um, wie er meinte, den Engländern die Befreiung zu bringen. Vendome erhielt die Nachricht, während er dem Ausmarsche der kriegsgefangenen Engländer aus Brihuega zuschaute. Er ward unruhig, und gab dem Geleits-Commandanten den Befehl den Marsch zu beschleunigen[1]). Dann eilte auch er zu den Truppen, die an Zahl denjenigen Starhembergs weit überlegen waren. Nach der Angabe des Letzteren hatte er selber 27 Bataillone und 29 Schwadronen, die Gegner 32 Bataillone und 80 Schwadronen. Aber diese Ueberzahl war theils neu, theils wirkte noch in ihnen der Schrecken von Saragossa nach. Der Beginn des Treffens verzog sich bis 3 Uhr. Dann wurde der linke Flügel Starhembergs in völliger Unordnung geworfen, so daß die Feinde bis in den Rücken der Kaiserlichen gelangten. Auch der rechte Flügel ward gedrängt. Um so fester hielt das Centrum, die Infanterie. Der Secretär Vendomes sagt über dieselbe: „Sie thaten Wunderwerke der Tapferkeit, und tödteten uns in diesem Zustande viele Leute in den verschiedenen Angriffen, welche man machte, um sie vorn und hinten in die Enge zu treiben, ohne daß man ihnen jemals beikommen konnte."

„Ich kann mit Wahrheit sagen, meldet Starhemberg dem Könige Carl III., daß mehr als 6000 der Gegner auf dem Platze geblieben sind"[2]).

Das Schlachtfeld also und der Sieg waren sein. Dann aber kamen die Schattenseiten. Er erfuhr von den Gefangenen, daß die Engländer, für die er den Kampf gewagt, am Morgen vor dem Beginne desselben kriegsgefangen abgeführt seien. Er hatte keine sichere Kunde von dem abgetrennten linken Flügel, als daß derselbe sich zurück nach Arragonien gewendet. Für die ihm gebliebenen Truppen hatte er weder Brot, noch andere Lebensmittel. Das Gepäck war in den Wechselfällen des Gefechtes theils durch die Gegner, theils durch Bauern geplündert. Er hatte die feindliche Artillerie erbeutet; aber während des Gefechtes waren die Knechte mit dem Geschirre davon

---

[1]) Der Bericht des Secretärs von Vendome im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 294.

[2]) Man vergleiche dazu den Bericht Philipps V., in Mémoires de Berwick t. II, p. 361. Dieser ist mit demjenigen Starhembergs vereinbar, weniger der prahlende im Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 293.

geritten, so daß er nicht vermochte, weder das eigene Geschütz, noch das erbeutete zu bespannen, sondern sich entschließen mußte, die Laffetten und die Munitionskarren zu verbrennen.

Das Ende also des Sieges von Villaviciosa war noch am selben Abende der Entschluß, am nächsten Morgen, dem 11. December, den Rückzug nach den Grenzen von Arragonien anzutreten.

Aber auch dort war des Bleibens nicht mehr. Mit noch 4000 bis 5000 Mann als dem Ueberreste der im Juni so stattlichen Armee gelangte Starhemberg nach Catalonien.

Carl III. schließt seinen Bericht über diese Ereignisse an Wratislaw mit den Worten: „Ihr werdet aus diesem Allen ersehen, wie es nun mehr als je nöthig ist, daß man von kaiserlicher und verbündeter Seite mich auf das eheste und möglichste verstärke; denn es ist nicht nur der Verlust des englischen Corps zu ersetzen, sondern auch andere Truppen zu senden, statt des in der scharfen Action Verlorenen. Vor Allem sind ohne Zeitverlust die 2000 kaiserlichen Cürassiere mit den Pferden zu senden; denn man sieht ja nun klar, daß sich auf die Cavallerie der Verbündeten nicht zu verlassen ist. Daß wir überhaupt des Feindes nicht Meister werden können außer mit kaiserlichen Truppen, liegt auch wieder aus dieser Action vor Augen; denn von ihnen ist sie ausgefochten worden. Daraus also erscheint, welch ein großer Nutzen es sein würde, wenn wir ein Corps bloß von den Truppen unseres Hauses zusammen brächten, mit welchem wir nach unserem Willen agiren könnten und nicht von der Gnade der Alliirten abhangen müßten" [1]).

Die Wandelbarkeit dieser Gnade hatte Carl III. in Folge von Brihuega und Villaviciosa erst recht zu erfahren.

---

[1]) Carl III. an Wratislaw, 20. December.



Actenstücke und kritische Bemerkungen.

Fünfunddreißigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 269.

Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv in Prag. Papiere des Gesandten Grafen Gallas 1709.

Ordinis S. Francisci in Hibernia memoriale Josepho I Caesari exhibitum (1709).

Aug^{me} et Cl^{me} Caesar,

Catholici praesertim Clerus infelicissimi Regni Hiberniae humiliter in genua provoluti gementes et flentes lacrymis ac suspiriis interminabilibus, mediante eodem Religioso ad hoc officium nuper a summo Pontifice signanter deputato, denuo supplicant et implorant potent^{mum} juxta et piissimum S. C. R. M^{tis} auxilium et patrocinium in praesenti extrema fidei Catholicae calamitate et excidio, recognoscentes summam vix umquam vel eorundem sanguine expiabilem obligationem, propter fervorosas interpositiones hactenus mediantibus Caesareis Ministris praestitas ex zelantissima commissione Aug^{mae} M$^{tis.}$ Verum quia ea omnia officia, quantumcumque fervorosa, et sempiterna laude dignissima usque modo ab iis praestita non valuerunt impedire, quin Parlamentarii, artificiosa quadam astutia, extorserint a Regina Angliae subscribi atque confirmari Acta extrema exitialia, ultimate extirpantia fidem, et Dublinii 10 Septembris (St. V.) publicata, adjuncto praecepto ut executioni quam districte demandentur per Justitiarios, comminata gravissima poena et pecuniaria mulcta in negligentes, si qui forent.

Executionem vero actu fieri per eosdem Justitiarios asseverant nuperrimae Litterae scriptae in Hibernia 20 Septembris (St. V.),

referentes plures jam succubuisse, abjurata sancta avita fide. alios quam plures titubare, et videri timore inevitabilis miserabilissimae mendicitatis perculsos, propensos ad sequenda aliorum exempla, renunciando Catholicae Religioni, nisi a Deo, mediante Aug^{mae} et Clem^{mae} Majestatis piissimo patrocinio, citissime veniat subsidium procurata suspensione praedictae crudelissimae executionis.

Nunc igitur tempus est indilate faciendi, quod solum superesse et prodesse posse in tanta extremitate videtur, ne sacra Cath. religio ex toto et quasi in momento pereat in afflictissima Hibernia, alias ejusdem sanctae fidei tenacissima, pro quo, cum omni submissione, imo et lachrymosis gemitibus et humillimis suspiriis, iterum atque iterum supplicatur.

Nimirum ut Aug^{ma} Majestas ex sua infinita Clementia et immensa haereditaria pietate ac zelo dignaretur imprimis scribere proprio sacratissimo nomine ipsi Reginae ac etiam Parlamento Magnae Britanniae, exhortando et persuadendo revocationem ejusmodi Decretorum, aut saltem suspensionem suprascriptae crudelissimae executionis, quam et ipsa politica dissuadent. Nam clarum est ejusmodi persecutionem plurimum praejudicare causae communi, non modo in conspectu omnium Catholicorum confoederatorum, sed et neutralium, imo et Catholicorum Hispanorum, tam obedientium quam non obedientium Ser^{mo} Regi Carolo III.

Deinde Angli recordari debent, quantum illorum libertas et proprietas dependebat ab amicitia Aug^{mae} domus, tempore Regis Guilelmi, qui propterea verbo et fide Regia assecuravit Aug^{mam} M^{tem} Leopoldi I gloriosae memoriae, quod in tribus regnis, maxime vero in Hibernia, Catholica Religio nullum prorsus subiret discrimen nullumve pateretur detrimentum.

Ex quo Regio Verbo nata est et remanet semper in Regina et Parlamento stricta obligatio auscultandi interpositionem S. C. R. Majestatis pro exacta observantia Capitulationum Limericensium et Galviensium, veluti fundamentalis earundem Mediatoris et Fidejussoris.

Et quidem eo fortius quod Catholici Hiberni praestitum fidelitatis juramentum (quod solum illis porrigi debuit ex pactis) numquam violaverunt, semper quietissime viventes, non obstantibus innumeris gravaminibus ipsas Aegyptiacas tyrannides longe excedentibus.

Et quia Dux de Marleborough plurimum valet apud Reginam et Aulam Londinensem, quique facile capit, quantum praejudicii

affert causae communi nota Catholicorum Hibernorum crudelissima persecutio, idcirco opportunum videtur et plurimum profuturum creditur, si eidem Duci scriberetur et etiam Principi Eugenio apud praeditum Ducem multum potenti, nomine Aug^{mae} M^{tis}.

Dum Catholici Hiberni, humillimi oratores, in cinere et cilicio, in lachrymis sine mensura agunt poenitentias, exspectantes beatam spem, orant, obsecrant et deprecantur S. C. R. M. non oblivisci proprii juris et justissimae praetensionis Aug^{mae} prosapiae, quam persecutores fidei volunt elisam. Causa eadem est, Dei scilicet et Aug^{mae} Domus.

Nolunt demississimi Oratores exaggerare merita antiquorum temporum: notum Hibernos origine esse Hispanos, in Hispania naturalizatos, atque ab Hispanis tractari tamquam fratres. Viventium memoria suppleat volumina registrorum, in quibus longa serie recensentur, qui, quot, et quanti, quantaque cum fidelitate, et simul felici utilitate servierunt Aug^{mae} Domui in utraque natione, per quam, si praeservati fuerint in fide, eadem Aug^{ma} Domus habet in Hibernia vivum seminarium optimorum militum et officialium.

Minus exaggerare volunt merita Aug^{mae} interpositionis, cum omni majori efficacia faciendae, in praesenti sanctissima causa, imprimis coram Deo O. M., qui dat victorias, et successiones, manutenet sceptra, et mutat de gente in gentem ad beneplacitum.

Deinde coram Summo Pontifice, cujus praecipua cura et principalissima applicatio est non modo conservare, sed et propagare fidem Apostolicam, quam quoad Hiberniam notum fecit Aug^{mae} M^{ti} in nuperno Brevi Pontificio supra eandem luctuosissimam causam.

Denique coram tota Christianitate quae tota uti supra modum dolet de casu lachrymabili et statu Hibernorum, ita suspirat, atque videre peroptat Restauratorem, eumque laudare per saecula. Cujus veritatis evidentissimum signum est, omnes omnino Principes Catholicos, quantumvis inter se in aliqua parte dissentientes, aut saltem in toto non convenientes, unanimiter conspirare volentes se conjungere Aug^{mae} M^{ti} pro hac sacra causa, et pro ejus integra recuperatione.

Quae omnia cum reliquis brevitatis causa omittendis subjiciunt oratores una secum sanct^{mo} et zelant^{mo} arbitrio Aug^{mae} M^{tis}, non praescribentes modum, sed suggerentes media, quae putant necessaria, non fidentes meritis propriis, sed praecipue avito ac haereditario purissimo zelo Aug^{mae} Domus pro Ecclesia et Catho-

lica Religione, ex quo et per quem crevit in arborem sublimem ac robustam, et cujus altitudo pertingit ad coelum, et aspectus illius in omnem terram. Oraturi indesinenter pro successione et incremento atque aeterna felicitate, humiliter supplicant pro Potent[mo] Patrocinio efficaciter interponendo, et omni jure et ratione, habituro effectum et pro qua gratia Deus etc.

Anlage II. Zu S. 272.

Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv zu Prag. Papiere des Gesandten Grafen Gallas. Kaiserl. Rescript vom 23. November 1709.

In was äußerster Gefahr und Verfolgung die katholische Religion und deren Zugethane in Irland nach dem bewußten jüngsthin von der Königin approbirten Act des irländischen Parlamentes begriffen sei: mit was Schärfe derselbe allenthalben in diesem Königreiche zu völliger Austilgung des wahren Glaubens und aller katholischen Irländer durch die hin und wieder aufgestellte Richter vollzogen werde, gibt beikommende uns abermals durch die hier anwesenden von S. P. H. an uns eigens deswegen abgeschickte irländische Religiosen O. S. Francisci überreichtes Memorial gar beweglich zu erkennen. Wir sind gleichwohl in Hoffnung gestanden, es würde die Königin und dero Ministerium auf Deine aus unserem gd̃ Befehl für die katholischen Irländer eingewandte eifrige Intervention vom scharfen Verfahren inne gehalten, und etwa, wo nicht dero Vorfahrer am Königreich, König Wilhelm, bei Eroberung Limerick verwilligten und auf dessen Nachfolger an der Kron verbindlich ankommenden pactatis, wenigstens den in unserem Rescript angeführten beweglichen Staats-Ursachen, woran die gesammten katholischen Mächte Theil nehmen, nachgegeben haben, in welcher Hoffnung wir noch so lang beharren, als uns von Dir über erstberührtes unser Rescript nicht das Widrige berichtet wird. Indem es aber aus diesem christlichen Anbringen das Ansehen gewinnt, als ob der Untergang der katholischen Religion in Irland von dem allda gewesenen Vicekönig Wharton schon vor erfolgter Approbation in England wäre abgeredet und unternommen worden; so können Wir aus hoher Obliegenheit uns nicht entschütten, Dir dieses in Irland nunmehr auf den äußersten Fall gestürzte Religionsgeschäft auf das allernachdrücklichste hiermit gd̃st dahin anzubefehlen, daß Du Dich desselben nach Deiner beiwohnenden Vernunft und uns bekanntem Religionseifer sowohl bei der Königin als dero Ministern, insbesondere aber bei

dem Mylord Marlborough, wie auch sonsten durchgehends bei Allen, wo Du es Deinem Vorhaben nützlich und verständig erachten möchtest, ohngesparter Mühe annehmest, und uns die Consolation des nächsten beibringen mögest, daß wir von dieser unserer pro causa Dei nach unseren hohen Pflichten tragenden Sorgfalt einige Frucht verspüren mögen, wobei der Königin und gesammten englischen Nation selbsteigenes Interesse, absonderlich bei heutigen Umständen aus denen Dir vorhin angezeigten und täglich sich vermehrenden Ursachen namhaft mitbegriffen ist. Erwarten darüber Deine gute Verrichtung.

Sechsunddreißigstes Buch.

Anlage I. Zu S. 410. (Irrthümlich steht dort II.)

K. k. Archiv. Anglica 1710. Handschreiben des Kaisers Joseph I. an die Königin Anna von Groß-Britannien, vom 27. März 1710.

Serenissima Regina, Signora sorella mia amantissima. Quando sopra l' ultima dichiaratione fatta dal Re di Francia a gl'alleati per mano del suo ministro Torcy, gli fù concessa facoltà di mandare il Maresciallo d' Uxelles e l'Abbate di Polignac in Holanda, nel supposto, che questi haveressero portato seco la finale risolutione dell' istesso Re sopra l' ispediente dell' articolo 37 de' praeliminari, successe, come sa Vostra Maestà, che questi nel congresso tenutosi co' i deputati degli Stati Generali a Moerdyk, ai 10 et 11 del corrente mese, artificiosamente proposero per ispediente l'alternativa, o della pace particolare colla Francia, tenendo viva la guerra con Spagna, o vero d' una ripartitione della monarchia con domandare il Regno di Napoli et di Sicilia per il Duca d' Angiù, facendo traspirare, che il loro Re si sarebbe forse contentato con quel solo della Sicilia. Io, siccome secondo il concerto fatto tra gli alleati abbraccio volontieri la prima propositione di quest' alternativa, così venendo all' incontro dall' Haya da più parti assicurato, qualmente gran numero de' regenti della Republica potrebbe portarsi per la seconda, cioè della ripartitione, non posso celare alla Maestà Vostra, quanto dolorosa mi riesca una nuova sì infausta e giammai aspettata. Ed in vero, chi considera il tenore dell' alleanza, le vittorie concatenate degl' alleati, la superiorità delle loro forze e lo stato presente della Francia, si maraviglierà, che a costo di tanto sangue ed in mezzo di triomfi si dia mano ad una pace sì indegna e fallace,

rigettata già anni fu avanti e dopo la battaglia di Ramillies. So, che alla Maestà Vostra è stato e sarà sempre abhorrito il portentoso nome del partaggio, causa unica dell' afflitta Europa e della sua futura servitù, come il suo zelantissimo parlamento, tanto avanti quanto dopo l' unione di quei felicissimi reami, l'ha con ponderosissime espressioni più volte rimostrato. Onde mi giova di sperare, ch' Ella non sarà mai per ascoltare una propositione, che offuscarebbe tanto la gloria del suo regno, e renderebbe il Duca d'Angiù o piuttosto il Re suo avo e suoi successori in Francia padrone di tutta l'Italia, del Mediterraneo e delle sue isole, anzi dell' istessa Spagna, mettendo insieme i miei regni e provincie hereditarie situate al lido Adriatico in perpetuo rischio d' essere e turbate ed assalite da un inimico sì potente e vendicativo, non solo con la di loro inevitabile ruina, ma in danno grandissimo del publico universo. Però quando mai per mia sventura e quella del Re Cattolico mio Signor fratello, Vostra Maestà si determinasse, contr' ogni aspettativa, anch' Essa alla pace generale con abbandonare qualsisia portione della monarchia di Spagna al detto Duca d'Angiù, in tal caso mi trovo in obbligo di dichiararmi, siccome con questa mi dichiaro risolutissimo, di non acconsentirvi mai, e di abbracciare più tosto ogni qualcunque estremo rimedio per divertire un colpo sì funesto all' Europa, nel qual caso mi spiacerebbe, quando oltre l' articolo 37 anche più altri punti degl' istessi preliminarii venissero alterati. Il Conte Gallas mio inviato è incaricato di spiegare più ampiamente i miei sentimenti sopra la corrente materia, a cui mi rimetto.

Anlage II. Zu S. 463.

K. k. Archiv. Anglica 1710. Handschreiben des Kaisers Joseph I. an die Königin Anna, mit der Randnote: Expedirt 22. Juli 1710. J. K. M. haben den Inhalt gegenwärtigen Handbriefels eigenhändig in welscher Sprach geschrieben, wie das Concept hierbei liegend ausweist.

Madame. Le comte de Gallas m'a informé que V. M. avoit déterminé d'oster à Mylord Sunderland la charge de Secrétaire d'Estat, me donnant part en même temps de ce qu'Elle luy a fait signifier là-dessus par le Duc de Shrewsbury. Comme les actions de V. M^{té} sont toujours réglées par cette grande sagesse et justice, qui ont accoustumé de les accompagner, j'entre d'autant moins en discussion des raisons, qui La peuvent avoir portée à cette reso-



lution, que les Souverains ne rendent compte à personne de leurs faits. Bien dois-je remercier V. M. de l'éclaircissement qu'Elle m'a bien voulu donner de Ses intentions par le Duc de Shrewsbury. Car comme la nouvelle de la deposition du dit Mylord m'avoit d'abord mis dans une grande apprehension pour les causes que V. M. a préveues, j'en ay esté délivré aussy tost que j'ay entendu que ce qui s'estoit passé avec le dit Mylord, estoit une affaire personnelle et qu'il se fixeroit en sa seule personne, sans autre suite que j'en pourrois craindre avec les Alliés pour la cause commune. Et en effect, Madame, si V. M^{té} m'avoit laissé dans l'incertitude de Ses intentions et dans le doute que Ses pensées, que Dieu ne veuille, iroient à pousser l'affaire plus loin, et même, comme le bruit portoit, jusqu'à un changement total de Son present Ministère et à la dissolution du Parlement moderne: en ce cas je m'aurois crû obligé par la part que je prends en Sa gloire, en Sa conservation, et au salut de tous les Alliés, de Luy representer les très-pernicieuses consequences, qui en suivroient pour la cause commune. Je passe icy sur bien des considerations que j'y pourrois faire. Je dis seulement que la seule defiance, que Ses Alliés et particulierement les Etats Generaux concevroient d'abord et fort naturellement du fondement ou but d'un semblable changement, soit du Ministère ou du Parlement avant le temps ordinaire, ou de tous deux ensemble, quoyque bien merités pour le bien public, amoindriroit sans doute ou peut-être renverseroit même cette parfaite union, qui a regné jusqu'icy entre eux, et par laquelle seule nos ennemis peuvent estre vaincus. Que deviendroit ensuite dans un delabrement si fatal le fruit d'une guerre si sanglante et glorieuse? Que seroit-il alors de la liberté de l'Europe? Quel bouleversement universel du systeme present si heureusement estably par la force des armes, et si beni de la main du Tout-Puissant?

Mais je ferois tort aux grandes lumieres de V. M., surtout après les asseurances qu'Elle m'a fait donner, de croire ou même d'apprehender encore, qu'Elle dût jamais escouter des conseils si funestes, ou ne point comprendre d'Elle même les effets malheureux qui en suivroient, et ne les éviter de toute maniere. Je ne scaurois pourtant pas me contenir pour l'importance de l'affaire et l'affection tres sincere que je porte à la personne sacrée de V. M. et à Ses interests, que je ne La prie tres instamment de laisser



le tout en l'estat present et de continuer à Se servir d'un tel Parlement et d'un tel Ministere, lesquels jusques icy se sont si bien signalés envers V. M. et le Public, puisqu'aussy bien Elle ne pourroit trouver entre Ses sujets, qui dans le Parlement seconderoient mieux Ses genereuses intentions, ou La serviroient soit dans Ses conseils, soit au maniement de Ses armes ou finances avec plus de zele, de fidelité et d'approbation universelle que ceux qui ont l'honneur de s'y trouver actuellement, et en qui tant Elle que les Alliez pourroient mettre une egale confiance.

Anlage III. Zu S. 489.

Robethon-Papiere im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen zu Hannover. Mémoire délivré à M. le baron de Görtz par Mylord Rivers, le 14 Octobre 1710, pour être remis à S. A. E.

To the Elector.

La Reine m'ordonne d'assurer V. A. E. qu'Elle a le cœur rempli de toute l'estime possible pour Sa Personne, et qu'Elle regarde les interêts de Son Illustre Maison comme les Siens propres. Elle s'estime heureuse d'avoir uni les deux Royaumes d'Angleterre et d'Ecosse, mais Elle ne peut regarder sa gloire comme parfaite jusqu'à ce qu'Elle aura mis la Succession Protestante hors de tout danger. A cette fin il n'y a rien qui puisse contribuer tant qu'une amitié la plus étroite et une confidence la plus entiere entre S. M. et V. A. E. La Reine, Monseigneur, vous offre la Sienne, et Elle espere qu'il ne sera jamais dans le pouvoir d'aucun mal-intentionné de semer la moindre jalousie entre les deux cours. Il y a longtems que S. M. auroit fait ces avances, et donné les assurances à V. A. E. qu'Elle donne à present, si Elle n'avoit mieux aimé n'avoir icy aucun ministre que de laisser reussir les efforts qu'on a faits d'y envoyer un, par le canal duquel Sa Majesté ne pouvoit vous parler à cœur ouvert. Et c'est pourquoy S. M. m'a commandé de dire à V. A. E. que ceux qui se plaignent le plus du changement, qu'Elle a fait dans son Ministere, et des chaleurs qui ont été excitées dans toutes les provinces du royaume, sont ceux-là mesmes, qui L'ont réduite à la necessité de ne differer plus ces changements, et par la conduite desquels tous les desordres dernierement arrivés ont pris leur origine; que les efforts que

firent les Ministres et leur cabale de former un parti, qui ne dependroit que d'eux, pour mettre tout le pouvoir du gouvernement entre les mains de leurs creatures, ont jetté des soubçons infinis dans les esprits du peuple et ont donné l'allarme à toute la nation.

C'est alors que Sa Maj[té] a été obligée pour soutenir Son authorité Royale, et pour calmer les esprits du peuple, d'appeller à Sa confidence et au maniement des affaires tels ministres, qui, sans être dans les interêts de cette cabale, sont veritablement dans ceux de leur patrie.

Et j'ose asseurer V. A. E. que ceux que Sa Maj[té] a bien voulu depuis peu appeller auprès de Sa personne, sont remplis du zele le plus ardent pour la succession de la Maison d'Hanovre, la regardant comme le seul moyen de conserver la religion et la liberté de la patrie. Et ils vous supplient, Monseigneur, de croire qu'ils s'établissent sur ce principe. Pour cette fin ils ont pris soin de faire declarer tous ceux qui forment ce qu'on appelle le party de l'Eglise, dans des termes les plus forts et les plus solemnels pour la succession protestante.

Votre Altesse Electorale ne doit prendre nul ombrage de ce qu'on insiste tant sur ce qui s'appelle droit héréditaire. Ceux qui ne fondent le titre de la Reine et de la Famille d'Hanovre que sur les actes de Parlement, semblent rendre la Monarchie Elective, et donner une opinion au peuple, qu'il ne tient qu'à luy de changer le cours de la succession tant de fois qu'il voudra. Or, comme des impressions de cette nature pourroient produire de mauvais effets, on croit qu'il vaut mieux d'établir pour principe que l'exclusion des Papistes n'abolit point le droit héréditaire, et que la Couronne descend par droit de succession à la Maison d'Hanovre comme aux plus prochains héritiers qui soient capables de regner. L'acte du Parlement est declaratif et ne fait que confirmer ce droit.

Votre Altesse Electorale se doit regarder comme interessée en quelque maniere dans ce qui s'est passé depuis peu en Bretagne, puisqu'il s'agit de l'honneur et de la dignité de la Couronne.

La Reine ne pouvant plus souffrir les insolences de ceux qu'Elle avoit élevés au plus haut degré de pouvoir et d'autorité, Elle prend la resolution d'abaisser leur orgueil, quoyqu'ils sont assez hardis pour tâcher de se soutenir malgré Elle. Voilà d'où sont venus tous les desordres arrivés depuis peu etc.

Anlage IV. Zu S. 491.

Aus den Robethon-Papieren im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen zu Hannover. Denkschrift, dem Grafen Rivers übergeben zu Hannover, 16. October 1710.

Mgr. l'Electeur est pleinement persuadé qu'en establissant dans Sa maison la succession à la couronne, on n'a jamais pensé à rendre la couronne elective puisqu'on a nommé Madame Sa Mere uniquement par la raison qu'Elle est la plus proche dans la ligne protestante, ce qui est un aveu formel du droict hereditaire qu'on reconnoist dans cette ligne. Mais comme cette ligne a esté apellée à la succession par des actes du Parlement qui ont declaré les Princes Papistes incapables de regner, S. A. E. laisse à considerer s'il ne seroit pas à propos que ceux qui se declarent pour le droict hereditaire, evitassent de le faire d'une maniere absolue, et adjoutassent toujours *dans la ligne Protestante, Et à l'exclusion des Princes Papistes,* en conformité des actes du Parlement.

Anlage V. Zu S. 492.

Wie Anlage IV. Ecrit delivré à Mylord Rivers par M. le baron de Görtz, par ordre de S. A. E., le 18 d'Octobre 1710.

S. A. E. Mgr. l'Electeur est penetré de reconnoissance des marques d'amitié que Sa Majesté luy a données depuis qu'Elle est sur le throsne, et de ce qu'Elle luy en a fait renouveller les assurances d'une maniere si obligeante par une personne aussi distinguée que Mylord Rivers. Il regarde cette bienveillance de la Reine comme le plus grand de tous ses advantages, et celuy qu'il luy importe le plus de conserver; c'est à quoy il travaillera toujours avec un extreme soin; et il prie M^{d} Rivers d'en vouloir assurer S. M.

S. A. E. Mgr. l'El^{r} a toujours soigneusement evité de se mesler en aucune façon des affaires de la Grande Bretagne, se reposant entierement sur la prudence de la Reine, qui a brillé depuis le commencement de Son Regne d'une maniere trop eclatante pour laisser à S. A. E. le moindre sujet d'inquietude. Aussy croiroit-il manquer au respect qu'il conservera inviolablement pour la Reine, et à la parfaite confiance qu'il aura toujours en la sagesse de Son administration, s'il faisoit paroistre le moindre doute



à cet egard. Les grandes choses que S. M. a faites par le passé pour le bien public, pour la gloire de la nation Britannique, et pour l'affermissent de la succession protestante, ne permettent pas de douter de ce qu'Elle fera à l'advenir. C'est sur cela que tous les alliez se reposent, mais en particulier et plus qu'aucun d'eux S. A. E.

Anlage VI. Zu S. 494.

Wie Anlage IV.

Du Correspondant secret, en chifre. Du 14 Novembre 1710.

Mylord Halifax et Mylord Sunderland vous prient, Monsieur, de bien faire comprendre à votre cour, que le parti des Whigs n'est aucunement pour une Republique, ni pour rendre la couronne elective, la considerant comme hereditaire dans la Ligne Protestante, et appartenant au plus proche dans cette ligne. Mais il n'est pas possible que les Whigs abandonnent la Revolution; ils ont fait monter le feu Roi sur le trône, et ils sont obligés de defendre son titre. Or on le fit passer alors devant la Reine d'aujourd'hui, quoique plus proche et protestante. Ce qui n'ayant pu se faire que par l'autorité du Parlement, il est naturel que les Whigs defendent cette autorité et le droit parlementaire à la couronne. Car ils se declareroient sans cela eux-mesmes *traîtres et rebelles.* Et comme l'establissement de la succession de Hanovre est une suite de la Revolution et un ouvrage du feu Roi, on doit chés vous savoir gré aux Whigs de ce qu'ils defendent la Revolution, et excuser quelques expressions de leurs derniers écrits, qui paroissent pousser trop loin l'autorité du Parlement dans la matière de la succession, d'autant plus que les maximes des Tories, allant tout droit à frayer le chemin au Prince de Galles, et à mettre son titre hors d'atteinte, il est naturel que les amis de la succession de Hanovre soutiennent une doctrine opposée.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

B.

C.

F.

G.

H.

J.

K.

L.

M.

N.

O.

P.

R.

S.

T.

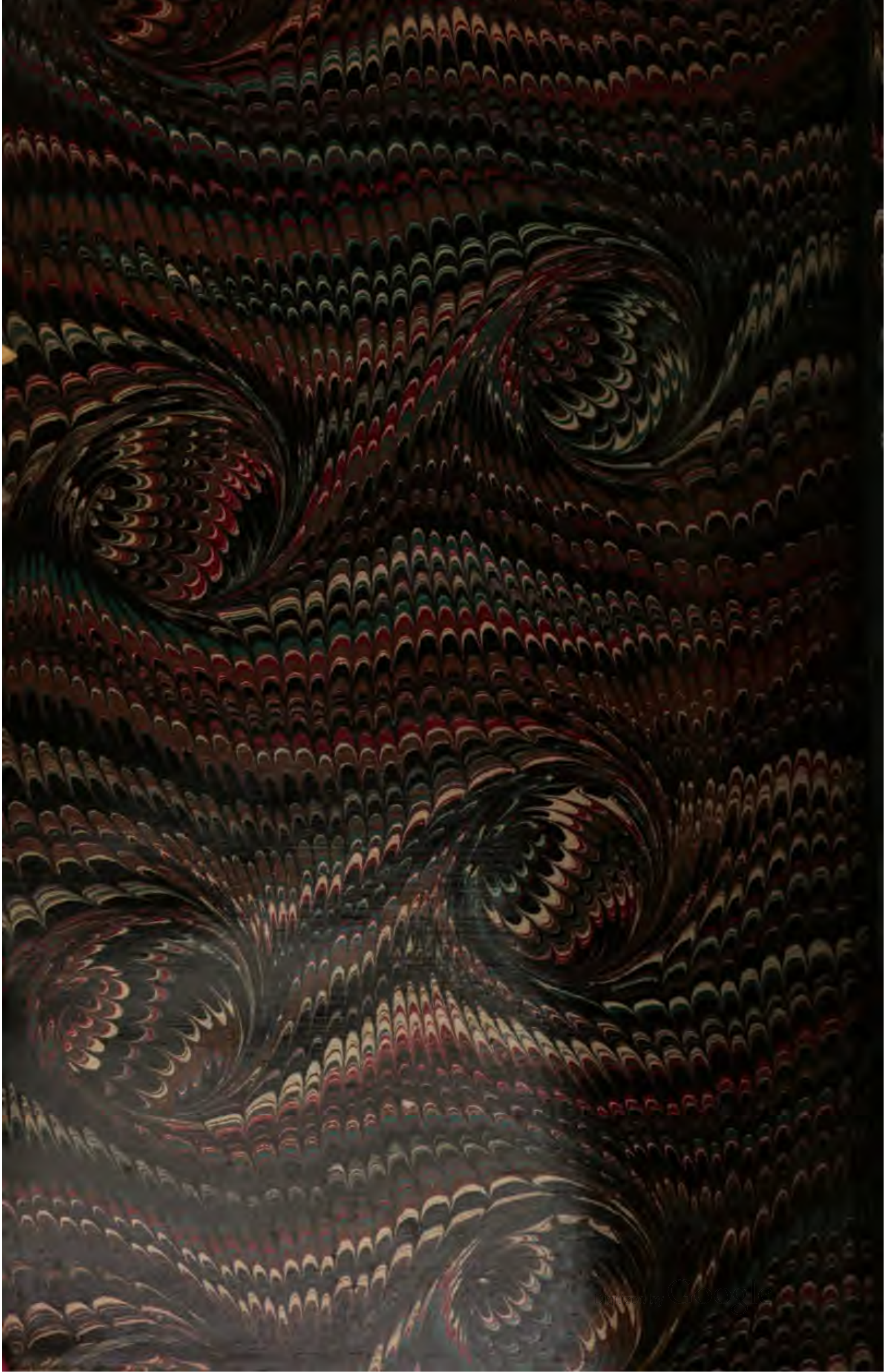
U.

V.

W.

Z.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien,
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.




Widener Library
3 2044 090 366 840